Nr. 446
8. Januar 2010

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kurdischer Gefangener im Iran hingerichtet

In der ostkurdischen Stadt Mako im Iran wurde Fesih Yasemini am 6. Januar wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in der PJAK (Partei für ein freies Leben in Kurdistan) hingerichtet. Fesih Yasemini ist seit 2007 der Dritte, der im Iran wegen des Vorwurfs Verbindungen zur PJAK zu haben, hingerichtet wurde. Weitere 14 kurdische politische Gefangene im Iran sind akut von Hinrichtung bedroht.



Fesih Yasemini, hingerichtet am 6. Januar im Iran

Yasemini war im Dorf Hindwana bei der Stadt Xoy in der Region Qutura gemeldet, als er im November 2008 in der ostkurdischen Stadt Mako zusammen mit Rustem Arkiya verhaftet wurde. Im Dezember 2008 wurde er vom Revolutionsgericht mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der PJAK zum Tode verurteilt.
Yasemin ist der Dritte kurdische politische Gefangene im Iran, der seit 2007 unter dem Vorwurf Mitglied der PJAK zu sein, hingerichtet wurde. Vor ihm hat İhsan Fetahiyan am Morgen des 11. November im Sine-Strafvollzug durch Erhängen sein Leben verloren. Durch die starken Reaktionen von Kurd_innen auf diese Hinrichtung konnten die Todesurteile gegen Hebibullah Letifi und den Gefangenen des Sequiz Strafvollzugs, Şerko Maarfi, gestoppt, jedoch nicht aufgehoben werden.
Gegen den PJAK-Kämpfer Hikmet Demir wurde 2007 nach schwerer Folter die Todesstrafe vollzogen. Er war der erste PJAK-Gefangene, der im Iran hingerichtet wurde.
In iranischen Gefängnissen sind mindestens 14 politische Kurd_innen von Hinrichtung bedroht. Die meisten davon sind mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft oder Unterstützung der PKK oder PJAK inhaftiert.

ŞERKO MAARFİ: Der 30-Jährige wurde wegen Mitgliedschaft in der PJAK 2008 in Bane verhaftet. Im Januar 2009 wurde er zum Tode verurteilt. Nach heftigen Reaktionen auf den Vollzug der Todesstrafe von Fetahiyan im November 2009 wurde seine Hinrichtung im November 2009 gestoppt, aber nicht aufgehoben.

HEBİBULLA LETİFİ: Der 26-Jährige wurde 2007 in Sine mit dem Vorwurf der Unterstützung der PJAK verhaftet. Am 12. August 2008 wurde er zum Tode verurteilt. Im Oktober 2009 wurde er, zeitgleich mit İhsan Fetahiyan, in eine Todeszelle verlegt. Letifis Hinrichtung wurde ebenfalls im November 2009 gestoppt, jedoch nicht aufgehoben.

FERZAD KEMANGER: Der Lehrer F. Kemanger wurde im Juli 2006 zusammen mit seinen Freunden Ferhad Wekili und Eli Heyderiyan verhaftet. Im Februar 2008 wurde er vom Revolutionsgericht zum Tode verurteilt. Momentan befindet sich der 33-Jährige im berüchtigten Gefängnis von Kerec nahe der Hauptstadt Teheran.

FERHAD WEKİLİ: Ebenso wie seine Freunde erlitt er schwere Folter und wurde monatelang in Einzelzellen gefangen gehalten. Gleichzeitig mit Kemanger und Heyderiyan wurde er zum Tode verurteilt und sitzt im Gefängnis Kerec.

ELİ HEYDERİYAN: Gemeinsam mit Ferzad Kemanger und Ferhad Wekili verhaftet, wurde auch gegen Eli Heyderiyan die Todesstrafe ausgesprochen.

RUSTEM ARKİYA: Zusammen mit Fesih Yasemini wurde Arkiya im November 2008 in Mako verhaftet und im Dezember 2008 wegen Mitgliedschaft in der PJAK zum Tode verurteilt.

ZEYNEB CELALİYAN: Sie wurde 2008 in Kirmaşan mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der PJAK verhaftet. Im Januar 2009 wurde gegen sie die Todesstrafe verhängt.

FERHAT ÇALIŞ: Er wurde während eines Gefechtes zwischen dem iranischen Militär und Guerillas der PJAK im Dezember 2008 zusammen mit Ramazan Ahmet verhaftet. Sie wurden beide zum Tode verurteilt.

RAMAZAN AHMET: Ahmet wurde zusammen mit Ferhat Çalış während eines Gefechtes zwischen iranischen Streitkräften und der PJAK im Dezember 2008 verhaftet. Im Januars 2009 wurde gegen ihn ein Todesurteil ausgesprochen.

ENWER ROSTEMİ: Der Jugendliche wurde im Januar 2009 in Kirmaşan verhaftet und erlitt schwere Folter. Mit den Vorwürfen der Mitgliedschaft in der PJAK und der Teilnahme an Straßenprotesten wurde er im März 2009 um Tode verurteilt.

ŞAKİR BAKİ: Baki wurde in Meriwan verhaftet und im März 2009 wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in der PJAK zum Tode verurteilt. Zuerst wurde eine 30-jährige Haftstrafe gegen ihn verhängt. Nachdem er Widerspruch einlegte, wurde die Haft in eine Todesstrafe umgewandelt.

MEHEMED EMİN AGUŞİ: Er wurde wegen angeblicher staatfeindlichen Politik gegen den iranischen Staat verhaftet. Im November 2009 wurde gegen Aguşi die Todesstrafe verhängt. Es ist nicht bekannt welcher Mitgliedschaft in Partei oder Vereinigung er beschuldigt wird.

SEYD CEMAL MEHEMEDİ: Der 38-Jährige wurde Ende 2008 mit dem Vorwurf der Unterstützung der PJAK verhaftet. Mehemedi wurde zuerst zu 6,5 Jahren Haft verurteilt. 2009 wurde das Urteil in ein Todesurteil umgewandelt.

MİSTEFA SELİM EYLUYİ: Es ist nicht genau bekannt, wann Eyluyi verhaftet wurde. Er befindet sich seit einigen Jahren in Haft sein. Wegen des Vorwurfs bei einer bewaffneten Aktion gegen den Staat beteiligt gewesen zu sein, wurde Eyluyi zum Tode verurteilt.

(ANF, 6.1., ISKU)

Meldungen

Gericht droht DTP-Spitzenpolitikern mit jahrzehntelanger Freiheitsstrafe

Die ehemaligen Vorsitzenden der mittlerweile verbotenen kurdischen Partei für eine demokratische Gesellschaft DTP und Parlamentsabgeordneten Ahmet Türk und Aysel Tuğluk aus Diyarbakir sollen, wenn es nach der Anklage vor dem Verfassungsgericht geht, zusammen 109 Jahre ins Gefängnis. Beide ehemalige Spitzenpolitiker kamen mit 23 Anklagen vor Gericht. Die Anklage bedroht Ahmet Türk mit 56 Jahren und Aysel Tuğluk mit 53 Jahren Freiheitsstrafe. Die Betätigungsverbote gegen die beiden Spitzenpolitiker der inzwischen verbotenen kurdischen Partei sind nach dem Urteil ebenfalls bestätigt.
Die strafrechtliche Immunität der kurdischen Spitzenpolitiker ist inzwischen durch das Verbot ihrer Abgeordnetenmandate aufgehoben. Die angeblichen „Verbrechen" dieser kurdischen Politiker: Ahmet Türk und Aysel Tuğluk sind wegen „Propaganda für eine illegale Terrororganisation und Loben krimineller Handlungen" in 23 Fallen angeklagt.

(AK, 5.1, ISKU)

JITEM-Verfahren geht vor Großes Strafgericht

Das 3. Große Strafgericht Diyarbakir entschied, dass das Verfahren gegen mehrere Mitarbeiter der Gendarmerie und frühere Dorfschützer wegen einer Reihe ungeklärter Morde vor einem Großen Strafgericht mit Sondervollmacht weiter geführt werden müsse. Zuvor hatte die Armeeführung erklärt, dass es keine Einheit unter dem Namen JITEM gäbe. Da der Begriff jedoch von verschiedenen Bürgern und auch einfachen Gendarmerieeinheiten benutzt worden sei, wurde 1994 und 1997 angeordnet, den Begriff nicht zu benutzen. In einer Antwort teilte außerdem das Finanzministerium dem Gericht mit, dass bis 2001 keinerlei Buchung auf den Namen JITEM gefunden wurde und dass zur Überprüfung früherer Zeiträume ein Beleg nötig sei. Gegen eine Gendarmeriegliederung JITEM werden schwere Vorwürfe wegen Menschenrechtsverletzungen in den 1980er und 1990er Jahren erhoben. JITEM werden Morde, Entführungen und Folter vorgeworfen.

(Ch, 1.1., ISKU)

Erneut Repressionswelle gegen die Partei für Frieden und Demokratie

Proteste weiten sich aus

Nicht einmal ein Monat ist seit der letzten Verhaftungswelle gegen die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) vergangen und schon wieder fanden in drei Provinzen zeitgleiche Festnahmeoperationen gegen Aktivist_innen der linken kurdischen BDP statt, bei der 22 Personen unter dem Vorwand des Antiterrorparagrafen festgenommen worden sind. Weiterhin wurden am 5. Januar in Antalya 11 Personen festgenommen, weil sie bei der Eröffnung des BDP Büros am 27.12.09 illegale Parolen gerufen haben sollen.
In Antep, Adiyaman, Mersin und Hatay wurden 22 Aktivist_innen von Antiterroreinheiten unter dem Vorwurf „an Aktivitäten der städtischen Strukturen des KCK teilzunehmen“ festgenommen. Sie werden zur Entscheidung über einen Haftbefehl zur Staatsanwaltschaft gebracht. Unter den Festgenommenen sind studentische Aktivist_innen, Mitglieder des ehemaligen DTP-Parteirats, der ehemalige DTP-Vorsitzende von Antep und Mitglieder des BDP-Frauenrates.
Zusätzlich zu dieser Operation wurden in Diyadin im Kreis Ağrı bei einer Hausdurchsuchung der Kreisvorsitzende der BDP und zwei BDP-Kreisleitungsmitglieder festgenommen. Hier ist noch nichts über den Grund der Festnahme bekannt.

Sitzprotest der Demokratischen Freien Frauenbewegung
Die Aktivistinnen der Demokratischen Freien Frauenbewegung (DÖKH) begannen einen Sitzprotest gegen die zahlreichen Festnahmen von Kurdischen Politiker_innen auf dem Taksimplatz in Istanbul mit einer Presseerklärung. Unter den Teilnehmer_innen befand sich auch die Bezirksbürgermeisterin der BDP. Im Anschluss sprachen Vertreter_innen anderer Organisationen, die diese Aktion unterstützten. Trotz Kälte und Regen hielt die Akademikerin Ayse Berktay eine Rede und sprach dem Kampf der kurdischen Frauen ihre Unterstützung aus. Berktay sagte „Weil ich weiß, dass unser Dasein keine andere Bedeutung hat als eurer, bin ich hier. Ich bin hier, um gegen das Verstummen der Stimmen der kurdischen Politiker_innen, der gewählten Bürgermeister_innen zu protestieren.“ Im Anschluss betonten die Aktivistinnen Ekin Bodur von der SDP, Akife Aktas, Sprecherin der Istanbuler KESK und Yasemin Öz von Amargi, ebenfalls ihre Unterstützung für den Kampf der kurdischen Frauen. Die Unterdrückung, die die gewählten kurdischen Politiker_innen widerfährt, kann morgen jede_n treffen. Die demokratischen Kräfte wurden zum Handeln aufgerufen.
Als die Aktion dem Ende zuging, verließ eine Gruppe Frauen gemeinsam mit der Sprecherin des Bezirks des BDP-Frauenrates Beritan Dogan den Taksimplatz. Zivilpolizisten zogen sie unter Schlägen aus der Gruppe und nahmen sie fest. Ohne den Grund ihrer Festnahme zu erfahren, wurde Dogan in die Antiterrorabteilung der Sicherheitskräfte gebracht. Beritan Dogan wurde noch in der gleichen Nacht wieder freigelassen.

Reaktionen auf die Repression
Als Reaktion auf die Repressionwelle finden weiter Protestaktionen statt, an denen sich Tausende beteiligen. Eine Anwesende bei einer Kundgebung in Batman erklärte: „Glauben sie etwa, dass die uns durch Verhaftungen verschwinden lassen können? Auch wenn nur eine Person bliebe, wir setzen unseren Kampf fort. Seit 30 Jahren wenden sie die verschiedensten Methoden an, um die Kurd_innen auszulöschen. Sie haben uns massakriert, in Gefängnisse geworfen, unsere Dörfer verbrannt. Was auch immer passierte, sie konnten die Kurd_innen nicht auslöschen. Im Gegenteil, die Repression hat die organisatorische Kraft noch gestärkt. Wir haben Nejdet Atalay zum Bürgermeister gewählt. An dem Willen der Bevölkerung gibt es keinen Zweifel. Jetzt haben sie den gewählten Bürgermeister verhaftet. Dies ist das Spiel der AKP, der der Ausgang der Regionalwahlen nicht gefällt. Alle Bemühungen der AKP sind ins Leere gelaufen. Sie hat von Öffnung gesprochen, TRT 6 eröffnet, aber mit solchen Methoden kann man die Kurd_innen nicht betrügen. Wir sind nicht mehr wie früher leicht zu betrügen. Die Kurd_innen sind aufgewacht, die kurdische Frau ist aufgewacht und ist jetzt bewusst. Wenn sie glauben, dass es ihnen etwas bringt, wenn sie unsere gewählten Vertreter_innen verhaften, dann täuschen sie sich.“

(ANF, DIHA, YH, 3./6.1., ISKU)

Ilisu: Umweltminister kritisiert Kreditrückzug

Der Umwelt- und Forstwirtschaftsminister Veysel Eroğlu, hat Deutschland, Österreich und die Schweiz als unzuverlässig bezeichnet, nachdem sie die Kredite für den Bau des Ilisu-Staudamms im Südosten der Türkei zurückgezogen haben. Weiterhin hat er behauptet, die Jahrtausende alten Bauten im Dorf Ilisu, die durch den Bau des Staudamms zerstört werden würden, seien nichts als Baracken.
Eroğlu hat auf einer Konferenz erklärt, der Ilisu-Staudamm würde auf jeden Fall gebaut und er würde die notwendigen Kredite beschaffen.
Eroğlu sprach davon, das Thema des Ilisu-Staudamms würde dauernd aufgeheizt werden. „Als ob wir die Menschen dort in andere Orte deportieren. Nein, sollen sie doch hingehen und es sich ansehen. Momentan errichten wir das Dorf Ilisu neu. Es war ein Dorf voller Baracken und wir machen Villen mit Gärten daraus. Dafür haben wir Geld organisiert. Die Kredite waren sowieso etwas zu wenig. Ich möchte mein Bedauern aussprechen, dass drei Länder, die uns Kredite gegeben hätten sich als unzuverlässig erwiesen haben, ihr Wort nicht gehalten haben, mit uns gespielt haben.“
Eroğlu macht klar, die Bauarbeiten würden noch vor Wintereinbruch beginnen. „Für das Projekt gab es 300–350 Millionen Dollar Exportkredite, die von einem ausländischen Konsortium gestellt wurden. Der Rest war sowieso da. Die Kredite waren sowieso von drei Banken gewährt. Wir werden weitermachen. Die Verhandlungen mit der Staatskasse gehen weiter.“
Für den Ilisu-Staudamm, der 80 Prozent von Hasankeyf überfluten würde, hatten deutsche, österreichische und Schweizer Kreditunternehmen im Juli ihre Unterstützung für das Projekt zurükkgezogen. Als Grund nannten die Banken in einer Erklärung, dass die Bedingungen, wie der Schutz der Natur und der archäologischen Stätten nicht eingehalten worden sei.
Als Bedingungen nannten die Kreditinstitute unter anderem, dass Dörfer und die Häuser, die überflutet werden, fotografisch dokumentiert werden müssen und, dass den Menschen, die durch das Staudammprojekt umgesiedelt werden müssen, gleichwertige Unterkünfte mit einer ausreichenden Lebensgrundlage angeboten werden müssen.

Proteste in verschiedenen europäischen Städten
Am 14. Januar wird es in verschiedenen Städten Kundgebungen vor den türkischen Konsulaten geben. Notwendig ist dies, weil die türkische Regierung an dem Bau des Ilisu-Staudamms festzuhalten gedenkt. Kundgebungen wird es unter anderem in Hamburg, München, Frankfurt, Düsseldorf, Berlin, Wien und Zürich geben.

(ANF, 30.12., ISKU)

Termine:
Vom 10 bis 15. Januar sind die kurdischen Abgeordneten Frau Sebahat Tuncel und Herr Özdal Ücer unter dem Motto Was sind die Bedingungen für eine gerechte Lösung der Kurdenfrage in der Türkei? zu **Diskussionsveranstaltungen und Gesprächen in Norddeutschland**

Oldenburg: 10. Januar, 14.00 Uhr, Noderstr. 6, 26802 Moormerland
mit: Sebahat Tuncel, Abgeordnete der BDP aus der Türkei
Feleknaz Uca Europaabgeordnete a.D.
Yilmaz Mutlu von FDP
Moderation Yüksel Koc , Stellvertretender Vorsitzender der YEK-KOM

Bremen: 13. Januar, 19.00 Uhr, Konsul–Hackfeld–Haus, Birkenstr. 34
mit: Sebahat Tuncel, Abgeordnete (BDP) aus der Türkei
Hans-C. von Sponeck, ehem. UN-Koordinator für Irak
Yüksel Koc, Stellvertretender Vorsitzender der YEK-KOM
Moderation: Rechtsanwalt Rainer B. Ahues

Göttingen: 14. Januar, 18.00 Uhr, Geiststraße 7
mit: Özdal Ücer , Abgeordneter (BDP) aus der Türkei
Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt,
Yüksel Koc, Stellvertretender Vorsitzender der YEK-KOM
Moderation: Kemal Sido (Gesellschaft für bedrohte Völker International)

Hannover: 15. Januar, 19:00 Uhr, Freizeitheim-Lister Turm, Walderseestr. 100
mit: Özdal Ücer , Abgeordneter (BDP) aus der Türkei
Dr. Peter Strutynski, AG Friedensforschung Uni Kassel
Feleknaz Uca , Europaabgeordnete a.D.
Moderation: Murat Cakir, Europäischer Friedensrat Türkei

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
AK	AKnews
Ch	Cumhuriyet
YH	Yüksekova Haber

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 447
15. Januar 2010

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Proteste gegen die anhaltende Repression

Um gegen die Repression gegen die linke kurdische BDP zu protestieren, kam es auch in den letzten Tagen zu Aktionen, an denen Tausende teilnahmen. Während es in den kurdischen Provinzen wieder zu Festnahmen und Angriffen auf Demonstrierende kam, demonstrierten auch in Istanbul Tausende für ein Ende der Angriffe auf kurdische PolitikerInnen.
Am 10. Januar demonstrierten in Istanbul fünftausend Menschen unter Parolen wie „Der Iran hängt auf, die Türkei mordet und alle schweigen", oder „Handschellen können unseren Willen nicht einsperren." Es wurden Fotos von dem durch eine Granate getöteten Kind Ceylan Onköl und dem in Diyarbakır von der Polizei erschossenen Studenten Aydın Erdem gezeigt. Auch wurden Fahnen der PKK und Bilder von Abdullah Öcalan getragen.
Der stellvertretende Kreisvorsitzende der BDP, Berat Anlı, sagte auf der Demonstration: „Die AKP-Regierung will keine freien und widerständigen KurdInnen, sie wollen versklavte oder tote KurdInnen. Der Wille der Bevölkerung wurde in Handschellen gesteckt, die kollaborierenden Medien verbreiteten dieses beschämende Bild … Die Geduld der KurdInnen ist am Ende." Die Demonstration fand unter massiver Polizeipräsenz statt.
In Sancaktepe fand ebenfalls eine Demonstration gegen die Repression statt, an der etwa tausend Menschen teilnahmen, in Zeytinburnu gab es eine Demonstration mit zweitausend Personen.
Der BDP-Abgeordnete aus Şırnak, Hasip Kaplan, erklärte auf der Demonstration: „In der sogenannten KCK-Operation wurden unsere FreundInnen ohne jegliche juristische Grundlage verhaftet. Ich betone hier, wenn unsere FreundInnen eine Straftat begangen haben sollen, dann haben wir diese auch begangen. Wenn sie bei der KCK sind, dann sind wir das auch." Die DemonstrantInnen antworten mit Rufen: „Wir sind auch KCK."
Am 7.1. war es in Istanbul nach einem Polizeiangriff auf eine Protestdemonstration gegen die Verhaftungen zu Straßenschlachten gekommen. Die Polizei setzte Tränengas und Wasserwerfer ein. Die AktivistInnen antworteten mit Steinen und Molotowcocktails.
In Yüksekova versammelten sich am 9. Januar Mitglieder der Jugendorganisation YDGM zu einer Pressekonferenz bei der kritisiert wurde, dass viele bei Hausdurchsuchungen festgenommene Jugendliche misshandelt wurden und erpresst werden sollten, für die Polizei zu arbeiten. Das YDG-Mitglied Yıldırım Buldan erklärte, dass in Yüksekova die Übergriffe und Erpressungen zu einer großen Anspannung in der Bevölkerung führen. Er betonte, dass die Mitglieder der YDG keine Sicherheit haben, nicht umgebracht zu werden, und dass für die Übergriffe und die kommenden Auseinandersetzungen die Sicherheitskräfte verantwortlich seien. *(YH, HHTV, ANF, DIHA 10.01., ISKU)*

35 Intellektuelle treten der BDP bei

Im Anschluss an die Schließung der DTP kam es in 10 Landkreisen von Diyarbakir zu polizeilichen Maßnahmen, im deren Rahmen BürgermeisterInnen und zahlreiche kurdische PolitikerInnen festgenommen wurden. 35 Intellektuelle protestieren gegen die Schließung der DTP und die darauf folgenden Festnahmen und starteten als Reaktion die Kampagne „Werde Mitglied der BDP". Sie gingen gemeinsam zum Istanbuler Parteigebäude und traten der BDP bei. Nach ihrem Beitritt gaben sie eine Pressekonferenz. Dabei waren Ayla Yildirim (Mitglied des Türkischen Friedensrats), Sair Cezmi Ersöz, die MenschenrechtsaktivistInnen Hürriyet Sener, Eren Keskin, Veysi Altay, der Musiker Sanar Yurdatapan, das Mitglied der Vereinigung für Demokratie Yaman Yiliz, die Tänzerin Zeynep Tanbay und die Übersetzerin Ayse Berktay.
Die Intellektuellen und VertreterInnen von zivilgesellschaftlichen Organisationen erklärten die Gründe für ihren Beitritt. Eren Keskin sagte, sie finde den Beitritt sehr wichtig, es sei der Preis der zu zahlen sei für all diejenigen, die im Krieg ihr Leben verloren haben, deren Dörfer verbrannt wurden, die in Haft verschwunden oder Opfer von Vergewaltigung geworden sind. Das Wort Frieden ist in Istanbul nur ein Wunsch, aber es ist ein Grundbedürfnis, sagte Keskin: „Wenn sie nach Diyarbakir, Mardin, Batman gehen, haben die Worte ‚wir wollen Frieden' eine große Bedeutung. In jedem Haushalt gibt es mindestens einen Todesfall zu beklagen. Die Worte ‚ich will Frieden' sind so bedeutungsvoll, dass KurdInnen sagen, wir wollen immer Frieden. Wir bieten diesem Friedensangebot unsere Unterstützung an." Die Tänzerin Zeynep Tanbay ergänzte, dass das Fass dadurch zum Überlaufen gebracht wurde, dass diejenigen, die den politischen Willen der KurdInnen repräsentieren, wie in den Lagern der Nazis mit Handfesseln in einer Reihe aufgestellt wurden. Sie möchte im Friedensprozess an der Seite der KurdInnen stehen.
Der Musiker Sanar Yurdatapan erklärte, dass er sich nicht mit der Absicht, Politik zu machen, sondern aus einer demokratischen Grundhaltung heraus entschieden habe, Mitglied der BDP zu werden: „Der Anlass, der mich hierher gebracht hat, ist der, der vor 45 Jahren die türkischen ArbeiterInnen Partei inne hatte. Sie war die Stimme der ArbeiterInnen."
LBGTT-Mitglied Ebru Kiranci sagte, dass er vor 13 Jahren das erste Mal einer politischen Partei beigetreten sei. Und heute hat er entschieden, der BDP beizutreten. „Vor 13 Jahren bin ich der HADEP beigetreten, als der Vorsitzende des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan festgenommen wurde. Ich finde es jetzt notwendig, Mitglied der BDP zu sein. Ich wünsche mir, dass die BDP die Stimme aller Stimmen und aller Völker sein wird." *(ANF, 7.1., ISKU)*

Meldungen

Ungeklärter Tod einer Gefangenen in Urmiye
Die kurdische Gefangene Zara Caferi im ostkurdischen Gefängnis in Urmiye hat auf bisher ungeklärte Weise ihr Leben verloren.
Laut der Meldungen ist Zara Caferi, die vor 5 Monaten verhaftet wurde, in ihrer Einzelzelle auf ungeklärte Weise gestorben. Es gibt keine offizielle Erklärung der iranischen Verantwortlichen zum Tod der Gefangenen. Caferi wurde mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft bei einer politischen kurdischen Partei verhaftet.
Das iranische Regime hat in der letzten Zeit den Druck auf kurdische und oppositionelle Gefangene erhöht. Seit Dezember wurden in den Gefängnissen mindestens 2 kurdische, politische Gefangene hingerichtet und viele in Isolationshaft verlegt.
Momentan sollen 17 kurdische, politische Gefangene akut von Hinrichtung bedroht sein. *(ANF, 11.1., ISKU)*

Baydemir vernommen
Der Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir ist im Rahmen der Repressionswelle gegen die BDP vernommen worden. Nach einer mehrstündigen Vernehmung durch den Staatsanwalt konnte Baydemir den Justizpalast, mit der Auflage, dass er das Land nicht verlassen dürfe, wieder verlassen. *(ANF, 13.1., ISKU)*

81 Festnahmen in Bitlis, 3 Personen im Krankenhaus
Zusätzlich zu den bei Razzien in Bitlis festgenommenen elf Personen wurden bei einem Polizeiangriff auf eine Protestkundgebung gegen die Repression weitere 70 AktivistInnen, darunter 11 Jugendliche, festgenommen. 3 von ihnen mussten ins Krankenhaus gebracht werden. Der ehemalige Vorsitzende der DTP-Jugendorganisation erlitt aufgrund des Angriffs einen Herzanfall. Unter den Festgenommenen ist eine große Zahl von FunktionärInnen und Stadtratsmitgliedern der linken kurdischen BDP, darunter auch der BDP-Kreisvorsitzende. Sie befinden sich im Moment auf der Polizeidirektion.
Zehn der bei den vorherigen Razzien Festgenommenen, erhielten einen Haftbefehl wegen Mitgliedschaft in einer und Propaganda für eine verbotene Organisation. Auch in Hakkari

Frauen aus Izmir gründen Bündnis gegen Gewalt

Organisierte und unabhängige Frauen aus Izmir haben ihre Stimmen gegen die Gewalt gegenüber Frauen vereint. Bei einer Feierlichkeit wurde am vergangenen Freitag die Gründungserklärung der „Izmir Frauenkoordination gegen Gewalt" veröffentlicht.
Die Frauen von Izmir haben nach einer Pressekonferenz anlässlich der verbalen Belästigung einer Frau durch die Polizei beschlossen, ihre Kräfte zu vereinen und am 13. September 2009 die Prinzipien eines solches Zusammenschlusses festgelegt. Gestern Abend um 18.oo Uhr wurde nun die Gründungserklärung veröffentlicht. Die Veranstaltung begann mit einer Diashow, die Bilder von Aktionen der Frauenorganisationen zeigten. Im Anschluss wurde die Gründungserklärung verlesen.
„Die männliche Gewalt gegen Frauen, lesbische/schwule/ bi-/trans- und intersexuelle Menschen, Kinder und manchmal auch gegen Männer macht jeden Ort dieser Welt zu einer Hölle. Immer noch werden wir Zuhause, auf der Straße, in der Schule, auf den Plätzen der Stadt, im Parlament und allen anderen gesellschaftlichen Organisationen von Sexismus und Gewalt unterdrückt. Izmir, das von der Gesellschaft als ‚moderne' und ‚europäische' Stadt bezeichnet wird, nimmt bezüglich dieser Gewalt meistens eine ‚Hauptrolle' ein."
In der Deklaration ist eine Statistik von 2009 über Gewalt enthalten. „Die Zahlen zeigen den Irrtum derer, die glauben, dass die Gewalt in der türkischen Mittelmeerregion unter dem Durchschnitt der Türkei liegt. Denn laut der gleichen Daten, wurden 12 Prozent der tödlichen Gewaltdelikte, 10 Prozent der Belästigungen/Vergewaltigungen und 19 Prozent der Körperverletzungen in der Mittelmeerregion verübt. Innerhalb dieser Region fanden fast alle Gewalttaten in oder nahe von Izmir Stadt oder in den Landkreisen Izmirs statt.
Das Ziel der Deklaration wurde wie folgt benannt: „Die Koordination soll nicht die momentane oder zukünftige Arbeit der anderen Organisationen übernehmen, sondern einen Zusatz bilden. Geplant für die Arbeit der Koordination ist eine Karte der Gewalt von Izmir anzufertigen, Daten zu sammeln, statistische Erhebungen durchzuführen, mit Arbeiterinnen in Bereichen, in denen sie einen Mangel wahrnehmen, weiterbildende Maßnahmen durchzuführen, den Informationsfluss der Organisationen und Menschen zu gewährleisten und die Möglichkeiten dessen zusammenzuführen. Gleichzeitig ist unser Ziel, dass auf gesellschaftliche Organisationen organisierten Druck aufgebaut und die gesetzlichen Änderungen überwacht werden. Es ist fundamental, dass Mittel für die Aufhebung der Unorganisiertheit zwischen unabhängigen Frauen und Frauenorganisationen gefunden werden und für die Entwicklung einer Politik bezüglich der kurz- und langfristigen Angelegenheiten die notwendige Theorie und eine passende Diskussionskultur entwickelt wird."
Mit Musik und traditionellem Tanz wurde die Feierlichkeit beendet. *(ANF, 9.1., ISKU)*

Stellungnahme gegen die Talsperren und -Wasserkraftwerkprojekte der türkischen Regierung

Am 12. Januar 2010 haben sich 13 talsperrenkritische Bewegungen aus der ganzen türkischen Republik in Istanbul einer Pressekonferenz zusammengefunden. Sie lehnten in einer gemeinsamen Stellungnahme die Talsperren und -Wasserkraftwerkprojekte der türkischen Regierung ab, weil diese zu gravierenden sozialen, kulturellen und ökologischen Kosten führen.
Vor etwa zehn Jahren begannen die ersten Proteste gegen zerstörerische Talsperren, die in den letzten zwei-drei Jahren zugenommen haben, auch weil Lizenzen für immer mehr kleinere und mittelgroße Wasserkraftwerksprojekte an Unternehmen vergeben werden. Über 350.000 Menschen wurden bisher vertrieben, meistens endeten sie in der Armut. Hunderte historische Orte mit einer Vergangenheit von bis zu 12.000 Jahren wurden überflutet. Viele Flussökosysteme wurden zerstört. Da die türkische Regierung noch 2000 weitere Projekte plant, stehen noch weitere große Zerstörungen an, wenn nicht Einhalt geboten wird.
Bewegungen aus den kurdischen Provinzen, der östlichen Schwarzmeerregion und Ägais schließen sich zusammen, weil sie es nur gemeinsam schaffen können, diese Zerstörungen in die Öffentlichkeit zu bringen und eine Veränderung der Politik zu bewirken.
Die talsperrenkritischen Bewegungen haben auf der Pressekonferenz angekündigt, zukünftig verstärkt dagegen vorzugehen und die folgenden Vorschläge für eine neue partizipative und ökologisch orientierte Wasserpolitik unterbreitet:

1. Die Regierung der Türkei muss dringend ihre falsche Wasser-Politik beenden und alle Staudamm- und Wasserkraftwerk-Projekte, die sich in Bau oder Planung befinden, stoppen.
2. Gemeinsam mit der Gesellschaft – eingeschlossen die von Staudämmen und Wasserkraftwerken betroffenen Menschen, lokale Behörden, Umweltschutz- und Menschrechtsorganisationen, ExpertInnen, Berufsverbänden usw. – muss eine neue Diskussion mit dem Ziel der Entwicklung einer neuen Wasser-Politik beginnen.
3. Unsere Intention zum Start eines Diskussionsprozesses ist es, die soziale und ökologische Nutzung der Wasserressourcen für die Menschen sicherzustellen, basierend auf den Prinzipien der sozialen Gleichheit und egalitären Partizipation. Als Schlussfolgerung fordern wir die Übertragung der Verantwortung für den Gebrauch der Wasserressourcen im Rahmen eines „demokratischen Wasser-Managements" an die lokalen Behörden und lokale zivilgesellschaftliche Organisationen.
4. Es müssen kompetente Institutionen und Organisationen etabliert werden, die mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet sind, um zu den verschiedenen Aspekten der mit Wasser verbunden Ökosysteme Daten zu erheben und Forschungen zu betreiben; z. B. Schutz der Funktion der Ökosysteme, Biodiversität, Siedlungen, Bewässerung, Öko-Tourismus, Gesundheits-Tourismus.
5. Im Licht der oben genannten Forderungen beabsichtigen wir die Gründung einer „Wasser-Arbeitsgruppe", um den Diskussionsprozess zu einer neuen Wasserpolitik voranzutreiben. Jeder Bereich und jede Organisation der Gesellschaft müssen die Möglichkeit haben, auf gleichberechtigter Basis an dieser Arbeitsgruppe mitzuwirken. Langfristig muss diese Kommission die Umsetzung der angestrebten neuen Wasser-Politik überwachen.

Verein zum Schutz und Erhalt von Aksu; Allianoi Initiativ-Gruppe; Unterstromregion - Ardanuç-Artvin; Cilo Naturverein; Cizre Kulturerhalt Initiatve; Initiative zur Rettung von Hasankeyf; Schwarzmeer in Aufruf Plattform; Kayy-Der – Peri Einzugsgebiet; Munzur Erhaltungsrat; Verein zum Erhalt vom Munzurtal und Wildleben; Plattform zum Erhalt des Senoztals; Verein zum Schutz und Erhalt von Alive; Plattform zum Erhalt von Yuvarlakçayı

erhielten 3 Personen mit ähnlichen Vorwürfen heute einen Haftbefehl.
(DIHA, 12.1., ISKU)

Zehn der Festgenommenen in Van in Isolationshaft
Zehn, der während der polizeilichen Maßnahmen gegen die BDP am 28. Dezember in Van festgenommenen und ins Van F-Typ-Gefängnis überstellten Personen, wurden 10 Tage in Isolationshaft gehalten. Darunter sind Ferzende Abi (Vorsitzende von MEYADER), Tefik Say (Vorsitzender des Vereins der freien Bürger des Stadtteils Hacibekir), Siddik Gül von der DTP Van, sowie Kerem Çağlı, Ramazan Özlü, Selim Çay, Cafer Koçak, Zihni Karakaya, Mustafa Ayaz und Kamuran Parlak'ın. Die Nachricht der Gefangenen wurde über ihre Familien vermittelt.
(ANF, 7.1., ISKU)

Angriff auf Roma in Manisa
Nach einem Streit in einem Cafe soll eine Gruppe Roma dessen Scheiben eingeschlagen und Beschäftigte verprügelt haben. Danach sammelte sich eine ca. tausendköpfige Menschenmenge und griff eine Siedlung an, in der Roma leben. Wohnungen, Arbeitsstätten und Autos wurden mit Steinen beworfen und zum Teil in Brand gesetzt. Die Menge wurde durch die Gendarmerie aufgelöst. Die Roma sind zu Verwandten in eine Nachbarprovinz gezogen. Die Tageszeitung Radikal fügt Aussagen von Roma hinzu, die angeben, dass Bulldozer der Stadtverwaltung bei den Angriffen auf ihre Häuser eingesetzt wurden. Während der Provinzgouverneur die Roma eine Erklärung unterschreiben ließ, dass sie ihre Wohnungen freiwillig verlassen, erklären diese, dass sie sich von den Behörden allein gelassen fühlen. *(CH, 7.1., ISKU)*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
HHTV	HakkarihaberTV
YH	Yüksekovahaber
CH	Cumhurriyet

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 448
22. Januar 2010

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kolumne von Abdullah Öcalan in "il manifesto"

Einen gerechten Frieden für die Kurden

Ich grüße voller Respekt alle Leser und alle Freundinnen und Freunde in Italien. Mein besonderer Dank gilt den Mitarbeitern von „il manifesto“, die mir die Möglichkeit geben, meine Ansichten auf diesem Wege zu veröffentlichen.
Italien besitzt für mich eine besondere Bedeutung. Nicht nur, weil mich der Weg auf der Suche nach einer demokratischen Lösung für die kurdische Frage 1998 nach Rom geführt hat, sondern auch wegen meiner Hochachtung vor der italienischen Geschichte und den Befreiungskämpfen, die dort geführt worden sind. In meinem jüngsten Buch mit dem Titel „Die Demokratisierung der Mittelöstlichen Kultur“ habe ich dem Thema einige Seiten gewidmet. Ich werde hoffentlich Gelegenheit finden, diese künftig mit der Leserschaft zu teilen, selbst wegen der Isolationshaft vielleicht nicht immer die Möglichkeit zu einer direkten Kommunikation besteht.
Über die internationale Verschwörung, durch die ich von Rom schließlich auf die Insel Imrali gelangt bin, möchte ich zu einem späteren Zeitpunkt schreiben. Dabei wird es nicht nur um die historische Bedeutung dieses Vorgangs für die Kurden gehen, sondern auch um die Machtstrukturen des globalen Systems und den Charakter der internationalen Beziehungen. Ich denke, dass dies auch den fortschrittlichen Teil der europäischen Öffentlichkeit interessieren könnte.
Ich selbst habe aus meiner dreimonatigen Odyssee, die mich über Athen, Moskau und Rom führte, historische Lehren gezogen. Der zentrale Begriff in meinen jüngsten Büchern ist die „kapitalistische Moderne“. Diese habe ich bei diesem Abenteuer zusammen mit ihren 1001 Masken und Rüstungen aus nächster Nähe kennen gelernt. Wenn dies nicht gewesen wäre, hätte ich niemals die Konsequenzen gezogen, die ich gezogen habe. Ich wäre vielleicht einem simplen, staatsfixierten Nationalismus verhaftet geblieben oder wäre als Teil einer klassischen linken Bewegung geendet wie so viele vor mir. Als sozialwissenschaftlich denkender Mensch möchte ich keine absoluten Feststellungen treffen, doch ich gehe davon aus, dass ich nie zu meinen jetzigen Analysen hätte kommen können.
Ich möchte eine grundlegende Schlussfolgerung betonen. Die eigentliche Kraft der kapitalistischen Moderne liegt weder in ihrem Geld noch in ihren Waffen. Die Fähigkeit, alle Utopien einschließlich des Sozialismus, der jüngsten und stärksten Utopie, gleich einem Zauberer im eigenen Liberalismus zu ersticken, stellt ihre eigentliche Stärke dar. Solange wir nicht erklären können, wie sie die gesamte Menschheit in den Sog des Liberalismus zieht, kann auch die selbstbewussteste Denkschule nicht mehr sein als ein Lakei des Kapitalismus, geschweige denn ihn bekämpfen. Gemeinsam mit dem kurdischen Volk kämpfe ich nicht nur um unsere Identität und unsere Existenz. Unser Kampf richtet sich ebenso gegen die erdrückende herrschende Ideologie der kapitalistischen Moderne und versucht, von Mesopotamien, der Wiege der Menschheit aus, einen Beitrag zur Schaffung einer Alternative zu leisten, die wir „demokratische Moderne“ nennen.
Das Bemühen des türkischen Staates, im Zuge der globalen Terrorismusparanoia unseren demokratischen Kampf als „terroristisch“ zu brandmarken, ist für uns nicht mehr als das altbekannte Propagandaspiel. Denn die Mentalität des türkischen Staates, dem kurdischen Volk bis heute die grundlegenden Menschenrechte zu verweigern, ähnelt mehr als nur ein wenig der autoritären, gleichmachenden faschistischen Mentalität, die im 20. Jahrhundert in Deutschland und Italien Fuß gefasst hatte.
Noch heute betreibt der türkische Staat gegen die Kurden einen politischen, ökonomischen und kulturellen Völkermord. Das kurdische Volk leistet dagegen einen erbitterten und organisierten Widerstand.
Gegen den chauvinistischen und faschistoiden Nationalismus, der mittlerweile überall, wo Kurden leben, eine Lynchkultur hervorbringt, setze ich auch weiterhin die Suche nach einer friedlichen und demokratischen Lösung. Von 1993 bis heute habe ich in dieser Hinsicht eine Vielzahl von Vorschlägen unterbreitet und praktische Schritte unternommen. Der trotz aller Angriffe auch im Krisenjahr 1999 gehaltene Waffenstillstand, der Rückzug der Guerilla vom Territorium der Türkei und die symbolischen Friedensdelegationen aus Europa und den Kandil-Bergen waren nur ein kleiner Teil dieser Friedensbemühungen. Dass auch im Jahr 2009 die Waffen in ähnlicher Weise einseitig schwiegen und eine Guerilladelegation aus den Kandilbergen in die Türkei kam, mag als Beleg für die Kontinuität und Beharrlichkeit meiner Friedensbemühungen dienen.
Trotz alledem hat sich die Haltung des türkischen Staates leider nicht geändert. Immer noch werden unserer Friedensbemühungen gering geschätzt und als Zeichen der Schwäche ausgelegt. Immer noch finden militärische Operationen und Angriffe auf die Bevölkerung statt. Immer noch rufen alle staatlichen Institutionen wie aus einem Mund: „Liquidiert sie!“ Die hinterhältigsten Täuschungmanöver nutzt dabei die heutige AKP-Regierung, die den europäischen Staaten gegenüber so tut, als bemühe sie sich um eine Demokratisierung und die Lösung der kurdischen Frage.
Dieselbe Regierung hat die Gesetze geschaffen, die dazu führen, dass die türkischen Gefängnisse voll mit kurdischen Kindern sind und wie kürzlich in Şırnak für fünf Kinder 305 Jahre Haft beantragt werden können. Dank derselben Regierung konnte die Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) verboten werden. Dieselbe Regierung lässt die Kurden demütigen, indem sie die gewählten kurdischen Bürgermeister in Handschellen abführen lässt und damit Bilder produziert, die an den Abtransport in Konzentrationslager erinnern.
Das kurdische Volk wird niemals aufhören, für seine grundlegenden Rechte zu kämpfen. Es wird sich weiter organisieren, um seine Würde und ein Leben in Freiheit anzustreben. Diese Freiheit wird es erlangen, indem es mit demokratischen Mitteln kämpft, sich aber auch das Recht auf legitime Selbstverteidigung vorbehält. Daran habe ich nicht die geringsten Zweifel.
Am Ende dieses ersten Artikels am Beginn eines neuen Jahres wünsche ich dem italienischen Volk ein frohes Jahr 2010. Möge dieses Jahr zur Befreiung der unterdrückten Völker, Klassen und Geschlechter beitragen.

Übersetzung: Internationale Initiative, zuerst erschienen am 9. Januar 2010 in "il manifesto"

Meldungen

PJAK bekennt sich zu Attentat auf Staatsanwalt im Iran
Das Hauptquartier der „Einheiten aus Ost-Kurdistan“ (Hêzên Rojhilata Kurdistanê, HRK) erklärte zu dem Attentat auf den iranischen Staatsanwalt Weli Heci Qulizade in Xoy, dass er wegen seiner Praktiken den Kurden gegenüber bestraft worden ist. Auf der Basis der Selbstverteidigung sei diese Aktion von Einheiten der PJAK durchgeführt worden, weil Weli Heci Qulizade an den Todesurteilen gegen Hasan Hikmet Demir und Fesih Yasemini beteiligt war.
Mehrere angebliche Mitglieder des PJAK warten in iranischen Gefängnissen auf ihre Hinrichtung, 2 Menschen wurden wegen ihres Engagements für die kurdische Sache in den vergangenen Jahren vom iranischen Regime ermordet. Zu dem sind die Gefangenen in den iranischen Gefängnissen willkürlicher Folter und Repression ausgesetzt. Dagegen sei die PJAK aktiv geworden und forderte für die Gefangenen im Iran eine menschliche Behandlung. *(ANF, 20.1., ISKU)*

Weitere Todesurteile verhängt
Die Anwältin von Şirin Elem Hulu, die vor zwei Jahren festgenommen wurde, gab bekannt, dass ihre Mandantin mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der PJAK zum Tode verurteilt wurde.
Die aus der ostkurdischen Stadt Mako kommende 28-jährige Şirin Elem Hulu befindet sich momentan in dem durch Folter berüchtigten Evin Gefängnis in Teheran.
Das Gericht Urmia hat am 16.1. den 25-jährigen Muhammed Emin Abdullah, der erst zu 20 Jahren verurteilt wurde, nun zum Tode verurteilt. Der aus Bokan stammende Abdullah wurde wegen des Vorwurfes „Krieg gegen Allah und Schaden der nationale Sicherheit“ zum Tode verurteilt.
Auch die Strafe des ebenfalls aus Bokan stammenden Qadir Muhammed Zade ist von 32 Jahren in die Todesstrafe umgewandelt worden
(ANF, 16/21.1., ISKU)

Protest gegen Haftbedingungen auf Imrali
Wie bei den letzten Anwaltskonsultationen von Abdullah Öcalan am 15.1. bekannt wurde, werden Abdullah Öcalan und die anderen fünf Insassen des Imrali F-Typ Gefängnisses gegen

Diyarbakir wird drei Tage lang Stadt der Frauen

Am 9. und 10.1. fand die 5. Konferenz der Demokratischen Freien Frauenbewegung (DÖKH) in Diyarbakır unter dem Motto „Lasst uns auf Freiheit bestehen! Lasst uns den Geschlechterkampf radikalisieren! Lasst uns noch mehr organisieren!“ statt.

In der Abschlusserklärung der Konferenz wird gesagt, dass hier das Zentrum der Kämpfe im Mittleren Osten sei und es eine Entwicklung gebe, in der die globale Politik kollaborierende Kräfte schaffe, die dem imperialistischen System entgegenstehende Kräfte entweder zähme, sie unwirksam mache oder marginalisiere. Die Erklärung weist darauf hin, dass dabei „die Türkei eine wichtige Rolle spielt“. Durch die AKP soll diese Politik grundlegend verankert werden, zunächst ökonomisch, dann im politischen und sozialen Leben, den Nationalismus tiefer verankern. Direkt nach den Kommunalwahlen vom 29. März 2009 wurde das aus den kurdischen Kämpfen für Freiheit und Demokratie entstehende radikal demokratische System angegriffen. Diese Angriffe haben zum Ziel, die kurdische nationale Einheit, die demokratischen Kräfte zu beseitigen und eigene kollaborierende Kräfte zu schaffen.“

Auf der Konferenz wurden die im Namen der sogenannten „Demokratischen Öffnung“ geschehene Verschlechterung der Haftbedingungen von Abdullah Öcalan und die Operationen gegen die DTP, als „politischer Völkermord“ bezeichnet. Das Verbot der DTP, die Verhaftungen des Vizepräsidenten der DTP, der Bürgermeister, der kurdischen Frauenaktivistinnen und der Kinder sowie die verhängten hohen Haftstrafen, kritisiert. Kampagnen sollen entwickelt werden, die sich den Verhafteten anzunehmen und deren Freilassung erreichen sollen.

Auf der Konferenz habe es einen Rückblick auf das Jahr 2009 gegeben. Die Initiative zur Schaffung eines demokratischen Frauensystems sei jedoch mangelhaft geblieben. Die Kampagne „Unsere Ehre ist unsere Freiheit“ wurde in der Konferenz ausgewertet. Sie hat deutlich gemacht, das Verständnis von Ehre gesamtgesellschaftlich zu verändern. In Zukunft wird diese Kampagne sowie die Diskussionen darum intensiviert.

In der Abschlusserklärung wird auf die Pläne für das kommende Jahr hingewiesen. 2010 wird der 8. März, der internationale Arbeiterinnen- und Frauen-Tag 100 Jahre alt. „Auf unserer Konferenz fiel die Entscheidung, dass wir das Jahrhundertjubiläum vom 8. März pompös begehen werden und zum Anlass nehmen, die Frauenkämpfe zu verstärken. Wir haben entschieden, Diyarbakır drei Tage lang zu einer Stadt der Frauen werden zu lassen.“

Folgende weitere Entscheidungen wurden auf der Konferenz getroffen: „Unsere Konferenz hat als Ziel festgelegt, als organisatorischen Schritt ein konföderales Frauensystem zu etablieren. Im Rahmen dessen werden die kommunalen Frauenparlamente ausgeweitet und überall in jedem Zentrum bewusst die kommunale Organisierung vorangebracht. Ein Teil der DÖKH wird sich mit der „Muttersprache als Lebensnotwendigkeit“ und der „Rückkehr zur muttersprachlichen Bildung“ beschäftigen. Es wurde eine Kommission gegründet, um für die demokratische und friedliche Lösung der kurdischen Frage eine Deklaration vorzubereiten. Türkischen Frauen wird die Rückkehr der Frauen in die Friedensbewegung vorgeschlagen. Eine Politik der Frauenökonomie wird weiter aufgebaut. Um diese zu entwickeln, wird die Bewegung der Frauenkooperativen weiterentwickelt werden. Es wird gegen die Todesstrafen, die von der iranischen Regierung gegen kurdische politische Gefangene ausgesprochen wurden, gekämpft und eine Kampagne in Anerkennung für Zeynep Celaliyan „Gegen Todesurteile – für die Freiheit der Gefangenen“ durchgeführt.“

(ANF, 12.1., ISKU)

Tekel: Hungerstreik für Arbeitsplätze

Seit Dienstag Nachmittag sind rund 100 Arbeiter des staatlichen türkischen Tabakmonopols Tekel in Ankara in einen Hungerstreik getreten. Weitere wollen sich in den nächsten Tagen anschließen. Dies ist eine weitere Zuspitzung des seit 35 Tagen laufenden Arbeitskampfes gegen die Entlassung von 12000 Beschäftigten von Tekel aufgrund vorangegangener Privatisierungsmaßnahmen. Sollte die Regierung sich nach einem dreitägigen Hungerstreik weiterhin nicht verhandlungsbereit zeigen, wollen die Arbeiter ein Todesfasten beginnen, in dem sie auch auf Getränkeaufnahme verzichten. Ärzte betreuen die Hungerstreikenden in der Gewerkschaftszentrale des Dachverbandes Türk-Is. Bereits jetzt ist der Gesundheitszustand vieler Arbeiter, die vor der Gewerkschaftszentrale protestieren, nach mehrtägigen Sitzstreiks bei nasskaltem Wetter schlecht. 1500 wurden krank, Dutzende mussten mit Atem- oder Herzbeschwerden in die Notaufnahme der Krankenhäuser gebracht werden. Doch weiterhin blockiert der Türk-Is-Vorsitzende Mustafa Kumlu, ein Vertrauter des Staatspräsidenten, eine von der Lebensmittelarbeitergewerkschaft Tek-Gida-Is und den linken Gewerkschaftsdachverbände DISK und KESK geforderte Ausweitung des Streiks auf andere Branchen bis hin zu einem Generalstreik. Aus Protest gegen Kumlus Blockadehaltung hatten Tekel-Arbeiter am Sonntag das Gewerkschaftshaus besetzt und den Rücktritt des Vorsitzenden gefordert. *(jW, 21.1., ISKU)*

Syrien: „Selbstmord“ an kurdischem Soldaten

Wieder hat ein junger kurdischer Mann während seines Militärdienstes bei der syrischen Armee sein Leben auf ungeklärte Weise verloren. Während Îsa Xelef der zweite kurdische Soldat ist, der 2010 in Syrien unter zweifelhaften Umständen gestorben ist, sind 2009 mindestens 20 Kurden während ihres Militärdienstes unter ungeklärten Umständen ums Leben gekommen.

Îsa, aus der südwestkurdischen Stadt Kobani, hatte seit 4 Monaten in der Stadt Deraa seinen Militärdienst geleistet. Er hatte in dem letzten Telefonat mit seiner Familie vor seinem Tod berichtet, dass er von einem Kommandanten ständig schlecht behandelt und geschlagen worden sei.

Wie auch bei anderen Todesfällen haben die Verantwortlichen des Militärs den Tod von Îsa Xelef als Selbstmord dargestellt.

In Syrien sind die ungeklärten Todesfälle von kurdischen Soldaten seit Anfang 2009 erheblich gestiegen. Laut offizieller Darstellung waren es immer Verkehrsunfälle, Stromschläge und Selbstmorde. Doch diese Erklärungen reichten den Familien der Opfer nicht aus. Trotzdem gab es bis heute keine ernsthafte Befragung zu den Toden. Selbst wenn es solche Untersuchungen gegeben hätte, so wären diese nicht veröffentlicht worden.

Laut der Erklärungen des Menschenrechtskomitees MAD und KCK-Rojava, haben seit 2004 mindestens 35 kurdische Soldaten in Syrien ihr Leben auf ungeklärte Weise verloren.

(ANF, 14.1., ISKU)

die Haftbedingungen protestieren. Öcalan gab bekannt, dass er zusammen mit Şehmuz Poyraz, Cumali Karasu, Bayram Kaymaz, Hasbi Aydemir und Hakki Alkan gegen die Haftbedingungen auf Imrali protestieren wird. Abdullah Öcalan sagte u. a. dazu zu seinen Anwälten: „Ich kann die Freunde auf den Belüftungsgängen nicht sehen. Obwohl wir das Recht dazu haben uns zehn Stunden in der Woche zu sehen, können wir nur eine Stunde zusammen sein. Wir haben uns bisher vier Mal gesehen; das letzte Treffen haben sie auf 50 Minuten reduziert. Nicht einmal die Aussagen und Vorschriften des Staates werden eingehalten. Wenn die Vorschriften nicht eingehalten werden, wieso treffen wir uns dann noch? Wir haben dies mit den Freunden bewertet und haben den Beschluss gefasst, dass wir uns nicht treffen werden, bis die Haftbedingungen verbessert werden.“

Die Insel Imrali ist ein rechtsfreier Raum, ein juristisches Niemandsland, es ist einer der Orte, an denen Menschenrechte systematisch ausgehebelt werden.

(ANF, 15.1., ISKU)

Auseinandersetzungen in Hakkari halten seit Tagen an

Am Montag kam es erneut zu heftigen Straßenschlachten in mehreren Stadtvierteln von Hakkari. Polizisten griffen jugendliche AktivistInnen mit Gasgranaten und Wasserwerfern an. Diese erwiderten mit Steinen und riefen Parolen für Abdullah Öcalan und die PKK. Schon in den letzten Tagen war es immer wieder zu Zusammenstößen zwischen Jugendlichen und der Polizei gekommen. Die Polizei setzte hierbei auch Plastikpatronen ein.

In der Nähe eines Gymnasiums in Hakkari wurde ein 13 bis 14-jähriger Jugendlicher von Zivilpolizisten schwer misshandelt. Die drei Personen traten auf den schon leblosen Körper weiter ein. Dann richteten sie ihn erneut auf und misshandelten ihn weiter durch Schläge.

(ANF, yg, 18.1., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
yg	yuksekovaguncel
jW	junge Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**

Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 449
29. Januar 2010

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Warnung aus Kurdistan an die AKP

Gegen die Operationen gegen die linke kurdische BDP, bei der auch etliche BürgermeisterInnen verhaftet wurden und die Tag für Tag neue Gefangene produzieren, protestierten viele tausend Menschen in verschiedenen kurdischen Städten. In Diyarbakır, Nusaybin, Bingöl, Doğubayazıt und Çaldıran fanden Demonstrationen und Kundgebungen statt, außerdem wurde ein Hungerstreik begonnen. In einer gemeinsamen Erklärung von 330 zivilgesellschaftlichen Organisationen (STK) wurde die „Verleugnungs- und Vernichtungspolitik", mit der die Regierungspartei AKP die kurdische Frage zu lösen versuche, verurteilt und erklärt, dass auch diese Partei, wie ihre Vorgängerinnen an dieser Form des „Lösungsansatzes" zu Grunde gehen werde. In Yüksekova und Doğubeyazıt kam es nach Polizeiangriffen auf DemonstrantInnen zu schweren Straßenschlachten.

DİYARBAKIR
Tausende nahmen trotz eisiger Temperaturen an einer Kundgebung in Diyarbakır gegen die Verhaftungswelle von BDP-AktivistInnen teil, darunter Delegierte von zivilgesellschaftlichen Organisationen aus 21 Kreisen, u.a. Diyarbakır, Batman, Van, Dersim, Şırnak, Siirt, Elazığ, Mardin. Viele trugen symbolisch Ketten und erinnerten u.a. an das Dersim-Massaker, bei dem 1938 mindestens 70.000 Menschen ermordet worden waren. Sie riefen: „Was hat sich geändert?" und in Anspielung auf die von Erdoğan verkündete „Demokratische Öffnung": „Wir wollen keine Öffnung in Ketten", „Unser Wille kann nicht in Ketten geschlagen werden". Außerdem wurde die Freilassung des Menschrechtsaktivisten und Vorsitzenden des IHD Diyarbakır, Muharrem Erbey, gefordert. Es nahmen auch ArbeiterInnen der im Moment im Streik gegen neoliberale Privatisierungspolitik kämpfenden LebensmittelgewerkschafterInnen von TEKEL teil und solidarisierten sich mit Parolen wie „Schulter an Schulter gegen den Faschismus."

DOĞUBAYAZIT
Auch in Doğubeyazıt kam es zu einer Demonstration mit großer Teilnahme. Viele Läden waren aus Solidarität mit den Verhafteten geschlossen. Als die Polizei gegen die DemonstrantInnen vorging, entbrannten Straßenschlachten. Unter anderem wurde das E-Typ-Gefängnis mit Steinen angegriffen. Die Polizei ging mit Tränengas und Wasserwerfern vor.

ÇALDIRAN/BINGÖL
In Caldiran begann am Samstag ein zweitägiger Hungerstreik, um gegen die Verhaftungswelle und die Verschlechterung der Haftbedingungen von Abdullah Öcalan zu protestieren. Auch in Bingöl nehmen viele Menschen an dem zweitägigen Protesthungerstreik teil und es kam zu Kundgebungen und Protesten mit großer Beteiligung.

NUSAYBİN
Auch in Nusaybin gingen viele Menschen gegen die Repression auf die Straßen. Es nahmen auch mehrere BDP-BürgermeisterInnen an der Demonstration teil. Von den AnwohnerInnen wurden die DemonstrantInnen mit Jubel begrüßt. Sie riefen Parolen wie „Sucht nicht auf den Bergen, die ApoistInnen sind hier."

(ANF, 23.1., ISKU)

Letzter Aufruf an Akbank und Garantibank, vom Ilisu-Projekt zurückzutreten

Am Dienstag wurde von der Initiative zur Rettung Hasankeyfs in Batman eine Pressekonferenz organisiert, an welcher der Bürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, und weitere 20 Regionalbürgermeister teilnahmen. Die zwei in das Ilisu-Projekt involvierten Banken Akbank und Garantibank wurden ermahnt, ihren geplanten Kredit aufzuheben:

Dies ist der letzte Aufruf an die Akbank und die Garantibank, von dem Ilisu-Projekt zurückzutreten!
Soweit wir in Erfahrung gebracht haben, planen die beiden türkischen Banken Akbank und Garantibank in diesen Tagen einen Vertrag mit der türkischen Regierung und dem Ilisu-Konsortium zur Finanzierung des Ilisu-Staudamms und hydroelektrischen Kraftwerksprojekts zu unterzeichnen. Wenn solch eine Entscheidung getroffen wurde, wird die Zerstörung eines großen Teils unseres kulturellen Erbes, die Schädigung eines großen Naturgebietes und die erzwungene Umsiedlung von mehreren zehntausend Menschen in erster Linie ein klarer Widerspruch zu der Unterstützung dieser zwei Banken für die Projekte zur Entwicklung kultureller Aktivitäten und zum Erhalt der Natur in der Vergangenheit sein.

Im Juli 2009 strichen die Regierungen der BRD, Österreichs und der Schweiz ihre Exportkreditgarantie für das Ilisu-Projekt, weil die Türkei nicht die Bedingungen erfüllt hatte, welche von den drei europäischen Regierungen gefordert werden. Auf der Stelle zogen auch drei europäische Banken ihr Engagement zurück. Aber die türkische Regierung fuhr damit fort, nach Finanzierung für das Projekt zu suchen und der türkische Finanzminister fuhr sogar nach China. Ende Dezember 2009 kündigte der Minister für Umwelt und Waldwirtschaft, Veysel Eroglu, an, dass es mit drei türkischen Banken Verhandlungen über die Finanzierung gibt und die Unterzeichnung eines Vertrages für Januar erwartet wird.

Nach dieser Aussage sendeten wir Briefe an 12 türkische Banken, in welchen wir unsere Sorgen bezüglich des Ilisu-Projekts ausdrückten. Wo nun zwei der involvierten türkischen Banken bekannt sind, schrieben wir zusätzlich an die Akbank und die Garantibank, damit sie ihre geplanten Kredite für das Ilisu-Projekt ernsthaft überdenken. Aber bis heute erhielten wir nicht eine Antwort, von keiner Bank.

Wir warnen hier die Akbank und die Garantibank, welche in offiziellen Äußerungen stets ihren Respekt für die Natur, die Menschen und das Gesetz erwähnen

(Fortsetzung auf Seite 2)

Meldungen

Adana: 3155 Minderjährige innerhalb eines Jahres festgenommen
Der Menschenrechtsverein IHD in Adana gab bekannt, dass 2009 alleine in Adana 3150 Minderjährige zwischen 13 und 18 Jahren festgenommen, und davon 299 verhaftet wurden.
Auf einer Pressekonferenz vor dem Büro des Menschenrechtsvereins IHD in Adana wurde der Bericht über die Verstöße gegen Kinderrechte des Jahres 2009 veröffentlicht. In dem Bericht wird betont, dass Kinder am stärksten von gesellschaftlichen Problemen beeinträchtigt würden und dass eine Umgebung, die von Gewalt geprägt ist sowie die ökonomische Situation, die physische und psychische Entwicklung der Kinder behindere. Laut des Berichts wurden im Jahre 2009 in Adana 3155 Minderjährige zwischen 13 und 18 Jahren festgenommen und davon 299 verhaftet. Es gab 2306 Vorfälle an denen Kinder beteiligt waren, 62 Verstöße gegen Kinderrechte wurden beim IHD gemeldet, so der Bericht. Gegenüber Kindern, die an verschiedenen Aktionen teilgenommen hatten und dabei festgenommen wurden. *(ANF, 26.1., ISKU)*

Mindestens 60 Festnahmen bei zeitgleichen Operationen
In Batman, Muş, Iğdır, Diyarbakır, Van und Istanbul sind zeitgleich 60 Personen festgenommen worden. Zahlreichen Hausdurchsuchungen, die von der Staatsanwaltschaft Batman veranlasst worden sind, wurden durchgeführt. Unter den Festgenommenen befindet sich auch der Bürgermeister von Iğdır.
Der Vorwurf lautet „Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation", „Unterstützung einer verbotenen Organisation" und „Aktionen im ländlichen Gebiet". *(ANF, 21.1., ISKU)*

Militärgericht verurteilt Überlebende
Im Verfahren gegen acht Soldaten, die sich bei einem PKK-Angriff auf einen Militärposten in Daglica (Hakkari) 2007 ergeben hatten, wurde die Urteilsbegründung veröffentlicht. Ein Soldat war wegen "Anstiftung zur Befehlsverweigerung" zu zweieinhalb Jahren Haft, die übrigen Soldaten wegen "Pflichtvernachlässigung" zu einem Jahr drei Monaten Haft verurteilt. Bei dem Angriff wurden zwölf Soldaten getötet und 17 verletzt. In der 30seitigen Urteilsbegründung heißt es: "Wie hoffnungslos die

Gespräch mit dem BDP-Sprecher Hüseyin Sahin

»Wir fordern die Abschaffung der Putschverfassung«

Ihre Partei für Frieden und Demokratie BDP wurde im Mai 2008 gegründet, als ein Verbotsverfahren gegen die DTP lief. Welche Ziele haben Sie?
Die BDP tritt für eine demokratische und gerechte Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes ein. Unser Ziel ist, eine demokratische Gesellschaft aufzubauen und den Kurden und allen anderen unterdrückten Völkern eine Stimme zu verleihen. Wir wollen alle Menschen in diesem Land vertreten: Kurden, Türken, Aleviten, Sunniten, Arbeiter, Gewerkschafter, Studenten, Künstler.

Wie schätzen Sie die von der AKP-Regierung betriebene »Politik der Öffnung« in der Kurdenfrage ein?
Das ist keine »Regierung der Öffnung«, sondern der Verschlossenheit. Auf der einen Seite betrieb die Regierung zwar eine gewisse Öffnung, als sie zunächst null Toleranz gegenüber Folter einforderte. Auf der anderen Seite gibt es weiterhin Repressionen gegen kurdische Intellektuelle, Parlamentarier, Oberbürgermeister, Künstler und sogar Kinder. Das DTP-Verbot und die damit verbundenen Verhaftungen haben gezeigt, daß die AKP-Regierung Heuchelei betreibt. Dazu kommen noch die militärischen Aktivitäten der Armee in den sogenannten Kampfzonen – diese sind sogar intensiver als zu Beginn der 90er Jahre. Können Sie sich einen Demokratisierungsprozess vorstellen, bei dem Demonstrationen niedergeknüppelt und jugendlichen Demonstranten die Knochen gebrochen werden? Diese sogenannte Öffnung hat zum Ziel, Kurden und diejenigen Türken, die gegen Krieg sind, zu täuschen. Die AKP identifiziert sich mit dem Reichsverständnis der Osmanen, das sich über den Islam definierte. Sie versucht, das kurdische Volk mittels eines Islam mit liberalem Antlitz in eine Falle zu locken, um die kurdische politische Bewegung aufzulösen oder zu marginalisieren. Gegenüber Europa versucht die Türkei, ein seriöses Bild abzugeben. Jedoch versteckt sich hinter der Krawatte Erdogans ein Fundamentalistenbart und eine blutige und unterdrückerische Politik.

Aber die Regierung von Recep Tayyip Erdogan hat doch Offenheit gegenüber den kulturellen Rechten der Kurden erklärt?
Zwar gibt es den staatlichen Fernsehsender TRT6, der in kurdischer Sprache sendet. Doch was TRT6 macht, ist, in kurdischer Sprache die kurdenfeindliche Regierungspolitik zu vermarkten! Die Kurden vertrauen den Schritten der Regierung nicht, solange dahinter keine in der Verfassung verankerten Garantien stehen. Ein dreißigjähriger Krieg und Zehntausende Tote lassen sich nicht mit einem TV-Sender abspeisen. Selbst objektiv positive Elemente der Politik der Öffnung werden vom kurdischen Volk und von allen demokratischen Kräften zurückhaltend bewertet, da man dem Gesamtkonzept nicht traut. Die BDP lehnt diese Scheinöffnung als heuchlerisch und falsch ab.

Wie beurteilen Sie die Spannungen zwischen der AKP und der Armee?
Es gibt keine prinzipiellen Differenzen zwischen beiden Seiten. Es gibt zwar einen Widerspruch zwischen der Armee und der Regierung dahingehend, daß die Regierung versucht, die geheimen Strukturen der Armee zu zerschlagen. Dabei geht es um die Kontrolle über den Staatsapparat. Es gibt aber keine Differenzen bezüglich der Kurdenfrage. Keine der beiden Seiten redet über die 17000 ermordeten Kurden, über die 3500 vernichteten Dörfer, die zigtausend Verhaftungen sowie die Vertreibungen, die von der Armee organisiert wurden.

Was erwarten Sie von der Europäischen Union?
Wir sehen in der EU keine Retterin. Wir verlassen uns auf unsere eigenen Kräfte und die Eigendynamik unserer Bewegung. Was wir jedoch von den Europäern erwarten, ist die Anerkennung unserer Rechte wenigstens im Rahmen der Menschen- und Bürgerrechte. Bisher waren die europäischen Länder uns gegenüber leider heuchlerisch – insbesondere die BRD mit ihren Waffenlieferungen für Ankara.

Welche konkreten politischen Forderungen stellt Ihre Partei heute?
Unser erstes Anliegen ist die Abschaffung der Putschverfassung aus dem Jahr 1982. Wir wollen eine neue Verfassung, die politische und demokratische Rechte für alle garantiert. Es ist nicht ausreichend, innerhalb der bestehenden Verfassung den einen oder anderen Paragraphen zu ändern, denn dann bleibt immer noch genug Spielraum, um Parteien zu verbieten. Zweitens müssen wir dem Staat deutlich zeigen, daß die kurdische Bewegung eine Führung hat, die nicht ignoriert werden darf. Drittens verlangen wir die Einführung der kurdischen Sprache im Schulwesen und die Gleichberechtigung dieser Sprache in den kulturellen und wissenschaftlichen Bereichen.

Hüseyin Sahin ist Landessprecher der linken prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie BDP in Istanbul

(jW, 28.1., ISKU)

Letzter Aufruf (Fortsetzung)

und dies als ihre unverzichtbaren Prinzipien beschreiben, davor, Teil des Ilisu-Projektes zu sein, einem der zerstörerischsten Projekte in unsrem Land.

Wir weisen jegliche finanzielle Unterstützung zurück, egal woher sie kommt, weil sie zu riesigen sozialen, kulturellen und ökologischen Verlusten führen wird. Zuerst wird das Ilisu-Projekt die 12-tausend Jahre alte antike Stadt Hasankeyfs am Fluss Tigris fluten. Mindestens 85.000 Menschen wären direkt von diesem Projekt betroffen und werden ihre Existenzgrundlage verlieren. Das Ergebnis wäre für sie Verarmung. Das Tigris-Tal, sehr reich im Sinne der biologischen Vielfalt, mit Hunderten von Vogelarten und endemischen Arten wie der Softshell-Schildkröte, würde vernichtet werden. Weil in dem betroffenen Gebiet von 313 qkm keine umfassenden Forschungen betrieben wurden, gibt es weitere unbekannte bedeutsame Werte, die zerstört würden, falls der Ilisu-Staudamm gebaut würde.

Wenn die Akbank und die Garantibank durch einen Kredit ein Teil des Vertrages des Ilisu-Projektes sein werden, obwohl diese negativen Auswirkungen bekannt sind, werden sie mit einem kontinuierlichen Protest auf nationaler und internationaler Ebene konfrontiert werden. In diesem Rahmen werden alle sensiblen Menschen und Organisationen ihre Bankkonten löschen und jegliche kommerzielle Beziehungen mit diesen beiden Banken beenden.

Zum letzten Mal rufen wir die Akbank und die Garantibank, die für sich beanspruchen in ihren Geschäften hohe Standards zu erfüllen, auf, jegliche finanzielle Unterstützung für das Ilisu-Projekt zu unterlassen.

Initiative zur Rettung von Hasankeyf, 26.1.2010

Bedingungen auch sein sollten, müssen Soldaten den geltenden Gesetzen zufolge ihre Angst überwinden und weiterkämpfen und dürfen nicht die Waffen niederlegen und sich ergeben".

(CH, 21.1., ISKU)

Anklage gegen Kriegsdienstverweigerer
Die Staatsanwaltschaft Ankara hat Anklage gegen 19 Teilnehmer an einer Aktion erhoben, die Anfang Januar für das Recht auf Wehrdienstverweigerung eintraten. Für die 19 jungen Leute wurden nach dem Straftatbestand "Wehrkraftzersetzung" Haftstrafen zwischen sechs und zehn Jahren gefordert.

(CH, 21.1., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
CH	Cumhuriyet
jW	junge Welt

Termine:

Politische Organisierung und Menschenrechtsarbeit in Nordkurdistan/Türkei
Veranstaltung zur Repression nach dem Verbot der DTP und über Perspektiven politischen Handelns
7. Februar 2010, 19:00 Uhr
Festsaal Kreuzberg, Skalitzer Str. 130, U-Bhf Kottbusser Tor, Berlin

Auf der Veranstaltung referieren:

- Ilknur Tanış, Rechtsanwältin und Menschenrechtlerin aus Şırnak; Vorsitzende der Frauenrechtsorganisation Şırnak Kadın Derneği
- Jake Hess, Menschenrechtsaktivist und freier Wissenschaftler. Jake Hess lebt, arbeitet und engagiert sich seit zwei Jahren in Diyarbakır und arbeitete oftmals mit Muharrem Erbey und dem IHD zusammen.
- Antonia von der Behrens, Rechtsanwältin, unter anderem aktiv im Demokratischen Türkeiforum und im Republikanischen Anwälteverein (RAV).
- Nick Brauns, Türkei/Kurdistan-Historiker, Publizist und Journalist bei der Tageszeitung junge Welt, Berlin

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 450
5. Februar 2010

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Die BDP muss eine bunte, allumfassende Türkei-Partei werden

Am 27.01.10 fand eine Anwaltskonsultation mit Abdullah Öcalans statt. Öcalan sprach die BDP (Bariş ve Demokrasi Partisi - Partei für Frieden und Demokratie), die demokratische Initiative der AKP-Regierung, den dahinter steckenden Vernichtungsplan sowie den Besuch des Anti-Folter-Komitees des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (CPT) an.

Die Partei für Frieden und Demokratie, BDP, hielt am 1. Februar 2010 ihren ersten Kongress ab. Die BDP versteht sich als die Nachfolgepartei der verbotenen Partei für eine demokratische Gesellschaft, DTP. Öcalan erklärte seine Vorschläge für den Kongress:

„Verschiedene demokratische Kreise können selbstständig weiter arbeiten, aber ich halte es für wichtig, wenn sich diese der BDP anschließen. Wenn sie zusammenkommen, könnten sie um die 10 % bei den Wahlen erzielen. Die vorherigen Parteien waren in dieser Frage etwas engsichtig. Sie hatten eine Auslegung, die nur KurdInnen organisiert. Die BDP muss das überwinden. Unser Vorhaben muss gut erklärt werden. In diesem Zusammenhang kann eine Broschüre angefertigt werden, die die Rahmenpolitik der BDP beschreibt. Ich werde versuchen, das Meinige dazuzugeben. Letztens habe ich eine Kolumne von Ahmet Insel gelesen, er schrieb davon, dass KurdInnen und Türken zusammen Politik machen sollen. Das muss [von der BDP] angestrebt werden. Ich habe letztens […] auch gesagt, das man sich verbünden müsse. Alleine erreicht man nichts. Diese Notwendigkeit muss ersichtlich werden. Ich spreche von einer Plattform, auf der sich die KurdInnen treffen und zusammen kommen, wenn ich von einer Konföderation des demokratischen Mittleren Ostens spreche.

Die BDP könnte nach dem Kongress am 1. Februar das Dachparteiprojekt fortführen. Das ist wichtig. Vorher wurden einige Parteien verboten, die BDP darf nicht die nächste sein. Ich habe gewarnt und meine Vorschläge ausgesprochen, ich wiederhole sie: Die BDP sollte die Probleme im Parlament und auf rechtlicher Grundlage lösen. Die vorherigen Parteien wurden mit der Begründung, dass sie das „Sprachrohr der PKK“ sind, verboten. […] Die BDP darf kein Sprachrohr der PKK sein, die PKK kann für sich selber sprechen.

Die BDP kann eine Vermittlerrolle übernehmen, wenn ein Dialog entsteht und eine Vermittlung gebraucht wird. Die BDP ist auch nicht dafür zuständig Organisationen als terroristisch einzustufen. An diesem Punkt darf nicht viel geredet werden. Die BDP soll ganz offen sagen, dass es nicht ihre Sache ist, die PKK als terroristisch einzustufen. Letztendlich kann die BDP auch kein Verhältnis zur PKK haben, das wäre auch nicht logisch. Die vorherigen Parteien wurden auch deswegen verboten. Diese Verbote müssen überwunden werden. Die BDP ist keine kurdische Partei, die sich auf nationalistischer Ebene organisiert.

Das sind Dinge, die sie selber wissen müssen. Ich hatte die Akademien für demokratische Politik vorgeschlagen, damit sie wissen, was sie zu tun haben. Die BDP darf nicht die DTK [Demokratischer Volkskongress] sein. Die BDP muss, wie erwähnt, die ganze Türkei umfassen können. Die DTK organisiert alle KurdInnen und ist legal. Sie stellt die Organisierung der KurdInnen in allen Bereichen dar. Die kurdische Gesellschaft muss demokratisiert werden. Ich habe das schon vorher erwähnt. Die DTK ist das Mittel der KurdInnen, um sich ohne einen Staat zu organisieren. Ich möchte diese zivilen Gesellschaftsorganisationen nochmals ansprechen: Ich spreche von keiner zivilen Gesellschaft, die sich auf den Staat stützt. Das ist auch keine richtige zivile Gesellschaft.

Die letzten Verhaftungen werden unter den Decknamen KCK und DTK gemacht. Aber die KCK haben mit der DTK nichts zutun. Eine Beziehung kann auch nicht möglich sein. Die KCK sind überwiegend außerhalb der Türkei organisiert. […] Ich bin der Meinung, dass auf ideologischer Basis der Nationalismus die „Religion“ des Verhältnisses Nation-Staat ist. Das ist in meinen Verteidigungsschriften ausführlich nachlesbar. Die KurdInnen sollten kein Volk sein, das sich auf Staatsebene organisiert.

In dieser Hinsicht gibt es Unterschiede zwischen KurdInnen und TürkInnen. Die TürkInnen sind eher ein Volk, das sich auf der Basis eines Staates organisiert hat. Die KurdInnen können ihre Organisierung auf demokratischer Basis vollziehen. Ich habe vorher schon den Begriff demokratisches Volk, ohne einen Staat benutzt.“

Öcalan sprach über sein Verständnis von Sozialismus und wiederholte seine Realsozialismuskritik. Ferner sprach Öcalan grob seine Alternativen an: „Das Verhältnis von Nation und Staat ist der Grund für den Fortbestand des Kapitalismus. Der Kapitalismus kann sich ohne dieses Verhältnis nicht weiter am Leben halten. Als Alternative dafür habe ich den Begriff „demokratische Moderne“ eingeführt. Das Verhältnis von Nation und Staat ist das Ende der Freiheit und der Demokratie. Die Anarchisten haben versucht, den Staat auszudiskutieren. Bakunin, Kropotkin und andere haben den Staat kritisiert aber wussten nicht, was sie anstelle des Staates legen sollen. Ich habe vorher auch schon über Marx und Lenin gesprochen. Diese dachten, dass sie anstelle eines kapitalistischen Staats, den sozialistischen bringen können. So sollte der Sozialismus errichtet werden. Ein Staat kann nicht sozialistisch sein. Wir wurden Zeugen dieses Sozialismus. Unter dem Strich hat dieses Verständnis vom Sozialismus dem Kapitalismus gedient. Das Einzige, was das Verhältnis Nation-Staat hervorbringen kann, ist der Kapitalismus. Die Lage Chinas ist ersichtlich.“

Öcalan sprach auch die demokratische Initiative des Staates bzw. der Erdoğan-Regierung an. Öcalan beschrieb diese als "Trugschluss" und erklärte, dass der Vernichtungsplan ganz klar ersichtlich ist: „[Der türkische Außenminister] Davutoğlu will unseren Lösungsversuch der demokratischen Konföderation des Mittleren Ostens vernichten mittels des Projektes '“Null Pro-

⟶

Meldungen

Schutz von Frauen vor Gewalt durch Tarifvertrag

Die Gewerkschaft Tüm Bel Sen hat den Schutz von Frauen vor familiärer Gewalt zum Gegenstand von Tarifverträgen gemacht. Vierzig Kommunalverwaltungen stimmten in Tarifverträgen zu, dass Frauen, die Gewalt durch Ehemänner, die bei der Kommune beschäftigt sind, erlitten haben, die Hälfte des Lohns direkt ausgezahlt bekommen. Die Gewerkschaft weist darauf hin, dass Bürgermeisterinnen weit offener für den Schutz von Frauen durch Tarifverträge sind und zudem in einigen Kommunen darüber hinaus spezielle Frauenparagrafen in Tarifverträgen verankert sind. So gibt es Kommunen, die ihre weiblichen Beschäftigten am 8. März, dem internationalen Frauentag freistellen oder auch welche, die in der Beschäftigungspolitik eine 50-prozentige Frauenquote verankert haben.

(Bianet/IP, 20.1.,ISKU)

Acht Jahre Haft für Jugendliche wegen Demonstration

Das Große Strafgericht Diyarbakir verurteilte die 15-jährige Berivan S. zu acht Jahren Haft, nachdem diese am 9. Oktober in Batman bei einer Demonstration festgenommen worden war. Sie wurde wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ und „Verübung einer Straftat“ im Namen dieser Organisation zu 7,5 Jahren und wegen „Propaganda für eine Terrororganisation“ zu einem Jahr Haft verurteilt. Berivan bestritt die Beteiligung an der Demonstration und erklärte, dass sie nur zufällig in die Menge geraten sei. Ihr Geständnis, sie habe Steine auf Polizisten geworfen, habe sie aus Angst vor weiterer Prügel durch die Polizei gemacht.

(Cumhuriyet/IP, 28.1., ISKU)

Tekel-Kampf geht weiter

Sechs türkische Gewerkschaftsdachverbände haben am Dienstag in Ankara beschlossen, für Donnerstag zu einem landesweiten Solidaritätsstreik mit den 12 000 von Entlassungen bedrohten Arbeitern des staatlichen türkischen Tabakkonzerns Tekel aufzurufen. Am 50. Tag ihres Protestes kündigten 1500 in der Fußgängerzone von Ankara campierende Tekel-Arbeiter zudem einen Hungerstreik an. Damit reagierten sie auf einen am Montag von der Regierung vorgelegten »Sozial-

Erster Parteikongress der BDP

Am Montag hielt die „Partei für Frieden und Demokratie“ (BDP) in Ankara einen Außerordentlichen Kongress ab. Es war das erste Treffen dieser Art, nachdem die BDP zum Auffangbecken für Mitglieder, Abgeordnete und Bürgermeister der im Dezember verbotenen „Partei für eine demokratische Gesellschaft“ (DTP) geworden war.
„Egal ob der Name DTP oder BDP ist, wir werden den organisierten Kampf für die Freiheit der KurdInnen fortsetzen“, erklärte BDP-Vorsitzende Demir Celik am Montag.
Wie das Massenblatt Hürriyet anmerkte, wurde zu Beginn der Versammlung nicht wie sonst bei Parteikongressen in der Türkei üblich die Nationalhymne gespielt. Stattdessen wurden die Namen verhafteter BDP-BürgermeisterInnen und von „Sicherheitskräften“ getöteter ZivilistInnen verlesen. Einige TeilnehmerInnen schwenkten Bilder des inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan und PKK-Symbole.
Die Delegierten wählten einen neuen Vorstand mit einer Doppelspitze aus zwei Parlamentsabgeordneten, dem Juristen Selahattin Demirtas und der Journalistin Gülten Kisanak. Kisanak zeigte sich zuversichtlich, dass die BDP die islamisch-konservative AKP-Regierung in den kurdischen Gebieten verdrängen und so zur landesweiten Niederlage der AKP beitragen werde.

(jW, 3.2., ISKU)

Proteste in Diyarbakir gegen Verbrechen an Frauen

Frauenorganisationen in Diyarbakir sammelten sich im Landkreis Çinar, um gegen Verbrechen an Frauen und gegen die Selbstmorde der Zwillinge Hediye und Kadriye Demirel zu protestieren. In einer Erklärung dazu heißt es: „Im Namen der Ehre wird gemordet oder zum Selbstmord gezwungen.“
Unterstützt wurde die Aktion vom Frauenrat von Çinar, Selis aus Diyarbakir, Epidem, dem städtischen Frauenrat Diyarbakir und dem Bürgermeister von Çinar, Ahmet Cengiz. Die Frauen liefen vom BDP-Kreisgebäude bis ins Stadtzentrum.
Während der Demonstration wurden Parolen gerufen wie „Ein Ende der Frauenmorde“, „Die Hände, die nach den Frauen greifen, sollen brechen“, „Hoch lebe die Frauensolidarität“ und „Für ein Leben der Frau in Freiheit“.
Die aus dem Dorf Incirtepe im Kreis Çinar stammenden Zwillinge Hediye und Kadriye Demirel sind letzte Woche in Diyarbakir aus der Wohnung ihres Bruders aus dem 7. Stock in den Tod gesprungen. Sie wählten den Tod, weil sie mit dem Sohn eines Onkels verheiratet werden sollten. Eine Vertreterin einer Frauenorganisation erklärte hierzu: „Die Mutter der Zwillinge, eine Schwester und eine Tochter des Onkels, ertranken 1997 im Göksü Stausee beim Wolle waschen. Der Vater heiratete später erneut. Wir protestieren gegen die Gründe für den Selbstmord der Zwillinge, gegen die Unterdrückung und die Gewalt gegen Frauen.“

„Die Einstellung, die uns in den Tod treibt, verurteilen“

Die Sprecherin des städtischen Frauenrates Diyarbakir, Zarife Özbekli, sagte in ihrer Rede: „Wenn wir doch eine Veränderung im sozialen Bereich erleben durch die Kämpfe der Frauen, so ist der Grund dafür, dass die Selbstmorde und die Morde an Frauen weiter andauern, eine tief verwurzelte Einstellung, die sich nicht ändert. Weil keine wirkungsvollen und ausreichenden Maßnahmen ergriffen werden, kommt es weiterhin zu Opfern von Verbrechen und Selbstmorden.
Zweifellos steht die Tragik der Tode in Verbindung mit dem sich nicht demokratisierenden und nicht die Freiheit der Einzelnen anstrebenden System, dem zurückgebliebenen Lebensstandard, der niedrigen Bildung, den schwerwiegenden ökonomischen Problemen und dem soziokulturellen Hintergrund. Die Frauen, die alle auf unterschiedliche Weise in diesen Abgrund geworfen werden, sind Teil dieses Blutbades.
Wir Frauen müssen endlich nicht mehr uns selber, sondern die Einstellung, die uns in diese Situation treibt, verurteilen. Um dem Leben kein Ende zu setzten, sondern neue Leben zu erschaffen und um in uns selber die Stärke für eine Lösung zu finden, müssen wir solidarisch Seite an Seite stehen, und wir müssen sagen, dass die Gewalt gegen Frauen, die Morde und Selbstmorde aufhören sollen.“

(ANF, 28.1., ISKU)

Türkei verweigert Kurden Namensänderung wegen fehlender Buchstaben

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Klagen von acht Kurden abgewiesen, die vergeblich eine Änderung ihrer Namen beantragt hatten. Das geht aus einem am Dienstag in Straßburg veröffentlichten Urteil hervor. Einer der Kläger wollte seinen türkischen Vornamen Kemal durch "Dilxwaz" ersetzen, was auf Kurdisch "ersehnt" bedeutet, andere wollten die kurdischen Namen Xosewist (erhaben) oder Berxwedan (Widerstand) annehmen.
Die türkischen Behörden lehnten dies mit dem Hinweis ab, die gewählten Namen enthielten Buchstaben, die im türkischen Alphabet fehlten. Dieses umfasst 29 Zeichen. Die Buchstaben "q, w und x" gibt es nicht. Die Straßburger Richter billigten dieses Argument.

(AFP, 2.2., ISKU)

Die BDP muss eine bunte, allumfassende Türkei-Partei werden

bleme mit den Nachbarstaaten“. Man will uns im Dienst der kapitalistischen Moderne halten. Es ist ganz klar, dass die AKP eine Vernichtungspolitik anstrebt. Die Initiative ist ein Trugschluss. Man sagt ja auch nicht mehr „demokratische Initiative“, nun heißt es „nationales Einheitsprojekt“.
Die Reise [des türkischen Ministerpräsidenten] Tayyip Erdoğan in jedes Land des Mittleren Ostens, die „Nullproblemepolitik“ des Außenministers – das alles steht in meiner Roadmap sehr detailliert. Hätten sie diese bewertet, würden sie sehen, was für die demokratische Lösung nötig ist. […]
Zuletzt sprach Öcalan die CPT-Delegation an. Öcalan erklärte: „Ich habe mit der CPT-Delegation gesprochen, sie waren zu sechst. Ich habe mit ihnen über meine Haftbedingungen, die Wiederaufnahme des Prozesses, dessen Bedeutung und meinen Prozess vor dem EGMR gesprochen.
[…]
Ich möchte das Volk und die Freunde im Gefängnis grüßen und wünsche ihnen Erfolg im Widerstand."

(ANF, 28.1., ISKU)

plan«, der lediglich eine zehnmonatige Kurzarbeitsphase mit massiven Lohnkürzungen und Verzicht auf jegliche Abfindung vorsieht. *(jW, 3.2., ISKU)*

Frauenrestaurant in Hakkari eröffnet

In Hakkari haben drei Frauen ein Restaurant mit dem kurdischen Namen „Mala Dayîka Colemêrg“ (Das Haus der Mutter von Hakkari) eröffnet. Sie bieten jeden Tag sieben traditionelle Gerichte an. Sie wollen neben der finanziellen Unabhängigkeit auch die Kultur der Region erhalten. Deshalb wählten sie auch den kurdischen Namen. *(DIHA, 3.2., ISKU)*

Aleppo: PYD-Aktivistin verhaftet

Munîra Henan Hemo (geb. 1967), verheiratet und Mutter von sechs Kindern, wurde am 15. Januar 2010 durch Mitglieder des Direktorats für politische Sicherheit in Aleppo verhaftet. Die Aktivistin der Partei der Demokratischen Union (PYD) war im Rahmen der Vorbereitungen für eine Feier anlässlich des fünften Jahrestages der Gründung der Frauenorganisation der PYD, Yekîtiya Star, verhaftet worden. *(kw, 1.2., ISKU)*

El-Moso wegen PKK-Mitgliedschaft angeklagt

Mihemed Selahedîn el-Moso muss am 9. Februar 2010 vor dem Militäreinzelrichter in al-Qamischli erscheinen. El-Moso war am 23. August 2009 durch Mitglieder der Staatssicherheit in al-Hasaka verhaftet worden. Am 16. September 2009 wurde er dem Ersten Staatsanwalt in Damaskus und am 20. Dezember 2009 der militärischen Staatsanwaltschaft in Aleppo vorgeführt. Von dieser wurde er wegen Mitgliedschaft in einer verbotenen Partei – der PKK – gemäß Artikel 307 und 308 Strafgesetzbuch angeklagt. Mihemed Selahedîn el-Moso befindet sich derzeit im Zentralgefängnis von Aleppo. *(kw, 26.1., ISKU)*

Quelle:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
kw	kurdwatch.org
jW	junge Welt
IP	Isanbul Post

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 451
12. Februar 2010

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Interview mit Cemil Bayık und Bozan Tekin

2010 wird ein schweres Jahr

Cemil Bayık und Bozan Tekin, Exekutivratsmitglieder der KCK (Koma Civakên Kurdistan – Gemeinschaft der Gesellschaften aus Kurdistan), im Interview mit der Nachrichtenagentur Firat (ANF). Wir veröffentlichen einige Auszüge aus den Antworten.

„Die AKP-Regierung hatte große Hoffnungen auf die Lösung der kurdischen Frage geweckt und ging so ins Jahr 2009. Doch hat sie das ganze Jahr über nicht vom politischen, psychologischen und physischen Druck abgelassen und sie hat gegen Ende des Jahres die Gesellschaft enttäuscht. Das spiegelte sich in Umfrageergebnissen, in denen die AKP in den letzten neun Monaten sechs Punkte verloren hat.“

„Die wahren Opfer, die Kurden, waren nicht nur enttäuscht. Ihre Partei wurde verboten, Tausende ihrer Kader wurden verhaftet und sie schwebten in Lebensgefahr wegen Lynchversuchen wie in den 90er Jahren. Auf der anderen Seite wurden die Haftbedingungen der Führungspersönlichkeit des kurdischen Volkes, Abdullah Öcalan, der als Ansprechpartner für eine Lösung gilt, verschärft. Die Regierung hat alles mobilisiert, um die kurdische Freiheitsbewegung zu terrorisieren und zu kriminalisieren. Die DTP [Partei für eine demokratische Gesellschaft] wurde auch verboten.“

„Nachdem die Gesellschaft so beunruhigt worden war, versuchten ‚unbekannte Täter' vor allem Kurden, aber auch Angehörige anderer Minderheiten in der Türkei zu lynchen. Diese Aktivitäten, die die Türkei schnell in ein gesellschaftliches Chaos treiben können, führten in einigen Kreisen zur Besorgnis. Mit diesen Sorgen bei Intellektuellen, Sozialisten, Liberalen und sogar Kreisen aus der AKP sind wir ins Jahr 2010 gegangen.“

Was wird in den nächsten Tagen passieren, in denen Sorge und Hoffnung sich abwechseln?

„Die Haltung der USA, eines der bestimmendsten Faktoren im Mittleren Osten, ist maßgeblich für die Türkei. Doch haben die USA eine Reihe von Problemen im Mittleren Osten, vor allem in Irak, Afghanistan und Pakistan. Dort wollen sie zu Ergebnissen kommen, dafür aber auf keinen Fall einen Krieg in Kurdistan riskieren. Deswegen soll die Türkei die kurdische Frage lösen. Die USA werden ihr dafür jegliche Hilfe leisten. Doch lautet ihre Lösung: ‚Die Kurden anerkennen, dann lösen sie sich vielleicht von der PKK, und dann kann die PKK einkassiert werden. Auch wenn sie nicht übernommen werden kann, dann mischt sie nicht mehr in der Politik mit. Eine PKK, die keine politische Kraft mehr hat, kann militärisch vernichtet werden.'“

„Doch gehen die Ansichten der Türkei und der USA an diesem Punkt auseinander. Die Türkei denkt, dass sie mit Hilfe der USA und der EU keine Lösung mit der PKK entwickeln muss. Mit Lügen will sie PKK und Kurden ausschalten. Das kapitalistische System und die Türkei wollen dieses Jahr eine Lösung. Deswegen wird das ein schweres Jahr. Wenn die AKP es dieses Jahr nicht schafft, die PKK zu bezwingen, dann können AKP-Politiker sogar vor Gericht landen. Die AKP weiß, dass sie sonst nicht weiter an der Regierung bleiben wird. Sie wird verlieren; die meisten ihrer Leute werden vor Gericht ihrer Ämter enthoben werden. Wenn sie die PKK nicht schafft, wird man Rechenschaft von ihr fordern. Deshalb will sie die PKK mit aller Kraft vernichten.“

„Um eine demokratisch-politische Lösung entwickeln zu können, muss die AKP komplett aus Kurdistan vertrieben werden. Dann hat der türkische Staat keinen politischen Handlanger mehr, dessen er sich in Kurdistan bedienen kann. Die AKP ist seine letzte Hoffnung. Das ist auch einer der Gründe, warum sie nicht verboten wurde. Die Mission der AKP ist die Vernichtung der PKK. Das aber wird den Staat zu einer Lösung zwingen. Die AKP kann als letzte Hürde davor betrachtet werden. Solange Hoffnungen auf die AKP bestehen, wird der Staat keinen Schritt machen. Wenn wir die AKP aus Kurdistan werfen, wie ihre Vorgänger, dann können wir etwas erreichen.“

„Innenminister Beşir Atalay kündigte in den letzten Tagen wichtige Schritte an, '… die den Terror an den Wurzeln packen'. Das heisst also: nichts anderes als zuvor. Das sagt die AKP-Regierung schon seit Langem. Das bedeutet, dass die Angriffe auf die kurdische Freiheitsbewegung nicht aufs Militärische beschränkt bleiben, sondern auch politische, soziale, psychologische und wirtschaftliche Dimensionen haben. Dieses Jahr wird das nicht anders.“

Bozan Tekin erwartet nach den Maßnahmen gegen die kurdischen Politiker eine umfangreiche Militäroperation: „Die Türkei hat eigentlich mit dem Verbot der DTP über diese Ansicht die Todesstrafe verhängt. Das ist eine politische Todesstrafe. Das ist das, was wir politischen Genozid nennen. Später wurden alle auf dieser Linie verboten und das dauert bis heute an. Nach diesen politischen Angriffen wird eine umfangreiche Militäroperation folgen. In den Medya-Verteidigungsgebieten, aber auch im Norden. Die Angriffe in den genannten Gebieten halten ja sowieso an. Das Signal für eine grenzüberschreitende Operation wartet auch schon.“

„Wir werden gegen jeden Angriff Widerstand leisten, als Volk und als Guerilla. Das Jahr 2010 wird hart werden. Wir haben ein Recht auf Vergeltung für jeden Angriff. Die Guerilla wird sich natürlich verteidigen, wenn der türkische Staat seine Vernichtungsangriffe durchführt. Wenn diese Angriffe nicht aufhören, dann werden unsere Guerilla und unser Volk ihr Recht auf Vergeltung nutzen.“

„Eine der wichtigsten Forderungen der PKK ist eine Verfassungsänderung zur Absicherung der Rechte von Minderheiten. Dieser Punkt kam ab und zu auf die Tagesordnung der Türkei. In den ersten Tagen von 2010 ist wieder davon gesprochen worden. Doch ist das nur wegen der Wahlen. Dieses Jahr wird mit Wahlvorbereitungen vergehen. Sie wollen vor allem die Kurden aufhalten. Unter dem Vorwand, im Parlament genügend Abgeordnete für gravierende Verfassungsänderungen zu brauchen, wollen sie gewählt werden. Und unsere Bewegung und unser Volk sollen in die Warteschlange gesteckt werden. Nur deswegen kam die Verfassungsänderung auf die Tagesordnung. Wir denken, das wird auch ein großer Betrug werden.“

„In den nächsten Wochen und Monaten werden wir auf dem demokratisch-politischen Kampf bestehen. Alle auf der Linie ‚demokratische Republik oder Nation' müssen zusammenarbeiten. Alle müssen unter ein Dach, das ihre Eigenheiten respektiert; egal ob Sozialist, radikaler Demokrat, *Fortsetzung auf Seite 2*

Meldungen

Verhaftungswelle geht weiter

Während von den Verhaftungswellen gegen die kurdische Bewegung im letzten Jahr nach Berichten des Menschenrechtsvereins IHD noch über 1500 Menschen in Haft sind, provoziert der türkische Staat nun direkt vor dem Jahrestag der Verschleppung von Abdullah Öcalan, dem 15. Februar, mit weiteren Festnahmen. Unter den 39 Festgenommenen vom Dienstag befinden sich viele Jugendliche. Auch wurde eine Vielzahl von Hausdurchsuchungen durchgeführt. In Diyarbakır erteilte die Generalstaatsanwaltschaft sogar eine einwöchige Generalvollmacht für die Polizei, die nun nach Gutdünken Körper-, Fahrzeug- und Hausdurchsuchungen durchführen kann. In Vorbereitung auf den 15. Februar befindet sich Diyarbakır im Ausnahmezustand, strategische Positionen wurden von Panzerfahrzeugen besetzt und die Polizei führt breit angelegte Durchsuchungen durch. *(ANF, 10.2., ISKU)*

5 ½ Jahre haft für 15-Jährigen

Der 15-Jährige wurde bei einer Demonstration festgenommen und anschließend wieder freigelassen. Nun wurde er vor dem Schwurgericht in Diyarbakır zu einer Haftstrafe von 10 Jahren und einem Monat wegen „Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation und Begehen von Straftaten im Namen einer solchen“, „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz“ und „Propaganda für eine verbotene Organisation“ verurteilt. Er hatte erklärt, dass er auf dem Weg zur Arbeit gewesen sei und die Polizei begonnen habe, mit Gasgranaten zu schießen. Deshalb habe er sich sein T-Shirt über die Nase gezogen.

Die Anklage wirft dem Jungen vor, er sei dem Aufruf der PKK gefolgt und habe sich an einer illegalen Demonstration beteiligt, die von der Polizei aufgelöst worden war. Er habe sein Gesicht vermummt und sei vor der Polizei geflohen.

Das Gericht verurteilte den Jungen zu 10 Jahren und einem Monat, verminderte die Strafe jedoch auf 5 ½ Jahre, da er zum „Tatzeitpunkt“ 14 Jahre alt war. *(ANF, 10.2., ISKU)*

Bewaffneter Angriff auf BDP-Zentrale

In den Abendstanden des 5. Februar griffen Unbekannte den Hauptsitz der linken pro-

Ilisu: EU Parlament fordert Baustopp

Am Mittwoch hat das Europäische Parlament mit einer Resolution die Türkei "eindringlich" aufgefordert, alle Arbeiten an dem umstrittenen Ilisu-Staudamm einzustellen. Gleichzeitig fordert das Parlament die EU-Kommission auf, eine Studie über die Folgen der Staudämme in Südostanatolien zu erarbeiten. Bis zum Vorliegen dieser Studie – so das Parlament – sollen alle Arbeiten an dem Projekt ruhen.
Damit wird der internationale Druck auf Ankara immer größer, Ilisu endlich zu beenden. Der Position der türkischen Regierung, allen voran von Umweltminister Veysel Eroglu, wonach das Ilisu-Projekt alle Auflagen erfülle und der Ausstieg Deutschlands, Österreichs und der Schweiz rein politisch motiviert sei, erhält mit dieser Entscheidung einen neuerlichen Dämpfer. In der vom EU-Parlament veröffentlichten Presseerklärung heißt es dazu:
"Die Abgeordneten sind besorgt über die Umsiedlung von Tausenden von Menschen aufgrund der Errichtung der Staudämme in Südanatolien und die Bedrohung des kulturellen und ökologischen Erbes in der Region, insbesondere der archäologischen Stätten Hasankeyf und Allianoi. Das EP fordert Ankara "eindringlich auf, die Arbeit an dem Ilisu-Staudamm-Projekt einzustellen", bis die EU-Kommission eine Studie zu den Konsequenzen des Südost-Anatolien-Projekts (GAP) vorgelegt hat."
"Diese Aussage der EU ist ein starkes Zeichen an Ankara, dass Europa auch nach dem Ausstieg Deutschlands, Österreichs und der Schweiz "Ilisu" weiterhin genau beobachtet. Das Projekt wird ein wichtiger Gradmesser der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und das ist gut so", betont Ulrich Eichelmann, Leiter der Stop Ilisu Kampagne.
Derzeit ruhen vor Ort alle Arbeiten. Die Türkei sucht nach wie vor nach neuen Finanziers. Die türkischen Banken Akbank und Garanti Bank haben trotz großem politischem Druck noch keine zusätzlichen Gelder garantiert. Ankara hat die Wiederaufnahme der Bauarbeiten für das Frühjahr angekündigt. Dabei sollen die Kulturdenkmäler nun nicht mehr in einen Archäologiepark umgesiedelt, sondern zum Teil "unter Wasser konserviert" werden, so Umweltminister Eroglu kürzlich.
(ECA, 11.2., ISKU)

Soldaten töten Minibusfahrer

Der 23-jährige Hecer Uslu, der mit seinem Minibus in der Provinz Şırnak zu dem Dorf Ortabağ im Kreis Uludere (an der Straße zwischen Şırnak und Hakkari) unterwegs war, starb aufgrund von Schüssen durch die militärische Jandarma. Der BDP-Kreisvorsitzende von Şırnak, Sekvan Aytu, erklärte, dass der Minibus von 51 Schüssen getroffen worden war. Nach Augenzeugenberichten war der Bus ohne Warnung oder einem Zeichen zum Anhalten angegriffen wurde.
Der am Tatort diensttuende Cousin des Getöteten, Osman Uslu, erklärte: „Die zu diesem Zeitpunkt diensthabenden Soldaten schickten uns mit einigen Dorfschützern aus, um Holz zu sammeln. Wir stiegen mit den Soldaten bis zur Straße herunter. Der Kommandant der Gruppe war der Oberleutnant Özcan Akdemir. (…) Die Soldaten reihten sich am Straßenrand auf. Das Auto kam angefahren. Der Oberleutnant befahl den Soldaten sich hinzulegen und sie eröffneten das Feuer. Es wurde kein Haltebefehl an das Fahrzeug o.ä. gegeben. Der Kugelhagel wurde ohne Ankündigung eröffnet. Ohne dass das Auto uns schon erreicht hätte, stoppte es, weil der Fahrer Hecer verletzt worden war. Danach holten sie ihn aus dem Auto."
Die Soldaten verhinderten nach Augenzeug_innenberichten eine medizinische Versorgung des schwer Verletzten, der daraufhin verstarb. Die Soldaten versuchten, die Situation zunächst als Folge eines Kampfes darzustellen. Ramazan Arka, der zu diesem Zeitpunkt am Tatort war, erklärte: „Es wurden Erklärungen abgegeben, dass am Ort des Geschehens zwei Soldaten am Bein verletzt worden seien. Das sind alles Lügen. Es sind Versuche, das Geschehene zu verschleiern. Als ich an den Ort des Geschehens kam, gab es keine verletzten Soldaten. Keiner hat davon gesprochen. Erst danach wurde so eine Aussage verbreitet. Das Auto war von vier Seiten von Kugeln durchlöchert worden."
Der Vater des Getöteten, Salih Uslu, erklärte, dass sein Sohn schon vorher, weil er an DTP-Konvoys teilgenommen hatte, von Soldaten bedroht worden war. Er erklärte auch, dass sein Sohn den Militärdienst gerade abgeschlossen hatte.
Am Ort des Geschehens fanden sich der Kreisvorsitzende der BDP von Şırnak Sekvan Aytu und BDP-Stadtratsmitglieder ein. Sie untersuchten die Ereignisse, indem sie mit den Augenzeug_innen sprachen und den Tatort begingen. Aytu erklärte, dass der Bus von 51 Kugeln getroffen worden sei und dass sich am Straßenrand eine große Zahl von Patronenhülsen befunden habe, was darauf hindeute, dass aus kurzer Entfernung das Feuer eröffnet worden war. Er erklärte weiter: „Der Staat hat einen Krieg gegen die Kurd_innen begonnen. (…) Der ‚Demokratische Aufbruch' der AKP-Regierung bedeutete, dass die Bürgermeister_innen verhaftet wurden und die Ermordung von unschuldigen Zivilpersonen. Das Ziel ist das kurdische Volk. Ob du Dorfschützer bist, Ladenbesitzer_in, Dorfbewohner_in, Kind oder Mutter macht keinen Unterschied. Wir werden dieses Ereignis nicht vergessen. Der Leid dieser Familie ist unser aller Leid."
(ANF, 8.2., ISKU)

2010 wird ein schweres Jahr (Fortsetzung)

Liberaler, Intellektueller oder demokratischer Islamist: Alle müssen sich unter einem Dach verbünden. Von verschiedenen demokratischen Kreisen kommt dieser Wunsch, auch wenn er noch schwach ist. Wir wollen das unter dem Dach der BDP ins Leben rufen, wenn es funktioniert, wenn nicht, dann auf einer anderen Plattform."
„Eines der wichtigsten Themen, die in der Türkei und in der kurdischen Politik diskutiert werden, ist die kurdische Nationalkonferenz. Die sollte letztes Jahr stattfinden, doch wurde sie wegen der Türkei auf März 2010 verschoben. Es wird erwartet, dass sie in den nächsten Tagen wieder aktuell wird. Die AKP will im Rahmen ihres Kurdenplans die kurdische Einheit verhindern, doch sie kann es nicht. Jetzt versucht sie, die kurdischen Organisationen gegeneinander aufzubringen. Die Konferenz wird wahrscheinlich wieder mit Hindernissen konfrontiert sein. Dagegen müssen wir, während der Mittlere Osten neu gestaltet wird, eine nationale Konferenz abhalten, die das Ziel hat, dem kurdischen Volk eine gemeinsame Strategie und einen gemeinsamen Willen zu geben, die Feindschaften untereinander aufzulösen und nicht in den Hintergrund anderer Mächte zu treten. Ich möchte betonen, dass wir die kurdische Nationalkonferenz aufblühen lassen werden."
Viele andere KCK-Funktionsträger bekunden ähnliche Botschaften wie Tekin, Volk und Guerilla würden gegen die politischen und militärischen Angriffe Widerstand leisten. Die Journalistin Nuray Mert ist der Meinung, dass Widerstand gegen die falsche Politik der AKP unumgänglich sei, und sie hält eine kurdische Intifada im Jahre 2010 für realistisch. *(ANF, 5.2., ISKU)*

kurdischen BDP in Ankara mit einer Pumpgun an. Der Co-Vorsitzende der BDP Selahattin Demirtaş erklärte, dass der Staat durch seine Erklärungen die BDP zum Angriffziel gemacht habe. *(ANF, 5.2., ISKU)*

Roj TV: „Staaten blockieren unsere Sendungen"
Der in Dänemark angesiedelte kurdische TV-Sender Roj TV meldet, der Iran und die Türkei blockieren seine Sendungen.
In der Erklärung der Roj TV-Direktion hieß es, dass „einige Staaten gegen das kurdische Volk ein Bündnis geschlossen haben und sie mit Drohungen und Druck zum Ziel kommen wollen." Roj TV berichte „die Wahrheit über die Kurdenpolitik der Staaten." Daher werde der Sender zum Angriffsziel dieser beiden Staaten. Iran und die Türkei führten „groß angelegte militärische Operationen in Kurdistan."
Der Sender forderte die dänische Regierung, die Europäische Union, das Europäische Parlament, Medien, Gewerkschaften und Journalisten zur Solidarität mit den Kurden auf.
(AKn, 10.2., ISKU)

Solidaritätsstreiks für Tekel-Beschäftigte
Mehrere Gewerkschaftsbünde, darunter auch mit Türk Is der größte des Landes, haben am vierten Februar einen Solidaritätsstreik mit den Tekel Beschäftigten durchgeführt. Während der Streik in Izmir den Nahverkehr lahmlegte, war die Beteiligung in Ankara und Istanbul weniger spürbar. Gleichwohl fanden in beiden Städten gut besuchte Kundgebungen statt. Auf der anderen Seite erklärte Ministerpräsident Erdogan sowohl die Protestaktionen der Tekel-Beschäftigten als auch die Solidaritätsstreiks für illegal und kündigte an, sie nur noch bis Monatsende dulden zu wollen.
(CH, 5.2., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
CH	Cumhuriyet
ECA	ECA Watch Österreich
AKn	AKnews

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 452
19. Februar 2010

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Zehntausende protestieren zum 15. Februar

Am 15.2. jährte sich zum 11. Mal die Verschleppung Abdullah Öcalans in die Türkei. In zahlreichen Städten kam es zu Protestaktionen, Straßenschlachten und militanten Angriffen.
Für viele KurdInnen ist dieser Tag ein Symbol für ihre Unterdrückung. Abdullah Öcalan steht als Symbol für den kurdischen Freiheitskampf und wird als Repräsentant der Bevölkerung verstanden. Sein basisdemokratisches Konzept, seine konsequente Unterstützung der Frauenbewegung und sein antifeudalistischer Ansatz brachten ihm in der Bevölkerung großes Ansehen. Seine schlechte Behandlung in Haft gilt als Gradmesser der Unterdrückung der Bevölkerung. Auch aus diesem Grund ist der 15. Februar ein wichtiger Tag für die kurdische Freiheitsbewegung. Der Staat provozierte schon im Vorfeld mit hunderten Festnahmen in den letzten Tagen. Proteste fanden u.a. in Diyarbakir, Şirnak, Batman, Dersim, Mardin, Mersin, Hakkari, Adana, Erzincan, Adiyaman, Muş, Kars, Hatay, Ergani, Silvan, Lice, Bismil, Çinar, Viranşehir, Karakoçan, Karliova, Cizre, Gevaş, Saray, Çukurca, Varto, Doğubeyazit und Istanbul statt. Die BDP-Büros waren mit schwarzen Fahnen ausgestattet und vielerorts streikten die LadenbesitzerInnen und die SchülerInnen boykottierten die Schule. In Urfa und anderen Städten wurden Protesthungerstreiks begonnen.

Vorläufige Bilanz
Die vorläufige Bilanz des 15. Februar sind vier Schwerverletzte, 25 Verletzte, 21 Personen, davon 17 Kinder in Haft und 110 Festnahmen.

Diyarbakir: Straßenschlachten in vielen Stadtteilen nach Polizeiangriff
Mehrere tausend Menschen versammelten sich in Diyarbakir Bağlar, um zum 15. Februar zu protestieren. An den Protesten nahmen auch der BDP-Vorsitzende aus Batman Bengi Yildiz, und die mit Politikverbot belegten kurdischen PolitikerInnen Aysel Tuğluk, Ali Aydin und andere teil.
Mehrere hundert vermummte Jugendliche nahmen ebenfalls an den Protesten teil und trugen Plakate mit der Forderung nach Freilassung von Abdullah Öcalan. Die Menschenmenge wurde von einer großen Zahl Polizisten von der Seite mit Tränengasgranaten und Wasserwerfern angegriffen. Die Auseinandersetzungen breiteten sichüber das ganze Stadtgebiet aus. Es wurden 35 Personen, darunter Jugendliche festgenommen und drei Autos durch Tränengasgranaten beschädigt.
Auch in den Kreisstädten der Provinz Diyarbakir, in Ergani, Silvan, Lice, Dicle, Çinar und Bismil versammelten sich die Menschen unter Parolen wie „Es lebe Kurdistan, es lebe Apo" oder „Die PKK ist das Volk und das Volk ist hier." In Bismil versammelten sich mehrere tausend Menschen zu einer Demonstration. In Lice blieben die Läden geschlossen und die SchülerInnen boykottierten die Schule. Aus vielen Häusern wurden schwarze Fahnen gezeigt. Auch in Dicle öffneten außer Apotheken und Bäckereien keine Geschäfte.

Şirnak: Große Demonstration und Straßenschlachten in Cizre
Auch in Şirnak Stadt versammelten sich viele tausend Menschen vor dem BDP-Kreisbüro und führten eine Demonstration ins Stadtzentrum durch. Sie forderten die Freilassung von Abdullah Öcalan.
In Cizre in der Provinz Şirnak versammelten tausende Menschen, darunter auch BDP-BürgermeisterInnen. Der Bürgermeister von Cizre betonte, dass der türkische Staat geglaubt habe, mit der Verhaftung von Herrn Öcalan die kurdische Frage gelöst zu haben. Die kurdische Bevölkerung habe dieses Vorhaben jedoch scheitern lassen. Er forderte, dass die Strafe für Öcalan in einen Hausarrest umzuwandeln sei. Viele DemonstrantInnen trugen Bilder von Öcalan und Fahnen der PKK. Die Polizei griff die Demonstration mit Pfefferspray und Tränengasgranaten an. Die Jugendlichen antworteten mit Steinen.

Batman– Heftige Straßenschlachten
Hier versammelten sich mehrere tausend Menschen vor dem Bahar Kultur und Kunstzentrum (BKSM). Die Menschen wollten zum BDP-Büro demonstrieren, wurden jedoch von der Polizei mit Panzern, Tränengas, Wasserwerfern und Knüppeln angegriffen. Die Jugendlichen zerstreuten sich daraufhin und errichteten an vielen Punkten Barrikaden, die sie mit Steinen verteidigten. Während die Kämpfe andauerten, hatten in vielen Stadtvierteln Jugendliche Feuer entzündet und setzen ihre Aktionen fort.

Istanbul – Polizeiangriff auf Sitzstreik, Straßenschlachten in verschiedenen Stadtteilen – Polizeischüsse
Am Taksim Platz in Istanbul versammelten sich mehrere hundert Menschen, um eine Demonstration zum 15. Februar durchzuführen. Die Polizei löste die Versammlung mit Gasgranaten und Knüppeln auf und nahm eine große Zahl TeilnehmerInnen fest. Zuvor hatten die DemonstrantInnen mit einem Sitzstreik gegen das Verbot der Demonstration protestiert. Es fanden regelrechte Hetzjagden der Polizei auf vermeintliche DemonstrantInnen statt.
Aber auch in vielen anderen Stadtteilen Istanbuls fanden Protestaktionen statt. Am heftigsten waren diese im Stadtviertel Başakşehir. Die Jugendlichen riefen Parolen wie „Nieder mit dem Faschismus", „Biji Serok Apo", „Die Jugend wird in die Berge gehen." Die Polizei griff sie mit Panzern und Tränengas an. Die Jugendlichen antworteten mit Steinen, Molotowcocktails und Feuerwerkskörpern. Die Polizei beschädigte auch mehrere Wohnungen, in dem sie willkürlich mit dem Wasserwerfer in Fenster schoss.
Im Stadtteil Sancaktepe eröffnete die Polizei das Feuer auf DemonstrantInnen und verletzte einen Ladenbesitzer am Bein. Im Stadtteil Sultangazi führte die „Apoistische Jugendinitiative" eine Demonstration durch, die von der Polizei mit Tränengas und Wasserwerfern angegriffen wurde. Die darauffolgende Straßenschlacht dauerte lang an und breitete sich aus. Es wurden mindestens 14 DemonstrantInnen festgenommen. Vielerorts gingen die Auseinandersetzungen bis in die Nachtstunden weiter. *(ANF, 16.2., ISKU)*

Meldungen

Folteropfer nach Veröffentlichung vom Militär bedroht
Im Dorf Orak im Kreis Bismil in der Provinz Diyarbakır wurde der vergangene Woche festgenommene und gefolterte Ubeydullah Karaer'in (26) von Soldaten mit den Worten „Warum hast du uns der Presse überlassen?" bedroht. Die Soldaten von der Jandarma Station Kamuşlu durchsuchten seine Wohnung und bedrohten seine Familienmitglieder. Über den Grund der Durchsuchung wurde keine Auskunft gegeben. Schon 2004 hatte das Militär hier bei einer Dorfrazzia vier Personen erschossen.
Am gleichen Tag wurde ein schwerer Polizeiübergriff auf einen 13-jährigen Jungen in Batman bekannt. Er hatte während der Proteste zum 15. Februar in einem Park gespielt, und wurde mit mehreren Gleichaltrigen von der Polizei zusammengeschlagen. Die Ärzte im Krankenhaus von Batman stellten an seinem ganzen Körper Schlagverletzungen fest. Später kam die Polizei ins Krankenhaus und nahm ihn fest . *(ANF, 16.2., ISKU)*

Gericht: Kein Versäumnis der Polizei beim Attentat auf Hrant Dink
Bei ihren Ermittlungen gegen 19 Polizeibeamte, darunter den früheren Direktor des polizeilichen Nachrichtendienstes Istanbul und den früheren Provinzpolizeichef von Trabzon, kamen Inspektoren des Innenministeriums zu dem Schluss, dass keine Pflichtverletzungen der Beamten vorliegen. Nedim Sener, Autor eines Buchs über den Mord an Hrant Dink und wegen dieses Buchs mit einem Strafantrag von 30 Jahren Haft angeklagt, kritisiert den Bericht, da er unrichtige Dokumente beinhalte und weder die vor dem Mord noch bei den Ermittlungen danach aufgetretenen Versäumnisse umfasst. *(CH, 8.2., ISKU)*

Militäroperation in Dersim
Die seit Montag andauernden Militäroperationen der türkischen Armee gegen die HPG-Guerilla im Landkreis Mazgirt in Dersim werden mit Unterstützung durch Panzerfahrzeuge und Helikopter fortgesetzt.
Seit einigen Tagen finden in den ländlichen Gebieten des Landkreis Mazgirt Operationen des 5. Brigadekommandos gegen die Guerilla statt. Während

Mord nach 16 Jahren aufgeklärt

Vor 16 Jahren wurde im Landkreis Mazidağ in der Provinz Mardin Davut Karci Opfer eines Mordes sogenannter unbekannter Täter. Damals wurde behauptet, er sei von der PKK ermordet worden. Im Zuge der Befragung von Dorfschützern aus dem Dorf Bilge zu dem Massaker an 44 Menschen ist nun der Mörder von Karçi ermittelt worden.
In der Befragung durch die Staatanwaltschaft bezüglich des Massakers wurde die Waffe des Dorfschützers Burhan Çelebi als die Waffe identifiziert, mit der Davut Karci am 5. August 1994 nahe des Dorfs Derecik in Mazidağ erschossen wurde. Çelebi wurde daraufhin in Untersuchungshaft genommen.
Nachdem im letzten Jahr 44 Menschen im Dorf Bilge ermordet wurden, sind die Kalaschnikows aller Dorfschützer im Landkreis Mazidağ beschlagnahmt worden. Durch ballistische Untersuchungen konnte festgestellt werden, dass mit der Waffe des Dorfschützers Burhan Çelebi vor 16 Jahren Davut Karçi ermordet wurde. Damals wurde behauptet, Karçi sei von Mitgliedern der PKK ermordet worden.
In einer Untersuchung des Kriminalpolizeilichen Labors in Diyarbakir war ermittelt worden, dass drei der acht Schüsse auf Karçi von einer Kalaschnikow mit der Seriennummer 68 K 0496 stammten. Daraufhin hatte die Oberstaatsanwaltschaft in einem Brief an die Mazidaği-Landkreis-Gendarmerie gefragt, wer der Halter dieser Waffe sei. In der schriftlichen Antwort hieß es, es könne nicht festgestellt werden, wem die Waffe gehöre.

Acht Schüsse aus drei verschiedenen Waffen

Das Dorf Derecik wurde 1994 von Einheiten des Staates geräumt. Davut Karçi, der zu diesem Zeitpunkt mit seinen neun Kindern dort lebte, floh mit seiner Familie in den Landkreis Kiziltepe in der Provinz Mardin. Als Karçi am 5. August 1994 mit seiner Frau und seinem Cousin Ibrahim Karçi zu den verlassenen Feldern des Dorfes ging, wurden sie von einer Gruppe Bewaffneter gestoppt und nach ihren Ausweisen gefragt. Davut Karçi wurde daraufhin mitgenommen und hinter einen Hügel geführt. Seine Frau und sein Cousin schilderten, dass sie nach einiger Zeit Schüsse von dort hörten und in diese Richtung gingen. Sie sahen, dass Davut Karçi ermordet, die Pflanzen um ihn herum verbrannt worden waren und dass eine Gruppe von drei Personen sich von dem Tatort entfernte. In der Autopsie der Leiche von Davut Karçi wurde festgestellt, dass er von acht Schüssen aus drei unterschiedlichen Waffen getötet worden war.

(ANF, 17.2., ISKU)

Koma Berxwedan neu gegründet

Nach der 1. europäischen TEV-ÇAND Konferenz in Köln vom 9.–10. Februar wurde in der Abschlusserklärung die Entscheidung bekannt gegeben, dass sich Koma Berxwedan neu organisieren wird.
In der Erklärung heißt es bezüglich der Diskussionen der TEV-ÇAND, dass es falsch sei, wenn durch die musikalische Tätigkeit die eigenen Grenzen gesetzt werden würden. Musikalische Werke seien an sich ohne Eigenschaften, es sei viel nachgeahmt worden, die kurdische Musik sei im Namen der Modernisierung zerstört worden, der Widerstand des kurdischen Volkes, die Energie, das Leid, die Freuden würden sich darin nicht spiegeln.“
Weiterhin heißt es in der Erklärung der TEV-ÇAND: „Es wurde diskutiert, dass in Videos die Bilder von Öcalan und der Guerilla teils notwendigerweise, teils überflüssig verwendet werden, die Lebensweise der kapitalistischen Moderne enthalten sei. Als Beispiel solle die Tradition von Koma Berxwedan gelten, die sich über Widerständigkeit, Produktivität, Betriebsamkeit und Großzügigkeit als Grundlage definieren und deren Neuorganisierung beschlossen wurde.
Auch wurde in der Erklärung kritisiert, dass die KünstlerInnen den militärischen, ökonomischen, politischen und kulturellen Druck auf das kurdische Volk nicht so stark wie vielleicht gewollt zur Sprache bringen und dass sie sich in einer Distanz zum Volk, zu den Aktionen und Organisationen befinden.
Die Erklärung enthält auch eine Reihe Vorschläge zur Lösung der genannten Probleme: „Um diese Situation zu verändern, muss durch künstlerisches Arbeiten das von Öcalan vorausgesehene demokratische, kommunal gesellschaftliche Paradigma verbessert werden, die politischen und moralischen Grundsätze auch auf die künstlerischen und kulturellen Arbeiten angewandt werden und dafür der Bildungsarbeit besonderes Gewicht verliehen werden. Die jugendlichen KünstlerInnen beschlossen, dass überregionale, wie auch regionale Schulungen für das gesamte KünstlerInnenkollektiv stattfinden sollen.“
Am Ende der Erklärung wurde ein weiteres Mal betont, dass KünstlerInnen und Intellektuelle „das Gewissen der Gesellschaft seien und sich dieser Verantwortung bewusst die notwendigen Methoden entwickeln müssten.“

(ANF, 16.2., ISKU)

Gericht stoppt Staudammbau an türkischer Schwarzmeerküste

Wie Hürriyet Daily News am 2.2. berichtete, hat ein Gericht in der türkischen Schwarzmeerprovinz Rize den Bau eines Staudamms mit der Begründung gestoppt, dass keine Gesamtplanung für das Einzugsgebiet des Flusses vorliegt. Diese sei Voraussetzung für die Genehmigung eines Staudammes.
Betroffene hatten gegen den Bau eines Staudamms am Abu-Çağlayan Fluss im Paşalar Tal geklagt, einem unter Naturschutz stehenden Gebiet. Ihre Anwälte legten auch Beschwerde gegen eine Umweltverträglichkeitsprüfung ein, die zu dem Schluss gekommen war, dass keine Einwände gegen den Bau bestünden.
Das Urteil ist zwar noch nicht veröffentlicht, nach Aussage des Anwalts Münir Yazıcı bezieht sich das Gericht aber auf Artikel 56 der Verfassung. Dieser legt das Recht eines jeden, in einer gesunden Umwelt zu leben, fest und erklärt den Schutz und die Verbesserung der Umwelt zur Pflicht des Staates und der Staatsbürger.
Das Urteil dürfte weitreichende Auswirkungen auf die Pläne der türkischen Regierung haben, weitere 1.400 - 2.000 Dämme im Land zu bauen, darunter die Dämme im Munzur-Tal und den Ilisu-Staudamm. "Auch beim Ilisu-Staudamm haben wir immer wieder bemängelt, dass die Auswirkungen in Zusammenhang mit anderen geplanten Dämmen am Tigris nie untersucht wurden", kommentiert Heike Drillisch von GegenStrömung, der Ilisu-Kampagne in Deutschland, die Auffassung des Gerichts. "Damit fanden wir weder bei den deutschen Behörden, die Hermesbürgschaften für das Projekt bewilligten, noch bei den Projektbetreibern Gehör. Nun bestätigt ein türkisches Gericht die Bedeutung dieses Anliegens."

(GS, 18.2., ISKU)

Helikopter die militärischen Einheiten führen, kontrollieren Panzerfahrzeuge die Überlandstraßen.
Im Rahmen der Operation wurden gebirgige Gebiete auch bombardiert. Es wurde gemeldet, dass bis jetzt während der Operation keine offenen Gefechte stattgefunden hätten.

(ANF, 17.2., ISKU)

Internationales Presseinstitut kritisiert Verurteilung von kurdischem Journalisten

Das Internationale Presseinstitut (IPI) hat die Verurteilung des kurdischen Zeitungsredakteurs Özan Kilinc zu 21 Jahren Haft in der Türkei heftig kritisiert. Die Behörden in der Türkei und anderswo würden "zu häufig Anti-Terrorgesetze anwenden", um die "Pressefreiheit einzuschränken", erklärte IPI-Direktor David Dadge am Montag in einer Aussendung. Kilinc wurde am vergangenen Mittwoch wegen der Veröffentlichung von Überschriften, Artikeln oder Fotos verurteilt, die als Propaganda zugunsten kurdischer Rebellen eingestuft wurde.
Erst zwei Wochen nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die Türkei zu einer Zahlung von rund 40.000 Euro an 20 türkische Journalisten wegen der Verletzung ihrer Rechte verpflichtet habe, sei Kilinc nun wegen der Verbreitung von "Propaganda einer Terrororganisation" verurteilt worden. "Das ist inakzeptabel", kritisierte Dadge weiter.
In dem Verfahren ging es um zwölf Ausgaben der kurdischsprachigen Zeitung "Azadiya Welat". Die Zeitung sei häufig das Ziel der türkischen Behörden, da sie als "Sprachrohr" der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans gelte. Seit 2006 habe "Azadiya Welat" bereits sechs Herausgeber gehabt. Diese mussten laut IPI entweder das Land verlassen um einer Verhaftung zu entgehen oder wurden eingesperrt.

(DS, 15.2., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
CH	Cumhuriyet
GS	Gegenströmung
DS	Der Standard

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 453
26. Februar 2010

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

ROJ-TV kann“zunächst“ weiter senden

Laut Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig vom 24. Februar 2010 kann ROJ-TV „zunächst“ seine Arbeit fortführen. Gleichzeitig hat das Gericht den Fall zur Klärung der Frage, ob Deutschland einen EU-weit verbreiteten Sender nach europäischem Recht überhaupt kontrollieren und verbieten darf, dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg vorgelegt.
Zuvor schon hat das Bundesverwaltungsgericht am 14. Mai 2009 die Aufhebung des vom Bundesinnenministerium angeordneten Sofortvollzugs von Vereinsverboten beschlossen.
Am 13. Juni 2008 hatte der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) die Betätigung der in Dänemark ansässigen Aktiengesellschaften „ROJ TV A/S“ und „Mesopotamia Broadcast A/S METV“ im „Geltungsbereich des [deutschen] Vereinsgesetzes“ verbieten lassen.
Seit Jahren übte die Türkei massiven Druck auf die dänische Regierung aus mit dem Ziel, dass die ROJ-TV im Jahre 2004 erteilte Sendelizenz entzogen wird. Die Prüfungen der dänischer Behörden haben jedoch keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, den kurdischen Fernsehsender zu verbieten.
Anders in Deutschland: Am 7. Mai 2008 fanden Hausdurchsuchungen in den Räumen der für ROJ-TV produzierenden Firma VIKO in Wuppertal sowie in den Wohnungen der MitarbeiterInnen statt. VIKO wurde geschlossen und das Vermögen beschlagnahmt. Das Innenministerium begründete die Repression und die Verbote mit der Behauptung, der Sender sei das „Sprachrohr“ der PKK, er trage zur „Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhalts der Organisation“ bei und richte sich „gegen den Gedanken der Völkerverständigung.“
Genau diese nahezu identischen Beschuldigungen, die die türkischen Behörden gegenüber Dänemark angeführt hatten, waren dem Bundesinnenminister willkommener Anlass, gegen den kurdischen Sender vorzugehen.
AZADÎ begrüßt die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, zeigt sie doch nur wieder einmal, dass die Unterdrückungsmaßnahmen gegen kurdische Institutionen – hier der kurdischen Medien – einzig politisch begründet sind. Seit nahezu 17 Jahren versuchen alle Bundesregierungen, die kurdische Bewegung bewegungslos und mundtot zu machen. Statt politischer Auseinandersetzung und Dialogbereitschaft, stehen Konfrontation, Abgrenzung und Ignoranz auf der Agenda der politisch Verantwortlichen in Deutschland. Das muss aufhören!
(BVerwG 6 A 6.08 und 7.08)
(Azadi e.V., 25.2., ISKU)

»Wasser als Waffe und Ware«

Der Wasserbauingenieur Ercan Ayboga ist Sprecher der Initiative zur Rettung der Stadt Hasankeyf und Aktivist der europäischen Kampagne gegen den Ilisu-Staudamm

Im Juli hatten Deutschland, Österreich und die Schweiz Exportrisikogarantien über 450 Millionen Euro für den Ilisu-Staudamm am Oberlauf des Tigris zurückgezogen, weil die türkische Regierung Auflagen im Bereich Umsiedlungen, Umweltschutz und Kultur nicht erfüllt hat. Jetzt hat diese Regierung angekündigt, im April mit dem Bau des Damms, der zur Überflutung von 199 Dörfern und der 12000 Jahre alten Stadt Hasankeyf führen wird, zu beginnen. Wie glaubwürdig ist das?
Das müssen wir abwarten. In den vergangenen vier Jahren hat die türkische Regierung den Baubeginn immer wieder angekündigt und im August 2006 bereits offiziell den Grundstein gelegt. Die bislang beteiligten europäischen Unternehmen wie Züblin und Andritz haben erklärt, daß sie jetzt nicht dabei sind. Offenbar versorgen türkische Banken einheimische Unternehmen mit Krediten, und die Regierung kommt für deren Absicherung auf.

War nicht immer wieder die Rede von chinesischen Firmen, die einspringen könnten?
Mit dieser Drohung versuchte die türkische Regierung, die europäischen Staaten zu erpressen. Tatsächlich hat der türkische Finanzminister im September China besucht, und es gab auch weitergehende Gespräche. Doch nachdem wir als Betroffene die chinesische Botschaft in Ankara angeschrieben hatten, versicherte sie im Dezember, daß keine chinesischen Firmen beteiligt sind.

Wie ist jetzt die Situation vor Ort?
Die neuen Häuser für die Umsiedler von zwei Dörfern am Baustellenort sind fast fertig, und die Bewohner sollen im Sommer umziehen. In Hasankeyf selbst sind keine Aktivitäten zu sehen. Umweltminister Eroglu hat Anfang Februar angekündigt, im März die ersten Bäume für Neu-Hasankeyf direkt am geplanten Stausee zu pflanzen. Doch einen Tag später gab es ein Gerichtsurteil, wonach die Enteignung dieses Landes nicht rechtens war.

Auch bekannte Künstler wie der Sänger Tarkan und Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk unterstützen die Kampagne gegen den Ilisu-Damm. Warum besteht die Regierung so auf den Bau?
Stauseen und Wasserkraftwerke sind der einfachste Weg, um Strom zu produzieren und Flächen zu bewässern. Dann braucht der Staat nicht die wirklich erneuerbaren Energien zu fördern und eine sozial-ökologische Landwirtschaft zu entwickeln. Bei Staudammprojekten in den kurdischen Provinzen sind aber neben der Energiegewinnung und der regionalen Entwicklung mindestens genauso die strategisch-politischen Aspekte entscheidend.
Es geht um die totale Kontrolle des Wassers von Euphrat und Tigris, das in den Irak und Syrien fließt. Angesichts der politischen Instabilität und des Kampfes um Ressourcen soll es langfristig um den Einsatz von Wasser als Waffe gehen. Eng damit verbunden ist die
Betrachtung des Wassers als Ware. In der Türkei sollen neben den schon bestehenden 1400 Staudämmen und Wasserkraftwerken mindestens 2000 weitere gebaut werden. Damit wären alle Flüsse mehrmals aufgestaut, und die Feuchtgebiete und Seen würden ausgetrocknet. Fast alle wichtigen Ökosysteme sind somit ernsthaft

Fortsetzung auf Seite2

Meldungen

Seit Tagen Straßenschlachten in Hakkari
Die Situation, die am 15. Februar, dem Jahrestag der Auslieferung von Abdullah Öcalan explodierte, hält in Hakkari mit heftigen Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen DemonstrantInnen und der Polizei ungebrochen an.
Die DemonstrantInnen errichten auf der Landstraße Hakkari-Wan Barikaden und zogen sich mit Eintreffen der Polizei in Panzerfahrzeugen auf die Berge zurück, von wo aus sie Parolen riefen. Die Polizei schoss unter anderem scharf in die Luft. Viele in den Stadtvierteln wurden durch den Tränengasnebel beeinträchtigt. DemonstrantInnen wurden von Panzerwagen durch die Gassen des Stadtviertels Medrese gejagt und verteidigten sich mit Steinwürfen.
(ANF, 21.2., ISKU)

Mehr als 12 Jahre Gefängnis für Steine werfende Minderjährige
Zwei Minderjährige, die in Amed (Diyarbakir) Steine auf die Polizei geworfen haben sollen, wurden zu Gefängnisstrafen von insgesamt 12 Jahren und 22 Monaten verurteilt.
Im September 2009 kam es im Landkreis Bêşebab (Beytüşşebab) in der Provinz Şirnex (Şirnak) bei einer Beerdigungsfeier für zwei gefallene Guerillas zu Auseinandersetzung mit der Polizei. Dabei wurden die 17-jährigen N. C. und Y. B. festgenommen. Vor dem 2. Strafgericht in Amed wurden sie nun verurteilt.
Ihnen wurde vorgeworfen „gegen die Versammlungs- und Demonstrationsgesetze verstoßen zu haben“, „Mitglied einer Organisation zu sein“ und „Propaganda für eine Organisation gemacht zu haben“. Die Urteile lauten für N.C. und Y.B. jeweils sechs Jahre und 11 Monate Gefängnisstrafe.
(ANF, 19.2., ISKU)

18 Festnahmen in Çelê
In Çelê (türk. Çukurca) in der Provinz Colemêrg (Hakkari) wurden in den Morgenstunden bei zahlreichen Hausdurchsuchungen 18 Personen festgenommen. Die BewohnerInnen der Kleinstadt schlossen alle Läden aus Protest gegen die Festnahmen.
Unter den Festgenommenen befindet sich der mittlerweile wieder freigelassene BDP-Bürgermeister, weitere 17 Personen. Unter ihnen befinden sich der Kreisvorsitzende der BDP und etliche Stadtratsmitglieder und

Journalist soll 525 Jahre in Haft

Vedat Kurşun, der zwischen Februar 2007 und Juni 2008 Chefredakteur der Zeitung Azadiya Welat (kurd. Freie Heimat) gewesen ist, wurde vor dem 5. Strafgericht von Amed (Diyarbakir) beschuldigt, „Organisationspropaganda“ gemacht zu haben und „Mitglied einer Organisation“ gewesen zu sein. Bei der Hauptverhandlung waren Kurşun, der wegen eines anderen Verfahrens seit acht Monaten in Untersuchungshaft sitzt, sowie sein Verteidiger Servet Özen anwesend. Der Staatsanwalt Yakup Yar hat dem Gericht eine 27-seitige Anklageschrift vorgelegt, welche die Prozessakten sowie Protokolle der 32 Verhöre enthält. Auf dieser Grundlage fordert die Staatsanwaltschaft für Vedat Kurşun eine ‚Rekord’-Strafe.

Staatsanwalt Yar beschuldigt Kurşun, er hätte während seiner etwa einjährigen Tätigkeit in fast allen Ausgaben „Organisationspropaganda“ betrieben. Überschriften, Inhalte und Fotografien mancher Nachrichten in 103 Ausgaben der Zeitung werden als „Propaganda“ gewertet. Diese werden in der Anklageschrift einzeln aufgezählt. So beispielsweise die Überschrift der Ausgabe des 8. Februar 2007 genannt, die besagt „Wenn sie uns ein Zeichen geben, werden wir nicht einen Schuss mehr abgeben“. Am 6. März 2007 titelte die Zeitung mit „landesweiter Aufruf“, am 7. März 2007 mit „Die Regierung versteckt ihre Schuld“.

Von den, in der Anklageschrift aufgeführten 103 Ausgaben werden mindestens 70 als Grundlage für die Schuld gesehen. So wurden zum Beispiel die Nennung der Begriffe „Kurdistan“, „Guerilla“, „Anführer der Kurden Öcalan“, „verehrter Öcalan“ in Nachrichten und Reportagen als Beweis für die Schuld gewertet, ebenso wie Nachrichten betreffend der Ansichten Öcalans, Erklärungen von führenden PKK-Mitgliedern, Berichten bezüglich der Haftbedingungen von Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali oder Berichterstattung von Versammlungen. Traueranzeigen für gefallene Guerillas der HPG werden als „Organisationspropaganda“ eingestuft. Auffallend waren auch Fehler in den Übersetzungen vom Kurdischen ins Türkische mancher Ausgaben. So wurde beispielweise in der Ausgabe des 22. März 2008 bei der Übersetzung der Nachricht bezüglich der Newrozfeiern in Kiziltepe anstatt „demokratisches freies Kurdistan“ „unabhängiges demokratisches Kurdistan“ übersetzt. Schon die Verwendung von Fotos von HPG-Mitgliedern oder Öcalan in manchen Ausgaben wurde als ausreichend für eine Strafe gesehen.

Staatanwalt Yar hatte für Kurşun in der Anklageschrift für den Vorwurf der „Organisationspropaganda“ in 103 Fällen zwischen ein Jahr plus drei Monaten bis fünf Jahre pro Fall gefordert. Für den Vorwurf der „Organisationsmitgliedschaft“ wurde zwischen sechs Jahren plus drei Monaten bis 10 Jahre gefordert. Sollte das Gericht Kurşun gemäß der Forderung verurteilen, so drohen ihm zwischen 135 Jahren und 525 Jahren Gefängnis.

Vedat Kurşun äußerte in seiner Verteidigungsrede, dass die betreffenden Veröffentlichungen Nachrichten informativer Natur gewesen seien und an die Meldungen der Nachrichtenagenturen gebunden gewesen seien. Daher forderte er für sich einen Freispruch.

Gerade als Servet Özen mit der Verteidigung von Kurşun beginnen wollte, wurde vom Gericht eine Pause gefordert. In der kurzen Pause der Hauptverhandlung hat das Gericht beschlossen, dass Kurşun weiterhin in Untersuchungshaft bleiben soll und die Verteidigung an einem bislang unbestimmten Datum fortgesetzt werden solle.

(ANF, 19.2., ISKU)

15-jährige Aktivistin zu sieben Jahren und neun Monaten verurteilt

Die 15-jährige Beriwan S. aus Elîh (Batman), wurde vom Schwurgerichtshof wegen angeblicher Steinwürfe auf einer Demonstration zu sieben Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Wie der Menschenrechtsverein IHD berichtet, wurde ihr nach ihrer Festnahme das Gesicht vermummt und von der Polizei fotografiert. Anschließend wurde sie gefoltert. Sie schreibt: „Nachdem sie mich festgenommen hatten, schlugen sie mich sehr. Ich kann nicht verstehen, warum sie mich so behandelten. Ich werde hier sehr traurig, mein Herz brennt. Ich habe hier kein Recht bekommen. So einen Ort wir hier [im Gefängnis Anm. d.Üs] hätte ich mir in meinen schlimmsten Träumen nicht ausmalen können Wie werde ich meine Kindheit in diesen vier Wänden verbringen?“ Sie hatte an einer Demonstration gegen das DTP-Verbot am 9. Oktober 2009 teilgenommen und wurde dort mit der Beschuldigung Steine geworfen zu haben festgenommen und verhaftet.

Weiter schreibt sie: „Hier ist es so furchtbar, dass ich es, so lange ich es auch erzähle, nicht verständlich machen kann. Ich habe große Angst davor, hier immer zu bleiben. Ich möchte raus und mit meinen FreundInnen spielen. …“ Sie betont in ihrem Brief, keine Straftat begangen zu haben: „Ich verstehe nicht, warum sie mir so eine Strafe geben, obwohl ich keine Straftat begangen habe. Ich verstehe nicht, was die Polisten von mir wollten. Was habe ich ihnen getan? Ich wollte lernen, zur Schule gehen. Warum haben die Polizisten mein Gesicht vermummt und Fotos gemacht?“

Weiter erklärte Beriwan, dass sie gefoltert wurde: „Warum haben sie mir Gewalt angetan? Meine Beine sind immer noch übersät mit blauen Flecken. Damit sie niemand sieht, haben sie ein Mittel darüber gestrichen. Ich verstehe nicht, warum sie mich so behandelt haben. Ich bin erst 15 und mir wurde Unrecht getan. Niemandem hier wird gerecht behandelt.“

Der IHD betonte, dass bis zum Alter von 18 Jahren nach türkischem Recht jeder als Kind zählt und entsprechend geschützt werden muss. Stattdessen werden die Kinder mit hohen Haftstrafen belegt und es wird versucht, sie physisch und psychisch zu zerstören. IHD-Sprecher Koç dazu: „Ich rufe von hier jeden auf, kommt und lasst uns etwas für die Kinder tun. Sie sind unsere Zukunft. Wenn wir schweigen, vernichten wir unsere Zukunft.“

(DIHA, 21.2., ISKU)

»Wasser als Waffe und Ware« (Fortsetzung)

bedroht. Die Zahl der bisher 400000 Menschen, die den Stauseen weichen mußten, würde sich verdoppeln.

Wie geht der Widerstand gegen die Staudammprojekte weiter?

Die staudammkritischen Bewegungen der Türkei kamen am 12. Januar 2010 zum ersten Mal zusammen und stellten einen Aufruf zu einer neuen demokratisch-ökologischen Wasserpolitik vor. Europäische Bau- und Hydrounternehmen sind an Dutzenden weiteren zerstörerischen Dammprojekten beteiligt – und es besteht die Gefahr, daß sie in das Ilisu-Projekt wieder einsteigen, wenn die Umsiedlung und der Rohbau abgeschlossen sind. Es wird daher am 14. März – dem Internationalen Tag der Flüsse – in zehn Städten der Türkei und auch in Deutschland Protestaktionen geben.

(jW, 23.2., ISKU)

FunktionärInnen. Sie befinden sich noch in Haft.

(ANF, 21.2., ISKU)

Türkei: Solidarität für Tekel-Arbeiter

Ankara. Etwa 20000 Gewerkschafter aus der ganzen Türkei kamen am Wochenende nach Ankara, um die seit 68 Tagen gegen ihre Entlassung kämpfenden Arbeiter des staatlichen Tabakmonopols Tekel zu unterstützten. Die Gewerkschafter demonstrierten durch die Fußgängerzone zur Zeltstadt der Streikenden. »Die Tekel-Arbeiter sind nicht allein« und »Die Arbeiterklasse wird kämpfen«, hieß es auf Transparenten. Anschließend verbrachten Tausende Gewerkschafter die Nacht gemeinsam mit den Tekel-Arbeitern im Streikcamp.

Unterdessen hat die islamisch-konservative AKP-Regierungspartei landesweit ihre Abgeordneten zu den Tekel-Standorten geschickt, um die Arbeiter mit Versprechungen und Drohungen zur Aufgabe ihres Arbeitskampfes und der Annahme eines Niedriglohnstatus zu bewegen.

(jW, 22.2.ISKU)

Syrien: Zwei Personen wegen Verwendung der kurdischen Sprache verhaftet

Mitglieder der syrischen Staatssicherheit haben am 18. Februar 2010 in ʿAmuda Alan Ehmed Hisên (geb. 1984) und Munteser Ehmed Xelef (geb. 1977, staatenloser Kurde [Adschnabi]), verhaftet. Hisên, Inhaber eines Blumenladens, hatte bei Xelef, der in einem Computerladen arbeitet, einen kurdischsprachigen Schriftzug für einen Hochzeitsstrauß in Auftrag gegeben. Da der Schriftzug nicht handschriftlich, sondern mit dem Computer gefertigt wurde, wurden die genannten Personen verhaftet und zur Staatssicherheit in al Qamischli überstellt. Seitdem ist ihr Schicksal ungewiss.

(KW, 25.2., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
KW	Kurdwatch

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 454
5. März 2010

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Norman Paech: "Die PKK muss mit am Verhandlungstisch sitzen"

Der zweite Tag der „Internationalen Konferenz der Verhandlungen und Lösungswege", die vom Kongress für eine demokratische Gesellschaft (DTK) organisiert wurde, begann im Sümerpark in Amed mit einer Sitzung unter dem Titel „Wider der Unlösbarkeit der kurdischen Frage: Verständnis der kurdischen Frage". Moderiert wurde von Prof. Büşra Ersanli von der Marmara Universität. ReferentInnen waren der Journalist Cengiz Çandar, der ehemaliger Abgeordneter der deutschen Partei Die Linke Norman Peach, das Mitglied des Türkischen Menschenrechtsvereins Diyarbakir, Sezgin Tanrikulu sowie Rahesh Rai vom kurdischen Menschenrechtsprojekt (KHRP).

Paech: Alle KurdInnen werden des Terrors beschuldigt

Norman Paech, ehemaliger Abgeordneter der deutschen Linkspartei und außenpolitischer Sprecher, äußerte, dass beim der kurdischen Frage ein Verständnis von Nationalismus und Separatismus vorhanden wäre und dass sich dieses Verständnis von der Türkei auf die anderen Länder übertrage. Bei dem Beitrittsprozess der Türkei in die Europäische Union müsse, so Paech, die kurdische Frage eine zentrale Rolle in der Diskussion spielen. Solange die kurdische Frage nicht gelöst sei, wäre ein Beitritt der Türkei in die EU unmöglich.

Paech machte darauf aufmerksam, dass nicht nur die PKK, sondern alle KurdInnen in der Türkei pauschal des „Terrorismus" beschuldigt werden würden. Die PKK wird in der Türkei als eine separatistische Organisation gesehen und dies sei laut Paech nicht richtig. Er erinnerte daran, dass in dieser Region bis zu 130.000 militärische Einheiten stationiert seien und „diese bei Übergriffen auf die Bevölkerung oder bei Räumungen von Dörfern nicht als ‚terroristisch' gesehen würden, sondern als ‚legitim'."

„Auch wenn es euch nicht gefällt, die PKK muss mit am Verhandlungstisch sitzen"

„Wir wissen, dass die PKK keinen eigenen Staat schaffen will." Mit diesen Worten erklärt Paech, dass dies auch den übrigen Ländern erklärt werden müsse. „Hier gibt es keine Spaltung, sondern die Forderung nach Selbstbestimmung und Identität." Paech sagte, dass die Forderung der KurdInnen in der Türkei nach Selbstbestimmung als Separatismus gesehen würde und dies eine Angst sei, die von der Teilung des Osmanischen Reiches übriggeblieben sei. Doch sei es, so Paech, notwendig, dass die KurdInnen ihre Forderung zur Sprache brächten, ebenso wie eine friedliche und politische Annäherung Bedingung für die Lösung ist. Für eine Lösung müssten alle Kräfte zusammenkommen: „Die Türkei hat die politischen Kräfte aus dem Weg geräumt. Sie wurden verhaftet, um sie vom Verhandlungstisch fernzuhalten. Die DTP wurde verboten, die Mitglieder der BDP verhaftet." Weiterhin spricht er davon, dass für eine neue Verfassung in der Türkei die Europäische Union Verantwortung übernehmen müsse. „Ob ihr die PKK nun mögt oder nicht, sie muss mit am Verhandlungstisch sitzen"

„Die kurdische Frage kann überhaupt nur mit der Freilassung Öcalans gelöst werden"

Die PKK müsse von der „Terrorliste" genommen werden, so Paech. „Warum gibt es immer noch keine besondere EU-Berichterstattung bezüglich der kurdischen Frage? Es gibt Berichterstatter für Palästina, aber nicht für die Lage hier." Paech betonte auch, dass alle Beteiligten zusammenkommen müssen und dass dafür alle politischen Gefangenen freigelassen werden müssten. Die kurdische Frage kann einzig und allein mit der Freilassung Öcalans gelöst werden.

Der Journalist Cengiz Çandar äußerte, dass Gelegenheiten zur Lösung der kurdischen Frage ab jetzt wertgeschätzt werden müssten. „Wenn die Versprechen Atatürks, die er 1921 in Izmir während einer Rede den KurdInnen gemacht hatte, gehalten worden wären, wenn die Ereignisse von Lausanne nicht stattgefunden hätten, dann würde es heute vielleicht keine ‚kurdische Frage' geben." Bis heute seien alle Gelegenheiten zur Lösung der kurdischen Frage versäumt worden, so Çandar. Durch das Schrumpfen des Osmanischen Reiches bis hin zur heutigen Republik Türkei haben Begriffe wie ‚Teilung' zu Paranoia geführt. „Was immer auch östlich des Flusses Euphrat besprochen wird, wird im Westen nicht besprochen. Wie zwei Aquarien. Wir sind an den Punkt einer gefühlsmäßigen Abkoppelung gelangt. Die Verständnisse sind unterschiedlich. Dies verselbstständigt sich allgemein und besonders in einer so paradoxen Art wie noch nie."

„Das passendste Model ist Südafrika"

Cengiz Çandar hatte am ersten Tag der Konferenz anhand von Beispielen dargestellt, wie jedes Volk die eigene Freiheit zum Thema macht. „Die kurdische Frage werden wir aber nicht mit den selben Werkzeugen lösen können. Die Konflikte in Irland ähneln denen der Türkei nicht im Geringsten. England wendet die Forderungen, der kurdischen Frage Herr zu werden, praktisch an. Aber dort gibt es den Standpunkt von Tony Blair. Um die kurdische Frage zu lösen, muss auch hier ein Präsident gefunden werden, der den Standpunkt Tony Blairs vertritt. Denkt euch an Stelle von Abdullah Öcalan Murat Karayilan, und denkt euch, dass Tayip Erdoğan dies akzeptiert. Aber dies ist nicht möglich." Çandar sieht Südafrika als das Model an, das am ehesten vergleichbar wäre. Es müsse eine sichere Atmosphäre für den Verhandlungsprozess geschaffen werden: „In einer unsicheren Umgebung kann das Problem nicht gelöst werden. Es müssen Tatsachen zur Schaffung einer sicheren Atmosphäre ausgemacht werden. In Südafrika wurde von den Bedürfnissen einer Mehrheit und den Ängsten einer Minderheit gesprochen. In der der Türkei brauchen wir genau das Gegenteil. Es muss eine Formel gefunden werden, die die Ängste der Mehrheit und die Bedürfnisse der Minderheit vereint. Die KurdInnen sprechen zum Staat und zum Osten des Euphrats. Sie haben die Tatsache der Gewalt in der Türkei verinnerlicht."

Rajesh Rai vom kurdischen Menschenrechtsprojekt äußerte bezüglich der Politik der „Öffnung" der AKP, dass der Wille und die Bemühungen des Staates zu einer Lösung durch die Operationen gegen die BDP unglaubwürdig geworden sind.

(ANF, 28.2., ISKU)

Meldungen

Razzia bei Roj TV

Die belgische Polizei führte am Morgen des 4.3. gegen 5:00 Uhr Razzien gegen kurdische Einrichtungen und Wohnungen durch. Neben der Nachrichtenagentur Firat (ANF), hat die Polizei Belgiens auf Anweisung der belgischen Staatsanwaltschaft auch das ROJ-TV-Studio in Denderleeuw und weiteren 24 Einrichtungen durchsucht.

Bei den Razzien auf die ROJ NV und STERK PRODUCTIONS Studios, die für ROJ TV Programme ausstrahlen, haben 300 Polizisten teilgenommen. Bisher wurden bei den Razzien 10 Personen, darunter die ROJ-NV-Leiterin Gülsen Emsiz, die Journalisten Burhan Erdem, Devrim Akcadag, Murat Yaklav und einige Gäste festgenommen. Einige der Festgenommenen wurden zur Polizeibehörde in Brüssel gebracht, die Restlichen sind wegen der Durchsuchungen noch im Studio.

ROJ-TV-Mitarbeiter stehen vor dem Studio, da sie wegen der Durchsuchungen das Gebäude nicht betreten dürfen. Sie erklärten, dass ca. 300 Polizisten die Durchsuchungen durchführen. Ein Mitarbeiter, der Zeuge der Razzia wurde, sagte, dass während der Durchsuchung Computer und andere technische Geräte, die zur Ausstrahlung gebraucht werden, zerstört wurden.

Die Staatsanwaltschaft Belgiens will heute um 17:00 Uhr eine Erklärung zu den Durchsuchungen abgeben.

ROJ-TV-Mitarbeiter verurteilen diese antidemokratischen Razzien sowie die Zerstörung der technischen Geräte und forderten eine sofortige Beendigung der Durchsuchungen.

(ANF, 4.3., ISKU)

Angriff auf kurdische Bewegung in Italien und Frankreich: 88 Festnahmen

Auf Befehl der Staatsanwaltschaft von Venedig wurden bei in Venedig, Treviso, Pisa, Grosseto, Modena, Udine, Pordenone und Milano durchgeführten Hausdurchsuchungen und Razzien, an denen hunderte Polizisten teilnahmen, mindestens 76 Personen festgenommen. Vier von ihnen erhielten einen Haftbefehl. Einige der Festgenommenen sangen bei ihrer Festnahme kurdische Widerstandslieder. Ihnen wird Unterstützung und Ausbildung für die PKK vorgeworfen.

Umfangreiches Programm zum 8. März in Mersin

Anlässlich des internationalen Frauenkampftages, der sich in diesem Jahr am 8. März zum 100sten Mal jährt, hat die Demokratische Freie Frauenbewegung (DÖKH) in Mersin ein umfassendes Programm organisiert.
Zur Bekanntgabe des Programms, und um alle Frauen zur Teilnahme einzuladen, haben führende Mitglieder der DÖKH und der Landkreisorganisation Akdeniz der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) eine Versammlung einberufen.
An dieser Versammlung nahmen hunderte Frauen, unter ihnen Landkreispolitikerinnen der BDP Akdeniz und des Gemeinderates, sowie die DÖKH Aktivistin Farah Diba teil.
Farah Diba von der DÖKH stellte in kurdischer Sprache das Programm der Feierlichkeiten um den 8. März vor und lud alle Frauen dazu ein, an den Veranstaltungen teilzunehmen. Sie erinnerte daran, dass der internationale Frauenkampftag am 8. März 2010 zum 100. Mal gefeiert werden würde.
Daher hätte dieser Tag eine besondere Bedeutung, so Diba: „Wir glauben, dass die Frauen von Kurdistan und der gesamten Türkei am 8. März dem seit Jahren andauernden Krieg eine Antwort, eine Lösung entgegensetzen werden. Und in diesem Jahr wird der 8. März ein Jubiläum der Freiheit, der Gleichheit und der Gerechtigkeit aller Frauen auf der Welt sein."
Als die Mutter eines Kriegsopfers während der Versammlung das Lied "Xerîbim" sang, in dem Öcalan und das Gefängnis auf Imrali thematisiert werden, entstand eine sehr emotionale Stimmung in dem Versammlungsraum. Viele der Frauen konnten ihre Tränen nicht mehr halten. Als das Lied zu Ende war, wurden unter großem Applaus Parolen gerufen wie „Biji Serok Apo" und „Freiheit für alle Frauen". Auch die Kinder beteiligten sich daran und formten mit ihren kleinen Händen das Siegeszeichen.

Das Programm der DÖKH für den 8. März in Mersin sieht folgendermaßen aus:
1. März: Um 12:30 wird sich vor der Postzentrale in Mersin getroffen um den Frauen in den Gefängnissen gemeinsam Postkarten zu senden. Im Anschluss daran wird eine Pressekonferenz stattfinden.
2. März: Um 14:00 findet im Gebäude der BDP-Landkreisverwaltung von Akdeniz eine Veranstaltung mit einer Anwältin statt, die zu dem Thema „Frauen und Frauenrechte" sprechen wird.
3. März: Um 10:00 wird sich vor dem Gebäude der BDP-Landkreisverwaltung getroffen, um von dort aus gemeinsam Familien von Opfern des Krieges zu besuchen.
4. März: Im Konferenzraum der Akdeniz Gemeindeverwaltung werden ab 14:00 Filme zur Bedeutung und zum Hintergrund des internationalen Frauenkampftages gezeigt.
5. März: An die schwer arbeitenden Frauen aus Mersin, zum Beispiel die des Textilsektors, werden Nelken verteilt.
6. März: Um 13:00 beginnt eine Demonstration vom Metropolgebäude zum Taş Gebäude.
7. März: Zwischen 11:00 und 16:00 Uhr wird vor dem Gebäude der BDP-Landkreisverwaltung eine Kundgebung stattfinden. Dort werden KünstlerInnen des MKM und Dengbej Canê auftreten. *(ANF, 28., ISKU)*

Militär bestätigt Putschplan

Nach der jüngsten Serie von Haftbefehlen gegen Offiziere der türkischen Armee wegen des Verdachts auf Teilnahme an Putschvorbereitungen hat das öffentliche Ansehen der Militärs einen weiteren Schlag erlitten. Der Generalstab in Ankara räumte am Montag ein, dass ein bisher von den Generalen als böswillige Fälschung abgetaner Putschplan eines Offiziers möglicherweise doch echt ist.
Während immer mehr ehemalige oder noch im Dienst befindliche Offiziere wegen angeblicher Putschvorbereitungen in Untersuchungshaft kommen, musste der Generalstab am Montagabend einräumen, dass zumindest einer der angeblichen Putschpläne wohl eine echte Unterschrift trägt. Nach zivilen Gutachtern kam nun auch eine Expertise der dem Militär unterstellten Gendarmerie zu der Ansicht, die Unterschrift des Obersten Dursun Cicek unter dem »Aktionsplan zur Bekämpfung der Reaktion« sei echt oder könnte echt sein. Die Erklärung des Generalstabs ist an dieser Stelle etwas gewunden; es heisst, dass »einige Beweise« dafür erlangt wurden, »dass sie echt sein könnte«.
Dass sich der Generalstab mit dem Eingeständnis der Echtheit schwertut, ist begreiflich. Der Plan sah verschiedene illegale Aktionen vor, mit denen das Vertrauen in die gemäßigt-islamische Regierung von Recep Tayyip Erdogan erschüttert werden sollte. Dies wird wie andere Pläne, die in den vergangenen beiden Jahren bekannt wurden, als Versuch gesehen, einen Militärputsch vorzubereiten. Dazu gehört auch der zuletzt enthüllte Plan »Vorschlaghammer« von 2003, der unter anderem Bombenanschläge auf Moscheen in Istanbul während der Hauptgebetszeit am Freitagmittag vorsah.
Das halbe Eingeständnis der Echtheit des Planes ist nicht nur ein Problem für das Militär insgesamt, sondern auch ein schwerer persönlicher Schlag für den Generalstabschef Ilker Basbug. Am 16. Juni vergangenen Jahres hatte die Zeitung »Taraf« einen Bericht über den Aktionsplan veröffentlicht. Basbug stellte angeblich eine Untersuchung an und dementierte dann die Existenz eines solchen Projekts.
Einige Monate später veröffentlichte »Taraf« das Dokument mit der Unterschrift sowie detaillierte Informationen über eine Säuberungsaktion des Generalstabschefs, mit der alle Unterlagen über den Plan vernichtet werden sollten. Die Zeitung listete auf, welches Personal bei der Aktion eingesetzt war, zusammen mit den Nummern der Computer, die angeblich »gereinigt« wurden. Mit dem Eingeständnis der Echtheit des Dokuments steht nun der Generalstabschef selbst in der Schusslinie. Außerdem hat das Ansehen des Militärs in der Öffentlichkeit einen weiteren Rückschlag erlitten.
Der Militärstaatsanwalt des Generalstabs hat nun auch das eingestellte Verfahren gegen Oberst Cicek wieder aufgenommen und Untersuchungshaft beantragt. Ein Militärgericht lehnte den Antrag allerdings ab, weil weder die Gefahr der Flucht noch der Manipulation von Beweisen bestehe. Cicek wird vom Militärstaatsanwalt unter anderem vorgeworfen, mit der Unterschrift seine Kompetenzen überschritten zu haben.
Doch es dürfte dem Militär kaum gelingen, den Putschplan als illegale Aktion eines einzelnen Obersten hinzustellen. Die Vorfälle um den Aktionsplan und den Generalstabschef werden auch die Diskussion um eine zivile Gerichtsbarkeit für das Militär neu beleben. Das Verfassungsgericht hatte vor Kurzem entschieden, dass sich Generale nur vor Militärgerichten verantworten müssen. Doch die Regierung plant, eine Justizreform mit Hilfe eines Referendums durchzusetzen. Die zivile Gerichtsbarkeit für Militärs in politisch brisanten Fällen ist einer der Punkte, die wohl in das Paket aufgenommen werden.

(ND, 3.3., ISKU)

Auch in Frankreich wurden mindesten 12 Mitglieder von kurdischen Kulturvereinen von Antiterroreinheiten festgenommen. Diese durchsuchtenmehrere Wohnungen und Vereine, verwüsteten einige davon und beschlagnahmten Computer und Bücher.

(ANF, 26.2., ISKU)

Israel liefert Heron an Türkei
Israel hat zwei der sechs von der Türkei bestellten unbemannten Drohnen des Typs Heron in die Türkei geliefert.
Das System soll nach Tests in der Türkei im laufenden Monat aktiviert werden. Weltweit werden unbemannte Luftfahrtzeuge bei längeren und gefährlichen Einsätzen bevorzugt, da sie effektiver als bemannte Luftfahrtzeuge sind. Die weiteren Heron Drohnen sollen indessen im Juli geliefert werden.

(trt-world, 3.3., ISKU)

Quellen:

ANF	**Fırat Nachrichtenagentur**
ND	**Neues Deutschland**

Termine:

Gegen die unmenschliche Politik der syrischen Regierung in Syrisch Kurdistan

Anlässlich des 6. Jahrestags des Massakers an kurdischen Zivilisten im Fußballstadion von Kamishli am 12.3.2004 und des darauf folgenden Volksaufstandes in Syrisch Kurdistan rufen wir, die unterzeichnenden kurdischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland, zu einem Protestzug am 11.3.2010 in Berlin auf.
Wir rufen alle Kurdinnen und Kurden, alle Menschenrechtsorganisationen und demokratisch denkenden Menschen und Institutionen auf, sich am 11.3.2010 ab 12:00 Uhr an der friedlichen Demonstration in Berlin vor der syrischen Botschaft, Rauchstrasse 25, zu beteiligen.
Kurdische Yekitipartei in Syrien Organisation in Deutschland
Kurdische Azadi Partei Organisation in Deutschland
Kurdische Links Partei Organisation in Deutschland
Navend

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 455
12. März 2010

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Proteste wegen europäischen Angriff auf Roj TV und andere Institutionen

In vielen kurdischen Städten wie auch in Europa wurde wegen der Durchsuchung und Zerstörung von Büros und Sendeanlagen von Roj TV in Belgien, den Razzien gegen die Europavertretung der Partei für Frieden und Demokratie BDP und des Kurdischen Nationalkongressen KNK, protestiert. In einigen Orten kam es nach Polizeiangriffen zu heftigen Straßenschlachten mit mehreren schwer verletzten AktivistInnen.
In Diyarbakır, Siirt, Viranşehir, Ceylanpınar und Şırnak nahmen jeweils mehrere hundert Personen an Demonstrationen gegen die Repression teil.

Straßenschlachten und Verletzte in Hakkari und Yüksekova

In Hakkari wurde ebenfalls eine Demonstration organisiert, an der viele hundert Menschen teilnahmen. Die Polizei griff die Demonstration mit Wasserwerfern und Gasgranaten an und es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, die sich im Laufe des Tages auf das ganze Stadtgebiet ausbreiteten.
Bei einer der nach den Auseinandersetzungen folgenden Hausdurchsuchungen wurde u. a. ein siebenjähriges Kind wegen Teilnahme an einer Protestaktion festgenommen.
In Yüksekova kam es ebenfalls zu heftigen Auseinandersetzungen nach einem Polizeiangriff auf die Demonstration. Ein Aktivist wurde durch eine Polizeikugel schwer verletzt, ein weiterer wurde durch ein Panzerfahrzeug, das ihn angefahren hatte, schwer verletzt wurde. 3 Menschen, darunter ein Kind erlitten Vergiftungen, nachdem eine Tränengasgranate durchs Fenster in ihre Wohnung geschossen worden war. Alle diese Personen befinden sich noch im Krankenhaus. Seit dem 6.3. sind alle Geschäfte in Yüksekova aus Protest gegen die Repression geschlossen. Mit neuen Auseinandersetzungen wird gerechnet.

Aktionen in Europa
Auch in vielen europäischen Städten gingen trotz Kurzfristigkeit der Mobilisierung Tausende Kurd_innen zusammen mit Internationalist_innen aus europäischen Ländern auf die Straße.
In Deutschland gab es Demonstrationen unter Teilnahme von mehreren hundert Menschen in Hamburg, Berlin, Frankfurt, Hannover, Nürnberg und Hannover.
In Brüssel demonstrierten mehrere tausend Menschen gegen diesen Angriff auf die kurdische Bewegung.
In Toulouse liefen ca. 1000 DemonstrantInnen aus Protest zum belgischen Konsulat. In Venedig versammelten sich Studierende zusammen mit MetallarbeiterInnen von der Gewerkschaft FIOM vor einem Fernsehsender. Auch in etlichen anderen italienischen Städten kam es zu Protesten. Auch in London, Bern und Bordeaux kam es zu Demonstrationen.
In Hannover griff die Polizei eine Demonstration von ca. 600 Personen an. Dabei wurden mehrere Personen verletzt und festgenommen. Aus Protest dagegen und um die Freilassung zu fordern, besetzten daraufhin ca. 25 Personen das Polizeirevier und führten eine Sitzblockade durch. Als Journalist_innen die Situation im Polizeirevier dokumentieren wollten, griff die Polizei mit Fäusten und Knüppeln an. *(ANF, 7.3., ISKU)*

Aufruf der Roj-TV-MitarbeiterInnen

Inzwischen haben Roj-TV-MitarbeiterInnen einen öffentlichen Aufruf an alle Medien-Institutionen gemacht. Roj TV, das zur Solidarität aufruft, erklärte:
Die Razzien auf die Roj -TV-Studios in Denderleew, sind Razzien auf die Pressefreiheit.
Es sind Razzien auf die Sendungen in der eigenen Sprache jener ethnischen und religiösen Gruppen, die in Kurdistan bzw. mit den Kurden leben.
Die belgischen Behörden haben mit falschen Informationen, die von türkischen Behörden gegeben wurden, auch im Jahre 1996 an dem gleichen Ort auf die MED-TV-Studios Razzien durchgeführt. Doch waren die Behauptungen nicht richtig und MED TV wurde freigesprochen.
Jetzt möchte mit der gleichen Mentalität der gleiche Weg nochmals gegangen werden. Das kurdische Volk, die kurdischen Institutionen, die kurdischen Journalisten, Schriftsteller und Politiker sollen zu Opfern in dreckigen Spielen gemacht werden.
Diese Razzien auf das kurdische Fernsehen, das wegen dem großen Druck des türkischen, iranischen und syrischen Staats ihr Programm im Ausland ausstrahlen muss, sind Unterstützungen des Reaktionismus, Rassismus und des Krieges.
Die Razzien der Polizei mit Sturmmasken auf die Roj -TV-Studios und die Festnahmen der Mitarbeiter sind aus Sicht der belgischen und europäischen Demokratie und der Justiz eine Schande.
Wir als Roj -TV-Mitarbeiter und kurdische Journalisten rufen die belgischen Behörden dazu auf, diese antidemokratischen Initiativen sofort zu beenden. Sie sollten kein Handlanger des türkischen, iranischen und syrischen Staaten sein, die verfeindet mit der kurdischen Presse sind.
Wir rufen die internationalen Presseeinrichtungen, angefangen in Europa bis zu den JournalistenInnen und MedienmitarbeiterInnen der Welt sowie die Öffentlichkeit auf, gegen diese ungerechten Praktiken Haltung zu beziehen und sich mit Roj TV zu solidarisieren. *(ANF, 4.3., ISKU)*

In Belgien bleiben sechs Kurden nach Razzien in Haft

Nach Razzien in Belgien bleiben sechs Kurden wegen Terrorismus-Verdachts vorerst in Haft, darunter die ehemaligen türkischen Parlamentsabgeordneten Zubeyir Aydar und Remzi Kartal. Justiz-Ratskammern in Brüssel und in Charleroi hätten die Vorwürfe der "Teilnahme an Aktivitäten einer terroristischen Gruppe" bestätigt, sagte eine Sprecherin der Generalstaatsanwaltschaft am Dienstag in Brüssel. Den Verdächtigen werden Rekrutierungen für die kurdische Rebellengruppe PKK vorgeworfen. Zwei weitere Verdächtige sollten nach dem Willen der Brüsseler Ratskammer freigelassen werden, die Generalstaatsanwaltschaft habe aber Berufung eingelegt. *(AFP, 9.3., ISKU)*

Meldungen

Europaweiter Protest gegen Akbank und Garantibank: Kein Kredit für Ilisu-Staudamm!
Anlässlich des Internationalen Tags der Flüsse am kommenden Montag, den 15.3.2010, werden UmweltaktivistInnen mit Mahnwachen und Kundgebungen in neun europäischen Städten die beiden türkischen Banken Akbank und Garantibank auffordern, keinen Kredit für den Ilisu-Staudamm zu geben. Die beiden Banken haben angekündigt, nach dem Rückzug der deutschen, österreichischen und Schweizer Regierungen und europäischer Privatbanken aus dem Projekt zusätzliche Kredite bereit zu stellen. Vor allem in Wien und Strasbourg werden die AktivistInnen zudem die österreichische Strabag ermahnen, sich nicht an den Staudammprojekten Konaktepe I und II in der Provinz Dersim (Tunceli) zu beteiligen.
Die UmweltschützerInnen reagieren damit auf Ankündigungen der türkischen Regierung, im Frühjahr den Ilisu-Staudamm am Tigris mit einheimischer Finanzierung weiter bauen zu wollen und auch am Munzur-Fluss in Dersim zahlreiche Dämme zu planen.

Proteste am Montag 15.3.2010 in:
Frankfurt/M., 14–15.30 Uhr, vor Akbank, Taunustor 2
Essen, 14–16 Uhr, vor Akbank, Huyssenallee 3
Hannover, 15–16 Uhr, vor Akbank, Goethestr. 6c
Berlin, 11.30–13.30 Uhr, Kottbuser Tor
Amsterdam, 10.30–11.30 Uhr, vor Akbank, Amstelplein 1
Amsterdam, 12–13 Uhr, vor Garantibank, Keizersgracht 569 – 575
London, 13–14.30 Uhr GMT, vor Akbank, 29 Marylebone Road
Wien, 14–16 Uhr, vor Strabag, Donau-City-Straße 9 (U1 Kaisermühlen
Zürich, 12–14 Uhr, Innenstadt
Strasbourg, (**14.3.!**), 14–16 Uhr, Place Kleber
Weitere Informationen:
Ercan Ayboga,
e.ayboga@gmx.net

4500 türkische Soldaten nach Lice verlegt
In der letzten Woche wurden 4500 türkische Soldaten nach Lice in die Provinz Diyarbakır verlegt. In einigen Stützpunk-

Demonstrationen und Proteste zum Weltfrauenkampftag

Frauen kommen zusammen

Der Weltfrauentag 8. März wurde mit Aktionen in verschiedensten Provinzen gefeiert. Auf Kundgebungen in Istanbul, Mersin, Diyarbakır, Şırnak, Hakkari, İzmir und Adana demonstrierten Frauen die Wichtigkeit von gemeinsamem Widerstand.

Istanbul
„Wir wollen die ganze Welt und nicht einen Teil davon“
Aus Anlass zum 8. März sammelten sich 3000 KundgebungsteilnehmerInnen verschiedenster linker Organisationen auf der asiatischen Seite von Istanbul in Kadıköy. Transparente mit der Aufschrift „Es ist die Ehre des hundertsten 8. März, dass die Organisatorinnen den Widerstand von New York bis TEKEL führen, der Widerstand wird wachsen!“, „Wir wollen die ganze Welt und nicht einen Teil davon“, „Die sozialistische Befreiung ist der gemeinsame Widerstand von Frauen und Männern“, „Faßt unsere Arbeit, unsere Körper und unsere Identität nicht an“, „Die unsichtbare Arbeit soll sichtbar werden“ sowie viele andere.
Es wurden Bilder von gefallenen Frauen getragen. Die im Namen des Vorbereitungskomitees sprechende Özlem Doruköz erinnerte an alle im Widerstand gefallen Frauen.

Izmir
Tausende Frauen versammelten sich nach der Einladung der Frauenplattform auf dem Çankaya und Cumhuriyet Platz. Vor dem BDP-Gebäude in Çankaya versammelten sich Mitglieder der BDP gemeinsam mit Frauen von EMEP und der SDP.
In traditioneller Kleidung brachten die kurdischen Frauen mit türkischen und kurdischen Parolen ihren Wunsch nach Frieden zum Ausdruck. Die Frauen riefen „Wir sind Frauen, wir sind Mütter, der Frieden ist an unserer Seite“.

Diyarbakır
In Diyarbakır im Bezirk Sur feierten Frauen und Kinder mit einer Demonstration den 8. März. Transparente mit kurdischen Aufschriften "Hoch lebe der 8. März" wurden hochgehalten und kurdische Parolen gerufen.

Silopi
Rosen für Frauen
In der Provinz Şırnak in Silopi überreichten Vertreterinnen von [der LeherInnengewerkschaft] Eğitim Sen und von KESK [Dachverband von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der Türkei] den Frauen anlässlich des 8. März Rosen. Später gab es im Laleş Kunst und Kulturzentrum eine frauenthematische Filmvorführung und ein Konzert.

Çukurca
In der Provinz Hakkari in Çukurca wurde anlässlich des 8. März ein Festessen organisiert, an dem auf dem Rathausplatz Hunderte Frauen teilnahmen. Der Demonstrationszug der in traditioneller Kleidung gekleideten Frauen ging in Richtung Zentrum und verwandelte den Zentrumsplatz in ein farbenfrohe und musikalisches Vergnügen.

Adana
Hunderte Frauen nahmen an der von der Frauenplattform Adana organisierten Demonstration teil. Sie trugen Transparente mit der Aufschrift „Wir werden der Macht der Männer und dem Kapitalismus nicht gehorchen“, „Zum hundertsten 8. März erschaffen wir durch gemeinsamen Kampf eine freie Welt“, „Der hundertste 8. März wird die Sonne befreien“.
Die Durchsuchungen, die sie vor der Kundgebung über sich ergehen lassen mussten, kommentierten sie mit "Êdî bes e" [es reicht!] und zeigten Fotos von gefallenen PKK-Guerilla Kämpferinnen.

Akdeniz
„Wir sind die Ehre von niemanden“
Auf der von der Demokratischen Freien Frauenbewegung (DÖKH) organisierten Kundgebung nahmen Tausende Frauen teil. Es wurden Transparente hochgehalten mit der Aufschrift „Wir sind die Ehre von niemanden, unsere Ehre ist unsere Freiheit, Em ne namusa kesekine, namusame azadiya me ye", „Gestern Halabja, heute Handschellen“ und „Ein Ende dem politischen Völkermord, sofortige Freilassung der Gefangenen“ und Parolen gerufen wie "Biji serok Apo", "jın jiyan azadi" und "Die Jugend nach Botan, für die Freiheit der BürgerInnen“.
In der Provinz Muş in Bulanık wurde der 8. März mit Musik und Halay gefeiert.

Mardin
In Mardin wurde zum ersten Mal der 8. März mit einer Kundgebung gefeiert. Tausende von Frauen nahmen teil zusammen mit der BDP-Şırnak-Abgeordneten Sevahir Bayındır und BDP-BürgermeisterInnen der Provinz Mardin.
Um zum Kundgebungsort zu gelangen, mussten die Frauen eine Polizeikontrolle passieren. Es war verboten, jegliche Transparente zum Kundgebungsort mitzunehmen. Sevahir Bayındır kritisierte in ihrer Rede die Repression gegen Roj TV und sagte, dass niemand die weltweite Vereinigung der KurdInnen zum Schweigen bringen kann.

Van
Bereits in den frühen Morgenstunden sammelten sich die Frauen, viele von ihnen in traditioneller Kleidung, vor der Kommunalverwaltung. Die Polizei sperrte den Kundgebungsort in großem Stil ab und alle Frauen mussten Kontrollen über sich ergehen lassen. Dennoch feierten tausende Frauen mit viel Musik den 8. März. Es gab Transparente mit der Aufschrift „Wir Frauen werden im gemeinsamen Kampf der Welt Widerstand leisten“ „Die Befreiung der Frau ist der Garant für den gesellschaftlichen Frieden“ und „Freie Frauen, Freies Leben“, „Ein Ende den Frauenmorden“.

Auf dem in ein Farbenmeer getauchten Platz mit Fahnen der DÖKH und gelben, roten und grünen Farben hielten die Bostaniçi Bürgermeisterin Nezzahat Ergüneş und die BDP Iğdır Abgeordnete Pervin Buldan eine Rede „Ich grüße euch, die Beritane, Ruhane, Zilane, Viyane, euch Freiheitsliebende.“

Erzurum
Auch in Erzurum wurde ein Festessen organisiert an dem auch das BDP-Mitglied Zahir Sarıtaş und das DÖKH-Mitglied Berjin Demirkaya teilnahmen. Immer wieder wurden Parolen gerufen wie „Roj TV kann nicht verboten werden“, „Die Repression wird uns nicht zu Fall bringen“.

Turgutlu
Vor dem BDP Gebäude versammelten sich 200 Frauen und riefen Parolen wie "Jin jiyan azadi", "Wir sind die Ehre von Niemanden, unsere Ehre ist unsere Freiheit“ und „Unsere Sonnen könnt ihr nicht verdunkeln". An der Kundgebung nahm auch BDP Mitglied Şefika Gürbüz teil, die in ihrer Rede sagte „Roj TV ist Auge und Ohr der KurdInnen“.

Frankfurt
In Frankfurt demonstrierten am 6. März vom Hauptbahnhof bis zur Alten Oper 2000 Frauen aus mehreren Städten unter dem Motto: Im 100. Jahr werden wir Frauen mit unseren gemeinsamen Kampf eine freie Welt erschaffen. An der Alten Oper gab es eine zweistündige Abschlusskundgebung mit Musik und Redebeiträgen. Auch hier wurde gegen die Angriffe auf kurdische Institutionen protestiert. *(ANF, 7.3., ISKU)*

ten in Dörfern wurden Spezialeinheiten mit Hubschraubern abgesetzt. *(ANF, 7.3., ISKU)*

Angriffe der türkischen Armee auf Gebiete in Südkurdistan
Seit Tagen nimmt die türkische Armee Gebiete in Südkurdistan unter Artellerie-Beschuss. So griff sie seit dem 8. März ununterbrochen von ihren Stellungen Elemun und Yekmalê die Gebiete Boğaza Xabur und Boğaza Hestîyê mit Mörsern und Granaten an.
Am 7. und 8. März griff die türkische Armee im Gebiet Zap die Dörfer Sipê, Merganiş, Sernê, Erbiş, Erê und Paşê mit Mörsern und Granaten an, die sich im Medya Verteidigungsgebiet befinden.
(HPG, 10.3., ISKU)

In Kandil wurde der 8. März mit großer Freude gefeiert
Am Fuße der Kandilberge wurde der 8. März, der Welt Arbeiterinnen und Frauentag mit großer Freude gefeiert.
An den Feiern, die die Frauen der PÇDK (Partei für eine demokratische Lösung Kurdistan) organisierten, nahmen hunderte Frauen aus Südkurdistan aus den Provinzen Ranya, Kaladize, Diyana, Rewanduz und den Dörfern aus Kandil teil.
Die Frauen der PÇDK verlasen auf der Feier eine Erklärung. In der Erklärung wurde auf die 100-jährige Geschichte des Widerstandes eingegangen. Der Kampf der Frauen in Kurdistan in den letzten 30 Jahren ist den Frauen weltweit ein Beispiel für den Kampf für die eigene Befreiung. *(ANF, 10.3., ISKU)*

BDP macht Unterstützung für Verfassungsänderung von Sperrklausel abhängig.
Der Vorsitzende der BDP Demirtas hat erklärt, dass seine Partei nur an einer Verfassungsänderung mitwirken werde, wenn die zehnprozentige Sperrklausel für den Einzug ins Parlament geändert und eine gerechtere Form der Parteienfinanzierung gefunden werde.
(Ch, 3.3., ISKU)

Quellen:

ANF	**Fırat Nachrichtenagentur**
Ch	**Cumhuriyet**

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 456
19. März 2010

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Keine Informationen über den Verbleib von Zeynep Celaliyan

Zeynep Celaliyan, eine Frauenrechtlerin, die für die Rechte der kurdischen Frauen kämpft und im Iran zur Todesstrafe verurteilt wurde, wurde vor einem Monat aus dem Kirmaşan-Gefängnis an einen unbekannten Ort gebracht. Ihr Anwalt und ihre Familie wurden darüber nicht informiert.

Das Informationskomitee der zur Todesstrafe Verurteilten erklärten ebenfalls, dass sie keine Informationen über den Verbleib von Zeynep Celaliyan hätten. Xelil Behramiyan, der Anwalt von Celaliyan hat über die Verlegung erfahren, als er einen seiner Mandanten im Dizilbad-Gefängnis, das mit dem Gefängnis-Kirmaşan zusammenhängt, besuchte. Die Sorge ihrer Familie, des Anwalts und Menschenrechtlern ist groß.

Zeynep Celaliyan wurde Mitte 2008 in Kirmaşan als angebliches PJAK-Mitglied verhaftet. Sie wurde in einem 7-Minuten-Prozess ohne anwaltliche Vertretung am 14.1.2009 vom Revolutionsgericht zum Tode verurteilt. Das Hohe Gericht hat Anfang dieses Jahres das Urteil bestätigt. In einem Brief von Celaliyan an Menschenrechtsorganisationen im November 2009 aus dem Gefängnis schreibt sie „Ich wurde innerhalb eines 7-Minuten-Prozesses zum Tode verurteilt.“ Sie bat alle Menschenrechte-Verteidigende und Frauen um Hilfe. Das Ceni Frauenfriedensbüro begann im Herbst 2009 mit einer Unterschriftenkampagne für die Aufhebung der Todesstrafe und der Freilassung von Celaliyan. Die Kampagne fand auf internationaler Ebene von Frauenorganisationen und -gruppen Unterstützung. Die Unterschriftenkampagne ist zu finden unter: www.gopetition.com/petitions/save-zeynab-jalalian/sign.html

(ANF, 17.3., ISKU)

Giftgasmassaker von Halabja: Bundesregierung leugnet deutsche Beihilfe

Heute vor 22 Jahren bombardierte die irakische Luftwaffe die irakisch-kurdische Stadt Halabja mit Giftgas. 5000 Zivilisten starben qualvoll, mehr als 10.000 erlitten schwerste Verletzungen. Dies war der traurige Höhepunkt der nach einer Koran-Sure »Anfal« (Beute) benannten irakischen Militäroffensive gegen kurdische Autonomiebestrebungen im Jahr 1988 bei denen nach kurdischen Angaben 90 % aller kurdischen Dörfer im Irak zerstört und bis zu 180.000 Menschen ermordet oder verschleppt wurden. In mindestens 42 Fällen kam Giftgas zum Einsatz.

Viele Überlebenden „leiden noch heute unter physischen und psychischen Spätfolgen dieser von irakischen Regierungstruppen durchgeführten Verbrechen“, antwortet die Bundesregierung jetzt auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten der Linksfraktion Ulla Jelpke zu „Entschädigung der Opfer des Giftgas-Massakers von Halabja 1988“ (BT-Drs. 17/837) „Ein Großteil der von den Giftgasangriffen von Halabja unmittelbar betroffenen Personen hat dauerhafte Gesundheitsschäden erlitten, wie Hautkrankheiten und Nervenlähmungen.“ Viele Überlebende lebten in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen und leiden unter unzureichenden psychologischen, sozialen und medizinischen Versorgung.

Doch von einer deutschen Mitverantwortung will die Bundesregierung nichts wissen. „Die ausschließliche Verantwortung für die Vorfälle von Halabja liegt bei der irakischen Regierung. Eine wie auch immer geartete Mitverantwortung der Bundesregierung besteht nicht“, heißt es, obwohl die irakische Giftgasproduktion vor allem durch rund 60 deutsche Firmen ermöglicht wurde, die etwa 70 Prozent der Produktionsanlagen lieferten. „Illegale Lieferungen deutscher Firmen in den Irak sind … gerichtlich geahndet worden und werden erforderlichenfalls weiterhin zur Anzeige gebracht“, verspricht die Bundesregierung. Demzufolge wurde gegen 22 Beschuldigte aus zehn deutschen Unternehmen ermittelt. Am Ende wurden gerade einmal drei Händler des Todes zu Bewährungsstrafen verurteilt. Obwohl die Bundesregierung seit 1984 durch die USA und den Bundesnachrichtendienst über die Rolle deutscher Firmen beim Bau der irakischen Giftgaslabore informiert war, wurden Ermittlungen in mehreren Fällen so lange verschleppt, bis sie wegen Verjährung eingestellt werden mussten.

Die Bundesregierung solle die Überlebenden bei Entschädigungsforderungen gegen die beteiligten deutschen Firmen unterstützen, fordert die Linksfraktionsabgeordnete Ulla Jelpke. Doch während die kurdische Menschenrechtsorganisation Kurdocide (CHAK) weiterhin beharrlich für Entschädigungszahlungen eintritt, lässt die Kurdische Regierung die Opfer im Stich:„Die Frage nach der Beteiligung deutscher Firmen oder der Entschädigung der Opfer waren bislang bei den bilateralen Gesprächen zwischen Mitgliedern der Bundesregierung und der Regionalregierung Kurdistan-Irak kein Thema“, erklärt die Bundesregierung, die vor einem Jahr ein Konsulat in der kurdischen Hauptstadt Erbil eröffnete. Offenbar sind den aufgrund ihrer Korruption berüchtigten kurdischen Regierungsparteien KDP und PUK neue profitträchtige Geschäfte mit der deutschen Wirtschaft wichtiger als Gerechtigkeit für die Opfer von Halabja.

Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin, 17.3.

Kommission zur Anerkennung von Halabja als Genozid ein
Die Zentralregierung des Irak in Bagdad hat entschieden, einen Ausschuss für die weltweite Anerkennung des Giftgas-Massakers im kurdischen Kleinstädtchen Halabja 1988 als Genozid einzurichten, wie Staatsminister Ali Mohammed mitteilte.

(AKnews, 18.3., ISKU)

Meldungen

Newroz: 14 Personen wegen „hoher Wahrscheinlichkeit eine Straftat zu begehen“ verhaftet
Im Raum Şırnak wurden gestern im Rahmen von zeitgleich durchgeführten Hausdurchsuchungen 20 Personen festgenommen und von denen 14 inhaftiert wurden. Als Begründung gilt: „Zu Newroz sei die Wahrscheinlichkeit, dass Straftaten begangen werden hoch“. Die 20 Personen wurden zum Gericht in Şırnak gebracht und im Anschluss mit Haftbefehl ins Gefängnis überstellt. Cemal B., Nasrettin A., Casim G., Ramazan T., Basri A., Ali Ş., Abdullah K., Abdurahman D., Kommunalratsmitglied Şahide P., Yusuf K. und 4 weitere Personen wurden mit der Begründung „Mitglied in einer terroristischen Vereinigung“ zu sein, inhaftiert. *(ANF, 17.3., ISKU)*

Erste Newroz-Feiern
Zehntausende Menschen beteiligten sich am Mittwoch in der Stadt Yüksekova in der Provinz Hakkari am kurdischen Neujahrsfest Newroz. Viele zeigten Poster des auf der Gefängnisinsel Imrali gefangenen Politikers Abdullah Öcalan. In den kommenden Tagen bis zum eigentlichen Newroztag am 21.März sind in allen kurdischen Städten der Türkei, aber auch in Istanbul Newroz-Feierlichkeiten geplant.

(jW, 18.3., ISKU)

Newroz-Feier und -Demonstration am 20. März in Düsseldorf
Am 20. März wird in Düsseldorf die Newroz-Feier und -Demonstration stattfinden. Newroz 2010 steht unter dem Motto: Für eine politische Lösung der kurdischen Frage. Für die Freiheit von Abdullah Öcalan und die Unversehrtheit seines Lebens. Gegen die Kriminalisierung der Kurden, ihrer Aktivitäten und Institutionen. Gegen das Schweigen der Weltöffentlichkeit und insbesondere der EU
Der **1. Demonstrationszug** startet ab 10.00 Uhr vom Reeser Platz. Der **2. Demonstrationszug** ab 10.00 Uhr vom Landtag Die Abschlusskundgebung findet auf dem Kirmesplatz in Düsseldorf/Oberkassel von 12.00 bis 20.00 Uhr statt.

BDP eröffnet Vertretungen in Washington
Die US-Regierung hat die Einrichtung einer Vertretung der türkisch-kurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP)

Die Staatsanwaltschaft spricht Gefängniswärter der sexuellen Übergriffe frei

Die Beschwerden wegen sexueller Übergriffe von 8 inhaftierten Frauen im Diyarbakır-E-Typ-Gefängnis gegen die Gefängniswärter blieben ergebnislos, weil „den Beschuldigten ihre als sexuelle Übergriffe zu bewertende Handlungen nicht nachgewiesen werden konnten."
Eine der von sexuellen Übergriffen Betroffene ist die ehemalige stellvertretende Vorsitzende der kürzlich verbotenen DTP Irmak.
Die Beschwerde wurde an den Menschenrechtsverein IHD in Diyarbakır weitergeleitet. Die 8 Frauen sind laut Selma Irmak sexuellen Übergriffen wie auch Beleidigungen ausgesetzt gewesen.

Die Untersuchung von der Staatsanwaltschaft Siverek kam zu der Entscheidung, dem Vorfall nicht weiter nachzugehen.
Die gefangenen Frauen legten daraufhin im Gericht für schwere Straftaten in Siverek Widerspruch ein. Sie fordern die Aufhebung der Entscheidung der Staatsanwaltschaft. Das Gericht von Siverek jedoch entschied „abgesehen davon, dass die Behauptungen der Antragsstellerinnen gegenstandslos sind, konnten keine der Handlungen, die als sexuelle Übergriffe und Beleidigung gewertet wurden, nachgewiesen werden und eine Strafverfolgung liegt nicht im öffentlichen Interesse."

Die Frauen wollen nun mit dem IHD die Wiederaufnahme des Verfahrens fordern.

(ANF, 18.3., ISKU)

Solidarität mit Tekel-ArbeiterInnen: 24 SchülerInnen von der Schule geworfen

In Çekmeköy in Istanbul wurden 24 OberstufenschülerInnen, die Aktionen für die TEKEL-ArbeiterInnen gemacht haben, mit der Begründung „Boykott vom Unterricht", „Parolen rufen" und „sich gegen Lehrer aufbegehren" von der Schule geworfen.

200 SchülerInnen von Mehmetçik Gymnasium versammelten sich am 25.2. zwischen den zwei Schulgebäuden mit dem Ziel, die andauernden Aktionen der TEKEL-ArbeiterInnen in Ankara zu unterstützen und riefen „Die Arbeiter_innen von TEKEL sind nicht allein". Etwas später hielten einige der SchülerInnen Reden. Die Schulleitung hatte im Voraus die Aktion untersagt. Während der Aktion forderten sie nochmals die SchülerInnen auf, die Aktion zu beenden. Während die Mehrheit der SchülerInnen in ihren Unterricht zurückkehrte, führten 24 SchülerInnen die Aktion fort. Im Anschluss an die zweistündige Aktion sprach die Schulleitung eine Verwarnung aus.

Das Bezirksdirektorat „Nationale Bildung" Çekmeköy entschied am 16.3., dass den 24 SchülerInnen gemäß des § 13/C der Schulordnung ein Abgangszeugnis ausgestellt werden soll. Eine der Betroffenen erklärte:„Wir haben im Schulhof eine Aktion gemacht. Dafür sind wir unberechtigterweise von der Schule geworfen worden. Sie wollten eine Unterschrift von uns haben, um uns diese Abgangszeugnisse zu geben. Das werden wir garantiert nicht akzeptieren. Wir gehen weiterhin zur Schule. Wir werden aber nicht zu Prüfungen oder zum Unterricht gelassen. Wir haben erfahren, dass sie die Zeugnisse zu uns nach Hause geschickt haben. Wir werden alle unsere Rechte nutzen. Wir sind aufgrund einer politischen Aktion von der Schule geworfen worden." *(ANF, 17.3., ISKU)*

Şenoba Kerem Gün auf offener Straße getötet

Von Soldaten des in Şırnak Balveren stationierten Bataillons ist der ehemalige Vorsitzende der DTP-Jugendbewegung-Şırnak und Aktivist der linken Jugendbewegung YDG, Şenoba Kerem Gün, zusammen mit Freunden ins Kreuzfeuer genommen worden. Gün wurde getötet, zwei weitere verletzt.

Die Soldaten feuerten zunächst Leuchtspur und dann hunderte Schüsse aus dem Hinterhalt auf Gün ab. Die Soldaten wussten nach Augenzeugenberichten, dass die Gruppe unbewaffnet war und sie gaben auch keine Warnung oder Haltebefehl vor Eröffnen des Feuers. Die Soldaten sperrten den Tatort ab und verboten das Verlassen und Betreten des Tatortes. Die Soldaten, die diesen hinrichtungsähnlichen Hinterhalt ausführten, sind in der Region als Mitglieder der Todesschwadron Hancer Timi bekannt, die u. a. auch mit der Ermordung von zwei DTP-Mitgliedern in Şırnak in Uludere in Verbindung gebracht wird.
Die Ermordung des 27-Jährigen wurde von MenschenrechtaktivistInnen und BDP-Abgeordneten scharf verurteilt. Die BDP-Abgeordnete Emine Ayna charakterisierte den Mord als staatlichen Terrorismus gegen die kurdische Bevölkerung.
Ein Freund und Verwandter des Ermordeten, Azad Gün, erklärte, dass der Getötete Şenoba Kerem Gün schon zwei Tage zuvor von Soldaten der gleichen Einheit festgenommen und mit dem Tode bedroht worden sei.
Der Gouverneur von Şırnak behauptete, der Getötete sei im Rahmen von Zigarettenschmuggel in einem Gefecht mit den Soldaten gefallen. Die Frage, warum dann die sechs Überlebenden nicht festgenommen worden seien, war er nicht bereit zu kommentieren.
Auch die Aussagen von AugenzeugInnen und Verwandten strafen ihn Lügen.
Der Bruder des Getöteten, Salih Gün, der ebenfalls am Ort des Angriffs gewesen war, erklärte, dass die Soldaten wussten, dass sie unbewaffnet gewesen waren und auch kein Befehl zum Stehen bleiben gegeben worden war: „Wir waren 7 Personen. Bevor die Soldaten das Feuer eröffneten, wurde eine Leuchtkugel abgeschossen. Danach schossen sie. Infolge der Schüsse blieb mein großer Bruder liegen. Danach versuchten wir, ihn auf unseren Rücken ins Krankenhaus zu bringen. Der Krankenwagen, den wir gerufen hatten, kam nicht." Der Krankenwagen wurde am Armeekontrollpunkt aufgehalten.
An der Beerdigung von Kerem Gün nahmen viele BDP-BürgermeisterInnen und Stadtratsmitglieder der BDP teil.

Schon am 8. Februar war der 22-jährige Kurde Hecer Usluunter ähnlichen Umständen, ebenfalls mit dem Vorwurf des angeblichen Schmuggels, zwischen Şırnak und Hakkari von Soldaten getötet worden, als diese seinen Minibus mit Kugeln durchsiebten. Auch er war vorher von Soldaten mit dem Tod bedroht worden, weil er aktiv an DTP-Demonstrationen und Autokonvois teilgenommen hatte.

(ANF, YÜKSEKOVAHABER, ÖP, 13.3., ISKU)

in Washington genehmigt. Die BDP ist die Nachfolgepartei der im Dezember in der Türkei verbotenen Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP).
Für die Leitung der neuen US-Vertretung wurde von der BDP der ehemalige Abgeordnete der Demokratischen Volkspartei (DEHAP), Nazmi Gur, beauftragt. Ende April soll im Beisein des BDP-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş die neue Vertretung in Washington offiziell eröffnet werden.
Nach der Eröffnung der Vertretungen in Brüssel und Amerika hat die BDP beschlossen, bald auch in der französischen Hauptstadt Paris eine Vertretung zu eröffnen.
(AKnews, 16.3., ISKU)

Bei Auseinandersetzung zwischen Guerilla und Armee wurden 5 Soldaten getötet
Trotzdem, dass sich die HPG-Guerilla weiter in Verteidigungsposition befindet und sie keine Angriffe von ihrer Seite aus durchführen, laufen von Seiten der türkischen Armee durchgehend Angriffe, besonders auf die Medya-Verteidigungsgebiete. So kam es am 14. März zu einem 2-stündigen Gefecht, nachdem das Militär in Hakkari, an der Grenze zu Südkurdistan/Irak eine Operation begonnen hatte. Bei der folgenden Auseinandersetzung wurden 5 Soldaten getötet. Die türkische Armee musste sich nach dem Gefecht aus dem Gebiet zurückziehen. Der schwere Beschuss mit Artillerie und die Bombardierungen durch Kampfhubschrauber des Gebietes halten an.
(HPG, 15.3., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

Termin:

Die Freie Frauenbewegung, der demokratische Konföderalismus und die Frauenräte Basisorganisierung in Kurdistan und hier
Seminar für Frauen
27.03.2010 in Hamburg
http://seminar270310.blogspot.com/

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 457
26. März 2010

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Newroz 2010: „Ein neuer Prozess hat begonnen“

Der Exekutivrat der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans, KCK, erklärte, dass mit dem Neujahrsfest Newroz ein neuer Prozess begonnen habe. „Der neue Prozess ist kein Interimsprozess – entweder wird eine demokratische Lösung oder ein würdevoller Widerstand entstehen.“ Die KCK warnte auch den syrischen Staat wegen seiner Angriffe auf die Newrozfeierlichkeiten in Raqqa.

Der KCK-Exekutivrat erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur Firat (ANF), dass die Newrozfeierlichkeiten das Niveau eines Referendums hätten und eine wichtige Botschaft vermittelten: „Das kurdische Volk hat im In- und Ausland mit dem Newrozfest 2010 mit großer Euphorie und Massenbeteiligung, die stärker als in den Vorjahren war, eine wichtige Botschaft über seinen politischen Willen abgegeben. Diese Botschaft unseres Volkes ist eine Antwort für die Staaten, die über Kurdistan herrschen. Das Volk aus Kurdistan hat Newroz mit der Parole „freier Vorsitzender, freie Identität, demokratische Autonomie“ gefüllt. Auch die politischen Vertreter gaben wichtige Erklärungen ab. Den internationalen Mächten, allen voran die USA, die die Freiheitsbewegung aus Kurdistan und ihren Vorsitzenden als Terroristen abstempeln, wurde die Realität der Freiheitsbewegung Kurdistans offen dargelegt und die nötige Antwort gegeben.

Wir gratulieren unserem patriotischen Volk und denjenigen, die an den Vorbereitungen der Feierlichkeiten beteiligt waren, dafür, dass die Feierlichkeiten nach der Perspektive unserer Bewegung mit großer Reife und demokratischem Aktionsgeist durchgeführt wurden und sich noch mehr Menschen angesprochen fühlten, sich an den diesjährigen Newrozfeierlichkeiten zu beteiligen.

Die Angriffe in Syrien waren eine Provokation. Newroz 2010 verlief im Allgemeinen ohne Vorfälle, trotzdem führte Syrien in der Stadt Raqqa einen Angriff auf unser Volk, das Newroz feiern wollte, durch. Dieser Angriff ähnelt dem Massaker von Qamislo vom 12. März 2004. Wir verurteilen diesen Angriff auf unser Volk, das sein natürliches Recht des nationalen Feiertages nutzte. Es ist klar, dass der Angriff von bestimmten Kreisen geplant und durchgeführt wurde. Die Angreifer sollen wissen, dass das kurdische Volk im Mittleren Osten nicht mehr schutzlos ist. Angriffe mit Panzern und modernsten Kriegswaffen auf zivile, schutzlose Menschen durchzuführen bedeutet keine Größe, sondern zeigt die Armseligkeit, die Mentalität der Massaker und den Hass gegenüber den Menschen. Nach akutellen Informationen wurden drei unserer Patrioten getötet und ca. 50 weitere verletzt.

Wir rufen den syrischen Staat zu Folgendem auf: Wenn der Angriff in Raqqa nicht auf eure Initiative entstanden ist, dann solltet ihr diese Sache sofort erforschen und die Zuständigen bestrafen. Wenn der syrische Staat aber dieselbe Haltung wie bei dem Massaker in Qamislo zeigt und die Täter unbestraft lässt, wird er selbst für die Konsequenzen verantwortlich sein. Wenn der syrische Staat keine Feindschaft, sondern Freundschaft mit unserem Volk pflegen will, dann muss er das Massaker aufdecken. Wir als Freiheitsbewegung erklären gegenüber dem syrischen System in aller Öffentlichkeit Friedens- und Freundschaftsabsichten. Ein solches Massaker ist als Antwort für uns nicht akzeptabel.

Die verstorbenen Partrioten sind Gefallene der Freiheitsbewegung. Wir wünschen den Familien und den Freunden der Betroffenen unser herzlichstes Beileid. Unser Volk, besonders das aus dem kleinen Süden, muss diese Gefallenen in Schutz nehmen. Das kurdische Volk hat in zehn verschiedenen Orten Syriens eine wichtige Botschaft mit den Feierlichkeiten abgegeben.

Das diesjährige Newroz war wie ein Referendum. Die Antwort auf die Frage „Wer ist der Ansprechpartner“ wurde wie aus einem Munde gegeben. Die Newrozfeierlichkeiten in Amed mit ungefähr einer Million Menschen und in den Metropolen mit mehreren Tausend war eine Antwort auf die AKP-Regierung. Der Vorsitzende Apo ist die Führungspersönlichkeit des Volkes.

Das kurdische Volk zeigte seinen Willen zu friedlichen Methoden auf demokratischer Basis, um die kurdische Frage zu lösen. Es verlangt vom türkischen Staat Schritte, um eine Lösung zu erreichen.

Newroz 2010 hat die Friedens- und Demokratiedeklaration, die unsere Bewegung vorlegte, bestätigt. Auch den Spielen der AKP, den falschen Initiativen und Spaltungen wurde kein Raum gegeben. Das Wichtigste jedoch ist, dass das Volk zeigte: „Entweder ein würdevoller Frieden oder ein würdevoller Widerstand“. Unser Volk hat damit den türkischen Staat zum Frieden aufgerufen.

Wir geben bekannt, dass wir hinter allen Erklärungen der legalen politischen VertreterInnen stehen, die sie in der ganzen Welt veröffentlichten, und werden mit großer Verantwortung den Widerstand weiter entwickeln.

Mit diesem Newroz wurde eine neue Phase eingeleitet. Der neue Prozess ist kein Interimsprozess. Es ist ganz deutlich, dass er entweder – so wie es das Volk aussprach – einen würdevollen Frieden oder würdevolle Widerstand bedeutet. Der Fortschritt in Richtung Freiheit und Demokratie ist unabdingbar. Der Marsch der Freiheitsbewegung, der von Millionen vertreten wird, wird historisch sein und den Erfolg erringen."

(ANF, 22.3., ISKU)

Türkisches Militär bombardierte Dörfer zu Newroz

Das türkische Militär hat an Newroz Dörfer in Südkurdistan bombardiert. Am 20. und am 21. März fanden Angriffe mit schwerer Artillerie auf Dörfer in den Gebieten Zap und Haftanin statt.
Die militärischen Bewegungen in den Grenzregionen der Landkreise Yüksekova, Çukurca und Şemdinli in der Provinz Hakkari dauern ebenso weiter an.

(ANF, 22.3., ISKU)

Meldungen

Kurdische PolitikerInnen in Belgien freigelassen

Am Donnerstag hat ein Gericht in Brüssel die Haftbefehle gegen sieben der im Rahmen einer „Antiterror-Operation“ verhafteten PolitikerInnen aufgehoben. Zu Redaktionsschluss wurde die Freilassung der Angeklagten, unter denen sich auch der Kongra-Gel-Vorsitzende Zübeyir Aydar sowie Remzi Kartal befinden, für die nächsten Stunden angekündigt. *(ISKU, 25.3.)*

Südafrika: Kampagne zu Newroz und zur Freilassung Öcalans

In der südafrikanischen Stadt Cape Town hat am 21. März, dem Newrozfest, die Kampagne „Eine Million Unterschriften für die Freilassung von Abdullah Öcalan“ begonnen. Im Laufe des gut besuchten Festes haben schon viele unterschrieben.
Der 21. März ist in Südafrika der Tag der Menschenrechte. Sowohl SüdafrikanerInnen als auch das kurdische Volk haben an diesem Tag die „Freiheit für Abdullah Öcalan“ gefordert.
Essa Moosa, Vorsitzender der Aktionsgruppe für Menschenrechte, die die Kampagne ins Leben gerufen hat, betonte die Wichtigkeit sowohl von Newroz, als auch vom Freiheitskampf des kurdischen Vorsitzenden Öcalan und erklärte: „Was Nelson Mandela für den Befreiungskampf in Südafrika ist, ist Öcalan für den Kampf des kurdischen Volkes.“
Essa Moosa äußerte, dass das Apartheidsystem in Südafrika nicht vor der Befreiung Mandelas abgeschafft werden konnte und dass die Lösung mit der Freilassung Mandelas begonnen hatte. Bevor Öcalan freigelassen wird, könne auch das kurdische Volk nicht befreit werden, so Moosa. Um den Freiheitskampf des kurdischen Volkes zu unterstützen, hätten sie die Kampagne für die Freilassung von Abdullah Öcalan begonnen. Nach seiner Rede gab Essa Moosa den offiziellen Startschuss für den Beginn der Kampagne „Eine Million Unterschriften für Öcalan“. Viele der Anwesenden des Festivals gaben gleich ihre Unterschrift ab. Auf dem Fest haben KurdInnen mit SüdafrikanerInnen die traditionellen kurdischen Halaytänze getanzt und so gemeinsam diesen bedeutsamen Tag gefeiert.
Zur Unterstützung der Kampagne und für weitere Informationen kann die Webseite "http://khrag.org/" besucht werden. *(ANF, 22.3., ISKU)*

Iran: Ein Brief aus dem Gefängnis

Şirin Elemmuhoyi zum Tod verurteilt

Die 28-jährige Şirin Elemmuhoyi aus der ostkurdischen Stadt Mako ist aufgrund angeblicher PJAK Mitgliedschaft seit 2 Jahren inhaftiert – eine junge Frau, die als Gefangene den zunehmenden Grausamkeiten des Islam und der zerfallenden persischen Macht ausgesetzt ist. Seit 2 Jahren erlebt sie jegliche Art von Folter. Sie wartet auf die Vollstreckung des Todesurteils und darauf, dass ein Aufschrei durch die Welt geht.

Im April 2008 wurde Şirin Elemmuhoyi mit der Begründung PJAK Mitglied zu sein, in der iranischen Hauptstadt Teheran zum Tode verurteilt. Elemmuhoyi ist inhaftiert im Teheraner Gefängnis Evin und der Folter ausgesetzt. Elemmuhoyi beschreibt die Folter, die sie erlebt hat, in einem Brief.

Die iranische Regierung eliminiert weiterhin Regierungsgegner_innen mit der Todesstrafe. Während die iranische Regierung gegen die westlichen Regierungen lautstark vorgeht, versucht sie es bei den Kurd_innen in aller Stille. Immer wieder werden die Menschenrechte mit Füßen getreten und vor den Augen der westlichen Regierungen warten heute in den iranischen Gefängnissen zahlreiche Kurd_innen auf ihre Hinrichtung. Şirin Elemmuhoyi ist eine derjenigen, die der schlimmsten Form von Repression, Unterdrückung und Folter ausgesetzt sind und auf ihre Hinrichtung warten. Mit dem, was sie in ihren Briefen beschreibt, mit dem Unvorstellbaren, was sie als Kurdin und Frau erlebt, löst sie Entsetzen aus.

In dem am 18. Januar 2010 verfassten Brief, der im Frauentrakt des Evin Gefängnisses geschrieben wurde, heißt es, dass Elemmuhoyi 2008 von einigen uniformierten Polizisten und einigen Zivilpolizisten verhaftet und dem Zentrum der Revolutionsgarde übergeben wurde, wo sie 25 Tage lang blieb. Sie führte einen 22-tägigen Hungerstreik und schrieb: „In dieser Zeit war ich unterschiedlichsten Arten von seelischer, psychologischer und körperlicher Folter ausgesetzt. Die Verantwortlichen waren Männer und banden mich mit Handschellen an Stühlen fest. Mein ganzer Körper, meine Fußsohlen, mein Gesicht, mein Kopf wurden mit Elektroschocks, Knüppeln, Tritten und Schlägen malträtiert.“ Elemmuhoyi konnte zu diesem Zeitpunkt noch kein persisch und konnte daher auch nicht auf Fragen antworten: „Ich konnte weder Persisch verstehen noch sprechen. Weil ich auf die Fragen nicht antwortete, schlugen sie mich, bis ich bewusstlos wurde. Als der Gebetsruf kam, gingen sie beten. Sie gaben mir Bedenkzeit bis zum Ende des Gebets. Nachdem sie zurückkamen, ging es weiter mit Schlägen, Folter, Bewusstlosigkeit, kaltem Wasser usw.“

Elemmuhoyi schreibt, dass von staatlicher Seite versucht wurde, ihren Widerstand zu brechen: „Als sie mitbekamen, dass ich den Hungerstreik durchzog, versuchten sie mich mit Serum und Schläuchen durch meine Nase in meinen Magen davon abzubringen. Ich widersetzte mich und zog die Schläuche mit Blut und unter großen Schmerzen heraus. Die Schmerzen sind noch nach 2 Jahren zu spüren und machen mir zu schaffen. Während der Verhöre trat mich einer der Verantwortlichen mit großer Wucht in den Bauch, was schwerwiegende Blutungen auslöste. An einem anderen Tag verhörte mich die einzige Person, die ich zu Gesicht bekam. Meine Augen waren ansonsten immer verbunden. Er stellte mir teilnahmslos Fragen. Wenn ich eine Frage nicht beantwortete, schlug er mich. Er holte eine Waffe hervor und hielt sie mir an den Kopf: ‚Wenn ich dich etwas frage, antworte. Ich weiß, dass du Mitglied der PJAK bist. Du bist eine Terroristin. Schau mein Mädchen, es macht für uns keinen Unterschied, ob du redest oder nicht. Wir sind froh darüber, dass uns ein PJAK Mitglied in die Hände gefallen ist‘, sagte er.“

Ärzte, die der Folter beiwohnten

Angeblich um sie zu behandeln kamen während der Folter auch Ärzte dazu. Elemmuhoyi beschreibt die Schamlosigkeit der Ärzte in der Welt der Folter wie folgt: „Einmal kam ein Arzt, um meine Wunden zu verbinden und sich meinen Zustand anzusehen. Aufgrund der Folter war ich nur halb bei Bewusstsein. Der Arzt wollte mich ins Krankenhaus bringen lassen. Der Folterer fragte ‚Warum sollte sie ins Krankenhaus gebracht werden? Kann sie nicht hier behandelt werden?‘ Der Arzt sagte ‚nicht um zu behandeln. Ich werde sie zum Sprechen bringen, dass sie spricht wie ein Wasserfall.‘ Am darauf folgenden Tag wurde ich mit verbundenen Augen und Handschellen ins Krankenhaus gebracht. Der Arzt legte mich auf ein Bett und gab mir eine Spritze. Ich war nicht mehr ich selbst. Egal was sie fragten, ich antwortete. Ich gab jede gewünschte Antwort. Sie nahmen alles mit Kamera auf. Als ich wieder zu mir kam, fragte ich, wo ich bin. Ich erkannte, dass ich in einem Krankenhausbett lag.“

Elemmuhoyi schreibt, dass sie nach dem Krankenhaus zurück in die Zelle gebracht wurde, und die Folter weiterging „Als ob die Verhöre nicht gereicht hätten. So viel Folter. Und sie wollten, dass ich mehr leide. Sie schlugen meine Füße, bis sie dick waren. Mit inneren Verletzungen ließen sie mich kopfüber hängen. Danach brachten sie mir Eis. Von der Nacht bis zum Morgen hörten wir Schreie, Gewimmer und Weinen. Diese Laute haben mich sehr aufgewühlt. Später erkannte ich, dass die Schreie von Kassette gespielt wurden, um uns noch mehr zum Leiden zu bringen. Oder sie tropften in der Verhörzelle stundenlang kaltes Wasser auf meinen Kopf. Danach in der Nacht warfen sie mich in eine Zelle.“

Elemmuhoyi wurde einmal wieder mit verbundenen Augen ins Verhör genommen. Während des Verhörs drückte ein Folterer Zigaretten an ihren Händen aus. Ein anderes Mal schlägt ein Folterer ihre nackten Füße, bis sie blau werden und so, dass ihre Fußnägel ausfielen. Das Ziel war, ihre Würde zu zerstören, ihr die Menschlichkeit zu rauben. Dafür wurde jede islamisch legitimierte Methode genutzt.

In den letzten Tagen der Folter wurde sie ständig ins Krankenhaus gebracht. Die ihr wie ein Teufelskreis erscheinenden Tage beschreibt sie in ihrem Brief wie folgt: „Am Ende konnte ich Tag und Nacht nicht mehr voneinander unterscheiden. Ich erinnere mich nicht mehr, wie lange ich im Krankenzimmer war. Als meine Verletzungen etwas verheilt waren, brachten sie mich in die Abteilung 209. Da fingen wieder die Verhöre an. Die Abteilung 209 hat ihre eigenen Verhörmethoden. Nach eigenem Gutdünken fahren sie eine Zuckerbrot und Peitsche Politik. Anfangs kommt ein knallharter Folterer, es folgen Folter und Drohungen, sie machen und sagen was sie wollen und dann gehen sie. Dann kommt ein Folterer mit pfirsichzarter Stimme und bittet, endlich aufzuhören sich zu wehren. Er bietet Zigaretten an und beginnt mit den Fragen. So fängt der Teufelskreis von neuem an.“

Es hat sich noch keine nennenswerte Öffentlichkeit gebildet, um die Urteilsvollstreckung von Şirin Elemmuhoyi zu verhindern. Im Iran habe einige Fraueninitiativen eine Unterschriftenkampagne begonnen. Darüber hinaus gibt es bisher keine Reaktion gegen diese von Menschlichkeit weit entfernte Politik. Şirin Elemmuhoyi, die mit der ebenso mit dem Vorwurf der PJAK Mitgliedschaft in einem siebenminütigen Prozess zum Tode verurteilten Zeynep Celaliyan, deren Aufenthaltsort zurzeit nicht bekannt ist, verwandt ist, ist mit dem Tode bedroht.

Trotz der Aufforderungen von Amnesty International, die Todesurteile gegen die kurdischen Gefangenen auszusetzen, fährt das iranische Regime fort, die Todesurteile zu vollstrecken.

(YÖP, 24.3., ISKU)

Heron Drohnen im Test

In Batman haben die Tests der von Israel erworbenen unbemannten Drohnen vom Typ Heron begonnen.

Die von dem Heron aus übertragenen Satellitenbilder können zeitgleich im Operationszentrum in Ankara verfolgt werden. Das System wird vom Personal der türkischen Streitkräfte genutzt.

(trt-world, 24.3., ISKU)

Karacadağ: Hungerstreik gegen Landenteignung

Die BewohnerInnen des Dorfes Karacadağ wehren sich gegen die Enteignung ihrer Äcker und treten nun in den Hungerstreik. Auch 139 Kinder und Jugendliche, die in dem Dorf zur Schule gehen, unterstützen ihre Familien mit einem einwöchigen Schulboykott.

Im Rahmen des GAP-Aktionsplans soll ein 187 Hektar großen Gebiet in eine „Region der organisierten Viehzucht“ umgewandelt werden. Die Fläche, die im Zuge dieses Projektes enteignet werden soll, war Gemeindeeigentum des Dorfes Övündüler am Rande des Bergs Karacadağ. Die DorfbewohnerInnen und ihre Familien treten nun aus Protest in den Hungerstreik.

Laut der an dem Ort Ansässigen wurden die gemeinschaftlich genutzten Äcker durch eine falsche Unterschrift als unfruchtbares Land gekennzeichnet und so in Staatseigentum umgewandelt. Um zu verhindern, dass das Land in eine Region der organisierten Viehzucht umgewandelt wird, haben sie Anzeige erstattet.

(ANF, 24.3., ISKU)

Quellen:

ANF Fırat Nachrichtenagentur

YÖP Yeni Özgür Politika

Termin:

Die Freie Frauenbewegung, der demokratische Konföderalismus und die Frauenräte Basisorganisierung in Kurdistan und hier

Seminar für Frauen

27.03.2010 in Hamburg

http://seminar270310.blogspot.com/

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**

Stahltwiete 10

22761 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank Köln, BLZ 37010050

Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

Nr. 458
01. April 2010

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkische Frühjahrsoffensive

Türkische Armee verlegt Tausende Soldaten

Die türkische Armee steht offenbar kurz vor einer großangelegten Frühjahrsoffensive gegen Guerillakämpfer der Arbeiterpartei. Nachdem in den letzten Wochen bereits Tausende Soldaten in die Operationsgebiete in die kurdischen Landesteile verlegt wurden, brachten zivile Busse am Dienstag eine große Zahl von Soldaten über die Grenze in den Nordirak. Auch Panzer wurden in das Nachbarland verlegt. Zwar unterhält die türkische Armee seit den 90er Jahren in Grenznähe noch auf irakischem Territorium eine Reihe von Stützpunkten. Doch ohne grünes Licht der kurdischen Regionalregierung und der US-Besatzungstruppen ist eine Verlegung einer größeren Zahl von Soldaten und Militärfahrzeugen nicht denkbar.

Bereits in den letzten Tagen wurden Militäroperationen in Dersim sowie den türkisch-iranisch-irakischen Grenzprovinzen Hakkari und Sirnak durchgeführt. Dabei kamen Kampfhubschrauber zum Einsatz. Außerdem beteiligten sich mit dem Staat kollaborierende kurdische Dorfschützermilizen an den Einsätzen.

Mit Artillerie werden seit Tagen die Zagros-Berge im Nordirak beschossen, in denen Guerillastellungen vermutet werden. Nahe der Kleinstadt Cukurca in unmittelbarer Nähe zur irakischen Grenze wurden am Dienstag drei Soldaten getötet. Während CNN-Türk von einer ferngezündeten Bombe der PKK sprach, meldete die kurdische Nachrichtenagentur Firat, die Soldaten seien auf eine von der Armee selbst verlegte Mine getreten. »Wenn der türkische Staat an seinem militärischen Vorgehen und seinem Druck auf politische Akteure festhält, dann kann es keinen andauernden Frieden geben«, warnte PKK-Führungsfunktionär Murat Karayilan. »Wir werden diesen Angriffen nicht aus dem Weg gehen, das Frühjahr kann daher kompliziert und unruhig werden.« Bis zum 14.April will die PKK entscheiden, ob ihr vor einem Jahr verkündeter einseitiger Waffenstillstand verlängert wird. *(jW, 1.4., ISKU)*

EU und USA sollen den Freiheitskampf respektieren!

Wir veröffentlichen das Interviews mit dem KCK-Exekutivsratvorsitzenden Murat Karayilan stark gekürzt. Ausführlicher ist auf der Internetseite der ISKU zu finden. Das Interview wurde von Rojhat Laser geführt.

Sie sprechen sehr oft von den Frühlingsmonaten und der Möglichkeit eines Krieges. Ist eine Entfachung des Krieges möglich?
Wie schon erwähnt, wartet die kurdische Frage auf eine Lösung. Entweder wird der Staat dieses Problem lösen oder nicht. Wir als kurdische Seite sagen nun „Êdî Bes e – Es reicht". Wir zwingen die Lösung der kurdischen Frage auf jeder Ebene auf. Die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik des Staates ist aufgedeckt und hat keine Zukunft. Diese Politik ist am Ende ihres Weges angelangt.
Die AKP-Regierung plant die geostrategische Lage der Türkei zu vermarkten, um so von Außenmächten wie Amerika und NATO Unterstützung zu bekommen. So will sie die kurdische Freiheitsbewegung vernichten. Sie zwingt den internationalen Mächten die Vernichtung unserer Bewegung auf; im Gegenzug dessen wird sie Soldaten nach Afghanistan schicken und an dem Embargo, das gegen den Iran gerichtet werden soll, teilnehmen. Die internationalen Mächte wollen für den eigenen Profit die kurdische Freiheitsbewegung und das kurdische Volk vernichten. So wird der Prozess weiterhin andauern. So besteht die Möglichkeit, dass die Türkei, gestützt auf die internationalen Mächte, ihre militärische Macht [in den Grenzgebieten] verstärkt. Sowieso werden intensive Aufklärungsflüge durchgeführt und vor allem im Gebiet Botan-Zagros die militärischen Kräfte verstärkt. In den letzten Tagen wurden intensiv Soldaten in die Gebiete Oramar und Semzînan gesendet. Die Wahrscheinlichkeit ist sehr hoch, dass in der Region etwas geschehen wird.
Da, wo die Lösungslosigkeit herrscht, werden Auseinandersetzungen sein. Wenn jetzt trotz allen Aufrufen von uns und der Botschaft des Volkes keine Lösungsperspektive auf die Tagesordnung gesetzt wird, dann wird das bedeuten, dass die Gewalt sich entwickeln wird. Wir versuchen uns, auf jede Möglichkeit vorzubereiten. Wir haben schon öfters erwähnt, dass unsere Bewegung bereit für den Frieden ist.

Umzingeln, Druck und Einengen; können Sie dies konkret erläutern?
Umzingeln und Einengen sind die Ziele des türkischen Staates und dessen Spezialkriegsabteilung. Aber ob sich das auch verwirklicht, ist eine andere Frage. Man kann nicht behaupten, dass der türkische Staat mit der Unterstützung von regionalen und internationalen Mächten wie den USA und der EU uns eingeengt hat. Wenn das jemand behauptet, dann lügt er. Wir wurden auch nicht umzingelt. Das Ziel ist vorhanden, ja, aber wir können ganz normal handeln.
Die letzten Angriffe in Europa sollten zur angeblichen Umzinglung dienen. Das wird aber auch nichts bringen, das ist klar. Der Aufschwung der kur-

→

Meldungen

Iran: Todesurteile gegen drei Personen einer Familie
Vom Gericht in Mahabad wurden drei Personen, die der gleichen Familie angehören, zum Tode verurteilt. Es handelt sich um eine Mutter, ihre Tochter und ihren Sohn aus der ostkurdischen Stadt Urmiye.
Der iranische Staat hat in den letzen Jahren den Vollzug von Todesurteilen unter der Begründung des Schutzes des islamischen Regimes intensiviert. Die Menschenrechtsorganisation Ostkurdistans meldete, dass es sich bei den Verurteilten um Caziye Derviş Zade, ihre Tocher Derviş Zade (19) und ihren Sohn Fetullah Derviş Zade (21) handelt und dass drei weitere Personen der gleichen Familie ebenfalls im Gefängnis von Mahabad inhaftiert sind.
Die Todesurteile und die Vollstreckungen im Iran insbesondere gegen KurdInnen nehmen zu. Seit Beginn dieses Jahres haben mindestens drei politische Gefangene in Haft auf zweifelhafte Weise ihr Leben verloren.
Momentan sind in iranischen Gefängnissen 20 politische Gefangene kurdischer Abstammung, die akut von Todesstrafe bedrohte sind. Zwei davon sind Frauen.
Menschenrechtsorganisationen melden, dass 2009 388 Menschen hingerichtet wurden, 42 mehr als 2008.
(ANF, 30.3., ISKU)

Al-Qamischli: Vier Schüler von der Militärpolizei gefoltert
Mitglieder der Militärpolizei haben am 12. März 2010 im Dorf Xezna (Bezirk al-Qamischli) vier Schüler verhaftet. Sie wurden am gleichen Tag zur Militärpolizei in al-Qamischli gebracht, wo sie geschlagen und mit Tritten traktiert wurden.
Mitglieder der Militärpolizei waren am 12. März, noch bevor Bewohner des Dorfes anlässlich des Jahrestages der Unruhen vom März 2004 den damaligen Opfern mit einer Schweigeminute gedenken konnten, nach Xezna gekommen. Sie schossen in die Luft und forderten von den Bewohnern, ihnen die vier Schüler zu übergeben. Ihnen wurde vorgeworfen, sie hätten die Post in Xezna in Brand stecken wollen.
Ein Schüler wurde am 21. März 2010 aus der Haft entlassen. Die anderen drei hingegen befinden sich seit dem 22. März 2010 bei der Militärpolizei in Damaskus. Die drei Schüler

Kurdische Medien im Fadenkreuz

Trotz Ankündigungen der türkischen Regierung, der kurdischsprachigen Bevölkerung der Türkei mehr Rechte zu gewähren, sind kurdischsprachige Künstler und Medien weiterhin staatlicher Verfolgung ausgesetzt. Unter dem Vorwurf der Propaganda für eine illegale Organisation wurde zu Wochenbeginn die einzige kurdischsprachige Tageszeitung der Türkei, Azadiya Welat (Freiheit für das Land), von einem Istanbuler Gericht mit einem einmonatigen Erscheinungsverbot belegt. Der Zeitung wird vorgeworfen, den inhaftierten Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, Abdullah Öcalan, als »Führer des kurdischen Volkes« bezeichnet zu haben. Wie der Chefredakteur der Zeitung, Eser Uyansiz, mitteilte, waren mehrere dem Verbot zugrunde liegende kurdischsprachige Sätze falsch ins Türkische übersetzt worden. Im Februar war der bisherige Chefredakteur der Zeitung, Ozan Kilinc, zu 21 Jahren Haft verurteilt worden. Seinem seit Januar 2009 in Untersuchungshaft sitzenden Vorgänger Vedat Kursun droht unterdessen in 32 einzelnen Verfahren eine Gesamtstrafe von 525 Jahren, unter anderem wegen der Verwendung der Worte »Kurdistan« und »Guerilla« sowie der Veröffentlichung von Traueranzeigen für gefallene PKK-Kämpfer. Das Urteil soll am 6. Mai fallen. »Wir sind nur ein Sprachrohr des kurdischen Volkes«, weist Uyansiz die Vorwürfe zurück, die Zeitung sei ein PKK-Organ. Die Regierung wolle die Kurden zwingen »ihre Sprachmuster zu übernehmen. Aber wir lassen uns nicht vorschreiben, wie wir zu sprechen haben.«

Weil sie ein kurdisches Lied gesungen hat, wurde vergangene Woche die bekannte Sängerin Rojda von einem Gericht in Diyarbakir zu einer Haftstrafe von einem Jahr und acht Monaten verurteilt. Mit ihrem im vergangenen Jahr auf einem Kulturfestival in Diyarbakir gesungenen Lied »Heval Kamuran« (Genosse Kamuran) soll sie »Propaganda für eine terroristische Organisation« gemacht haben. Die Staatsanwaltschaft hatte die Sängerin auch dafür verantwortlich gemacht, daß während ihres Liedes PKK-Fahnen im Publikum geschwenkt wurden. *(jW, 30.3., ISKU)*

EU und USA sollen den Freiheitskampf respektieren!

dischen Freiheitsbewegung wird wegen der Verhaftungen einiger kurdischer Politiker oder Kader nicht gestoppt. Dieses Volk hat das Niveau immer wieder neue Kader und Politiker zu entwickeln.
Wir sind in einer Phase, in der wir im Mittleren Osten und im Land selber am stärksten geworden sind. Deswegen kann ich die von Ihnen genannten Behauptungen wie folgt erklären: Ja, sie wollen das mit uns machen. Aber wir arbeiten dagegen. Wir haben eine Diplomatie, Politik, eine militärische Kraft, Wirtschaft, unsere Projekte und Taktiken. Wir haben viele Erfahrungen in den letzten 30 Jahren sammeln können. Von mir aus können 10 türkische Staaten kommen, trotzdem werden sie uns nicht umzingeln können. Das ist Fakt. Was aber passiert? Wahrscheinlich wollen sie im Süden wieder einen Umzinglungsversuch durchführen. Ob das erfolgreich sein wird, ist eine andere Sache. Syrien und der Iran haben die gleichen Ziele.
Mit der Unterstützung unseres Volkes hat unsere Bewegung die Kraft, die Hindernisse, die ihr in den Weg gestellt werden, zu überwinden. Aus diesem Grunde engt uns nicht wirklich etwas ein. Doch sollten wir nicht die nötigen Maßnahmen treffen, dann ist das Vernichtungskonzept, das der türkische Staat gemeinsam mit seinen Unterstützern anfertigt, sehr gefährlich. Im Bezug auf die Zukunft ist eine Gefahr für alle Kurden vorhanden. Wir haben die Aufgabe, diese Gefahren auszuhebeln.

Sie sagen, dass sie auf Ihre eigene Kraft vertrauen, sich auf das Volk berufen und der Region dankbar sind. Reicht dies aus?
Vor allem nehmen wir unsere Kraft aus unserer Ideologie. Die Ideologie Apos, die auch das Volk hinter sich hat. Es ist keine herkömmliche Kraft. Wenn dem noch die geografische Lage Kurdistans dazu kommt, kann uns keine Kraft so einfach besiegen.
Der türkische Staat wollte uns in Südkurdistan einzwängen, als wir 1999 unsere Einheiten zurückzogen. Was haben wir dagegen gemacht? Wir haben das Vorhaben des Staates erkannt und unsere Maßnahmen getroffen. Schritt für Schritt haben wir uns im ganzen Norden ausgeweitet und sind bis zum Schwarzen Meer gekommen. Danach sind wir bis in den Westen und Süden [der Türkei] gekommen.
Welche Kraft oder welches Militär kann eine 26-jährige Erfahrung, die sich in allen Teilen Kurdistans verbreitet hat, vertreiben? Eine stabile ideologische Haltung, intensive Organisierung und militärische Erfahrung, strategische Positionierung, basierend auf dem Volk und der geografischen Lage – dies kann große Überraschungen bringen. Diese Bewegung ist voller Überraschungen.

Die Operationen in Brüssel wurden als „NATO-Operation“ bezeichnet. Worauf basiert diese Feststellung?
Dies ist eine richtige Feststellung. Auf Beschluss der NATO unter Federführung der USA wurden die Einrichtungen in Brüssel attackiert. Das ist eine Politik, die auf eigenem Profit beruht und auf Wunsch des türkischen Staates geschah. Tatsächlich aber hat die USA für den eigenen Profit das kurdische Volk verkauft.
Wie bekannt, hat die USA eine neue Regierung. Alle Aussagen, die der neue Präsident Obama während der Wahlen gemacht hatte, basierten generell betrachtet auf Menschenrechten, Dialog und Frieden. Nachdem er gewählt wurde, kam er sogar in die Türkei und sprach mit dem DTP-Vizevorsitzenden Ahmet Türk. Danach sprach er mit Barzanî. Das konnte als positives Signal für die Kurden gelten. Aber je mehr er politisch agierte wurde erkennbar, dass seine wahre Politik etwas anderes ist. Die Obama-Regierung lenkt die Staaten der Region im Sinne des eigenen Profits und versucht gegen den Iran zu agieren. Sie schieben die Kurden auf den zweiten Platz.
Im Irak werden die Kurden nicht mehr als Kraft gedeutet. Er [Obama] sieht keine Lösung der kurdischen Frage in den anderen Teilen vor, sondern will, das die Kurden sich mit ihrem Schicksal zufriedengeben. Er nahm eine Haltung an, die den legitimen kurdischen Freiheitskampf für den eigenen Profit unterdrückt. Es kann nicht sein, dass die USA nicht wissen, dass die PKK die kurdische Frage auf friedlichen Wegen lösen will. Trotzdem wird die PKK als separatistisch und terroristisch diffamiert.
Ich möchte noch hinzufügen: Diese Haltung der USA und Europas versperrt den Weg zu einer Lösung der kurdischen Frage. Diese Haltung unterstützt in der Türkei diejenigen, die sich auf der Seite der Gewalt bewegen. Sie versperrt Möglichkeit einer politischen Lösung.

(ANF, 25.3., ISKU)

hatten am 11. März 2010 Kerzen entzündet, um an die Opfer der Unruhen von März 2004 zu erinnern. Seit 2005 rufen kurdische Parteien in Syrien zu dieser Aktion auf.
Drei Monate nach der Verhaftung von vier Mitgliedern der Kurdischen Einheitspartei in Syrien (Yekîtî) haben sie noch immer keinen Kontakt zur Außenwelt. Die Vier befinden sich im al Faiha’ Gefängnis des Direktorats für politische Sicherheit in Damaskus. Weder Anwälte noch Familienangehörige durften die Gefangenen bislang besuchen.
(KurdWatch, 30.3., ISKU)

Aktionskünstler planen Demo für Kurdenfrage
Der Verein der Aktionskünstler in der Türkei (BISG) wird am 2. April in Istanbul eine Demonstration für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage durchführen. Zum Abschluss wird ein Konzert der Gruppe Kardeş Türküler stattfinden.
„Für den Frieden und die Gerechtigkeit in der Gesellschaft, zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung, damit Kinder im Spielalter nicht verhaftet werden, werden wir als Künstler gemeinsam mit Arbeitern, Studenten, Frauen und jungen Menschen Hand in Hand gemeinsam laufen und Volkslieder singen“, hieß es in der Erklärung des Vereins. „Egal wie viele Sprachen, Kulturen, Stimmen es gibt: Hauptsache, alle mögen sich für den Frieden vereinen.“
(AKnews, 26.3., ISKU)

Flüchtlingscamp Maxmur vom Internet abgeschnitten
Im Flüchtlingscamp Maxmur wurde, besonders nach den Wahlen des irakischen Parlaments, die Internetverbindung häufig gesperrt. In der Woche vor Newroz war es nicht möglich, Zugang ins Internet zu bekommen. Auch jetzt kommt es häufig zu Unterbrechungen der Verbindung.
(ANF, 30.3., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika
jW	junge Welt

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 459
9. April 2010

N û ç e

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

Mitarbeiter von Azadiya Welat erhängt aufgefunden

Der Mitarbeiter der Zeitung Azadiya Welat Metin Alataş (34) wurde an einem Orangenbaum erhängt aufgefunden.
Das letzte Mal wurde er gegen 14.00 Uhr beim Verteilen der Zeitung im Stadtteil Hadirli gesehen. Später hat man ihn dort an einem Orangenbaum erhängt aufgefunden.
Nachdem die Leiche von Alataş in das gerichtsmedizinische Institut von Adana gebracht worden war, haben sich viele Angehörige, FreundInnen und Mitglieder der BDP vor dem Gebäude versammelt.

Vor drei Monaten schon war Alataş vor dem BDP-Bezirksgebäude von drei Personen, die aus einem Zivilauto ausgestiegen waren, zusammengeschlagen worden. Alataş hatte erklärt, ständig verfolgt zu werden. Er erstattete bei der Staatsanwaltschaft von Adana Strafanzeige, doch es kam zu keinem Ergebnis.

(ANF, 2.4., ISKU)

Iran: Ahmedi Tahir zu Tode gefoltert

Die Leiche von Ahmedi Tahir, der vor drei Monaten in der ostkurdischen Stadt Piranşehir verhaftet und schwer gefoltert wurde, ist seiner Familie ausgehändigt worden.

Nach Meldungen der ostkurdischen Menschenrechtsorganisation RMMK wurde eine Person namens Ahmedi Tahir in seiner Wohnung in Piranşehir bei einer Razzia von Angehörigen des Nachrichtendienstes festgenommen.
Tahir wurde beschuldigt, Kontakte zu einer regimefeindlichen kurdischen Partei unterhalten zu haben und in seiner Wohnung Waffen aufbewahrt zu haben.

Obwohl das genaue Datum seiner Festnahme nicht in Erfahrung gebracht werden konnte, geht der RMMK davon aus, dass Tahir seit 3 Monaten befragt und dabei schwer gefoltert worden sei.
Die Leiche, die nun seiner Familie übergeben wurde, zeige Spuren von Schlägen und Folterungen.

In den letzten vier Monaten haben in iranischen Gefängnissen vier politische Gefangene kurdischer Herkunft auf zweifelhafte Art ihr Leben verloren.

(ANF, 6.4., ISKU)

Pressekundgebung des Sozialistischen Feministischen Kollektiv:

Jeden Tag werden drei Frauen ermordet

Das Sozialistische Feministische Kollektiv erklärte, dass innerhalb von sieben Jahren die Zahl der Morde an Frauen um 1400 Prozent zugenommen hat. Jeden Tag werden drei Frauen ermordet.

Als Protest gegen Frauenmorde und gegen die Gewalt gegen Frauen hielt das Sozialistische Feministische Kollektiv (SFK) am zentralen Taksim-Platz in Istanbul eine Pressekundgebung abgehalten.

Auf den Transparenten der Teilnehmerinnen war zu lesen: „Den Aufruf sollen alle hören, Schluss mit der männlichen Gewalt“, „Die Liebe der Männer bringt jeden Tag drei Frauen um“, „Frauenmorde sind Politik“, „der gebrochene Arm darf nicht zu Hause bleiben“.
In eine Erklärung äußerte Ayşe Toksöz, der Konservativismus, der Sexismus und die Frauenfeindlichkeit, die unter der AKP-Regierung zugenommen haben, dazu geführt hätten, dass innerhalb sieben Jahren die Morde an Frauen um 1400 Prozent gestiegen seien.

Toksöz wies darauf hin, dass jeden Tag drei Frauen ermordet werden. „Um ermordet zu werden genügt es, eine Frau zu sein. Doch es wird von den Frauenmorden nicht gesprochen geschweige denn sich empört. Nur die Frauen hören diese Stimmen. Nur die Frauen kämpfen dagegen.

Der Polizei, die sich entsprechend der patriarchalen Ideologie verhält, wenn sie Frauen, die Gewalt erfuhren, wieder nach Hause schickt,
der Gesetzgebung, die auf der Seite der Männer steht,
den staatlichen Institutionen, die Frauen, welche von Gewalt betroffen sind nicht schützen können,
den Medien, die Frauen-Morde als legal darstellen und in einer sexistischen Art und Weise berichten,
den Gerichten, die Begründungen für Morde an Frauen auch noch belohnen,
den Gemeinden, die keine Zufluchtsstätten für Frauen eröffnen,
euch allen möchten wir sagen, dass ihr mitverantwortlich seid für die Morde an Frauen.“

Während der Erklärung verschaffte sich eine Gruppe von Frauen Zutritt in das Nobelhotel Taksim Hill und breitete dort ein Transparent aus mit der Aufschrift „Wir kämpfen gegen Frauenmorde“. Nach der Pressekundgebung führten die Frauen eine kurze Spontandemonstration bis zur Mis Sokak durch. Dabei wurden Parolen gerufen wie: „Der Mann schlägt, der Staat schützt“, „Wir sind die Ehre von niemandem“, „Wir sind keine Schande, wir sind kein Fleisch, wir sind keine Ware, wir sind Frauen.“ Danach endete die Versammlung.

(ANF, 4.4, ISKU)

Meldungen

Noch mehr Widerstand gegen Ilisu-Staudamm
Der Ilisu-Staudamm sollte Ankaras Vorzeigeprojekt werden. Jetzt mehrt sich auch die Gegnerschaft im eigenen Land. Wissenschaftler der Istanbuler Bosporus-Universität haben die türkische Regierung aufgefordert, auf den Bau des umstrittenen Ilisu-Staudamms zu verzichten. Die Natur im Tigristal und historische Stätten von Weltrang dürften nicht überflutet werden.
Dies erklärten 111 Wissenschaftler in einem Brief, über den die Tageszeitung «Radikal» am Freitag berichtete. Die türkische Regierung hält am Bau des Damms fest, obwohl Deutschland, Österreich und die Schweiz Bürgschaften für das Projekt gekündigt haben. Ankara hat erklärt, neue Geldgeber gefunden zu haben.

(BZ, 2.4., ISKU)

Kinder im Gefängnis von Pazanti im Hungerstreik
Um auf die verheerende Situation im Gefängnis Pozantı in Adana aufmerksam zu machen, gingen die gefangenen Kinder in den Hungerstreik. Mit dieser Aktion wollen sie erreichen, dass die täglichen Misshandlungen durch das Gefängnispersonal beendet werden. Sie protestieren, weil sie nicht die Möglichkeit haben einen Arzt zu sehen und ihnen Tageszeitungen wie Azadiya Welat und Günlük vorenthalten werden. Sie werden den Hungerstreik so lange fortsetzen, bis sich ihre Haftsituation verbessert hat.

(DIHA, 4.4., ISKU)

Tausende Kurden demonstrierten in Belgien
In Brüssel haben mehr als 5000 Kurden gegen Razzien gegen die PKK in Belgien protestiert. Die aus mehreren europäischen Ländern angereisten Demonstranten zogen mit kurdischen Fahnen und Bildern von Abdullah Öcalan durch die belgische Hauptstadt.
Die Proteste richteten sich insbesondere gegen die Razzia beim kurdischen Fernsehsender ROJ TV, der seinen Sitz im Norden von Belgien hat. Bei dem Großeinsatz Anfang März waren 15 Kurden festgenommen worden, darunter auch mehrere Journalisten.
Acht der Festgenommenen wurden später von der belgischen Justiz wegen Beteiligung an den Aktivitäten einer terroristischen Gruppe angeklagt. Sie

Machtkampf in der Türkei

Neue Runde im Justizkrieg

Die Verhaftung des ehemaligen Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei, General Sukru Sariisik, wegen angeblicher Verwicklungen in Putschpläne war am Dienstag abend der vorläufige Höhepunkt einer neuen Runde im Machtkampf zwischen der islamisch-konservativen AKP-Regierung und den alten laizistischen Eliten. Zuvor waren am Montag rund 70 Soldaten und Offiziere festgenommen worden. Den Armeeangehörigen, darunter vier Generälen, wird vorgeworfen, mit einem Putschplan namens Vorschlaghammer im Jahr 2003 den Sturz der AKP-Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan geplant zu haben. Bereits im Februar und März waren deswegen Dutzende hochrangige Militärs inhaftiert worden, während die Armeeführung die der Presse zugespielten 5000seitigen Putschpläne als Szenarien für »Kriegsspiele« abtat.

Am längeren Hebel

Die im Februar verhafteten Soldaten sind inzwischen zum Spielball verschiedener regierungs- und oppositionsnaher Fraktionen der Justiz geworden. Nachdem vergangene Woche ein Richter 19 der verhafteten Soldaten, darunter den mutmaßlichen Kopf der Putschisten, General Cetin Dogan, aus Mangel an »harten Verdachtsmomenten« in die Freiheit entlassen hatte, ordnete ein anderes Gericht am Wochenende deren erneute Inhaftierung an, da der für die Haftentlassung zuständige Richter verantwortungslos gehandelt habe. Im Gegenzug befahl der Leiter der Istanbuler Staatsanwaltschaft, Aykut Cengiz Engin, die Ablösung der zwei für die neue Festnahmewelle vom Montag zuständigen Staatsanwälte, da diese nicht die Befugnis gehabt hätten, die Offiziere verhaften zu lassen. Von ihrer Kaltstellung erfuhren die Staatsanwälte erst aus dem Fernsehen. Rückendeckung für sein von der regierungsnahen Tageszeitung Zaman als »Eingriff in die Justiz« kritisiertes Vorgehen erhielt Engin von der obersten Justizaufsichtsbehörde HSYK. Dagegen bezeichnete Justizminister Sadullah Ergin die Affäre als weiteren Beweis für die Notwendigkeit einer Justizreform. Mit einem Verfassungsreformpaket will die Regierung nun das von den Laizisten gehaltene Verfassungsgericht und die Justizaufsicht unter ihre Kontrolle bringen.

Willkürtruppe

Warum der einstmals allmächtige Generalstab die Verhaftungen hochrangiger Militärs tatenlos hinnimmt, hatte Soner Cagaptay, der Türkeidirektor des neokonservativen US-Thinktanks Washington Institute for Near East Policy, bereits im Februar in einem Artikel der Zeitschrift Foreign Policy analysiert. »Alle Schläge gegen das Militär sind nun erlaubt, auch solche unter der Gürtellinie. Die treibende Kraft hinter diesem dramatischen Wandel ist die Fethullah-Gülen-Bewegung, eine ultrakonservative politische Gruppierung, die die regierende Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei deckt«, warnte Cagaptay vor der Kontrolle der islamischen Massenbewegung des in den USA lebenden Predigers Gülen über die Polizei, den Inlandsgeheimdienst sowie Teile der Justiz und Presse der Türkei. »Für einige mag es so erscheinen, daß die neugewonnene Freiheit, das Militär zu kritisieren, ein Beweis dafür ist, daß die Türkei eine liberalere Demokratie wird. Doch in Wahrheit wurde in der Türkei eine ›unantastbare‹ Organisation durch eine andere, noch gefährlichere, ersetzt.« Kritik an der Gülen-Bewegung sei heute ebenso ein Tabu, wie zuvor Kritik am Militär, beklagt Cagaptay die Einschüchterung jeglicher laizistischer Opposition durch die Polizei.

Tatsächlich wurde unter der AKP die von Gülen-Anhängern durchsetzte Polizei zu einer mit Sondervollmachten und schweren Waffen ausgestatteten Bürgerkriegstruppe hochgerüstet, deren Willkür nicht nur Gewerkschafter und kurdische Bürgermeister, sondern selbst hochrangige Militärs ausgeliefert sind. Im Namen der EU-Anpassung hat in der Türkei in den letzten acht Jahren ein Wandel von der kemalistischen Militärdiktatur zum neoliberalen Polizeistaat stattgefunden. Angesichts der Rückendeckung durch EU und US-Administration für die AKP-Regierung ist die Armeeführung so auf eine Machtteilung mit der neuen islamischen Führung angewiesen, während ein Militärputsch heute so unwahrscheinlich wie nie zuvor in der türkischen Geschichte erscheint.

(jW, 8.4., ISKU)

Jugendstrafrecht statt Antiterrorgesetz

Der Gesetzentwurf, mit dem Jugendliche unter 18 Jahren dem Geltungsbereich des Antiterrorgesetzes entzogen werden sollen, ist von der Justizkommission des Parlaments verabschiedet worden. Zur Zuständigkeit von Großen Strafgerichten mit Sondervollmacht, vor denen Terrorismusdelikte verhandelt werden, wurde unter die Ausnahmen "Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren" aufgenommen. Damit fällt die Zuständigkeit entweder Jugendgerichten oder den Amts- oder den Großen Strafgerichten zu.

(Ch, 26.3., ISKU)

Schüler von Lynchmob angegriffen

Im Landkreis Tire in der Provinz Izmir hat das Gerücht, SchülerInnen des Albay Ibrahim Karaoğlanoğlu Gymnasiums hätten eine Fahne verbrannt, zu Lynchmobs geführt. Nachdem der Vorwurf über Facebook weitergetragen wurde, hat sich in der Nacht vor der Gruppenunterkunft der SchülerInnen eine Gruppe FaschistInnen versammelt und versucht in das Gebäude einzudringen. Die Polizei hat die Gruppe gewaltsam aufgelöst. Laut der Gerüchte entstand in den Nachmittagsstunden ein Streit zwischen drei kurdischen SchülerInnen, die, wie 200 andere auch im Wohnheim des Şehit Albay Ibrahim Karaoğlanoğlu Gymnasiums untergebracht sind und drei Einwohnern aus Tire, die keine Schüler waren. Die Auseinandersetzung sei immer mehr eskaliert, hieß es. In den Abendstunden ist daraufhin das Gerücht entstanden, dass „kurdische SchülerInnen eine Fahne verbrannt hätten". Per Facebook und Mund zu Mund Propaganda wurde dies verbreitet, und artete in einen Lynchmob aus. Etwa um 22.30 Uhr hat sich eine 50–60 starke Gruppe FaschistInnen mit türkischen Fahnen ausgerüstet versammelt, Parolen gerufen und versucht in das Gebäude einzudringen. Die Polizei hat dies durch den Einsatz von Tränengas verhindern können.

Die Verantwortlichen des Wohnheims erklärten, dass die Vorwürfe gegenstandslos seien. Die FaschistInnen wurden auseinandergetrieben. Keiner von ihnen wurde festgenommen.

(ANF, 6.4, ISKU)

werden unter anderem verdächtigt, junge Kurden als Kämpfer für die PKK angeworben zu haben. *(AFP, 3.4., ISKU)*

Wahlpropaganda auf Kurdisch

Die Verfassungskommission des Parlaments hat eine Änderung des Wahlgesetzes verabschiedet, die Wahlpropaganda in Sprachen, die von der türkischen Bürgern im Alltagsleben gesprochen werden, verabschiedet.

(Dünya, 26.3., ISKU)

Prozess gegen 17 Personen aus Maxmur und Kandil

Gegen 17 der 34 Friedensbotschafter, die freiwillig, mit dem Ziel einer friedliche Lösung für die kurdische Frage in die Türkei gekommen waren, wird nun ein Verfahren wegen „PKK-Propaganda" eröffnet. Mit 17 Weiteren waren sie von den Kandil-Bergen und dem Maxmur-Flüchtlingscamp im Herbst vergangenen Jahres als sogenannt Friedensgruppe in die Türkei eingereist.

Laut der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft von Diyarbakir wird den 17 Personen vorgeworfen, am 30. November 2009 während einer Presseerklärung vom Menschenrechtsverein (IHD) von Diyarbakir PKK-Propaganda gemacht zu haben.

In der Anklageschrift wurde für die 17 Angeklagten aufgrund von PKK-Propaganda entsprechend des Artikels 7/2. des Antiterrorgesetzes zwischen einem Jahr und sechs Monaten bis zu 7,5 Jahren Haft gefordert. Es wurde auch gefordert, dass während der Haftzeit alle gesellschaftlichen Rechte einschließlich des aktiven und des passiven Wahlrechts eingeschränkt werden. *(ANF, 4.4., ISKU)*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
BZ	Basler Zeitung
Ch	Cumhuriyet

Termin:

Newroz in Kurdistan

Bericht der Delegation, die die Region Yüksekova in Nordkurdistan zu Newroz bereiste.

9.4.10 | 19:30 | Zielona Gora, Grünberger Str. 73, Berlin

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 460
16. April 2010

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Massenproteste in vielen kurdischen Städten

Am 14. April jährte sich sowohl die Ausrufung des Waffenstillstandes durch die kurdische Guerilla, als auch der Beginn der Repressionswelle gegen die kurdische Bewegung. Faktisch hielt die Guerilla schon lange vor den Regionalwahlen am 29.03.2009 einen faktischen Waffenstillstand. Der große Wahlsieg der linken kurdischen DTP in den Regionalwahlen erweckte die Hoffnung auf die Möglichkeit eines baldigen gerechten Friedens. Die türkische Regierung setzte jedoch, neben einigen kosmetischen Reformen, das ganze Jahr über auf Provokationen, Massenfestnahmen, bei denen auch BürgermeisterInnen nicht ausgespart wurden, das DTP-Verbot, extralegale Hinrichtungen, Repression durch Polizei und militärische Operationen. Im Moment droht eine Großoperation des türkischen Militärs, die einen möglichen Einmarsch der zehntausend an der Grenze zusammengezogenen Soldaten nach Südkurdistan. Aufgrund dieser Situation und der Angriffe auf den ehemaligen DTP-Covorsitzenden Ahmet Türk, war der gestrige Tag, wie auch die vergangenen, in vielen kurdischen Städten von Massenprotesten, Straßenschlachten und Polizeigewalt geprägt. In vielen Städten, darunter Cizre, Beytüşşebap, Silopi, Başkale, Yüksekova, Şemdinli blieben die Rollläden der Geschäfte heute aus Protest geschlossen. Aus verschiedenen Regionen wird auch von ersten militärischen Auseinandersetzungen zwischen Guerilla und Soldaten berichtet.

CIZRE – In Cizre in der Provinz Şırnak fand eine Demonstration für die Freilassung der kurdischen PolitikerInnen und gegen die anhaltende Repression statt. Nach einem Polizeiangriff auf die Demonstration eskalierte die Lage. Die Polizei setzte massiv Tränengasgranaten, Wasserwerfer und Plastikgeschosse ein, und die Jugendlichen errichteten Barrikaden und antworteten mit Steinen. Sie griffen einen Kontrollpunkt und eine Polizeieinrichtung mit Molotowcocktails an. Die Polizei schoss Gasgranaten willkürlich in Häuser und verletzte so die BewohnerInnen.

AMED – Auch hier wurde gegen die andauernden Operationen und die Verhaftungen protestiert. Es nahmen Zehntausende Menschen an dem Demonstrationszug teil.

VAN – An der Demonstration zum 14.04. nahmen mehr als 30.000 Menschen teil. Nach einem fünfminütigen Sitzstreik griff die Polizei eine Gruppe DemonstrantInnen mit Tränengas und Wasserwerfern an. Auf Intervention der BDPlerInnen

→

Angriff auf Ahmet Türk ist ein Angriff gegen das gesamte kurdische Volk!

Die Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland, Yek-Kom verurteilt den jüngsten Angriff gegen den Ex-Vorsitzenden der Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) Ahmet Türk. Der prominente Politiker Ahmet Türk ist in der Stadt Samsun vor laufender Kamera mehrmals mit der Faust ins Gesicht geschlagen worden. Der kurdische Politiker war nach Samsun gekommen, um an der Eröffnung eines Prozesses im Zusammenhang mit dem Tod von zwei kurdischen Demonstranten teilzunehmen.
Ahmet Türk hat sich stets auf friedliche Weise für die demokratischen Rechte des kurdische Volkes eingesetzt. Trotz aller Repressalien gegen ihn und zuletzt seiner Partei DTP, die im Dezember 2009 verboten wurde, ist der mehrfach gewählte Abgeordnete von seinem Weg für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage niemals abgewichen. Er war es, der immer wieder den Dialog eröffnete und sich unermüdlich für eine politische Lösung und das Schweigen der Waffen einsetzte. Mit der Entziehung seines Abgeordnetenmandats und einem fünfjährigen Politikverbot hat das türkische Verfassungsgericht Ahmet Türk im Dezember 2009 beim Verbot der DTP quasi für vogelfrei erklärt. Schon zwei Tage vor dem physischen Übergriff in Samsun wurde Ahmet Türk in Istanbul während einer Demonstration für eine demokratische Verfassungsreform Opfer eines Polizeiangriffs mit Tränengasgranaten.
Diese Provokation in Samsun ist eine Fortsetzung der Lynchpolitik, die von der türkischen Regierung am 12. April 2009 mit dem Beginn einer bis heute andauernden Massenverhaftungswelle gegen die DTP ausgerufen wurde. Dieser Angriff ist erneut ein Beweis, dass die Regierung mit ihrer Hetzpolitik den Frieden zwischen den Völkern gefährdet und den Hass gegenüber dem kurdischen Volk auf die Straßen bringt. Wir werten daher diesen faschistischen Angriff, als Anschlag gegenüber dem gesamten kurdischen Volk und seinen legitim gewählten Vertretern.
Dass der Täter in Samsun aus einer Gruppe von Polizisten kam und unmittelbar nach dem Anschlag vermummt durch die Polizei abgeführt wurde, deutet auf eine Abstimmung und Koordination des Angriffs durch die Einsatzkräfte. Die in letzter Zeit gehäuften Angriffe auf kurdische Politiker stellen die Friedensbemühungen in den Schatten und können irreparable Schäden in der Gesellschaft hervorrufen. Die AKP Regierung ist für die Sicherheit des kurdischen Volkes und ihrer gewählten Abgeordneten zuständig.
Wir fordern die türkische Regierung auf, diesen Fall umgehend mit allen Einzelheiten aufzuklären und alles Notwendige zu unternehmen, damit sich so etwas nicht wiederholt. Wir fordern alle demokratische friedliche Organisationen und Personen auf, gegen diesen Angriff zu protestieren und sich mit der kurdischen Bevölkerung und Ahmet Türk zu solidieren.
Als Yek-Kom wünschen wir Herren Ahmet Türk eine baldige Genesung und den Abgeordneten der Partei für Demokratie und Frieden (BDP) sowie die allen Menschen, die eine friedliche Lösung der kurdischen Frage verlangen, alles Gute.

YEK-KOM, 13.4.2010

Meldungen

Die Journalistin und Drehbuchautorin des Films „Min Dit" Evrim Alatas ist am 12. April mit 34 Jahren an Krebs gestorben
Die Kurdin Evrin Alatas begann ihre journalistische Arbeit 1994 als Korrespondentin der Tageszeitung Yeni Politika, sie arbeitete als Reporterin und Redakteurin für verschiedene Tageszeitungen, darunter Demokrasi und Özgür Bakis. Als Kolumnistin schrieb sie für türkische Tageszeitungen wie Evrensel, Birgün und der Wochenendbeilage von Radikal sowie in der Tageszeitung Taraf. Am Dienstag fand eine Zeremonie für Alatas vorm Haus der Journalisten im Sümerpark in Diyarbakır statt.

(TZ, 14.4., ISKU)

Junger Kurde auf Polizeiwache in Diyarbakir wiedergefunden
Erdal Tutmaz wurde am 12. April bei seiner Einreise aus Frankreich von der Polizei am Sabiha Gökcen Flughafen in Istanbul festgenommen. Der Grund für seine Festnahme durch die Polizei ist nicht bekannt. Seitdem gab es keine Nachrichten mehr über seinen Verbleib.
Sein Vater Nedim Tutmaz hatte erklärt, dass es keine Nachricht von ihm gebe, seit er aus Frankreich vor zwei Tagen abgereist sei. Er sei von einer Person angerufen worden, der ihm mitgeteilt habe, dass sein Sohn von Zivilbeamten der Polizei festgehalten worden ist. Als der Vater auf der Polizeistation vom Flughafen anrief, gab es dort keine Informationen über die Festnahme. Jetzt meldete sich die Polizeiabteilung von Diyarbakir, dass Erdal Tutmaz von der Anti-Terror-Einheit von Diyarbakir verhaftet wurde und er sich seitdem dort befindet.

(DIHA, 14.4., ISKU)

Militärische Auseinandersetzungen an drei Orten
In den Landkreisen Eruh und Güçlükonak der Provinz Siirt fanden in den Abendstunden des 13.4. zwischen der Guerilla der HPG und dem türkischen Militär Gefechte statt. 1 Soldat wurde dabei schwer, 3 wurden leicht verletzt.
Seit Monaten werden Militärbewegungen der türkischen Armee in dieser Region gemeldet. Nun kam es an drei Orten zu Gefechten. Die erste Auseinandersetzung ereignete sich im Balveren Engpass Şırnak. Laut der ersten Meldungen sind

Razzien gegen kurdische Politiker in Berlin

Am Morgen des 14.04.10 führte das Landeskriminalamt Berlin bei den kurdischen Politikern Ismail P., Ahmet S., Cabbar D. und Muharrem A. Razzien durch.

Herr P., Mitglied im Kurdistan Nationalkongress, äußerte zu den Durchsuchungen: „Sie fingen beim Bad an alles genauestens zu durchsuchen. Alles wurde durcheinander geworfen. Es gab im Haus nicht den kleinsten Ort oder Gegenstand, der nicht durchsucht worden ist. Der Grund war, wir hätten die PKK unterstützt. Sie blieben Stunden lang in der Wohnung, um ein Dokument zu finden. Sie gingen ohne etwas zu finden". Er erklärte weiter: „Die Durchsuchungen gegen uns sind ein Teil der Repressionsmaßnahmen gegen Roj TV, gegen Kurden und Kurdinnen in Frankreich und Italien. Obwohl sie nichts fanden wenden sie willkürliche Repression an. Dies ist unrechtmäßig und undemokratisch." In Abstimmung mit der Türkei und den USA finden seit mehreren Wochen europaweite Polizeiaktionen gegen kurdische Institutionen und Medien statt.

Der Durchsuchungsbefehl für die Razzien in Berlin war schon im Januar ausgestellt. Es ist interessant, dass die Durchsuchungen jetzt nach dem Besuch von Angela Merkel in der Türkei stattfanden. Gerade zu einem Zeitpunkt, an dem der türkische Staat großangelegte militärische Operationen in den kurdischen Provinzen durchführt und einen Einmarsch nach Südkurdistan/Nordirak direkt bevorsteht, versprach Merkel die Lieferung von weiteren 56 Leopard II. Panzern aus Deutschland. Kurz darauf werden Repressionsmaßnahmen gegen kurdische Exilpolitiker in Deutschland durchgeführt. Dies ist eine offensichtliche Bestätigung Deutschlands für den Kriegskurs der Türkei, die trotz jahrelanger Friedensbemühungen von kurdischer Seite auf eine Vernichtung demokratischer kurdischer Kräfte abzielt. Der deutsche Staat setzt damit auf eine Allianz mit der islamisch-neoliberalen türkischen Regierungspartei AKP, trotz Anstiegs der Menschenrechtsverletzungen und schweren Übergriffen und Kriegstreiberei. Denn die AKP garantiert der EU den neoliberalen Zugriff auf Arbeitskräfte und Bodenschätze in der Türkei.

Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin, 14.4.

Verhaftungen auch in Ostkurdistan

In Ostkurdistan dauert die Verhaftungswelle des iranischen Staates gegen KurdInnen weiterhin an. In der Stadt Serdeşt wurden 10 Personen und in Kirmaşan 3 festgenommen. Außerdem wurde in der Stadt Sequiz eine Person zu 4 Jahren Haftstrafe verurteilt.

10 Festnahmen in Serdeşt

In der Stadt Serdeşt wurden 10 Personen festgenommen, die an einer Protestkundgebung, an der sich 2000 Menschen beteiligten, vor der Sicherheitszentrale teilgenommen hatten. Sie protestierten gegen die Ermordung eines Menschen, der zuvor vor Revolutionswächtern geflohen war. In welches Gefängnis die Festgenommenen gebracht worden sind, konnte nicht festgestellt werden.

Razzia in Kirmaşan, 3 Festnahmen

Bei Razzien in der ostkurdischen Stadt Kirmaşan wurden mindestens 3 Personen im Anschluss an Hausdurchsuchungen festgenommen und an einen unbekannten Ort verbracht. Bei einer weiteren Hausdurchsuchung wurde die Familie eines nicht angetroffenen Gesuchten von den Sicherheitskräften bedroht.

Zum „Agenten" gemacht

Mihyedin A. wurde von dem staatlichen Sicherheitsgericht der Provinz Kurdistan schuldig gesprochen „Agent" zu sein, da er Berichte erstattet und Nachrichten ins Ausland gesendet hätte. Er wurde zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt.

(ANF, 14.4., ISKU)

Vermeintlicher Mörder zweier DTPler verhaftet

Im Landkreis Beytüşşebap der Provinz Şırnak wurde Hüsnü Akdoğan festgenommen. Er ist Dorfschützer, Mitglied des „Dolch-Teams" und soll an der Folter und Ermordung der DTP-Mitglieder Necman Ölmez und Ferhat Erdiş verwickelt sein.

In der Nähe des Dorfs Günyüzü im Landkreis Beytüşşebap sind am 25. Juli 2009 die DTP-Mitglieder Necman Ölmez und Ferhat Erdiş unter Folter gestorben. An den Morden beteiligt soll auch Hüsnü Akdoğan sein. Nun wurde dieser in Şırnak gefasst.

8 Personen, davon 6 Dorfschützer wurden nach den Morden an Ferhat Ediş und Necman Ölmez gefasst, nach einer Person wurde noch gesucht. Nun, 8 Monate später, nachdem auch Hüsnü Akdoğan festgenommen worden ist, wird gegen die 9 Personen am 16. April der Prozess vor dem Strafgericht von Şırnak beginnen.

Direkt nach der Folter und den Morden ist durch eine Tonaufzeichnung ans Licht gekommen, dass der Dorfschützer Zeki Akdoğan, Ölmez und Ediş nicht für Geld getötet habe, sondern weil sie DTP-Mitglieder waren. Der Staat soll ebenfalls davon gewusst haben. Akdoğan erklärte, dass die „Todesakte" von Ediş und Ölmez schon vor zwei Jahren vorbereitet und der Befehl für ihre Ermordung gegeben worden sei. Damals habe der große Bruder von Ediş in dem Sender Roj TV davon berichtet, wie sie in der Polizeiwache Çeman von einem ranghohen Militär bedroht worden seien.

(ANF, 14.4., ISKU)

Massenproteste in vielen kurdischen Städten

⟶ endeten die Auseinandersetzungen.

ADANA – In Adana wurde eine Kundgebung der BDP zusammen mit Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen durchgeführt.

GEVER – Die Protestdemo in Yüksekova wurde von der Polizei angegriffen. Die Kämpfe dauerten bis in die Nacht an. Auf der Demonstration zerrissen einige aus Protest ihre türkischen Pässe.

MERSIN – In Mersin wurde eine Großdemonstration zum 14.04. durchgeführt. Die Menschen riefen Parolen für Ahmet Türk, Öcalan und die PKK. Nach einer Kundgebung griff die Polizei mit Gasgranaten und Wasserwerfer an, die Jugendlichen gaben mit Steinen und Katapulten contra.

TARSUS – In der Kreisstadt Tarsus gingen ebenfalls Tausende auf die Straßen und auch hier griff die Polizei mit Gasgranaten an. Es kam zu längeren Straßenkämpfen. *(ANF, 14.4., ISKU)*

4 Soldaten verletzt, davon einer schwer. Nach diesen kurzen Gefechten begann das türkische Militär mit Operationen aus der Luft.

Auch aus den Regionen Göründü und Çiyayê Bizina kommen Berichte, dass Gefechte zwischen der HPG-Guerilla und dem türkischen Militär entbrannt seien und inzwischen Unterstützung für das türkische Militär per Helikopter eingetroffen sei. *(ANF, 14.4., ISKU)*

Armee für Minenexplosion verantwortlich gemacht

Die Staatsanwaltschaft ist bei ihren Ermittlungen zum Tod von 7 Soldaten durch eine Minenexplosion in der Provinz Hakkari am 27. Mai 2009 zu dem Schluss gekommen, dass die Mine aus Armeebeständen stammt und von der Armee gelegt wurde. Sie leitete den Ermittlungsstand an den Generalstab weiter und erhebt den Vorwurf fahrlässiger Tötung.

(Zaman, 8.4., ISKU)

Leyla Zana zu drei Jahren Haft verurteilt

Wie die türkische Nachrichtenagentur CHA berichtet, wurde die ehemalige Abgeordnete der DEP durch die 5. Große Strafkammer in Diyarbakir zu drei Jahren Haft verurteilt. Das Gericht verurteilte Zana in zwei unterschiedlichen Anklagepunkten, die besagen, dass sie auf zwei Veranstaltungen in Diyarbakir Propaganda für die PKK betrieben habe.

(AKnews, 10.4., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
TZ	Todays Zaman

Termin:

Kundgebung gegen Krieg in Kurdistan und deutsche Waffenhilfe:

Unter dem Motto „Stoppt den Krieg in Kurdistan! Schluss mit der deutschen Beihilfe zum Mord" ruft das Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin gemeinsam mit kurdischen und antifaschistischen Vereinen und Organisationen zu einer Kundgebung am Samstag den 17.04.10 um 13:30 am Breitscheidplatz in Berlin auf.

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 461
23. April 2010

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Krieg in Kurdistan weitet sich aus

Nachdem in den letzten Wochen zehntausende Soldaten in die Grenzregion zum Irak verlegt worden und es immer öfter zu schweren Gefechten mit kurdischen Guerillaverbänden kam, hat die "Frühjahrsoffensive" des türkischen Militärs gegen die kurdische Freiheitsbewegung in den Bergen der türkisch-irakischen Grenzregion nun richtig begonnen.
Bei dem Versuch des türkischen Militärs die Grenze zum Nordirak zu überqueren kam es an mehreren Stellungen zu schweren Auseinandersetzungen mit Einheiten der kurdischen Volksverteidigungskräfte (HPG). Das türkische Militär musste dabei nach kurdischen Angaben schwere Verluste hinnehmen.

BEHDİNAN

3 Soldaten starben, bei einer Operation, die das türkische Militär im Gabar-Gebiet durchführte. Gestern in den frühen Morgenstunden, versuchte eine Einheit des türkischen Militärs bei Şemdinli die Grenze zu überqueren. Sie wurde von Guerillakräften zurückgeworfen.
Während das türkische Militär die Bodenoperationen verstärkt, dauert auch das Artilleriefeuer aus türkischen Armeestützpunkten auf die von Guerilla kontrollierten Gebiete an. Dabei wurde letzte Woche ein Dorfbewohner von einer türkischen Artilleriegranate getötet. In den letzten Wochen und Monaten wurden Zehntausende Soldaten an der Grenze zum Nordirak/Südkurdistan zusammengezogen. Auch in anderen Gebieten finden militärische Angriffe auf Guerillaeinheiten statt. Dabei starben drei Guerillakämpfer_innen.

KÄMPFE IN GABAR MIT SPEZIALEINHEITEN: 3 TOTE

Eines der Gebiete, in denen sich die Kämpfe besonders ausgeweitet haben, ist Gabar. Bei einem Gefecht zwischen HPG und Spezialeinheiten kamen drei Soldaten ums Leben und eine große Anzahl wurde verletzt. Bei dem Gefecht am 16. April um 1:30 Uhr brachten Sikorsky Hubschrauber die verwundeten und getöteten türkischen Soldaten aus dem Kampfgebiet. Nach dem Kampf wurde das Gebiet großflächig mit Mörsern und Artillerie beschossen.

ERNEUTER VERSUCH, DIE GRENZE ZU ÜBERQUEREN

Am 17. April um 6:30 Uhr versuchte eine Einheit des türkischen Militärs bei Şemzinan (Şemdinli) in der Provinz Colemêrg zusammen mit Dorfschützern die Grenze zu überqueren. Dabei kam es zu schweren Gefechten mit der Guerilla, bei denen eine große Zahl von Soldaten verletzt und getötet wurden. Das Gebiet wurde daraufhin mit Panzern und Mörsern unter Beschuss genommen. Wie schon einige Male zuvor, schafften die Soldaten es nicht, die Grenze zu überqueren und mussten sich nach Verlusten zurückziehen.
Seit Anfang März befindet sich das Gebiet unter schwerem Artilleriefeuer. Insbesondere die Regionen bei Cele (Çukurca) werden pausenlos massiv mit schwerem Gerät beschossen.
Die HPG hat schon vor Langem das türkische Militär vor Operationen gewarnt. Sie erklärten, dass sie vom Recht der legitimen Selbstverteidigung Gebrauch machen würden und das Militär für etwaige Verluste selbst verantwortlich sei.

ŞIRNEX: STABSOFFIZIER NACH GEFECHT GESTORBEN

Der bei einem Gefecht verletzte Stabsoffizier Levent Çetinkaya erlag seinen Verletzungen. Er war am 14.04. bei einem Gefecht mit der HPG im Gebiet Cudi bei Şırnex zusammen mit anderen Soldaten schwer verletzt worden. Laut HPG starb ebenfalls eine große Anzahl anderer Soldaten an diesem Ort.

KÄMPFE AUCH IN OSTKURDISTAN/OSTIRAN

In Mirgewer wurde am vergangenen Donnerstag ein Zentrum der Paramilitärs angegriffen. Der Kampf dauerte die ganze Nacht. Über Verluste ist noch nichts bekannt. Die sogenannten Besic Kräfte des iranischen Regimes führen Dorfschützer- und Agententätigkeiten durch. Sie haben in der letzten Zeit auch eine große Zahl Schmuggler_innen umgebracht.

ÊLÎH: TOTE UND VERLETZTE BEI GEFECHT MIT HPG

Bei einem schweren Gefecht in der Region Êlîh (Batman) im Kreis Kozluk zwischen dem türkischen Militär und der HPG-Guerilla, starben ein Unteroffizier und laut HPG mehrere Soldaten.
Nach dem für die türkische Armee verlustreichen Gefecht, wurden in Kozluk und weiteren Dörfern der Region groß angelegte Durchsuchungen durchgeführt. Dabei wurden mindestens 25 Menschen festgenommen.

DERSIM: OPERATION MIT LUFTUNTERSTÜTZUNG

In Xozat und Pulur in der Provinz Dersim, führt das türkische Militär seit gestern Nacht eine groß angelegte Operation durch. Es werden sowohl Kobrakampfhubschrauber als auch Bodentruppen und Panzer eingesetzt.

ŞIRNEX – TAUSENDE SOLDATEN BEI NEUER OPERATION

Seit den frühen Morgenstunden des 20.04.10 führt die türkische Armee eine Operation mit Luftunterstützung in den Cudi- und Çıraf-Bergen in der Umgebung von Qilaban durch, an der mehrere tausend Soldaten, Spezialeinheiten und Dorfschützer teilnehmen. Weiterhin werden große Mengen Munition und viele Soldaten auch in Zivilfahrzeugen in Richtung Grenze bei Silopi gebracht.
Am gestrigen Abend kam es zu heftigen Gefechten zwischen Guerilla und Militär im Gabar-Gebiet. Es kam zu keinem Verlust an Menschenleben.

SAMSUN – HPG BEKENNT SICH ZU VERGELTUNGSANGRIFF

In Samsun bekannte sich die Guerilla zu einer Vergeltungsaktion für die andauernden Angriffe auf die Bevölkerung und die extralegalen Morde von staatlichen Kräften. Diese Vergeltungsaktion, bei der zwei Polizisten ums Leben kamen, wurde nach Aussagen der HPG-Guerilla in Eigeninitiative einer Einheit durchgeführt: „Die Angriffe auf unsere Bevölkerung in der letzten Zeit in Gabar, Cudi, Dersim und auf die Medya-Verteidigungsgebiete, wie auch die in ganz Kurdistan mit Vernichtungsabsicht durchgeführten Angriffe auf unsere Guerilla sowie im Gedenken an unsere Genoss_innen, die diesen

(Fortsetzung auf Seite 2)

Meldungen

Türkische Intellektuelle planen Armenier-Gedenkveranstaltung

Zum ersten Mal soll in der Türkei bei einer öffentlichen Veranstaltung der Massaker an den Armeniern gedacht werden. Namhafte Intellektuelle haben zur Teilnahme an der Kundgebung an diesem Samstag aufgerufen, dem Jahrestag des Beginns der Massaker im Jahr 1915. Die Organisatoren halten gewaltsame Störungen der Kundgebung durch Nationalisten für möglich, wie die Zeitung "Milliyet" am Donnerstag meldete. *(AFP, 22.4., ISKU)*

Razzia im kurdischen Verein

Als polizeiliche Willkürmaßnahme bewertet das Kurdistan-Volkshaus Hannover eine Durchsuchung seiner Räume am Sonntag. Die Maßnahme wurde mit dem Verdacht des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz begründet. Sie richtete sich gegen eine Person, die gelegentlich den Verein besucht haben soll. Die Vorsitzenden des Hauses Resmiye Toprakli und Murat Kizilboga erklärten: »Die schwer bewaffneten Polizisten verweigerten uns die Kontaktaufnahme zu unserem Anwalt. Die Polizei erteilte uns ein Schweigegebot und wir durften uns nicht von der Stelle bewegen. Die Anwesenheit während der Durchsuchung wurde uns verwehrt.« Die polizeiliche Maßnahme brachte keine Ergebnisse. Ludwig List, Ratsherr der LINKEN, sprach von einer Diskriminierung der kurdischen Mitbürger und einem Rechtsverstoß des Amtsgerichts Lüneburg, das den Durchsuchungsbeschluss ausstellte. *(ND, 21.4., ISKU)*

14-Jähriger starb nach der Explosion eines Sprengkörpers

Der 14-jährige Izzet B. fand in Kabala im Bezirk Mardin einen bis jetzt unbekannten Gegenstand auf der Erde. Als er damit spielte, explodierte es in seinen Händen. Kurz danach erlag Izzet B. seinen schweren Verletzungen. Jetzt wird untersucht, was der Gegenstand gewesen ist, der in tötete.
(DIHA, 22.4., ISKU)

Türkische Armee unter Verdacht Antipersonenminen einzusetzen

Das Aktionsbündnis Landmine.de zeigt sich zutiefst besorgt über Berichte wonach die türkische Armee im April 2009 im Südosten des Landes M2A4

1. Mai auf dem Taksim

Das erste Mal seit 33 Jahren dürfen die türkischen Gewerkschaften ihre Maifeier wieder auf dem zentralen Taksim-Platz in Istanbul veranstalten. Das erklärte der Gouverneur von Istanbul, Muammer Güler, nach einem Gespräch mit den Verantwortlichen von sechs Gewerkschaftsdachverbänden am Dienstag. Der Taksim-Platz sei laut Versammlungsgesetz zwar kein Ort für Demonstrationen, doch für den 1. Mai werde eine Ausnahme gemacht, so Güler. Möglich wurde dieser symbolische Erfolg, weil diesmal alle sechs sonst weltanschaulich gespaltenen Gewerkschaftsdachverbände – von der linken Angestelltengewerkschaft KESK bis zum staatsnahen und größten Gewerkschaftsverband Türk-Is – gemeinsam den Platz für sich eingefordert hatten.
Der Taksim-Platz hat für die Arbeiterbewegung der Türkei eine besondere symbolische Bedeutung. Am 1. Mai 1977 eröffneten dort Gladio-Einheiten der NATO von einem Hotel aus das Feuer auf Zehntausende Anhänger der Konföderation der revolutionären Arbeitergewerkschaften DISK. 36 Menschen wurden damals getötet, während die Täter straffrei entkamen. Seitdem blieb der Taksim für die Gewerkschaften gesperrt.
2007 und 2008 war es zu schweren Auseinandersetzungen gekommen, als die Polizei Tausende Gewerkschafter gewaltsam daran hinderte, auf den Taksim zu gelangen. Hunderte Arbeiter wurden festgenommen und eine Gewerkschaftszentrale mit Gasgranaten bombardiert. 2009 hatte der Gouverneur zwar eine symbolische Delegation von einigen hundert Gewerkschaftern auf dem Taksim zugelassen, doch als dennoch Tausende dorthin strömten, griff die Polizei erneut an.
»Nur unsere Arbeiter, Gewerkschaften und Gewerkschaftsdachverbände sollen zusammenkommen«, erklärte Innenminister Besir Atalay von der islamisch-konservativen AK-Partei. Die Gewerkschaften würden »der Regierung helfen und die illegalen Elemente wegsäubern, die diesen Tag mißbrauchen könnten«, zeigte sich der Minister zuversichtlich, daß staatsnahe Gewerkschaftsbürokraten in diesem Jahr als Hilfssheriffs fungieren würden. Mit den »illegalen Elementen« sind offenbar die Anhänger illegaler sozialistischer Organisationen und der Arbeiterpartei Kurdistans PKK gemeint, die ebenfalls zu den Maikundgebungen mobilisieren. Zusammenstöße mit der Polizei sind so trotz der Öffnung des Taksim am 1. Mai nicht ausgeschlossen. Bereits in den letzten zwei Wochen griff die Polizei in Ankara und Istanbul Kundgebungen von Gewerkschaften, sozialistischen und prokurdischen Parteien an.
2008 war der 1. Mai in der Türkei als »Tag der Arbeit und Solidarität« zum gesetzlichen Feiertag erklärt worden. Schon dies war ein Erfolg einer internationalen Kampagne von Gewerkschaften aus 28 Ländern gemeinsam mit den türkischen Gewerkschaftsdachverbänden Türk-Is, DISK und dem KESK. Auch in diesem Jahr wollen zahlreiche Gewerkschaftsdelegationen aus Europa an den Maifeiern in Istanbul teilnehmen. So macht sich die Lebensmittelgewerkschaft NGG Dortmund in einem auch von mehreren Bundestags- und Europaabgeordneten der Linkspartei unterstützten Appell für ein »uneingeschränktes Demonstrationsrecht am 1. Mai 2010 in der europäischen Kulturhauptstadt Istanbul« stark.

(jW, 15.4., ISKU)

112. Jahrestag der Kurdischen Zeitung wird gefeiert

Die *Kurdische Zeitung* war die erste kurdischsprachige Zeitung der Welt. Sie wurde erstmals am 22. April 1898 von Mikdad Midhat Bedirxan, einem Sohn des bekannten kurdischen Intellektuellen Bedirxan Begs, in Kairo veröffentlicht, bestand aber nur wenige Jahre. Die Zeitungsgewerkschaft der nordirakischen Region Kurdistan wird im Rahmen des 112. Jahrestages nun in der Region eine Reihe von Veranstaltungen anbieten, vor allem Seminare zu Journalismus und Medien in der Region Kurdistan.
Farhad Awni, Vorsitzender der Zeitungsgewerkschaft Kurdistan, sagte zu AKnews: „Aus Anlass des 112. Jahrestages der Kurdischen Zeitung werden wir fünf Tage lang an verschiedenen Orten in der Region Kurdistan mit Veranstaltungen zu den Feiern beitragen." Am 21. April werden von der Vereinigung zum Beispiel Seminare zum Journalismus in der nordirakisch-kurdischen Hauptstadt Erbil und am 22. April in der Provinzhauptstadt Suleimaniya angeboten.
Die *Kurdische Zeitung* emigrierte nach ihren ersten Veröffentlichungen 1898 bereits nach der 5. Ausgabe wegen der politischen Lage in Ägypten zunächst in das schweizerische Genf, dann wieder nach Kairo und danach über die englischen Städte London und Folkstone wieder nach Genf.
Wichtigster kultureller Beitrag der *Kurdischen Zeitung* war die Veröffentlichung des Epos Mem û Zîn von Ehmedê Xanî. Die politischen Beiträge bestanden aus Artikeln gegen die Politik des osmanischen Sultans Abdülhamid II. und die Rolle der Kurden im osmanischen Reich. Die Zeitung ermahnte die Kurden, sich nicht von Abdülhamid II. gegen die Armenier missbrauchen zu lassen.
1902 wurde die Zeitung nach 31 Ausgaben eingestellt. In Deutschland hat die Stadtbibliothek von Marburg mit Ausnahme von fünf Ausgaben originale Exemplare der Zeitung. Mehmed Emin Bozarslan transkribierte die Zeitung in das lateinische Alphabet und veröffentlichte sie 1991 in zwei Sammelbänden. *(AKnews, 22.4., ISKU)*

Krieg in Kurdistan (Fortsetzung)

Operationen zum Opfer gefallen sind, hat eine unserer Einheiten am 12.04. gegen 22.00 Uhr in Ladik im Kreis Samsun eine Vergeltungsaktion durchgeführt. In Folge der Aktion starben zwei Polizisten."

Repression, Übergriffe Drohungen und Razzien

Währen der Krieg in den verschiedenen Regionen Kurdistans von Tag zu Tag heftiger wird, nimmt auch der Terror gegen die Zivilbevölkerung zu. Es kommt zu Folterungen, Dorfrazzien, Entführungen und Morddrohungen. Auch die Repressions- und Festnahmewelle, von der in den ersten 3 Monaten dieses Jahres nach aktueller IHD Bilanz 1549 Menschen – von denen sich 503 im Moment in Untersuchungshaft befinden – betroffen sind, setzt sich fort.
So wurde in Mersin der Mitarbeiter der linken kurdischen Zeitung Azadiya Welat Ali Bilen entführt, zusammengeschlagen und dann ohnmächtig in einem Park liegen gelassen. Er war zuvor von 4 Personen gezwungen worden, in ein Auto einzusteigen. Anschließend wurde er ohnmächtig in einem Park gefunden und von zwei Passant_innen ins Krankenhaus gebracht. Dort wurden an seinem Körper die Schlagspuren festgestellt. *(ANF, yh, hn, 18./20.4., ISKU)*

Antipersonenminen eingesetzt haben soll. Der Vorwurf beruht auf offiziellen türkischen Regierungsberichten, die in der türkischen Zeitung "Taraf daily" am 15.4. 2010 veröffentlicht wurden. Darüber hinaus wurde bekannt, dass im April 2009 sechs türkische Soldaten bei einer Minenexplosion in derselben Gegend ums Leben kamen, was die Absurdität des Waffensystems Landmine unterstreicht. "Ein Einsatz von Antipersonenminen durch türkische Streitkräfte wäre ein klarer Verstoß gegen geltendes Völkerrecht," betont Thomas Küchenmeister vom Aktionsbündnis Landmine.de, einem Zusammenschluss von 17 deutschen Hilfswerken und Organisationen. Die Türkei hat die Ottawa Konvention zum Verbot von Antipersonenminen unterzeichnet und sich damit verpflichtet weder Antipersonenminen einzusetzen noch herzustellen bzw. alle Bestände zu vernichten.
Die Türkei habe darüber hinaus die durch die Ottawa Konvention vorgegebene Frist für die Zerstörung ihrer Bestände von Antipersonenminen zum 1. Mai 2008 verstreichen lassen. Die Türkei verfügt laut eigenen Angaben u.a. immer noch über fast 1 Mio. deutsche DM-11 Antipersonenminen.

(Landmine.de, 22.4, ISKU)

2.629 Kinder sind hinter Gittern

Nach einem Bericht des Justizministeriums befinden sich zurzeit 119.082 Menschen im Gefängnis. 2.629 von ihnen sind Kinder.
Von den 2.629 Kindern sind 629 verurteilt worden, die Restlichen warten noch auf ein Gerichtsurteil. Ebenso ist die Zahl der 18–20-Jährigen erschreckend hoch. Aus dieser Altersgruppe befinden sich Momentan 8.554 im Gefängnis.

(DIHA, 17.4., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
yh	yüksekovahaber
hn	hakkarinews
jW	junge Welt
ND	Neues Deutschland

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 462
30. April 2010

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Fortgesetzte Repression in Kurdistan

Leider setzt sich der negative Trend von Menschenrechtsverletzungen, Übergriffen, Folter und verdächtigen Todesfällen hinter Gittern fort. Mittlerweile sitzen über 1530 Personen aus der DTP und BDP zum großen Teil ohne Anklage in Haft. Diese Woche starb der Kassenwart der DTP von Toroslar, Osman Yığıt (34) in Haft. Mehrere Gefangene, darunter der Bürgermeister von Diyarbakır Sur, Abdullah Demirbaş sind durch die Haft in eine lebensbedrohliche gesundheitliche Lage gekommen.

Mersin – DTP-Aktivist in Haft gestorben
Osman Yığıt (34), der Kassenwart der DTP Toroslar, der vor sechs Monaten im Rahmen der „KCK Operation" in Haft genommen worden war, verstarb diese Woche an Herzversagen. Er starb, weil der Staat seine Krankheit ignorierte und nicht bereit war, eine Haftverschonung oder eine rechtzeitige Lockerung seiner Haftbedingungen anzuordnen.
Bevor er in Haft kam, war sein seit dem 14. Lebensjahr behandeltes Herzleiden unter medizinischer Kontrolle. In Haft verschlechterte sich sein Gesundheitszustand rapide.
Obwohl er schon sechs Monate inhaftiert war, war noch nicht einmal seine Anklageschrift fertig.

Istanbul – Folter an kurdischem Gefangenen
Im Gefängnis Rize Kalkandere wurde Mehmet Demirsoy am 26.4.2010 mit den Worten „Ihr habt unsere Polizisten umgebracht", von Gefängniswärtern gefoltert. Er war vorher unter dem Vorwand, er habe Besuch, aus seiner Zelle geholt worden und dort von Wärtern mit Knüppeln, Eisenstangen und Tritten misshandelt worden. Dabei beschimpften sie Demirsoy.
Der Gefangene, dessen Körper mit Verletzungen übersäht ist, wurde nicht ins Krankenhaus, sondern erneut in die Zelle gebracht. Er konnte seine Familie anrufen und über die Situation berichten. Dies war nicht das erste Mal, dass Demirsoy von Wärtern gefoltert worden war. Seine Familie ist um sein Leben besorgt.

Amed – Polizei greift Studierende an: 100 Festnahmen
Proteste von linken Studierenden gegen den Ausschluss der StudentInnen von einer Universitätsveranstaltung wurden massiv von der Polizei angegriffen. Es entwickelten sich Straßenschlachten, bei denen über hundert Menschen festgenommen und viele durch Knüppelschläge verletzt wurden.
Der Sozialistische Jugendverein von Amed (ASGD) und die Demokratische Jugendbewegung (DGH) verurteilten die Polizeiangriffe scharf, sie dienten dazu „die Herrschaft der AKP an den Universitäten durchzusetzen". In einer Erklärung im IHD-Büro sagte die Sprecherin des ASGD Rojda Varhan, dass die Universitäten vom Staat in Polizeikasernen verwandelt worden seien, in der jegliche Form revolutionärer linker prokurdischer Politik brutal unterdrückt wird.

Kars – Sieben GewerkschafterInnen festgenommen
Am 23.4. wurden sieben Personen der lokalen Führung der BDP und der LehrerInnengewerkschaft Eğitim-Sen von Antiterroreinheiten und wegen Verdacht auf Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation festgenommen. Es wurden mehrere Hausdurchsuchungen durchgeführt. Zwei weitere Personen wurden in Mersin und eine in Batman festgenommen.

Hunderte Drohbriefe an Menschenrechtsverein IHD
Nachdem der Menschenrechtsverein IHD eine Gedenkveranstaltung zum 95. Jahrestag des Völkermords an den ArmenierInnen organisiert hatte, wurde der Verein zum Ziel von hunderten telefonischen und postalischen Drohungen. Faschistische Terrorgruppen, wie die türkischen Rachebrigaden (TIT), die in enger Verbindung mit dem „tiefen Staat" stehen, verschickten zahlreiche Drohbriefe an den IHD.

(ANF, 27.4., ISKU)

Kriegsentwicklungen der letzten Woche

Auch diese Woche war von heftigen Militäroperationen und Angriffen geprägt. Die Meder Verteidigungsgebiete, unter Kontrolle der kurdischen Guerilla in Südkurdistan/Nordirak, stehen unter Dauerfeuer aus Flugzeugen und türkischer und iranischer Artillerie. Aber auch in Nordkurdistan führt das Militär vielerorts Operationen durch. Es kommt zu schweren Gefechten. Der türkische Staat transportiert weiterhin mit Hunderten Zivilfahrzeugen, Waffen, Soldaten und militärisches Gerät an die Grenzen.

Bewaffnete Auseinandersetzungen in Giresun Am 27.4. kam es in der Umgebung der Schwarzmeerstadt Giresun zu heftigen Gefechten, die fünf bis sechs Stunden andauerten. Mindestens ein Unteroffizier starb, zwei Soldaten wurden verwundet. Eine große Zahl Soldaten wurde in die Region transportiert und die Operation dauert mit Luftunterstützung an.
Der Bürgermeister der Kleinstadt Giresun, Kerim Aksu (CHP), forderte die Bevölkerung auf, an ihren Häusern und Arbeitsplätzen türkische Fahnen zu hissen,

Schwere Kämpfe in Qoser – Tote auf beiden Seiten
Nach Erklärung der Guerilla HPG, hatten am 22.4. Polizisten in Qoser (tr. Kiziltepe) zwei Guerillas entdeckt und das Feuer auf sie eröffnet. Infolge dieses Gefechts starb ein Polizist, ein weiterer wurde verletzt. Nach dem Kampf versuchten die Guerillas das Gebiet zu verlassen, wurden jedoch von einer Spezialeinheit erneut in ein Gefecht verwickelt. Ein Mitglied einer Spezialeinheit wurde getötet und die Guerilla Zana (Mesut Sakin) und Andok (Sacit Bayram) im Kampf getötet.
Augenzeugen berichten, die Spezialeinheiten hätten im ganzen Viertel gezielt auf Häuser geschossen und Türen eingetreten. Ein Jugendlicher wurde von der Polizei angeschossen und wird im Krankenhaus behandelt.

Fortsetzung nächste Seite

Meldungen

Aleppo: Drei Studenten und ein Schüler wieder frei – Verbleib des vierten Studenten ungewiss
Henadî T. M., Ronak E. M. und Siamend M. E., alle Studenten der Universität Aleppo, sowie der Schüler Ebdilezîz M. E. wurden am 24. April 2010 aus der Haft in Aleppo entlassen. Nach ihrer Verhaftung am 16. März 2010 waren sie zunächst von der dortigen Militärpolizei festgehalten worden. Zehn Tage später wurden sie dem Direktorat für politische Sicherheit in Aleppo überstellt und dort wegen ihrer Teilnahme an einer Gedenkminute für die Opfer des Giftgasangriffs auf die irakisch-kurdische Stadt Halabdscha verhört. Über den Verbleib des Studenten Ferman H. M. E., der ebenfalls am 16. März 2010 verhaftet worden war, ist bisher nichts bekannt.

(kw, 28.4., ISKU)

Hausdurchsuchungen in Halle
In Halle durchsuchte die Polizei morgens um vier Wohnungen von kurdischen PatriotInnen. Sie suchten nach Handys und Telefonnummern. Nachdem die Festgenommenen sich weigerten Aussagen zu machen wurden sie wieder freigelassen.

(ANF, 28.4., ISKU)

8.000 arabische Familien sollen Kirkuk verlassen
8.000 in das nordirakische Kirkuk immigrierte arabische Familien aus dem Süden des Irak sollen wieder in ihre Heimat zurückkehren, fordert die kurdische Bruderschaftsliste im Provinzrat, und begründet dies mit auftretenden Sicherheitsproblemen.
Kirkuks Provinzratsmitglied Ahmed Askeri von der Bruderschaftsliste sagte zu AKnews: „Nach dem Sturz des Baath-Regimes 2003 sind bis heute 8.000 arabische Familien illegal und ohne Genehmigung nach Kirkuk umgezogen. Die Sicherheitssituation hat sich in den anderen Teilen des Irak beruhigt, in Kirkuk aber haben sich die Probleme gesteigert. Deshalb sollen die Familien wieder in ihre Heimat zurückkehren."
Für die Rückkehr der arabischen Familien habe die Bruderschaftsliste einen formellen Antrag gestellt, so Askeri. „Wir können in keinem Fall für die Sicherheit der arabischen Migranten garantieren. Diese Verantwortung werden wir nicht weiter tragen."
Die Provinz Kirkuk hat in den letzten Jahren offiziell die

Kurdische Frauenkonferenz in Amed

Am 24. April trafen sich kurdische Frauen zu einer nationalen Konferenz, organisiert von der DÖKH, in Amed. Hauptthema der Konferenz war Gewalt, Missbrauch und Vergewaltigung. 150 Frauen darunter Abgeordnete, Wissenschaftlerinnen, Autorinnen, Intellektuelle und Aktivistinnen aus Kanada, Deutschland, der Schweiz und Parlamentarierinnen der KDP, YNK, GORAN, aus dem Irak und der Yekgirti Syrien nahmen an der Konferenz teil.

Die Professorin, Kakal Rahmani und Suhela Qazi, die Tochter von Qazi Muhammed waren prominente Gäste der Konferenz.

Die frühere Abgeordnete Leyla Zana sprach ebenso auf der Konferenz: „Die Benachteiligung sollte uns zwingen uns zu vereinigen, da kurdische Frauen der am meisten unterdrückte Teil der Gesellschaft sind. Frauen sollten ihre Verantwortung realisieren, dass sie die Welt verändern müssen und noch stärker werden müssen, um diese Verantwortung zu tragen. Freiheit und Gleichheit müssen unser Ziel sein, und Einigkeit ist dafür der erste Schritt. Diese Konferenz ist der erste Schritt und muss als Wiedergeburt der kurdischen Frau verstanden werden. Ich rufe alle kurdischen Frauen mit dieser Konferenz auf, wir brauchen Einigkeit und Harmonie. Sonst kann der Frieden nicht erreicht werden."

Mulkiye Birtane, Mitglied des Vorbereitungskomitees der Konferenz betonte in ihrer Rede, dass die Konferenz eine Brücke zwischen kurdischen Frauen, die in vier verschiedenen Ländern leben, sein müsse.

(ANF, 24.4., ISKU)

BDP will Militäreinsätze in Kurdengebieten stoppen

Der Vorsitzende der türkisch-kurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP), Selahattin Demirtaş, forderte die Beendigung der Militäroperationen in den Kurdengebieten im Südosten der Türkei. Dazu, kündigte Demirtaş an, werden BDP-Parlamentsabgeordnete im Mai in den Einsatzgebieten Aktionen zur Durchsetzung des Friedens durchführen.

Nach Angaben des türkischen Nachrichtendienstes CHA sagte Demirtaş auf dem Provinzkongress der BDP in der türkisch-kurdischen Provinz Malatya, dass die türkische Regierung das einzige Hindernis bei der Lösung des Kurdenkonfliktes sei. „Mit dem Volk haben wir keine Probleme. Das einzige Problem ist die türkische Verwaltung. Entweder sollen sie zu einer Lösung des Problems beitragen oder sie sollen nach Hause gehen und dort herumsitzen."

Zu den Militäreinsätzen der türkischen Armee gegen PKK-Stellungen im Südosten der Türkei und an der Grenze zum Nordirak sagte Demirtaş: „Wir sind gegen die Einsätze, daher werden wir BDP-Abgeordneten im Mai in die Operationsgebiete gehen und dort friedenserhaltende Aktionen durchführen."*(AK, 26.4., ISKU)*

Tausende nehmen an Guerillabeerdigungen teil

Mit der zunehmenden Eskalation des Krieges kommt es auch zu immer mehr Toten. Die Bevölkerung brachte durch massenhafte Teilnahme an den Beerdigungen gefallener Guerillas ihre Solidarität mit dem Befreiungskampf zum Ausdruck.

Mêrdîn/Amed – Tausende auf Guerillabeerdigung

Die beiden Guerillas, die in Mêrdîn Qoser vor wenigen Tagen gefallen sind, wurden am 27.4. in Mêrdîn und Amed von Tausenden beigesetzt. Auch kurdische PolitikerInnen, wie die mit Politikverbot belegte Abgeordnete der verbotenen DTP, Aysel Tuğluk, nahmen an der Kundgebung teil.

Der Guerilla Andok (Sacit Bayram) aus Mêrdîn wurde von vielen Tausend Menschen vom Krankenhaus abgeholt. Sein Sarg wurde mit grün-gelb-roten Tüchern bedeckt und viele zeigten Bilder des Gefallenen, von Abdullah Öcalan und Fahnen der PKK.

Der im gleichen Gefecht gefallene Zana (Mesut Sakin), wurde von der Leichenhalle mit einem Autokonvoi, der aus mehreren hundert Fahrzeugen bestand, abgeholt. Auf seinem Dorf wurde er ebenfalls von einer Demonstration von Tausenden empfangen.

Mersin – Soldaten greifen Beerdigung an

Für den vor Kurzem in den Nurhak-Bergen gefallenen Ömer Sipal wurde eine Trauerveranstaltung verboten. Nachdem das Zelt aufgestellt worden war, kamen Soldaten der Jandarma sowie Spezialeinheiten. Sie sagten das Trauerzelt sei verboten. Daraufhin kam eine große Menge Trauernder unter Parolen wie „Die Repression kann uns nicht einschüchtern" zusammen. Die Soldaten griffen die Versammlung an und nahmen neun Personen fest. Das Trauerzelt blieb trotzdem stehen.

Bismil – Hunderte bei Guerillabeerdigung

Das Trauerzelt in Bismil, für das in Mûş erfrorene HPG-Mitglied Hebun Amed (Vedat Yalçınkaya) wurde von mehreren hundert Menschen, VertreterInnen der BDP und zivilgesellschaftlicher Organisationen besucht.

(ANF, 27.4., ISKU)

Fortsetzung: Kriegsentwicklungen der letzten Woche

Colemêrg – Neue Sperrgebiete

Eine große Zahl von Almen und Weiden wurde aufgrund militärischer Operationen in Colemêrg (trk. Hakkari) auf die Liste der Sperrgebiete genommen.

Nach Aussagen der örtlichen Bevölkerung haben diese Weideverbote einzig und allein das Ziel die Menschen zu vertreiben. Sie stellen eine direkte Fortsetzung der Entvölkerungskampagnen der 90er Jahre dar bei denen über 4000 Dörfer zerstört wurden. Den Menschen wird so jegliche Überlebensmöglichkeit genommen, da Viehwirtschaft die einzige Einkommensquelle in der Region ist.

Vorbereitungen für Grossoffensive dauern an Während täglich türkische F-16 Bomber die Grenze überqueren, reißt der Strom von Soldaten und Kriegsmaterial in die Grenzgebiete nicht ab. So fuhr am 25.4. ein Konvoi von über hundert Fahrzeugen mit Soldaten und Munition nach Çelê (trk. Çukurca). Auch nach Şirnex fuhren Dutzende Fahrzeuge.

Artillerieangriffe auf Haftanin und Zagros Auch am 27.4. bombardierte sowohl das türkische, als auch das iranische Militär, die südkurdischen Gebiete. Auch der Iran nahm Dörfer im Kandil und Jerewa ins Fadenkreuz. Über Sachschäden und menschliche Verluste ist noch nichts bekannt.

(ANF, 27.4., ISKU)

christlichen Iraker aus dem Süden des Landes aufgenommen. „Die Christen werden hier auch weiterhin geschützt", sagte Ahmed Askeri.

(AK, 28.4., ISKU)

Abschiebung von Sait A. gestoppt

Der Tübinger Kurde Sait A., der in Mannheim im Abschiebegefängnis saß und am 28. April in die Türkei abgeschoben werden sollte, ist auf freiem Fuß.

Wie sein Tübinger Anwalt mitteilt, wurde A. Abschiebung storniert. Das Verwaltungsgericht Karlsruhe entschied aufgrund eines Eilantrags, dass für den Kurden ein weiteres Asylverfahren durchgeführt werden muss. Daraufhin stoppte das baden-württembergische Innenministerium die Abschiebung. A., der sich in seiner Heimat aktiv für die kurdische Eigenständigkeit einsetzte und deswegen in der Türkei verfolgt wurde, war 2000 erstmals in die Bundesrepublik geflüchtet; er wurde 2004 schon einmal abgeschoben und in der Türkei sofort wieder verhaftet.

Zahlreiche Initiativen und Einzelpersonen hatten in den letzten Tagen gegen eine neuerliche Abschiebung protestiert.

(tb, 28.4., ISKU)

Türkische Armee übt gemeinsam mit syrischem Militär

Die Armeen der Türkei und Syriens halten in dieser Woche ein gemeinsamen Manöver ab. Die am Dienstag beginnende dreitägige Übung finde auf der türkischen Seite der gemeinsamen Grenze statt, teilte die türkische Armee am Montag mit. Das Manöver der Landstreitkräfte habe das Ziel, die Zusammenarbeit und das gegenseitige Vertrauen zu verbessern. Die Übung ist ein weiteres Zeichen der Verbesserung der Beziehungen zwischen Ankara und Damaskus. Die beiden Länder hatten vor kurzem die Visumspflicht für ihre Bürger aufgehoben.

(AFP, 26.4., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
tb	tagblatt.de
kw	kurdwatch.org
AK	aknews.com

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
http://isku.org

Nr. 463
7. Mai 2010

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Militäroperationen in Kurdistan weiten sich aus

Die mit dem Frühling begonnenen militärischen Operationen in Kurdistan weiten sich aus. In Pîran (tr. Lice), in der Provinz Amed dauern die Operation schon seit einer Woche an. In Dersim werden seit zwei Monaten im Rahmen von Operationen ländliche Gebiete bombardiert. Auch in Êlîh (Batman) wurde eine militärische Operation begonnen.

AMED
Während große Soldatenkontingente an den Grenzen zusammengezogen werden, weiten sich auch im Land, wie in der Provinz Amed (Diyarbakır) die Kriegshandlungen des türkischen Militärs aus. Fast jeden Tag starten von Amed aus eine große Anzahl von Kriegsflugzeugen, darunter F-16 Bomber. Wegen des großen Lärms der Bomber mussten in der Nähe des Flughafens aber auch im Stadtzentrum ein großer Teil der Aktivitäten im Freien eingestellt werden. Es ist nicht bekannt, wohin die andauernd startenden Flugzeuge fliegen. Neben Trainingsmissionen werden im Moment in Pîran in der Provinz Amed eine große Zahl von Operationen mit Luftunterstützung durchgeführt. Der als Anlass genommene angebliche Angriff der HPG auf einen Militärstützpunkt, welcher seit Tagen in den türkischen Medien diskutiert wird, wurde schon längst von der Guerilla dementiert. Stattdessen scheint ein Missverständnis unter den Soldaten zu dem Gefecht geführt zu haben.

DERSİM
Die Mitte März in der Region Dersim begonnen Operationen und Soldatentransporte weiten sich von Tag zu Tag aus. Einige Weiden im Kreis Nazimiye wurden zum verbotenen Gebiet erklärt und die Operationen gehen zu Luft und am Boden andauernd weiter. Gebiete in Pülümür, Dokuzkayalıklar, Kutu Dere und Buyer Baba werden pausenlos bombardiert. Auch in der Umgebung von Mazgırt, wo die Soldaten an einigen Orten Leuchtfeuer entzündeten, dauern die Operationen fort. Im Mercan-Tal bei Ovacık bombardieren Kobra-Helikopter strategische Punkte. Das Lac Deresi wird jeden Morgen beim ersten Licht von Soldaten besetzt. In dem Gebiet werden auch motorisierte Bataillone stationiert. In Hozat wurde vor drei Tagen das Geyik Su Tal aus Kampfjets bombardiert. Die Tunceli 4. Alay Kommando Brigade bombardiert die Bergregionen den ganzen Tag über mit Kobra-Helikoptern. Deshalb waren die Dorfbewohner und Hirt_innen gezwungen, ihr Vieh von den Weiden zu nehmen.
Am 30. April um 22.45 Uhr griff die Guerilla einen Militärstützpunkt der Jandarma in der Nähe der Kleinstadt Nazmiye an. Bei den Gefechten, die bis in die Morgenstunden andauerten, starben nach Angaben des türkischen Generalstabs mindestens vier Soldaten unter ihnen der Kommandant des Stützpunkts, ein Stabsunteroffizier, und ein normaler Soldat, 7 Soldaten wurden verletzt.

ŞEMZINAN: EINDRINGEN DES TÜRKISCHEN MILITÄRS ERNEUT ABGEWEHRT
Am 27. April gegen 21 Uhr versuchten Einheiten des türkischen Militärs in der Region Şemzinan (Şemdinli), die Grenze zu überschreiten. Sie mussten sich nach dem Verlust von 6 Soldaten im Gefecht mit der kurdischen Guerilla HPG zurückziehen. Die Operation wird mit Luftunterstützung fortgesetzt.
Eine große Zahl von Kampfjets überfliegt die Grenze nach Südkurdistan. Weiterhin wird massiv Artillerie eingesetzt und auch Dörfer sind direkt vom Bombardement betroffen.

CELÊ: MILITÄR ZIEHT SICH ERFOLGLOS ZURÜCK
Wie auch in Şemzinan, versuchte das türkische Militär am 27.04. auch in Celê (Cukurça) die Grenze zu überschreiten. Die breit angelegte Operation lief ins Leere, denn es kam zu keinem Gefecht. Nach dem Rückzug wurden geheime Militäreinheiten nach Angaben der HPG im Kampfgebiet zurückgelassen. Des weitere wurden die Artillerieangriffe des türkischen Militärs auf das Zapgebiet verstärkt. Drei Dörfer wurden beschädigt.

ÊLÎH
In Kozluk (Hezo) und Sason in der Provinz Êlîh und im Landkreis Kulp in Amed wurde ebenfalls eine groß angelegte Operation begonnen. An der Operation nehmen auch eine große Zahl Dorfschützer teil. Die Gebiete werden seit 3 Tagen von Heron-Drohnen und Kobra-Helikopern überflogen. In Sason brach aufgrund eingesetzter Störsender das Telefonnetz und Internet zusammen.

AKTIONEN AN 11 STAUDAMMBAUSTELLEN
Die HPG-Guerilla hat sich zu 11 Angriffen auf Staudammbaustellen bekannt. Sie erklärte, die Staudämme zerstören das kulturelle Erbe und die Natur der Region. Die Guerilla führte Razzien auf den Baustellen durch und warnte die BetreiberInnen. Die Guerillas entwaffneten die Wächter und platzierten Sprengladungen an Fahrzeugen und Depots. An einigen Orten wurden die Sprengsätze jedoch entdeckt und entschärft.

MILITÄR BEREITET SICH AUF AUSNAHMEZUSTAND AM SCHWARZEN MEER VOR
Nach Aktionen der HPG in den Schwarzmeerstädten trafen Mitglieder der Armee, des Geheimdienstes und der Polizei zu einem „PKK Gipfel" in Giresun zusammen. Daran nahmen Staatsbedienstete aus Tokat, Giresun, Samsun, Ordu, İstanbul, Dersim, Sivas und Cewlig (Bingöl) teil. Es wurde entschieden, dass die Militäroperationen im Schwarzmeergebiet ausgeweitet werden und insbesondere in den alevitischen und kurdischen Dörfern besondere „Sicherheitsmaßnahmen" durchgeführt werden sollen.
Das System: „Derjenige, der die Guerilla unterstützt, ist ebenfalls Terrorist und wird die gleiche Behandlung erfahren", weitet sich über die Schwarzmeerregion aus. Der Staat bringt das Dorfschützer- und Agentensystem ebenfalls in dieses Gebiet. Dieses System wurde auf dem Gipfel Region für Region durchgegangen, insbesondere bezüglich Amasya, Sivas, Giresun, Ordu, Gümüşhane und Tokat, wo insbesondere Dorfschützer, sprich rechte Paramilitärs, installiert und bewaffnet und Geheimdienstkräfte ausgesandt werden sollten. Außerdem wurden groß angelegte Militäroperationen vorbereitet. Die Personen, welche die Guerilla unterstützen könnten, sollen ermittelt werden und insbesondere die kurdischen und alevitischen Dörfer und besondere Bewachung gestellt werden.

(ANF, 1./5.5., ISKU)

Meldungen

Viermonatsbilanz der HPG
Die Guerilla HPG hat ihre Viermonatsbilanz veröffentlicht und erklärt, dass die Operationen und Kämpfe an Anzahl und Heftigkeit zunehmen. Die Vernichtungsoperationen der türkischen Armee in allen vier Teilen Kurdistans haben zu schweren Konsequenzen geführt. 2010 wurden allein in den ersten vier Monaten 22 solcher Operationen durchgeführt in deren Rahmen es zu mindesten 13 Gefechten kam, bei denen 22 Soldaten und 10 Guerillas starben. Weiter gab es neben Bodenoperationen und Luftangriffen 87 Artilleriebombardements, die vor allem zu schweren Schäden an zivilen Ansiedlungen, Herden und landwirtschaftlichen Nutzflächen führten.
Die HPG erklärte weiter, dass sie sich seit dem 14. April 2009 in einem Zustand der Aktionspause befinden und das türkische Militär, trotzdem Operationen in Vernichtungsabsicht gegen eine demokratische Lösung durchführte.

(ANF, 2.5., ISKU)

Lice: Oberleutnant von Soldaten getötet
Die Volksverteidigungskräfte HPG erklärten, dass sie mit dem Angriff auf den Militärstützpunkt in Lice am 30.04. nichts zu tun habe. Der dort bei einem Gefecht getötete Oberleutnant sei durch eigene Soldaten umgebracht worden. Nach der Erklärung der HPG seien von einer Operation zurückkehrende Soldaten von der Besatzung des Militärstützpunkts für Guerillas gehalten und beschossen worden. Dabei sei der Oberleutnant getötet worden. Die HPG rief die Öffentlichkeit auf, sensibel mit Nachrichten der Spezialkriegspresse und des türkischen Militärs umzugehen.

(ANF, 4.5., ISKU)

Gedenken an Deportationen
Der türkische Menschenrechtsverein IHD hat mit einer Presseerklärung vor dem Bahnhof Haydarpasa (Istanbul) Armeniern gedacht, die von hier aus 1915 deportiert wurden. Der IHD wies darauf hin, dass von 70 nach Ayas deportierten armenischen Intellektuellen 58 und von 150 nach Cankiri deportierten 81 getötet wurden. Am Taksim Platz versammelten sich nach einem Aufruf der Initiative "Stoppt den Ras-

Folter-Teams in den Gefängnissen

Auf einer Kundgebung vor dem E-Typ Gefängnis von Amed (Diyarbakır) für die Freilassung der gefangenen Kinder, der kranken Gefangenen und gegen die andauernden Menschenrechtsverletzungen, erklärte der Vorsitzende des Vereins TUHAD-FED, Nimetullah Yürek, dass in jedem Gefängnis unter dem Namen „A-Team“ spezielle Foltereinheiten gebildet wurden. Er erklärte: „Die A-Teams sind eingerichtet worden, jede Art von Grausamkeit (…) und menschenunwürdigere Behandlung zu begehen …“
Zur allgemeinen Situation in den Gefängnissen sagte er: „Die Gefängnisse sind völlig überbelegt. Man schläft ohne Betten. Wer ein Bedürfnis nach Wasser oder einem Bad hat, wird entwürdigend behandelt. Die Gemeinschaftsbereiche sind meist nicht zu benutzen. Kurdisch sprechen, Zeitungen oder ein Buch zu lesen oder Briefe schreiben ist verboten. Die Familienangehörigen, die zu Besuch kommen, werden entwürdigend durchsucht und ihre Sachen werden durcheinander geworfen und sogar Essen und Trinken durchwühlt. Im Gefängnisessen finden sich ständig Nadeln, Käfer, Fußnägel und andere ekelhafte Dinge.“
Insbesondere zur Situation der Kinder berichtete er: „Sie werden von den im Gefängniseingang tätigen Soldaten splitternackt ausgezogen und mit Wasser aus dem Schlauch abgespritzt und gefoltert. Als ob dies nicht reichen würde, setzen sich die Soldaten auf die Rücken der Kinder und zwingen sie zum Laufen. Sie werden mitten in der Nacht aufgeweckt, unter psychologischen Druck gesetzt und bedroht. Diese Repressalien und Folter haben einen schweren Einfluss auf die Psyche der Kinder, die bis in den Selbstmord getrieben werden. Ein Beispiel ist ein im E-Typ gefangenes Kind, das im letzten Moment von anderen Kindern bei einem Suizidversuch gerettet werden konnte.“
Die Situation von Frauen in Haft hat ebenfalls eine besondere Schärfe: „Auf dem Transport, bei Verlegungen, bei Einweisungen ins Krankenhaus, erleben die Frauen massive Repression und Folter und Misshandlung. Sie werden entwürdigend behandelt und sexuell belästigt.“ Weiterhin wies Yürek auf die schwere Situation der kranken Gefangenen hin. Er forderte, dass die todkranken Gefangenen entlassen und die kranken Gefangenen behandelt, und die Fälle wie der des mutmaßlich durch Folter im Gefängnis ermordeten Mehmet Kılıç aufgeklärt werden müssten.

Aufstand der gefangen Kinder und Jugendlichen im E-Typ Gefängnis von Amed
Die nach dem Antiterrorgesetz verhafteten Kinder und Jugendliche haben am 03.05. in ihren Zellen die Matratzen in Brand gesetzt. Mit diesem Protest wollten sie durchsetzen, dass ihre kranken FreundInnen ins Krankenhaus gebracht werden. Während der 7 Stunden dauernden Aktion versammelten sich die Familien der Kinder vor dem Gefängnis und eine Delegation aus BDP-Abgeordneten besuchte die Kinder im Gefängnis. *(ANF, 3.5., ISKU)*

Sprengfalle an Haus von BDP-Aktivist

An einer Tür des Anwesens des stellvertretenden BDP-Kreisvorsitzenden von Kumçatı in der Provinz Şirnex, Osman Ayan und seiner Familie, wurde am 30. April eine Sprengfalle aus einer Handgranate aus türkischen Armeebeständen gefunden. Die Sicherung war durch eine Schnur mit der Tür verbunden. Die Anwesenden hatten Glück, die Schnur zerriss, und konnte so den Sicherungsring nicht herauslösen, sodass die Handgranate nicht zur Explosion gebracht werden konnte. Die Täter hatten auch noch die Reifen des Autos der Familie abgestochen, damit vermeintliche Verletzte nicht ins Krankenhaus gebracht hätten werden können. Huhi Ayan, die beinahe dem Anschlag zum Opfer gefallen wäre, sagte dazu „Weil wir BDPlerinnen sind, tun sie uns das an. Sie versuchen uns einzuschüchtern, aber was sie auch tun, wir werden nicht zurückweichen.“ Schon vorher war die Familie zum Opfer ähnlicher Attacken geworden. 2004 fand die Familie einen Sprengsatz vor ihrer Tür. In Şirnex wurde von der Stadtverwaltung eine Protestaktion aufgrund dieser Repressionen und den Terror gegen BDP-AktivistInnen organisiert. Es nahmen Hunderte, darunter auch mehrere BürgermeisterInnen teil. In Reden wurde erklärt, dass die Angriffe ständig zunehmen und die „Mordkomplotte mit Unterstützung der AKP-Regierung durchgeführt werden. Sie sagen uns, wir sollen von unserem Ziel abweichen.“ *(ANF, 3.5., ISKU)*

„Bewegung der freien demokratischen Kommunalverwaltungen“ gegründet

Die Kommision für Kommunalverwaltungen der BDP hat unter dem Motto „Mit freien demokratischen Kommunalverwaltungen zur demokratischen Autonomie“ eine Konferenz durchgeführt, auf der beschlossen wurde, die Arbeit künftig unter dem Namen „Bewegung der freien demokratischen Kommunalverwaltungen“ fortzusetzen. Der stellvertretende BDP-Vorsitzende Demir Celik kündigte an, im Parlament der Türkei einen Gesetzesvorschlag für ein alternatives Kommunalverwaltungsmodell einzubringen, da ein solches für die Demokratisierung der Gesellschaft eine wichtige Rolle spiele.
Der in Diyarbakir stattgefundenen dreitägigen Konferenz vorausgegangen waren Arbeitssitzungen an 16 verschiedenen Orten, auf denen Vorschläge der kommunalen Basis gesammelt wurden, aus denen ein Programmentwurf entstanden ist, dem in Diyarbakir die letzte Form verpasst wurde. Vorgesehen ist in dem Programm eine demokratische, partizipatorische und offene Kommunalverwaltung, deren Selbstverständnis auf Demokratie, Ökologie und Geschlechtergleichheit basiert.
Demir Celik erklärte dazu, dass das seit 5000 Jahren währende staatsbezogene Machtverständnis dazu geführt habe, dass die Gesellschaft nicht in Entscheidungen über die eigenen Belange einbezogen werde. Für eine neue demokratische Organisierung der Gesellschaft seien insbesondere die Kommunalverwaltungen von großer Bedeutung: „Wir sehen eine kommunale Organisierung vor, die auf einem Selbstverwaltungsprinzip von Straßen bis zu Stadtteilen und Dörfern bis zu Städten basiert.“ Hierbei spielten auch die kommunalen Räte eine große Rolle. „Anstelle der 88-jährigen autoritären und zentralistischen Staatsauffassung in der Türkei, setzen wir auf eine Verwaltungsstruktur, die dem bestehenden Mosaik von Überzeugungen Beachtung schenkt, die Rechte aller achtet und die den verschiedenen Identitäten und Kulturen Autonomie gewährt. Dieses Modell ermöglicht auch eine konföderale Struktur, die sowohl zur Demokratisierung der Gesellschaft beiträgt als auch über eine demokratische Politik den Staat zur Transformation zwingt.“ *(DIHA, 20.4., ISKU)*

sismus" 500 Menschen, um der Deportationsentscheidung von 1915 zu gedenken. *(Va, 25.4., ISKU)*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
Va	Vatan

Termine:

Die Kampagne TATORT Kurdistan beginnt!

Und zwar in Berlin am Brandenburger Tor mit einer Videoprotestkundgebung am

8. Mai von 15 bis 18 Uhr
und dem Motto
“Nie wieder Krieg!”

Protestiert wird gegen die Rolle der deutschen Regierung und den dazugehörigen Unternehmen im Krieg in Kurdistan und weltweit.
Zahlreiche Rüstungsfirmen habe ihren Sitz im Berliner Regierungsviertel. Das ist kein Zufall. Erst kürzlich hat Bundeskanzlerin Merkel der Türkei weitere 56 Kampfpanzer aus deutscher Produktion versprochen. Eingesetzt werden sie von der Türkei in den kurdischen Gebieten gegen die dortige Bevölkerung. Zu stören scheint sich die deutsche Regierung daran nicht.
Ziel der Kampagne ist es, solchen Machenschaften entschlossen entgegenzutreten und die Verbindung zur ungelösten kurdischen Frage aufzuzeigen. Dazu gehört auch die Verwicklung deutscher Unternehmen z.B. in Energieprojekte und die Repression hier in Deutschland gegen die Kurdische Bewegung und gegen kurdische AktivistInnen.
Es wird in den nächsten Monaten in ganz Deutschland Veranstaltungen zum Thema TATORT Kurdistan und weitere kleine Aktionen geben. Am 1.9. soll ein bundesweiter Aktionstag vorläufiger Höhepunkt der Kampagne werden. Alle Termine und weitere Hintergrundinformationen findet ihr auf der Webseite **http://tatort-kurdistan.blog.de**

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 464
14. Mai 2010

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

5 politische Gefangene im Iran hingerichtet

Nach Angaben der offiziellen iranischen Nachrichtenagentur IRNA wurden am Morgen des 9. Mai im für Folter berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran 5 Gefangene hingerichtet.
Dabei handelt es sich um 4 politische Gefangene, die wegen Zugehörigkeit zur Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê, PJAK) verurteilt wurden. Es soll sich um die Lehrer Ferzad Kemanger, Eli Heyderiyan und Ferhad Wekili sowie um die kurdische Frauenaktivistin Şîrîn Elemhulî handeln. Der 5. Gefangene soll Mehdi Eslamian sein, der wegen der Zugehörigkeit zur Organisation Tondar verurteilt wurde.
Seit 2007 sind 7 Gefangene, die wegen Mitgliedschaft in der PJAK verurteilt wurden, hingerichtet worden. 18 weitere kurdische politische Gefangene sind zurzeit zum Tode verurteilt.

Şîrîn Elemhulî hatte 4 Tage vor ihrer Hinrichtung einen Brief verfasst, in dem sie ihre Erfahrungen aus drei Jahren Gefangenschaft erklärte. Elemhulî, der nicht einmal ein Verteidiger zugestanden wurde, berichtet von den Jahren im Gefängnis „voller Folter und Schikanen hinter eisernen Türen."

Von den Tagen voller Folter berichtend schreibt Şîrîn Elemhulî: „In den Händen der Soldaten habe ich Tag voller Schmerz durchlebt. Warum haben sie mich festgenommen oder warum hängen sie mich auf? Ist es weil ich Kurdin bin? Ich bin als Kurdin geboren und musste soviel Folter und Schikane erleben weil ich Kurdin bin."

Ich bin mit der kurdischen Sprache aufgewachsen
Elemhulî schreibt, dass der iranische Staat von ihr verlangte ihre Nationalität zu verleugnen. „Wenn ich das getan hätte, so hätte ich mich selbst verleugnet. Meine Sprach ist kurdisch. Ich bin mit dieser Sprache aufgewachsen. Sie erlauben nicht, dass ich in meiner eigenen Sprache spreche oder schreibe."

Eure Folter ist mein Albtraum geworden
In ihrem Brief richtet sich Şîrîn Elemhulî auch an die Anwälte und Richter und beschreibt, dass ihr nicht gestattet wurde während der Verhöre und Aussagen auf kurdisch zu sprechen. Sie hat in zwei Jahren ihrer Gefangenschaft im Ewin Frauengefängnis Persisch gelernt: „Weil ich nicht so gut Persisch konnte und ihr die Aussagen in eurer Sprache aufnehmen wolltet, habt ihr nicht verstehen können, was ich sagte."„Die Misshandlungen, die ihr mir angetan habt waren Nachts meine Albträume und Tags Schmerz und Folter. Wegen den Folterungen während der Verhöre habe ich Kopfschmerzen, an manchen Tagen halte ich diese Schmerzen nicht aus. Ich kriege nicht mehr mit, was neben mir und in meinem Umfeld geschieht, und ich komme stundenlang nicht mehr zu mir. Ich blute aus der Nase. Eine weitere Folge der Folter ist, dass meine Sehkraft mehr und mehr schwindet. Ich bekomme nicht einmal die Erlaubnis zu einer Behandlung."Elemhulî beschreibt, dass den anderen kurdischen Gefangenen in den Kerkern des Irans es genauso ergeht. Ihre letzten Worte vor der Hinrichtung waren folgenden:
„Was ihr getan habt, habt ihr nicht nur mir und meiner Familie angetan; das weiß ich. Diese Folter haben auch Zeynab Celaliyan, Rûnak Sefazade und viele andere junge KurdInnen erlebt. Tagelang warten kurdische Mütter, die Augen voller Tränen darauf, ihre Kinder zu sehen. Immer wenn das Telefon klingelt quälen sie sich, weil sie daran denken, was für schlimme Nachrichten sie erreichen mögen. Ist mein Kind hingerichtet worden …?"

Sie wollten, dass ich mit ihnen zusammenarbeite
„Nach einer langen Zeit ein paar Tage vor dem 2. Mai 2010 haben sie mich für ein Verhör wieder einmal in den den Abschnitt 209 des Ewin Gefängnisses gebracht und ihre grundlosen Anschuldigungen wiederholt. Dort wollten sie, dass ich mit ihnen kollaboriere und sagten, dass sie mein Hinrichtungsurteil aufheben würden, sollte ich zustimmen. Das war unsinnig. Darum gab es nichts was ich ihnen hätte sagen können, außer der Dinge, die ich schon in meiner Verhandlung gesagt hatte.Letztendliche wollten sie, dass ich das, was sie mir sagten vor den Kameras wiederhole. Aber ich habe das nicht akzeptiert. Darauf hin sagte derjenige, der für meine Aussage verantwortlich war: 'wir haben versucht dir zu helfen, aber weil deine Familie nicht bereit war zu kooperieren sind wir an diesen Punkt gekommen'. Er hat mir zu diesem Zeitpunkt gesagt, dass sie mich nicht freilassen werden, dass sie mich hinrichten werden ..."

PJAK kündigt Woche des Widerstandes an!
In einer Erklärung hat die PJAK im Rahmen einer Woche des "Widerstandes und der Freiheit" das Volk zum Serhildan (Volksaufstand) aufgerufen, um sich gegen die Hinrichtungen und Morde zu wehren. "Als PJAK haben wir die Botschaft, die die Feinde mit den Massakern überbracht haben, richtig verstanden." Die Woche des "Widerstandes und der Freiheit" wird zwischen dem 9. und 15. Mai stattfinden. Die PJAK ruft die Völker in Ostkurdistan und im Iran dazu auf, auf jede Weise zu protestieren.
Laut regionaler Quellen sind in der ostkurdischen Stadt Sine hunderte Menschen in den Morgenstunden zu den Häusern der hingerichteten Gefangenen Ferhat Wekili und Eli Heyderyan und zu dem des getöteten PJAK-Guerillakämpfers Feki Süleymani's geströmt.

Politische Gefangene im Protest
Gleichzeitig fanden auch Proteste der politischen Gefangenen gegen die Hinrichtungen statt. Nach den Hinrichtungen kam es im Teheraner Evin Gefängnis im Bereich 37 und 7, in Urmiye, Huseniye und in den Bereichen 1,2, und 4 des Gohadardaşt Gefängnis in Kerec nahe der Hauptstadt zu Aufständen der politischen Gefangenen. Laut des Menschenrechtskomitees sind die politischen Gefangenen im Evin Gefängnis außerdem in einen bis Donnerstag geplanten Hungerstreik getreten.

„Sie könnten morgen hingerichtet werden"
Gerüchten zufolge sollen 4 Gefangene, deren momentaner Aufenthaltsort unbekannt ist, hingerichtet werden. Es handelt sich um Zeyneb Celaliyan, Eziz Mimhemedzade Seqiz, Qadir Mihemedzade und Husen Xizri. Zeyneb Celaliyan wurde zuletzt im Dizilabad Gefängnis in Kirmaşan gesehen, Eziz Mimhemedzade im Seqiz Gefängnis, Qadir Mihemedzade und Husen Xizri in Urmiye. Es ist ungewiss wo sie sind und wie es ihnen geht.

(ANF, 9.-12.5. ISKU)

Meldungen

Vergeltungsschlag der HRK: 16 iranische Soldaten getötet
Nachdem am 9. Mai im Iran 4 politischen Gefangenen mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der PJAK hingerichtet wurden, hat die HRK (Hêzên Rojhilata Kurdistan, militärischer Arm der PJAK) in der ostkurdischen Stadt Meriwan eine Polizeistation angegriffen. In Piranşehir wurde ein Militärfahrzeug einen Abhang hinunter gestürzt. Bei der Besetzung der Polizeistation in Meriwan wurden 12, in Piranşehir 4 Soldaten getötet.
Laut einer Erklärung der HRK, fanden in der Nacht Angriffe auf eine Polizeistation zwischen den Dörfern Berdereş und Dublur, nahe der Stadt Meriwan statt. Bei der vollständigen Besetzung der Polizeistation sind 12 Soldaten getötet und 2 verletzt worden.
Etwa zur gleichen Zeit wurde zwischen den Dörfern Berdanaze und Zino, nahe der Stadt Piranşehir, ein Militärfahrzeug der iranischen Armee einen Abhang hinuntergestürzt. Dabei sind 4 Soldaten getötet und 4 verletzt worden.
Die HRK meldet, dass es bei den Gefechten keine Verluste auf Seiten der Guerilla gab. Die Aktionen werden in den Rahmen der, von der PJAK verkündeten Woche des "Widerstandes und der Freiheit" gestellt.

(ANF, 12.5., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
YH	Yüksekovahaber
YG	Yüksekovagüncel
GO	Günlük Online

Termine:

AUFRUF zum PROTEST in Berlin

KUNDGEBUNG Gegen HINRICHTUNGEN in Iran !

Für DEMOKRATIE , FRIEDEN und FREIHEIT !

Meclisa Koma Kurdan Berlin-Brandenburg

PROTESTKUNDGEBUNG
Am Freitag den 14.5.2010
um 16.00 Uhr.
Ort : BREIDSCHEIDPLATZ
U-Bahn : Bahnhof Zoo / Kurfürstendamm

Überblick über das Kriegsgeschehen der letzten Tage

Leider wiederholen sich die Nachrichten von schweren Kämpfen, bis hin zum Einsatz von chemischen Waffen wie weißem Phosphor durch die türkische Armee in den letzten Tagen und Wochen immer mehr. Minen werden verlegt, Militäroperationen durchgeführt, Dörfer bombardiert und ganze Landstriche verwüstet. In Maraş verlor Aufgrund eines Hinterhalts ein Guerilla sein Leben und einer seine Freiheit. In Dersim, Muş, Hakkari, Bingöl, Maraş und anderen Regionen dauern die Operationen, oft mit Luftunterstützung an. Erneut gab es auch in Şırnak eine extralegale Hinrichtung durch das Militär.

ZIVILISTEN DURCH ARTILLERIE VERLETZT BZW. GETÖTET

Während der Generalstab der türkischen Armee gebetsmühlenhaft behauptet, bei den grenzüberschreitenden Operationen auf das Leben von ZivilistInnen zu achten, reißen die Meldungen von getöteten ZivilistInnen nicht ab. Die von Çukurca aus auf das Gebiet des Föderalen Kurdistan abgeschossene Artillerie schlug in ein Haus im Dorf Şeladizê ein und tötete diesmal einen 27-jährigen Dorfbewohner und verletzte vier Personen, davon 3 zwischen 4 und 9 Jahre alte Kinder schwer. Die Menschen werden durch die Bombardierungen aus den Dörfern vertrieben. Das Gebiet steht praktisch unter Dauerfeuer durch die türkische Artillerie. Das Artilleriefeuer und die Bombardierungen aus der Luft dauern an. Außerdem wurden zwischen dem 9. und 10. Mai eine große Zahl von Dörfern in Haftanin und Zagros bombardiert.

Nach dem Angriff führten die DorfbewohnerInnen eine Protestdemonstration zu einer türkischen Militärbasis durch. Ihnen wurde jedoch von den Peşmergas der südkurdischen Regierung der Weg abgeschnitten.

Weiterhin wurden am 5. Mai Dorfbewohner, die auf die Weiden gezogen waren, im Zagros-Gebirge bombardiert. Glücklicherweise konnten die DorfbewohnerInnen vor den einschlagenden Mörser und Artilleriegeschossen rechtzeitig fliehen.
Die HPG erklärte, dass es das Ziel des Artilleriebombardements sei, die Dörfer an der Grenze zu räumen. Das Dauerfeuer der Artillerie zerstört die Lebensgrundlage der von Landwirtschaft lebenden Bevölkerung. Insbesondere in den letzten beiden Monaten sind deshalb gezielt Dörfer und landwirtschaftliche Nutzgebiete ins Visier der Artillerie genommen worden. Es entsteht immer wieder auch schwerer Schaden an Häusern in Dörfern.

Weiterhin kam es in der Region Çukurca zu weiteren schweren Gefechten, die über mehrere Tage ohne Pause andauern.

Die BDP plant ab dem 15. Mai eine Protestaktion von „Lebenden Schutzschilden“ aus Prominenten, PolitikerInnen, JournalistInnen und Mitgliedern zivilgesellschaftlicher Organisationen, die in das Operationsgebiet vordringen soll um die Kämpfe zu stoppen.

DERSIM/BINGÖL: OPERATIONEN UND EINSATZ CHEMISCHER WAFFEN

Seit Monaten finden in Dersim und Bingöl sich immer weiter ausweitende Militäroperationen statt. Während sich der Ministerpräsident Erdoğan auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos über im Gazakrieg eingesetzte israelischen Massenvernichtungswaffen, sprich Phosphorbombe echauffierte, setzt nun die türkische Armee eben diese geächteten Waffen in Dersim ein. Es werden große landwirtschaftlich genutzte Weiden mit weißem Phosphor vergiftet.

HPG WARNT BETREIBERINNEN VON KOHLEKRAFTWERKEN

Nachdem die HPG mit Aktionen und Erklärungen, die Firmen vor dem Bau von Staudämmen in Kurdistan gewarnt hat, kritisierte sie nun auch die Firmen, die Kohlekraftwerke in der Region errichten wollen, scharf. Sie erklärte, dass die Einrichtung von Kohlekraftwerken in der Region Şırnak, die Natur und die Kultur der Region zerstören und die Baustellen gleichzeitig als Basis für tausende Soldaten dienten. Sie sprachen eine letzte Warnung an die Firmen und Baustellenbetreiber aus. Die Guerilla werde dieser Zerstörungspolitik gegenüber nicht ruhig bleiben.

ŞIRNAK: ERNEUTE EXTRALEGALE HINRICHTUNG DURCH SOLDATEN

Die Serie von extralegalen Hinrichtungen durch das in Balveren stationierte Militärbataillon reißt nicht ab. Wieder erschossen Soldaten einen jungen Kurden unter dem Vorwand des Schmuggels. 4 weitere Personen wurden durch das Feuer der Soldaten schwer verletzt. Damit wurden in den letzten drei Monaten mindestens 3 unbewaffnete Zivilisten durch Soldaten dieser Einheit getötet aber keiner wurde bisher verurteilt. Die BDP sieht damit auch das Innenministerium in direkter Verantwortung für die Morde.
Die Verletzten erklärten, dass ihnen in den Rücken geschossen worden sei. Am Ort des Geschehens wurde ein große Zahl leerer Patronenhülsen der Soldaten gefunden. Die BDP erklärte, dass dies ein gravierender Verstoß gegen das Recht auf Leben sei und weiterhin Ausnahmezustandsbedingungen in der Region herrschten.
Weiterhin werden den BewohnerInnen der Region unter dem Vorwand des Schmuggels und angeblicher Tierseuchen, Pferde und Esel weggenommen und umgebracht. Zur gleichen Zeit nutzt das Militär eine große Zahl an Tieren für eigene Transporte. Was für DorfbewohnerInnen verboten ist.

HAFTANIN: SCHWERE GEFECHTE, 3 SOLDATEN GEFALLEN

Bei Gefechten mit der Guerilla, als Soldaten die Grenze überqueren wollten, starben am 9. Mai 3 türkische Soldaten. Die Gefechte spielten sich an zwei verschiedenen Orten in der Region ab. Auch in Oramar dauern die Auseinandersetzungen an, dort waren um den 6. Mai herum 15 türkische Soldaten und 2 Guerillas gefallen.

WAN: GUERILLA GESTORBEN

In Wan Çatak starb am 1. Mai der Guerilla Fevzi Osman aufgrund der schlechten Witterungsbedingungen. Er wurde 1978 geboren und trat 1999 der PKK bei.

TÜRKISCHE ARMEE SETZT DOMINATOR DROHNEN EIN

Nachdem das türkische Militär bis jetzt vor allem die israelischen Heron Drohnen eingesetzt hat, mietete die Türkei nun die in einer Koproduktion zwischen Israel und den USA (Aeronautics Defence Systems) hergestellten Dominator Drohnen. Sie können länger in der Luft bleiben und eine Last von 400 kg tragen.

GEVER/YÜKSEKOVA: SOLDAT GETÖTET

Bei Gefechten in der Region Gever wurde ein Soldat getötet und mindestens einer verletzt. Auch in dieser Region weitet sich die Bombardierung durch Artillerie und Mörser aus. Auch hier sind mehrere Dörfer von den Zerstörungen betroffen.

WEITERE VERBOTENE ZONEN

Der Generalstab hat aufgrund von Operationen 11 weitere Berge zu verbotenen Zonen erklärt. Dazu gehören auch landwirtschaftlich stark genutzte Gebiete. Sie stellen eine erhebliche Verletzung des Rechts auf Freizügigkeit dar. Mittlerweile ist nahezu die Hälfte der nordkurdischen Gebiete zu verbotenen Zonen erklärt worden.

(DIHA, YH, YG, ÖP, GO, 5–12.5., ISKU)

Nachdem in Ostkurdistan/Iran 5 politische Gefangene(4 PJAK Mitglieder) hingerichtet worden sind, wurde bekannt, dass ebenfalls in Dalaho 5 Guerillas der linken kurdischen PJAK durch Vergiften durch Agenten des iranischen Regimes ermordet worden sind.

STOPPT die HINRICHTUNGEN im IRAN !
IHR PROTEST RETTET LEBEN !

Proteste an: Botschaft der Islamischen Republik Iran
Tel:
030 84353-0 , 030 84353-535
Fax : 030 4824954
E-Mail:
iran.botschaft@t-online.de

Auf nach Kurdistan!
Informationsveranstaltung zum internationalen Jugendfestival 2010 und zum Jugendcamp 2011 in Amed
Vom 19. – 22. September 2010 findet in Amed – Kurdistan ein internationales Jugendfestival statt, zu dem alle Jugendorganisationen und -kollektive weltweit eingeladen sind, mit uns zu feiern, zu diskutieren und sich an der Vorbereitung eines internationalen Jugendcamps 2011 in Amed zu beteiligen und so unseren gemeinsamen Widerstand gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung voran zu treiben.
Zusammen mit GenossInnen und Freunden aus Kurdistan wollen wir im Rahmen einer bundesweiten Veranstaltungstour über die aktuelle Situation in Kurdistan berichten, die kurdische Jugendbewegung vorstellen und über unsere Vernetzung auf dem internationalen Jugendfestival 2010 und dem revolutionären Jugendcamp 2011 informieren. Hierzu laden wir euch herzlich ein!
Berlin 17.5. 19 Uhr Komel e.V. Friedrichstrasse 246
Hannover 18.5., 19 Uhr, Kurdistan Volkshaus, Nikolai Str. 23
Duisburg 19.5., 18 Uhr, Kurdistan Sol.Zent. e.V., Kaiser-Willhem Str. 268
Frankfurt 20.5., 18 Uhr, Mesopot. Kulturzentrum, Gewinnstr. 2
Stuttgart 21.5., 18 Uhr, Mesopotam. Kulturverein, Elbertstr. 10

jugendcamp.blogsport.de

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 465
21. Mai 2010

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kampagne gegen tödliche Militäroperationen der Regierung in Kurdistan

Lebende Schutzschilde

Angesichts der sich verschärfenden kriegerischen Auseinandersetzungen in den kurdischen Landesteilen der Türkei hat die prokurdische Partei für Frieden und Demokratie BDP dazu aufgerufen, die Militäroperationen »mit lebenden Schutzschilden« zu stoppen. Neben Abgeordneten der Partei beteiligen sich kurdische und türkische Künstler, Gewerkschafter, Menschenrechtsaktivisten und Prominente an der Kampagne.
Die Militäroperationen hätten seit Frühlingsbeginn stark zugenommen, erklärte der Abgeordnete Osman Özcelik aus Siirt. »Panzer, Hubschrauber und Flugzeuge bombardieren Kurdistan. Wir werden dies stoppen. Wir wollen keine Brüderlichkeit, wir wollen Gleichheit. Wir kennen seit osmanischer Zeit eure Brüderlichkeit. Ihr habt eure Brüder umgebracht, ins Exil geschickt, in die Gefängnisse geworfen. Diese Brüderlichkeit wollen wir nicht.« Das Ziel sei vielmehr ein würdiger Frieden.



Demonstration in Amed am 15. Mai

Nachdem Zehntausende Menschen am Wochenende an einer Friedensdemonstration in der Millionenstadt Diyarbakir teilnahmen, versuchte eine erste Gruppe von BDP-Mitgliedern, der auch der Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, sowie die Parlamentsabgeordneten Bengi Yildiz und Ayla Akat Ata angehörten, in das ländliche Operationsgebiet um die Stadt Lice zu gelangen. Der Buskonvoi wurde am Sonntag von der Militärpolizei mit der Begründung gestoppt, für die Sicherheit der Teilnehmer könne aufgrund eines angeblichen Sprengstoffundes an der Straße nicht garantiert werden. Andere Reisende durften allerdings die Straße passieren. »Wir wollen nicht, daß diese jungen Soldaten die uns behindern, oder die Guerillas in den Bergen sterben. Deswegen sind wir hier«, erklärte der BDP-Vorsitzende Selahattin Demirtas. In den nächsten Tagen wollen die Schutzschilde nach Semdinli an der iranischen Grenze fahren, wo es in der letzten Zeit zu Gefechten kam. Anschließend soll die Schutzschildkampagne in Sirnak an der irakischen Grenze fortgesetzt werden.
Bei Bombardierungen sei in der Region Dersim auch weißer Phosphor eingesetzt worden, meldet die kurdische Agentur Firat. Der türkische Generalstab hat unterdessen elf weitere Berge zu verbotenen Zonen erklärt. Dazu gehören auch landwirtschaftlich stark genutzte Gebiete. Mittlerweile ist nahezu die Hälfte der kurdischen Landesteile Sperrgebiet.
(jW, 18.5., ISKU)

Angriff auf Demonstration gegen Vergewaltigung,
vier schwer verletzte Kinder in 48 Stunden

Erneut Polizeiterror in Colemêrg

Die Kampagne der BDP mit dem Namen "Lasst uns eine demokratische und freie Gesellschaft aufbauen, Schluss mit der Vergewaltigungskultur", die mit einer großen Auftaktdemonstration am Samstag den 15. Mai in Colemêrg (Hakkari) begann, wurde gegen Ende von der Polizei angegriffen. Dabei kam es zu mehreren Festnahmen sowie zu vier schwer verletzten Kinder durch Schüsse aus scharfen Waffen, bzw. Plastikpatronen.
Die Kampagne kritisiert einerseits die patriarchalen und feudalen gesellschaftlichen Verhältnisse, greift aber andererseits ebenfalls den jahrelangen systematischen Missbrauch kurdischer Kinder an einer Schule in Sêrt (Siirt) durch Soldaten, Schulfunktionäre und Angehörige der türkischen Regierungspartei AKP auf.
Viele Tausend Frauen waren mit Fahnen, Transparenten und Parolen durch die Kleinstadt gezogen. Es demonstrierten junge und alte Frauen, in traditioneller und moderner Kleidung. Am Ende der Demonstration wurde eine Figur, die den iranischen Ministerpräsidenten Ahmadinedschad darstellen sollte, aus Protest gegen die Hinrichtungen im Iran verbrannt. An diesem Punkt griff die Polizei mit Gasgranaten, Plastikpatronen, Wasserwerfern und scharfen Schüssen an. Die Kämpfe weiteten sich auf das ganze Stadtgebiet von Colemêrg aus.

VIER KINDER
SCHWER VERLETZT
Innerhalb von 48 Stunden nach der Demonstration wurden 4 Kinder durch die Polizei schwer verletzt. Der 8-jährige Cafer Erik verlor bei den Polizeiangriffen auf die Demonstration und Anwohner_innen, durch eine Plastikpatrone das rechte Auge.
Weiterhin wurde ein 14-Jähriger durch einen Schuss aus einer scharfen Polizeiwaffe schwer verletzt. Die Polizei hatte eine Hochzeitsgesellschaft angegriffen, nachdem dort Parolen gerufen worden waren und verletzten den 14-jährigen Remzi Duman durch einen Bauchschuss schwer.
Außerdem wurde ebenfalls am 16.05. in Colemêrg der 5-jährige Aziz Ayaz, der Ball spielte, von einem Panzerwagen angefahren und bei Gever (Yüksekova) ein 12-Jähriger von Sicherheitskräften auf die gleiche Weise lebensgefährlich verletzt.
Dass Stadtratsmitglied Nusret Kurt erklärte dazu: „In der letzten Zeit üben insbesondere die Sicherheitskräfte bei ihren Einsätzen exzessive Gewalt gegenüber Kindern aus. Wir sind sehr ärgerlich über diese Situation."
(ANF, YH, 19.5., ISKU)

Meldungen

4 Soldaten und 1 Guerilla bei Gefecht in Tetvan gestorben
Bei einem Gefecht am 17. Mai nahe des Dorfes Onax im Landkreis Tetvan (Tatvan) der Provinz Bedlis (Bitlis) sind 4 türkische Soldaten und ein Mitglied der HPG-Guerilla getötet worden.
Laut einer Erklärung der HPG-Pressekontaktstelle kam es im Zuge der Operationen, die das türkische Militär seit einiger Zeit im Landkreis Tetvan durchgeführt hat, zu Gefechten.
(ANF, 19.5., ISKU)

Bombardierungen in Zağros und Zap dauern an
Nach einer Erklärung der HPG wurden Bombardierungen auf die Regionen Zap und Zağros durchgeführt. Laut der Erklärung wurden am 17. Mai zwischen 13.00 und 15.00 die Dörfer Bêdevê und Erdevê, am 18. Mai zwischen 17.00 und 18.00 Uhr das Gebiet Gewriya Ertîş von der türkischen Armee mit Mörser-und Granatgeschossen beschossen. Auch die Şehit Zeki, Şehit Neval und die Çeko-Anhöhen wurden am 17. und 18. Mai in den Mittagsstunden bombardiert. Ob es Tote gab ist nicht bekannt. *(ANF, 19.5., ISKU)*

Türkei, Iran, Irak: Grenze soll durch 134 neue Militärbasen geschlossen werden
In einer schriftlichen Erklärung des türkischen Generalstabs soll an der Grenze der Türkei zu Ost- (Iran) und Südkurdistan (Irak) eine neue 459 km lange Straße gebaut und 134 neue Armeestützpunkte errichtet werden. An der Grenze nach Ostkurdistan bei Şemdinli und Başkale haben Hunderte von Arbeiter und Dutzende Bulldozer begonnen, eine Mauer zu errichten. Weiterhin bauen sich viele tausend Soldaten an der Grenze auf. Aufklärungseinheiten mit modernster Technik werden stationiert. Die Bauarbeiten werden von Soldaten und Dorfschützern überwacht. In den Baklya-, Govend- und Çarçela-Bergen finden ohne Pause Operationen statt. Große Mengen militärisches Material, Panzer und Jammer werden pausenlos in die Region transportiert. *(ANF, 14.05., ISKU)*

166 Jahre Haftstrafe für Journalisten
Der Herausgeber der Zeitung Azadiya Welat Vedat Kursun wurde vom 5. Großen Strafgericht Diyarbakir wegen verschiedener Nachrichten zu insgesamt 166 Jahren Haft verurteilt. Die

Andritz bleibt im Ilisu-Projekt, Alstom und Züblin steigen aus

Die österreichische Andritz AG verbleibt als einziges europäisches Unternehmen im umstrittenen Ilisu-Staudammprojekt in der Türkei. Die Firmen Alstom (FR/CH) sowie Züblin (D/AUT, Strabag Tochter) sind endgültig ausgestiegen. Das geht aus einem Bericht des tschechischen Generalkonsuls der Türkei hervor.
Nach diesem Bericht über Projekte in der Türkei übernimmt Andritz die Aufträge von Alstom, die Arbeiten von Züblin werden von türkischen Firmen übernommen. Die fehlenden Gelder, die durch den Ausstieg der europäischen Banken im Juli 2009 entstanden sind, werden demnach zum Teil durch die türkische Halkbank in Bahrain aufgebracht. Ob bei der Beschaffung dieser Kredite die österreichische VATech Finance eine Rolle gespielt hat bzw. spielt - ist noch unklar. Die zuständige türkische Wasserbaubehörde DSI hatte jedenfalls am 20. April in einem Schreiben klargestellt, dass für die Aufbringung der Gelder die österreichische VATech Hydro GmbH verantwortlich sei (Zitat aus Schreiben vom 20.4.2010: "The credit is generated by the finance leader of the project, Va TECH Hydro Gmbh & Co.").
Vor kurzem ergab eine Überprüfung der Baustelle durch ECA Watch, dassin Ilisu wieder massive Bauarbeiten eingesetzt haben. Der Bau ist nach dem Rückzug der beiden europäischen Firmen selbst nach türkischem Recht illegal, weil die Bauvergabe an das internationale Konsortium vergeben wurde. Anwälte der Staudammgegner in der Türkei versuchen derzeit den Bau zu stoppen. Die türkische Wasserbaubehörde DSI argumentiert hingegen, dass sich das Baukonsortium nicht geändert habe, weil Andritz weiterhin mit dabei ist.
Andritz kann also den Unterschied machen. Die Verantwortlichen von Andritz, allen voran Vorstandschef Wolfgang Leitner, sind in einer seltenen Position: ihr Mittun oder Ausstieg entscheidet über Untergang der Region oder Erhalt der einzigartigen Landschaft mit den Jahrtausende alten Kulturschätzen, sowie über die Zukunft von etwa 70.000 Menschen. "Kündigt auch Andritz die Verträge, muss der Bau gestoppt und das Projekt neu ausgeschrieben werden", so Ulrich Eichelmann kurz nach seiner Rückkehr vom Tigris. Ein Prozedere, das mehr als ein Jahr dauern würde. Im Juli 2009 hatten Deutschland, Österreich und die Schweiz nach mehrjähriger Prüfung des Projekts die Verträge mit der Türkei aufgrund der bevorstehenden verheerenden Folgen gekündigt. Die europäischen Banken zogen ihre Kredite von etwa 500 Mio Euro ebenfalls zurück. *(ECA, 18.5., ISKU)*

Israelische Soldaten an der kurdischen Grenze

Eine 5-köpfige israelische Delegation, an der auch Soldaten beteiligt waren, hat auf die Einladung der Türkei hin zwischen dem 12. und 17. Mai eine Untersuchung in Şirnex (Şırnak) und Colemêrg (Hakkari) an der südkurdischen Grenze durchgeführt. Gemeldet wurde auch, dass die Delegation an der Grenze, an der es häufig zu militärischen Bewegungen kommt, bezüglich der neu gebauten Militärstationen Informationen sammelt.
Gemeinsam mit Soldaten der türkischen Armee hat die israelische Delegation ,bestehend aus einem Ingenieur, zwei Soldaten und zwei Zivilisten, Militärstationen an den Grenzlinien von Şemzînan (Şemdinli), Çelê (Çukurca), Qilaban (Uludere), Elkê (Beytüşşebap), Gever (Yüksekova) besucht und Informationen über die sich im Bau befindlichen neuen Militärstationen an der südkurdischen Grenze eingeholt.
Die Delegation war in der Militärkaserne von Şirnex untergebracht und ihnen wurde ein Hubschrauber des Typs Sikorky zur Verfügung gestellt, mit dem sie am letzten Tag vor ihrer Abreise aus Şirnex die Grenzlinie aus der Luft begutachteten.
Laut Informationen, die an die Firatnachrichtenagentur weitergeleitet wurden, hat die Delegation an der südkurdischen Grenze Messungen durchgeführt, diese auf Landkarten verzeichnet und auch den türkischen Soldaten ausgehändigt.
Nach einer am 28. April von Firatnews veröffentlichten Nachricht wurde in der 250 Kilometer großen Grenzregion in den Landkreisen Çelê, Gever und Şemzînan der Provinz Colemêrg zusätzlich zu den bestehenden Militär- und Lazarettstationen neue gebaut. Es wird vermutet, dass entlang der Grenze eine Pufferzone eingerichtet werden soll.
In den genannten Landkreisen, die einen Zugang zu dem immer stark umkämpften Zap-Tal bilden, sind die Militärstationen und Bataillone an den Grenzposten in den letzten Tagen verstärkt worden. *(ANF, 19.5., ISKU)*

Erneut faschistische Angriffe auf kurdische Studierende

Die Welle von Angriffen auf kurdische Studierende reißt nicht ab. Nachdem Faschisten und Polizist_innen kurdische Sturdierende in Muğla drangsalierten, kam es hier nun zu einem erneuten Angriff. Auch in Izmir und Eskişehir kam es in den letzten Tagen zu entsprechenden Angriffen. In Ankara griffen vermummte Faschisten kurdische Studierende an. Der Menschenrechtsverein IHD erklärte in Orten wie Muğla gibt es keine Sicherheit für die Unversehrtheit kurdischer Studierender mehr.

MUĞLA: LYNCHANGRIFF AUF LINKE KURDISCHE STUDIERENDE
Nachdem die Opfer von Angriffen türkischer Faschisten vorgestern in Haft genommen wurden, wurden heute 42 von ihnen freigelassen. Die Freigelassenen wurden erneut angegriffen, wobei ein kurdischer Studierender schwer verletzt wurde. Der Student Izzet F., wurde von Faschisten auf dem Nachhausweg abgefangen und zusammengeschlagen. Er befindet sich im Moment im Krankenhaus. Die Polizei ignorierte die mehrfach mit türkischen Fahnen am Krankenhaus vorbeifahrenden und erneut drohenden Faschisten.

ANKARA: MASKIERTE FASCHISTEN GREIFEN LINKE STRUDIERENDE AN
Eine Gruppe maskierter Faschisten griff am 14.05. in Ankara linke Studierende u.a. mit Dönermessern an. Eine Frau wurde durch die Messer u.a. an der Schulter verletzt. *(ANF, 14.5., ISKU)*

Strafe ergibt sich aus "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" sowie 103 Strafen für "Propaganda für eine terroristische Vereinigung". *(CH, 14.5., ISKU)*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
YH	Yüksekovahaber
jW	junge Welt
CH	Cumhuriyet
ECA	ECA Watch

Termine:

Stoppt die Hinrichtungen politischer Gefangener im Iran!

Kundgebung und Demonstration am Samstag 22. Mai, 14 Uhr in Berlin.

ab BREITSCHEIDPLATZ / GEDÄCHNITSKIRCHE

Am 10.Mai hat das iranische Regime fünf politische Gefangene in einer Nacht- und Nebelaktion im Teheraner Evin-Gefängnis als „Feinde Gottes und des Staates" gehängt. Dem Lehrer und Gewerkschafter Farzad Kamangar, den Lehrern Ali Heydarian und Farhad Vakili sowie der Frauenrechtsaktivistin Shirin Alam Hooli wurde die Mitgliedschaft in der oppositionellen Partei für ein freies Leben in Kurdistan (PJAK) vorgeworfen.

Mit unserem Protest wollen wir unser Mitgefühl für die Angehörigen, Freunde und Genossen der Hingerichteten ausdrücken und sie bei ihren Bemühungen um Gerechtigkeit unterstützen.
Wir fordern einen sofortigen Stopp der Hinrichtungen und die Freilassung aller politischen Gefangenen.
Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin
Bündnis der Kurden und Kurdischen Vereine Berlin-Brandenburg

Demonstration in Hamburg
Samstag den 22. Mai 2010
um 14.00 Uhr
ab Hauptbahnhof / Hachmannplatz

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 466
21. Mai 2010

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkisches Militär eskaliert den Krieg

Auch die letzte Woche war geprägt von militärischen Operationen, am Boden wie in der Luft. Jedoch erreichte sowohl die Repression eine neue Qualität, als auch das Ausmaß der militärischen Zerstörungen. So bombardierten am 20.5. mehr als 20 türkische F-16 Bomber, in Zusammenarbeit mit iranischer Artillerie, südkurdisches Gebiet. Dabei wurden die EinwohnerInnen von mindestens drei Dörfern zur Flucht gezwungen. Das türkische Militär warf 2000 Pfund Bomben über Südkurdistan ab und richtete große Verwüstungen an. Auch in Nordkurdistan, in der Provinz Bitlis wurden DorfbewohnerInnen vom Militär gezwungen, mindestens neun Dörfer zu räumen. In Dersim kam es neben schweren Militäroperationen zu verstärkten Aktivitäten von bekannten Todesschwadronen des Jitem und der Konterguerilla. Die Gabar-Berge wurden aus Hubschraubern bombardiert und stehen in Flammen.

Südkurdistan: Schweres Bombardement, Gefechte, Vertriebene und Tote

Bei den Angriffen des türkischen Militärs sind in den letzten Tagen zwei ZivilistInnen getötet und 10 verletzt worden. Der 27-jährige Hüseyin Rekani wurde bei einem Treffer auf sein Haus in einem Dorf getötet, seine Frau und seine zwischen vier und neun Jahre alten Kinder wurden schwer verletzt. Drei Dörfer wurden entvölkert. Vier Guerillas fielen dem schweren Artilleriebombardement zum Opfer. Die Situation ist mehr als besorgniserregend und aufgrund der massiven Militärpräsenz an den Grenzen ist ein Einmarsch der türkischen Armee in Südkurdistan zu befürchten. Auch die von den USA abhängige südkurdische Regierung gibt zu diesem Vorgehen durch ihr Schweigen und ihre öffentlich zur Schau getragene Unbekümmertheit, eine Zustimmung zu solchen Operationen.

Zap Xinere: Schweres Bombardement

Hubschrauber mit Bomben beladen überquerten am 22.5. die Grenze in Richtung Zap-Gebiet, nachdem die Region gestern unter schwerem Bombardement aus Flugzeugen lag. Gestern hatten 20 türkische Kriegsflugzeuge die Gebiete unter Guerillakontrolle in zwei Angriffswellen bombardiert. Nach Angaben der türkischen Presse wurde das Bombardement mit Hilfe amerikanischer Geheimdiensterkenntnisse durchgeführt. Parallel dazu feuerte das iranische Militär, wie seit Tagen schon, auf das Xinere Gebiet mit Artillerie.

Haftanin bombardiert

Das südkurdische Haftanin-Gebiet lag auch am 20. und 21. Mai unter schwerem Artillerie- und Mörserbeschuss. Dabei wurden auch mehrere Dörfer angegriffen. Am 22.5. wurde ein Dorfbewohner durch das Bombardement verletzt, landwirtschaftliche Nutzflächen und Gärten erlitten großen Schaden. Weiterhin stehen große Militärkontingente an der Grenze zum Einmarsch bereit.

Bevölkerung dreier Dörfer durch Bombardierung vertrieben

Das schwere Bombardement der letzten Tage, bei dem das türkische Militär 1000 kg Bomben einsetzte, an dem sich aber auch das iranische Militär massiv beteiligte, führte zur Vertreibung der Bevölkerung dreier Dörfer in der Nähe von Süleymaniya.

Şemzinan (Şemdinli): Immer mehr Soldaten

In den Militärbasen entlang der Grenze werden immer mehr türkische Soldaten zusammengezogen. Von Gever (Yüksekova) aus starten Hubschrauber um ländliche Gegenden um Oramar (Dağlica) zu bombardieren. Auch hier wird anscheinend direkt eine grenzüberschreitende Operation vorbereitet.

Elaziğ: Gefechte zwischen Guerilla und Militär

Nach einer Erklärung des Pressezentrums der HPG kam es am 19. Mai in der nordkurdischen Provinz Elaziğ im Rahmen einer Militäroperation zu Gefechten mit der Guerilla. Über Verletzte und Tote ist noch nichts bekannt. Die Operation wird durch Artillerie und Mörserbombardement begleitet.

Dersim: Kontraaktivitäten gesteigert

Während sich die Aktivitäten des türkischen Militärs jeden Tag in Form von Bombardierungen und Bodenoperationen in der Provinz Dersim ausweiten, bewegen sich immer mehr Gruppen von Spezialeinheiten der Konterguerilla und dem an tausenden extralegalen Hinrichtungen beteiligten Geheimdienst JITEM durch ländliche Gebiete und bedrohen die Dorfbevölkerung und versuchen diese so einzuschüchtern. Die Aktivitäten dieser Einheiten wurden seit dem 14. Mai besonders in der Region um Ovacik beobachtet.
Die Übergriffe dieser Einheiten gehen im Moment von verbalen Angriffen, bis hin zu physischen Übergriffen. Weiterhin richten sie Hinterhalte gegen die kurdische Guerilla aus.

Şirnak: Hubschrauber bombardieren Berge, Wälder brennen

Während in der nordkurdischen Grenzprovinz seit zwei Tagen Hubschrauber die Berge bombardieren, brennen die Wälder. Weiterhin strömen auch in diese Region tausende Soldaten, die allerdings nichts zum Löschen unternehmen.

Bitlis: Eine Guerillera gefallen

Im Landkreis Tatvan in der Provinz Bitlis fiel am 17. Mai die Kämpferin der Frauenguerilla YJA-Star Asiye Gündüz im Gefecht mit dem türkischen Militär.

Bitlis: Bevölkerung von neun Dörfern soll vertrieben werden

Die türkische Armee beginnt nun auch in Nordkurdistan erneut auf die Entvölkerungspraxis der 90er Jahre zurückzugreifen, als über 4000 kurdische Dörfer vom türkischen Militär zerstört wurden.
In der Region Bitlis/Tatvan haben türkische Soldaten die Bevölkerung von neun Dörfern angewiesen, diese zu räumen. Sie erklärten, die Gegend werde bald mit Hubschraubern und Haubitzen bombardiert werden.

Ostkurdistan/Iran: Vergeltungsaktionen der Guerilla

Nach den Hinrichtungen von kurdischen AktivistInnen im Iran rief die kurdische Freiheitspartei PJAK zu einer Einheitsfront gegen das iranische Regime auf. Die Jugendlichen sollten den Kriegsdienst verweigern. Bei Vergeltungsaktionen der Guerilla starben innerhalb von 48 Stunden mehr als 10 Soldaten und Revolutionswächter. Schon am 16.5. waren bei einer Aktion der HRK mindestens 11 iranische Revolutionswächter ums Leben gekommen.

(ANF, DIHA, YH, 22.5., ISKU)

Meldungen

Türkei gewinnt mehr Einfluss bei der UN

Während die Türkei vorübergehendes Mitglied im Weltsicherheitsrat ist, wirkt sie an drei UN-Projekten führend mit. Sie hat die Präsidentschaft im Nord Korea Sanktionskomitee und des Komitees zur Bekämpfung des Terrorismus inne und ist zugleich "leading country" der Afghanistan-Mission.

(CH, 19.5., ISKU)

Solidarität mit Tekel-Arbeitern

Ankara. Unter der Losung »Die Tekel-Arbeiter sind nicht alleine!« zeigten Hunderttausende Arbeiter am Mittwoch in der Türkei ihre Solidarität mit den Angestellten des staatlichen Tabakmonopols Tekel. Seit Dezember wehren sich Tausende Tekel-Angestellte gegen ihre privatisierungsbedingte Kündigung oder Überführung in den rechtlosen Leiharbeitsstatus 4/C.
Obwohl im Februar sechs Gewerkschaftsföderationen einen Generalstreik für den 26. Mai zur Unterstützung der Tekel-Arbeiter vereinbart hatten, rief der größte Gewerkschaftsdachverband Türk-Is lediglich zu einer einstündigen Arbeitsniederlegung auf. Gegen diese Entscheidung protestierten Tekel-Arbeiter seit Montag landesweit mit der Besetzung von Türk-Is-Büros. Nur die linke Gewerkschaftsföderation des öffentlichen Dienstes KESK sowie klassenkämpferische Teile von Türk-Is führten ganztägige Streiks durch.
In Bergwerken wurde die Arbeit für mehrere Stunden ausgesetzt, um 30 Bergleuten zu gedenken, die vor wenigen Tagen bei einer Gasexplosion in Zonguldak ums Leben kamen.

(jW, 27.5., ISKU)

USA eröffnet Konsulat in Region Kurdistan

Der US-Kongress hat im Repräsentantenhauses in der US-Hauptstadt Washington die Entscheidung Nr. 873 getroffen, in der Hauptstadt der nordirakischen Region Kurdistan, Erbil, ein Konsulat zu eröffnen.
Laut der offiziellen Website der Kurdischen Regionalregierung hat der US-Kongress die Entscheidung getroffen, nachdem sich auch die Regionalregierung acht Monate lang um diese Vertretung bemüht hatte.
„Diese Entscheidung wird die bilateralen Beziehungen zwi-

Massenhafte Proteste gegen Militäroperationen

In vielen kurdischen Städten kam es in den letzten Tagen zu massenhaften Protesten gegen die eskalierenden militärischen Operationen des türkischen Staates. In Wan, Êlîh (Batman), Amed (Diyarbakir), Semsûr (Adiyaman), Istanbul und vielen anderen Orten protestierten Zehntausende gegen die Operationen. An einer Demonstration im Rahmen der lebenden Schutzschilde Kampagne der Partei für Frieden und Demokratie BDP in Gever (Yüksekova) nahmen mehrere zehntausend Menschen teil. In Êlîh und Istanbul kam es zu Polizeiangriffen, Festnahmen und Verhaftungen.

Êlîh: Polizeiangriff auf Demonstration Zehntausender

Am 23.5. beteiligten sich an einer Demonstration gegen die Militäroperationen des türkischen Staates, in der kurdischen Stadt Êlîh, mehrere zehntausend Menschen. Es wurden Parolen für die PKK, gegen Ahmadinedschad, gegen die Operationen und die faschistischen Angriffe der letzten Zeit gerufen. Die Menschen trugen die in der Türkei verbotenen Symbole der PKK. Am Ende griff die Polizei die Demonstration mit Wasserwerfern und Gasgranaten an und nahm sechs Personen fest.

Gever/Yüksekova: Zehntausende als lebende Schutzschilde auf Demonstration

An der im Rahmen der Kampagne „lebende Schutzschilde" durchgeführten Demonstration in Gever nahmen mehrere zehntausend Menschen teil. Die Demonstration ging vom Stadtzentrum hin zu einem fünf km entfernten Militärflughafen. Es wurden Parolen gerufen wie: „Weder Soldaten noch Guerillas sollen sterben." Die Fotos von bei Luftangriffen des türkischen Militärs getöteten Guerillas, Fahnen der KÇK und Bilder von Abdullah Öcalan wurden gezeigt. Sowohl in Gever als auch in Şemzinan (Şemdinli) blieben alle Läden geschlossen.

Wan: 20.000 auf Demonstration gegen Operationen

Am 22.5. versammelten sich in Wan nach einem Aufruf der BDP mehr als 20.000 Menschen, um gegen die Operationen des türkischen Militärs zu protestieren. Auch hier wurden Parolen für den Frieden, die PKK und ihren Vorsitzenden gerufen. Weiterhin wurde das iranische Regime und der türkische Ministerpräsident Erdoğan scharf verurteilt. Die massiv präsente Polizei überflog die Demonstration mehrfach mit Hubschraubern.

Istanbul: Proteste und Strassenschlachten gegen Militäroperationen

Gegen die Militäroperationen und faschistischen Übergriffe auf KurdInnen, gab es in Istanbul mehrere Protestaktionen. In Gaziosmanpaşa wurde am 23.5. eine Protestdemonstration heftig von der Polizei angegriffen. Die DemonstrantInnen, die immer wieder Parolen für die PKK und ihren Vorsitzenden riefen, wurden mit Bereitschaftspolizei, Panzer und Panzerfahrzeugen angegriffen. Mindestens eine Person wurde festgenommen. Außerdem wurden mehrere Banken und Supermärkte von kurdischen Jugendlichen am 24.5. aus Protest in Brand gesetzt. Hunderte Jugendliche errichteten Barrikaden und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei.

(ANF, 24.5., ISKU)

Terror gegen Studierende

Schon letzte Woche starb ein kurdischer Studierender in der westtürkischen Stadt Mugla, nachdem er von mehreren Polizeikugeln schwer verletzt worden war. Die Polizisten unterstützten die angreifenden türkischen Faschisten und Nationalisten mit tödlicher Gewalt. Es kam in der letzten Woche auch in anderen Städten zu rassistischen Lynchjagden auf kurdische Studierende. In Tokat wurden dabei zwei kurdische Studierende so schwer verletzt, dass ihr Zustand immer noch kritisch ist. Weiterhin taten sich staatliche Kräfte durch Festnahme- und Verhaftungsoperationen gegen kurdische Studierende hervor.

Istanbul: 15 Verhaftungen, sechs Festnahmen

Bei am 18. Mai in Balikesir durchgeführten Razzien wurden 15 kurdische Studierende verhaftet und in Aksaray sechs weitere festgenommen, da behauptet wurde, sie seien Mitglieder der Jugendorganisation YDG-M, der mittlerweile verbotenen, linken, kurdischen Partei DTP.

Sakarya: 20 Studierende festgenommen

Auch hier wurden bei Hausdurchsuchungen am 20.05. mindestens 20 kurdische Studierende festgenommen. Unter den Festgenommenen befindet sich auch der Journalist der kurdischen Nachrichtenagentur DIHA, Çağdaş K.

Tokat: Erneuter faschistischer Angriff auf kurdische Studierende

Auch hier waren drei kurdische Studierende am 21. Mai festgenommen worden. Als zwei ihrer Freunde zum Polizeirevier gingen, um etwas über deren Situation zu erfahren, wurden diese, von einer fünfzehnköpfigen Gruppe dort wartender türkischer Faschisten mit Stangen angegriffen. Sie wurden schwer verletzt und befinden sich immer noch in kritischem Zustand. Schon während ihrer medizinischen Behandlung versammelte sich ein großer faschistischer Mob vor dem Krankenhaus.

Istanbul: MLKP verübt Anschlag auf faschistische Partei

Am 18. Mai verübte die MLKP einen Bombenanschlag auf ein Büro der ultranationalistischen BBP in Istanbul, bei dem hoher Sachschaden entstand. Sie erklärte: „Aufgrund der Ermordung von Şerzan Kurt durch einen vom faschistischen Staat organisierten Angriff, der Razzien, den Verhaftungsterror gegen kurdische Jugendliche in Balikesir und Izmir, haben wir die BBP zu unserem Angriffsziel gemacht."

(ANF, 23.5., ISKU)

Polizeiterror: 134 Festnahmen in fünf Tagen

In der Türkei hat gegen die kurdische Bewegung eine neue Festnahme- und Verhaftungswelle begonnen. Jeden Tag finden Hausdurchsuchungen statt, Studierende, Jugendliche und Kinder, Menschen jeder Altersgruppe werden festgenommen. Einerseits wird den türkischen Faschisten erlaubt, auf der Straße Jagd auf KurdInnen zu machen, andererseits übt die Polizei einen Festnahmeterror aus. Innerhalb von fünf Tagen wurden in Dersim, Eleziz (Elaziğ), Meletî (Malatya), Erzingan (Erzincan), Qers (Kars), Riha (Urfa), Êlîh (Batman), Cizîr (Cizre) und Aydin 134 Personen festgenommen. Besonders betroffen sind AktivistInnen und FunktionärInnen der BDP und aus den kurdischen Basisorganisationen, wie auch JournalistInnen.

(ANF, 24./25.5., ISKU)

schen beiden Ländern stärken", hieß es auf der Website der Regionalregierung. Verbesserungen würden im Bereich der Politik und Wirtschaft, aber auch im Tourismus und bei Investitionen erwartet.

(AK, 21.5., ISKU)

Bürgerinitiative ruft zum Widerstand gegen faschistische Übergriffe auf

Nach dem Mord an dem kurdischen Studenten Serzan Kurt hat sich eine Bürgerinitiative gegründet, die zum Widerstand gegen die andauernden Übergriffe aufruft.

In einer scharf formulierten Erklärung der kurdischen Initiative heißt es, dass für dieses Verbrechen die AKP verantwortlich sei und fordert den Gouverneur von Muğla und den Vorsitzenden der Sicherheitsdirektion zum Rücktritt auf. Wenn angesichts der faschistischen Übergriffe und der rassistischen Lynchmobs keine Maßnahmen getroffen werden, so die Bürgerinitiative, dann müssen die kurdischen Jugendlichen die "notwendige" Antwort auf die Angriffe geben.

Weiterhin äußerte die Initiative "Wir sind alle Şerzan" und "für die zunehmenden faschistischen Angriffe gegen KurdInnen ist die AKP-Regierung verantwortlich. Die immer häufigeren Angriffe in der Westtürkei zeigen, dass der blutigen Plan gegen KurdInnen ein Zyklus ist. Angesichts dieser Angriffe werden wir auf keinen Fall ruhig bleiben. Die KurdInnen werden sich verteidigen, dass müsst ihr so wissen."

Die kurdische Bürgerinitiative ruft die kurdischen Jugendlichen zum Widerstand gegen die Angriffe auf. Der Familie und den FreundInnen des verstorbenen Şerzan Kurt bekundet sie ihr Beileid und verspricht sein Andenken zu ehren.

(ANF, 20.5., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
YH	Yüksekovahaber
jW	junge Welt
CH	Cumhuriyet

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 467
4. Juni 2010

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KCK beendet einseitigen Waffenstillstand

Die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan (KCK), die Dachorganisation der PKK und der Guerilla HPG, erklärte offiziell das Ende ihres 13-monatigen Waffenstillstandes. Sie erklärte, dass der türkische Staat und die AKP nicht die notwendigen Schritte für einen Friedensprozess eingeleitet hätten: „Trotz unserer Bemühungen die Gewalt zu beenden, setzte der türkische Staat und die AKP ihre Vernichtungspolitik gegen die kurdische Freiheitsbewegung fort."
Dies war der 6. von Ankara ignorierte einseitige Waffenstillstand der kurdischen Guerilla seit 1993. In den 13 Monaten führte der türkische Staat mindestens 273 Militäroperationen gegen die kurdische Guerilla durch, verbot die linke kurdische DTP und inhaftierte 1440 ihrer Mitglieder, 4475 waren von Festnahmen betroffen. Auch die Bemühungen von Abdullah Öcalan, AnsprechpartnerInnen auf türkischer Seite zu finden, stießen auf keine Gesprächsbereitschaft; seine für einen Friedensprozess erarbeitete Roadmap wird von der türkischen Regierung immer noch unter Verschluss gehalten. Auch die Initiative der aus der Guerilla und dem Flüchtlingscamp in Maxmur ausgesandten „FriedensbotschafterInnen" war vom türkischen Staat und den Medien sabotiert worden. Die BotschafterInnen wurden mit politischen Verfahren überzogen und sind mit langjährigen Haftstrafen bedroht. Auch die Menschenrechtssituation hat sich rapide verschlechtert, im Jahr 2009 wurden 61 Personen von der Polizei erschossen, 24 starben in Haft, 397 Fälle von Folter wurden gemeldet und insgesamt 20720 Menschenrechtsverletzungen in den kurdischen Gebieten dokumentiert. (IHD). Viele tausend Kinder und Jugendliche erwarten Verfahren, Hunderte sind nach dem Terrorgesetz wegen angeblicher Steinwürfe inhaftiert. Mindestens neun Kinder wurden 2009 Opfer extralegaler Hinrichtungen. 26 kurdische Zeitungen wurden 62mal geschlossen und mehrere JournalistInnen in Haft genommen. Besonders hervorstechend ist hier der Fall von Vedat Kursun, der als Journalist der Zeitung Azadiya Welat wegen Propaganda für eine verbotene Organisation zu 166 Jahren Haft verurteilt worden war. In der Erklärung wurde betont, dass die AKP für einen heraufziehenden „tragischen Krieg" verantwortlich sei.

Attentat auf Militärkommandanten in Colemêrg (Hakkari)
Am 1. Juni führten um10.00 morgens kurdische Guerillas ein Attentat auf einen Militärkommandanten in Colemêrg/Oramar durch. Die Guerilla erlitt bei der Aktion keine Verluste. Sikorsky Helikopter brachten die Leiche des Kommandanten weg und bombardierten die Region schwer. Es kam auch zu breitem Artilleriebombardement auf das Zap-Gebiet.

Bei einem Gefecht mit der kurdischen Guerilla am 31.05. im Landkreis Çelê wurden 2 Soldaten verletzt, eine Gefreiter starb. Über Verluste auf Seiten der Guerilla ist nichts bekannt. Von Çelê aus wird fast pausenlos Südkurdistan mit Artillerie bombardiert. Große Soldatenkontingente wurden in die Region transportiert. Der Lärm der Geschütze ist auch im Stadtzentrum deutlich zu hören.

Weitere militärische Auseinanderstzungen in Dersim
Bei schweren Gefechten an der Grenze zu den Provinzen Dersim und Cewlig verloren am 25.05. vier Guerillas durch das Bombardement aus Kobrahubschraubern ihr Leben. Ein weiterer Guerilla fiel in Hatay bei einer Aktion der Guerilla gegen ein Radarzentrum der türkischen Armee.

Nachdem in der Nacht zum 31.05. ein Angriff auf eine Basis von Spezialeinheiten durchgeführt worden war, weiten sich die Operationen mit Luftunterstützung aus. Gebiete an der Grenze zu Cewlig und in Nazimiye liegen unter schwerem Bombardement.
Bei dem Angriff der Guerillas wurden mehrere Fahrzeuge der türkischen Armee getroffen. Bei dem Angriff kamen auch eine unbekannte Anzahl von Soldaten ums Leben. Panzer und Hubschrauber versuchten erfolglos den Guerillas nachzusetzen, die sich ohne Verluste zurückziehen konnten.

HPG bekennt sich zu Angriff auf Marinekommandantur
Die kurdische Guerilla HPG bekannte sich zu dem Raketenangriff auf die Marinekommandantur von Iskenderun am 31.05., bei dem 7 Soldaten starben und 11 verletzt wurden. Ein Militärfahrzeug vom Typ Reo wurde ebenfalls vollständig zerstört. Die Guerilla erlitten keine Verluste. Die Guerilla zeigte damit ihre Reaktionsfähigkeit auch in diesem weit westlichen Gebiet der Türkei gegen ein gut geschütztes Ziel wie die Marinekommandantur. Sie erklärte, sie werde die Aktionen ausweiten, so lange wie der türkische Staat seine Militäroperationen in Kurdistan fortsetzt.
Am frühen Morgen des 2. Mai vermuteten die Soldaten in der Marinekommandantur einen erneuten Angriff der Guerilla und eröffneten das Feuer. Sie waren aufgrund von Windgeräuschen in Panik geraten.

Angriffe auf Militärstützpunkte
Ebenfalls Ende Mai führte die HPG eine Aktion gegen einen Militärstützpunkt durch. Schon am 27.05. war die Kreiskommandantur der Jandarma angegriffen worden. Dabei waren ein Soldat gestorben und einer verletzt worden. Bei dem neuerlichen Angriff starben ein Soldat und ein Dorfschützer, zwei Soldaten und ein Dorfschützer wurden verletzt. Die Soldaten setzten den Guerillas mit einer Operation nach. Dabei starb ein weiterer Soldat. Die Guerilla konnte sich ohne Verluste zurückziehen. Die Guerilla rief die Dorfschützer nochmals deutlich auf, nicht an Operationen teilzunehmen.

Dorfschützer sollen Waffen niederlegen
Die Regionalkommandantur der HPG von Botan warnte am 1. Juni die Dorfschützer, an Operationen teilzunehmen und forderte sie auf, ihre Waffen niederzulegen. Sie wies darauf hin, dass bei Gefechten in der Region einige Dorfschützer gestorben oder verletzt worden seien und dass der türkische Staat die Dorfschützer bewusst gegen die Guerilla vorschickt. Die HPG erklärte, sie wolle die Dorfschützer nicht als Ziel sehen, und dass die Dorfschützer oft unter großem Druck vom

→

Meldungen

Sêrt: 60 Jugendliche festgenommen
In Sêrt wurden 60 Jugendliche, die an einer Demonstration unter dem Motto :"Stoppt die Eskalation des kulturellen Völkermordes, Prostitution, Drogenhandel und Agententum!" teilnehmen wollten, festgenommen.
Die Demonstration wurde von der revolutionären patriotischen Jugend (Devrimci Yurtsever Gençlik, DYG) organisiert und sollte vom Viehmarkt bis zur BDP-Landkreiszentrale laufen. TeilnehmerInnen wurden auf dem Weg zur Demonstration von der Polizei gestoppt und ohne jeden Grund festgenommen und in Kleingruppen zur Sicherheitsdirektion in Sêrt abtransportiert.
(ANF, 30.5., ISKU)

Diskussion über Beziehung von Roj TV und PKK in Dänemark
Die dänische Tageszeitung BerlinskeTidende berichtet über Verbindungen zwischen dem kurdischen Fernsehsender Roj TV und der PKK, die der dänischen Polizei seit einem Jahr bekannt sein sollen. Der Bericht wird mit Fotos belegt. Die dänischen Sozialdemokraten fordern den Rücktritt des Justizministers. Die Türkei fordert seit Jahren die Schließung des Senders. Dies wurde von der dänischen Regierung bisher mit Hinweis auf fehlende Beweise über die Beziehungen zur PKK zurückgewiesen.
(NTV, 27.5., ISKU)

Kampagne für Kinder in Haft
Die CHAK (The Centre of Halabja against Anfalazation and Genocide of Kurds) hat eine Kampagne zur Freilassung inhaftierter Kinder in Nordwestkurdistan begonnen.
Auf ihrer Versammlung am 30. Mai, an der sich Mitglieder aus 12 Ländern beteiligten, beschloss die CHAK mit der Kampagne zu beginnen. Der zweite Vorsitzende Gabar Ciyan gab zunächst einen Bericht über die Lage der Kinder in den Gefängnissen ab. Er wies darauf hin, dass auch die Türkei, wenn sie der EU betreten wolle, das internationale Abkommen über Rechte von Kindern unterschreiben müsse. Der erste Vorsitzende Goran Halabcayî erklärte, man werde mit der Kampagne überwiegend an die europäische Öffentlichkeit gehen.

Neue Skandale im Ilisu-Projekt

Umsiedlungen aus Ilisu Dorf ohne entsprechende Entschädigungen, Monumente in Hasankeyf sollen nicht wieder aufgebaut werden. Andritz macht sich mitverantwortlich.

In zwei Monaten sollen nach Informationen der Initiative zur Rettung von Hasankeyf die Menschen im Dorf Ilisu umgesiedelt werden. Nun wird klar, dass dies für sie existenzbedrohend wird: Für ihre neuen Häuser müssen sie ca. 25.000 Euro mehr bezahlen, als sie vom Staat als Entschädigung erhalten. Während sie maximal 20.000 Türkische Lira für den Verlust ihrer Wohnstätten bekommen, kosten die neu errichteten Häuser 70.000 Lira.

„Die Menschen in Ilisu sind verzweifelt und selbst diejenigen, die den Staudamm früher befürwortet haben, lehnen ihn nun einhellig ab“, berichtet Ipek Tasli von der Initiative, die vor wenigen Tagen mit Dorfbewohnern sprach. Obwohl ihnen versprochen wurde, dass für sie Arbeitsplätze auf der Ilisu-Baustelle geschaffen würden, werden für die Bauarbeiten hauptsächlich Arbeiter aus anderen Teilen der Türkei herangezogen. Wenn ihr Land geflutet wird, können die Einwohner, die zu einem großen Teil von der Landwirtschaft leben, sich nicht mehr selbst ernähren. Ebenso fraglich ist dann, wie sie die Kredite für die neuen Häuser zurückzahlen sollen. Schon jetzt können sie Teile ihres Landes nicht mehr nutzen, da dieses für die Bauarbeiten beansprucht wird. Entschädigung haben die Bewohner dafür nicht erhalten.

„Die österreichische Andritz AG macht sich an diesem Skandal mitschuldig, wenn sie nicht aus dem Staudammprojekt aussteigt“, so Thomas Wenidoppler von ECA Watch Österreich zu den Vorgängen. Erst vor wenigen Wochen ist offiziell bekannt geworden, dass sie als einziges europäisches Unternehmen im Ilisu-Projekt verbleibt. Alle anderen europäischen Partner sind den Empfehlungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz gefolgt, die sich im Juli 2009 wegen der mangelhaften Einhaltung von Projektauflagen seitens der Türkei aus dem Projekt zurückgezogen hatten.

Auch ein anderes Versprechen bricht die Türkei im Ilisu-Projekt: Aus einem Artikel der Hürriyet Daily News vom 24.5. geht hervor, dass nun auch Hasankeyfs antike Brücke und die antike El Rizk Moschee nach den Plänen der türkischen Behörden in den Fluten des Ilisu-Staudamms versinken sollen. Bisher hatten die türkischen Behörden versichert, Hasankeyf werde „gerettet“, indem die wichtigsten zwölf Monumente im Original abgetragen und wieder aufgebaut werden. Jetzt ist nur noch von „Nachbildungen“ die Rede.

„Die vollmundigen Versprechen Premierminister Erdogans entpuppen sich nun als reine Hinhaltetaktik, um die Projektkritiker zu beschwichtigen“, kommentiert Heike Drillisch, Koordinatorin des deutschen Netzwerks GegenStrömung. „Offensichtlich interessieren Erdogan weder die Kulturgüter noch die internationale Reputation seines Landes.“ Zahlreiche Prominente, Parlamentarier aus vielen Ländern und der Internationale Rat für Denkmalpflege (ICOMOS) haben sich für den Erhalt Hasankeyfs ausgesprochen.

ECA Watch Österreich, Initiative zur Rettung von Hasankeyf, GegenStrömung, 1.6.
www.stopilisu.com

Fortsetzung: KCK beendet einseitigen Waffenstillstand

türkischen Militär zu den Operationen gezwungen würden. Deshalb warnte die HPG die Dorfschützer erneut und forderte sie auf, die Waffen niederzulegen. Andernfalls könne sie keine Verantwortung übernehmen.

In Wan/Şax weigerten sich 40 Dorfschützer, zusammen mit dem türkischen Militär zur Operation auszurücken. Sie legten die Waffen nieder. Daraufhin wurden sie zur Militärkommandantur gerufen und aufgefordert ihre Waffen zu nehmen und zu Hause zu bleiben.

Während das türkische Militär die Grenzgebiete mit Soldaten vollstopft, beschleunigt es auch den Bau neuer Stützpunkte. Um diese Baustellen zu schützen werden vom türkischen Militär Dorfschützer zwangsverpflichtet.

Ostkurdistan: Schwere Auseinandersetzungen mit iranischen Militär

Die PJAK, die in Ostkurdistan/Iran aktiv ist, riefen zu einer Einheitsfront gegen das iranische Regime auf. Zuvor waren am 9. Mai 5 Guerillas der kurdischen HRK vergiftet und 5 politische Gefangene, unter ihnen 4 angebliche PJAK-Mitglieder, hingerichtet worden. Am 13. Mai fand deshalb ein Generalstreik in mehreren kurdischen Städten statt. Auch hier beendete die kurdische Guerilla, die in enger Verbindung mit der KCK steht, ihren Waffenstillstand. Bei Vergeltungsaktionen der Guerilla wurden vor Allem Stützpunkte der Armee, der Revolutionswächter und Dorfschützer angegriffen. Innerhalb von 20 Tagen wurden mindestens 74 iranische Soldaten getötet. Das iranische und türkische Regime führten zusammen mehrfache groß angelegte Militäroperationen durch, die Südkurdistan unter schweres Artilleriebombardement setzten und Grenzübertritte durch Armeekontingente beinhalteten.

Die Guerilla tötete in der Nähe der ostkurdischen Stadt Piranşar fünf iranische Revolutionswächter, so nennen sich die Spezialeinheiten des Regimes, durch einen Hinterhalt. Sie verletzte 6 weitere, außerdem wurde bei der Aktion ein Militärfahrzeug vollständig zerstört.

Bei einem Angriff der HRK am 27.05. auf einen Stützpunkt der iranischen Armee in Bane, starben 10 der sog. Revolutionswächter. Nach der Aktion begann das iranische Militär eine groß angelegte Operation, bei der auch die Umgebung bombardiert wurde. Direkt nach der Aktion waren die Telefone der Region für 48 Stunden tot. Bei schweren Gefechten der iranischen Armee mit der kurdischen HRK Guerilla, starben 12 Revolutionswächter und drei Guerillas. In Kamyaran und Ciwanro starben 3 weitere Soldaten und 2 Dorfschützer.

Die mit der PJAK assozierte HRK Guerilla zerstörte am 30.05. einen Lastwagen mit Soldaten, der sich auf dem Weg zu einer Operation befand. Vorher hatte das iranische und türkische Militär die ganze Region massiv mit Artillerie beschossen und viele zivil genutzte Flächen zerstört.

Südkurdistan: Iranischer Artillerieangriff tötet 13-Jährigen

Bei einem Angriff der iranischen Militärs mit Artillerie am 30.05. auf föderales kurdisches Gebiet ist ein 13-jähriger Junge getötet worden, eine weitere Person wurde schwer verletzt.

Am 2. Juni setzte das iranische Militär mehrere Dörfer in Südkurdistan unter schweres Artilleriebombardement. Bei dem zweistündigen Bombenangriff wurde eine große Zahl von Vieh getötet. Viele DorfbewohnerInnen flohen in Panik. Eine große Zahl von ZivilistInnen wurde verletzt.

(ANF: 24.5.-2.6., ISKU)

Nach Informationen der BBC sind mehr als 350 Kinder in der Türkei aufgrund des „Anti-Terror“ Gesetzes inhaftiert
institutakurdi.com

Solidarität mit Tekel-Arbeitern

Unter der Losung »Die Tekel-Arbeiter sind nicht alleine!« zeigten Hunderttausende Arbeiter am Mittwoch in der Türkei ihre Solidarität mit den Angestellten des staatlichen Tabakmonopols Tekel. Seit Dezember wehren sich Tausende Tekel-Angestellte gegen ihre privatisierungsbedingte Kündigung oder Überführung in den rechtlosen Leiharbeitsstatus 4/C. Obwohl im Februar sechs Gewerkschaftsföderationen einen Generalstreik für den 26. Mai zur Unterstützung der Tekel-Arbeiter vereinbart hatten, rief der größte Gewerkschaftsdachverband Türk-Is lediglich zu einer einstündigen Arbeitsniederlegung auf. Gegen diese Entscheidung protestierten Tekel-Arbeiter seit Montag landesweit mit der Besetzung von Türk-Is-Büros. Nur die linke Gewerkschaftsföderation des öffentlichen Dienstes KESK sowie klassenkämpferische Teile von Türk-Is führten ganztägige Streiks durch.
In Bergwerken wurde die Arbeit für mehrere Stunden ausgesetzt, um 30 Bergleuten zu gedenken, die vor wenigen Tagen bei einer Gasexplosion in Zonguldak ums Leben kamen.
(jW, 25.5., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

4. Kurdische Filmtage Hamburg | Rojên filmên kurdî 10.–16.6.2010

Die 4. Kurdischen Filmtage Hamburg sind den kurdischen Regisseuren Yilmaz Güney, Halil Uysal und der Autorin und Jornalistin Evrim Alatas gewidmet.
Nûjiyan Frauenzentrum e.V.
YXK, Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V. 3. Generation
In Kooperation mit dem Kino 3001
Programm unter:
http://kurdischefilmtagehamburg.blogspot.com/

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 468
11. Juni 2010

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KCK: Waffenstillstand beendet

Eine Chronik der vergangenen 13 Monate

Nach der Ankündigung Abdullah Öcalans, sich aus dem politischen Prozess zurückzuziehen, da er keine Verhandlungspartner für seine Friedensbemühungen gefunden hatte, beendete der Exekutivrat der KCK den seit 13 Monaten andauernden einseitigen Waffenstillstand. Damit ist der kurdische Befreiungskampf in eine neue Phase getreten. Das finstere Szenario, das im Verlauf der vor ca. einem Jahr von der türkischen Regierung eingeleiteten so genannten „kurdischen Öffnung" entstanden ist und zu dieser Entscheidung geführt hat, zeigt die wirkliche Absicht der Regierung.

Nach der Gefangennahme Abdullah Öcalans hatte die kurdische Befreiungsbewegung zunächst dem türkischen Staat die Gelegenheit zu positiven Schritten geben wollen. Am 1. Juni 2004 war eine erneute Widerstandsphase eingeleitet worden. 2008 versuchte die türkische Armee, das Zap-Gebiet zu erobern. Konfrontiert mit dem Widerstand der Guerilla erlitt die Armee eine herbe Niederlage und musste sich aus dem Gebiet zurückziehen. Bei den Kommunalwahlen am 29. März 2009 schließlich errang die DTP in den kurdischen Gebieten einen eindeutigen Sieg und stellte fortan 99 Bürgermeister.

Im folgenden eine Chronologie der Ereignisse:

Die KCK beschließt nach den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr am 13. April 2009 einen einseitigen Waffenstillstand.
Nach einem USA-Besuch am 11. April wird am 12. April bei einer „Dreier-Sicherheitssitzung" unter Beteiligung der Türkei, der USA und dem Irak ein Aktionsplan gegen die PKK verabschiedet.
Als Antwort auf den von kurdischer Seite ausgerufenen Waffenstillstand beginnt am 14. April eine Repressionswelle, in deren Verlauf bis heute 1500 kurdische PolitikerInnen verhaftet werden.
Auf entsprechende Botschaften des türkischen Staates hin erstellt Abdullah Öcalan eine „road map" mit dem Ziel, einen politischen Dialog einzuleiten.
Die „road map" wird vom türkischen Staat beschlagnahmt und ist bis heute nicht veröffentlicht worden. Der Friedensprozess stagniert.
Daraufhin schlägt Öcalan die Entsendung von Friedensgruppen aus Südkurdistan vor. Am 19. Oktober reist eine Friedensgruppe bestehend aus 34 Personen, darunter vier Kinder, aus Kandil und Maxmur ein. Millionen begeisterte Menschen jubeln ihnen zu.
Der türkische Ministerpräsident Erdoğan reagiert allergisch auf diese Sympathiebezeugungen. Die türkischen Medien tragen maßgeblich dazu bei, die Anspannung im Land weiter anzuheizen.
Mitte Oktober wird Abdullah Öcalan erneut mit einer Disziplinarstrafe belegt, mit der seine Haftbedingungen stark verschärft werden. Am 17. November wird er in einen Gefängnisneubau auf Imrali verlegt, in dem sich sein Gesundheitszustand aufgrund der schlechten Bedingungen weiter verschlechtert.
Währenddessen läuft die Repressionswelle ungebremst weiter. Ziel sind kurdische PolitikerInnen, Jugendliche, Studierende, Frauen und MenschenrechtlerInnen.
Mit dem Verbot der DTP als Abschluss eines zwei Jahre währenden Prozesses am 11. Dezember steigt die Anspannung im Land weiter an. In dieser Zeit mischt sich erneut Öcalan in den politischen Prozess ein.
Anstelle der verbotenen DTP tritt die BDP. Sofort ist auch diese Partei von der Repression betroffen.
Am 24. Dezember sind es vor allem Delegierte des „Kongresses für eine demokratische Gesellschaft" (DTK), BürgermeisterInnen und VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen, die festgenommen und verhaftet werden. Von kurdischer Seite wird die massive Repression als „politischer Völkermord" bewertet.
In der von der AKP als "demokratische Öffnung" bezeichneten Phase werden 24 Gefangene und 61 ZivilistInnen getötet. 35 JournalistInnen werden verhaftet, 397 Personen gefoltert, über 5000 Personen festgenommen.
Über 4000 Minderjährige werden wegen Steinwürfen bei Demonstrationen vor Gericht gestellt.
Neun Kinder und Jugendliche werden vom Staat ermordet.
Das erste Opfer ist der 14-jährige Abdülsamet Erip, der am „Tag des Kindes" in Yüksekova getötet wird. Das jüngste Beispiel ist der 13-jährige Oğuzhan Akyürek, der am 25. Mai durch eine von einem Soldaten geworfene Handgranate ums Leben kommt.
Auch die Repression gegen kurdische MedienvertreterInnen wird angekurbelt:
Metin Alatas, Mitarbeiter der einzigen kurdischen Tageszeitung Azadiya Welat, wird in Adana ermordet.
Der ehemalige Chefredakteur der Zeitung, Vedat Kursun, wird zu 166 Jahren Haftstrafe verurteilt.
Allein im Jahre 2009 wird die Türkei vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

→

PJAK zu Waffenstillstand aufgefordert

Wie ein Sprecher der kurdischen Regionalregierung im Irak am Mittwoch mitteilte, hat die Teheraner Regierung nach Konsultationen ein Ende der Angriffe auf den Nordirak zugesagt. Bei Kämpfen mit den aus dem Grenzgebiet operierenden Guerillaverbänden der iranisch-kurdischen Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (PJAK) waren iranische Truppen mehrere Kilometer tief in den Nordirak eingedrungen. Auch die iranische Luftwaffe hatte erstmals grenzüberschreitende Angriffe geflogen.
Unterdessen appellierte Murat Karayilan, der Vorsitzende des sowohl die türkische Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) als auch die PJAK umfassenden Dachverbandes der Vereinigten Gemeinschaften Kurdistans (KCK), an die PJAK, einen Waffenstillstand zu erklären. Die Kurden dürften sich während des Konflikts um das iranische Atomprogramm nicht von den Großmächten gegen Teheran in Stellung bringen lassen, forderte Karayilan. Für die jüngste Eskalation der Kämpfe sei aber die Islamische Republik verantwortlich. »Der Iran weiß ganz genau: Wenn er ihre Mitglieder hinrichtet, wird die PJAK nicht ruhig bleiben, sondern Vergeltungsaktionen starten.« Vor einem Monat hatte Teheran vier kurdische Aktivisten hinrichten lassen.
Nach der Beendigung des Waffenstillstandes durch die PKK vor einer Woche eskaliert in den kurdischen Landesteilen der Türkei der Krieg. Die PKK meldete am Dienstag den Abschuß eines Kampfhubschraubers im Grenzgebiet zum Irak. *(jW, 10.6., ISKU)*

Meldungen

Todesurteil gegen zwei Kurden im Iran bestätigt
Das Todesurteil gegen zwei kurdische politische Aktivisten ist vom Obersten Gerichtshof des Landes bestätigt worden.
Die Human Rights Activists News Agency berichtet, dass den Anwälten der politischen Gefangenen Mohammad Amin Agoushi und Ahmad Pouladkhani ihre Todesurteile mitgeteilt worden sind, nachdem sie vom Obersten Gerichtshof bestätigt wurden. Die Hinrichtungen sollen von einem Erschießungskommando ausgeführt werden.
Der pensionierte Lehrer Mohammad Amin Agoushi ist seit zwanzig Monaten im Gefängnis Oroumiyeh inhaftiert. Ahmad Pouladkhani wurde durch ein Militärgericht in Oroumiyeh wegen "Spionage" und Zusammenarbeit mit der PJAK zum Tode verurteilt.
(igv, 7.6., ISKU)

Polizei tötet 14-Jährigen
Der 14-jährige Fırat Basan wurde am 2. Juni in Şirnex (Şırnak) von einem Panzerwagen der Polizei zerquetscht. Nach der Nachricht vom Tod des Jungen kam es zu aufstandsähnlichen Situationen, wobei u. a. ein Polizeifahrzeug ausbrannte.
Der Panzerwagen rammte mit erhöhter Geschwindigkeit den Jungen und schleuderte ihn meterweit. PassantInnen brachten ihn ins Krankenhaus, doch er verstarb. Daraufhin strömten die Menschen zum Ort des Geschehens und führten eine Demonstration durch.
Spezialeinheiten und Bereitschaftspolizei griffen die DemonstrantInnen mit Knüppeln und Tränengas an. Die Menschen verteidigten sich mit Steinen und Stangen. Dabei wurden die Scheiben eines Polizeiwagens zerstört, ein anderer Wagen geriet in Brand. Viele riefen Parolen gegen den türkischen Staat und für die PKK. Die Straßenschlachten dauerten bis in die Nacht hinein an.
(ANF, 3.6., ISKU)

Familie zweifelt an Selbstmord ihres Sohnes beim Militär
Emrah Demirel soll sich in seiner Einheit in Kiziltepe das Leben genommen haben, obwohl er nur noch 40 Tage bis zu seiner Entlassung hatte. Der Onkel Nusret Demirel zweifelt an dem Selbstmord, weil der Familie im Anschluss widersprüchliche Gründe genannt wurden. Seinen in Istanbul

Türkische Polizei und Militär gehen gegen Friedensbewegung vor

Während die Proteste gegen die türkischen Militäroperationen sich immer mehr ausweiten, nehmen auch die Repressionen und Übergriffe auf DemonstrantInnen besorgniserregende Ausmaße an. Nachdem am 3.6. eine Demonstration in Girgê Amo (Silopi) von der Polizei angegriffen worden war, Dutzende Personen verletzt wurden, darunter auch zwei Abgeordnete der BDP, setzten sich die schweren Übergriffe am 4.6. und 5.6. fort. Soldaten eröffneten bei einer Aktion der „lebenden Schutzschilde" in Dersim ein fünfminütiges Dauerfeuer über die Demonstration hinweg und auch in Colemêrg (Hakkari) und Nisêbîn (Nusaybin) kam es zu schweren Angriffen und Verletzungen .In Nisêbîn, Cîzra Botan, Silîvan und Şirnex blieben die Läden aus Protest gegen Polizeigewalt und Operationen geschlossen. Zwei Tage zuvor war ein 14-jähriger Junge in Şirnex von einem Polizeipanzer zerquetscht worden.

Unter dem Motto „Die Operationen müssen gestoppt werden, der Munzur soll frei fließen" protestierten am 5.6. KünstlerInnen, Delegierte von Parteien, Intellektuelle, SchriftstellerInnen in einem Zug von mehreren tausend Menschen in das umkämpfte Kutu Tal in Dersim, gegen die andauernden Militäroperationen. Kurz vor Ende der Demonstration versuchten Mitglieder des Geheimdienstes Jitem, in einer provokativen Handlung, einer Teilnehmerin ihre Tasche zu entwenden. Als Jugendliche eingriffen, zogen sie ihre Waffen und schossen in die Luft. Daraufhin eröffneten die Soldaten fünf Minuten lang das Feuer mit automatischen Waffen in die Luft. Sie feuerten Hunderte Kugeln ab. Daraufhin brachen die VeranstalterInnen die Demonstration aus Sicherheitsgründen ab. Der Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes KESK, Emrali Simsek, erklärte, dass diese Provokateure den Kampf um den Frieden nicht stoppen könnten.

In Nisêbîn blieben am 5.6., aus Protest gegen die Operationen die Geschäfte geschlossen. Seit den Morgenstunden kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen DemonstrantInnen und Polizei. Die Polizeiangriffe, bei denen u.a. ein Kind misshandelt wurde, wurden mit Steinwürfen und Barrikaden beantwortet. Die Polizei setzt Panzer und Tränengas ein.

Eine Friedensdemonstration unter dem Motto „Freiheit oder Nichts" der BDP am 4.6., an der mehrere tausend Menschen teilnahmen, wurde von der Polizei angegriffen. Die daraus resultierenden Straßenschlachten dauerten bis in die Nacht an. Die Polizei stoppte die Demonstration und griff sie mit Wasserwerfern und Tränengas an. Die Straßenschlachten dauerten bis in die Nacht hinein an.

(ANF, YH, YG, 5.6, ISKU)

Politisch motivierte Entlassung der Gewerkschafterin Meryem Cağ in Izmir

Meryem Çağ, aktives Mitglied des Gewerkschaftsdachverbandes des öffentlichen Dienstes KESK, wurde Mitte Mai von ihrem Arbeitsplatz bei der Regionaldirektion Izmir der Zollverwaltung entlassen. Die Kündigung der Gewerkschafterin durch den türkischen Staat ist offenkundig politisch motiviert. Meryem Çağ war am 28.April 2009 bei einer landesweiten Polizeiaktion gegen Gewerkschaftshäuser von KESK und der angeschlossenen Bildungsgewerkschaft Egitim Sen gemeinsam mit Dutzenden weiteren Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern verhaftet worden. Vor dem zehnten türkischen Strafgerichtshof in Izmir fand am 19./20. November die Beweisaufnahme statt. 21 Männern und zehn Frauen wurde vorgeworfen, Mitglied der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans PKK oder ihr nahestehender Organisationen zu sein oder diese durch ihre Gewerkschaftsarbeit unterstützt zu haben. „Hier wird ein politischer Prozess gegen uns geführt. Es geht nur vordergründig um die Kurdenproblematik", kritisierte die Egitim Sen Vorsitzende Sübeyde Kiliç den Prozess in Izmir. „Das ist ein Angriff auf unsere Gewerkschaft. Die Regierung bekämpft uns, weil wir für ArbeitnehmerInnenrechte im öffentlichen Dienst eintreten. Wir wollen ein öffentliches Bildungs- und Gesundheitswesen und wir wehren uns dagegen, dass die Kosten der Krise von den Beschäftigten bezahlt werden sollen." Nach zwei Verhandlungstagen hoben die Richter den Haftbefehl gegen zehn Frauen und zwölf Männer auf, die seit Ende April in Izmir im Gefängnis sitzen. Dies wurde als Erfolg der internationalen Solidaritätskampagne gesehen, an der sich auch die GEW in Deutschland beteiligt hatte. Obwohl bislang kein einziger der angeklagten Gewerkschafter verurteilt wurde, soll mit der auch nach türkischen Gesetzen unrechtmäßigen Kündigung von Meryem Çağ durch den Disziplinarausschuss ein Exempel statuiert werden.

Bitte schickt Proteste gegen die politisch motivierte Entlassung von Meryem Çağ an Staatssekretär Maksut Mete (E-Mail: mmete@gumruk.gov.tr) und Minister Hayati Yazici (Fax: 0 - 312- 4191545, Anschrift: Başbakanlik Merkez Bina, Bakanliklar/Ankara

Fortsetzung: KCK: Waffenstillstand beendet

wegen Verletzung der Meinungsfreiheit zwölf Mal verurteilt.

Die türkische Armee führt zwischen April 2009 bis Ende des Jahres 262 Militäroperationen durch.

In Siirt und Erdis werden Massenvergewaltigungen von Minderjährigen öffentlich.

Wie in den neunziger Jahren kommt es auch wieder zu Fällen von „Verschwindenlassen" und Verschleppungen.

Zwischen der Türkei, dem Iran und Syrien werden neue antikurdische Bündnisse geschlossen. In allen drei Ländern wächst der Druck auf die kurdische Bevölkerung.

Im Iran werden am 9. Mai fünf politische Gefangene hingerichtet.

Im Frühjahr führen der Iran und die Türkei parallel militärische Angriffe durch. Am 20. Mai findet ein siebenstündiger Angriff mit 20 Kampffliegern statt, bei dem zwei ZivilistInnen, darunter eine Minderjährige, und vier GuerillakämpferInnen ums Leben kommen.

Öcalan kündigt an, sich am 31. Mai aus dem politischen Prozess zurückzuziehen.

Serif Gencdal, Sprecher der aus Kandil kommenden Friedensgruppe, wird wegen „Werbung für eine verbotene Organisation" verhaftet.

In einer Erklärung am 1.6. geben die KCK bekannt, dass die Guerillakräfte von ihrem Recht auf Vergeltung ab sofort „wirkungsvoll" Gebrauch machen wird. Sie erklären, dass der türkische Staat und die AKP nicht die notwendigen Schritte für einen Friedensprozess eingeleitet hätten: „Trotz unserer Bemühungen die Gewalt zu beenden, setzte der türkische Staat und die AKP ihre Vernichtungspolitik gegen die kurdische Freiheitsbewegung fort."

Der nun beendete Waffenstillstand war der sechste Ankara ignorierte einseitigen Waffenstillstand der kurdischen Guerilla seit 1993. *(kurdish-info, 7.6., ISKU)*

lebenden älteren Brüder sei sowohl "Selbstmord" als "Erschießung durch einen Soldaten" als Grund des Todes genannt worden.

Der Onkel Seyithan Alican war zugegen, als die Vorgesetzten von Emrah Demirel die Verwandten in Istanbul besuchten und gab an, dass auf ihren Einspruch gegen Selbstmord – da Emrah Demirel so etwas nicht tun würde – einer der Offiziere von einem Soldaten aus Wan gesprochen habe, der ihn wohl in den Unterleib geschossen habe. Außerdem habe sein Neffe fünf Stunden vor dem Tod mit seiner Schwägerin gesprochen und er habe gesagt, dass es ihm gut gehe und er in 40 Tagen bei ihnen sei.

Am 8. Juni 2010 hielt die Plattform "Verweigerung aus Gewissensgründen für den Frieden" eine Pressekonferenz in den Räumen des Zweigstelle Istanbul des Menschenrechtsvereins (IHD) ab. Ihr Sprecher Ercan Aktaş gab an, dass sie per elektronischer Post ständig auf die unmenschliche Behandlungen von kurdischen Jugendlichen im Militär aufmerksam gemacht würden. Er las aus einem dieser Briefe vor. Unter Hinweis auf den Tod von Emrah Demirel sagte Aktaş, dass diese Vorfälle in den letzten 6 Monaten zugenommen hätten.

(Gündem, dtf, 7./8.6., ISKU)

HPG-Bilanz für Mai

Die Pressestelle der HPG erklärte, dass das türkische Militär im Monat Mai 25 Bodenoperationen, 2 Luftangriffe und 71 Artillerieangriffe durchgeführt habe. Bei 21 Gefechten kamen 78 türkische Soldaten und 9 Guerillas ums Leben.

(ANF 1.6., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
igv	http://en.irangreenvoice.com
YH	Yuksekovahaber
YG	Yuksekovaguncel
dtf	Demokratisches Türkeiforum

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 469
18. Juni 2010

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Erste Bilanz der HPG nach Auflösung der einseitigen Waffenruhe

Der Krieg verschärft sich

Die Pressestelle der Volksverteidigungskräfte (HPG) hat eine Aktionsbilanz für den Zeitraum vom 1. bis 14. Juni abgegeben. Nach dieser Bilanz fanden in dieser Zeit 21 Militäroperationen der türkischen Armee und 23 Guerillaaktionen statt. Dabei fielen 45 Soldaten und 12 Guerillas. Auffällig war, dass die Guerilla ihre Aktionen zum Teil mitten am Tag durchführte. Die HPG hatte am 1.6. aufgrund der andauernden Militäroperationen und Luftangriffe ihren einseitigen Waffenstillstand als beendet erklärt.

Die HPG erklärte, dass seit der Beendigung, des am 13. April 2009 ausgerufenen Waffenstillstandes am 1.6.2010, 45 türkische Soldaten ums Leben gekommen seien. Die HPG habe bei ihren Aktionen neue Taktiken angewandt und auch bei den Militäroperationen der türkischen Armee schwere Verluste zugefügt. Diese Zahlen beziehen laut HPG nicht die großen Verluste ein, die der türkischen Armee bei großangelegten Aktionen zugefügt wurden, deren Zahlen jedoch nicht ermittelt werden konnten.
Während die Guerilla eigentlich für Aktionen in der Nacht bekannt ist, führte sie nun 11 von 23 Aktionen bei Tageslicht durch und zeigte damit ihre militärische und taktische Fähigkeit. Insbesondere tagsüber, am 11.6. führte die Guerilla Straßenkontrollen in Şemzinan (Şemdinli), Qilaban (Uludere), Çelê (Çukurca) und zwischen Dersim und Xarpêt (Elazığ) durch. Auch in den Stadtzentren, in denen das türkische Militär stark vertreten ist, nahmen die Aktionen zu. Insbesondere die Vergeltungsaktion für den in Şirnex (Şırnak) von einem Panzer zerquetschten Jungen am Ort seines Todes, zog besondere Aufmerksamkeit auf sich.
Neben den schweren menschlichen Verlusten, die dem türkischen Militär in den letzten 15 Tagen zugefügt worden waren, konnte die Guerilla große Mengen militärischen Materials beschlagnahmen und etliche Militärfahrzeuge und auch Hubschrauber beschädigen bzw. zerstören.
Am 7. Juni trafen die Guerilla einen Sikorsky-Hubschrauber in Şemzinan, der an einer grenzüberschreitenden Operation beteiligt war. Er konnte sich noch entfernen und wäre um ein Haar abgestürzt.
Am 8.6. wurde in Çelê erneut eine grenzüberschreitende Operation versucht. Dabei wurde ein Panzer von der Guerilla zerstört und ein weiterer beschädigt.
Weiterhin wurden nach Erklärung des HPG-Pressezentrums 6 Panzerfahrzeuge vom Typ Skorpion, ein Soldatenlastwagen, 2 Fahrzeuge von Spezialeinheiten und ein Bus zerstört, weiterhin wurden 2 Panzer beschädigt.
Die Guerilla beschlagnahmte 2 Wärmebildkameras, 9 HK-33 Gewehre, ein G3 und ein Laserzielgerät.

Türkische Armee verheimlicht ihre Verluste
Die türkische Armee, die seit langem in etlichen Städten und Gebieten Operationen mit Vernichtungsabsicht durchführt, gibt falsche Informationen über ihre Verluste heraus und verheimlicht die Ergebnisse ihrer Operationen. Teilweise gibt sie aber auch Morde und Todesfälle in ihren eigenen Reihen als von der Guerilla getötet an. So kam wenige Tage nachdem erklärt worden war, dass der Soldat Ahmet Altunoğlu von der Guerilla getötet worden sei, heraus, dass in seinem Körper Kugeln der türkischen Armee steckten. Die HPG hatte schon zuvor erklärt, dass sie nichts mit seinem Tod zu tun habe und er von der Armee getötet worden sein muss.

Die Artillerieangriffe des türkischen Militärs haben sich im letzten Monat weiter verstärkt. Insbesondere zivile Ansiedlungen waren von den Bombardierungen betroffen. Insgesamt gab es 21 Artillerie und Mörserangriffe die viele Felder und Obstgärten in Haftanin zerstörten. Den Nomaden, die im Sommer darauf angewiesen sind auf die Weiden zu ziehen, wurde dieses Recht verwehrt.
(ANF, 15.6., ISKU)

Neue Repressionswelle in Hakkari – Freiheit für die Gefangenen!

In der Nacht vom 8. auf den 9. 6.2010 fanden in mehreren Städten der Provinz Hakkari gleichzeitig Hausdurchsuchungen statt. Antiterroreinheiten stürmten zahlreiche Wohnungen und Büros und nahmen 10 Mitglieder der örtlichen BDP-Vorstände und die kritische Journalistin Hamdiye Ciftci fest. Sie erhielten am Morgen des 13.6. einen Haftbefehl, wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation.
Vorwand für diese Repressionsmaßnahme ist nach Informationen des Anwalts der Betroffenen Fahri Timur der Vorwurf, dass die Betroffenen Teil einer Struktur der „Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans“ (KCK) und dadurch Mitglieder der PKK seien. Begründet wurde die Inhaftierung mit ihrer legalen politischen Arbeit, die sich nach KCK Ideologie richte.
So erklärte das Mitglied in der BDP-Leitung Salih Yıldız, dass alle Telefongespräche, alle Kundgebungen und alle Aktivitäten als Teil der KCK-Ideologie gewertet werden:
„Alle Personen, einschließlich, des Generalvorsitzenden, die miteinander telefonieren, werden [nach dieser Entscheidung] als KCK betrachtet. Wir leben in einer Zeit, in der sogar noch unser Toten als KCK verurteilt werden. Das Gericht hat eine eindeutige politische Entscheidung getroffen. Es ist nicht verständlich wie die BDP weiter Politik machen soll. Denn alles wird als KCK gewertet. Sei es KCK oder BDP wir werden unsere Arbeit weiter voll fortsetzen. Niemand kann uns stoppen.“

Schon bei der Festnahme kam es nach Angaben der Zeitung Hakkarinews und weiteren Zeugen zu Übergriffen, Beschimpfungen und Drohungen gegenüber den Festgenommenen sowie ihren Familien. In diesem Zusammenhang wurde auch ein 3-jähriges Kind mit Ohrfeigen von Spezialeinheiten der Polizei geweckt. Besonders die festgenommenen Frauen sind sexistischen Übergriffen durch Polizeibeamte ausgesetzt. (...)
aus einer Erklärung des Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin

Meldungen

Anklageschrift zu den KCK-Ermittlungen
Nach mehr als 18-monatigen Ermittlungen wurde die Anklageschrift gegen die "Zivilorganisation der PKK" – wie die KCK bewertet wird – vorgelegt. Von der Anklageschrift werden 151 Personen erfasst, von denen sich 103 in Untersuchungshaft befinden. Die Vorwürfe lauten: "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung", "Verstoß gegen das Demonstrationsgesetz" und "Propaganda für eine Terrororganisation". Die Strafanträge lauten für 11 Personen Lebenslänglich. Gegen den Oberbürgermeister von Amed wird eine Haftstrafe von 36,5 Jahren gefordert.
(CH, 13.6., ISKU)

Anwalt der Dink-Familie erhängt aufgefunden
Rechtsanwalt Hakan Karadağ wurde erhängt in seinem Haus aufgefunden. Erste Autopsieergebnisse deuten auf einen Selbstmord. Karadağ gehörte zu den Anwälten der Dink-Familie im Verfahren um die Ermordung des Herausgebers der armenischen Zeitung Agos Hrant Dink. Die Familie Karadağ verweist auf Drohungen gegen den Anwalt und schließt einen Selbstmord aus.
(CH, 5.6., ISKU)

Gehen wir zurück in unser Dorf, anstatt in der Stadt leben
Der Verein Göc-Der Van (Verein der Vertriebenen) hat auf einer Pressekonferenz das Motto der Aktionswoche zum Thema Flucht vorgestellt.
Die Aktionswoche findet vom 14.–22. Juni unter dem Motto: “Gehen wir zurück in unser Dorf, anstatt in der Stadt leben” statt. Auf der Pressekonferenz redete der Vorsitzende von Göc-Der Van Ali Emire. Er betonte, dass der Krieg sie gezwungen hat, das Land zu verlassen auf dem sie glücklich waren. Einige Dörfer wären ganz von der Landkarte gelöscht worden. Eine Lösung des Problems kann nur mit der Lösung der kurdischen Frage kommen. Sie haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben und fordern die Menschen auf, sich aktiv für eine Lösung einzusetzen.
Emire forderte die Aufhebung des Dorfschützersystems und bessere Lebensbedingungen für die Flüchtlinge. Es müssen Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden und die Vertriebenen müssen Entschädigungen erhalten.

Europäische Union will türkischen Sicherheitsorganen auf die Sprünge helfen

EU forciert Repression gegen PKK

Der Rat der Europäischen Union will mit einem Aktionsplan europaweit gegen die als terroristisch eingestufte Arbeiterpartei Kurdistans PKK vorgehen. Das geht aus zwei internen Maßnahmenpapieren des EU-Antiterrorismuskoordinators Gilles de Kerchove hervor, die junge Welt vorliegen. Besonders brisant sind geplante EU-Schulungsmaßnahmen für türkische Sicherheitsorgane zur Auslieferung von kurdischen Exilpolitikern an die türkische Justiz. Auch entsprechende Praktika für Mitarbeiter türkischer Behörden sind für Mitte 2011 vorgesehen. Bislang scheiterte die Auslieferung aufgrund türkischer Interpolhaftbefehle etwa in Deutschland verhafteter kurdischer und türkischer Linksoppositioneller, weil die Auslieferungsersuchen nicht europäischen Rechtsstandards entsprachen.

Schwerpunkt des zweiten Maßnahmenpapiers sind noch nicht näher definierte »Aktionen zur Unterbrechung von PKK-Finanznetzwerken« wie das Abfangen von Geldkurieren in die Region Kurdistan. Dazu wird auch eine Einbeziehung der EU-Grenzschutzagentur Frontex erwogen.

Im »Ständigen Ausschuß des EU-Rats für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit (COSI)« sei im März beschlossen worden, an den Maßnahmenpapieren noch weiter zu arbeiten, erklärte jetzt die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zu »EU-Maßnahmen gegen die Arbeiterpartei Kurdistans PKK«. Gefragt hatte Die Linke auch, wieweit die USA von der EU Maßnahmen gegen die Partei verlangt hätten.

So hatte sich die Koordinatorin in der Abteilung Terrorbekämpfung des US-Außenministeriums, Shari Villarosa, gegenüber der türkischen Tageszeitung Today's Zaman vom 20.März gerühmt, die vorangegangenen EU-weiten Polizeiaktionen gegen kurdische Institutionen wie den Fernsehsender Roj TV und den Kurdistan Nationalkongreß in Brüssel und die Verhaftung kurdischer Exilpolitiker in Belgien, Deutschland, Italien und Frankreich seien auf Druck der US-Behörden erfolgt.

Bereits im April 2007 hätten die USA bei einem Treffen auf der Ebene der EU-Ratsarbeitsgruppe zur Terrorbekämpfung COTER in Brüssel zum koordinierten Umgang gegen die PKK aufgerufen, bestätigt nun die Bundesregierung. Im Oktober 2009 wurden von der damaligen schwedischen Ratspräsidentschaft Handlungsempfehlungen zur EU-weiten Bekämpfung der PKK ausgearbeitet. Das BKA habe zudem an Europolbesprechungen »zu strategischen und operativen Aspekten der Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität« teilgenommen, bei denen es um die PKK ging. Wie außerdem dem Maßnahmenpapier des EU-Antiterrorkoordinators zu entnehmen ist, hat die EU-Justizbehörde Eurojust im vergangenen Jahr in Istanbul ein Treffen zur Bekämpfung der PKK abgehalten.

Soweit bei diesen Initiativen und Besprechungen auf EU-Ebene operative Maßnahmen gegen die PKK beschlossen wurden, »unterliegt die grundsätzliche Antwortpflicht der Bundesregierung hierzu einer Grenze, die aus dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit folgt, nämlich dem hier betroffenen Interesse der Allgemeinheit an der Gewährleistung einer funktionstüchtigen Strafrechtspflege«, will die Bundesregierung keine Auskunft über konkret geplante Maßnahmen geben.

(jW, 11.6., ISKU)

Dänische Behörden gehen gegen kurdischen TV-Sender vor

Dänische Behörden gehen juristisch gegen den kurdischen Fernsehsender Roj TV vor. Die Behörde für Zivilangelegenheiten, die dem Justizministerium untersteht, setzte der Kurdischen Kulturstiftung ein auf zwei Wochen befristetes Ultimatum. In dieser Zeit soll die kurdische Organisation eine hinreichende Dokumentation über die Finanzierung des TV-Senders vorlegen, wie die Behörde am 3. Juni in Kopenhagen mitteilte.
Nach Informationen der dänischen Tageszeitung "Berlingske Tidende" erhielt Roj TV seit 2004 bis zu 16 Millionen Euro. Ein Großteil davon stamme von der Kurdischen Kulturstiftung. Diese wird verdächtigt, enge Kontakte zur Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) zu unterhalten, die von der Europäischen Union und den USA als terroristische Vereinigung eingestuft wird. Die dänische Behörde für Zivilangelegenheiten prüft derzeit ein Strafverfahren gegen die Stiftung.
Der ehemalige Roj TV-Direktor Manouchehr Zonoozi hatte nach seinem Rücktritt im Jahr 2008 enge Beziehungen zwischen Roj TV und der PKK eingeräumt. In den vergangenen Wochen veröffentlichte die Tageszeitung "Berlingske Tidende" Fotos, die leitende Mitarbeiter des Senders mit PKK-Führern zeigen. Nach Angaben des Blattes kontrolliert derzeit der ehemalige Leibwächter und persönliche Assistent des PKK-Führers Abdullah Öcalan, Ibrahim Ayaz, Roj TV. Die Presseberichte lösten Proteste mehrerer kurdischer Organisationen in Dänemark aus. Sie kritisieren die "Berlingske Tidende" als "voreingenommen".

(epd, 16.6., ISKU)

Ilisu-Staudamm: Andritz – Europas Schande

ECA Watch Österreich und der WWF Österreich kritisieren die Entscheidung von Andritz, sich auch weiterhin am Ilisu-Projekt zu beteiligen, scharf und kündigten Konsequenzen an. Die Argumente von Andritz-Chef Leitner für den Verbleib im Projekt widersprechen der Realität und sind eine Aneinanderreihung verdrehter Tatsachen. Zudem ist diese Entscheidung ein Schlag ins Gesicht der drei europäischen Regierungen, die vor einem Jahr wegen der verheerenden Folgen und der Verfehlung internationaler Standards den Ausstieg aus dem Projekt beschlossen hatten.
„Das Projekt ist noch lange nicht gebaut. Der Widerstand geht weiter. Wer am Untergang Hasankeyfs verdient, wird diesen Makel nicht mehr los. Derartige Profitgier darf sich nicht lohnen", kündigt Ulrich Eichelmann von der Stop Ilisu – Kampagne weitere Schritte gegen die beteiligten Firmen an.

Ähnlich auch der WWF Österreich: "Es ist eine Schande, dass ein österreichisches Unternehmen auf Biegen und Brechen Profit aus diesem natur- und menschenverachtenden Projekt schlagen will. Andritz macht sich durch seine Beteiligung mitschuldig am Untergang eines globalen Natur- und Kulturerbes. Das ist völlig unakzeptabel", so Andreas Wurzer vom WWF Österreich.
(...)
Erst vor wenigen Tagen berichtete der Bürgermeister von Ilisu, dass die Menschen für ihre alten Häuser maximal 20.000 Türkische Lire bekommen (umgerechnet etwa 10.000 Euro), während ein neues Haus 70.000 Türkische Lire kostet. „Diese Ungerechtigkeit widerspricht allen internationalen Umsiedlungsstandards. Wer angesichts dieser Fakten von einem funktionierenden Rechtssystem spricht, muss sich den Vorwurf des Zynismus und der Realitätsverweigerung gefallen lassen", so Ulrich Eichelmann.

(ECA Watch, 15.6.)

Für eine Rückkehr müssen die Gebiete von Minen gesäubert und eine friedvolle Athmosphäre geschaffen werden. Die AKP-Regierung sollte ein Aktionsplan für die Rückkehr nach international anerkannten Regeln der Vereinten Nationen (UN) ausarbeiten. Die zerstörten Dörfer sollen wieder aufgebaut und zu Orten des Lebens werden. *(Diha, 16.6., ISKU)*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
CH	Cumhuriyet
epd	Evangelischer Presse dienst

Termine:
Free Kurdistan – Stoppt den Krieg!
In Kurdistan herrscht wieder Krieg. In den letzten Wochen kam es fast täglich in allen Teilen Kurdistan zu schweren Gefechten zwischen Guerillakräften und türkischen und iranischen Armee. Der NATO-Staat Türkei greift im Kampf gegen die kurdische Befreiungsbewegung zunehmend auf die Kriegspraxen der 1990er Jahre zurück und vertreibt die Dorfbevölkerung aus den Grenzregionen zwischen Türkei, Iran und Irak. Der Terror gegen die Bevölkerung wird intensiviert. Rechtsextremistische Todeschwadrone wie die "Dolchbande" verbreiten unter der Bevölkerung Angst und schrecken.
Internationalistische Demonstration | 20.Juni | 14 Uhr | Berlin | Oranienplatz

6. internationales Zilan-Frauenfestival
Unser Freiheitskampf wird die Vergewaltigungskultur überwinden!
Ceni – Kurdisches Frauenbüro für Frieden ruft alle Frauen dazu auf, mit ihren eigenen Überzeugungen, Gedanken, Farben und Worten am Zilan-Frauenfestival teilzunehmen, ihren Befreiungskampf zu steigern und der Vergewaltigungskultur Einhalt zu gebieten.
Lemgo: Lipperlandhalle
26. Juni 2010, 10 Uhr

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 470
25. Juni 2010

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KCK: Für die Verschärfung des Krieges ist die AKP-Regierung verantwortlich

Der Vorstand des KCK-Exekutivrates erklärte, dass die Vernichtungspolitik der AKP einer Kriegserklärung gegen die kurdische Bevölkerung gleichkäme. Er erklärte, dass in Folge dieser Angriffe für die kurdische Freiheitsbewegung ab dem 1. Juni eine neue Phase begonnen hätte. Der Rat kritisierte scharf, dass der Vorsitzende Abdullah Öcalan und nicht die AKP-Regierung für diese Veränderung verantwortlich gemacht würde: "Unsere Führung ist nicht verantwortlich dafür, dass die einseitige Waffenruhe beendet wurde. Die AKP-Regierung, die verantwortlich für die Verschärfung des Krieges und die menschlichen Verluste ist, dreht die Realitäten um und führt einen verlogenen und demagogischen Diskurs an. Es ist eine bewusste Verdrehung der Tatsachen, unsere Führung für diese Situation verantwortlich zu machen."

Weiterhin erklärte die KCK, dass die Unaufrichtigkeit der AKP-Regierung in der Kritik an Israel offensichtlich sei. "Es sollte in der Öffentlichkeit reflektiert werden, dass eine türkische Delegation nach Israel reist, um den Kauf neuer Heron-Drohnen, die gegen unsere Bewegung verwendet werden, abzuschließen. Während Erdoğan und Gül, um bei einem Referendum Erfolg zu haben, in der Öffentlichkeit jeden Tag Position gegen Israel beziehen, sollte jeder sehen, dass gleichzeitig, um unsere Bewegung zu vernichten, vor den Augen aller Verträge mit Israel geschlossen werden. Es zeigt die Verlogenheit der AKP-Regierung der gesamten islamischen Gemeinschaft und der Bevölkerung gegenüber."

(ANF, 23.6., ISKU)

Guerilla nach Beendigung des einseitigen Waffenstillstands in der Offensive

Großangelegte Aktion der Guerilla in Şemzinan
Bei einer großangelegten Aktion der kurdischen Guerilla HPG in Şemzinan (Şemdinli/Nordkurdistan/Türkei) kamen mindestens 37 Soldaten und drei Guerillas ums Leben. Die Guerilla konnte große Mengen militärischer Ausrüstung in Besitz nehmen. Ein türkisches Flugzeug, das Angriffe auf das Zap-Gebiet flog, wurde ebenfalls getroffen.
Nach Angaben des Pressezentrums der HPG entwickelte sich die Aktion, die in der Nacht des 19.6. begann und die türkische Regierung in Schock versetzte, folgendermaßen:

Militärbasis angegriffen
Die Militärbasis Gare (Tekeli), die an der äußerte Grenze im Dreiländereck Türkei/Irak/Iran liegt und von der aus grenzüberschreitend Operationen vorbereitet wurden, sowie ein nahegelegener von türkischem Militär besetzter Gipfel wurden von der Guerilla gleichzeitig attackiert. Dabei kamen 37 Soldaten und drei Guerillas ums Leben. Eine große Zahl von Soldaten wurde verletzt. Der besetzte Gipfel, auf dem sich zur Vorbereitung einer grenzüberschreitenden Aktion viele schwere Waffen befanden, ist bei der Aktion vollständig von der Guerilla erobert worden. Verstärkungseinheiten, die hinzugezogen worden waren, wurden ebenfalls angegriffen, wobei vier Soldaten ums Leben kamen und neun verletzt wurden.
Die Guerilla konnte drei MG3-Standmaschinengewehre, drei HK-33-Sturmgewehre, zwei Wärmebildkameras und ein Nachtsichtgerät in Besitz nehmen. Weiterhin konnten zwei schwere A6-Waffen, eine große Funkeinrichtung und mehrere schwere Maschinengewehre und Soldatenausrüstungen vernichtet werden.

Hubschrauber getroffen
Nach der Aktion trafen drei Sikorsky-Hubschrauber ein, um die Verwundeten und Toten abzutransportieren. Ein Sikorsky-Hubschrauber wurde bei einem erneuten Angriff der Guerilla getroffen und musste beschädigt abziehen.

Militär bombardiert Dörfer in Südkurdistan
Türkische Kriegsflugzeuge und Artillerie beschossen mehrere zivile Ansiedlungen in Südkurdistan. Dabei starb ein 15-jähriges Mädchen, weitere Familienmitglieder, darunter ein fünfjähriges Kind, wurden teilweise schwer verletzt. Eine große Zahl von DorfbewohnerInnen wurde in das Krankenhaus von Hewler gebracht.

Zap-Gebiet: F-16-Bomber getroffen
Nach der Aktion in Şemzinan begann das türkische Militär mit sechs Kriegsflugzeugen die Region im Zap-Gebiet zu bombardieren. Die Luftverteidigungseinheiten der HPG eröffneten das Feuer auf die angreifenden Kampfjets. Ein Jet musste sich wegen eines Treffers zurückziehen und konnte seine Bomben nicht abwerfen.

Weitere Aktionen in Şemzinan und Çelê (Çukurca)
Die Guerillaeinheiten griffen am gleichen Tag ebenfalls in Şemzinan einen anderen Armeestützpunkt an. Dabei kamen zwei Soldaten ums Leben, zwei wurden verletzt. Ein Panzerfahrzeug vom Typ Skorpion, welches zur Verstärkung hinzugezogen worden war, wurde ebenfalls von der Guerilla schwer beschädigt.
Außerdem wurde auf der Straße zwischen Colemêrg (Hakkari) und Çelê ein militärischer Kontrollpunkt an der Depin-Brücke von der Guerilla angegriffen. Dabei ist mindestens ein Polizist getötet worden.

Aktion an vielen Orten in Kurdistan
Am gleichen Tag führte die Guerilla ebenfalls in Bedlîs (Bitlis) eine Aktion durch, bei der ein Soldat ums Leben kam. HPG-Guerillas griffen aus der Ferne eine Einheit des türkischen Militärs an, die gerade zu einer Operation ausrückte.
Auch in Pasûr (Kulp) in der Provinz Amed (Diyarbakir) kam es zu Gefechten mit der türkischen Armee, hier gab es jedoch keine Verletzten oder Toten.
In Xarpêt (Elaziğ) griffen Guerillaeinheiten einen Jandarma-Stützpunkt an. Dabei kam nach offiziellen Angaben mindestens ein Soldat ums Leben, ein weiterer wurde verletzt.

(ANF, 20.6., ISKU)

Meldungen

Militär brennt Dörfer nieder
Das türkische Militär brannte am Donnerstag, den 24.6., in der Region Elîh (Batman) im Kreis Hasankeyf zwei Dörfer nieder. Die Dörfer Bizinka (Keçeli) und Xerbekar (Palamutlu) stehen immer noch in Flammen.
Die beiden Dörfer sind von türkischen Soldaten in Brand gesetzt worden. Die DorfbewohnerInnen werden vom türkischen Militär am Löschen gehindert. Eine Menschenrechtsdelegation aus Amed (Diyarbakır) ist in die Region aufgebrochen. Es stehen ebenfalls Waldgebiete, landwirtschaftliche Flächen und Obstplantagen in Flammen.
Das türkische Militär eskaliert den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung offensichtlich immer weiter und greift immer mehr auf die Spezialkriegsmethoden der 90er Jahre zurück. Im Rahmen dieses Krieges zerstörte das Militär mehr als 4 000 Dörfer.

(ANF, 24.6., ISKU)

Gefängnisstrafen für Wehrdienstverweigerer
Vier von 19 Wehrdienstverweigerern wurden vor dem 10. Strafgerichtshof in Ankara von der 1. Instanz zu Gefängnisstrafen verurteilt. Laut der Nachrichtenagentur DIHA wurden sie für schuldig befunden, „Menschen gegen das Militär aufzuhetzen" und „die Türkischen Streitkräfte (TSK) zu beleidigen". Volkan Sevinç wurde zu 18 Monaten verurteilt, Halil Savda, Gökçe Otlu, Vorsitzender vom Menschenrechtsverein in Ankara und Zarife Ferda Çakmak zu jeweils 6 Monaten Haft aufgrund von „Aufhetzung gegen das Militär". 15 weitere wurden freigesprochen. *(ANF, 23.6., ISKU)*

Friedensmütter zu Erdoğan: „Dein Sohn ist nicht beim Militär!"
Die Friedensmutter Hava Kiran machte im Namen ihrer Organisation folgende Erklärung: „Erdoğans Sohn ist nicht beim Militär. Unsere Herzen werden zum Militär geschickt. Weil dein Sohn nicht dort ist, wird das Problem nicht gelöst und alle, die für einen Frieden eintreten, werden verhaftet. Gestern wurden die FriedensbotschafterInnen aus Guerilla und Maxmur verhaftet, wir sind gespannt was ihr Morgen macht."

Demonstration in Erinnerung an Halim Dener

Das Solidaritäts-Bündnis ruft für den 29. Juni 2010 zu einer Gedenk-Veranstaltung für Halim Dener auf.
Die Gesamt-Veranstaltung beginnt um 17:00 Uhr mit einer Kundgebung auf dem Steintorplatz in Hannover, von dort aus wird es einen Demonstrationszug durch die Innenstadt geben. Der Abschluss wird dann auf dem Steintorplatz sein.
Am 29. Juni vor 16 Jahren wurde der 16-jährige Halim Dener von einem SEK-Polizisten aus nächster Nähe tödlich in den Rücken geschossen, nachdem er ein Plakat für die Nationale Befreiungsfront Kurdistans aufgehängt hatte.
Mit dem Plakat wollte Halim auf den völkerrechtswidrigen Krieg der Türkei gegen das kurdische Volk aufmerksam machen. Durch den Freispruch des Todesschützen vor dem Landgericht Hannover sollten auch die genauen Zusammenhänge des tödlichen Vorfalls nie abschließend aufgeklärt und öffentlich werden.
Der Tod Halim Deners hatte seinerzeit viele Menschen aufgeschreckt, die lange nicht zur Kenntnis nehmen wollten, dass die türkische Armee mit direkter und indirekter Unterstützung der NATO und somit auch Deutschlands einen Krieg gegen das kurdische Volk führt.
Dieser ewige Krieg gegen das kurdische Volk ist heute noch von hoher Aktualität. Noch immer sterben in der Türkei und vor allem in den kurdischen Gebieten viele Kurdinnen und Kurden nicht zuletzt durch deutsche Waffen.
Auch hier in Deutschland sind die KurdInnen und ihre Vereine, u. a. das Kurdistan-Volkshaus Hannover, ständigen Repressionen, Diskriminierungen und Kriminalisierung ausgesetzt.
„Schluss mit den systematischen Menschenrechtsverletzungen gegenüber den KurdInnen in Deutschland!
Wir rufen alle Freunde und Vertreter der Menschlichkeit und der Demokratie zur Solidarität auf, um ein Zeichen zu setzen und zu zeigen, dass wir gegen jegliche Ausbeutung und Verachtung der Menschenrechte sind!“

Innerhalb eines Jahres starben 28 Soldaten unter ungeklärten Umständen

Aufgrund der wachsenden Zahl ungeklärter Tode junger Wehrdienstleistender, haben sich Wehrdienstverweigerer und Familienangehörige von Soldaten, die unter ungeklärten Umständen gestorben sind, zusammengeschlossen, um die Todesursachen aufzuklären und die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen.
Die Mitglieder der „Plattform der Wehrdienstverweigerer für Frieden“ wurden daran gehindert, eine Pressekonferenz abzuhalten.
Ersin Sedefoğlu, Sprecher der Plattform, sagte: „Die Initiative [zur demokratischen Öffnung] wurde nicht umgesetzt. Anstelle dessen ist der Zugang zur kurdischen Frage von Seiten des Staates nun noch gewalttätiger. Ungeklärte Tode beim Militär haben Tränen und Blut hinterlassen. Ihr müsst der Stimme des Friedens zuhören und nicht der des Krieges, wenn ihr wirklich Frieden wollt. Deswegen müssen die Militäroperationen sofort beendet werden.“
Mittlerweile haben Familienangehörige eine Pressekonferenz beim Menschenrechtsverein (IHD) in Istanbul durchgeführt und eine Aufklärung des Todes von Serhat Yildiz gefordert, der in Gaziantep stationiert war, und von Murat Polat, der in Adana im 6. Militärgefängnis starb.
Innerhalb eines Jahres sind 28 Soldaten unter ungeklärten Umständen gestorben, sagen deren Familienangehörige, davon allein 4 im letzten Monat.
(ANF, 20.6., ISKU)

Wer die PKK unterstützt, kann in den USA angeklagt werden

In einem Grundsatzurteil hat das Oberste Gericht der USA die Strafverfolgung unter dem Verdacht der Unterstützung terroristischer Gruppen erleichtert.
Die Richter entschieden in ihrem am Montag in Washington veröffentlichten Urteil, dass nicht nur Finanzhilfen oder aktive Mitarbeit als Terrorunterstützung gewertet werden können, sondern auch zivile Hilfsleistungen wie juristische Aufklärung über die Rechte von Angeklagten oder Seminare zur friedlichen Konfliktlösung.
In dem Verfahren hatte die US-Regierung gegen die Menschenrechtsgruppe Humanitarian Law Project geklagt, die derartige Hilfsleistungen unter anderem der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und den Befreiungstigern von Tamil Eelam (LTTE) in Sri Lanka zukommen ließ.
Dem Urteil zufolge muss die Gruppe künftig mit einer Anklage wegen Terrorunterstützung rechnen, sollte sie ihr Engagement für von der US-Regierung als Terroristen eingestuften Gruppen fortsetzen. *(ta, 21.6., ISKU)*

TAK bekennt sich zu Bombenanschlag in Istanbul

Zu dem Anschlag auf einen Militärbus in der Nähe einer Militärsiedlung in Istanbul, bei dem fünf Menschen, davon vier Soldaten und eine Zivilistin, ums Leben kamen, bekannte sich die kurdische Stadtguerillaorganisation TAK (Freiheitsfalken Kurdistans). Bei dem Angriff starben drei Offiziere der Jandarma, ein Unteroffizier und die siebzehnjährige Tochter eines Soldaten.
Die TAK erklärte in einer E-Mail, dass sie nicht die Absicht gehabt hätten, ZivilistInnen zu verletzen, darum sei ein Militärfahrzeug für den Angriff ausgewählt worden. Allein der türkische Staat sei daher für das zivile Opfer verantwortlich: „Seit Tagen führen der türkische Staat und alle seine Organe, das Militär, die Polizei, die Regierung, staatliche Einrichtungen und Institutionen, ein geplantes Massaker am kurdischen Volk durch. Sie bereiten auch Angriffe auf den Vorsitzenden Abdullah Öcalan vor. Es gibt ein gemeinsames Angriffskonzept von Militär, Polizei und allen Einrichtungen das gerade umgesetzt wird. Die Aktion wurde als Angriff gegen ein Militärfahrzeug geplant und durchgeführt. Wie schon vorher benutzen türkische Sicherheitskräfte ZivilistInnen als menschliche Schutzschilde. Dass bei der Aktion ZivilistInnen zu Schaden kamen, ist alleine die Verantwortung des türkischen Staates. Wir warnen alle ZivilistInnen in der Türkei, militärische Einrichtungen oder Fahrzeuge zu benutzen. Für ähnliche Ereignisse in der Zukunft sind wir nicht verantwortlich.
Als TAK haben wir schon früher erklärt, dass wir gegen die Angriffe auf die kurdische Bevölkerung Position beziehen werden. […] Wir werden unsere Aktionen verstärken. Der faschistische türkische Staat zwingt uns mit seiner aktuellen Haltung zu noch heftigeren Aktionen.“
Weiterhin bekannte sich die TAK zu einen Angriff am 8. Juni auf einen Polizeibus, bei dem 15 Polizisten verletzt worden sind.
(ANF, 22.6., ISKU)

Kiran erklärte weiter: „Es reicht, dieser Krieg muss endlich aufhören“, jeder müsse etwas tun. Bezüglich der tausenden inhaftierten Kinder, die Opfer des Antiterrorgesetzes wurden, erklärte sie: „Von einem Staat, der immer weiter auf Krieg beharrt, wird man nicht erwarten können, dass er die Kinder freilässt.“ *(KI, 19.6., ISKU)*

Önder Aytac: „Man sollte Öcalan mit dem Tode bedrohen, wenn er darauf nicht reagiert, dann sollte man ihn umbringen.“
Der Taraf-Journalist Dr. Önder Aytaç sprach bei dem im Besitz der Gülen-Stiftung befindlichen Sender Küre TV. Er erklärte, dass die Operationen und der Staatsterror andauern müssten und sprach folgende gefährliche Worte: „Der Kampf gegen den Terror ist die Aufgabe des Staates, des Militärs, und der Polizei. Auch wenn sie sterben, seid ihr verpflichtet, diese Aufgabe zu erfüllen. Hat Abdullah Öcalan nicht vom Gefängnis aus gesagt, dass diese ganzen Terrorereignisse passieren sollen? Wenn das so ist, dann sagt ihm, ‚Wenn du nicht innerhalb eines Monats [...] den Terror beendest, dann werden wir dich umbringen, wir werden dich hinrichten, wir werden dich aufhängen.‘ Und dann mal sehen, wenn die Angriffe nicht aufhören, dann nehmt ihn und hängt ihn auf, tötet ihn. Dann könnt ihr die Zukunft retten. Denn bei den Aktionen gibt es keine Obergrenze mehr, ob Abdullah Öcalan lebt oder stirbt.“
Önder Aytaç ist mit dem Anfang der sog. „demokratischen Öffnung“ zum stellvertretenden Vorsitzenden der Polizeiakademie ernannt worden und wurde ebenfalls beauftragt „am runden Tisch zur PKK“ mitzuarbeiten. Er ist außerdem Berater des Kulturministers Ertuğrul Günay und steht aus familiärer Tradition der Fetullah-Gülen-Stiftung nahe.
(KI, 19.6., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
KI	kurdish-info.eu
ta	tagesanzeiger.ch

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 471
02. Juli 2010

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kurdistan/Türkei: Die Schrecken der 90er Jahre kehren zurück

Die türkische Regierung und das Militär eskalieren den Krieg gegen die kurdische Freiheitsbewegung und die Bevölkerung weiter. Nachdem in den 90er Jahren mehr als 4 000 Dörfer zerstört, mehr als 17 000 Menschen von Todesschwadronen ermordet und die Bevölkerung breit terrorisiert worden ist, kehren diese Maßnahmen nun 2010 erneut zurück. In der letzten Woche wurden zwei Dörfer von Soldaten niedergebrannt, für Morde bekannte Spezialeinheiten werden reaktiviert und in die kurdischen Provinzen verlegt. Viele Gräueltaten der 90er scheinen erneut die türkische Kriegsführung zu prägen.

Für Folter und Mord verantwortliche Einheiten werden reaktiviert

Auf Entscheidung des nationalen Sicherheitsrates der Türkei (MGK) werden die Özeltims (Spezialeinheiten) der Polizei, die für die Mehrheit der Morde „unbekannter" Täter in den 90er Jahren in der kurdischen Region verantwortlich sind, wieder in die Gebiete entsandt bzw. ihre Aktivitäten verstärkt.
Es wurde erklärt, dass diese Einheiten im Moment in 48 Kreisen aktiv sind und ihre Aktivitäten im „Antiterrorkampf" erhöht werden würden. Insbesondere in ländlichen Regionen sollen große Kontingente stationiert werden. Diese Einheiten sind besonders berüchtigt für schwerste Übergriffe auf die Zivilbevölkerung unter dem Vorwand des Kampfes gegen die PKK.
Mehrere ehemalige Mitglieder dieser Einheiten litten nach dem Dienst an schweren psychologischen Störungen und waren nicht mehr fähig, sich in ein „normales" Leben einzufügen. Viele von ihnen töteten sich selbst, einige erhielten auch Strafen wegen begangener Übergriffe.

Leichen von Guerillas misshandelt und verstümmelt

In den 90er Jahren wurden gefallene Guerillas häufig von Soldaten verstümmelt, sie wurden mit Panzern durch Ortschaften geschleift und viele andere Grausamkeiten an Verstorbenen wurden als Teil psychologischer Kriegsführung begangen. Mit der Ausweitung des Krieges treten diese Praktiken nun erneut auf. Am 25.6. wurden sowohl in Gümüşhane als auch in Amed/Farqîn (Diyarbakir/Silvan) von Soldaten die Leichen von drei gefallenen Guerillas auf schreckliche Weise geschändet. An der Leiche von Bayram Dün war der Kopf teilweise zerquetscht und zertrümmert worden. Während auf seinem Körper nur Spuren von Einschüssen zu finden waren, war sein Kopf nicht mehr zu erkennen. Die Soldaten scheinen auf dem Kopfe der Leiche herumgesprungen zu sein. Die Angehörigen, welche die Leiche zu Gesicht bekamen, fielen in Ohnmacht, viele riefen „Rache", „Wir werden in die Berge gehen und mit euch abrechnen!".
Auch an der Leiche von Hamit Ulaş (Sendoz Amed), sind Spuren ähnlicher Grausamkeiten zu finden und einige Spuren nähren den Verdacht, dass er lebend gefangen genommen worden war und dann hingerichtet worden ist. Während am Köper von Ulaş keine Verletzungen zu sehen sind, sind deutliche Einschüsse im Hals, Gesicht und Kopf zu sehen. Weiterhin wurde sein Kopf zerschnitten, so dass er nicht mehr zu erkennen war. Sein verdrehter Hals und verformter Schädel, weisen darauf hin, dass sein Leichnam von Soldaten nach seinem Tod noch geschändet wurde.
Der Körper eines Guerillas, Necati Güneş, der angeblich bei dem Angriff der HPG auf Militärstützpunkt gefallen sein soll, bleibt verschwunden. Es existieren Berichte, nachdem eine an der Schulter und am Bauch verletzte Person ins Krankenhaus eingeliefert worden war und kurz darauf wieder weggebracht wurde. MenschenrechtlerInnen verfolgen diesen Fall weiter.

Zwei Dörfer in der Umgebung von Hasankeyf von Soldaten niedergebrannt

Das türkische Militär brannte in den Morgenstunden des 25.6., in der Region Êlîh (Batman) im Kreis Heskîf (Hasankeyf) zwei Dörfer nieder. Die Dörfer Bizinka (Keçeli) und Xerbekar (Palamutlu) und angrenzende Gärten und Obstplantagen der von der Landwirtschaft lebenden BewohnerInnen, sind vollkommen zerstört worden. Die beiden Dörfer sind von türkischen Soldaten „aus Sicherheitsgünden" in Brand gesetzt worden.
MenschenrechtlerInnen, welche die Ereignisse begutachteten, sagten, sie seien „schockiert" über diese Vorgehensweise. Dieselben Dörfer waren 1993 schon geräumt und in den letzten 17 Jahren viermal niedergebrannt worden. Da es weder Wasser noch Strom in den Dörfern gibt, leben die Menschen dort nur im Sommer um in den Gärten Landwirtschaft zu betreiben. Der Brand breitete sich aus der Gegend der Militärbasis über das Dorf aus. Tausende Haselnuss-, Mandel-, Walnussbäumebäume verbrannten. Mehrere hundert Hektar Agrarland wurden zerstört. Die DorfbewohnerInnen wurden vom türkischen Militär am Löschen gehindert.
MenschenrechtlerInnen, die den Brand beobachten konnten, sagten: „Worauf stützen sie sich dabei? Hierfür kann es weder einen juristischen noch menschlichen Grund geben."

Auch in Wan bombardierten türkische Militärs zur Vergeltung eines Guerillaangriffs ein Dorf, in dem eigentlich Dorfschützer, die mit dem türkischen Militär seit Jahren auf Operationen gehen, wohnen. Bei der Bombardierung durch Mörser und Artillerie entstand großer Sachschaden an Wohnhäusern und Gärten.

Nach Guerillaaktion erschießen Militärs 70-Jährige

Nach einer Guerillaaktion am 25.7. in Dep (Karakoçan) in der Provinz Xarpet (Elaziğ), bei der nach Angaben der HPG fünf türkische Soldaten ums Leben kamen, eröffneten Soldaten auf eine Familie das Feuer und töteten eine 70-jährige Frau. Vier ihrer Familienmitglieder wurden verletzt, darunter ein fünfjähriges Kind.
Der BDP-Kreisleiter von Kanîreş (Karliova) erklärte zu den Ereignissen: „Die Familie war nicht im Gefecht, als sie beschossen wurde. Sie war im Vorbeifahren und plötzlich wurde das Feuer eröffnet." Er erklärte weiter: „Nach dem Gefecht beschossen die Soldaten das Dorf und die Umgebung für eine länger Zeit. Eine große

→

Meldungen

Inhaftierte Kinder im Hungerstreik

Fünfundzwanzig inhaftierte Kinder im Bitlis E-Typ Gefängnis sind im Hungerstreik, um gegen die Misshandlungen durch Aufseher und Verwaltung zu protestieren.
Die eingesperrten Kinder, überwiegend aus Gever (Yüksekova), teilten ihre Familien mit, dass sie vor zwei Tagen einen Hungerstreik begonnen haben und ihn fortsetzen werden, bis ihre Forderungen von der Verwaltung erfüllt werden.
(DIHA, 30.6., ISKU)

2-tägiger Hungerstreik aller PKK-Gefangenen

Aufgrund der Angriffe gegen KurdInnen haben alle PKK-Gefangenen einen 2-tägigen Hungerstreik begonnen. Die Gefängnisinsassen fordern die Regierung auf, die militärischen und politischen Operationen umgehend zu beenden und mit Abdullah Öcalan zu reden.
Deniz Kaya sprach im Namen aller PKK-Gefangenen: "Wir beginnen diesen Hungerstreik, um gegen die Operationen und die Repression der Regierung gegen KurdInnen zu protestieren und fordern eine sofortige demokratische Lösung für die kurdische Frage."
(ANF, 30.6., ISKU)

Besuche bei Öcalan verhindert

Während die staatlichen Autoritäten beschlossen haben, einen Krieg gegen die kurdische Freiheitsbewegung auf allen Ebenen zu führen, haben sie auch begonnen die Besuche auf der Gefängnisinsel Imralı zu verhindern. Das Gespräch zwischen AnwältInnen und dem kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalan wurde letzte Woche zweimal verhindert. Auch das Gespräch mit seinem Bruder, Mehmet Öcalan, wurde unter dem Vorwand: „Die Fähre sei kaputt" nicht ermöglicht. Es ist deutlich, dass diese Besuche bewusst verhindert wurden. Den Medien zufolge sucht das türkische Justizministerium neue juristische Gründe, um Besuche prinzipiell zu verhindern. Nach Turkish Press sucht das Justizministerium u.a. international nach Präzedenzfällen, die der Situation von Öcalan ähnlich sind. Der türkische Staat kann im Moment aufgrund einer immer noch laufenden Verhandlung beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, die Besuche juristisch nicht verhindern. Öca-

Rüstungsgüter für 1,8 Milliarden Euro an die Türkei geliefert

Deutschland hat der Türkei zwischen 2000 und 2009 Rüstungsgüter im Wert von knapp 1,8 Milliarden Euro geliefert. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung (17/2207) auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/1884) hervor. Unter den gelieferten Rüstungsgütern waren 2005 unter anderem 298 Kampfpanzer vom Typ Leopard 2A4. 2009 wurden weitere 41 Panzer dieses Typs geliefert. 15 Leopard-Panzer gingen als "Ersatzteilspender" an die türkische Armee.
Vertragliche Zusagen, die gelieferten Waffen, Munition und Rüstungsgüter nicht bei internen Konflikten und bei grenzüberschreitenden Militäraktionen zu verwenden, gebe es nicht, teilt die Bundesregierung weiter mit. Die Türkei sei NATO-Partner und habe seit 2002 "mit mehreren Reformpaketen die innere Stabilisierung und Demokratisierung gestärkt". Außerdem habe die EU Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen, "da die EU-Kommission festgestellt hat, dass die Türkei die Politischen Kopenhagener Kriterien (insbesondere Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Schutz von Menschenrechten) hinreichend erfüllt".

(hib Nr. 218, 28.6.)

Der Spezialkrieg nimmt die Möglichkeit einer Lösung

In einer Sendung des Senders Roj TV erklärte das Mitglied des KCK-Exekutivkomitees Mustafa Karasu den Medien die sich am Spezialkrieg beteiligen, dass „die Wirklichkeit in keiner Weise verborgen werden kann". Er erklärte, dass der Spezialkrieg eine Lösung des Konfliktes verhindert.
Zu den Erfolgsaussichten der des jetzigen Spezialkrieges von Seiten der Türkei erklärte er: „Wenn die Methoden des Spezialkriegs Erfolg versprechend wären, dann hätten sie in den 90er Jahren Erfolg haben müssen, als der schmutzige Krieg seinen Höhepunkt erreicht hatte."
Zu den Intellektuelle in der Türkei sagte er, dass sie mutiger sein müssten. Sie sollten ihre Opposition zu denen bekunden, welche die Angelegenheit mit Gewalt lösen wollen.
Zu der Auseinandersetzung um die Ausrufung eines Waffenstillstandes erklärte er, dass eine einseitige Waffenruhe nur Bedeutung haben kann, wenn sie die Basis für eine Lösung bildet und beide Seiten ihre Bereitschaft signalisierten. Der türkische Staat habe aber bis jetzt jede einzelne Waffenruhe von Seiten der Freiheitsbewegung in eine Waffe der psychologischen Kriegsführung verwandelt. Der Staat benutze die Zeit der Waffenruhen, um Zeit zu gewinnen und seine Politik der Vernichtung weiterzuführen. Dies wird besonders deutlich, wenn die letzte Waffenruhe vom 13. April 2009 bis zum 1. Juni betrachtet wird. Mustafa Karasu erklärte, dass sie geduldig gewesen seien, trotz der Politik eines politischen, militärischen und kulturellen Massakers, doch wollten sie, „nicht länger eine Partei im Rahmen einer solchen Politik sein". Wenn aber endlich die Tatsache anerkannt würde, dass der Konflikt nicht mit Gewalt gelöst werden könne und eine Phase des Dialogs und der Lösung beginne, dann könnte sich ihre Position ändern. Die erste Bedingung wäre, direkte statt indirekte Treffen mit Öcalan zu organisieren.

(ki, 30.6., ISKU)

Fortsetzung: Die Schrecken der 90er Jahre kehren zurück

Zahl von Häusern wurde beschädigt."

Soldaten ermorden zwei Dorfbewohner
Soldaten, die in Hatay unterwegs zu einer Operation waren, eröffnen am 28.6. um 10.00 Uhr morgens das Feuer auf DorfbewohnerInnen, die sich auf einer Alm aufhielten, um Thymian zu pflücken. Zwei Dorfbewohner 61 und 62 Jahre alt starben, und ein 75-jähriger wurde verletzt. Der Gouverneur von Hatay erklärte, dass die beiden durch Kugeln der Armee starben, während die Armee immer noch dazu schweigt. Die türkischen Medien behaupteten sogar, die PKK hätte Dorfbewohner angegriffen und einen entführt.

Der 75-jährige Mehmet Sak erklärte, er sei mit vier anderen Dorfbewohnern auf die Alm gegangen, um Thymian zu sammeln. Sie leben vom Verkauf von Kräutern. Sak, der sich im Moment im Krankenhaus befindet, erklärte: „In den frühen Morgenstunden bin ich mit Ali Dalmiş, Mustafa Fil und Ibrahim Yalçin zusammen aufgebrochen um Thymian zu sammeln. […]. Als das Feuer eröffnet wurde, lag ich plötzlich am Boden und öffnete die Augen erst im Krankenhaus wieder. Hier gibt es keine PKK, manchmal gibt es Gerüchte, sie würden hier vorbeiziehen, aber keiner hat sie gesehen. Wir wissen nicht wie es zu diesem Ereignis kam. Wir ziehen jedes Jahr auf die Alm. Dieses Ereignis hat uns in Angst versetzt, wer garantiert uns unsere Leib und Leben."

„Es gibt Schwierigkeiten, Zivilisten von PKK-Mitgliedern zu unterscheiden"
Eine Erklärung von letzter Woche des Generalstabsvorsitzenden der Inneren Sicherheit, General Fahri Kir, gibt in Bezug auf das Ereignis besonders zu denken. Er hatte erklärt, „Es gibt Schwierigkeiten das Volk von den PKKlern zu unterscheiden." Er gestand damit ein, dass bei den Operationen gegen die PKK von den Soldaten auch ZivilistInnen ins Visier genommen werden.
Er hatte erklärt, dass aufgrund der Operationen insbesondere Menschen, die sich auf Almen aufhalten, Schaden nehmen können, da sie irrtümlich für PKK-Mitglieder gehalten werden könnten.

Soldaten durchsieben Minibus
Mit 21 Kugeln durchsiebten Soldaten der Bağdere-Jandarma-Basis einen Minibus mit Zivilisten. Vier Insassen wurden dabei verletzt. Davor hatten die Soldaten schon Felder und Nutzflächen der Bevölkerung in Brand gesetzt.

Ausgangssperre verhängt
Weitere Maßnahmen aus den 90er Jahren wie Ausgangssperren in den Dörfern werden nun wieder in die Praxis umgesetzt. In einigen Dörfern in der Region Tetwan, Bedlis und Hizan wurden die Dorfvorsteher von den Militärs damit beauftragt, die Dorfbevölkerung davor zu warnen, ohne sich beim Militär abzumelden, das Dorf zu verlassen. Die Armee erklärte, wenn es die Bevölkerung nicht täte, dann wäre sie „nicht verantwortlich für etwaige negative Folgen". Dies Drohungen wurden unter anderem über die Lautsprecher der Moscheen in den Dörfern verbreitet.

Auch in der Region Çewlîg (Bingöl) leben die DorfbewohnerInnen zurzeit in Angst vor den Spezialteams. An mehreren Dörfern haben diese Spezialeinheiten Stellung bezogen und dokumentieren jeden der das Dorf betritt oder verlässt. Insbesondere nachts bewegen sich die Einheiten in bedrohlicher Weise um das Dorf herum. Viele DorfbewohnerInnen trauen sich aus Angst um ihr Leben nicht einmal mehr ihr Vieh auf die Weiden zu bringen. Nachts verlassen sie nicht mehr die Häuser.

(ÖP, yuksekovahaber, DIHA, ANF 27./28.6, ISKU)

lans Situation ist für die kurdische Bevölkerung von zentraler Bedeutung. Das verhindern der Besuche kann die Spannungen weiter verschärfen.

(ki, 30.6., ISKU)

Staatsanwaltschaft fordert 8,5 Jahre für Ismail Beşikçi
Gegen den Soziologen und Autor Ismail Beşikçi, der aufgrund seiner Bücher über kurdische Themen bereits mehrere Jahre im Gefängnis saß, wird eine 8,5 jährige Haftstrafe aufgrund angeblicher PKK-Propaganda gefordert. Beşikçi soll wegen seines Artikels "Nationale Selbstbestimmung und die Kurden", der in der Zeitschrift "Our Age" veröffentlicht wurde, verurteilt werden.
Die Anklageschrift bezieht sich auf folgende Punkte seines Artikels: „Die Kurden hab gekämpft und einen hohen Preis für eine freie Heimat bezahlt … Syrien, Iran und Türkei regieren die Kurden mit Zwang und Gewalt." oder: „Es ist ein Recht der Kurden, einen Kampf für Freiheit gegen diesen zwanghaften und brutalen Prozess zu führen." Beşikçi rufe hier zu Nötigung und Gewalt auf mit dem Ziel, Propaganda für bewaffnete Organisationen zu machen.
Für den Herausgeber der Zeitung, Zeycan Balcı., wird ebenfalls eine Haftstrafe gefordert.

(ANF, 1.7., ISKU)

Demonstration zum Todestag von Halim Dener
Im Gedenken an Halim Dener versammelten sich Menschen aus verschiedensten Gruppen des internationalistischen Spektrums am 29.6. auf dem Steintor in Hannover. Dies war auch der Ort, an dem Halim Dener vor 16 Jahren beim Plakatieren von einem Polizisten erschossen worden war. Die Abschlusskundgebung fand wieder auf dem Steintor statt, viele Blumen wurden an der Stelle abgelegt, an der Halim 1994 starb.

(indymdia, 29.6., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ki	kurdish-info.eu
hib	heute im bundestag

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 472
9. Juli 2010

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Abdullah Öcalan:

Frieden ist immer noch möglich

„Die 10%-Hürde heruntersetzen, das Antiterrorgesetz abschaffen, die Gefangenen Kinder freilassen, dies sind die Bedingungen für den Frieden," sagte Öcalan. „Wenn keine Lösung gefunden wird, dann werden die ‚Spezialkriegslobbys' das Land in einen Bürgerkrieg ziehen", so der inhaftierte Vorsitzende der ArbeiterInnenpartei Kurdistans, PKK Abdullah Öcalan weiter. Der inhaftierte Repräsentant der kurdischen Bevölkerung nannte mehrere Bedingungen als Ausgangsbasis für eine Lösung. Diese Bedingungen beinhalten die Absenkung der 10%-Hürde, die Abschaffung des Antiterrorgesetzes und die Freilassung der inhaftierten Kinder, wie auch der Gefangenen aus dem KCK-Verfahren und die Vorbereitung einer demokratischen Verfassung. Bei einem Besuch seiner Anwälte am 30. Juni machte Öcalan auf die zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Rebellen und der türkischen Armee aufmerksam und nannte obige Bedingungen.

Öcalan: Eine passende psychologische Umgebung muss geschaffen werden

„Mein Ansatz hinsichtlich einer Lösung ist klar. Ich könnte die kurdische Revolution vertiefen, was millionen Tote bedeuten würde, wie es das auch für die vietnamesische Revolution bedeutet hat. Ich ziehe eine demokratische Lösung auf einer demokratischen Verfassung basierend vor. Eine demokratische Verfassung ist für uns die zentrale Bedingung ohne die nichts möglich ist. Bevor so eine Verfassung erarbeitet wird sind andere konkrete Schritte notwendig, welche auch als Gesten des guten Willens betrachtet werden können. Um eine passende psychologische Umgebung zu schaffen, muss die 10%-Hürde gesenkt, das Antiterrorgesetz abgeschafft, und die inhaftierten Kinder, wie auch die Gefangenen aus dem KCK-Verfahren müssen freigelassen werden. Nach diesen Schritten kann eine neue Verfassung erarbeitet werden."

Aufruf an die Mitglieder des türkischen Parlaments

„Die AKP Regierung kann diese Bedingungen mit der Unterstützung der Opposition, wie auch der Zivilgesellschaft in der Türkei verwirklichen. Ich wiederhole hiermit meinen Aufruf an Erdoğan, dass eine friedliche Lösung immer noch möglich und das Parlament der Ort dafür ist. Ich bin mir nicht sicher, ob Erdoğan in der Lage ist, eine solche Lösung zu entwickeln. Seine Macht mag begrenzt sein. Aber wenn die AKP es nicht schafft eine Lösung auf der Basis einer demokratischen Verfassung zu finden, können sie sich ebenso mitten in einer Verschwörung wiederfinden, wie schon drei andere Verschwörungen in der Vergangenheit durchgeführt wurden. In diesem Fall sollten sie uns nicht beschuldigen. Weder die BDP, noch die PKK kann dafür verantwortlich gemacht werden. Die Verantwortung liegt alleine bei der regierenden AKP. Wenn einmal die Chance für eine Lösung verpasst ist, dann werden die Lobbys des Spezialkriegs auf der Bühne erscheinen und die AKP wird nicht in der Lage sein, mit ihnen fertig zu werden. Diese Lobby ist in der Bürokratie, Justiz, Armee und überall zu finden. Ich warne die AKP vor ihnen. Und wenn die AKP keinem neuen Putsch gegenüberstehen will, dann muss sie mutig sein. Die AKP sollte eine kohärente, stabile und entschlossene Einstellung an den Tag legen. Wenn dem nicht so ist werden die Spezialkriegslobbyisten ihre Existenz ebenfalls beenden."

Ich bestehe auf einer Lösung

„Wenn eine demokratische Lösung nicht gefunden werden kann, dann wird sich die kurdische Revolution vertiefen und die Zusammenstöße werden sich verschärfen. Aber ich weiß, dass niemand in der Lage sein wird, die KurdInnen aus den kurdischen Bergen zu vernichten. Auch wenn sie tausende Soldaten schicken, können sie nichts erreichen. Auch wenn beide Seiten im Moment große Verluste erleiden, wird die kurdische Seite gewinnen. Aber wie ich sagte, das ist nicht das was wir vorziehen. Ich habe darum gekämpft, dass es dazu nicht kommt. Ich arbeite für eine demokratische Lösung

(Fortsetzung auf Seite 2)

Straßenschlachten in Gever (Yüksekova) und Adana

Nach einem Polizeiangriff auf eine Demonstration am 1.7. der kurdischen Jugendbewegung DYG gegen „Prostitution, Vergewaltigung, Drogenhandel, Massaker und Operationen", kam es der Nacht zu schweren Auseinandersetzungen und Straßenkämpfen.
An der von der DYG organisierten Demonstration nahmen viele Tausend Menschen teil, die mit Fackeln vom BDP-Kreisbüro aus durch die Stadt zogen. Es wurden Parolen für die PKK und ihren Vorsitzenden und Fahnen dieser Organisation und des demokratischen Konföderalismus gezeigt. Die DemonstrantInnen entzündeten Feuerwerk und Feuer. In einer Erklärung hieß es: „Die AKP-Regierung versucht uns zu zwingen, diese Spezialkriegsmethoden zu akzeptieren. … Die Auswirkungen dieser Politik haben wir in Sêrt und Amed gesehen."
In Sêrt waren von AKP-Funktionären, dem Schuldirektor, Soldaten u.a. mehrere kurdische SchülerInnen jahrelang missbraucht worden.
Später kam es zu heftigen Straßenschlachten. Jugendliche zündeten Geldautomaten an und lieferten sich die Nacht über Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Demonstration und Straßenkämpfe in Adana

In Adana wurde an Zilan, eine Kämpferin, die sich in einer Militärparade 1996 in Dersim in die Luft sprengte und ein wichtiges Symbol für die kurdische Frauenbewegung darstellt, mit einer Demonstration gedacht. Nach Polizeiangriffen kam es auch hier zu heftigen Straßenkämpfen. Bei den Auseinandersetzungen wurde unter anderem ein BIM-Supermarkt mit Molotowcocktails beworfen. *(ANF, YH, 2.7., ISKU)*

Meldungen

Guerilla veröffentlicht Bilanz für Juni

Nachdem die HPG am 1. Juni ihren Waffenstillstand beendet hatte, kam es in diesem Monat zu den schwersten Gefechten seit Jahren. Nach Angaben der HPG wurden bei 52 Guerillaaktionen 126 Soldaten getötet, 25 Guerillas verloren ihr Leben. Außerdem wurden vier Sikorsky-Helikopter getroffen, zwei Panzer und 18 gepanzerte Fahrzeuge zerstört und mindestens 18 Waffen und große Mengen an Ausrüstung beschlagnahmt. Das türkische Militär hat im Juni 37 Operationen durchgeführt, bei denen es zu 15 direkten Gefechten kam. Das türkische Militär hat 52 Artillerieangriffe, auch auf ziviles Gebiet, durchgeführt. Haftanin wurde 34 Mal bombardiert, Zap 15 Mal, Metina und Xakurke einmal. Auch Angriffe durch Kriegsflugzeuge haben zugenommen. Bei einem Luftangriff wurde ein 15-jähriges kurdisches Mädchen in Xakurke getötet.
(ANF, 2.7., ISKU)

Versuche, ins Guerillagebiet vorzudringen

Im letzten Monat wurden mehrfache Versuche des Militärs, auf Guerillagebiet in Südkurdistan vorzudringen, mit heftigem Widerstand zurückgeschlagen. Als sich Soldaten erneut zu einer grenzüberschreitenden Operation sammelten, griff die Guerilla ihre Stellungen an. Dabei kamen 37 Soldaten ums Leben. Diese Aktion machte die Weltöffentlichkeit erneut auf den Krieg in Kurdistan aufmerksam.
Trotz aller Maßnahmen des türkischen Staates, durch Geheimdienst, Polizei und Militär, hat die Guerilla Aufmerksamkeit durch Aktionen sowohl in den kurdischen Bergen und Städten als auch in der Türkei auf sich gezogen. Eine neue Entwicklung sind auch die Aktionen der Guerilla, die teilweise am helllichten Tag ausgeführt werden. Sie stellen eine neue Dimension von Aktionen dar.
(ANF, 2.7., ISKU)

Terror durch Luftangriffe

In der Nacht zum 2. Juli haben Kriegsflugzeuge der türkischen Armee die Grenze überquert und eine große Zahl von Dörfern im Kandil und Xinere bombardiert. Mindestens zwei Häuser wurden vollständig zerstört, nur durch Zufall gab es diesmal keine Toten. Dennoch wurde eine große Zahl Vieh getötet und Gärten sowie Plantagen durch Bombardierung zerstört. Die

Kurdische Frauen kämpfen gegen die „Vergewaltigungskultur“

In einem der bekannteren Fälle, einer Serie von andauernden Vergewaltigungsskandalen, im kurdisch dominierten Südosten der Türkei, wurden in Siirt mindestens vier Mädchen, im Alter zwischen 12 und 14 über einen Zeitraum von zwei Jahren, von Staatsbeamten sexuell missbraucht einschließlich dem stellvertretenden Direktor und einem Mitarbeiter der Polizei. Siirt ist eine Stadt, die gezeichnet ist von den Kämpfen zwischen kurdischen Aufständischen und der türkischen Armee. Andere Schüler und Ladenbesitzer sind ebenfalls in den Skandal verwickelt.
Die Anwältin Meral Daniş-Beştaş, die in die Verfolgung des Falls involviert ist, argumentiert, dass Vergewaltigung im politischen Konflikt verwurzelt ist: „Das Ereignis ist verbunden mit der kurdischen Frage, häuslicher Gewalt und der soziopolitischen Situation in der Region.“ Die Anwältin ist eine wichtige Figur in der linken, prokurdischen Friedens- und Demokratie Partei (BDP), sagt IPS in einem Interview mit ihr in Diyarbakir, der inoffiziellen Hauptstadt Türkischkurdistans und Zentrum politischer Aktivität.
Kurdinnen und Kurden aus der Region, sehen dies als ein neues Beispiel des Angriffs des türkischen Staats auf die kurdische Gesellschaft. „Es ist unmöglich, dass die Polizei und die öffentlichen Autoritäten nicht davon wussten. Der Provinzgouverneur von Siirt, der Polizeichef, und die lokalen Direktoren des Erziehungsministerium sind die Verantwortlichen“ sagt Daniş-Beştaş.
Die türkische Regierung benutzt häufig Gewalt, Drohungen und andere Formen der Repression gegen weibliche kurdische Aktivistinnen. Im Juli letzten Jahres wurde ein Mitglied der Demokratischen freien Frauenbewegung (DÖKH), einem Zusammenschluss vor allem kurdischer Frauenorganisationen, von Zivilpolizisten in ihrer Wohnung vergewaltigt. Sie sagten nach der Vergewaltigung: „Geh und erzähl das deinen Freundinnen, dass wir das mit allen von euch tun werden.“ Das Opfer stellte später Anzeige gegen die öffentlichen Autoritäten und erklärte, dass es die Täter identifizieren können. „Wir fragten nach den Bildern der Polizisten, die an diesem Tag im Dienst waren und Durchsuchungsbefehle hatten. Sie zeigten etwa 5000 Bilder und natürlich war das Opfer nicht in der Lage die Täter zu identifizieren.“ Erzählte Daniş-Beştaş. Auch ein Jahr später dauert die Untersuchung noch an.
Neben der Vorbereitung und Durchführung solcher Kampagnen spielt die DÖKH auch eine Rolle in der institutionalisierten Politik, vor allem durch die linke, prokurdische BDP. Es gibt keine formelle Beziehung zwischen den beiden Organisationen, obwohl ihre Forderungen und Mitglieder sich häufig überschneiden.
Unter dem Druck der DÖKH und anderer Frauenrechtlerinnen in der Partei, haben die BDP und ihre Vorgängerorganisationen Gender-Quoten für Frauen angewandt. Dies half, kurdische Frauen in Führungspositionen, sowohl in der parlamentarischen Politik als in der Partei zu bringen. Dies ist eine Tatsache von großer psychologischer Bedeutung für die Frauen der Region. Von allen politischen Parteien in der Türkei, hat die BDP den größten Anteil von weiblichen Abgeordneten und BürgermeisterInnen.
„Für feudale Plätze wir Şirnak ist es revolutionär, weibliche Abgeordnete im Parlament, Bürgermeisterinnen und Parteiverantwortliche zu haben,“ erklärt Zilan Botan aus der DÖKH-Führung in Şirnak gegenüber IPS, „aber dennoch, weder Staat noch Gesellschaft haben diese Revolution akzeptiert.“
Die DÖKH hat nun eine Kampagne unter dem Motto begonnen, „Lasst uns eine freie demokratische Gesellschaft schaffen und die Vergewaltigungskultur überwinden.“
„Das Ziel der Kampagne ist es, Kampf gegen die gesellschaftlichen Probleme, die auf allen Ebenen erfahren werden, zu verbreitern und eine demokratische Gesellschaft zu errichten,“ erklärt die DÖKH Aktivistin Azize Yağiz gegenüber IPS.

Nach UN-Statistiken sind 42% der Frauen in der Türkei der Gewalt ihrer Partner ausgesetzt. In einer im Jahr 2000 publizierten Studie, erklärten 2% der Frauen in den südöstlichen Provinzen, dass sie sexualisierte Gewalt von Sicherheitskräften erfahren hat. Das ist wahrscheinlich eine sehr konservative Rechnung, wenn man die kulturellen Tabus in diesem Zusammenhang mit einbezieht.
„Wir sind gezwungen an zwei Fronten zu kämpfen – gegen männliche Dominanz und das politische System“, sagt Botan, die eine der ersten Frauen im Stadtrat von Şirnak war. „Kulturelle Normen sind hier in der Region sehr streng und die Tyrannei und Unterdrückung des Staates sind offensichtlich.“ Gegen Botan stehen im Moment 40 Verfahren aus.
Die DÖKH-Aktivistin Azize Yağiz, 23, war dreimal jeweils drei Monate wegen ihrer politischen Aktivitäten inhaftiert. Das erste Mal als sie 17 Jahre alt war, und auch gegen sie stehen noch 20 Verfahren wegen ihrer Arbeit aus.
Yağiz schätzt, dass etwa 300 DÖKH-Mitglieder im letzten Jahr inhaftiert worden sind, unter ihnen die talentiertesten und erfahrensten Führerinnen ihrer Organisation, und das etwa die Hälfte aller Aktivistinnen der Organisation mindestens einmal inhaftiert war.
DÖKH-Aktivistinnen machen kein Geheimnis aus ihrer Bezugnahme auf den inhaftierten Führer des sozialistischen Aufstands Abdullah Öcalan, „DÖKH ist eine Struktur, die aus der kurdischen Freiheitsbewegung entstanden ist, sie ist sowohl eine sozialistische, als auch eine demokratische Bewegung“ sagt Yağiz gegenüber IPS. „Wir sehen Abdullah Öcalan, den Repräsentanten des kurdischen Volkes, als großen Einfluss. Er hat den Frauen geholfen, ihre eigene Geschichte und ihren Selbstrespekt sich anzueignen.“

(Jake R. Hess, 2.7., ISKU)

Bevölkerung floh in Panik. Da vor den Angriffen die Telefonleitungen unterbrochen worden waren, drängt sich der Verdacht auf, dass die südkurdische Regierung von dem Angriff informiert war.
Koxa Qadir, ein Dorfbewohner, dessen Haus vollständig zerstört worden ist und viel Vieh verloren hat, beschuldigte die USA bezüglich des Angriffs: „Die USA macht hier die Aufklärung. Wenn sie nicht die Erlaubnis geben, dann kann die Türkei das Gebiet nicht bombardieren.“

(ANF, 2.7., ISKU)

Blogger während der Haft in Syrien verschwunden

Syrische Menschenrechtsorganisationen berichten, dass ein kurdischer Blogger, der im Juni von Sicherheitskräften inhaftiert wurde, verschwunden ist und sind besorgt um sein Wohl. In einer gemeinsamen Pressemitteilung von Syrian Human Rights Watch, Syrian Human Rights League und nationalen syrischen Menschenrechtsorganisationen wird von Kemal Huseyin Şexo berichtet, einem 32-jähriger Literaturstudent von der Damaskus Universität, der am 23.6.an der syrisch-libanesischen Grenze festgenommen wurde. Seither hat niemand etwas von ihm gehört. Syrische Behörden haben bisher keinerlei Gründe für seine Festnahme vorgebracht. Menschenrechtler fordern die syrischen Behörden auf, ihn entweder vor ein Gericht zu stellen oder ihn zu entlassen. In der Pressemitteilung wird auf die wachsende Anzahl willkürlicher Festnahmen in Syrien hingewiesen.

(ANF, 8.7., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
YH	Yüksekovahaber

Termine:

Stoppt den Krieg
Frieden für Kurdistan
Demonstration im Rahmen der Kampagne Tatort Kurdistan
9.7.. 17 Uhr
Hachmannplatz/Hbf
Hamburg
tatort-kurdistan.blog.de

Frieden ist immer noch möglich (Forts.)

ohne Blutvergießen, und ich bestehe darauf.“

Ein beidseitiger Waffenstillstand ist notwendig

„Ich stimme vollständig mit der Erklärung der NGOs in Diyarbakir überein. Ein beidseitiger Waffenstillstand kann erreicht werden. Die KCK könnten dem zustimmen. Aber jeder sollte wissen, dass niemand wie ein Opferlamm warten wird. Sie werden ihr Recht zur Selbstverteidigung nutzen. Das ist ein universelles Recht. Selbstverteidigung sollte auf verschiedenen Bereichen organisiert werden, wie im Gesetz, der Ökonomie und der Diplomatie. Diese Selbstverteidigung wird die de facto Autonomie bringen.“

Alle sollten zu den Wahlen mobilisiert werden

„Eine demokratische Mobilisierung ist notwendig. Nicht für den Krieg, sondern für die Wahlen. Um eine demokratische Verfassung umzusetzen, ist ein großer Wahlerfolg die Vorbedingung. Nicht nur im rechtlichen Bereich, sondern auch in der Bürokratie, der Gesellschaft, der Politik gibt es Hindernisse. Es ist die Verantwortung der Regierung diese Lobbys daran zu hindern, Hindernisse und Beschränkungen zu schaffen.“

(ANF, 2.7., ISKU)

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 473
16. Juli 2010

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Aufstände gegen türkische Kriegsverbrechen

Nachdem in Sêrt (Siirt) und in Colemêrg (Hakkari) die Leichen von mehr als 20 gefallenen Guerilla verstümmelt, zerstückelt und missbraucht worden waren, stehen in vielen kurdischen Städten die Menschen zum Protest auf. Vielerorts demonstrierten Zehntausende. Insbesondere in Colemêrg und Gever (Yüksekova) kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften. Aber auch in Mersin, Adana, Şemzinan, Êlîh (Batman), Nisêbîn (Nusaybin), Istanbul und anderen Städten kam es zu heftigen Kämpfen zwischen Bevölkerung und Polizei bzw. Militär. Teilweise wurden die Leichname der Gefallenen nicht ihren Familien übergeben, sondern heimlich bestattet, was zu noch größerer Entrüstung führte. In Amed wurde die Leiche eine Guerillas von der Polizei an einen unbekannten Ort entführt, was dort in der Nacht zum 10.07. zu heftigen Straßenkämpfen führte, Tausende, die die Beerdigung von Guerillas am 10.09. in Şemzinan besuchen wollten, wurden wegen einer angeblichen Bombendrohung nicht in die Stadt gelassen. An den Beerdigungen und den Protestdemonstrationen, die u. a. in Nisêbîn, Dêrika, Sêrt, Semsur, Agirî, Riha und vielen anderen Orten stattfanden, nahmen vielerorts Zehntausende Teil, in vielen Städten blieben die Läden aus Protest geschlossen.

Sowohl in Colemêrg, als auch in Gever fanden in den letzten Tagen Großdemonstrationen gegen die Kriegsverbrechen des türkischen Staates an gefallenen Guerillas statt. Die Polizei griff die Demonstrationen Zehntausender, die unter Parolen demonstrierten wie: „Der Mörderstaat wird dafür bezahlen", „Wir werden in die Berge gehen und euch die Quittung geben", mit Gasgranaten und Wasserwerfen an. Viele DemonstrantInnen wurden durch die Polizeiangriffe verletzt. Daraufhin kam es zu heftigen Auseinandersetzungen an denen sich zeitweise Tausende beteiligten und die nun schon drei Tage andauern. In Colemêrg erstreckt sich der Aufstand im Moment über zwölf Stadtviertel, in denen gekämpft wird. Ein Panzerfahrzeug wurde umgeworfen und Panzer und Wasserwerfer massiv durch Molotowcocktails beschädigt. Vermummte griffen außerdem einen Unterstand von paramilitärischen Dorfschützern an und rissen ihn ab. Die Polizei schoss mehrfach scharf, zerstörte Scheiben von Wohnhäusern bei Razzien in den Abendstunden. Insbesondere am 10.07. Verstummten die Schüsse aus Polizeiwaffen nicht.

Die zehn Guerillas, die in der Region Şemzinan gefallen und von Soldaten verstümmelt worden waren, riefen gerade in der Kleinstadt Şemzinan (Şemdinli) heftige Proteste hervor. Die Polizei griff eine Menschenmenge, die den gefallenen Guerilla Serhat Aslan entgegennehmen wollte, an und verletzte mindestens eine Person schwer. 28 Personen wurden festgenommen. Die von Polizei mit Knüppeln zusammengeschlagenen Berivan A. erklärte: „So wie es bei ihnen Gefallene gibt, gibt es diese auch bei uns. Sie würdevoll in Empfang zu nehmen ist unser Recht."

Am Morgen nahm die Familie schließlich den Körper des gefallenen Guerillakämpfers in Empfang, und er wurde in einer Demonstration von mehr als Zehntausend Menschen beigesetzt. Es wurden Transparente mit Parolen wie „Hey Şehit, willkommen im demokratischen, autonomen Kurdistan," Bilder von dem Gefallenen, von Abdullah Öcalan und Fahnen von PKK, HPG und KCK gezeigt. Zwei Mitglieder der Jandarma, welche die DemonstrantInnen abfilmen wollten, wurden vertrieben.

Am 10.07. kamen Tausende aus Gever zu einer weiteren Demonstration zum Trauerzelt für die gefallenen Guerillas in einem Dorf bei Şemzinan. Die Polizei sperrte die Straße für fünf Stunden und ließ den Konvoi von vielen Hundert Fahrzeugen stundenlang warten. Tausende, unter ihnen der BDP-Abgeordnete Hamit Geylani brachen daraufhin zu Fuß in das 25 km entfernte Dorf auf.
Auch an der Beerdigung der am 5. Juli in Şemzinan gefallenen Guerilla, Meral Bingül, nahmen mehr als Zehntausend Menschen teil. Es wurden Parolen gerufen wie „Die PKK ist das Volk und das Volk ist hier."

Am 10.07. nahmen mehr als 10 000 Menschen in Nisêbîn an einer Demonstration gegen die Verstümmelung der Guerillaleichen und die zunehmenden Militäroperationen teil. Die Polizei griff die Menschenmenge mit Gasgranaten an und verletzte viele. Daraufhin folgten heftige Straßenschlachten.

Im Gazi Viertel von Istanbul demonstrierten mehr als tausend Menschen, nachdem die BDP dazu aufgerufen hatte. Die Polizei griff die Demonstration mit Schall- und Gasgranaten und Wasserwerfern an. Daraufhin entstanden schwere Straßenkämpfe. Auch in Êlîh nahmen viele Tausend an einer Demonstration teil. Die Polizei schnitt der Demonstration den Weg ab und griff sie mit Wasserwerfern und Gasgranaten an. Die DemonstrantInnen antworteten mit Steinwürfen. Die Straßenkämpfe breiteten sich aus.

Der Leichnahm des in Gümüşhane gefallenen Guerillas Yunus Tokdemir wurde am 09.07. an der Stadtgrenze von Amed mitsamt dem Wagen von der Polizei an einen unbekannten Ort gebracht. Er sollte in Amed gewaschen und dann in Sêrt beigesetzt werden. Die Sicherheitskräfte, die den Leichnam transportierten, erklärten der Familie: „Wir erlauben nicht, dass der Leichnam in die Stadt kommt, er muss direkt nach Sêrt geschickt werden." Daraufhin brachten die Polizisten den Leichenwagen an einen unbekannten Ort. Daraufhin versammelten sich viele Tausend Menschen zu einer Demonstration. Nach Polizeiangriffen kam es zu schweren Auseinandersetzungen.

Die BDP will nun die Schändung der Guerillaleichen im Parlament thematisieren. Der Abgeordnete und Menschenrechtsaktivist Akin Birdal wirft den Tätern Verstöße gegen die Genfer Konvention vor. Die BDP beschuldigt die Armee zudem, chemische Waffen zu verwenden. „Brennende und ätzende Waffen wurden während der Gefechte eingesetzt. Die Leichen sind so zerstört, dass sie nicht identifiziert werden können," wirft der Abgeordnete Osman Özcelik aus Sêrt der Armee „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" vor.

(Yuksekovahaber, Yuksekovaguncel, Hakkarinews, ANF, ÖP, 10.7., jW, 15.7., ISKU)

Meldungen

Die fünfzehnjährige Berivan in Isolationshaft
Die fünfzehnjährige Berivan erlebt im E-Typ-Gefängnis von Diyarbakir ein Trauma. Seit neun Monaten ist sie in Isolation. Berivan S. wurde zu sieben Jahren und neun Monaten wegen der Teilnahme an einer Demonstration im Oktober letzen Jahres verurteilt. Sie soll Steine auf die Polizei geworfen haben, dass bedeutet: Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation.
Der Fall um Berivan ist im Gegensatz zu den anderen inhaftierten Minderjährigen weit über die Türkei bekannt geworden. Sie schrieb einen Brief an den Menschenrechtsverein in Elazig. Dieser Brief wurde von Journalisten aufgegriffen und veröffentlicht. Mit diesem Brief und dem Schicksal von Berivan kam die Situation der weit über Tausend festgenommenen und Hunderten verhafteten Minderjährigen in der Türkei an die Öffentlichkeit. Erst kürzlich wurde Berivan im Namen aller inhaftierten Kinder von der schwedischen Human Rights Association symbolisch geehrt. Sollte Berivan ihre Haftstrafe absitzen müssen, wird sie erst mit 23 Jahren das Gefängnis verlassen dürfen. Ihrer Jugend beraubt.
(ANF, 15.7., ISKU)

Türkisches Parlament ratifiziert Abkommen mit Russland über erstes AKW
Das türkische Parlament hat in der Nacht zum Donnerstag ein russisch-türkisches Regierungsabkommen über den Bau des ersten Atomkraftwerkes in der Türkei ratifiziert.
Wie der Pressedienst des Parlaments am Donnerstag weiter mitteilte, sieht das Abkommen den Bau von vier Energieblöcken (Reaktoren vom Typ WWER) mit einer Wärmeleistung von 1,2 Gigawatt nach dem russischen Projekt „AKW-2006" vor. Die Inbetriebnahme des AKW ist für 2016 bis 2019 vorgesehen. *(RN, 12.7., ISKU)*

Bevölkerung von Hasankeyf protestiert gegen Abtragungen
Mehrere hundert Menschen aus Hasankeyf haben gegen die Abtragungen der historischen Stadt protestiert, weil die historische Struktur der Stadt zerstört und es der geplanten Überflutung zuarbeitet.
Eine Vereinigung aus Hasankeyf hatte diese Demonstration organisiert, die von allen Ein-

Halbjahresbericht der TIHV

Bericht zu Menschenrechtsverletzungen zwischen dem 1. Januar und dem 30. Juni 2010

Im Jahresbericht 2009 hatten wir als einzige positive Entwicklung auf die Abnahme von Todesfällen bei Gefechten im Südosten des Landes hingewiesen. Leider haben sie in den ersten sechs Monaten des Jahres 2010 wieder zugenommen.

Das Recht auf Leben

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2010 kam es zu 2 (politischen) Morden unerkannter Täter und es gab 15 extra-legale Hinrichtungen (einschließlich Erschießung von Personen, die nicht anhielten). Von den 25 Personen, die in Haft ums Leben kamen, starben drei in Verhörzentren und 22 in Gefängnissen. Dazu gehörten zweifelhafte Selbstmorde und Behinderung von Behandlung.

Bei Gefechten starben zwischen dem 1. Januar und dem 30. Juni 2010 62 Soldaten, 9 Dorfschützer und 72 Militante. Unter den insgesamt 10 Todesopfern waren 3 Zivilisten, 3 Polizisten und ein Wachmann eines privaten Sicherheitsdienstes. 10 Menschen starben durch die Explosion von Landminen und anderen Explosiva. Die Zahl der Todesopfer durch Minen hatte im Jahre 2009 bei 41 gelegen. Die Zahl der Personen, die bei Gefechten getötet wurden, lag bei 138.

Folter und Misshandlung

In den ersten 6 Monaten des Jahres 2010 haben sich 179 Personen an die TIHV mit der Bitte einer kostenlosen Behandlung von Gesundheitsproblemen aufgrund von Folter gewandt. 80 von ihnen gaben an, dass sie im gleichen Jahr gefoltert wurden. Das Dokumentationszentrum fand 224 Fälle von Folter und Misshandlung, unter denen sich 64 Schüler befanden, die von Lehrern misshandelt wurden. Die Vergleichszahlen für das gesamte Jahr 2009 waren 532 Fälle von Folter und Misshandlung, von denen sich 86 an Schulen ereignet hatten.
Die TIHV fragte bei der obersten Polizeidirektion nach Verfahren gegen Folterer. In der Antwort vom 02.06.2010 war zu lesen, dass zwischen dem 14. Februar 2005 und dem 1. Juni 2010 gegen insgesamt 309 Polizeibeamte nach den Artikel 94 und 95 des Strafgesetzes 5237 ermittelt wurde. Gegen 131 von ihnen wurden die Verfahren eingestellt, 50 wurden freigesprochen und nur 2 Beamte wurden verurteilt.

Gefängnisse

Seit dem 6. November 2009 dürfen Besucher mit Gefangenen auch in anderen Sprachen als Türkisch sprechen. Von den 104 schwer erkrankten Gefangenen begnadigte der Staatspräsident Abdullah Gül 7 Gefangene, darunter Güler Zere. Sie starb am 7. Mai 2010. Eine Liste der 97 schwer erkrankten Gefangenen, die nicht entlassen wurden, ist im Anhang an den Bericht zu finden.

Meinungs- und Versammlungsfreiheit

Es befanden sich 37 Journalisten in Haft. Sieben Zeitungen wurde ein Publikationsverbot auferlegt und der Zugang zu 4662 Webseiten wurde gesperrt.

Nach dem Aktivitätsbericht der obersten Polizeidirektion für das Jahr 2009 wurden in dem Jahre 570 nicht genehmigte Demonstrationen abgehalten, bei denen 2250 Personen festgenommen und 413 Polizeibeamte, sowie 110 Bürger verletzt wurden. Das Dokumentationszentrum der TIHV fand für das Jahre 2009 heraus, dass neben 301 Personen, die bei Demonstrationen verletzt wurden, sechs ums Leben kamen. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2010 wurden 68 Personen verletzt. Es wurden 146 Personen wegen eines Verstoßes gegen das Gesetz 2911 zu Demonstrationen und Kundgebungen zu Strafen von insgesamt mehr als 900 Jahren Haft verurteilt.

TIHV vom 9.7.2010

YEK-KOM e.V.: Demonstration und Kundgebung gegen Kriegsverbrechen der türkischen Armee

Die Ereignisse der letzten Monate in der Türkei haben besorgniserregende Dimensionen erreicht. Die Gewalt der Staatssicherheitskräfte, der Staatsterror und die militärischen Operationen der Armee haben die Gesellschaft an den Rand eines Bürgerkrieges getrieben. (...)
In den letzten Wochen wurde immer wieder die schwere Verstümmelung an den Leichnamen der gefallenen Guerillas festgestellt. Die Leichname von drei Frauen wurden sexuell von Soldaten angegriffen.
Diese Form der psychologischen Kriegsführung gegen die kurdische Bevölkerung durch Schändung der Leichen gefallener Guerilla hat eine lange Tradition beim türkischen Militär. 1995 gingen Bilder um die Welt, als türkische Soldaten mit den abgeschnittenen Köpfen von Guerillas posierten. (...)
Unsere Solidarität gilt all denjenigen, die in Kurdistan mit ihrem Leben die Freiheitsrechte des kurdischen Volkes verteidigen. Wir solidarisieren uns auch mit den vielen Tausend Menschen, die in den letzten Tagen in der Türkei und Kurdistan gegen die Verbrechen der türkischen Armee und für eine politische Lösung der kurdischen Frage auf die Straße gegangen sind.

Wir fordern von der UNO, eine offizielle Delegation in die Türkei zu senden, die sich vor Ort wegen der Einsetzung von chemischen Waffen die Vorfälle untersuchen muss.
Wir fordern von der deutschen Bundesregierung einen sofortigen Stopp der Waffenlieferungen an die Türkei.
Wir wollen Lösungen in einem friedlichen, demokratischen und gerechten Entwicklungsprozess.
Wir wollen auf die Kraft des Dialoges und der Vernunft setzen.

Demonstrationen und Kundgebungen gegen Kriegsverbrechen der türkischen Armee:

Berlin: 15.07., vor dem Brandenburger Tor, 11.oo Uhr
Düsseldorf: 17.07., 13.oo Uhr vor dem DGB-Haus, Friedrich-Ebert-Str,
Münster: 17.07., Hauptbahnhof, 11.oo Uhr
Salzgitter: 17.07., Kurdischer Verein, 15.oo Uhr
Bremen: Am 17.07., vor dem Bremer Parlament, 14.oo Uhr
Frankfurt: 17.07., Bockenheimer Warte, 17.oo Uhr
Mannheim: 17.07., Wasserturm Paradeplatz, 18.oo Uhr

Auch in den folgenden Städten werden am 17.07. Demonstration und Kundgebungen stattfinden:
Heilbronn, Kassel, Hannover, Darmstadt, Stuttgart, Freiburg, Ulm, Nürnberg und Saarbrücken

YEK-KOM, 15.7.

wohnerInnen der Stadt unterstützt wurde. Los ging es am Rathaus und führte zum Bauamt, wo mit Sprechchören und Redebeiträgen der Bauleiter Prof. Abdulselam Ulucam in die Kritik genommen wurde.
Kritisiert wurden vor allem die aktuellen Abtragungen am Friedhof von Hasankeyf, obwohl an vielen Orten und Monumenten gearbeitet wird. Sie kritisierten insbesondere, dass Knochen aus den Gräber herausgenommen und unverantwortlich in der Gegend verstreut wurden. Sie verlangten Respekt für die Gefühle und die Spiritualität der Bewohner.
Es wurden Transparente gezeigt mit der Aufschrift „Hasankeyf gehört uns, die Gräber auch" und sie riefen „Hasankeyf wach auf und pass auf deine Geschichte auf". Bereits vergangenes Wochenende versammelten sich Hunderte vor der Polizeizentrale, wo vier Menschen festgenommen worden sind, weil sie Knochen einsammelten, die bei den Abtragungen vom Bauteam ohne Respekt in die Umgebung geworfen worden sind. *(IzRvH, 15.7., ISKU)*

Iran will Grenzmauer bauen
Der iranische Innenminister Mohammed Necar kündigte vor wenigen Tagen an, dass eine Mauer zum Irak, der Türkei, Pakistan und Afghanistan gebaut werden solle.
Kawa Mahmud, Sprecher der Kurdischen Regionalregierung (KRG), erklärte dazu, dass der Iran alle Maßnahmen innerhalb seiner eigenen Grenzen treffen könne. Dagegen erklärte der stellvertretende Innenminister Fayeq Tofiq, dass die Mauer die Beziehungen des Iran mit der Region Kurdistan und mit der irakischen Regierung beschädigen werde. „Mit der Mauer will der Iran die Kurden unterdrücken." Tofiq sagte, ohne die Zustimmung der Kurdischen Regionalregierung dürfe der Iran keine Mauer bauen.
(AKnews, 12.7., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
RN	RIA Novosti
jW	junge Welt
IzRvH	Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 474
23. Juli 2010

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Ein Teil der Friedensdelegation wieder in Maxmur-Camp:

Der türkische Staat sabotiert die Verhandlungen

Die Friedensgruppen aus Kandil und aus dem Maxmur-Flüchtlingscamp erklärten, dass der türkische Staat die Friedensverhandlungen sabotiert. Die Gruppe hielt nach ihrer Ankunft in Maxmur eine Pressekonferenz ab. Sie erklärten, dass sie im Oktober 2009 in die Türkei gefahren seien, um einen Beitrag zu den Friedensgesprächen zu leisten, allerdings Aufgrund der Repression des türkischen Staates und des Verfahrens gegen sie war es ihnen unter diesen Umständen nicht möglich, länger in der Türkei zu verbleiben.
In einer Rede vor dem UN-Büro in Maxmur erklärte die Sprecherin der Gruppe Gülbahar Cicek, dass einige Mitglieder der Gruppe aus Kandil nicht in die Berge zurückkehren werden, um zu kämpfen. Sie werden in Maxmur bleiben, um ihren Einsatz für den Frieden dort fortzuführen.

Bülent Aka von der Gruppe vom Maxmur-Camp sagte, die Umstände, die sie in den 1990iger Jahren dazu gezwungen haben zu fliehen, haben sich nicht verändert. Deshalb mussten sie in das Flüchtlingscamp zurückkehren.
Daran erinnernd, dass immer noch einige Mitglieder der Friedensdelegation in Haft sind, sagte Gülbahar Cicek: „Unsere Bewegung erklärte am 13. April 2009 zum sechsten Mal einen Waffenstillstand. Allerdings startete die AKP-Regierung am 14. April 2009 Festnahmen von Mitgliedern legaler kurdischer demokratischer Parteien und Organisationen. Ebenso wurden kurdische Frauen unterdrückt und misshandelt, kurdische Kinder wurden verhaftet und Militäroperationen gegen die Guerilla verstärkt."

Cicek erinnerte auch daran, dass anfangs eine dritte Gruppe aus Europa kommen sollte, aber auf Grund der Annäherung der türkischen Regierung wurde diese Initiative fallen gelassen. Der türkische Premierminister Erdoğan habe aber seine Vorgehensweise geändert, die so moderat begann. Später versuchte er die Rückkehr der Friedensdelegation in die Türkei so darzustellen, als hätten die Mitglieder aufgegeben und sich der Türkei gestellt.

Die Friedensgruppe hat Briefe an den Präsidenten, das Parlament, den Premierminister und den Generalstab verschickt, um die Gründe für ihre Rückkehr in die Türkei darzulegen, aber sie haben keine Antwort bekommen. Außerdem haben sie beabsichtigt, die türkische Bevölkerung zu erreichen, um die Friedensbotschaft zu überbringen. Aber bedingt durch die von den türkischen Behörden geschaffen Atmosphäre, schlugen die Versuche fehl und blieben begrenzt auf die kurdischen Regionen.
Den Mitgliedern der Friedensdelegation wird in der Türkei vorgeworfen, für eine terroristische Organisation zu werben. Sie müssen mit einer Gefängnisstrafe von bis zu 20 Jahren rechnen.

Im Maxmur-Camp beantragten die Mitglieder der Friedensgruppe von den UN-Vertretern nun ihre Anerkennung als Flüchtlinge. *(ANF, 20.7., ISKU)*

Überblick: Guerillaaktionen und militante Angriffe der letzten 14 Tage

Seit dem 01.06. hat die kurdische Guerilla ihren einseitigen Waffenstillstand aufgekündigt. Sie zeigte ihre Präsenz und Stärke in allen Regionen Kurdistans und bewies, dass sie an jedem Ort und zu jeder Zeit in der Lage ist, dem türkischen Militär schwere Schläge zu versetzen. Trotz der massiven Guerillaaktionen erklärte der Vorsitzende des Exekutivrats der HPG Murat Karayılan, die kurdische Guerilla befände sich immer noch in einer Position der Warnung und kämpfe bei weitem nicht mit dem Einsatz aller zur Verfügung stehenden Mittel. Trotz der schweren militärischen Angriffe und Kriegsverbrechen von türkischer Seite, setzt die kurdische Freiheitsbewegung weiterhin auf eine friedliche Lösung im Dialog. Ziel ist, einen beidseitigen Waffenstillstand herzustellen, an den sich auch das türkische Militär hält. Der türkische Staat setzt jedoch weiter auf Eskalation, indem schwerste Menschenrechtsverletzungen an gefangenen und gefallenen GuerillakämpferInnen durchgeführt werden, die Natur und die Lebensgrundlage der Menschen durch Brandbomben zerstört, FriedensaktivistInnen und kurdische PolitikerInnen inhaftiert und kurdische Dörfer weiter zerstört und die Bevölkerung vertrieben werden. Aufgrund dieser Eskalation erklärte die kurdische Freiheitsbewegung die kurdische Region zur „Autonomen Region" und führt viele Aktionen in diesem Gebiet durch. Es finden Guerillaaktionen in allen Teilen Nordkurdistans statt. Die Zerstückelung und Verstümmelung von Guerillaleichnamen durch das türkische Militär, hat große Bestürzung hervorgerufen und zu einem weiteren Anstieg militanter Aktionen durch organisierte Jugendliche geführt. In vielen Städten, allen voran Gever (Yüksekova) kam es zu schwersten Straßenkämpfen.

Dersim: Guerillaaktionen weisen auf „Autonomes Kurdistan" hin
Die weit westlich gelegene kurdische Provinz Dersim, ist traditionell ein Schwerpunkt aufständischer Bewegungen. Aufgrund dieser Tradition versucht der türkische Staat auf verschiedenen Ebenen, den Widerstandsgeist der Bevölkerung zu brechen. Nach der Erklärung des Gebietskommandos der HPG-Dersim ist eine besonde-

→

Meldungen

Karayilan bietet Türkei Waffen-Niederlegung an
In einem Interview mit dem britischen Rundfunksender BBC erklärte Murat Karayilan, dass die Guerilla ihre Waffen niederlegen würde, wenn die Türkei bestimmte Bedingungen erfüllt. Wenn die türkische Regierung unter anderem einen Waffenstillstand und die Aufnahme eines Dialogs akzeptiere, werde er seinen Kämpfern befehlen, ihre Waffen unter Aufsicht der Vereinten Nationen niederzulegen. „Wenn das Kurden-Problem auf demokratischem Weg über Verhandlungen gelöst wird, ja dann, dann werden wir die Waffen niederlegen", erklärte er. Wenn die türkische Regierung sich jedoch weigere, müsse die PKK die Unabhängigkeit der Kurdenregion im Südosten der Türkei ausrufen. Karayilan forderte die Türkei auf, Angriffe der türkischen Armee auf kurdische Zivilisten zu beenden und keine weiteren kurdischen Politiker festzunehmen. Die PKK kämpft nach eigenen Angaben für die politischen und kulturellen Rechte der bis zu 15 Millionen Kurden, die in der Türkei leben. Ein Sprecher der Regierung in Ankara sagte der BBC zu dem Vorstoß Karayilans lediglich, es sei nicht üblich, die „Aussagen von Terroristen" zu kommentieren.
(Standard, 21.7., ISKU)

Şirnex wieder zur „militärischen Sicherheitszone" erklärt
Während die türkische Armee verstärkt ihre Operationen gegen die PKK-Guerilla erklärt hat, wurden einige Teile der Provinz Şirnex als „vorübergehende militärische Sicherheitszone" für Zivilisten und Journalisten geschlossen.
Laut Internetseite des türkischen Generalstabs wurden die Berge in Elkê (Beytüşşebap) in der Provinz Şirnex für den Zeitraum vom 25 Juli bis 25 September 2010 zur Sicherheitszone erklärt.
(ANF, 22.7., ISKU)

38 Verhaftungen in Xisxêr
Als Folge der Angriffe der HPG-Guerilla auf die Polizeistation und die Polizeiunterkünfte in Xisxêr (Pervari) in der Provinz Sêrt am 17.07., wurden 38 Personen verhaftet. Die türkische Armee verwandelt die Provinz in einen Militärposten, Ein- bzw. Ausreise aus dem Gebiet ist für die Bevölkerung verboten worden. Zudem wurde eine 2-tägige Nachrichtensperre verhängt. Die Telefonleitungen wurden unbrauchbar gemacht und die

Fortsetzung: Überblick: Guerillaaktionen und militante Angriffe der letzten 14 Tage

re Methode des Spezialkriegs, die Benutzung der Prostitution, des Drogenhandels und die Einrichtung von Nachtklubs. Insbesondere die in der feministischen Tradition stehende und in Dersim starke linke Frauenguerilla YJA-Star wendete sich immer wieder gegen diese Einrichtungen. Nach mehreren Warnungen gab es in den letzten Wochen mehrere Bombenangriffe auf Läden dieser Art. Dabei wurde darauf geachtet, dass Menschen nicht in Gefahr kamen. Angriffe wurden ausschließlich außerhalb der Öffnungszeiten durchgeführt. Mit diesen Aktionen setzt die kurdische Guerilla in der Region ein deutliches Zeichen gegen die zerstörerische Politik.
Die Guerilla in der Region Dersim führte aber auch im Rahmen der Aktionen innerhalb der Kampagne für das „Autonome Kurdistan“ weitere Aktionen durch. Guerillas führten in den letzten Wochen an mehreren Orten in der Provinz Dersim Straßenkontrollen durch, bei denen sie Öffentlichkeitsarbeit machten und mit den Insassen der Autos politisch diskutierten.

Colêmêrg (Hakkari): schwere Kämpfe, tägliche Guerillaaktionen
Die Provinz Colêmêrg, die sich u. a. in die Kreise Şemzînan (Şemdinli), Gever (Yüksekova), Çelê (Çukurca) und Colêmêrg unterteilt, stellt einen Schwerpunkt der Auseinandersetzungen zwischen Guerilla und Militär dar. Täglich und zu jeder Uhrzeit führt die Guerilla hier Aktionen gegen die massive Militärpräsenz durch. Bei kleineren Angriffen werden des öfteren Raketenwerfer und ferngezündete Bomben verwendet, die sich gegen das Militär richten. Bei größeren Aktionen, wie am 07.07. in Şemzînan, konnte die Guerilla erneut militärische Stellungen überrennen und einnehmen. Bei diesen Kämpfen starben mindestens 18 Soldaten. Die Guerilla konnte etliche Waffen beschlagnahmen. Ein weiteres Beispiel für die Vielzahl von Guerillaaktionen ist ein Angriff am 16.Juli gegen einen Sikorsky-Transporthubschrauber, der Soldaten und militärisches Material transportierte. Er geriet über der Region Şemzînan in Brand und musste sich rasch entfernen.

Angriffe auf militärische Logistik
Die Guerilla führte mehrere Aktionen gegen die militärischen Nachschubwege u. a. in der Provinz Colêmêrg durch. So griff sie am 5. Juli Lastwagen an, die dem Militär Nahrung bringen sollten. Dabei kam es zu einem hohen Sachschaden. Dabei warnte sie ZivilistInnen nochmals dem Militär Nahrung und Logistik zur Verfügung zu stellen. Am 12. Juli zerstörte die HPG eine Tankstelle in Çelê, die dem Militär Benzin zur Verfügung stellte. Auch in Dersim und anderen Provinzen fanden ähnliche Aktionen statt. Bei all diesen Angriffen kamen keine ZivilistInnen zu Schaden.

Vergeltungsaktionen der Guerilla wegen Leichenschändung
Die HPG und die Frauenguerilla YJA-Star führten mehrere Vergeltungsaktionen in Gedenken an die ermordeten und vom türkischen Militär zerstückelten Guerillas durch. Die YJA-Star griff am 6.07. mehrere Ziele in den Provinzen Xarpêt (Elâzığ), Colêmêrg, Cewlig (Bingöl) und Agirî (Ağrı) an. Dabei starben mindestens 13 Soldaten und 3 Verteidigungsstellungen des türkischen Militärs wurden zerstört. In Bazîd (Doğubeyazıt) wurde um 12:30 Uhr ein gepanzertes Fahrzeug vernichtet, in Xarpêt drei Verteidigungsstellungen des Militärs eingenommen, in Gever ein Militärkonvoi angegriffen und in Genç ein Militärstützpunkt mit zwei Aktionen angegriffen. Große Mengen militärischen Materials wurden beschlagnahmt. Bei den Aktionen starb eine Guerilla.

Aktionen gegen Todesschwadronen des JITEM
Der Geheimdienst der Jandarma, JITEM, der für mehr als 17 000 „Verschwundene“ in den letzten 30 Jahren verantwortlich ist, steigerte in den kurdischen Regionen erneut seine Aktivität und bedroht die Bevölkerung massiv. Die Guerilla führte mehrere Aktionen gegen JITEM-Mitglieder und Einrichtungen durch. In Wan tötete die Guerilla am 12.07. vier Mitglieder einer Aufklärungseinheit des JITEM. Am 07.07. zerstörte die Guerilla ein als „Teppichknüpfwerkstatt“ des Gouverneurs von Amed (Diyarbakır) getarntes JITEM-Zentrum.

Angriffe auf Pipelines
Neben militärischen Zielen, nahm die kurdische Guerilla in den letzten Wochen mehrfach auch Ziele von hoher ökonomischer Bedeutung ins Visier. Am 03.07. griff die Guerilla die aus Kerkuk kommende Ölpipeline in der Nähe von Midyat an. Es entstand sehr hoher Sachschaden.
Am 16. Juli griffen HPG-Guerillas in Giresun am Schwarzen Meer eine Erdgas-Pipeline zwischen Giresun und Ordu an. Es entstand ebenfalls hoher Sachschaden und die Pipeline wurde unterbrochen.

Militante Aktionen der Apoistischen Jugendbewegung
Die Wut über die fortgesetzt militärischen Aktionen und die schweren Menschenrechtsverletzungen durch türkisches Militär und Polizei brechen sich auch in einer Vielzahl militanter Aktionen vor Allem jugendlicher AktivistInnen Bahn. Es kam vielerorts, auch in westtürkische Metropolen wie Istanbul und Izmir, zu militanten Aktionen kurdischer AktivistInnen gegen die Operationen und die Verstümmelung der Guerillaleichname. Am 6.Juli erklärte die Apoistische Jugendbewegung innerhalb einer Woche mehr als 200 Autos in Istanbul in Brand gesteckt zu haben. Insbesondere Autos von Polizisten, Polizeifahrzeuge und offizielle Fahrzeuge waren Ziel der teilweise mit kleinen Sprengsätzen durchgeführten Angriffe. Sie erklärte: „Bis unser Volk und unsere Führung befreit ist, werden wir jeden Ort in ein Kriegsgebiet verwandeln. Jeder, der zum staatlichen Terror schweigt, ist ein Komplize. Deswegen wird jetzt in der vierten Phase bis zum Sieg niemand ruhig schlafen können. Unsere Ziele sind hauptsächlich staatliche Einrichtungen, Kollaborateure mit der schmutzigen Kriegspolitik und Institutionen. Unsere Aktionen gehen weiter.“ Auch am 07.07. wurden in Istanbul drei Fahrzeuge der der AKP nahestehenden Fetullah-Gülen-Stiftung in Brand gesetzt. In verschiedenen Städten fanden weiter militante Aktionen statt. So wurde am 06.07. in Riha (Urfa) ein Sprengsatz auf einen Militärstützpunkt geworfen, Am 14.07. steckte die Apoistische Jugendbewegung in Istanbul aus Protest gegen die Folterungen sieben Autos und drei Läden von „Polizeiagenten“ in Brand. Am 13. Juli wurden drei Angriffe mit Molotowcocktails auf staatliche Einrichtungen und Supermärkte in Amed durchgeführt.
In vielen Städten wie Adana, Gever, Sêrt, Cizire, Istanbul, Mersin und Amed kommt es in den letzten Wochen immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen AktivistInnen und Polizei und Militär.

Quellen: ANF, ÖP, Gündem, Hakkarinews, Yüksekovahaber, Yüksekovaguncel

Stromversorgung wurde unterbrochen. *(ANF, 18.7., ISKU)*

Disziplinarstrafen gegen kurdische Gefangene
180 kurdischen Gefangenen, darunter 18 Minderjährige, wurden mit einer zweimonatigen Disziplinarstrafe wegen Teilnahme an einem Hungerstreik bestraft. Die Gefangenen hatten im Juni mit einem Hungerstreik gegen die schlechten Haftbedingungen im Gefängnis von Mêrdîn protestiert. Die Mutter eines Gefangenen berichtete, dass den Gefangenen der Hofgang sowie jegliche Freizeitaktivitäten verwehrt werden.
(ANF, 22.7., ISKU)

Quellen:

ANF Fırat Nachrichtenagentur

Termine:
Einladung zur Pressekonferenz am Freitag, den 23.07.2010, um 11.00 Uhr, im Haus der Demokratie in Berlin
Kriegsverbrechen der türkischen Armee mit chemischen Substanzen
Nahe der türkisch-irakischen Grenze wurden 8 Menschen Opfer eines Einsatzes von chemischen Substanzen. Augenzeugenberichten zufolge, deren Inhalt durch ein Gutachten eines Rechtsmedizinischen Instituts verifizierbar ist, wurden gegen die 8 von der türkischen Armee getöteten Personen mit großer Wahrscheinlichkeit chemische Substanzen eingesetzt. In diesem Fall handelt es sich um ein schweres Kriegsverbrechen.
Menschenrechtler aus der Region hatten einer deutschen Menschenrechtsdelegation, unter anderem Delegierten von Bundestags- und Landtagsabgeordneten, die Augenzeugenberichte übermittelt und Fotos aus dem Zeitraum kurz nach der Obduktion übergeben.
An der Pressekonferenz nehmen u. a. der Soziologe Martin Dolzer, der Menschenrechtler Michael Knapp und der Bundestagsabgeordnete und Mitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarats Andrej Hunko teil.
Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne jederzeit unter der Tel. Nr.: 0176/20705646 zur Verfügung

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 475
30. Juli 2010

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Angriffe auf KurdInnen in Inegöl

In Inegöl, einer Stadt, die zwischen Bursa und Eskişehir liegt, wurden Häuser und Geschäfte der KurdInnen mit Steinen beworfen und angezündet.
In der Nacht zum 26.7. gegen 21:30 Uhr bedrohte eine Gruppe nationalistischer Türken im Stadtteil Orhaniye den Fahrer eines privaten Transporters, nur weil er Kurde ist. Der Fahrer wurde von der Gruppe zusammengeschlagen.
Als darauf der Fahrer zusammen mit 2 Freunden zu der Teestube ging, wo sich die Nationalisten aufhielten, kam es zu einer Auseinandersetzung mit den Angreifern, von denen 5 verletzt zurück blieben. Die Polizei nahm daraufhin die 3 Kurden fest.
Vermutlich aufgrund von Gerüchten, dass Kurden 5 Personen angestochen hätten, versammelten sich ca. 3000 Nationalisten vor dem Polizeigebäude. Sie riefen antikurdische Parolen und forderten die Polizei auf, die Festgenommenen herauszugeben.
Um die Menschenmenge zu zerstreuen, schoss die Polizei in die Luft. Bei der Auseinandersetzung wurden 8 Polizeifahrzeuge zerstört und 10 Polizeibeamte verletzt.
Nachdem der Gouverneur Sahabbettin Harputlu zu dem Gefängnis kam, bewegte sich die Menge in Richtung des Stadtteils Huzur, wo die Häuser von KurdInnen mit Steinen beworfen und ihre Geschäfte angezündet wurden.
In der Doğrul Straße zündete eine Gruppe von 250 Personen ein Auto und einen von Kurden geführten Supermarkt an. Auch ein Call-Shop, ebenfalls von Kurden geführt, wurde von der Menge angegriffen.
Eine kurdische Bewohnerin des Stadtteils Huzur, Zeynep A. berichtete der ANF am Telefon, dass sich der Stadtteil in ein Schlachtfeld verwandelt habe. „Sie zerstören und greifen alles an, was den Kurden gehört. Bewerfen unsere Häuser mit Steinen. Versetzen die Kinder in Angst und Schrecken. Die Menge ist mit Messern und Knüppeln bewaffnet und sucht nach Kurden in den Straßen", fügte sie hinzu.
In einem Gespräch mit der Presse verneinte der Gouverneur nationalistische Beweggründe hinter den Vorfällen und machte finanzielle Gründe verantwortlich. Die, die in die Vorfälle verstrickt seien, sind Patrioten, entgegnete er.

(ANF, 26.7., ISKU)

Eskalation durch Verhandlungen verhindern!

Nach den Lynchversuchen in der westtürkischen Stadt Inegöl-Bursa kam es auch in anderen Orten zu Angriffen. So wurden in Dörtyol-Hatay das Gebäude der BDP, Häuser, Geschäfte und Autos von Kurden in Brand gesetzt und in Erzurum der Bürgermeister von Dagpinar-Kars von einer Gruppe Rassisten angegriffen.
Die Ereignisse der letzten Monate in der Türkei haben eine besorgniserregende Dimension angenommen und die Gewalt der Staatssicherheitskräfte die Gesellschaft an den Rand eines Bürgerkrieges getrieben. Jegliche demokratische Regeln sind aufgehoben, die Rahmenbedingungen für einen Dialog zerstört, der Rechtsstaat handlungsunwillig und sämtliche Diskussions- und Lösungsangebote verboten worden.
Noch immer bombardiert das türkische Militär kurdische Siedlungsgebiete, zwingt das Volk zu Flucht und Migration, zündet Wälder an, vernichtet Felder und tötet Vieh, nutzt im Kampf gegen die kurdischen Guerilla-Einheiten chemische Waffen und exekutiert Menschen.
Weiterhin steht die Verfolgung gewählter kurdischer Politiker und Politikerinnen im Fokus der militarist ischen Kräfte, die Ermordung kurdischer und türkischer Intellektueller auf der Vernichtungsagenda.

Dramatisch ist auch, dass die USA und auch europäische Staaten die zerstörerische Politik des türkischen Staates unterstützen und sie ermutigen, universelles Recht, Demokratie und Freiheit, insbesondere die Meinungsfreiheit, außer Kraft zu setzen.

Die Feindschaft gegen die kurdische Bevölkerung wird von der türkischen Generalität mit Hilfe einer verlogenen Propaganda in die Gesellschaft hineingetragen und die Menschen gegeneinander aufgehetzt. Die Resultate dieser Politik zeigen sich in den hasserfüllten rassistischen alltäglichen Übergriffen, die von türkischen Sicherheitskräften durch untätige Anwesenheit toleriert und gefördert werden.
Ohne eine politische Lösung des bereits seit Jahrzehnten schwelenden ethnischen Konfliktes besteht die große Gefahr einer Eskalation zwischen der türkischen und kurdischen Zivilbevölkerung. Die Tatsache, dass allein im Westen der Türkei Millionen Kurden leben, macht die Gefährlichkeit einer Zuspitzung der Situation, aber auch die Notwendigkeit von konkreten Lösungsvorschlägen, deutlich.

Deshalb fordern wir:

- eine demokratische und friedliche Konfliktlösung sowie die Frage der Anerkennung der ethnischen, kulturellen und politischen Rechte der Kurden in der Türkei;
- die türkische Regierung dazu auf, ihre Strategie der Verweigerung von Verhandlungen mit den kurdischen Parteien zu beenden;
- von den europäischen Staaten, die antikurdische rassistische Politik des türkischen Staates nicht weiter zu unterstützen.

YEK-KOM
Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.

Düsseldorf, 28.07.2010

Meldungen

15-jährige Berivan nach 9 Monaten aus Gefängnis entlassen

Berivan S. wurde am Dienstag nach neun Monaten Haft aus dem Gefängnis von Amed (Diyarbakır) freigelassen.
Berivan war am 9. Oktober 2009 in Êlîh (Batman)verhaftet worden. Verurteilt wurde sie wegen einer angeblichen Teilnahme an einer Demonstration gegen die Operationen des türkischen Militärs. Nach den Anti-Terror-Gesetzen wurde sie zu 7 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt.
Ihre Freilassung ist mit der Veränderung des Anti-Terror-Gesetzes der letzten Woche verknüpft. Demnach sollen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die auf Demonstrationen mit Steinen nach Polizisten werfen, nicht mehr als „Terroristen" verurteilt werden.
Bereits am Montag wurden 60 Kinder in Adana und Mersin und 5 Kinder in Mêrdîn freigelassen.
Doch noch immer sind mehrere Tausend Kinder in türkischen Gefängnissen. Der Kampf um ihre Freilassung geht weiter.

(ANF, 27.7., ISKU)

NGOs: Öcalan sollte als Gesprächspartner anerkannt werden

649 Nichtregierungsorganisationen aus allen kurdischen Gebieten kamen in Amed (Diyarbakır) zusammen, um eine Friedensinitiative für eine friedliche Lösung des Kurden-Konflikts in der Türkei zu gründen. Sie riefen den türkischen Staat auf, die militärischen Angriffe gegen die PKK einzustellen. Die NGOs forderten ebenfalls die PKK auf, einen Waffenstillstand zu erklären.
Die Initiative fordert beide Seiten auf, ihre Waffen niederzulegen. Die Türkei müsse die verhafteten kurdischen Kinder freilassen. Der Geltungsbereich des Anti-Terrorgesetzes darf nicht weiter auf Kinder angewendet werden. Die 10%-Wahlklausel soll verringert werden.
Der Vorsitzende der PKK, Abdullah Öcalan, der weiterhin eine einflussreiche Persönlichkeit für das kurdische Volk ist, sollte als Gesprächspartner für die Verhandlungen anerkannt werden.

(ANF, 21.7., ISKU)

BDP-Friedenskonvoi nach Dörtyol

Wegen der faschistischen Angriffe gegen die KurdInnen in Dörtyol im Bezirk Hatay beschloss die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) einen „Frie-

Haftbedingungen von Abdullah Öcalan

CPT-Bericht soll von türkischen Medien manipuliert worden sein

Die AnwältInnen des inhaftierten Abdullah Öcalan berichten, dass der CPT-Bericht über die Gefängnisinsel Imralı absichtlich von den türkischen Medien falsch dargestellt wurde.
Die AnwältInnen berichteten, dass die Standards im Imralı-Gefängnis nicht mit den anderen F-Typ Gefängnissen in der Türkei übereinstimmen. Das CPT zeige diese Defizite auf und schlägt der Türkei vor, den minimal Standard einzuhalten.
Die AnwältInnen Öcalans hatten den europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu den Haftbedingungen im Imrali F-Typ Hochsicherheitsgefängnis angerufen. Vom 26.-27. Januar 2010 hielt sich eine Delegation des europäischen Komitees zur Verhinderung von Folter und unmenschlicher und erniedrigender Behandlung oder Bestrafung (CPT) auf der Gefängnisinsel Imralı auf.
Der zwanzigseitige Bericht über die Haftbedingungen wurde am 9. Juli 2010 mit Einverständnis des türkischen Staates herausgegeben.
Nach den türkischen Medien soll das CPT bestätigt haben, „dass es keine Isolation in Imralı gibt.“ Nachdem die Anwälte Öcalans den Bericht sorgfältig gelesen hatten kamen sie zu dem Schluss, dass „die Nachrichten der türkischen Medien eine klare Verfälschung des Berichtes seien und sich weit entfernt haben von Inhalt und Geist des CPT-Berichts.“
Die Anwälte wiesen ausdrücklich auf die Bedingungen hin, die im Bericht unterstrichen waren:

Die Einzelhaftbedingungen
Die Zelle, in der sich der Abdullah Öcalan befindet, bekommt nicht genügend Sonnenlicht. Es ist nicht möglich ohne künstliches Licht zu lesen. Grund dafür sind die 7 Meter hohen Mauern, die das Gebäude umgeben. Die Mauer schirmt auch die Sonne im Außenbereich ab, was zu schwerwiegenden Gesundheitsproblemen führen könnte.

Verletzung des Rechtes auf Kommunikation
Das CPT stattete auch dem F-Typ Gefängnis Kırıkkale einen Besuch ab, welches dem gleichen Sicherheitsstandards wie dem F-Typ Gefängnis Imralı entsprechen soll.
Die Bedingungen in Kırıkkale sind besser als in Imralı. Trotz der Tatsache, dass in beiden Gefängnissen Gefangene lebenslang einsitzen, können Insassen in Kırıkkale andere Insassen außerhalb ihrer Zellen bis zu 90 Stunden in der Woche treffen. Die Gefangenen in Imralı dürfen nur 36,5 Stunden außerhalb ihrer Zellen verbringen. Ihnen ist nur für 8 Stunden gestattet, andere Insassen zu treffen.
Das CPT findet es unverständlich, warum Öcalan nicht erlaubt wird, mit anderen Gefangenen während des Ausgangs Kontakt zu haben und schlägt der Türkei vor, ihm dies zu erlauben.

Das CPT berichtet, dass andere Insassen in Imralı TVs in ihren Zellen haben. Öcalan wird dieses Recht verweigert. CPT fragt die türkische Regierung nach einer Erklärung.

Kontakt mit der Außenwelt
Das CPT schlägt der Türkei vor, den Insassen einmal im Monat Besuch von nahen Familienangehörigen zu gestatten. Wiederholt wird gefordert, Öcalan Telefongespräche mit Familienangehörigen zu gestatten.

Gesundheitliche Belange
CPT berichtet, dass die diensthabenden Ärzte für Notfälle nicht qualifiziert genug sind. Es sollte ein Notfallsystem geben, um Insassen in ein Krankenhaus zu transportieren. Öcalan ist psychologisch fit, er hat nur Furcht wegen der Anträge, welche die türkische Regierung nicht erfüllt.
Öcalan ist gezwungen jeden Morgen an einer medizinischen Untersuchung teilzunehmen. Dies ist nicht nur unnötig, sondern stört auch seine psychologische Situation.

(ANF, 20.7.2010)

Putsch-Ermittlungen erschüttern Militärführung

Die Aufarbeitung eines mutmaßlich geplanten Militärputsches in der Türkei aus dem Jahr 2003 erschüttert die Militärführung des Landes. Unter den 102 Verdächtigen, gegen die Haftbefehl erlassen wurde, seien 25 amtierende Generäle und Admiräle, berichtete die Zeitung "Milliyet" am Montag auf ihrer Website. Am Vortag war der pensionierte Vier-Sterne-General Cetin Dogan als Kopf der mutmaßlichen Verschwörer festgenommen worden.
Dogan soll mit fast 200 anderen Beteiligten 2003 einen Putsch gegen die islamisch geprägte Regierungspartei AKP geplant haben. Er war am Sonntag nach seiner Ankunft auf dem Flughafen von Istanbul von Polizisten in Zivil abgeführt worden, wie der Fernsehsender CNN-Türk berichtete. Dem Sender NTV zufolge sollte er am Montag einem Richter vorgeführt werden. Stattdessen wurde er nach Angaben seiner Anwälte in der Nacht zu Montag in ein Krankenhaus eingeliefert, wo er wegen eines drohenden Herzinfarktes zwischenzeitlich auf die Intensivstation gebracht wurde.
Die Haftbefehle gehen ihn und 101 mutmaßliche Mitverschwörer waren am Freitag erlassen worden. Insgesamt sind damit nun 196 mutmaßliche Beteiligte angeklagt. Zu ihnen gehören laut "Milliyet" auch 17 pensionierte Generäle - darunter die früheren Chefs der Marine und der Luftwaffe des Landes. Wie die türkische Nachrichtenagentur Anadolu am Montag berichtete, fochten die Anwälte von 32 Verdächtigen die Haftbefehle gegen ihre Mandanten inzwischen an.
Den Verschwörern wird vorgeworfen, sie hätten nach dem Amtsantritt von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan und seiner religiös geprägten AKP einen gewaltsamen Umsturz geplant. Unter dem Decknamen "Operation Schmiedehammer" soll dabei unter anderem geplant worden sein, Anschläge auf Moscheen zu verüben und Spannungen mit Griechenland zu schüren, um die Türkei ins Chaos zu stürzen und einen Staatsstreich gerechtfertigt erscheinen zu lassen.Die türkische Armee versteht sich als Hüterin der laizistischen Grundordnung des Landes und stürzte in einem halben Jahrhundert bereits vier Regierungen.

(DS, 26.7., ISKU)

denskonvoi“ nach Dörtyol. Vor Ort will sich die Delegation mit den Opfern der Angriffe sowie mit den zuständigen Beamten treffen, um die Gründe für die Unruhen in der Stadt und die Nachlässigkeit der Beamten bei der Verhinderung der Angriffe herauszufinden.
Der Konvoi, an dem sich die BDP-Kovorsitzenden Selahattin Demirtas und Gulten Kisanak sowie andere BDP-Abgeordnete beteiligen, setzte sich am frühen Morgen in Amed in Bewegung. Etwa 50 Fahrzeuge beteiligen sich an dem Konvoi. Zwischen Riha (Urfa) und Antep wurde der Konvoi von türkischen Sicherheitskräfte gestoppt. Die AktivistInnen sowie deren Papiere wurden überprüft.
Während die KurdInnen in Dörtyol sich auf den Konvoi vorbereiten, hat der Gouverneur von Hatay dem Konvoi, einschließlich der kurdischen Abgeordneten, das Betreten der Stadt untersagt. Das Verbot begründet er mit der „Empfindlichkeit“ der Einheimischen.

(ANF, 29.7., ISKU)

Italien verhaftet Vorstandsmitglied von KON-KURD
Nizamettin Toguc, Vorstandsmitglied der Föderation der kurdischen Vereinigungen in Europa (KON-KURD) wurde in Italien verhaftet.
Die italienische Polizei soll in Zusammenarbeit mit dem italienischen Geheimdienst Digos auf Antrag der Türkei den Vorsitzenden von KON-KURD bereits am 18. Juli in Padova Venedig verhaftet haben.
Nizamettin Toguc (58) ist Niederländischer Staatsbürger. Herr Toguc ist ein bekannter Politiker, erwurde 1991 in das türkische Parlament gewählt und musste Aufgrund des Drucks des türkischen Staates das Land verlassen. Er ist seit 2006 Vorsitzender einer legalen Organisation, die die Kurden in ganz Europa vertritt.
KON-KURD fordert Italien auf, Herrn Toguc sofort frei zu lassen.

(ANF, 21.7., ISKU)

Quellen:

ANF Fırat Nachrichtenagentur
DS Der Standard

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 476
6. August 2010

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Der tiefe Staat schlägt wieder zu

Bomben und extralegale Morde

Während der Krieg in Kurdistan auf allen Ebenen eskaliert, die kurdische Bevölkerung außerhalb Kurdistans von Lynchmobs und Pogromen türkischer Nationalisten, die vom Staatsapparat mit Unterstützung und Verständnis bedacht werden bedroht wird, während das türkische Militär der lokalen Bevölkerung Nord- und Südkurdistans die Lebensgrundlage entzieht, indem es Wälder, Felder, Obsthaine in Brand setzt und Viehherden bombardiert und Menschen und Vieh vertreibt, steigert sich auch die Aktivitäten der Kräfte des sogenannten Tiefen Staates – von staatlichen und parastaatlichen Mörderbanden.
Die Übergriffe und Aktivitäten des Tiefen Staates wurden auch vom Innenminister Beşir Atalay angeheizt, indem er erklärte: „Tut alles was nötig ist, um die Amanos-Region zu säubern." Die Feuerwehr weigerte sich die brennenden BDP-Einrichtungen und kurdischen Läden in Dörtyol nach den Pogromen zu löschen, und auch die vom türkischen Militär gelegten Waldbrände forderten mittlerweile ein Todesopfer.
Diese Politik der systematischen Übergriffe und schweren Menschenrechtsverletzungen machen eine von kurdischer Seite wieder und wieder durch einseitige Waffenstillstände unterstützte politische Lösung immer schwerer.

Ehemaliger Admiral bekennt, dass staatliche Morde in den 1990er Jahren angeordnete Politik waren
Der pensionierte Admiral Attila Kıyat erklärte, dass die Morde unbekannter Täter in den 90er Jahren staatliche Politik gewesen seien. „Ich frage jetzt die Ministerpräsidenten, Premierminister, Generalstabschefs, Ausnahmezustandsgouverneure von 1993, ´94, ´95, ´96, und ´97, wie könnt ihr noch ruhig schlafen? Tretet endlich heraus und erklärt, ob die Morde unbekannter Täter Teil der Strategie zur Terrorbekämpfung gewesen sind, ob hier Staatspolitik exekutiert wurde. Wenn ihr sagen wollt, ‚Nein so eine Staatspolitik gibt es nicht' sagt es! Aber nein, sie sagen es nicht."

Justiz lässt zwei mutmaßliche JITEM-Mitglieder trotz Mordvorwurfs frei
Am 15. Dezember 2009 eröffneten zwei als Mitglieder des Geheimdienstes JITEM bekannte Dorfschützer das Feuer aus Sturmgewehren auf kurdische DemonstrantInnen. Die Polizei, die die protestierenden Menschen zuvor in Richtung der Dorfschützer getrieben hatte, sah zu, als diese das Feuer eröffneten. Dabei starben zwei Personen und acht wurden verletzt. Nach anfänglicher Inhaftierung wurden die Dorfschützer nun auf Entscheidung des Gerichts vom 27.7.2010 freigelassen, „da aus legitimer Notwehr gehandelt worden sei". Dabei wird außer Acht gelassen, dass der Angriff, den Zeugenaussagen zu Folge, ein geplanter Hinterhalt war, bei dem von mindestens drei Positionen aus das Feuer eröffnet worden ist.
Das Gericht unterstützt mit seiner Argumentation das Vorgehen parastaatlicher Banden und motiviert diese so zu weiteren Aktivitäten.

Bombe gegen BDP-Stadtverwaltung von Dersim
Am 3. August wurde im Keller der Stadtverwaltung von Dersim eine zeitgesteuerte Bombe gefunden. Die Stadtverwaltung von Dersim wird von der Partei für Frieden und Demokratie BDP regiert und ist kontinuierlich von Kräften des Tiefen Staates bedroht.
Die Realität dieser Bedrohung wurde an dem neuen Anschlagsversuch, der mit industriellem C4-Plastiksprengstoff ausgeführt werden sollte, erneut deutlich. Die Täter nutzten die Anwesenheit vieler Menschen im Rahmen des Munzur-Festivals, um die Bombe, die von einem Mitarbeiter der Stadtverwaltung rechtzeitig gefunden worden ist, zu legen.

Taxifahrer zu Tode gefoltert
Am 01.08.10 wurde die Leiche des zwei Tage zuvor vermissten kurdischen Taxifahrers Sahip Taşar (29) an der Straße zwischen Şirnex und Sêrt gefunden. Es gibt deutliche Hinweise auf einen sogenannten „Mord unbekannter Täter". Die Leiche war am Straßenrand abgelegt worden. Sie war an Händen und Füßen gefesselt und wies schwerste Folterspuren auf. Weitere Hinweise auf einen organisierten Hintergrund des Verbrechens sind die SMS, die der Bruder des Getöteten erhalten hatte. In einer stand: „Wir als Organisation haben euern Mann getötet. Wir werden noch viele auf diese Weise töten." Diese Drohungen sind typisch für die Geheimdienstpraktiken der 1990er Jahre. Insbesondere in der Region Şirnex operieren in letzter Zeit wieder verstärkt, die sogenannten Dolchteams (Hançer Timi), die für eine Vielzahl von Morden verantwortlich sind. Die Teams, die sich aus Dorfschützern, Soldaten und Geheimdienstelementen rekrutieren waren u.a. für einen ganz ähnlichen Mord an zwei Mitgliedern der mittlerweile verbotenen DTP beteiligt. Der Kreisleiter der BDP Şırnak, Salih Diren, erklärte dazu: „Ich kenne Sahip Taşar. Er war ein Mensch, der niemanden ein Leid zugefügt hat. Wir haben einen Verdacht, warum er umgebracht worden ist. In den 90er Jahren wurden auch Menschen, die nichts mit Politik zu tun hatten, umgebracht, um eine Botschaft zu übermitteln. Ich denke, das war ein Mord dieser Art."

10-Jähriger in Gever von der Polizei schwer gefoltert
Bei den Protesten gegen die antikurdischen Pogrome der letzten Tage, wurde in Gever (Yüksekova) ein zehnjähriger Junge festgenommen und schwer gefoltert. Der Zehnjährige, der wegen angeblichen Werfens eines Molotowcocktails festgenommen worden war, wurde zehn Stunden lang schwer misshandelt. Der Junge ist nach seiner Entlassung schwer Traumatisiert.

(ÖP, ANF, YH, HN, DIHA, 4.8., ISKU)

Meldungen

Guerilla übernimmt Verantwortung für Zug-Sabotage
Die Volksverteidigungskräfte HPG bekennen sich zu der Sabotage-Aktion auf einen Zug zwischen den Städten Erzingan und Sêwaz.
Laut einer Pressemitteilung der HPG wurde gezielt ein Zug mit Militärfahrzeugen und -ausrüstung am Montag den 2.8. angegriffen. Acht Waggons entgleisten. Die militärische Ausrüstung wurde zerstört. Der Guerilla sei bewusst gewesen, dass auch ZivilistInnen mit dem Zug unterwegs waren. Es seien aber gezielt die Waggons des Militärs angegriffen worden. Die HPG warnte die ZivilistInnen und riet ihnen für die Zukunft, nicht mit Zügen, die militärisches Material transportieren, zu reisen.
(ANF, 3.8. ISKU)

Türkische Armee setzt erneut Gabar-Berge in Brand
Mit dem Beginn einer neuen militärischen Operation in den ländlichen Gebieten von Sirnex, wurden durch Artillerie-Beschuss der türkischen Armee erneut Wälder und Felder der Region Gabar in Brand geschossen.
(ANF, 28.7., ISKU)

Justiz erwägt Anwendung des § 129b StGB auch gegen mutmaßliche PKK-Aktivisten
Nachdem die deutschen Strafverfolgungsbehörden
den § 129b Strafgesetzbuch nicht nur gegen islamistische Gruppen, gegen die linke türkische DHKP-C, sondern inzwischen auch gegen Unterstützer der Befreiungsbewegung Tamil Tigers (LTTE) aus Sri Lanka in Deutschland anwenden, konnte die junge Welt „aus Justizkreisen" in Erfahrung bringen, dass die Anwendung des § 129 b auch gegen die PKK erwogen werde. Bislang erfolgt eine Strafverfolgung von mutmaßlichen Mitgliedern nach „nur" nach § 129 StGB (Mitgliedschaft in einer „kriminellen" Vereinigung) oder für „Altfälle" aus den 1990-er Jahren nach § 129a („terroristische" Vereinigung).
(Azadî/jW, 16.7., ISKU)

Marburg, 31.7.:
Giftgasanschlag in Innenstadt
Heute, am Samstag, 31. Juli 2010, detonierten in der belebten Marburger Innenstadt kurz nach 15.00 Uhr dicht nacheinander zwei Sprengsätze mit Giftgas. Am Marktplatz in der Oberstadt, wo viele BürgerInnen ihr Wochenende in den Cafés genossen, und an der

HPG veröffentlichen Bilanz des Monats Juli

Nachdem die einseitige Waffenruhe der Volksverteidigungskräfte HPG am 1. Juni aufgehoben wurde, verschärft sich der Krieg zunehmend. Die Bilanz für den Monat Juli wiegt schwer: Innerhalb eines Monats führte das türkische Militär 45 Operationen, die Guerilla 64 Aktionen durch. Bei den Kämpfen im Rahmen der Operationen und Guerillaaktionen starben 174 Soldaten, neun Polizisten und 38 Guerillas.

Türkisches Militär in der Defensive

Das türkische Militär, das während der einseitigen Waffenruhe der HPG pausenlos die kurdische Guerilla angegriffen hatte, geriet nun, ob der massiven Guerillaaktionen, in die Defensivposition. Nach Guerillaaktionen war das türkische Militär gezwungen, einige Militärstützpunkte zu räumen und sich in stärker geschützten Stützpunkten zu sammeln. Die Angriffe der Guerilla erreichten durch die Aktionen in Städten eine neue Qualität und stellten die breite Aktionsfähigkeit auf allen Terrains unter Beweis. Das Stadtzentrum von Xisxêr (Pervari) wurde von der Guerilla schnell eingenommen und eine Stunde gehalten. Außerdem führte die Guerilla in Çelê (Çukurca) einen großen Angriff auf die berüchtigte Kayseri-Kommando-Brigade des türkischen Militärs durch. Dabei kamen innerhalb einer halben Stunde 35 Soldaten ums Leben. Nach dem Gefecht räumte die Armee den Stützpunkt.

Die HPG hatte schon in der Nacht zum 1. Juni, mit dem Ende der Waffenruhe durch einen spektakulären Angriff auf eine Militärbasis in Iskenderum von sich reden gemacht. Ende Juli führte die HPG erneut einige Aktionen in verschiedenen Regionen außerhalb Kurdistans durch. Die Aktionen in Iskenderum, Dörtyol, Osmaniye und in den Schwarzmeerstädten Tokat, und Gümüşhane zeigt die Fähigkeit der Guerilla auch außerhalb Kurdistans Aktionen durchführen zu können.

Nach Erklärung des Pressezentrums der HPG wurden bei den Aktionen große Mengen an Waffen von der Guerilla beschlagnahmt, darunter auch etliche schwere Waffen und technische Ausrüstung.

Zunahme der Sabotageaktionen

Während die HPG im Juni nach der Aufkündigung des Waffenstillstandes vor allem die türkische Armee angriffen, richteten sie im Monat Juli ihr Augenmerk auch auf wirtschaftliche Strukturen. Drei Pipelines von Doğalgaz wurden sabotiert, zwei davon in der Schwarzmeerregion. Es entstand Sachschaden im Bereich mehrerer hunderttausend Dollar. Viele Lastwagen mit Ausrüstung und Versorgung des türkischen Militärs wurden vernichtet. Drei Panzerwagen und zwei Panzer wurden vollständig zerstört, zwei weitere schwer beschädigt. Ebenso wurden zwei Sikorsky-Hubschrauber schwer beschädigt. Des Weiteren zerstörte die Guerilla ein Reo-Fahrzeug, drei Kleinbusse, zwei Lastwägen und einen Bulldozer des türkischen Militärs.

Luftangriffe

Das von den Guerillaaktionen in die Defensive gedrängte türkische Militär führte im letzten Monat Dutzende Luftangriffe vor allem gegen zivile Gebiete, die Meder-Verteidigungsgebiete und Nordkurdistan (Türkei) eingeschlossen, durch.

Türkische Kriegsflugzeuge führten im letzten Monat sieben Angriffswellen durch, in Xakurke, Xinere, Colemerg/Çelê, Besta und Gabar. Innerhalb eines Monats gab es 55 Artillerie- und Katjuscha-Bombardements durch die türkischen Streitkräfte. Außerdem gab in den Regionen Şemzînan (Şemdinli), Gever und Çelê in der Provinz Colemerg mindestens acht Artillerieangriffe.

38 Guerillas im Juli gefallen

Der zunehmende Krieg schlug sich auch in einer hohen Zahl gefallener Guerillas nieder. Im Monat Juli verloren insgesamt 38 GuerillakämpferInnen ihr Leben. Die schweren Verstümmelungen der Leichen der Guerillas durch das türkische Militär war Grund heftiger Reaktionen durch die kurdische Bevölkerung. Es kam zu heftigen Protesten und Auseinandersetzungen.

(ANF, 1.8., ISKU)

Kurdischer Bürgermeister wegen Rede über Autonomie angeklagt

Die Staatsanwaltschaft von Dersim hat ein Ermittlungsverfahren gegen den Bürgermeister von Amed (Diyarbakır), wegen seiner Rede über Autonomie und Demokratie für Kurdistan eingeleitet.

Osman Baydemir, Bürgermeister der größten kurdischen Stadt in der Türkei, erwartet ein Ermittlungsverfahren wegen seiner Rede über kurdische Probleme und demokratische Autonomie, die er auf dem Kulturfestival am 31. Juli in Dersim hielt.

Was hat Baydemir auf dem Festival gesagt?

„Wir schlagen ein demokratisches autonomes Projekt gegen das Projekt der nationalen Einheit der AKP vor. Das bedeutet, dass es neben dem bestehenden türkischen Parlament ein lokales Parlament, welches ein kurdisches Parlament beinhaltet, gibt,“ sagt der Bürgermeister von Amed am Munzur-Fluss auf dem Festival in Dersim.

Hinsichtlich der Debatte über Verhandlungen des kurdischen Problems erklärte Baydemir: „Diejenigen, die einen Gesprächspartner suchen, sollten sich die Newroz-Feier von 2010 in Amed ansehen, an der eine Million Menschen teilnahmen. Und die Menschen machten deutlich, wer für die Lösung angesprochen werden sollte.“

In Bezug auf das „demokratische Autonomie Projekt“ der BDP sagt Baydemir: „Autonomie wird von der Türkei falsch verstanden. Es ist nicht Abtrennung sondern ein Projekt des Zusammenlebens. Es gibt Menschen in Europa, die an der Autonomie zweifeln, weil die Bevölkerungsanzahl nicht mehr als 2 Millionen beträgt. Wie auch immer, unsere demokratischen autonomen Rahmenbedingungen sind viel umfassender, als die der europäischen."

„Dieses Projekt sollte als ‚demokratisch kurdische Autonomie in der Türkei‘ gesehen werden, was bedeutet, dass der nationale türkische Zusammenhalt bestehen bleibt, es aber auch ein kurdisches Parlament gibt. Neben der türkischen Fahne wird es auch unsere mit den Farben Grün Gelb Rot geben. Zum Beispiel, neben der türkischen Fahne vor dem Rathaus in Dersim wird es auch eine kurdische geben," erklärte er weiter.

Hinsichtlich Baydemirs Äußerung diffamierte ihn der Staatsminister Cemil Cicek verrückt zu sein und nicht zu wissen was er sagt. *(ANF, 2.8., ISKU)*

großen Kreuzung Universitätsstraße/Gutenbergstraße starben mitten im Marburger Shoppingviertel insgesamt 20 Menschen sofort durch das Giftgas, die genaue Zahl der Toten ist bisher nicht bekannt.

Mit der Aktion des symbolischen Sterbens machten die AktivistInnen der Kampagne TATORT Kurdistan auf die Waffenlieferungen der deutschen Wirtschaft mit dem Segen der Bundesregierung in die Türkei und andere Besatzerstaaten Kurdistans und den Einsatz von Giftgas durch diese Staaten aufmerksam.

Das Sterben der AktivistInnen vom Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK) wurde durch das Nachzeichnen ihrer Umrisse auf dem Boden, ein Transparent mit der Aufschrift „Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt“ und einer lauten Sirene, sowie das Verteilen von Flugblättern, begleitet. *(Tatort Kurdistan/ YXK-Marburg, 3.8., ISKU)*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
YH	Yüksekovahaber
HN	Hakkarinews
jW	junge Welt

Neuerscheinung:

Azadî-Infodienst Nr. 91

Der aktuelle Infodienst des Rechtshilfevereins Azadî e.V. bietet einen Überblick zu repressiven Massnahmen und der Verbotspraxis gegen Kurdinnen und Kurden in Deutschland sowie weitere Meldungen, Berichte und Gerichtsurteile zu diesen und verwandten Themen. Der Infodienst kann online unter *www.nadir.org/azadi* heruntergelden werden oder gegen Porto- und Kopierkosten bei:

AZADI e.V.
Graf-Adolf-Str. 70A
40210 Düsseldorf
Tel. 0211-830 29 08
Fax 0211-1711453
azadi@t-online.de

bestellt werden.

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 477
13. August 2010

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

"Wir leben nicht, wir sterben nur nicht"

Verglichen mit den meisten innerhalb Kurdistans vertriebenen Kurdinnen und Kurden hat Shamal Qadir fast Glück. Seit die türkische Armee sein Dorf Kuzine am 1. Juli 2010 verwüstet hatte, lebt er in einem Schulgebäude, wo die Raumtemperatur angenehm ist und die einfachsten Bedürfnisse erfüllt sind.
„Unsere Familie kaufte 1996 Land und begann in Kuzine Häuser zu bauen. Wir taten es für unsere Kinder, damit sie einen Platz hätten, an dem sie in Zukunft leben könnten," erklärt Qadir gegenüber IPS. „Jetzt sind unsere Träume zerstört worden."
Qadir ist einer von etwa 6500 Menschen, die durch das türkische und iranische Bombardement seit dem 24. Mai 2010 aus ihren Dörfern vertrieben worden sind. Etwa zwei Drittel der Vertriebenen leben gerade in staubigen Zeltstädten, verteilt auf den dürren Bergketten erstrecken. Ihre Grundbedürfnisse werden unzureichend von internationalen Hilfsorganisationen und lokalen Autoritäten erfüllt.
„Wir fürchten, dass eingeschüchterte Menschen hier während des Ramadans aufgrund der schlechten Bedingungen sterben werden", erklärt Halima Ismail, eine Frau, die im Doli Sahidan Camp für intern Vertriebene (IDP) in der Nähe von Sangasar lebt.
„Als ich floh, hatte nichts weiter als meine Kleidung," sagte ein Einwohner von Doli Sahidan Ahmet-Ahmet (92). „Wir schliefen für einige Tage unter freiem Himmel, bis uns Hilfsorganisationen Zelte brachten."
Das UN-Flüchtlingsbüro in der nordirakischen Stadt Suleymaniya erklärt, dass die etwa 500 Familien, die in Doli Sahidan leben, dazu gezwungen werden könnten, in drei Monaten wieder umzuziehen, wenn der nahe Fluss mit den Herbstregenfällen erneut anschwillt.
Die Menschen, die in den IDP-Camps leben, beschweren sich über unzureichende Hilfe, gesundheitliche Probleme, starke Hitze im Sommer und Schwierigkeiten beim Zugang zu Elektrizität. Viele stehen einer ökonomischen Katastrophe gegenüber, da sie gezwungen waren ihre Felder, von denen sie ökonomisch abhängen, zu Beginn der Pflanzzeit zu verlassen.
„Unsere Felder, Früchte und Weinberge wurden alle durch die Bombardierungen niedergebrannt," erklärt Abdullah, ein Mann der im Goja-IDP-Camp in der Nähe von Qaladza lebt. „Wir können hier kein Geld verdienen. Das ist kein Leben – wir leben nicht, wir sterben nur nicht."
Vertreter des Roten Kreuzes in Suleymaniya sagen, dass es keine akute humanitäre Krise in den Camps gebe. Dennoch fügen sie hinzu, dass es eine mittelfristige Bedrohung gibt, dass die Gesundheitssituation sich verschlechtere aufgrund des Fehlens von angemessenen sanitären Einrichtungen und Problemen mit der Abfallbeseitigung.
Und da sind immer wieder die Angriffe. Mindestens zwei Kinder wurden als Ergebnis der letzten Angriffe getötet und mehrere Zivilisten verletzt.
Die Türkei sagt, ihre Angriffe zielten auf die kurdische Arbeiterpartei (PKK), die linke Aufstandsbewegung, die mehr Rechte und Freiheiten für die kurdische Bevölkerung des Landes fordert. Die Türkei bombardiert den Nordirak periodisch seit 1983, dem Jahr bevor die PKK formal ihre militärische Kampagne gegen den türkischen Staat begonnen hatte.
Für seinen Teil, beteuert der Iran, dass seine grenzüberschreitenden Bombardierungen auf die Partei für ein freies Leben in Kurdistan (PJAK), einer bewaffneten Organisation iranischer Kurden mit engen logistischen und ideologischen Beziehungen zur PKK, zielten.
2007 erklärte die Bush-Regierung die PKK zum „gemeinsamen Feind" von Washington, Ankara und Bagdad. Die US-Regierung begann sofort der Türkei entscheidende Geheimdienstinformationen bezügliche der PKK Positionen auf der anderen Seite der Grenze zu liefern. Seitdem bombardieren die Türkei und der Iran gemeinsam kurdische Dörfer in der Nähe zu ihren Grenzen mit Artillerie und Flugzeugen.
„Wenn sie (Iran) eine Operation beginnen, dann machen wir das auch," erklärte der türkische Generalstabschef Ilker Başbuğ 2008, „Führen sie eine Operation von iranischer Seite der Grenze durch, dann tun wir es von der türkischen Seite."
„Ich glaube nicht, dass diese Art von Angriffen der PKK ernsthaften Schaden zufügt – weder bezüglich ihrer Fähigkeit Angriffe über die Grenze durchzuführen, während sie sich im Nordirak aufhalten, noch dabei neue Rekruten anzuziehen," sagt Aliza Marcus, die Autorin von „Blood and Belief", einem Geschichtsbuch

Fortsetzung auf Seite 2

Amerikanischer Journalist von Abschiebung bedroht

Der amerikanische Journalist Jake Hess wurde Mittwochnacht von der türkischen Polizei in Amed (Diyarbakır) unter dem Vorwurf der „Unterstützung der PKK" verhaftet. Berichten zufolge steht die Verhaftung im Zusammenhang mit den KCK-Ermittlungen, in deren Rahmen seit dem letzten Jahr hunderte kurdische PolitikerInnen verhaftet worden waren. Dem inhaftierten Journalisten droht nun die Abschiebung.
Jake Hess ist als freier Journalist tätig. Er war der einzige westliche Journalist, der über die Bombenangriffe der türkischen Armee auf zivile Ortschaften und die von Soldaten gelegten Waldbrände berichtet hatte. Er berichtete von Amed aus; die meisten seiner Reportagen wurden von der linken oppositionellen Nachrichtenagentur IPS veröffentlicht.
In seinem bislang letzten Artikel (siehe oben) berichtete er am 4. August aus Suleymaniya und erwähnte dort die Bombardierungen von ZivilistInnen und Flüchtlingen.
Es war bekannt, dass den türkischen Behörden die Reportagen von Hess missfielen – letztendlich verhafteten sie ihn am Mittwoch vor seiner Wohnung. Momentan befindet er sich in der Sicherheitsdirektion von Diyarbakir. Es wird damit gerechnet, dass kurzfristig seine Abschiebung erfolgt.

(ANF, 12.8., ISKU)

Meldungen

Fahrplan zur „demokratischen Autonomie" angekündigt
KCK-Exekutivratsmitglied Murat Karayılan erklärte in verschiedenen Interviews mit der Nachrichtenagentur Firat (ANF), dass in den kommenden Tagen wichtige Mitteilungen der Öffentlichkeit bekannt geben werden.
Karayılan erklärte, dass der KCK-Vorsitzende Abdullah Öcalan einige Botschaften an sie gegeben hat: „Unser Vorsitzender hat bezüglich des anstehenden Prozesses einige Mitteilungen gegeben. Unsere Bewegung hat diese in den letzten zwei Wochen ausdiskutiert. In den kommenden Tagen werden wir unsere Beschlüsse aus diesen Diskussionen bekannt geben. In diesem Rahmen werden wir auch den Inhalt unseres Planes für die ‚demokratische Autonomie' erklären."

(ANF, 6.8., ISKU)

Demonstration für „demokratische Autonomie"
In Esenşehir, im Stadtviertel Ümraniye in İstanbul, versammelten sich Jugendliche zu einer Demonstration für „demokratische Autonomie".
In der Nacht auf den 5. August versammelten sich eine Gruppe Jugendlicher auf der Hauptstraße und behinderten den Verkehr. Sie riefen Parolen wie „Die Jugend von Esenşehir grüßt die demokratische Autonomie" oder „Kurdistan wird das Grab des Faschismus werden" und „Es lebe Apo". Ein lokales Büro der AKP griffen sie mit Steinen an. Nach knapp einer Stunde löste sich die Demonstration auf.

(ANF, 5.8., ISKU)

Wieder eine Nacht mit schweren Auseinandersetzungen von Pîran bis Colemêrg
Am Abend und in der Nacht kam es zu Zusammenstößen zwischen derkurdischen Guerilla HPG und der türkischen Armee bei Şirnex (Şirnak), Wan, Colemêrg (Hakkari) und Amed (Diyarbakır).
Bei einem Gefecht bei Agirî (Agri) soll mindestens ein türkischer Soldat getötet worden sein. Am Cudi-Berg in der Region Şirnex wurden ebenfalls neue Zusammenstöße gemeldet.
In Pîran (Dicle), in der Provinz Amed wurden Zusammenstöße gemeldet. Die Stromzufuhr wurde von Spezialteams unterbrochen. Die türkische Armee

Kurdische Gefangene prangern Haftbedingungen an

Der kurdische Gefangene Ebedin Abi, der im E-Typ-Gefängnis in in Trabzon einsitzt, hat sich mit einem Brief an den Menschenrechtsverein IHD gewandt und beschreibt darin unter anderem völlig überfüllte Zellen und ungenießbares Essen. So seien für drei Personen vorgesehene Zellen in der Regel mit sechs Insassen belegt. Das an die Gefangen ausgegebene Essen ist voller Insekten.
Proteste gegen die Haftbedingungen werden von der Gefängnisverwaltung mit Disziplinarstrafen beantwortet, schreibt Abi und fügt hinzu: „Nach unserer Beschwerden wurden wir in eine Zelle verlegt, wo sich Küche und Schlafsaal in einem Raum befinden. Auf Grund der Luftfeuchtigkeit verderben die Nahrungsmittel und selbst die Matratzen schimmeln."

Diskriminierung der politischen Gefangenen
Abi beschreibt auch, dass die politischen Gefangenen, obwohl im Gefängnis eigentlich genug Platz sei, in überfüllten Isolationszellen gehalten werden, während andere Gefangene zu fünft oder sechst in Zwölf-Personen-Zellen leben. Sport ist den politischen Gefangenen nur zwei Mal im Monat erlaubt; von anderen sozialen und Freizeit-Aktivitäten sind sie ganz ausgeschlossen.

Provokative Zellendurchsuchungen
Während der monatlich stattfindenden Durchsuchung der Zellen sind die Gefangenen willkürlichen Maßnahmen ausgesetzt. So wurden zuvor von der Verwaltung genehmigte Radios ohne Begründung beschlagnahmt. „Selbst die Rosen, die die wir hier angepflanzt hatten, wurden uns weggenommen. Dieses Verhalten dient klar der Provokation."
Abi führt auch aus, dass die Familien der meisten politischen Gefangenen im Südosten leben und lange Wege für Besuche auf sich nehmen müssen. Alle Anträge auf eine Verlegung in die Nähe ihrer Angehörigen seien ohne Begründung abgelehnt worden.
Abi, der an Diabetes und einer Herzkrankheit leidet, müsste monatlich von einem Arzt untersucht werden, was ihm ebenfalls verweigert wird.

(ANF, 12.8., ISKU)

Kurdische Ortsschilder angekündigt

Bei einem Treffen mit Dorfvorstehern aus dem Bezirk Bağlar in Amed (Diyarbakır), in dem auf Bitten der Dorfbewohner über die Infrastrukturprobleme der Region diskutiert wurde, kündigte der Bürgermeister von Amed Osman Baydemir an, dass die Dörfer, deren Namen türkisiert worden waren, neue Ortsschilder erhatlten, auf denen auch der kurdische Ortsname aufgeführt ist.

Assimilationspolitik des türkischen Staates
Im Rahmen der Verleugnung der Existenz der KurdInnen und des Verbots der kurdischen Sprache wurden auch alle kurdischen geographischen Bezeichnungen geändert. Auch armenische, griechische und lazische Namen waren davon betroffen.
Die „Türkifizierung" von geographischen Namen in Anatolien hat ihre Ursprünge in den frühen Jahren der Republik Türkei. So bekamen z. B. die meist georgischen Siedlungen in der Provinz Artvin am Schwarzen Meer 1925 einen türkischen Namen.
Diese „Türkifizierung" erreichte in den 1940er Jahren mit dem Erlass Nr. 8589 des Innenministeriums ihren Höhepunkt. Darin wurde die Entfernung aller nicht-türkischen Namen angeordnet, insbesondere kurdische, armenische und lazische.
Die Umsetzung dieser Verordnung wurde auf Grund des zweiten Weltkrieges verzögert, bekam dann aber 1949 mit dem Gesetz über die Provinzverwaltung Nr. 5442 eine neue legale Grundlage. Eine spezielle Umbenennungskommission wurde 1957 gebildet und erst 1978 aufgelöst, nachdem sie mit der Umbenennung historischer Stätten begonnen hatte.
Es wird geschätzt, dass die Namen von mehr als 12.000 Dörfern verändert wurden, was 35% aller Dörfer in der Türkei entspricht. *(ANF, 12.8., ISKU)*

„Wir leben nicht, ..." (Fortsetzung)

über die PKK gegenüber IPS. „Rebellen werden kaum getötet, denn das Land ist so schroff, dass es für türkische Flugzeuge sehr schwer ist, sie zu treffen."
Die lokale Dorfbevölkerung und Hilfsorganisationen, die in der Region aktiv sind, berichten, dass die türkischen und iranischen Bombardierungen in diesem Jahr heftiger sind und näher an zivilen Ansiedlungen stattfinden als in den vergangenen Jahren. Die Eskalation könnte die ersten Schritte hin zu einem sich entwickelnden Großangriff auf die kurdischen Rebellenstützpunkte in den Kandilbergen darstellen.
Die türkische Regierung erklärte vor kurzem Pläne, eine neue professionalisierte „Spezialarmee" zu stationieren und 150 neue militärische Außenposten in der Region zu errichten, um die PKK entlang der irakischen Grenze zu bekämpfen. Die USA öffnete außerdem größere Teile des irakischen Luftraums, um Angriffe der Türkei auf die PKK zu erleichtern.
„Wir suchen nach zusätzlichen Wegen, wie wir die Türkei unterstützen können," sagte der US-Botschafter in der Türkei James Jeffrey neulich. „Wir versuchen so viel wie möglich, so schnell wie möglich für die Türkei zu bekommen."
Die PKK beendete ihre einseitige Waffenruhe am 1. Juni 2010 und attackiert seitdem regelmäßig türkische Armeestellungen.
„Seit 1993 haben wir 6 einseitige Waffenstillstände ausgerufen und nach einer friedlichen, demokratischen Lösung der kurdischen Frage innerhalb der Grenzen der Türkei gesucht," erklärt der PKK Sprecher Ahmed Deniz gegenüber IPS in einem Interview in der Nähe der Rebellenstützpunkte in den Kandilbergen. „Die andere Seite hat kein solches Projekt und bis jetzt keinerlei Schritte eingeleitet."
„Die türkische Armee hat ihre Operationen niemals beendet. In den ersten eineinhalb Monaten, die auf unsere Erklärung eines Waffenstillstands im April 2009 folgten, fielen mehr als 130 unserer Freunde."
Am 14. April 2009 begann die türkische Regierung eine Serie von Verhaftungsoperationen, die zur Inhaftierung von zwischen 840 und 1600 kurdischen politischen Aktivistinnen und Aktivisten, unter ihnen gewählte Bürgermeister der linken, prokurdischen Friedens und Demokratiepartei (BDP) und anerkannte Menschenrechtsaktivisten.
„Kurdinnen und Kurden werden in allen Gebieten angegriffen. Wir können nicht unsere Hände in den Schoß legen und auf unseren Tod warten. Wir müssen unser Recht auf Selbstverteidigung ausüben, denn alle Türen [für eine Lösung] sind geschlossen worden," sagt Deniz gegenüber IPS.
„Wie alle Völker wollen wir frei unsere Sprache sprechen und unsere Kultur entwickeln. Wir wollen, dass unsere Grundrechte akzeptiert werden – so einfach ist das."

(Jake Hess/IPS, 4.8., ISKU)

setzte Hubschrauber zur Verfolgung der Guerilla ein.
In Ebex (Çaldıran) in der Provinz Wan wurde ein Verwaltungszentrum von der Guerilla angegriffen
Bei Zusammenstößen zwischen dem türkischen Militär und der Guerilla wurden bei Depin in der Provinz Colemêrg nach ersten Informationen drei Guerilla-Kämpfer getötet.

(ANF, 5.8., ISKU)

Angriff der Guerilla an historischem Ort in Dihê
Laut einer Erklärung der HPG beschlagnahmte die Guerilla am 2. August zwei Fahrzeuge, die sie für einen Angriff in Dihê (Eruh) benötigte. Mit den Fahrzeugen fuhr sie ins Stadtzentrum, wo sich das Gebäude des Gouverneurs sowie andere Stützpunkte des Militärs befinden. Dort griff sie die Gebäude an. Es kam zu Gefechten mit dem türkischen Militär.
Nach der Erklärung der HPG flog die türkische Armee ihre toten und verletzten Soldaten mit Hubschraubern aus der Stadt, so dass über Verlust der Armee keine Angaben gemacht werden können.
Bei der Auseinandersetzung wurden 3 Guerilla-KämpferInnen getötet.
Nach dem Angriff wurde 27 EinwohnerInnen von der Polizei festgenommen. 14 von ihnen, darunter auch der Bürgermeister von Dihê, Melih Mehmet Oktay, wurden am folgenden Tag wieder freigelassen.
Mit einem Angriff in Dihê begann am 15. August 1984 der bewaffnete Kampf der PKK.

(ANF, 4./5.8., ISKU)

Keine Stimme für die Verfassungsreform
Selahattin Demirtaş von der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) erklärte, dass die BDP beim Referendum über die von der türkischen Regierung angestrebten Verfassungsreformen am 12. September „die Wahlboxen leer zurücksenden" werde.

(AKnews, 4.8., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
IPS	www.ipsnews.net

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 478
20. August 2010

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kann sich die türkische Regierung der Herausforderung des Friedens stellen?

Wieder einmal ist es die PKK, die den ersten Schritt unternimmt. Die Erklärung eines weiteren einseitigen Waffenstillstands zeigt, dass sich die PKK in einer Position der Stärke befindet. Und zwar politischer Stärke. In der Tat brauchen wichtige Entscheidungen starke interne Unterstützung und Konsens. Die PKK hat gezeigt, dass sie darüber verfügt. Was man von der türkischen Regierung nicht gerade sagen kann, die in den letzten Jahren (und nicht nur da) demonstriert hat, dass sie nicht mehr ist als eine Geisel der Armee, der eigenen fundamentalistischen und chauvinistischen Fraktionen und der Oppositionsparteien mit ihrem blinden Nationalismus und Rassismus.
Die PKK hat wieder einmal bewiesen, dass sie die Initiative inne hat und zeigt damit letztendlich, dass sie über eine Vision für die Zukunft verfügt. Und dass diese Vision eine gemeinsame ist, was nichts anderes heißt als das dieses Vision vom kurdischen Volk geteilt wird. Und zwar vom kurdischen Volk in all seinen Schattierungen und Organisationen, in seinen reichen und mannigfaltigen Aktivitäten – seien es die Stadtverwaltungen, die Basisbewegungen, die kulturelle Arbeit, der soziale Bereich oder die Arbeit der Frauen. Was die kurdische Befreiungsbewegung in all den Jahren bewiesen hat, ist die unglaubliche Fähigkeit, sich den Herausforderungen in allen Bereichen des Lebens zu stellen. Es gibt diesen Zusammenhalt und diese Kontinuität, die die Arbeit der Stadtverwaltungen und der BDP – und zuvor der DTP – am Aufbau der sogenannten „demokratischen Autonomie" möglich machen, einem tragfähigen Konzept, wie ein Staat funktionieren kann. Ein Staat, der – das werden sowohl die Kemalisten als auch die Ultranationalisten früher oder später einsehen müssen – nicht der Republik Türkei entspricht, wie sie Kemal Atatürk 1923 ausgerufen hat. Diese Republik gab es genau genommen nie, weil sich schon aus der eigenen Zusammensetzung ergibt, dass die Republik Türkei nie nur das Territorium der Türken mit Türkisch als einziger Sprache sein kann. Aber das ist eine andere Geschichte.
Zurück zur Gegenwart, in der die PKK mit ihrer Waffenstillstandserklärung erneut der (schwachen) türkischen Regierung eine Chance gegeben hat. Die Chance, endlich ernst zu machen, was nichts anderes heißt als sich am Aufbau eines praktikablen, demokratischen und gleichberechtigten Friedensprozess´ zu beteiligen.
Der frühere Präsident des Menschenrechtsvereins IHD und jetzige Parlamentsabgeordnete Akin Birdal hat recht, wenn er sagt, dass jetzt die türkische Regierung am Zug sei. Das ist sie in der Tat, und die PKK ist sogar so weit gegangen, die vier einfachen Punkte auszusprechen, die behandelt werden müssen, um ein aufrichtiges Bekenntnis zu einem dauerhaften Frieden abzugeben.
In ihrer Erklärung sagt die PKK, dass „zuerst die andauernden Operationen im militärischen und politischen Bereich eingestellt werden müssen und ein Prozess des beidseitigen Waffenstillstands entwickelt werden muss." Der zweite Punkt ist die Forderung nach der „unverzüglichen Freilassung der der etwa 1.700 kurdischen PolitikerInnen und Mitglieder der Friedensgruppen, die mit ungerechten und unrechtmäßigen Anklagen verhaftet wurden." Der dritte Punkt unterstreicht die Notwendigkeit des „Beginns eines Verhandlungsprozesses, der auf dem von Abdullah Öcalan der Öffentlichkeit vorgestellten Drei-Punkte-Plan zur Lösung basiert und der Schaffung von Bedingungen, unter denen Öcalan aktiv an einem Friedensprozess teilnehmen kann." Im letzten Punkt wird die „Absenkung der 10-Prozent-Hürde, die in keinem demokratischen Land existiert" gefordert.
Abdullah Öcalan hatte drei Bedingungen genannt, die zur

Fortsetzung auf Seite 2

Öcalan: Wir werden keine Ablenkungsmanöver akzeptieren

Der KCK-Vorsitzende Abdullah Öcalan hat es begrüßt, dass die ArbeiterInnenpartei Kurdistans (PKK) seinem Aufruf zum Waffenstillstand gefolgt ist und sprach in Richtung der türkischen Regierung die Warnung aus, dass er Versuche zurückweisen wird, die kurdische Frage zu verschleppen.
Öcalans Erklärung ging die Deklaration eines einseitigen Waffenstillstands bis zum 20. September durch die PKK voraus.
Während seines wöchentlichen Treffens mit seinen AnwältInnen sagte Öcalan, dass er die Waffenstillstandserklärung der PKK unterstütze. Er dankte der Organisation dafür, seine Vorschläge akzeptiert zu haben.
„Die Guerilla wird keine militärischen Stellungen angreifen. Sie wird auch keine ferngezündeten Sprengsätze einsetzen, solange es nicht unabdingbar zur Selbstverteidigung ist. Aber wie schon zuvor gesagt, die Guerilla kann jedes notwendige Mittel einsetzen, wenn sie Vernichtungsangriffen ausgesetzt ist und es keinen anderen Weg zum Überleben gibt."
Öcalan warnte, dass der aktuelle Prozess zwar zum Frieden führen könne, aber auch die Gefahr der Ausweitung des Konflikts in sich birgt.
Er rief die demokratischen Kräfte, Intellektuelle und NGOs dazu auf, alles in ihrer Kraft stehende zu unternehmen, um den Weg zu einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage zu ebnen. „Diejenigen Organisationen, die zu einem Waffenstillstand aufgerufen haben, müssen nun zu diesem Prozess beitragen", sagte er.
Der KCK-Vorsitzende sagte gegenüber seinen AnwältInnen auch, dass er Ablenkungsmanöver seitens der türkischen Regierung nicht akzeptieren werde. Er bezeichnete die Phase des Waffenstillstands als „einen Test für die Aufrichtigkeit der regierenden AKP."
Öcalan führte weiter aus, dass er nicht an politische Lösungen glaube, die die Bildung eines kurdischen Staates beinhalten. „Wir wollen nur, dass der Staat die rassistisch-faschistischen Elemente in seiner Struktur beseitigt."
Wenn eine Lösung aktuell würde, die die Gründung eines kurdischen Staates beinhaltet, würde die kurdische Frage so unlösbar wie die palästinensische werden, warnte er.

(ANF, 15.8., ISKU)

Meldungen

Birdal: Jetzt ist die Regierung am Zug
Der Abgeordnete der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) Akin Birdal rief die Regierung dazu auf, die notwendigen Schritte als Antwort auf die Waffenstillstandserklärung der PKK zu unternehmen.
„Die Forderungen der PKK sind angemessen. Nun ist es an der türkischen Regierung, die notwendigen Schritte zur Beendigung des Blutvergießens zu unternehmen", sagte Birdal im Rahmen einer Versammlung der BDP in Amed (Diyarbakir).
Birdal rief die türkische Armee auf, alle Operationen gegen die kurdische Guerilla einzustellen und sagte, dass beide Seiten an eine Roadmap für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage arbeiten sollten.

(ANF, 14.8., ISKU)

Barzani begrüßt Waffenstillstand
Der Präsident der Autonomen Region Kurdistan im Irak, Masud Barzani, hat die Waffenstillstandserklärung der PKK begrüßt. In einer kurzen Erklärung, die auf der Webseite des Präsidenten veröffentlicht wurde, drückte er seine Unterstützung für den Waffenstillstand aus und erklärte, dass die kurdische Frage durch Frieden und Dialog gelöst werden könne. „Wir hoffen, dass der Waffenstillstand andauert", so Barzani.
Auch der ehemalige Ministerpräsident der kurdischen Regionalregierung in Erbil, Necirvan Barzani, begrüßte die Waffenstillstandserklärung und rief zu einer bilateralen Waffenruhe auf.
„Die Erklärung eines einseitigen Waffenstillstands durch die PKK ist eine gute Entscheidung. Wir sind erfreut, solch eine positive Entwicklung zu erleben", erklärte er.
Barzani betonte, dass die kurdische Frage nicht mit militärischen Mitteln zu lösen sei.
Er hoffe, dass die türkische Regierung auf den Waffenstillstand reagiert, in dem sie ihn zu einem beiderseitigen ausbaue.
„Wir hoffen, dass (alle Seiten) diesen Waffenstillstand als neue und friedliche Möglichkeit betrachten und ihn bilateral und andauernd verwirklichen, um die Gewalt und das Töten zu stoppen", so Barzani.

Militäroperationen dauern an

Die Operationen des türkischen Militärs gegen die HPG (Volksverteidigunskräfte), die am 13. August eine Waffenpause eingeleitet haben, dauern an.
Im Landkreis Cukurca in Hakkari sind bei Gefechten, die im Zuge einer Militäroperation entstanden sind, zwei Soldaten getötet worden.
Nahe des Dorfes Tiyarê in dieser Region kam es bei einer Operation des türkischen Militärs zu Gefechten mit HPG-Guerillas. Am 16. August haben militärischen Spezialeinheiten die Guerillas der HPG belagert, woraufhin die Guerillas sich verteidigt haben. Laut den Informationen der HPG-Pressestelle (BIM) wurden bei den Gefechten zwei Soldaten der Spezialeinheit getötet und weitere Soldaten vermisst.
Nach der Auseinandersetzung transportierte das türkische Militär die Toten und Verletzten mit Sikosky-Helikoptern ab. Die Operation dauert hingegen zur Stunde noch an.

Neue Operation in Muş
Weiterhin hat das türkische Militär am 17. in den Morgenstunden Operationen begonnen, welche die Regionen Girmeçok, Baskent, Benzen, Geliye Gulik und Mile Koxê im Landkreis Varto in Muş betreffen. Die HPG-Pressestelle lässt verlauten, dass militärische Spezialeinheiten zusammen mit Soldaten in zivil an der Operation, die immer noch andauert, teilnehmen würden.

Gleichzeitig Operationen und Bombardements
Laut HPG-Pressestelle startete das türkische Militär am Abend 14. August in den Regionen Kepe Mirişka und Kevire Spî im Landkreis Cukurca der Provinz Hakkari Operationen, die bis zum Abend des 16. August andauerten und in einem ergebnislosen Rückzug des Militärs endeten. Vor allem das Gebiet Küçük Gare sei verstärkt bombardiert worden.

Minen und Bomben töten Tiere
Gleichzeitig haben regionale Quellen gemeldet, dass am 10. August im Dorf Sineva in Yüksekkova eine von Soldaten gelegte Mine explodierte und Tiere der dortigen DorfbewohnerInnen tötete.
Danach bombardierte das türkische Militär die DorfbewohnerInnen. Es gab dabei weder Verletzte noch Tote, jedoch wurde weiteres Vieh der DorfbewohnerInnen getötet.
(ANF, 17.8., ISKU)

Ex-Militär: Morde waren Staatspolitik

In der Türkei erhebt ein Ex-Admiral schwere Vorwürfe gegen führende Politiker und Militärs der neunziger Jahre. Sie sollen von der Ermordung tausender Kurden gewusst und diese zum Teil befohlen haben.
Kein kleiner Offizier in einer kurdischen Provinzstadt habe von sich aus entscheiden können, kurzerhand diesen oder jenen Journalisten oder Menschenrechtler aus dem Weg zu räumen, sagte Kiyat im Privatsender Habertürk. „Nein, dafür kam immer ein Befehl von oben. Nun sitzen diese Kameraden hinter Gittern, während diejenigen, die für diese Staatspolitik verantwortlich waren, ruhig in ihren Betten schlafen."
Kiyat appellierte an die führenden Politiker und Militärs der neunziger Jahre, klipp und klar zu sagen, dass die Morde staatlich sanktioniert waren. „Es ist leider so, dass die Führung dieses Landes damals außergerichtliche Tötungen als Mittel der Terrorbekämpfung betrachtete."
Menschenrechtler werten die Aussage als offizielle Bestätigung des seit Jahren gehegten Verdachts, dass es Mitglieder der Sicherheitskräfte waren, die in den neunziger Jahren reihenweise angebliche Unterstützer der PKK-Kurdenrebellen verschwinden ließen.
„Seit fast 20 Jahren treibt uns die Frage nach den Verschwundenen und nach den ungeklärten Morden um," sagte der Menschenrechtler Cemal Babaoglu kürzlich auf einer Kundgebung in Urfa. Cemal ist der Bruder des vor 16 Jahren spurlos verschwundenen Journalisten Nazim Babaoglu. "Aber allein für unsere Fragen sind viele von uns schon ermordet worden." *(TS, 16.8., ISKU)*

Herausforderung des Friedens (Fortsetzung)

Einleitung eines Friedensprozesses notwendig sind: ein beidseitiger Waffenstillstand, die Einrichtung einer Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission vergleichbar mit jener, die in Südafrika nach dem Ende der Apartheid etabliert wurde und das Organisieren der Rückkehr der PKK-Guerillas in das zivile Leben (welche in verschiedenen Phasen stattfinden wird, beginnend mit dem Sammeln der Guerillas an einem Ort unter Aufsicht einer internationalen Organisation und schließlich, wenn die Bedingungen dafür reif sind, der massenhaften Rückkehr.)
In ihrer Erklärung unterstreicht die PKK erneut, dass „die türkische Regierung entsprechend handeln muss, um diesen Prozess zu einem stabilen und dauerhaften Frieden zu entwickeln. Wenn sich die AKP-Regierung mit verschiedenen Ausreden weigert, sich zu bewegen und durch die Fortführung der Vernichtungspolitik die Entwicklung blokkiert, sollte sie bewusst sein, dass dieser Prozess nicht einseitig fortgesetzt wird."
In der Erklärung heißt es weiter: „Um diese Phase ohne Auseinandersetzungen, die zum siebten Mal einseitig ausgerufen wurde, zum Erfolg zu führen, muss sich nicht nur die türkische Regierung bewegen. Auch die demokratischen Kräfte und Nichtregierungsorganisationen müssen ihrer Verantwortung gerecht werden. Deshalb rufen wir alle Kräfte in der Türkei, die für den Frieden und für die Demokratie einstehen, dazu auf aktiv zu werden."
Die PKK ist sich bewusst, dass „der Erfolg dieser von uns ausgerufenen Phase auch von der Einheit und Solidarität aller kurdischen Kräfte abhängig ist, sowohl in Nordkurdistan als auch in allen anderen Teilen, und alle im Sinne des Friedens und des demokratischen Kampfes verantwortlich handeln müssen. Daher rufen wir die Führer der autonomen Region Kurdistan und alle anderen kurdischen Kräfte auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden."
Die Erklärung endet mit dem Aufruf an „die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen, verantwortlichen zu handeln, wenn es um die kurdische Frage geht. Wir rufen auch diese Kräfte dazu auf, Anstrengungen zu einer friedlichen, zeitgemäßen und demokratischen Lösung der kurdischen Frage zu unternehmen und damit ihrer humanitären Verantwortung gerecht zu werden." Und ein Aufruf richtet sich an „unser Volk und die KämpferInnen und Militanten in unserer Bewegung, diesen Prozess genau zu verstehen, der in Übereinstimmung mit den Botschaften unseres Anführers entwickelt wurde, und noch verantwortungsbewusster als bisher zu agieren, um diese Phase zum Erfolg zu führen und ihren Aufgaben gerecht zu werden."
Die nächsten Tage und Wochen werden zeigen, ob die türkische Regierung und das türkische Establishment bereit sind, sich der Herausforderung durch die PKK zu stellen. Es wird entscheiden sein, genau zu beobachten was sich hinter den Kulissen abspielt. Denn diese Herausforderung durch die PKK ist wieder einmal keine militärische. Es ist die Herausforderung, über den Frieden zu reden.
(Nucan Cudi/ANF, 14.8. ISKU)

Er fügte hinzu, dass „wir jeden friedfertigen Schritt seitens der Türkei außerordentlich begrüßen werden."
(ANF, 14./15.8., ISKU)

40 Dorfschützer legen die Waffen nieder
In der Gemeinde Hilal des Landkreises Uludere wurde bekannt gegeben, dass 40 Dorfschützer die Waffen niederlegen werden.
Es war die Rede davon, dass ein Kommandant gegenüber den Dorfschützern abwertend gesprochen und sie auch tätlich angegangen habe, woraufhin die Dorfschützer verkündeten, die Waffen niederlegen zu wollen.
Andere Verantwortliche des Militärs, die von dem Vorfall hörten, haben eine siebenköpfige Delegation der Dorfschützer zur 23. Gendarmarie Brigade rufen lassen, um sie von ihren Vorhaben abzubringen. An dem Treffen zwischen Militärs und Dorfschützern, nahm auch der AKP-Bürgermeister von Hilal, Cafer Benek, teil.
(ANF, 17.8., ISKU)

Türkei schiebt amerikanischen Journalisten ab
Die Türkei wird den amerikanischen Journalisten Jake Hess, der am vergangenen-Donnerstag in Amed (Diyarbakir) verhaftet wurde, abgeschieben.
Hess stand am Sonntag vor Gericht, wo der Bezirksstaatsanwalt von Amed die Ausweisung beantragte.
Hess, der amerikanischer Staatsbürger ist, hat Unterstützung durch US-Behörden abgelehnt.
Jake Hess lebte und arbeitete in Amed; seine Reportagen wurden vor allem von der linken oppositionellen Nachrichtenagentur IPS veröffentlicht.
Mit der Abschiebung von Jake Hess, die noch vom Inneministerium bestätigt werden muss, wird in der kommenden Woche gerechnet.
(ANF, 15.8., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
TS	Tagesspiegel

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 479
27. August 2010

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Öcalan: Überlegungen zur Demokratischen Autonomie

Der KCK-Vorsitzende Abdullah Öcalan kam am Mittwoch den 20. August mit seinen Anwälten zusammen. Während der Konsultationen erklärte Öcalan seine Gedanken bezüglich des Projekts der Demokratischen Autonomie. Öcalan sagte, dass der laufende Prozess sehr sensibel behandelt werden muss und fügte hinzu: Die Demokratische Autonomie ist das Lösungsprojekt der KurdInnen und bedeutet, die eine politische, wirtschaftliche, kulturelle, diplomatische, rechtliche und eine Seite und die Selbstverteidigung.
Öcalan sprach den Demokratischen Gesellschaftskongress (DTK) an: „Am letzten Kongress des DTK nahmen einige Gruppen nicht teil. Die Erklärungen zur Beteiligung am DTK haben ihre Haltung aufgedeckt. Zum Referendum habe ich die Erklärungen einiger NGOs aus Amed gehört. Diese haben sich mit dem Staat geeinigt. Sie wurden überredet; der Staat versprach ihnen, dass sie die Initiative ergreifen werden, wenn die PKK vernichtet worden ist. Wir aber verhindern dies und ihre Pläne laufen nicht wie gewollt".
Öcalan erklärte zur Demokratischen Autonomie: „Wenn die Demokratische Nation der Geist ist, ist die Demokratische Autonomie der Körper. Die Demokratische Autonomie ist die verkörperte Form der Demokratischen Nation. Die Autonomie hat einige Parameter:
Politisch: Dieses Parameter beinhaltet ein Parlament oder einen Volkskongress. Dieser nennt sich Demokratischer Volkskongress. Dieser Kongress hat einen Exekutivrat.
Rechtlich: Dies drückt den rechtlichen Status der Demokratischen Autonomie aus. Katalanen drükken dies mit dem Wort Status aus. Wir können dies auch Status nennen. Das ist sehr wichtig. Was wird also der rechtliche Status der KurdInnen sein? Dies kann ausgearbeitet und in die Verfassung verankert werden. Mittels Gesetzen wird der Rahmen der Demokratischen Autonomie gesetzt.
Wirtschaftlich: Die Demokratische Nation hat auch eine wirtschaftliche Seite. Die Art und Weise dieser Wirtschaft kann verfeinert werden. Wir können den Kapitalismus als wirtschaftliches System nicht anerkennen. Man kann den Kapitalismus vielleicht nicht ganz abschaffen, aber sehr weit einschränken. Wir können unser eigenes System aufbauen.
Kulturell: Die kulturelle Seite beinhaltet Sprache, muttersprachlichen Unterricht, Geschichte und Kunst. Wie sollte die Beziehung der kurdischen Sprache zur türkischen sein? Wie sollte der muttersprachliche Unterricht aussehen? Wie muss die Sprachpolitik der Demokratischen Nation sein? Eine Bildungspolitik muss ausgearbeitet werden. Wie können die KurdInnen das kulturelle Genozid überwinden? Solche Sachen müssen ausdiskutiert werden.
Selbstverteidigung: Dies kann auch ‚Sicherheit' genannt werden. Hier wird das Genozid angegangen. Wie können die KurdInnen sich vor dem Genozid retten? Der Begriff ‚Genozid' beinhaltet alle Formen der Vernichtung. Die Gesellschaft wird auch ihre eigene Selbstverteidigung aufbauen. Hiermit ist nicht die Waffe, das Militärische gemeint. ‚Selbstverteidigung' drückt nicht die Art der KCK oder PKK aus, sondern die des Volkes. Damit möchte ich die Organisierung in allen Bereichen der demokratischen Gesellschaft ausdrücken. An diesen Punkten kann die Gesellschaft alles ausdiskutieren und verschiedene Ergebnisse erzielen. Beispielsweise können sie ausdiskutieren, ob die KurdInnen eine Wehrpflicht haben werden. Wie wird das Dorfschützer-System aufgelöst? Die Selbstverteidigung ist so wichtig wie Wasser und Brot. Ohne dies ist ein Leben nicht möglich.
Diplomatie: Dies beinhaltet die

Fortsetzung auf Seite 2

Aktion kurdischer Kriegsdienstverweigerer in der Schweiz

Die Schweizer Polizei verbietet eine Solidaritätsaktion kurdischer Kriegsdienstverweigerer vor der türkischen Botschaft. Die Kriegsdienstverweigerer fordern die Türkei auf, sich an internationales Recht zu halten.
In der Schweizer Hauptstadt Bern wurde von kurdischen Kriegsdienstverweigerern eine Solidaritätskundgebung für Inan Süver organisiert. Süver wurde am 5. November letzten Jahres verhaftet und befindet sich seit dem im Militärgefängnis. Die Kundgebung sollte eigentlich vor der türkischen Botschaft in Bern stattfinden. Nachdem die Schweizer Gerichte dies verboten, wurde die Kundgebung auf dem Helvetiaplatz abgehalten.
Zu den UnterstützerInnen der Aktion von der Bewegung kurdischer Kriegsdienstverweigerer gehörten Karakök Otonomu, die Schweizer Vereinigung kurdischer Vereine (FEKAR) und die Antifaschistische Aktion Schweiz. Metin Aydin äußerte im Namen der kurdischen Kriegsdienstverweigerer, dass Inan Süver seit dem 5. November 2009 in Militärhaft gefangen ist und sich seit dem 9. August im Hungerstreik befindet.
Süver hätte sich aus Gewissensgründen und Überzeugung für eine Verweigerung des Militärdienstes entschieden. „Jemanden, der den Kriegsdienst verweigert nach Militärrecht zu bestrafen, bewerten wir als Verletzung der Menschenrechte. Wir verurteilen diese Logik. Jemanden, der das Militär ablehnt vor einem Militärgericht anzuklagen und in einem Militärgefängnis gefangen zu halten, zeigt die Brutalität dieses lächerlichen Justizsystems. Selbstverständlich wird jemand, der das Militär ablehnt und dem vorher keine Alternative gelassen wurde und der in den Lagern Unterdrückung und Zwang erlebt hat, fahnenflüchtig", so Aydin.
Ein Dossier bezüglich der Situation von Kriegsdienstverweigerern in der Türkei wurde, laut Aydin, an internationale Organisationen und Vereinigungen übergeben, die zusagten, sich über deren Situation auf dem Laufenden zu halten. „Wir erklären uns solidarisch mit Inan Süver und werden den freiwilligen und berufsmäßigen Militärdienst weiterhin ablehnen."
Im Anschluss verlasen zwei junge KurdInnen die Deklaration der Kriegsdienstverweigerer und gaben ihre Entscheidung zur Verweigerung des Dienstes an der Waffe öffentlich bekannt.

(ANF, 24., ISKU)

Meldungen

Transparent zum Boykott des Referendums verboten
Der Türkische Hohe Wahlrat hat ein Transparent der Partei für Frieden und Demokratie BDP zum Boykott des Referendums verboten. Begründet wird dieses Verbot, weil es in einer anderen Sprache als Türkisch geschrieben worden sei. Das Verbot wegen der Verwendung der kurdischen Sprache wurde von Mitgliedern des Rates, die der Regierungspartei AKP und den Oppositionsparteien CHP und MHP zugeordnet werden, unterzeichnet. Am 12. September soll mit einem Referendum eine Verfassungsänderung in der Türkei durchgesetzt werden. Die BDP hat sich zum Boykott entschieden, weil eine Verbesserung für KurdInnen mit dieser Änderung nicht erfolgt. *(ANF, 26.8., ISKU)*

Angriffe der türkischen Armee dauern an
Am 20.8 begann die türkische Armee in der Nähe des Dorfes Nogelya bei Şemzînan Colêmerg (Hakkari) eine Operation mit Haubitzen und Mörsergranaten, auch wurde mit Kampfhubschraubern bombardiert. Gegen 7.30 Uhr drangen Soldaten ins Guerillagebiet vor und es kam zu Gefechten, die bis 14.00 Uhr andauerten. Dabei kam ein türkischer Offizier ums Leben. Auch vier GuerillakämpferInnen verloren ihr Leben. Die Namen der Gefallenen sind: Başûr Kurdistan (Zindan Ahmet Yusuf), Berîtan (Gulîstan Ergul), Dilocan Soran (Şervan Kadîr) und Sarîna Zerduşt (Şeyma Yildiz).
Am 20.8. wurde dias Gebiet Besta von der türkischen Armee bombardiert. Am 19.8. wurden im Kreis Pervari die Regionen Çaçê, Xot und Kaniya Marê von der türkischen Armee niedergebrannt.
Am 7.8. ist ein Guerilla aus Ostkurdistan mit Namen Dilşad Eravî (Nasir Nexşînî) bei Şirnax in einem Hinterhalt gefallen. Am 15 August kamen bei Wan Erdîş bei dem Dorf Şahpazar bei Auseinandersetzungen in Folge einer Operation der türkischen Armee zwei Gueriillas mit Namen Amed Şahîn(Sedat Feyaz) û Nûman Newroz(Feyzulalah Koyun) ums Leben.
(HPG, 22.8., ISKU)

Iranische Armee greift Meder-Verteidigungsgebiete an
Am 23.8 kam es in den Gebieten Ertûş, dem kleinen Cîlo, im Tal Şehîd Newal und im Dorf Petrot am Zapfluss zu Mörserraketenangriffen durch die türkische

Publikationsverbot Nr. 8 gegen kurdische Zeitung „Azadiya Welat“

Die Tageszeitung „Azadiya Welat" wurde seit 1994 in der Stadt Diyarbakır herausgegeben und nun zum achten Mal stillgelegt.
Seit Januar 2010 wurde damit zum dritten Mal ein solches Urteil gegen "Azadiya Welat" verhängt.
Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat wiederholt Entscheidungen türkischer Gerichte angefochten.
EU-Beamte sagen, dass die gängige Entscheidungskultur unter den Richtern und Staatsanwälten sowie die Härte in mehreren Artikeln des Strafgesetzbuches ernsthafte Hindernisse für den Antrag der Türkei auf eine mögliche EU-Mitgliedschaft darstellen.Aber trotz vieler Versprechungen hat die Regierung bislang nur wenig Fortschritte bei der Reform der Justiz gemacht.
Im vergangenen Jahr machte Eser Uyansiz' Vorgänger Vedat Kurşun Schlagzeilen als er wegen als er zu 166 ½ Jahren Gefängnis verurteilt wurde.
Begründet wurde Kurşuns Verurteilung mit mehreren Beiträgen in der Ausgabe vom 11. August 2007, darunter die Todes anzeigen von PKK- KämpferInnjen.
Wir fragten Eser Uyansiz, ob er uns etwas über den Druck der letzten Jahre erzählen kann:
„Wie Sie wissen, ist die kurdische Presse immer unter Druck und in Gefahr. Die Entscheidung, eine kurdische Zeitung zu veröffentlichen, bringt unweigerlich viele Probleme, von Schließungen bis zur Verhängung von Geldstrafen gegen den verantwortlichen Redakteur und den Lizenzinhaber. Ganz zu schweigen von Haftstrafen, wie im Fall von Vedat Kursun und Ozan Kilinc. Sie sitzen im Typ-D-Gefängnis in Diyarbakır. Vertriebspersonal unserer Zeitung wird ständig durch die Polizei schikaniert und bedroht.

Kannst du uns von der letzten Stilllegung berichten?
Klagen gegen uns werden ständig geführt mit Bezug auf die TMK (Anti-Terror-Gesetze). Unsere Zeitung ist bisher sieben Mal geschlossen worden. Fast alles, was in der Zeitung veröffentlicht wird, wird als Verbrechen gesehen. Zum Beispiel ist es ein Verbrechen, über den Begriff "Führer des kurdischen Volkes" zu schreiben, über die Begriffe "Vorsitzenden der KCK", "Führer der PKK", "Herr Abdullah Öcalan", über die Begriffe HPG, PKK, KCK, PJAK, PAJK, Guerrilla, Märtyrer, Kurdistan, Amed, Fotos von Öcalan zu publizieren, Artikel und Interviews über die Guerilla ... praktisch alles, was Bezug auf die KurdInnen nimmt und die kurdische Frage behandelt, könnte als Verbrechen betrachtet werden.

Die letzte Schließung der Tageszeitung "Azadiye Welat" am 21.8. wurde wie bei allen [vergleichbaren] anderen Zeitungen auch begründet: Mit der Propaganda für die PKK / Kongra Gel.

Ein kurdischer Journalist zu sein ist schwierig, ein kurdischer Journalist für eine kurdische Zeitung zu sein ist noch schwieriger. Wie kommen junge Journalisten zu Ihnen? Welche Art von Ausbildung haben sie und welche Bestrebungen?
Die Zeitung wird seit 20 Jahren veröffentlicht, viele MitarbeiterInnen wurden entführt und getötet wie zum Beispiel der bekannte Journalist und Intellektuelle Musa Anter. Der letzte Todesfall ist Metin Alataş (er wurde am 4. April 2010 in Adana) getötet. Freiwillige und Mitarbeiter arbeiten in allen verantwortlichen Bereichen bei der Zeitung. Alter ist nicht wichtig für den Eigentümer der Zeitung. Alle Mitarbeiter haben Erfahrung. Kurdische Journalisten führen regelmäßig Workshops durch und bei diesem Training wird viel Arbeit geleistet.

(ANF/km, 25.8., ISKU)

Hrant Dink: Türkei räumt Mitschuld ein

Die türkische Regierung hat erstmals indirekt eine Mitschuld des Staates an der Ermordung des Journalisten Hrant Dink eingestanden und angekündigt, sie strebe eine mit Entschädigungen verbundene gütliche Einigung mit dessen Hinterbliebenen an. Die Familie hat den türkischen Staat vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verklagt, weil dieser nichts zum Schutz Dinks unternommen habe, obwohl seine Gefährdung bekannt gewesen sei. Wie die Zeitung „Hürriyet“ am Mittwoch berichtete, haben sich Außenminister Davutoglu, Justizminister Ergin und der für Inneres zuständige Minister Atalay darauf verständigt, der Familie diese Einigung auf Grundlage der Artikel 2 (Recht auf Leben) und 10 (Freiheit der Meinungsäußerung) der europäischen Menschenrechtskonvention anzubieten. Dies bedeute, dass die Türkei im Fall Dink ihr Versagen, das Leben und Recht auf freie Meinungsäußerung eines ihrer Staatsbürger zu wahren, eingestanden habe, so das Blatt.
Der türkisch-armenische Journalist Dink war im Januar 2007 in Istanbul erschossen worden. Zuvor war er in seiner Heimat wegen angeblicher Verletzung des Artikels 301 der türkischen Verfassung („Herabwürdigung des Türkentums“) für schuldig befunden worden.

(FAZ, 25.8., ISKU)

Demokratische Autonomie (Fortsetzung)

Beziehungen zu anderen Völkern und Gesellschaften. Welche Art von Beziehung wollen wir? Das ist das Aufgabengebiet der diplomatischen Seite.
Öcalan erwähnte in diesem Zusammenhang, dass das Referendum [zur Verfassungsänderung] nur zur Ablenkung des wahren Anliegens – der Demokratischen Autonomie – dient.
Bis zu den nächsten Wahlen müsse das kurdische Volk ihr Projekt vorlegen können. In diesem Zusammenhang erwähnte Öcalan die KatalanInnen. Die KatalanInnen haben das Projekt ihrer Autonomie ausgearbeitet. Gleiches Vorgehen empfiehlt Öcalan dem DTK und der BDP. Öcalan empfiehlt, dass diese Vorgehensweise auf schnellstem Weg in Gang gesetzt werden muss. „Wenn der Staat in Zukunft nach einem Projekt fragt, dann muss der DTK und die BDP eins vorlegen können. Vorher muss das aber mit dem ganzen Volk ausdiskutiert werden“, so Öcalan.
Zur Stellung der KCK in der Demokratischen Autonomie sagte er: „Sie sollen ihren Platz selbst bestimmen“, und fügte hinzu, dass er sich da nicht einmischen wird. Außerdem sagte Öcalan, dass er das Projekt der Demokratischen Autonomie in seinem Buch „Özgürlük Sosyolojisi“ [Soziologie der Freiheit] ausführlich beschrieben habe.
Er erwähnte im weiteren Verlauf seiner Konsultation noch einmal, dass der Aufbau der Demokratischen Nation nicht derselbe sei wie der eines Nationalstaates. Als Beispiel nannte Öcalan Israel und Palästina: „Ein kleiner palästinensischer Staat will gegründet werden, damit später Krieg geführt werden kann. Nach der Staatsgründung sollen Israel und Palästina im ständigen Krieg sein. KurdInnen, mit derselben Einstellung, sind der Meinung, dass eine Staatsgründung ausreicht, auch wenn er klein ist. Ein solches Verständnis würde zu hunderttausenden Toten führen. Der Gedanke, dass Völker mittels eines Staates ihre Zukunft selbst bestimmen werden, war eines der Hauptgründe für den Verfall des Realsozialismus.“ *(ANF, 20.8., ISKU)*

Armee. In der Folge brachen Brände im Newaltal und in Petrot aus, die andauern.
14.30-15.00 Uhr wurden gegen die Hügel Heliz und Xerîb und im Alaniştal sowie im Tal Şehîd Viyan erneut türkische Raketen eingesetzt.
Zwischen 18.00-20.00 Uhr kam es zu weiteren Angriffen in der selben Gegend.
Am 16. August wurden in der Region Xakurke der Meder Verteidigungsgebiete Angriffe der iranischen Armee mit Haubitzen und Mörsergranaten durchgeführt. Dabei kamen drei GuerillakämpferInnen ums Leben.
Auch am 21. und 22. war es zu Angriffen in Haftanîn im Zapgebiet am Cilo gekommen.

(HPG, 21.-24.8., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
HPG	hezenparastin.com
km	kurdmania

Termine:

Mittwoch, 1.September
Bundesweiter Aktionstag der Kampagne TATORT Kurdistan

Bremen: Infotische, Ausstellung und Schauspiel – 14:30-17:00 Uhr – Marktplatz
Kiel: Demonstration – 18:00 Uhr – Asmus-Bremer-Platz
Nürnberg: Kundgebung – 15:00 Uhr – Aufseßplatz
Hamburg: Kundgebung, Ausstellung und Hafenrundfahrt – 12:00 Uhr Beginn Kundgebung, Musik, Ausstellung und andere Aktivitäten, 18:00 Uhr Hafenrundfahrt – Landungsbrücken 1
Fankfurt: Kundgebung mit Infotischen, Schauspiel und Redebeiträgen, anschließend Demonstration – 15:00 Uhr Beginn Kundgebung, 18:00 Uhr Beginn Demonstration – Konstabler Wache
Erfurt: Kundgebung mit Infostand – 12-18:00 Uhr – Anger (Stadtzentrum)
Düsseldorf: Demonstration TATORT Kurdistan – 18:00 Uhr – U-Bahnhof Nordstraße
Berlin: TATORT Kurdistan JAM – 16:00 Uhr Heinrichplatz

tatort-kurdistan.blog.de

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 480
3. September 2010

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Weltfriedenstag: 1.9.2010

Kampagne TATORT Kurdistan
Am gestrigen Weltfriedenstag fanden in 12 deutschen Städten Aktionen der Kampagne TATORT Kurdistan statt, getragen von breiten Bündnissen bestehend aus friedenspolitischen und antifaschistischen Gruppen, Parteien wie DIE LINKE, und kurdischen Vereinen. In **Frankfurt**, **Düsseldorf**, **Hannover** und **Kiel** beteiligten sich die TATORT Aktivist_innen an den bunten und kraftvollen Antikriegsdemonstrationen.
In **Berlin** wurde im Rahmen eines kostenlosen OpenAir Konzertes mit Kundgebung gegen deutsche Waffenlieferungen in die Türkei protestiert. Zahlreiche Künstler_innen, darunter der kurdische Rapper Muharrem und der deutschsprachige Raggeasänger Ganjaman unterstützten die Forderung mit ihren musikalischen Beiträgen.
In **Hamburg** brachen die TATORT Aktivist_innen im Anschluss an die Kundgebung zu einer Hafenrundfahrt unter dem Motto 'Wasser als Ware, Wasser als Waffe - Rüstungsproduktion im Hamburger Hafen' auf. Der Hafen erlangte bereits in 1990er Jahren traurige Berühmtheit, als sämtliche NVA-Rüstungsgeschenke von Hamburg aus in die Türkei verschifft wurden. Bilder von diesen Panzern, die kurze Zeit später Kurd_innen zu Tode schleiften, gingen damals auch in Deutschland durch die Presse. Aufgrund umfassender Proteste am Ort werden bis heute Rüstungsgüter nicht mehr über Hamburg, sondern über Emden verschifft.
In **Hamburg**, **Bremen**, **Vechta**, **Wuppertal**, **Dortmund**, **Köln**, **Nürnberg** und **Erfurt** gab es Infotische an zentralen Orten der Innenstadt. Die Organisator_innen stießen damit auf reges Interesse bei der Bevölkerung, insbesondere mit den teils begehbaren Schautafeln zur deutschen Beteiligung am Kriegsgeschehen in Kurdistan. Zu sehen waren dort Bilder und Hintergrundberichte zu deutschen Waffen in der Türkei, deutscher Flüchtlingspolitik 'Flucht und Asyl', Repression gegen kurdische Aktivist_innen hier in Deutschland und deutscher Unterstützung problematischer Energieprojekte wie z. B. der Nabucco Erdgaspipeline.
Kleine Theaterperformances zur Kriegsrealität in Kurdistan fesselten die Aufmerksamkeit der Zuschauer_innen. Das vermeintlich friedliche Deutschland liefert Waffen an die Türkei, mit denen systematisch Menschenrechte verletzt werden. Diesen Zusammenhang hier in Deutschland zu begreifen, ist schwer.
Die Frage, woher die Waffen stammen, die in Kurdistan töten, wird wohl auch die Zuschauer des kurdischen Kinofilms 'MIN DIT – die Kinder von Diyarbakir' begleiten, der im Rahmen des Aktionstages in **Karlsruhe** und **Celle** gezeigt wurde.
Mehr Informationen finden Sie auf der Webseite: www.tatort-kurdistan.blog.de

Aktivitäten in Nordkurdistan
Semsur: Die IHD-Vertretung von Semsur beteiligte sich an den Aktionen zum 1. September unter der Parole „Für einen bleibenden Frieden halten wir Wache". Bis zum frühen Morgen wurde eine Mahnwache abgehalten. Einige Zivilorganisationen und gesellschaftliche Gruppen beteiligten sich an der Aktion. Es gab Musik und Filme. Der Vorsitzende des IHD Semsur, der Anwalt Osman Suzen betonte, dass Frieden die Geschwisterlichkeit der Völker, Recht und Gleichheit bedeute.
Şirnax: Die Plattform der Werktätigen von Şirnax hatte im Atatürk Teegarten eine Veranstaltung unter dem Motto „Frieden, Verfassung, Boykott, was machen wir?" organisiert. Das Mitglied des Türkeirats Hakan Taymaz, das Mitglied der Führung der KESK Emîralî Şîmşek und die Wissenschaftlerin und Autorin Ayşe Berktay beteiligten sich.
Ramazan Uysal aus der Leitung der BDP, die Mitglieder des Rates der Stadt und zahlreiche weitere Besucher nahmen teil. Die Autorin Ayşe Berktay erklärte, dass die Türkei ihre Militäroperationen und das Niederbrennen von Wäldern auch am 1. September fortführe.
In vielen weiteren Städten beteiligten sich Menschen an den Aktionen zum 1. September: „Die KurdInnen wollen Demokratie. Wir boykottieren das Referendum. Sie sollen wissen, dass wir den Wunsch nach einer neuen Verfassung haben", erklärte Berktay weiter.
Das Mitglied des Türkeirates Hakan Tahmaz sagte: „Die Wälder brennen, es [die aktuelle Waffenruhe] ist die siebte Möglichkeit einer Lösung ohne Waffen. Bisher wurde sie nicht beantwortet.
(TATORT, DIHA, 2.9., ISKU)

Aufruf zur Teilnahme am Hasankeyf-Solidaritäts-Camp!

Wir, die Initiative zur Rettung von Hasankeyf, rufen alle interessierten Menschen und Organisationen zur Teilnahme am Hasankeyf-Solidaritäts-Camp auf. Das Camp wird vom 11. bis 17. Oktober 2010 in Hasankeyf im Tigristal, das vom Bau des Ilisu-Staudammprojekts bedroht ist, stattfinden.
Der Ilisu-Staudamm wird den bedeutenden kulturellen und natürlichen Reichtum der antiken Stadt Hasankeyf überfluten und sich gravierend auf das Tigristal im Unterstrom auswirken. Insgesamt 75.000 Menschen werden durch dieses Projekt die Lebensgrundlagen entzogen. Die Lage ist ernst, denn im Frühjahr 2010 haben die Bauarbeiten am Staudammort im Dorf Ilisu und für den neuen Umsiedlungsort von Hasankeyf begonnen. Damit wird dieses Zerstörung bringende Projekt trotz der jahrelangen Proteste der betroffenen Bevölkerung und breiter Kritik von Menschen und Organisationen aus der Türkei und der ganzen Welt umgesetzt. (...)
Kontaktadresse für Interessierte:
Initiative zur Rettung von Hasankeyf
Tel: 0090-488-212 5053
hasankeyfgirisimi@gmail.com
www.hasankeyfgirisimi.com
Der vollständige Aufruf ist auf unserer Internetseite zu finden.

Meldungen

Militärische Operationen der türkischen Armee gehen weiter
Trotz der Waffenruhe der Guerilla ab dem 13. August führt die türkische Armee weiter Operationen durch. Am 31.8. fand in der Umgebung von Colemerg Gever gegen das Dorf Şitazin ein Angriff der türkischen Armee mit schwerer Artellerie statt. Auch die Region Çewlik Azarpêrt in der Umgebung von Şehîd Xebat wurde mit Mörsern und Haubitzen unter Beschuss genommen.
Am 30.8 kam es im Rahmen einer Militäroperation der türkischen Armee in der Region Amed Lice bei Canbogazi zu Auseinandersetzungen zwischen der Armee und der Guerilla. Nach Ende der Auseinandersetzungen bombardierte die Armee die Gegend mit Mörsern und Haubitzen. Am gleichen Tag bombardierte die türkische Armee die Hügel Partîzan und Heliz in den Meder-Verteidigungsgebieten, außerdem die Dörfer Êre, Alaniş und Ava Gûz, und das Tal Şehît Viyan in Haftanin.
Am 29.8. kam es in der Region Colemerg Şemzînan einen Angriff der Armee gegen den Helikopterhügel durch Obus und Mörsergranaten. In der Folge geriet die Umgebung in Brand. Ebenfalls am 29. begann die türkische Armee eine Operation gegen die Hochalm Firliz in der Region Serînyol. In der Folge kam es zu einem 40-minütigem Gefecht. Dabei sollen mehrere Soldaten verletzt worden bzw. ums Leben gekommen sein. Nach dem Gefecht wurde die Firliz Hochalm in Richtung Aktepe bei Hatay und in der Region Hatay Dortyol von der türkischen Armee angezündet.
Am 28.8. wurde bekannt, dass eine Militäroperation in der Region Colemerg Şemzînan um das Dorf Katûna begonnen hat. Am Abend des 29. zog sich die Armee wieder zurück. Wie bekannt wurde, führte die Armee jedoch zwischen dem Dorf Katûna und Şikeftan militärische Aktionen, u. a. Hinterhalte durch.
Am 28. kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der Guerilla und der Armee. Bei Dercem und Xirbeka. Soldaten sollen verletzt und getötet worden sein. Am 29. begann die Armee eine Militäroperation in der Umgebung.
Am 24.8. hatte die Armee bei Mêrdîn gegen die Dörfer Cinata, Xirêb, Xirbeka und Herbê sowie in der Region Nisêbîn bei den Dercem, Yest und Miştîn bei

Dänemark: Anklage gegen Roj TV

Wegen »Propaganda für eine terroristischen Vereinigung« wurde in Dänemark Anklage gegen den lizensierten kurdischen Satellitensender Roj TV erhoben. Die Staatsanwaltschaft fordert zudem einen Widerruf der Sendelizenz durch die dänische Radio- und TV-Behörde. Der Sender würde die Aktivitäten der von der EU als terroristisch angesehenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) bewerben, erklärte Generalstaatsanwalt Jorgen Stehen Soerensen am Dienstag. So würden fortlaufend Interviews mit PKK-Mitgliedern gesendet, und es werde über Gefechte zwischen der PKK-Guerilla und der türkischen Armee berichtet.

Leitartikel in nordschleswiger.dk von Siegfried Matlok:
Es gibt Zufälle, die gibt es gar nicht. Doch, denn just als Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen in Kopenhagen zu seinem offiziellen Besuch eintraf, da kam die Meldung, dass der in Kopenhagen ansässige Kurden-Sender Roj TV nun wegen Terrorverdachts vor ein dänisches Gericht gebracht wird, um ihn – laut Forderung des Reichsadvokats – natürlich mundtot zu machen. Man erinnert sich noch an eine Geschichte, die international die Runde machte, als Fogh Rasmussen zum Nato-Generalsekretär gewählt wurde. Die Türken wehrten sich gegen seine Nominierung, nicht nur wegen der Mohammed-Krise, sondern auch weil er als dänischer Regierungs-chef Roj TV nicht verboten hatte. Nach türkischer Lesart ein Propaganda-Sender für die kurdische Terror-Organisation PKK. Angeblich wurde Fogh trotz türkischen Vetorechts als Kandidat nur durchgesetzt, nachdem – angeblich – aus Kopenhagen als Gegenleistung signalisiert worden war, dass Dänemark dann doch den Betrieb von Roj TV einstellen würde.

Fogh hat dies stets dementiert, aber nun wird konkret der Versuch unternommen, Roj TV zum Schweigen zu bringen. Der türkische Botschafter in Dänemark frohlockte gestern. Den Türken war Roj TV stets ein Dorn im Auge. Als ein Journalist von Roj TV auf einer Pressekonferenz in Kopenhagen eine Frage an Türken-Premier Erdogan stellen wollte, brach dieser – im besten Chruschtschow-Stil – zum Erschrecken seines Gastgebers Fogh die Pressekonferenz ab und verließ beleidigt Dänemark. »Berlingske Tidende« hatte in letzter Zeit mehrere Berichte veröffentlicht, die dokumentieren sollten, dass sich Vertreter von Roj TV geheim mit Angehörigen der PKK getroffen haben sollen, was auch dem dänischen Nachrichtendienst PET nicht entgangen war. Das Terror-Verfahren, das nun gegen Roj TV in Kopenhagen stattfinden soll, kam deshalb nicht völlig unerwartet. Bemerkenswert ist dabei jedoch, dass der Reichsadvokat, der diesen Fall für den Justizminister führen wird, gleichzeitig mit der Eröffnung eines Verfahrens auch eine Untersuchung darüber eingeleitet hat, warum seine eigenen Staatsanwälte sage und schreibe fünf Jahre (!) benötigt haben, um jetzt zu einer Anklageerhebung zu schreiten. Dass es nur an der Arbeitsmoral der Staatsanwaltschaft gelegen haben mag, wird man kaum glauben können. Verdacht, vielleicht haben da ja andere hinter den Kulissen kräftig gezogen und mitgemischt.

Das Bundesinnenministerium hat Mitte Juni 2008 den Betrieb von Roj TV in Deutschland verboten, da der Sender in die Organisationsstruktur der PKK eingebunden sein soll. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hob Anfang 2010 das Verbot wieder auf, leitete die Klage aber an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg weiter. Die Bundesrichter unterstrichen, die Kontrolle über Roj TV liege »bei dem Staat, in dem der Sender seinen Sitz hat« – in Dänemark seit März 2004.

Natürlich weisen die Kurden, die sich in der Türkei als verfolgte Minderheit verstehen, die Terror-Vorwürfe zurück. Dieser Prozess wird Dänemark internationales Aufsehen bringen. Einerseits stand für die Regierung bei den Mohammed-Karikaturen die Meinungsfreiheit überhaupt nicht zur Diskussion, steht sie nun bei Roj TV etwa zur Disposition? Aus außen- und sicherheitspolitischen Gründen? Oder gar wegen Anders Fogh? Die dänischen Richter werden nun entscheiden müssen, ob die Sonne (Kurdisch= Roj) via Satellit für die Kurden bald untergeht. Da bahnt sich Konfliktstoff an!

(jW, ns, 2.9., ISKU)

Boykott des Referendums wird von 37 Frauenvereinigungen unterstützt

Frauenvereinigungen aus 15 Städten haben entschieden, das Referendum über die Grundgesetzänderung am 12. September zu boykottieren.

Zu dem bevorstehenden Referendum wurde im Sümerpark in Diyarbakir eine Pressekonferenz abgehalten. Rusen Seydaoglu vom Selis Frauenverein hat eine gemeinsam vorbereitete Erklärung verlesen, in der eine grundlegende Veränderung des Grundgesetzes, das seit dem Militärputsch von 1982 gültig ist, gefordert wird. Seydaoglu erklärt, das das Anliegen der Regierung heute nicht viel anders sei als damals. „Tausende Menschen sind noch immer im Gefängnis, weil sie Oppositionelle sind, weil sie von ihren demokratisch politischen Rechten Gebrauch machen, weil sie Aktivistinnen der Frauenbewegung sind, weil sie die Menschenrechte verteidigen."

Rusen Seydaoglu macht darauf aufmerksam, dass in einem Land, in dem die Verbrechensrate gegen Frauen um 1.400 Prozent gestiegen sei, Frauen immer noch nicht die grundsätzlichen Menschenrechte für Frauen garantiert werden.

In der Erklärung wird mit Nachdruck gefordert, dass die Operationen während der von der KCK erklärten Waffenruhe beendet werden müssen, damit die Gefechte aufhören. Ob die Bevölkerung gleichberechtigt und in Frieden leben kann oder nicht hängt davon ab, ob die Waffenruhe eingehalten wird oder nicht. Sorgen mache, so Saydaoglu, dass die Regierung weiterhin in militärisch männlicher Manier die Schritte der Frauen hin zum Frieden ignoriert. Im Namen der Frauenvereinigungen dieser Region gibt sie bekannt: Für die Kinder in den Gefängnissen, die ihre Muttersprache nicht sprechen dürfen, für die Mütter, die ihre Kinder als Guerillas oder Soldaten im Gefecht verloren haben und deren Leichen durch Folter bis zur Unkenntlichkeit geschändet wurden, für die Frauen, deren Ehemänner Opfer von Morden unbekannter Täter geworden sind und für die Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind, wird der Boykott der BDP unterstützt.

(DIHA, 24.8., ISKU)

Omeryan Hinterhalte gelegt und Aufklärung betrieben.

(HPG, 1.9./31.8., ISKU)

Spezial Einheiten sind in der Grenzregion zum Irak tätig
Die türkische Regierung treibt den Bau neuer militärischer Vorposten an der Grenze zum Irak weiter an.
Auch seien die Spezialkräfte der Bolu- und Kayseri- Bergbrigaden, die berüchtigt sind wegen massiver Menschenrechtsverstöße gegen die kurdische Dorfbewohner in den 1990er Jahren, wieder in die Region verbracht worden.
Die Bevölkerung ist sehr besorgt. Die weiter anhaltenden militärischen Aktivitäten sowie der weitere Bau und die Verstärkung der Außenposten der türkischen Armee in der Region sind eine Behinderung und Bedrohung für sie. Die Dorfbewohner erklärten, dass die militärischen Kontrollpunkte zwischen den Dörfern und die langen Kontrollen an diesen Posten ihnen das Leben unerträglich machen. Sie beschweren sich auch über Misshandlungen durch das Militär, die sie in der Region immer wieder erfahren müssen. *(ANF, 1.9., ISKU)*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
HPG	hezenparastin.com
jW	junge Welt
ns	nordschleswiger.dk

Termin:
18. internationales kurdisches Kulturfestival in Köln
"Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan"
Das 18. Internationale Kurdische Kulturfestival findet am 18. September 2010 im Kölner RheinEnergieStadion statt. Das Festival trägt das Motto "Bewahren wir unser Dasein und erlangen wir unsere Freiheit!" und ist den 5 hingerichteten Kurden in Ostkurdistan gewidmet worden.
Thematisiert wird die Demokratische Autonomie in Kurdistan, der Militärputsch am 12. September 1980 in der Türkei und das physische, kulturelle und politische Massaker gegen Kurden.

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 481
10. September 2010

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Pressemitteilung der Internationalen Unabhängige Untersuchungskommission (IUK) zur Aufklärung der Todesumstände von Andrea Wolf

Verantwortliche Militärs müssen endlich vor Gericht gestellt werden

Im Fall der Tötung der Münchenerin Andrea Wolf gibt es nach nunmehr über sieben Jahren ein Urteil gegen den türkischen Staat: In seiner Entscheidung vom 8.6.2010, verurteilt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die Türkei wegen eines Verstoßes gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), weil „die nationalen Behörden entgegen den Forderungen von Artikel 2* der Konvention keine adäquate und effektive Untersuchung in Bezug auf das Schicksal der Tochter der Klägerin (Anmerkung: die Mutter von Andrea Wolf) geführt haben". Die Türkei wird darüber hinaus zur Zahlung einer „angemessenen Genugtuung für die seelischen Leiden" an Lilo Wolf, die Mutter der getöteten Andrea Wolf, verurteilt.

Akribisch listen die Richter in ihrem Urteil die einzelnen Punkte der Missachtung und Verletzung der Mindestanforderungen für ein rechtsstaatliches Ermittlungsverfahren durch die türkischen Justizbehörden auf und rügen dabei insbesondere einerseits die Unterlassungen von Ermittlungen und andererseits die Voreingenommenheit bei der Auswahl von Beweisen, die gerade nicht zur Aufklärung der Tötung beigetragen haben, sondern von vornherein auf die Einstellung des Verfahrens zielten. Das betrifft im Einzelnen u. a. die Feststellungen des EGMR, dass die türkische Justiz nicht nach dem Auffindungsort des Leichnams von Andrea Wolf gesucht hat, dass benannte und vorhandene Zeugen nicht gehört wurden sowie ungeprüft und einseitig bestimmte Zeugenaussagen übernommen worden sind. Der Gerichtshof beanstandet weiter, dass die türkische Staatsanwaltschaft nicht versucht hat herauszufinden, welche militärischen Einheiten und deren Akteure, die sich dem Vorwurf der Folter und vorsätzlichen Tötung von Andrea Wolf ausgesetzt sehen, an für den Sachverhalt relevanten militärischen Aktionen beteiligt waren. Im Hinblick auf die von der deutschen Justiz der türkischen Justiz zur Verfügung gestellten Beweise kritisiert der EGMR, dass die sich daraus ergebenden Ermittlungsansätze in keiner Weise für die Aufklärung des Todes von Andrea Wolf genutzt wurden. Diese Kritik bezieht der Gerichtshof explizit auch auf die Missachtung der der türkischen Justiz von der Internationalen unabhängigen Untersuchungskommission (IUK) übermittelten Beweise. Der EGMR bestätigt darüber hinaus, dass die Schlussfolgerung der IUK, die im Januar 2003 zu der Klage gegen die Türkei vor dem EGMR geführt hatten, sich auf „legitime Verdachtsmomente" stützen kann: Die Nicht-Regierungskommission IUK kam bereits damals zu dem Schluss, dass die Münchenerin Andrea Wolf am 23. Oktober 1998 von der türkischen Armee im Gebiet Van gemeinsam mit anderen Mitgliedern der PKK lebend gefangen genommen und anschließend verhört, gefoltert und hingerichtet worden sei – die Leiche sei von den Soldaten am Ort des Kriegsverbrechens in den Bergen Kurdistans zurückgelassen worden. Auch der EGMR geht davon aus, dass Andrea Wolf dort getötet worden ist. Da dafür jedoch ausreichende gerichtsverwertbare Beweise noch fehlten, die „über jeden Zweifel erhaben" die Verantwortung des türkischen Militärs beweisen, konnte der Gerichtshof die Türkei nicht auch wegen Verantwortlichkeit für die Tötung und Folter von Andrea Wolf nach Art. 2 EMRK verurteilen.

Rechtsanwalt Jörg Arnold, Mitglied im Vorstand des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins und Prozessbevollmächtigter der Mutter von Andrea Wolf: „Die Türkei hat sich eines schweren Verstoßes gegen die Europäische Menschenrechtskonvention schuldig gemacht. Die türkische Justiz hat versagt und offensichtlich aus politischem Interesse eine adäquate Aufklärung des Todes von Andrea Wolf seit Jahren unterlassen. Es ist zu hoffen, dass das Urteil des EGMR dazu führt, dass die Ermittlungen in der Türkei wieder aufgenommen werden, wozu es auch juristischer und politischer Anstrengungen durch die Bundesrepublik Deutschland bedarf. "

Rechtsanwältin Angelika Lex, die die Internationale Unabhängige Untersuchungskommission (IUK) vertritt: „Das Urteil ist eine schallende Ohrfeige für den türkischen Staat. Jetzt müssen endlich die verantwortlichen Militärs, die Andrea Wolf gefoltert und vorsätzlich getötet haben, ermittelt und vor Gericht gestellt werden. Deshalb fordern wir die Staatsanwaltschaft Frankfurt dazu auf, die Ermittlungen im Fall Andrea Wolf wieder aufzunehmen, die überlebenden Zeugen des Kriegsverbrechens zu vernehmen und gemeinsam mit der IUK eine Öffnung des Grabes von Andrea Wolf und eine Obduktion durch internationale Gerichtsmediziner vorzubereiten. Dazu werden wir weitere Beweise vorlegen."

Oskar Schmid, Mitglied der IUK: „Es darf kein Vergessen geben – auch dann nicht, wenn man für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen wie der extralegalen Hinrichtung von Andrea Wolf Jahrzehnte braucht: Denn Kriegsverbrecher und staatliche Folterer dürfen und können sich nie in Sicherheit wiegen. Deswegen ist das Urteil des EGMR so bedeutend: Jetzt ist auch für die Türkei die Zeit gekommen, dass die Verantwortlichen für Folter und Tötung zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Dafür sind die Impulse von außen nötig, genauso wie die Initiativen demokratischer Kräfte in der Türkei selbst."

(Internationale Unabhängige Untersuchungskommission (IUK), 8.9.2010)

* Artikel 2 der Konvention:
„1. Das Recht jedes Menschen auf das Leben wird gesetzlich geschützt."

Meldungen

Türkische Armee an der Grenze zu Südkurdistan
Die türkische Armee hat eine Operation mit Sikorsky-Helikoptern in der Region Hakkari begonnen. Die Operation soll mit intensivem Einsatz sowohl von Land- als auch aus der Luft fortgesetzt werden. Trotz der Waffenstillstandserklärung der KCK hat die türkische Armee diese Operation heute Morgen an der Grenze fortgesetzt. Die Armee soll die Region zuvor mit schwerer Artellerie bombardiert haben.
Betroffen seien die Umgebung von Helwesis, Bellone, das Dorf Talisa und die Hügel Miriska und Bere Spi in Cukurca.
Nach Informationen der HPG dauert die Operation mit Beteiligung einer großen Anzahl von Soldaten an, außerdem wird intensiv mit schwerer Artellerie, sowie Kobra-Hubschraubern bombardiert. Es wird berichtet, dass die türkische Armee weiter unter dem Einsatz von Hochtechnologie vorrücke und die Kleinen Gare Berge an der Grenze erreicht hätte.
Die Brände, als Folge der Bombardements, um Ertus und um das Dorf Te, dauern an.
(Kurdish Info, 6.9., ISKU)

Nordkurdische Delegation besucht irakischen Präsidenten
Eine Delegation der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und des Demokratischen Gesellschaftskongresses (DTK) besuchten während ihres Aufenthaltes in Südkurdistan den irakischen Präsidenten Jalal Talabani. Die stellvertretenden Vorsitzenden der DTK Ahmet Türk und Aysel Tugluk, die Parlamentarier Bengi Yildiz, Sirri Sakik und die BDP-Vertreterin in Erbil, Rusen Mahmutoglu trafen den irakischen Präsidenten Jalal Talabani gestern in Suleymaniya. Wie berichtet wird, waren hohe PUK-Vertreter ebenfalls anwesend.
Bei einer Pressekonferenz wurde veröffentlicht, dass der einseitige Waffenstillstand, die die KCK erklärt hatten sowie eine Nationale Kurdistan Konferenz, Thema des Treffens waren.
Obwohl die BDP-DTK-Delegation geplant hatte, den KDP-Vizepräsidenten Necirvan Barzani in Erbil zu treffen, war dieses Treffen von Necirvan Barzani abgesagt worden, da dieser nicht in Erbil anwesend sei.
(Kurdish Info, 7.9., ISKU)

Kurdenpolitik: Von der Schulbank in die Zelle

4000 Kinder und Jugendliche – meist Kurden – sind seit 2006 in der Türkei in Gefängnisse gesteckt worden. Mit der jüngsten Welle von Freilassungen nach einer Gesetzesänderung wurde die Öffentlichkeit getäuscht, sagen Bürgerrechtler.

Sein Heft mit den Gedichten zieht er aus einem Bettkasten unter der Couch hervor. Man denkt: So muss man das wohl machen, wenn die Polizei jeden Augenblick wieder in die Wohnung stürmen kann. Selim Tekel liest vor: "O wertvolle Freiheit, / Ich weiß, du bist bei mir, / Ich kann dich in meinen Adern fühlen / Ich gehe zu Bett mit dir und wache auf mit dir."
Ein ganzes Schuljahr hat die Justiz dem jungen Kurden geraubt, vom Dezember 2009 bis zum August dieses Jahres. Dann kam er frei wie 150 bis 160 andere, weil das türkische Parlament kurz vor der Sommerpause und dem Referendum über die Verfassungsänderung die Gefängnisstrafen für Minderjährige neu regelte. Was die Europäische Konvention für Menschenrechte nicht zulässt, machte das Anti-Terrorgesetz TMK der Türkei möglich: Festnahme von Kindern und Jugendlichen bei Demonstrationen und ihre Verurteilung wegen "Unterstützung terroristischer Aktivitäten", also der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK.

Selim Tekel war bei einer solchen Demonstrationen in Diyarbakir, der Hauptstadt der Kurden im Südosten der Türkei. Das heißt, eigentlich sei er nur auf dem Weg zu seinem Onkel an der gewalttätigen Menge vorbeigekommen, damals am 29. November 2009, so erzählt er. An die 20 Jugendliche griffen den Sitz der Regierungspartei AKP an und schleuderten Steine und Molotowcocktails. Ein Sicherheitsmann der Partei feuerte und traf Selim am rechten Oberschenkel. Es war ein glatter Durchschuss, ein Nervenstrang wurde wohl durchtrennt. Selim hinkt jetzt.

"Ich lag auf dem Boden, Polizisten kamen sofort und setzten mir ein Gewehr an den Kopf. Ich soll meinen Namen sagen, brüllten sie." Acht Kinder und Jugendliche wurden an dem Tag verhaftet, vier blieben im Gefängnis, darunter Selim, ein schmächtiger, klein gewachsener Bub, mangelhaft ernährt. Vor ein paar Tagen wurde er 18. Man sieht es ihm nicht an. Wäre er nicht niedergeschossen worden, so lässt sich mutmaßen, hätte die Justiz keinen Fall gehabt, den sie irgendwie bearbeiten musste. Dann wäre Selim vielleicht einfach weitergegangen.

Ein Polizeikommando drang gleich nach den Krawallen vor dem AKP-Gebäude in die Wohnung der Tekels im Stadtteil Baglar ein. Alles hätten sie auf den Kopf gestellt, die Wohnung gefilmt, den Vater gleich zum Verhör mitgenommen, erzählt die Mutter. Dass die Polizisten nichts über Selims Verletzung sagten, verzeiht sie ihnen bis heute nicht.

Jugendliche wie Selim findet man leicht in Diyarbakir. Oder deren Eltern und Verwandte, die von den Gefängnisbesuchen berichten. Einmal in der Woche, der Sohn hinter der Scheibe. Arif Akaya zum Beispiel, Vater eines damals 15-jährigen Häftlings, durfte seinen Sohn nicht mehr sehen, weil er einmal am Ende eines Besuchs auf das "Victory"-Zeichen der Kinder auch mit zwei gespreizten Fingern geantwortet hatte. Jetzt kümmert er sich mit einem Verein um die Jugendlichen, viele sind psychisch und körperlich geschädigt. (...)

Die Gesetzesänderungen vom vergangenen Juli seien eine Augenauswischerei, sagt die Rechtswanwältin Keziban Yilmaz vom türkischen Menschenrechtsverein IHD in Diyarbakir. Kinder und Jugendliche könnten zwar nun nicht mehr wegen angeblicher Zugehörigkeit zu einer terroristischen Organisation angeklagt werden. Dafür wurden Tatbestände in drei Artikeln umformuliert. Die Teilnahme an einer Kundgebung mit einer Waffe ist nun strafbar, wobei etwa ein Stein als Waffe gilt. Sechs Monate bis fünf Jahre Haft seien für einen Steinwurf möglich, zwischen fünf und 15 Jahren für das Ausrollen einer kurdischen Fahne. "Die Richter haben es mit einem chaotischen und vage gehaltenen Gesetz zu tun", sagt Yilmaz, "und der Druck der Öffentlichkeit, rasch die jungen Häftlinge freizulassen, ist jetzt wieder weg".

So kommt es, dass auch nach der gesetzlichen Neuregelung noch an die 130 Minderjährige in Haft sind. Nach Angaben der Anwältin wurden in der Türkei nach der Ausweitung der Anti-Terrorgesetze auf Minderjährige im Jahr 2006 innerhalb von vier Jahren mindestens 4000 Kinder und Jugendliche zwischen zwölf und 18 Jahren in Gefängnisse gesteckt.
(Markus Bernath aus Diyarkabir, Der Standard, 07.09.2010, ISKU)

Aufruf zur Prozessbeobachtung nach Diyarbakir

Strafverfahren gegen kurdischen Bürgermeister, Politiker und Menschenrechtler in der Türkei:
Am 24. Dezember 2009 wurden mehr als 80 Personen im Südosten der Türkei verhaftet. Es handelte sich um Personen aus der BDP (Partei für Frieden und Demokratie), sowie Menschenrechtsaktivisten und Mitglieder von NGOs. Am 28.12 2009, wurden weitere 24 Menschen in den kurdischen Gebieten der Türkei festgenommen.
Die BDP ist die Nachfolge-Partei der vor kurzem verbotenen Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP). Die Staatsanwaltschaft wirft den Inhaftierten vor, Mitglieder der KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans) zu sein.
Die Repressionen gegen pro-kurdische PolitikerInnen verstärkten sich kurz nach den Erfolgen der Kommunalwahlen im März 2009 massiv. Unmittelbar nach dem Wahlerfolg wurden DTP Führungskräfte, inklusiv der Partei Vize-Präsident, in Gewahrsam genommen. Die Inhaftierten sind bis heute nicht vor Gericht gestellt worden. Darüber hinaus hat die Staatsanwaltschaft den Grund der Anklage noch nicht bekannt gegeben.
Bisher wurden rund 1500 kurdische Politiker, darunter DTP Führungskräfte und Mitglieder festgenommen.
Nach 16 Monaten wird die erste Verhandlung vor dem Gericht am 18. Oktober 2010 in Amed (Diyarbakir) stattfinden.
Für eine Solidarität mit den Inhaftierten Vorort hat sich eine Vorbreitungsgruppe für eine Delegationsreise gebildet. In der Vorbreitungsgruppe sind: Murat Cakir, Gülten Kelloglu, Melike Yasar, Ibrahim Isik, Rusen Turgut.
Wir wünschen uns, dass die europäische Öffentlichkeit über diesen Prozess informiert wird. Mit unserer Solidarität und Anwesenheit am ersten Prozesstag in Amed, werden wir viel dazu beitragen.
Unterstützen wir die Initiativen in der Türkei für die Freilassung der Inhaftierten und für eine politische Lösung der kurdischen Frage!

Wer an der Delegationsreise teilnehmen möchte, kann sich unter der folgenden Adresse an die Vorbreitungsgruppe wenden:
soli.delegation@googlemail.com

Nabucco-Konsortium kann auf vier Milliarden Euro Darlehen hoffen
Die als Konkurrenz zu russischen Gasleitungen geplante Nabucco-Pipeline kann auf milliardenschwere Kredite von Weltbank und anderen öffentlichen Geldgebern hoffen. Die Europäische Investitionsbank (EIB), die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) sowie die Weltbank unterzeichneten am Montag in Brüssel ein Mandat zur Prüfung des Projekts mit dem Konsortium, dem auch der Essener RWE-Konzern angehört. *(AFP, 6.9., ISKU)*

Frauenrat Farqin aktiv für Boykott
In elf Stadtteilen von Farqin (Silvan) hat der Frauenrat Aktivitäten für den Boykott des Referendums einer neuen Verfassung durchgeführt. Nachts gehen sie auch in die Dörfer, um mit der Bevölkerung zu reden. Eine Versammlung mit 500 Teilnehmerinnen wurde durchgeführt.
Für den Frauenrat von Farqînê sprach Sadîye Çîçek: „Unsere Arbeit in 11 Stadtteilen dauert an. Bis zum Referendum machen wir weiter. Unser Volk steht auf. Solange die Rechte der KurdInnen nicht durchgesetzt werden, werden wir boykottieren. Aber als KurdInnen glauben wir an den Erfolg und arbeiten weiter. Die AKP und die anderen Parteien betrügen uns.“
(ANF, 8.9., ISKU)

Leichname von neun mutmasslichen HPGlern nach Wan gebracht
Die Leichen von neun Personen, die bei der breitangelegten Operation der türkischen Armee in Colêmerg (Hakkari) getötet worden waren, wurden laut Information, sie seien HPGler in das Staatskrankenhaus nach Wan gebracht.
Mit der Beteiligung von tausenden Soldaten fand eine Miltäroperation in Şirnex, Wan und Colemêrg statt. Die neun Toten wurden zur Autopsie ins Leichenschauhaus von Wan gebracht. *(ANF, 8.9., ISKU)*

Quellen:

ANF Fırat Nachrichtenagentur Nachrichtenagentur

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 482
17. September 2010

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Öcalan: Boykott des Referendums letzte Chance für Erdoğan

Die Zeitung Aksam veröffentlichte ein Interview mit Abdullah Öcalan, indem er noch einmal auf die Gespräche einging, die er mit verschiedenen Delegationen in dem Hochsicherheitsgefängnis von Imralı geführt hatte. Am Anfang seien die Mitglieder der Delegationen Militärs gewesen, bei den letzten Gesprächen aber Zivilisten.
Das Ziel sei für ihn gewesen, diese Gespräche hin zu Verhandlungen zu führen. Doch dafür waren sie nicht geeignet, da sie allein den Zweck verfolgten, Informationen von ihm zu beschaffen.
Die Gespräche mit den aktuellen Delegationen verliefen laut Öcalan auf Dialog-Ebene.

Zu dem von der PKK erklärten einseitigen Waffenruhe erklärte er, dass die Türkei bis zum 20. September Schritte zu einer Lösung entwickeln muss. „Wenn eine demokratische und gerechte Lösung für die Kurdenfrage von türkischer Seite gewollt ist, muss das Problem selbst ernsthaft angegangen werden und ein Gesprächspartner des kurdischen Volkes anerkannt werden. Ich habe nie gesagt, dass die Türkei mit mir verhandeln muss. Es spielt keine Rolle, ob ich, die BDP oder die PKK der Gesprächspartner ist, das Wichtigste ist, dass die Türkei positive Schritte in die richtige Richtung entwickelt", so Öcalan.
Zu der von der PKK erklärten begrenzten Waffenruhe sagte Öcalan, wenn der türkische Staat bis zum 20. September keine Schritte unternimmt, werde er keine Verantwortung für eine Verlängerung der Waffenruhe übernehmen.
Zudem erklärte er, dass die Gespräche eine Kontinuität bekommen müssen. Dann kann er auch eine Rolle einnehmen, um die Auseinandersetzungen zu stoppen, ansonsten kann er darauf keinen Einfluss ausüben. Falls bestimmte Bedingungen erfüllt werden, wird er alles für ihn mögliche tun, um eine demokratische Lösung der Kurdenfrage zu finden.

KurdInnen gaben Erdoğan eine letzte Chance
Zu dem Referendum über die Verfassung warnte Öcalan Ministerpräsident Erdoğan, die Chance, die ihm die KurdInnen gegeben haben, zu ergreifen.
„Die Entscheidung der BPD zum Boykott des Referendums wurde zu einer Unterstützung für eine neue Verfassung", erklärte er. Wenn die KurdInnen mit Nein gestimmt hätten, dann wäre für die AKP das Referendum verloren gegangen. Er bezeichnete diese Entscheidung als eine letzte Chance für Erdoğan. *(ANF, 19.9., ISKU)*

Boykott des Referendums trotz Repression erfolgreich

Aufgrund der Aufrufe der kurdischen Bewegung zum Boykott des Referendums zur Verfassungsänderung blieb die Teilnahme im Durchschnitt in den kurdischen Provinzen unter 50 Prozent. In etlichen Regionen lag die Beteiligung am Boykott bei über 93% (z. B. Provinz Colemerg (Hakkari)). Dies geschah trotz massiver Repressalien, Übergriffen, Betrugsversuchen und Bedrohungen durch Polizei, Militär, CHP- und AKP-Funktionäre sowie der Dorfschützer. Vielerorts, wie in Amed (Diyarbakir) feierten die Menschen den großen Erfolg des Boykotts mit Feuerwerk und Kundgebungen unter Fahnen der linken, prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und von PKK- und KCK-Fahnen. Viele riefen, „Es lebe das freie, autonome Kurdistan!" Aufgrund von Wahlbetrugsversuchen und Polizeiangriffen kam es auch am 12.9. wieder in etlichen kurdischen Städten und in Istanbul zu heftigen Straßenkämpfen.
Am 12. September, dem Jahrestag des Militärputsches 1980 fand das Referendum über die Verfassungsänderungsvorschläge der religiös-neoliberal geprägten Regierungspartei AKP statt. Die AKP stellte ihre Verfassungsänderung als einen Gewinn für die Demokratisierung der Türkei dar. Real bedeuten die Veränderungen der AKP jedoch nur eine Erweiterung ihres Einflusses auf die kemalistisch dominierte Justiz und das Militär und damit einen weiteren Ausbau ihrer Machtbasis, weder die Anerkennung anderer Identitäten als der Türkischen, noch die 10%-Wahlhürde für den Einzug ins Parlament, noch das Recht auf eine andere Sprache als der Türkischen soll in der Verfassung verankert werden. Die Gegner des Entwurfs der AKP, allen voran die kemalistische Militärpartei CHP, traten für den Erhalt der Putschverfassung von 1980 ein, an deren Grundsätzen jedoch auch die AKP nichts veränderte. Aufgrund dieser Situation konnte die kurdische Bewegung nur die Konsequenz ziehen und zum Boykott aufrufen. Schnell wurde aus dem Boykott eine inoffizielle Abstimmung über das Modell der demokratischen Autonomie der kurdischen Freiheitsbewegung und für eine wirkliche Änderung und Demokratisierung der Verfassung.

Hohe Beteiligung am Boykott in der kurdischen Region
In allein sechs Regionen ging die Beteiligung am Boykott über 50% hinaus, in zwei Kreisen war die Beteiligung bei 49% und in 10 Kreisen über 40%. Insbesondere in der Großstadt Amed (Diyarbakir), die als Hauptstadt Kurdistans angesehen wird, lag die Beteiligung am Boykott bei 70%, in der Großstadt Wan bei 57%, in Êlîh (Batman) bei 63% und in der Region Colemerg (Hakkari) bei mehr als 93%, um nur einige Beispiele zu nennen.

Staat versucht Menschen mit allen Mitteln an die Urnen zu zwingen
Nachdem in den letzten Tagen mehr als 136 Menschen, die sich an den Vorbereitungen des Boykotts beteiligten, festgenommen worden waren, setzte sich die Repressionswelle mit massiven Polizeiangriffen auf Boykottkundgebungen, Razzien in BDP-Büros und den Angriff eines Faschisten auf den BDP-Abge-

Meldungen

Aufruf zum einwöchigen Schulboykott
Die TZPKurdi hat in der Türkei zum einwöchigen Boykott der Schulen aufgerufen. Mit der Forderung nach muttersprachlichem Unterricht sollen vom 19. bis zum 25. September die kurdischen Kinder dem Schulunterricht fern bleiben. Die TZPKurdi erklärte, dass, sollte die Regierung der berechtigten Forderung nach muttersprachlichem Unterricht nicht nachkommen, sie überall eigene Schulen eröffnen würden." *(ANF 15.9., ISKU)*

Ankara mitschuldig an Hrant Dinks Ermordung
Ein Schmerzensgeld von 100.000 Euro muss der türkische Staat der Familie des 2007 ermordeten türkisch-armenischen Publizisten Dink zahlen, so entschied der Europäische Menschengerichtshof.
Erst zum Ende hin hat die türkische Staatsspitze versucht, das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte abzuwehren. Bei der Familie von Hrant Dink, dem ermordeten türkisch-armenischen Publizisten, entschuldigte sie sich für Versäumnisse der Polizei und der Sicherheitsdienste und bot einen Vergleich an. Zu spät, zu wenig, sagten die Hinterbliebenen. Nun haben die Straßburger Richter entschieden: 100.000 Euro Schmerzensgeld muss die Türkei Dinks Familie zahlen. Die Polizei wusste von den Mordplänen gegen den renommierten Herausgeber der Wochenzeitung Agos, habe es aber unterlassen, sein Leben zu schützen, heißt es in dem am Dienstag verkündeten Urteilsspruch. *(DS, 15.9., ISKU)*

In Colemerg und Şirnex Vergeltungsaktionen der HPG
Am 14.9. unternahmen die HPG in der Region Colemergê Şemzînan eine Aktion gegen einen Polizeikontrollpunkt. Informationen über Tote und Verletzte auf Seiten der Angegriffen gibt es bislang nicht.
Am selben Tag bombardierte die türkische Armee die Dörfer Kelhoxê, Bêzirgan, Birka Evdalan, Zavîtê und Girê Guvenlik in den Meder-Verteidigungsgebieten.
Am 13.9. unternahm die Guerilla eine Vergeltungsaktion für die in Colemerg und Garisan ermor deten Guerillas in Şirnexê Hezêx. Drei Spezialkräfte der Polizei wurden dabei getötet.
Am 12.9. unternahm die türkische Armee in der Region Çewlik Kanîreş mit der Beteiligung von

Anschlag auf die Bevölkerung in Colemerg

In Colemêrg (Hakkari) sind bei einer Explosion einer Mine 10 Menschen getötet und 3 weitere verletzt worden. Sie traf auf der Landstraße in der Nähe des Dorfes Peyanis (Geçitli) einen vollbesetzten Minibus.
Das Fahrzeug kam aus dem Dorf Peyanis und befand sich auf dem Weg in die Stadt Colemêrg. Nach der Explosion fanden Dorfbewohner in der Nähe einen Militärrucksack in denen sich weitere 3 Minen und Kabel befanden. In einem Funkgespräch der türkischen Streitkräfte, das abgehört worden ist, soll von „Material das am Ort des Geschehens vergessen" wurde „und das nun schnell geholt werden solle" die Rede gewesen sein. Als sich daraufhin Soldaten auf den Weg machten, kam es zwischen der Dorfbevölkerung, die sich mittlerweile zahlreich eingefunden hatte, und den Soldaten zu Auseinandersetzungen. Den Rucksack wollte die Bevölkerung nur dem Staatsanwaltsanwalt überantworten, nicht den Soldaten.
Die Soldaten gaben Warnschüsse gegen die Bevölkerung ab. Diese wehrten sich mit Steinen. Letztendlich gelang es den Dorfbewohnern sich durchzusetzen, und der Rucksack wurde dem Staatsanwalt übergeben.
Mittlerweile liegt auch eine Erklärung der KCK vor, in der sie jegliche Verantwortung für den Bombenanschlag von sich weist. Die HPG befände sich in Waffenruhe die vom 13. August bis zum 20. September eingehalten werde. In ihrer Erklärung wertete die KCK den Bombenanschlag als „Massaker" und als „Aktion der Kontraguerilla" und erklärte:„Die Bevölkerung von Colemêrg ist nicht allein. Der Anschlag auf die Bevölkerung ist ein Anschlag gegen das gesamte kurdische Volk." *(ANF 16.9., ISKU)*

100.000 Menschen nahmen an der Beisetzung getöteter Guerillas teil

Die Leichname einiger der 9 am 6. Juli getöteter Guerillas wurden am 14.9. in Colemerg (Hakkari) in und (Şirnak) beigesetzt. In Colemerg nahmen mehrere Zehntausend Menschen an der Beerdigung Teil, in Şirnex/Silopi überstieg die Zahl der TeilnehmerInnen sogar die 60.000 in Cîzra Botan (Cizre) waren es ebenfalls 60.000, in Hezex (Idil) waren es ebenfalls mehrere Tausend. Der Abgeordnete der linken, prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie BDP, Hasip Kaplan, betonte, dass militärische Operationen dieser Art die Friedensbestrebungen des kurdischen Volkes negieren. Die Feuerpause der Guerilla, die bis zum 20. September andauern soll, stelle eine historische Chance dar.
Der Konvoy mit den Leichen der Guerillas wurde schon auf dem Weg nach Girgê Amo (Silopi) bzw. Cîzra Botan (Cizre) von vielen DorfbewohnerInnen am Wegesrand mit Jubel und Parolen begleitet. Şahin Kendal wurde in Cîzra Botan von mehr als 60.000 Menschen beigesetzt. Uğur Kar war zuvor am selben Tag von mehreren tausend Menschen in Hezex (Idil) beigesetzt worden. Der Konvoy fuhr dann weiter nach Girgê Amo (Silopi). Dort wurden sie von vielen Zehntausend empfangen. Von den Balkons wurden Blumen auf den Beerdigungszug geworfen.

Colemerg: etwa 50.000 auf Guerillabeerdigung
Am Morgen des 14.9. wurde die Leiche von Buytullah Özkan von etwa 50.000 Menschen in einer großen Demonstration beigesetzt. Es wurden Parolen für die PKK gerufen und Fahnen von PKK, KCK und Abdullah Öcalan gezeigt.

Wan: 30.000 beteiligten sich an Beerdigung
Am 15.09. wurde die Leiche von Ferman Özlü in Wan von mehreren zehntausend Menschen beigesetzt. An der Leiche wurden schwere Brandspuren festgestellt. Nach der Beerdigung zogen Jugendliche mit Molotowcocktails zu einer Polizeistation im Stadtviertel und lieferten sich schwere Auseinandersetzungen mit der Polizei.

(HN, ANF, 14./15.9., ISKU)

Fortsetzung: Boykott des Referendums trotz Repression

ordneten Akin Birdal, als er auf einer Boykottkundgebung in Bursa gesprochen hatte, fort. Auch am 12.9. hielten die Einschüchterungsversuche und Übergriffe auf die kurdische Bevölkerung weiter und es zeigten sich ebenfalls in verschiedenen Städten.

Schwere Übergriffe durch Dorfschützer
In Kozluk wollten zwei Dorfschützer die Stimmen aller WählerInnen ebenfalls im staatlichen Interesse verwenden. Als dies bekannt wurde, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der Dorfbevölkerung und den Dorfschützern. Die Dorfschützer schossen in die Luft und bedrohten die Dorfbevölkerung mit dem Tode. Die Jandarma schaute bei diesen Auseinandersetzungen nur zu. Die gleiche Praxis wurde an diesem Tag ebenfalls in der Provinz Şemzînan (Şemdinli) angewandt.
Nachdem Vertreter der BDP dagegen protestierten, dass in einem Ort im Kreis Cinar in der Provinz Amed (Diyarbakir), die Dorfschützer für die ganze Bevölkerung abstimmen sollten, wurden sie von diesen angegriffen. Dabei wurden mindestens zwei BDPler verletzt.
In Şirnex (Şirnak) kam es zu einem weitaus heftigeren Angriff durch Dorfschützer. Die BDP-VertreterInnen wurden hier von den Dorfschützern mit Messern und Schusswaffen angegriffen, mindestens 15 Personen kamen ins Krankenhaus.

Einschüchterungsversuche durch Staat, Polizei und Militär
In Hezex (Idil) bedrohten Mitglieder des Militärs die Bevölkerung an den Abstimmungen teilzunehmen, in Riha (Urfa) und Êlîh (Batman) fuhr die Polizei sogar durch die Straßen und rief die Menschen zur Beteiligung am Referendum auf.
Im Dorf Koca in der Provinz Mêrdîn (Mardin), drangen Soldaten in mindestens 15 Gebäude ein und bedrohten die Bevölkerung mit den Worten: „Nach dem Gesetz seit ihr gezwungen eure Stimme abzugeben", dann wurden die DorfbewohnerInnen unter Zwang zu den Urnen gebracht und zur Abstimmung genötigt. Ähnliche Maßnahmen wurden auch aus anderen Regionen bekannt.
Der AKP-Kreisvorsitzende von Lice zog durch verschiedene Dörfer in der Region und bedrohte die Bevölkerung mit dem Entzug der für kostenlose Gesundheitsversorgung notwendigen „Grünen Karte."
In Erzirom (Erzurum) wurde die Bevölkerung vom Gouverneur damit unter Druck gesetzt, dass ihnen die Wasserversorgung nicht mehr gewährleistet und auch keine Straßen mehr gebaut würden.

Betrugsversuche
In Riha (Urfa) wählten dieselben Polizisten in mehreren Wahllokalen und gaben so ihre Stimme mindestens doppelt ab.
In Mûş und im Umkreis nahm ein großer Teil der Bevölkerung nicht an der Abstimmung teil. Obwohl einigen Orts niemand zu den Urnen gegangen war, wurden sie als voll präsentiert.
(ANF, DIHA, 12.9., ISKU)

Dorfschützern aus Çirik und Serxane eine Operation gegen Kizilagaç, das Tal Cehennem und Karê. Die Armee legte Hinterhalte.
Am 13. bombardierte die türkische Armee mit Mörsern und Haubitzen die Region Haftanin in den Meder-Verteidigungsgebieten.
Am selben Tag unternahmen die HPG eine Vergeltungsaktion für die ermordeten Guerillas in Colemerg gegen einen Armeekonvoi.
(hpg-online14./15.9., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
HN	Hakkari News
DS	Der Standard

Termin:
18. Internationales Kurdisches Kulturfestival am 18. September in Köln
Mit dieser inzwischen zur Tradition gewordenen Veranstaltung und einem umfangreichen kulturpolitischen Programm wollen wir unsere Perspektiven für eine Partnerschaft in Europa und im Nahen Osten darlegen und unseren Wunsch nach Frieden, Freiheit und Demokratie zum Ausdruck bringen. Die Bevölkerung in den kurdischen Gebieten der Türkei hat das Verfassungsreferendum vom vergangenen Sonntag erfolgreich boykottiert, unter anderem, weil sich die Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan geweigert hatte, die von den Kurden geforderte Senkung der Zehnprozent-Hürde bei Wahlen in das Reformvorhaben mit aufzunehmen. Die Kurdinnen und Kurden wollen indes ihre politische Energie für eine demokratische, selbstverwaltete Autonomie für Kurdistan in den Grenzen der Türkei einsetzen. Wir erwarten hierfür eine große Zustimmung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Festivals.
Zahlreiche Gäste aus dem benachbarten Ausland und der Türkei werden durch ihre Anwesenheit die Wünsche und Forderungen der Kurden nach Gerechtigkeit und Freiheit unterstützen und mit uns feiern.
Das Festival-Programm beginnt um 11.00 Uhr und endet um 20.00 Uhr.
YEK-KOM e.V.

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 483
24. September 2010

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Schulboykott für kurdische Muttersprache

In Nordkurdistan und der Türkei sind Schulen Orte an denen besonders scharf Nationalismus, Ausgrenzung und Assimilation vermittelt werden. Angefangen beim allmorgendlichen Fahneneid unter dem Motto „Ich bin Türke, ich bin aufrichtig und fleißig" bis hin zum Verbot einer anderen Sprache oder Identität als der türkischen über die Unterdrückung jeder Form von anderer Religion oder Weltanschauung als der des sunnitischen Islam. Die Schulen dienen einerseits als Projekte des Spezialkriegs, um neue Soldaten zu schaffen und Loyalität zu sichern, und andererseits, um die Menschen, die nicht in dieses Schema passen, zu überwachen, auszugrenzen und zu verfolgen.
Gerade in den kurdischen Provinzen kommt es häufig zu Aufständen gegen das Schulsystem und gegen die häufigen Misshandlungen durch Lehrkräfte.
Nach dem Erfolg der kurdischen Bewegung im Boykott des Verfassungsreferendums wird nun dieses Schulsystem, das der Assimilation dient, angegangen.
Unter der Forderung nach Ausbildung in der Muttersprache begann am Montag, den 20.9., ein einwöchiger Boykott der Schulen in Kurdistan. Der Boykott war bis jetzt insbesondere in den Städten Colemêrg (Hakkari), Şirnex (Şirnak), Wan, Mûş, Agirî (Ağri), Gever (Yüksekova), Çelê (Çukurca), Geçitli, Amed (Diyarbakir), Silîvan (Silvan), Çinar, Pîran (Lice), Bismil, Giyadîn (Diyadin), Panos (Patnos), Dûtax (Tutak), Bazîd (Doğubeyazit), Kop (Bulanik), Kelê (Malazgirt), Gimgim (Varto), Bostaniçi, Şemzînan (Şemdinli), Çelebibağ, Cizîr (Cizre), Girgê Amo (Silopi), Hezex (İdil), Elkê (Beytüşşebap), Qilaban (Uludere), Mêrdîn (Mardin), Qoser (Kiziltepe), Nisêbîn (Nusaybin) und Iğdir besonders deutlich zu spüren. Dies geschieht trotz massiver Drohungen durch Polizei, Armee, Gouverneur und Schuldirektoren und der Behauptung der türkischen Medien, der Boykott sei nicht erfolgreich. Alle SchülerInnen, die nicht zum Unterricht erscheinen, werden erfasst und es wird mit rechtlichen Schritten, wie z. B. dem Entzug der „grünen Karte" zur Krankenversicherung, gedroht. Aufgrund des großen Erfolgs des Boykotts überlegen nun auch andere gesellschaftliche Gruppen zu diesem Mittel zu greifen. So wird gerade in alevitischen Kreisen diskutiert, einen Boykott gegen den zwangsweise durchgeführten sunnitischen Religionsunterricht zu beginnen.

Wan
In der Großstadt Wan mit etwa 700.000 EinwohnerInnen, folgte ein Großteil der SchülerInnen dem Boykottaufruf der kurdischen Bewegung. Einige Schulen wurden überhaupt nicht besucht. In den Stadtteilen am Rand von Wan war der Boykott zu 100% wirksam, im Stadtzentrum gingen etwa 100 SchülerInnen zur Schule. Vor den Schulen gaben SchülerInnen Erklärungen ab, wie: „Wir wollen in unserer Muttersprache ausgebildet werden. Wir wollen Kurdisch sprechen. Wir können kein Türkisch. Die Lehrer in unseren Kursen sprechen Türkisch aber wir verstehen sie nicht. Wenn wir Kurdisch sprechen, verstehen sie uns nicht, und daraus entstehen immer wieder Probleme. Es sollen Schulen in unserer Sprache errichtet werden, dann gehen wir auch hin." Die SchülerInnen führten Spontandemonstrationen durch die Stadtviertel durch.
Auch in Bostaniçi und Çelebibağ in der Nähe von Wan war der Boykott wirksam und es fand eine Demonstration vom Büro der linken, prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP) zum Gouverneursamt statt.



Verbiete meine Sprache nicht

Colemêrg
In der Stadt Colemêrg (Hakkari) wurde keine der 150 Schulen besucht. Nur Kinder von Soldaten und Polizisten gingen zur Schule, insgesamt lag daher die Teilnahme am Boykott bei etwa 95%.
In der Kleinstadt Geçitli in der Provinz Colemêrg Hakkari nahmen ebenfalls nur vier SchülerInnen am Unterricht teil. Am 16.9. begingen vermutlich Kontrakräfte dort ein Massaker, dem neun Zivilpersonen zum Opfer fielen.
Auch in Çelê (Çukurca) in der Provinz Colemêrg, nahm keiner der 1150 SchülerInnen am Unterricht teil. Auch in Şemzînan (Şemdinli) war der Boykott unter der kurdischen Bevölkerung vollständig erfolgreich, auch hier besuchten nur die Kinder von Soldaten und Polizisten den Unterricht.
In der Stadt Gever (Yüksekova), die etwa 110.000 EinwohnerInnen hat, machte keine Schule auf, da niemand erschienen war. Obwohl der regionale Verantwortliche für Erziehung angeordnet hatte, „Wenn auch nur ein Schüler erscheint, wird die Schule geöffnet." Eine Demonstration von SchülerInnen wurde aufgelöst.
Auch in der Nachbarprovinz Şirnex (Şirnak) sind die Schulen nun den zweiten Tag leer.

Amed
Auch in Amed (Diyarbakir) war der Boykott wirksam und die Mehrheit der SchülerInnen nahm nicht am Unterricht teil. Vor einigen Schulen fanden Kundgebungen statt, mit denen die SchülerInnen deutliche Zeichen setzten.

Hausdurchsuchungen und Festnahmen wegen Schulboykott
Bei Hausdurchsuchungen im Centrum sowie der umliegenden Dörfer von Dûtax (Tutak) wurden am Morgen des 23.9. fünf Schüler sowie der Vorsitzende Ayhan Demirel der Partei für Frieden und Demokratie BDP der Kreisstadt Agiri (Ağrı) festgenommen. Als Grund für die Festnahmen und die Hausdurchsuchungen wurde die Unterstützung des Schulboykotts und dir Forderung des Rechts auf Bildung in kurdischer Sprache angegeben.

(ANF, Yuksekovahaber, Hakkarinews, DIHA, Gündem, ÖP, 21./22.9., ISKU)

Meldungen

Murat Karayilan wirft Israel Hilfe bei ihrer „Ausrottung" vor
Murat Karayilan (KCK), hat Israel vorgeworfen, die Türkei durch Waffenlieferungen bei der „Unterdrückung und Ausrottung" der Kurden zu unterstützen. In den 60er und 70er Jahren seien die Kurden und Israel noch „Freunde" gewesen, sagte Murat Karayilan in einem Interview mit einem israelischen Fernsehsender, das am Mittwoch auszugsweise von der Zeitung „Haaretz" veröffentlicht wurde. „Aber seit Israel seine militärische Zusammenarbeit mit der Türkei verstärkt hat, seid ihr Teil jener, die sich an unserer Unterdrückung und Ausrottung beteiligen."
(AFP, 22.9., ISKU)

Zeyneb Celaliyan nach Kirmaşan verlegt
Zeyneb Celaliyan, eine politische Gefangene, die im Iran zum Tode verurteilt worden ist und deren Verbleib lange Zeit ungewiss war, ist jetzt vom berüchtigten Gefängnis Evin in Teheran in ein Gefängnis in Kirmaşan verlegt worden. Zeyneb Celaliyan war 2008 in Kirmaşan verhaftet worden. Unter dem Vorwurf der „Mitgliedschaft in der PJAK" wurde über sie 2009 in einer nur sieben Minuten dauernden Gerichtsverhandlung die Todesstrafe verhängt. Ihr Anwalt war weder bei der Gerichtsverhandlung zugelassen noch hat er bis heute Akteneinsicht erhalten.
(ANF, 20., ISKU)

Protest gegen Staudämme in Dersim
In Dersim haben die Bodensondierungsarbeiten für die Staudämme Karatepe 1 und Haratepe 2 begonnen. Die beiden Staudämme sind Teil der 14 Staudämme, die in Dersim von der türkischen Regierung zur Ausschreibung gestellt sind. Erst im letzten Jahr war ein Staudamm in Dersim fertiggestellt worden. Die Ankunft der Ingeneure der Hazal Hidroelektronik, die die Bodensondierungsarbeiten durchführen sollen, hat Unmut bei der Bevölkerung ausgelöst. Spontan demonstrierten hunderte Dersimer, darunter auch Aysel Doğan, Mitglied der 2. Friedensgruppe, gegen den Bau des Staudamms, und forderten die Aussetzung der Bauvorhaben.
(ANF, 18.9., ISKU)

KCK verlängert einseitigen Waffenstillstand

Die Leitung des Exekutivkommitees der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan KCK berichtete, dass die am 13 August ausgerufene und zunächst bis zum 20. September terminierte Waffenruhe bis zu einer weiteren Erklärung der KCK nächste Woche ausgeweitet wird.

Weiterhin heißt es in der Erklärung der KCK, dass in Hinblick auf die Angriffe im Dorf Peyanis bei Colemêrg (Hakkari) der türkische Staat versuche, die Schuld der kurdischen Guerilla zuzuschieben. Nach Informationen würden die KCK in der folgenden Woche eine Presseerklärung veröffentlichen, in der die Ereignisse und Entwicklungen bewertet würden. Bis dahin werde die augenblickliche Waffenruhe fortgeführt.

In der Erklärung heißt es: „Wir haben schon erklärt, dass unsere Kräfte in keinem Zusammenhang mit dem Angriff im Bezirk Penayis Colemêrg stehen, bei dem unsere ZivilistInnen brutal ermordet worden sind. Der türkische Staat und die Spezialkriegsorgane setzen absichtlich Behauptungen in die Welt und beschuldigen uns, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Der türkische Staat und die Presse beschuldigen unsere Bewegung für dieses Massaker gegen unser patriotisches Volk indem sie sagen: ‚Es gibt Gruppen in der PKK' und einige Namen von GuerillakommandantInnen veröffentlichen. Wir rufen unser Volk, die DemokratInnen und die Öffentlichkeit auf, sich dieser Behauptungen und falscher Anschuldigungen bewusst zu sein. Heute ist der letzte Tag des Waffenstillstandes, den wir am 13. August ausgerufen haben. In dieser Phase fanden Operationen gegen uns statt und die Anspannung blieb immer hoch.

Trotz allem hat die Waffenruhe ihre Bedeutung. In diesem Zusammenhang werden wir nächste Woche eine Presseerklärung veröffentlichen, in der die letzten Ereignisse und Entwicklungen bewertet werden. Bis dahin wird der augenblickliche Waffenstillstand in Kraft bleiben."

Gleichzeitig riefen die KCK das kurdische Volk auf, sich an der Schulboykottkampagne für das Recht auf Ausbildung in der Muttersprache zu beteiligen und seine Kinder nicht zur Schule zu schicken.

In der Erklärung heißt es: „Das Recht auf Ausbildung in der Muttersprache ist ein fundamentales Menschenrecht. Es ist ein natürliches Recht der kurdischen Kinder, Bildung in ihrer Muttersprache zu erhalten. In dieser Hinsicht ist es eine Pflicht der Menschlichkeit und des Patriotismus, sich an dem fünftägigen Schulboykott zu beteiligen. Wir rufen unser Volk auf, sich an dieser bedeutenden Kampagne zu beteiligen."

(KI, 20.9., ISKU)

Einmonatige Bilanz der einseitigen Waffenruhe der HPG: 554 Festnahmen, 28 Militäroperationen, 26 Bombardierungen

Der türkische Staat beantwortete die einseitige Waffenruhe, die am 13. August von der Gemeinschaft der Gesellschaften KCK erklärt worden war, mit intensiven militärischen und polizeilichen Operationen. Zwischen dem 13. August und dem 20. September starben mindestens neun Zivilpersonen und 19 GuerillakämpferInnen. 554 Personen wurden festgenommen, 28 Bodenoperationen und 26 Artilleriebombardements fanden statt. Darüber hinaus wurden in 10 verschiedenen Regionen vom türkischen Militär Wälder in Brand gesetzt.

Am 13. August erklärten die KCK einen Waffenstillstand mit Bezug auf das Verfassungsreferendum am 12. September und den Fastenmonat Ramadan. Trotz des einseitigen Waffenstillstands wurden die Militäroperationen gegen kurdische Guerilla fortgesetzt und hunderte Kurden und Kurdinnen festgenommen und inhaftiert. Die Regierung setzte ihre nationalistische Rhetorik fort. Weiter fanden Hinterhalte gegen kurdische Zivilpersonen und die Guerilla in Verteidigungsstellung statt. Kurdische Politikerinnen und Politiker wurden angegriffen, um Provokationen herbeizuführen.

Bei Militäroperationen gegen die HPG fielen in dem Zeitraum von 13. August bis zum 20. September 19 Guerillas. Am 16. September wurde mit einer Bombe ein Bus mit kurdischen Dorfbewohnerinnen und Bewohnern aus dem Dorf Peyanis in der Provinz Colemêrg (Hakkari) angegriffen. Neun Menschen starben vier weitere wurden verletzt. Die Regierung und die prostaatlichen Medien versuchten schuldbewusst den Vorfall zu vertuschen, anstatt ihn aufzuklären.

Der türkische Staat, die Regierung, paramilitärische Kräfte und die Medien versuchten Hand in Hand den einseitigen Waffenstillstand zu diskreditieren und zu provozieren, was zu der für die kurdische Seite schwerwiegenden Bilanz führte. Während die einseitige Waffenruhe darauf abzielte Frieden zu erreichen, jagte der türkische Staat Kurdinnen und Kurden.

Nach Berichten von Nachrichtenagenturen starben zwischen dem 13. August und dem 20. September mindestens neun Zivilpersonen und 19 Guerillas, 554 Personen wurden festgenommen. 28 Bodenoperationen und 26 Artilleriebombardements fanden statt. Dabei wurden zwei Dorfbewohner verletzt. Darüber hinaus wurden in 10 verschiedenen Regionen vom Militär Wälder in Brand gesetzt. 83 Waldbrände wurden seit Juli 2010 von der türkischen Armee verursacht. Die realen Zahlen sind höchstwahrscheinlich höher.

Am 13. September wurden in Amed (Diyarbakir), Şirnex (Şirnak), Riha (Urfa), Êlîh (Batman), Sêrt (Siirt), Colemêrg (Hakkari) und Mûş 49 Personen nach dem Verfassungsreferendum festgenommen.

Am Tag des Referendums wurden in Istanbul 94, in Mersin 20, in Antalya vier, in Çorlu sechs und in Bursa 10, insgesamt 124 kurdische Unterstützerinnen und Unterstützer des Boykotts festgenommen. In Kurdistan wurden insgesamt 164 Menschen festgenommen, in Wan 77, in Êlîh (Batman) 47, in Nisêbîn (Nusaybin) 17, in Gever (Yükekova) 15, in Girgê Amo (Silopi) 5 und in Cizra Botan (Cizre) drei.

Vor dem Referendum zwischen dem 13. August und 12. September waren 217 Personen festgenommen worden, 142 von ihnen in den letzten beiden Tagen vor dem Referendum.

(KI/ANF, 20.9., ISKU)

Militäroperation in Colemêrg

Am 21.9. begann das türkische Militär eine weitere Operation in Colemêrg/Gever (Hakkari/Yüksekova). Die Militär-Stützpunkte an der Grenze zum Iran wurden ebenfalls verstärkt. Bisher waren aber noch keine Auseinandersetzungen gemeldet worden.

(DIHA, 22.9., ISKU)

Lösungsweg der kurdischen Frage in Syrien

In einem Interview gegenüber ANF hat die PYD ihren Lösungsansatz für die Überwindung der Probleme der Kurden in Syrien dargestellt. Für die Überwindung der Probleme der Kurden in Syrien hält die PYD grundsätzlich drei Punkte für unumgänglich: Herstellung der Eigenständigkeit der lokalen Verwaltung, kulturelle Autonomie und die Absicherung des Existenzrechtes der Kurden in der Landesverfassung. In Syrien gäbe es zwar ein Gesetz, das die lokale Verwaltung beinhalte, doch in der Realität beherrsche die regierende BAAS Partei alles. Alle Bürger Syriens gelten als Araber. Das Land wird über Notstandsgesetze mit oligarchischen Führungsclique regiert. Mit der Fortführung der Politik des „Arabischen Gürtels" werden die Kurden in Syrien weiterhin von ihrem Land vertrieben, assimiliert, verleugnet und in die Armut getrieben. Eine Anzahl von mehreren hundert Kurden befände sich aus politischen Gründen in Gefängnissen. Folter sei an der Tagesordnung. Auch komme es in letzter Zeit vermehrt zu ungeklärten Todesfällen kurdischer Soldaten in der syrischen Armee.

(ANF, 23.9., ISKU)

15-Jähriger von iranischen Soldaten an der Grenze erschossen

Der 15-jährige kurdische Dorfbewohner Taner Kurucan wurde durch iranische Soldaten in der Provinz Wan an der iranischen Grenze getötet.

Der Jugendliche soll bei dem Versuch Heizöl zu schmuggeln bei der Ortschaft Damlacik im Landkreis Qerqelî (Özalp) von den Soldaten erschossen worden sein. Dorfbewohner brachten ihn noch in ein Krankenhaus, wo er aber verstarb.

(ANF, 23.9., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Yeni Özgür Politika
KI	Kurdish Info

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 484
1. Oktober 2010

N û ç e



Informationssstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Demokratische Autonomie ist demokratische Selbstorganisierung

Abdullah Öcalan hat beim jüngsten Anwaltsbesuch zu Beginn dieser Woche das Regime der AKP im Kontext der innenpolitischen Verhältnisse während der Gründungsjahre der türkischen Republik analysiert. Seine Analyse mündet in der eindringlichen Warnung, die globalen Kräfteverhältnisse, auf die sich die AKP stützt und die sie „gefährlicher macht als Ergenekon", nicht ernst genug zu nehmen. Als geeignete Maßnahme dem entgegen zu wirken rät er, Moscheen zu meiden und stattdessen eigene Moscheen und Gebetshäuser zu eröffnen in denen der Gottesdienst in der eigenen Muttersprache abgehalten werde.
Für die nächste Zeit sieht er vor allem den Bedarf zwei grundsätzliche Arbeiten voranzutreiben. Als vorrangig erachtet er die Bildung einer Kommission für die Entwicklung eines Verfassungsentwurfes und die Bildung einer Kommission zur Wahrheitsfindung. Die Ergebnisse der beiden Kommissionen sollten dann nach der Parlamentswahl zur Abstimmung dem neu gewählten Parlament vorgelegt werden. Der neue Verfassungsentwurf müsse dabei Ergebnis einer breit angelegten Diskussion sein. In dem Rahmen könne auch das Gespräch mit der CHP gesucht werden. Zur Ausarbeitung einer Verfassung wäre seiner Meinung nach auch die Inspiration und Orientierung an Verfassungen anderer Länder, so zum Beispiel am katalanischen Verfassungsentwurf, denkbar. Eine Kommission, die der Wahrheitsfindung diene, sollte zeitgleich die Aktivitäten von Organisationen wie Ergenkon usw. und Vorfälle wie den jüngsten Vorfall in Colemêrg (Hakkari) untersuchen und deren Verantwortliche benennen. Auch deren Ergebnisse sollten nach der Wahl dem neu gewählten Parlament vorgelegt werden. „Es blieben acht Monate. Diese acht Monate sollte man nicht ungenutzt verstreichen lassen."
An jene gerichtet die glaubten, „neben der AKP gäbe es keine Alternative", erklärte er: Die vor uns liegenden Entwicklungen „sind von staatspolitischer Tragweite und nicht nur im Rahmen irgend einer Regierung zu sehen. Die vor uns liegenden acht Monate sind von entscheidender Bedeutung. … Der Staat in der Türkei ist nicht allein die AKP. Zugegebener Maßen, die AKP hat sich innerhalb des Staates organisiert. Aber der Staat ist deshalb nicht mit der AKP gleichzusetzen. Die Gespräche die hier stattgefunden haben", sagt Öcalan, „haben im Namen des Staates stattgefunden. Niemand solle sich unnötig Sorgen machen. Bei dem Projekt hier handelt es sich um ein Projekt von staatspolitischer Tragweite."
Im Hinblick auf die demokratische Autonomie meint Öcalan: „Zurzeit befinden wir uns in einer Phase des Übergangs. Die Demokratische Autonomie betrachte ich als Raum der Freiheit für die KurdInnen. Wie ich auch zuvor schon dargestellt habe, kennzeichnet sich die Demokratische Autonomie nicht durch die Begrenzung auf eine Ethnie oder auf einen bestimmten geographischen Raum. Sondern es handelt sich um die Bildung der Selbstverwaltung. Unter der Demokratischen Autonomie bauen die KurdInnen ihre eigene demokratische Selbstverwaltung auf. Das ist keine Kriegserklärung oder so. Das ist ein demokratischer Akt. Ein Akt der demokratischen Organisierung. Und sie wird überall stattfinden und sich verbreitern. Angefangen bei Sportclubs bis hin zu Kooperativen, jede Ebene der Gesellschaft wird sie organisieren."

ANF, 29.9., ISKU

Ihr gebt die Waffen, um uns zu vernichten

Das erste Mal gab Murat Karayilan der israelischen Presse gegenüber ein Interview . Ein Team des israelischen Senders Chanel 2 war in Kandil und traf sich dort mit Murat Karayilan. Veröffentlicht wurde das Interview unter anderem auch auf der Titelseite der Zeitung Haaretz.
Das Verhältnis zwischen PKK und Israel war vor allem in den letzten Jahren getrübt. Erwähnt sei hier nur die Entführung Abdullah Öcalans im Jahre 1999, bei der der israelische Geheimdienst eine entscheidende Rolle spielte. Aktuell sind es vor allem die Heron genannten Drohnen – unbemannte Flugobjekte – die zur Aufklärung im Kampf gegen die PKK von der Türkei eingesetzt werden und die die Türkei von Israel bezieht.
Murat Karayilan sagte in dem Interview: „Wissen Sie, für mich besteht das größte Rätsel in Folgendem: Von allen Völkern der Welt hätte ich vor allem von Israel erwartet, dass es uns [KurdInnen] gegenüber Verständnis zeigt und uns unterstützen würde. Ihr habt den Holocaust erlebt, seid massakriert worden, seid in die Emigration gezwungen worden, wurdet verfolgt. Und nun blickt auf unser Volk, auf die kurdischen Menschen. Wir teilen jetzt das gleiche Schicksal. Die Syrer, die Türken, die Iraner, alle Mächte der Region wollen uns vernichten und bemühen sich, dies auch zu bewerkstelligen. Und in der großen Gemeinschaft der Völker ist ausgerechnet euer Volk jenes, das ihnen in ihrem Bemühen hilft, indem ihr ihnen die Waffen gebt mit denen sie uns vernichten.
Es gab einmal eine Zeit, in der wir Freunde waren. In den Jahren 1960/1970 unterstützte Israel die KurdInnen. Wir haben das begrüßt. Aber seit den 1980er Jahren, seit Israel die Beziehungen zur Türkei und die militärische Zusammenarbeit mit der Türkei forciert hat, sehen wir sie an der Seite jener, die uns systematisch unterdrükken und vernichten wollen.
Ist denn Handel, ist denn Profit alles! Natürlich sollte es auch zwischen der Türkei und Israel Beziehungen geben. Warum nicht? Aber warum müssen die Beziehungen zu unseren Lasten gehen? Warum müssen sie uns unser Leben kosten? Ich frage mich, ob den Menschen in Israel bewusst ist, in welcher Art die Türkei die Waffen und die (militärische) Ausbildung, die sie der Türkei zukommen lässt, nutzt."
Erdoğan hat mehr und offener als jeder andere türkische Ministerpräsident die Beziehungen zur Hizbullah und zu Syrien forciert. Er umarmt Ahmadinejad und spricht sich lobend über die Hamas aus. Seid ihr euch wirklich sicher, dass die Türkei euch freundschaftlich gesinnt ist?"

ANF, 22./23.9, ISKU

Meldungen

PKK vor neuem Waffenstillstand
Die derzeitige Waffenruhe solle mindestens bis zur Parlamentswahl im Juni 2011 verlängert werden, meldeten die Zeitung "Taraf" und der türkische Nachrichtensender NTV am Mittwoch übereinstimmend. Die PKK werde dies noch im Laufe der Woche offiziell verkünden.
Am Montag hatte die Kurdenpolitikerin Aysel Tugluk den inhaftierten PKK-Chef Abdullah Öcalan besucht und sich anschließend zuversichtlich über ein Ende des seit 1984 anhaltenden bewaffneten Konflikts zwischen den Rebellen und der türkischen Armee geäußert. Öcalan habe im Gespräch mit Tugluk die verlängerte Waffenruhe der PKK verlangt, berichtete "Taraf". Eine vollständige Entwaffnung der Rebellen steht demnach aber nicht auf der Tagesordnung.

DS, 29.9., ISKU

10 Monate Haft für BDP Co-Vorsitzenden
Ein türkisches Gericht in Amed (Diyarbakir) hat den Co-Vorsitzenden der Partei für Frieden und Demokratie BDP, Selahattin Demirtaş „wegen Propaganda für die PKK" zu 10 Monaten Haft verurteilt.
Demirtaş hatte vor drei Jahren in einer Sendung des kurdischen Fernsehens die Haftbedingungen von Abdullah Öcalan kritisiert und ihn als Repräsentanten des kurdischen Volkes bezeichnet. Zum Zeitpunkt der Sendung war Demirtaş Vorsitzender des Menschenrechtsvereins IHD Diyarbakir.
Zunächst wurde Demirtaş zu einem Jahr Gefängnisstrafe verurteilt, wegen guten Verhaltens während des Prozesses wurde die Strafe noch in der Verhandlung auf 10 Monate reduziert.

ANF, 28.9., ISKU

Vierzehn Dorfschützer in Gever legten ihre Waffen nieder
Vierzehn Dorfschützer in Gever (Yüksekova) im Kreis Colemêrg (Hakkari) legten ihre Waffen nieder. Aydin E., der seine Waffe nach 21 Jahren zurück gab erklärte, dass er eigentlich bald pensioniert würde. Aber die letzte Boykott-Kampagne der BDP sowie das Massaker bei dem Dorf Peyanis, bei dem neun Personen ihr Leben verloren haben, habe ihn zu dieser Entscheidung gebracht. Die kurdischen Menschen seien alle gegen die Verleugnung und die

Konfliktparteien führen intensive Gespräche

Über Jahrzehnte weigerte sich der türkische Staat strikt, mit Vertretern der Kurden über eine friedliche Beilegung des Konflikts zu reden, der Zehntausenden Menschen das Leben kostete und ganze Landstriche verwüstete. Jetzt holt Ankara die Gespräche nach.

Noch nie haben die Hauptbeteiligten im Kurdenkonflikt so intensiv miteinander gesprochen wie derzeit. Sogar der inhaftierte PKK-Chef Abdullah Öcalan, bis vor Kurzem eine Unperson, ist in die Gespräche eingebunden. Kurzfristiges Ziel ist eine dauerhafte Waffenruhe der PKK, mittelfristig soll die Gewalt ganz aufhören.

Am Montag fuhr die prominente Kurdenpolitikerin Aysel Tugluk mit staatlicher Genehmigung auf die Gefängnisinsel Imrali bei Istanbul, um mit Öcalan zu reden. Öcalan selbst verhandelt mit dem türkischen Geheimdienst und bezeichnete diese Gespräche kürzlich als positiv. Die Kurdenpartei BDP traf sich unterdessen mit einem türkischen Vize-Premier und dem Justizminister. Und der türkische Innenminister besuchte die nordirakischen Kurden, um über die Zukunft der PKK-Kämpfer im Irak zu reden. Der deutsche Innenminister Thomas de Maiziere lobte bei seinem Türkei-Besuch vergangene Woche die "vielversprechende innenpolitische Diskussion" in Ankara.

Der Sinneswandel ist Ergebnis eines Prozesses, der vor einigen Jahren begann. Ausgangspunkt war die Einsicht der türkischen Militärs, dass die PKK mit Waffengewalt allein nicht zu besiegen sein würde. Daraus ergab sich mehr Spielraum für eine Suche nach einer politischen Lösung. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sprach als erster Regierungschef seines Landes von einem "Kurdenproblem", räumte Fehler des Staates ein und versprach mehr Demokratie. Seine Regierung überwand auch ihre Abneigung gegen Gespräche mit den nordirakischen Kurden, auf deren Gebiet die PKK ihr Hauptquartier unterhält und die bei einer Entwaffnung der Rebellen eine wichtige Rolle spielen könnten.

Zwar gibt es immer wieder Rückschläge, wie das Verbot der Kurdenpartei DTP durch das Verfassungsgericht im vergangenen Jahr, und die immer wieder aufflammende Gewalt. Doch inzwischen scheint eine kritische Schwelle überschritten: Nur Rechtsnationalisten favorisieren noch Feuer und Schwert als alleinige Mittel gegen die PKK. Vor wenigen Wochen konnte Erdogan sogar das politische Risiko eingehen, die vertraulichen Gespräche zwischen den Behörden und Öcalan publik zu machen. Seinen Sieg beim Verfassungsreferendum vor zwei Wochen sieht Erdogan auch als Rückendeckung für seine Kurdenpolitik.

Niemand in der türkischen Hauptstadt erwartet, dass über Nacht der Frieden ausbricht. Eine vorsichtige Zuversicht ist dennoch spürbar. "Wir hoffen, dass eine neue Seite aufgeschlagen wurde", sagte Vize-Premier Cemil Cicek nach dem Treffen mit der Führung der Kurdenpartei BDP. Nahziel ist die Umwandlung der derzeitigen befristeten Waffenruhe der PKK in einen dauerhaften Waffenstillstand. Die unabhängige Tageszeitung "Taraf" meldete, dass sich die Kurdenrebellen ganz aus dem türkischen Staatsgebiet zurückziehen wollten.

Bei aller Gesprächsbereitschaft gehen die Vorstellungen von den politischen Schritten nach einem stabilen Waffenstillstand weit auseinander. Kurdenpolitiker wollen, dass die Türkei die Existenz des kurdischen Volkes im Rahmen einer neuen Verfassung offiziell anerkennt. Die BDP verlangt zudem kurdischen Unterricht in staatlichen Schulen sowie eine Ausweitung der regionalen Autonomie, eine Forderung, die in der zentralistisch aufgebauten türkischen Republik bisher fast als Hochverrat galt. Immerhin konnten die Kurden ihre Forderungen vortragen, ohne gleich ins Gefängnis geworfen zu werden.

Die neue Gesprächskultur ist deshalb das bisher greifbarste Ergebnis der Bemühungen um ein Ende des Kurdenkonflikts. Alle Beteiligten haben zudem gezeigt, dass sie sich von Rückschlägen nicht entmutigen lassen. Nach dem Tod von neun Menschen bei einem Anschlag auf einen Minibus in Hakkari im Kurdengebiet vor zwei Wochen wurden Gespräche zwar verschoben, aber nicht abgesagt. *WZ, 27.9., ISKU*

Es bedarf eines konkreten Plans über ein Zustandekommen des Friedens

In einem Kommentar in der Zeitung Gündem hat Yüksel Genç zu Meldungen in den Zeitungen Taraf und Yeni Şafak Stellung bezogen. Die Zeitung Taraf hatte in den letzten Tagen die Meldung „die PKK würde ihre bewaffneten Kräfte hinter die Grenze zurückziehen“ lanciert. Die Tageszeitung Yeni Şafak brachte unter der Schlagzeile „Die Zeit der Auswanderung aus Kandil hat begonnen“ die Meldung „Die PKK verließe den Kandil und würde sich in Mahmur niederlassen“.

Yüksel Genç wies in ihrem Kommentar in Gündem darauf hin, sich doch der Bedingungen zu erinnern unter den der Rückzug im Jahre 1999 zustande gekommen ist. 1999 hatte Öcalan die Guerilla zum Rückzug hinter die Grenze aufgerufen. In jenen Tagen hatte die PKK ihre ideologische Erneuerung in Angriff genommen und mit dem Rückzug sowohl ihre ideologische Neuorientierung als auch einer demokratischen Lösung den Weg ebnen wollen. Ursprünglich war geplant den Rückzug innerhalb von zwei Monaten zu bewältigen. Der Rückzug wurde allerdings erheblich erschwert, da die türkische Armee den Rückzug der Guerilla nutzte, um durch anhaltende militärische Operationen dieser schwere Verluste zu zufügen. So mussten 500 Mitglieder der Guerilla den Rückzug, d. h. das Bemühen um einen gerechten Frieden, mit ihrem Leben bezahlen. Yüksel Genç weist in ihrem Kommentar darauf hin, dass die PKK das „noch nicht vergessen habe“. Dass trotz der einschneidenden Erfahrung das Bemühen der PKK um Frieden auch in jenen Tagen nicht nachgelassen habe und die PKK die ersten Gruppen der Friedensbotschafter in die Türkei entsandt habe. Diese jedoch in der Türkei postum verhaftet wurden.

Diese Erfahrung zeige jedoch nicht, so meint Yüksel Genç, dass ein Rückzug oder ein Niederlegen der Waffen für die PKK inakzeptabel wäre. Sondern zeige nur, dass ein Rückzug oder ein Niederlegen der Waffen nicht Vorbedingungen sind „sondern nur innerhalb eines Friedensprozesses in Frage kommen“. Dass „ein Niederlegen der Waffen also nur in Frage kommt, wenn der Grund, weshalb zu den Waffen gegriffen wurde, aus der Welt geschafft wäre“. Jüngste Beispiele, wie das der Tamilen, bestätigten dies eindeutig.

Wer also für einen Rückzug der PKK oder das Niederlegen ihrer Waffen, bzw. wer für den Frieden plädiere, müsse sich heute für das Zustandekommen von Friedensverhandlungen und die Einbeziehung Öcalans einsetzen. Auch dürften konkrete Vorschläge über vertrauensbildende Maßnahmen von Seiten der Türkei nicht außer Acht gelassen werden. Es bedarf eines konkreten Plans über ein Zustandekommen des Friedens.

Yüksel Genç war Mitglied der 1. FriedensbotschafterInnen

Gündem, 28.9., ISKU

Vernichtung durch die Türkei. Doch die Dorfschützer stehen außerhalb der eigenen Bevölkerung. „Die Zeit ist für die Dorfschützer gekommen diese Tatsache zu realisieren", erklärte er.

Die 14 Dorfschützer gaben ihre Gewehre an das Hauptquartier der Gendarmerie in Gever (Yüksekova) zurück.

Die BDP von Gever begrüßte die Entscheidung der Dorfschützer in der Hoffnung, dass mehr und mehr Dorfschützer ihre Waffen niederlegen.

ANF, 28.9., ISKU

PKK-Urfa-Prozess beendet

Der PKK-Prozess von Urfa, der vor dem 8. Schweren Strafgericht in Ankara anhängig war, ist beendet. Zwischen den insgesamt 117 Angeklagten befanden sich namhafte Personen wie Abdullah Öcalan, Cemil Bayik und Murat Karayilan. Das Verfahren wurde 1987 eröffnet, der erste Prozesstag war im Dezember 1999. Bisher war jedoch lediglich die Aussage von Abdullah Öcalan gehört worden. Gegen die insgesamt 117 Angeklagten wurde ursprünglich die Todesstrafe gefordert. Das Gericht begründete das jetzige Aussetzen des Verfahrens mit Verjährung. *ANF, 24.9., ISKU*

Regierungsantrag zur grenzüberschreitenden Operation

Der Ministerrat erörterte auf seiner Sitzung die Verlängerung des grenzüberschreitenden Einsatzes der türkischen Streitkräfte. Nach der Sitzung des Ministerrates sagte Regierungssprecher Cemil Cicek, der betreffende Regierungsantrag sei verlängert und dem Ministerrat vorgelegt worden.

Auf der Tagesordnung standen auch die Anpassungsgesetze im Zusammenhang mit dem Verfassungsänderungspaket. Cicek erklärte, dass in dieser Angelegenheit ein Anpassungsausschuss gebildet worden ist. Der Ausschuss werde von Cicek geleitet. *trt, 28.9., ISKU*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
WZ	Wiener Zeitung
DS	Der Standard

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 485
8. Oktober 2010

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

12. Jahrestag des Internationalen Komplotts gegen Öcalan

… ein Angriff
Am 9. Oktober 1998 wurde Herr Öcalan von einem internationalen und regional-reaktionären Bündnis, in das auch Europa involviert war, zum Verlassen des Mittleren Ostens gezwungen.

… ein Ziel
Damit wurde der Startschuss für die Bekämpfung des Strebens der Kurden nach Frieden und Freiheit gegeben. Mit der Absicht, das Ansehen von Herrn Öcalan als Repräsentant der Kurdinnen und Kurden zu zerstören und die Bevölkerung von ihm zu entfremden, sollte auch die Region in ein Chaos endloser Auseinandersetzungen gestürzt werden.

… die Realität
Doch war es Herr Öcalan, der unter Achtung der universellen Werte der Menschheit die Demokratie- und Friedensbestrebungen vertieft und die Kurden von einer Spirale der Gewalt und daraus resultierenden Kriegen ferngehalten hat. Auch die harten Isolationshaftbedingungen, sein stark angegriffener Gesundheitszustand und die permanenten Angriffe gegen seine Person haben ihn bis heute nicht von seinen auf politische Lösungen orientierte Überzeugungen abbringen können.

… das Ergebnis
Diese Haltung von Herrn Öcalan und die unermüdlichen friedenspolitischen Bemühungen der kurdischen Seite werden das internationale Komplott im Hinblick auf seine Ziele, Absichten, Methoden und Ergebnisse letztlich als gescheitert in die Geschichte eingehen lassen.

… die Gegenwart
Die Kurden haben mit dem Boykott des Referendums zur völlig unzureichenden Änderung der seit dem Militärputsch vom 12. September 1980 geltende Verfassung gezeigt, dass die von ihnen geforderte „demokratische Autonomie“ innerhalb der türkischen Staatsgrenzen die passendste Lösungsformel der kurdischen Frage ist. Eine demokratische Türkei und ein demokratisches, autonomes Kurdistan ist eine Formel, die nichts mit Separatismus zu tun hat, sondern ein Weg zur Selbstverwaltung der Menschen und zu einem freien Leben mit eigener Kultur und Identität sein soll.
In diesem Sinne hat Herr Öcalan die jeweiligen Seiten – Türkei und die Kurden, DTK (Demokratischer Gesellschaftskongress) und BDP (Partei für Frieden und Demokratie) – zu Verhandlungen aufgerufen. Trotz anhaltender Repression gegen die Bevölkerung, Bürgermeister, PolitikerInnen und gegen zivilgesellschaftliche Einrichtungen setzt die kurdische Seite auf eine politische Lösung der Konflikte und hat deshalb eine Verlängerung der Waffenruhe bis in das kommende Jahr erklärt. Diese Chance sollte genutzt werden!

… ein Aufruf
Das kurdische Volk fordert eine Autonomie, in der grundlegende kulturelle, soziale und politische Rechte gewährleistet werden. Auch hier sollte auf die Türkei eingewirkt und der zaghaft begonnene Konfliktlösungsweg von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden. Die Zeit ist schon lange reif für Frieden in Kurdistan und Demokratie im Mittleren Osten.
In diesem Sinne fordern wir von den europäischen Staaten insbesondere im Rahmen der Verhandlungen über einen EU-Beitritt der Türkei, ihren Einfluss für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage geltend zu machen – auch und gerade im Hinblick auf ihre rechtlichen und moralischen Verpflichtungen. Gleichzeitig erwarten wir ein Ende der Repression gegen Kurdinnen und Kurden und setzen auf eine Praxis des Dialogs und der politischen Auseinandersetzung.
Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan – Demokratie im Mittleren Osten! *(YEK-KOM, 9.10.)*

Karayilan: Türkei bereitet sich auf Militäroperation vor

Murat Karayilan sprach am Dienstag über das Radio zur kurdischen Guerilla. Er wies auf die Bemühungen der Türkei hin, die kurdische Bewegung mit einer breit angelegten Militäroperation zu vernichten. Er erklärte, die letzten diplomatischen Bemühungen der Türkei deuteten auf Vorbereitungen einer Militäroperation hin.
Der türkische Innenminister Besir Atalay besuchte in den letzen zwei Wochen Irak, Syrien und kurdische Städte an der Grenze. Diese diplomatischen Bemühungen mit den Vereinigten Staaten und regionalen Kräften hätten das Ziel, die kurdische Bewegung in militärische, ökonomischer und politischer Hinsicht niederzuringen, so Karayilan. „So wollen sie ihre Lösung in Kurdistan durchsetzen.“ Karayilan wies auch auf die verstärkte türkische Unterstützung kurdischer Bewegungen in Kurdistan hin. „Die Türkei versucht, eine alternative politische Bewegung zur PKK zu kreieren. Sie wollen politische Dorfschützer gestalten“ sagte er.
Über die Verhandlungen mit dem Vertreter der KurdInnen, Abdullah Öcalan, sagte Karayilan, diese seien „strategisch“. Er sagte, für die kurdische Bewegung habe eine neue Phase mit neuen Methoden begonnen.
Karayilan sagte auch, wenn die türkische Regierung bestimmte Schritte unternehme, werde die kurdische Seite den Waffenstillstand auf unbestimmte Zeit verlängern. Aber wenn nicht, werde die kurdische Seite sich neue Optionen offenhalten.
Die Polizeioperationen gegen die Partei für Frieden und Demokratie BDP nannte Karayilan türkische Politik der Kriminalisierung der kurdischen politischen Bewegung. “Sie beschuldigen die BDP Mitglieder, sie seien Mitglieder der KCK. Wir sind die KCK und wir sind hier. Wir haben keine Verbindung mit den beschuldigten kurdischen Politikern“, so Karayilan.
Er rief die Guerilla auf, den Waffenstillstand zu respektieren und Auseinandersetzungen mit der Armee zu vermeiden. Aber er sagte auch, das Recht auf Selbstverteidigung sei ein natürliches Recht und die Guerilla sollte sich aggressiv verteidigen, wenn sie angegriffen werde.
(ANF, 6.10, ISKU)

Meldungen

Verteidigt die Meinungsfreiheit – Finger weg von Roj TV!
40 Millionen Kurden in der ganzen Welt sehen die Sendungen von ROJ TV. Das versucht die dänische Regierung auf Druck von der Türkei zu stoppen! Roj TV ist das größte kurdische Medium und eines der größten Medien in der Türkei. Die Türkei drängt die dänische Regierung, die Sendelizenz von Roj TV, mit dem Kampf gegen den Terrorismus als Vorwand, einzuziehen. Den Kurden geht es um Meinungsfreiheit, um Nachrichten und Kultur in einer Sprache zu verbreiten, die die türkische Regierung seit vielen Jahrzehnten unterdrückt. Deshalb: Finger weg von ROJ TV! Unterschriftenliste unter *www.isku.org*

Keine „demokratische Öffnung“ in den Gefängnissen der Türkei
„Es gibt keine demokratische Öffnung in den Gefängnissen der Türkei“, so das frühere Mitglied der nun verbotenen DTP Nedim Taş, der vor kurzem nach einer 19-monatigen Gefängnisstrafe nach der „KCK-Operation“ entlassen wurde.
Laut Nedim Taş, sind intensive Isolation, Mangel an medizinischer Versorgung, keine Amnestie für kranke Gefangene, zunehmende physische Beschwerden aufgrund von schlechten Verhältnissen, überfüllte Baracken, starker Druck auf Besucher, wie auch gegen Gefangene, kein Recht die Mitgefangenen zu sehen, Drangsalierung auf dem Transport zu Krankenhaus oder Gericht, keine Publikationen oder Briefe in Kurdisch, und extrem begrenzte Zeit auf dem Gefängnishof die Probleme, mit denen die Gefangenen nach der „Demokratischen Öffnung“ zu tun haben.
(DIHA, 5.10, ISKU)

Kind bei Explosion getötet
Ahmet I. (12) und Ramazan İ. (12) spielten in der Nähe ihres Zuhauses in dem Dorf Gumuşyazi in der Nähe der Kreisstadt Basê (Guclukonak). Augenzeugen berichteten, dass die Kinder etwas fanden und es in die Hände nahmen und es daraufhin zu einer Explosion kam. Wie sich wenig später herausstellte, fanden die Kinder militärische Munition, die in den Händen von Ahmet I. explodierte. Ahmet I. wurde auf der Stelle getötet, sein Freund Ramazan İ. schwer verletzt.
(ANF, 5.10., ISKU)

BDP-Mitglieder in Riha verhaftet

Bei einer Operation im Rahmen der KCK Verfolgung wurden in Urfa am Wochenende 24 Menschen verhaftet. Mittlerweile sind 16 von ihnen wieder auf freiem Fuß, die übrigen 8 wurden in Haft genommen, darunter zwei RegionalvertreterInnen der BDP sowie eine Frau mit ihrem 3-jährigen Sohn.
Die Anklagen beziehen sich auf Telefonmitschnitte, in denen über eine Shampoo-Marke gesprochen wird. Anwalt Bekir Benek erklärte, dies würde den Angeklagten von der Staatsanwaltschaft als verschlüsselte Botschaften auslegt, Menschen zur Organisation in die Berge bringen zu wollen. Der BDP-Parlamentsabgeordnete Binici sagte: "Selbst sich nach der Gesundheit einer Person zu erkundigen, wird einem als Verbrechen ausgelegt. Das Telefonat mit dem Regionalvertreter wurde genau protokolliert. Ein Parlamentsabgeordneter wird abgehört und die RegionalvertreterInnen werden mit phantasierten Beweisen angeklagt. Unsere Partei soll zu Terroristen gemacht werden."
Die Anklage sei so lächerlich, dass sich selbst Polizeibeamte und Strafverfolger bei der Befragung nicht das Lachen verkneifen konnten, so ein Prozessbeobachter der Zeitung Azadiya Welat.
Hintergrund war die Befreiung eines minderjährigen Mädchens aus den Händen einer Zuhälterbande und ihre Unterbringung in einem Frauenhaus in Amed (Diyarbakir). Das Mädchen war von der Bande anschließend unter Druck gesetzt worden und hatte ausgesagt, sie solle in die Berge geschickt werden.
Rechtsanwalt Benek gibt zu bedenken: "Diejenigen, die sich anschicken, demokratische Politik zu machen, sollen sich lieber um die Probleme der Gesellschaft kümmern. Während unsere Partei ihr bestes gibt für eine friedliche Atmosphäre mit Erklärungen, Aktivitäten und ihren Bemühungen um die kurdische Frage, werden Exekutiv- und Regionalvertreter gefangengenommen."
Und Parlamentsabgeordneter Binici fügt hinzu: "Die AKP, die denkt, die BDP mit der Festnahme von RegionalvertreterInnen in Riha (Urfa) schwächen zu können, kann man nicht mehr falsch verstehen. Die Menschen von Riha (Urfa) werden die AKP bei den Wahlen 2011abstrafen. Sie sollten mit ihren schmutzigen Händen nicht die sauberen Türen der BDP berühren."

(ANF, 5.10., ISKU)

Erklärung des BDP-Frauenrats

In einer schriftlichen Erklärung hat der BDB-Frauenrat darauf hingewiesen, dass der Großteil der Betroffenen der jüngsten Verhaftungswelle in Riha (Urfa) Frauen sind; das eigentliche Ziel dieser Repression sei es, Frauen daran zu hindern, eine alternative Politik zu machen. „Die Vorfalle in Riha (Urfa) weisen auf die Angst und Besorgnis hin, die das System vor uns politisch aktiven Frauen hat", heißt es in der Erklärung. „Das Recht wird dabei mit Füßen getreten und es wird versucht, eine allgemeine Paranoia auszulösen."
In Riha (Urfa) war am 4. Oktober im Ermittlungsverfahren gegen „KCK-Strukturen" u. a. auch die Ehefrau des bereits zuvor verhafteten Bürgermeisters der Kreisstadt Suruc, Ethem Sahin, verhaftet worden. Aynur Sahin wurde gemeinsam mit ihrem dreijährigen Sohn Agir inhaftiert.
Der Frauenrat wies weiter darauf hin, dass Hintergrund der Anschuldigungen gegen die BDP in Riha (Urfa) die Tragödie einer Minderjährigen sei: „Die beschuldigten BDP-Frauen haben einer jungen Frau geholfen, die zur Prostitution gedrängt worden war und gleichzeitig drogenabhängig und Gewaltopfer ist. Die Frau wurde im Frauenschutzhaus in Amed (Diyarbakir) untergebracht." „Bandenmitglieder" aus dem früheren Umfeld der Betroffenen hätten sie dazu gebracht, eine Aussage zu machen, dass sie „in die Berge geschickt" werden solle. Dabei handele es sich um ein Komplott, das von den Sicherheitskräften entworfen worden sei, um die Arbeit der BDP in Riha (Urfa) zu behindern. „Unsere Freundinnen haben einer Frau geholfen, die Opfer von Gewalt geworden war, und sie in einem Frauenschutzhaus untergebracht. Es stellt sich die Frage, warum eine Frau, die in die Berge geschickt werden soll, in einem Frauenhaus untergebracht wird."
Abschließend heißt es in der Erklärung: „Wir haben eine Frage an diejenigen, die behaupten, die kurdische Frage werde gelöst und alles werde gut: Wie passt das mit Repression, Drohungen, Festnahmen und Verhaftungen zusammen? (…) Als Frauen sind wir der Auffassung, dass all das nicht nötig ist. Die Lösung ist ganz einfach und beruht auf einer friedlichen Lösung. Für eine Lösung muss die AKP von allen militärischen und politischen Operationen Abstand nehmen und vertrauensbildende Maßnahmen auf den Weg bringen. Alle, die im Rahmen des KCK-Ermittlungsverfahrens inhaftiert worden sind, müssen unverzüglich freigelassen werden und es müssen Friedensgespräche geführt werden. Es sollte eindeutig sein, dass keine Macht der Welt uns Frauen von Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und dem Aufbau einer demokratischen Autonomie abhalten kann. Als BDP-Frauen werden wir uns den Drohungen nicht beugen. Unsere Antwort kann, in Großbuchstaben, nur FREIHEIT lauten."

(ANF, 07.10., ISKU)

Guerilla veröffentlicht Bilanz für Monat September

Die Volksverteidigungskräfte HPG veröffentlichten am 2.10. die Bilanz über die durchgeführten Militäroperationen, Gefechte und Aktionen. Nach dieser Bilanz hat das türkische Militär 25 Operationen, sechs Luftangriffe und 41 Artillerieangriffe durchgeführt und 13 Waldbrände ausgelöst. Es wurden, obwohl die Guerilla den Waffenstillstandes befolgte, ein Guerilla gefangen genommen, 13 Guerillas und 20 Soldaten getötet. Da trotz der einseitigen Waffenruhe die Militäroperationen andauerten, erklärte die Guerilla, dass sie vom Recht auf Vergeltung Gebrauch machen werde. Das türkische Militär führe verdeckte Aufklärungsoperationen durch und versuche bei jeder Gelegenheit Guerillas zu töten. Aufgrund dieser Operationen kam es zu sechs Gefechten mit der Guerilla. Die HPG erklärten dazu: „In der Region Colemêrg (Hakkari) wurden sehr breite Militäroperationen in Vernichtungsabsicht durchgeführt. Gegen diese vorsätzlichen, feigen, faschistischen Angriffe haben unsere Guerillastreitkräfte von ihrem legitimen Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch gemacht und eine Vergeltungsaktionen durchgeführt."
Auf allen Ebenen gehen die Operationen weiter. In Nisêbîn richten Einheiten des türkischen Militärs Hinterhalte an Durchzugswegen der Guerilla ein, das Gabar-Gebiet wird willkürlich aus Kobra-Helikoptern bombardiert. Die Bombardierung der Meder-Verteidigungsgebiete dauerte in den letzten Tagen an. Von den Luftangriffen sind auch mehrere Dörfer im Zagros-Gebiet betroffen. *(ANF, 2.10., ISKU)*

Zwei Jugendliche wegen Teilnahme am Schulboykott verhaftet
Zwei Jugendliche im Alter von 15 Jahren, deren Namen aus rechtlichen Gründen nicht veröffentlicht werden, wurden am Sonntag in Kadifekale zusammen mit 13 anderen festgenommen. Die Jugendlichen hatten sich am Schulboykott, der von der Initiative für das Recht auf die eigene Muttersprache organisiert worden war, beteiligt. Sie hatten an einer Demonstration, auf der das Recht auf Bildung in der Muttersprache gefordert wurde, teilgenommen.
Ein Gericht in Izmir stellte nun einen Haftbefehl gegen die beiden aus und übergab sie dem örtlichen Gefängnis. Sie werden der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" sowie der „Zerstörung öffentlichen Eigentums" angeklagt.

(ANF, 5.10., ISKU)

Todersurteil gegen Gulperipur bestätigt
Das Hohe Gericht des Iran hat das Todesurteil gegen Hebibulla Gulperipur (27) bestätigt. Gulperipur befindet sich seit Herbst 2009 im Gefängnis von Mahabad. Das Gericht in Mahabad hat gegen H. Gulperipur unter dem Vorwurf der „Mitgliedschaft in der PJAK" und „Feindschaft zu Allah" die Todesstrafe verhängt. Seit 2007 sind wegen „Mitgliedschaft in der PJAK" mindestens 7 Menschen im Iran hingerichtet worden.

(ANF, 6.10., ISKU)

Quellen:

ANF Fırat Nachrichtenagentur
DIHA Dicle Nachrichtenagentur

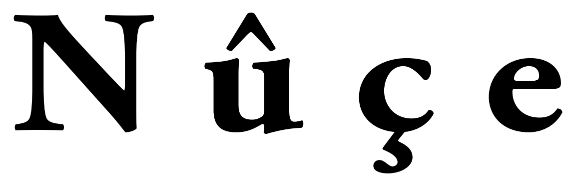
Termine:

Demonstrationen
anläßlich des Jahrestages des Komplotts gegen Abdullah Öcalan

Berlin: 9.10., 14.00 Uhr Alexanderplatz
Hamburg: 9.10., 14.00 Uhr Gänsemarkt
Marburg: 8.10., 17.00 Uhr Kirchplatz

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 486
15. Oktober 2010





Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Prozessbeginn am Montag in Amed

KurdInnen bereiten sich auf historischen Prozess vor

Von den 2000 festgenommenen kurdischen PolitikerInnen unter denen sich auch BürgermeisterInnen und Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD befinden, werden nun 151 am 18.10.10 im Rahmen des „KCK Verfahrens" das erste Mal dem Gericht vorgeführt. Für die Verteidigung stehen 300 AnwältInnen bereit. Für die Zeit des Prozesses sind von kurdischer Seite verschiedene Aktionen geplant.

In Vorbereitung für den ersten Gerichtstermin des KCK-Verfahrens wurden eine Rechts- und eine Diplomatie-Kommission gegründet. Einerseits wird die Verteidigung vorbereitet, andererseits daran gearbeitet, das „KCK Verfahren" der Presseöffentlichkeit zugänglich zu machen. Um den von Seite der KCK im letzten Monat verlängerte Beschluss zur Aktionslosigkeit in einen dauerhaften Waffenstillstand zu verwandeln gilt es, „die kurdischen PolitierInnen freizulassen". Alle Aufmerksamkeit ist nun auf den Prozessbeginn am 18.10. in Amed gerichtet.

Die Diplomatie Kommission arbeitet einerseits in Richtung Gewerkschaften, NGOs, VertreterInnen politischer Parteien, JournalistInnen und trifft sich mit diesen. Aber auch nach außen wird gearbeitet und Treffen mit den Konsulaten, ParlamentarierInnen, VertreterInnen politischer Parteien organisiert. Für die Prozessbeobachtung wird daran gearbeitet, eine nationale und internationale Kommission aufzubauen.

Von Seiten der AnwältInnen wurde eine „Rechtskommission" eingerichtet. Es geht darum, die im Rahmen des Gerichtsverfahrens vorgebrachten Beweise zu widerlegen, die Rechtswidrigkeit der Verhöre darzustellen und die während den Festnahmen und Inhaftierungen geschehene Rechtslosigkeit vorzubringen. Die Rechtskommission arbeitet an einer internationalen AnwältInnenkommission zur Beobachtung des Prozesses.

300 AnwältInnen stehen bereit
Mit dem Ziel, jede/n Angeklagte/n von einer Anwältin bzw. einem Anwalt vertreten zu lassen, sind 300 AnwältInnen für den Prozess vorbereitet. Für die Prozessbeobachtung sowohl durch die Familien der Angeklagten, als auch von nationaler und internationaler Seite wurde eine Kommission gegründet.

Neuer Gerichtssaal im Bau
Aufgrund der hohen Anzahl der Angeklagten im Prozess wurden im 6. Gericht für schwere Strafen in Amed (Diyarbakır) zwischen dem 18.10. und 12.11. alle anderen Verfahren verlegt, in diesem Zeitraum wird es nur das KCK-Verfahren geben. Es wurde begonnen auf einer Freifläche einen Gerichtssaal zu bauen, die Fertigstellung bis zum Prozessbeginn ist unwahrscheinlich.

Aktionen
Um die Angeklagten zu unterstützen, werden sich vom ersten Tag an vor dem Gerichtsgebäude in Amed Menschen versammeln, die während des gesamten Verfahrens immer wieder zusammenkommen werden.

Operationen dauern an
Nach dem Erfolg der mittlerweile verbotenen DTP bei den Kommunalwahlen am 29.3.09, bei der sie ihren Stimmenanteil verdoppeln konnten und damit die Anzahl der BürgermeisterInnenämter auf 99 anstieg, begannen am 14.4.09 in verschiedensten Regionen zahlreiche Polizei-Operationen. Entsprechend den von Seite der BDP veröffentlichten Zahlen, wurden seither ungefähr 4 000 Personen festgenommen und mehr als 2 000 inhaftiert. Einen Tag vor dem Beginn der Repressionswelle hatte die KCK am 13.4.09 einen Waffenstillstand verkündetet.

151 Personen angeklagt
Die Anklageschrift wurde im Juni 2010 dem 6. Gericht für schwere Strafen in Amed (Diyarbakır) vorgelegt. 103 der 151 Angeklagten wird „Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation", „Unterstützung", „Gefährdung der nationalen Einheit" und ähnliches vorgeworfen. Die Anklageschrift umfasst 7578 Seiten und es werden zwischen 15 Jahren und lebenslanger Haft gefordert. Die KCK/TM (Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans/ Türkei Rat) sei „auf dem Weg einen neuen Staat zu gründen" heißt es in der Anklageschrift und ein 4 Phasen Plan mit 4 grundlegenden Zielen wird beschrieben, in deren Konsequenz die Anklage „Gefährdung der staatlichen und nationalen Einheit", „Mitglied und Führung einer terroristischen Organisation" und „Unterstützung einer terroristischen Organisation" lautet. Bei den in Verbindung mit den Festnahmen gelaufenen Haus- und Arbeitsplatzdurchsuchungen wurden weder Waffen und noch nicht einmal so etwas wie Klappmesser gefunden. Als Beweise dienen lediglich abgehörte Telefone und Überwachungen.

KCK bestreitet jede Verbindung
Die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan KCK bestreitet jede Verbindung mit den inhaftierten kurdischen PolitikerInnen. Murat Karayilan, Exekutivratsvorsitzender der KCK erklärte aus den Kandil-Bergen, dass sie die KCK seien und nicht die PolitikerInnen.

Vor Europäischen Menschengerichtshof (EGMR) gebracht
104 BDP- und ehemals DTP-Verantwortliche, die im Rahmen der KCK-Operationen festgenommenen wurden, sind mit der Begründung eines unfairen Prozesses vor den EGMR gezogen. Zunächst wendeten sich 53 davon am 19.1.10 und später am 14.5. weitere 51 an das EGMR. Die Türkei hätte in ihrem Vorgehen gegen die Paragraphen 3, 5, 6, 13 und 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen.

(ÖP, 13.10, ISKU)

Meldungen:

Iran: Festnahme von sechs Frauen verheimlicht
In der ostkurdischen Stadt Sine wurde die Festnahme von 6 Frauen verheimlicht.
Die 20-jährige Leyla M. aus Hanis wurde Informationen zu Folge im April festgenommen und ins Gefängnis von Sine überstellt. Die Familie erhielt darüber keine Informationen. Von der ebenso im April festgenommene 25-jährigen Hisam S. aus Awayê wurde seit 6 Monaten nichts mehr gehört. Ebenso gibt es über den Verbleib von den festgenommenen Frauen Mihemed P. (27 Jahre) Xebat M. (20 Jahre), Enwer R. (40 Jahre) und Mihemed Ş. (21 Jahre) keine Informationen.

(ANF, 13.10., ISKU)

Besuch bei Öcalan
Abdullah Öcalan bekam in der vergangenen Woche Besuch von seinem Bruder Mehmet, der sich im Anschluss an den einstündigen Besuch bei seinem Bruder gegenüber Vertretern der Presse äußerte. A. Öcalan habe erklärt, wenn in der Zeit derWaffenruhe die Liquidation der Kurden weiter auf die Agenda gesetzt werde, kein gesunder Frieden entwickelt werden könne. Sollte den Kurden aber ihre demokratischen Rechte zugestanden werden und sich die Waffenruhe beidseitig entwickeln, dann werde er das seinige dazu beitragen. Jedoch wären am zweiten Tage der Waffenruhe 24 Politiker der BDP in Riha (Urfa) verhaftet worden. Unter den betroffenen befände sich der Kreisvorsitzende so wie leitende Funktionäre von Gewerkschaften. Letztendlich sind 8 von ihnen inhaftiert worden. Wenn also das Ziel die Liquidation der Kurden sei, dann kann daraus kein gesunder Friede resultieren. A. Öcalan, wolle noch bis zum 31. Oktober abwarten. Sollte bis dahin weiterhin diese Art der liquidatorischen Politik verfolgt werden, dann würde man zu anders gelagerten Beschlüssen kommen.

(ANF, 11.10., ISKU)

JournalistInnen wehren sich gegen Schließung von Roj TV
MitarbeiterInnen von Roj TV demonstrierten in Brüssel gegen die drohende Schließung ihres Senders. Sie hoffen auf Solidarität und Unterstützung seitens der EU-Kommission und des EU-Parlament in ihrem Engagement für den Erhalt von Roj-TV. Jürgen Klute, Mitglied des

Konferenz des Sprach- und Bildungskomitees in Südkurdistan

Die erste Konferenz des Sprach- und Bildungskomitees fand in Südkurdistan zwischen dem 29.9. und dem 2.10.2010 mit 60 Delegierten aus allen Teilen Kurdistans statt.
Der Vorsitzende des KCK-Rates, Murat Karayilan, betonte auf der ersten KCK-Konferenz des Sprach- und Bildungskomitees die Bedeutung der Arbeit an der kurdischen Sprache für die kurdische Bewegung. Insbesondere der Arbeiten seit 2000 an der Entwicklung der kurdischen Sprache und dem Aufbau von entsprechenden Institutionen mass er in seiner Rede große Bedeutung zu. „Wir brauchen von niemanden eine Erlaubnis, um unsere Sprache in allen Bereichen unseren sozialen Lebens zu sprechen. Wir haben alle Möglichkeiten um die kurdische Sprache zu schützen."
Methoden und Politik um die kurdische Sprache vor Assimilierung zu schützen waren das Hauptthema der Konferenz.

Es wurde beschlossen:

1. Alle Schriften vom Vorsitzenden Abdullah Öcalan sollen in alle kurdischen Sprachen übersetzt werden. Alle Schriften über Sprache und Bildung sollen zusammenfasst als Buch veröffentlicht werden.
2. Um die Assimilation zu überwinden, wird Kurdisch Alltagssprache im autonomen und demokratischen Kurdistan ...
3. ... Um die Probleme des Kurdischen zu überwinden sollen Akademien aufgebaut werden. Im Rahmen der Möglichkeiten sollen einige Sprach-, Bildungs- und kurdische Literatur- Akademien aufgebaut und miteinander verbunden werden ...
4. Für ein Bildungssystem im demokratischen, autonomen Kurdistan soll vor allem auf die Erfahrungen aus dem Maxmur Camp zurückgegriffen werden.
5. Die verschiedenen Sprachen des Kurdischen sind ein Reichtum des kurdischen Volkes. Eine Sprache über eine andere Sprache zu stellen ist chauvinistisch. Alle kurdischen Sprachen sind gleichwertig und die am jeweiligen Ort gesprochene kurdische Sprache soll die jeweilige Ausbildungssprache sein ...
6. Um das Sprachenproblem zu lösen braucht es eine nationale Sprachkonferenz ...
7. Die Konferenz ruft die Jugend dazu auf , die kurdische Sprache zu schützen ...
8. Die Konferenz ruft die Intellektuellen, ArbeiterInnen und AkademikerInnen dazu auf, ein Sprach- und Bildungssystem mit aufzubauen.
9. Die Konferenz ruft den Staat und die AKP dazu auf, von ihrer Verleugnungs- und Vernichtungspolitik abzukommen. Das kurdische Volk wartet nicht mehr darauf, dass ihr das Recht auf kurdische Bildung gegeben wird, Es baut nun eigenständig ein kurdisches Bildungssystem auf.

(ANF, 13.10., ISKU)

Bemüht sich die Regierung um langfristigen Waffenstillstand mit der PKK?

Die kurdische Frage ist rund acht Monate vor der nächsten Parlamentswahl in den Fokus der türkischen Politik zurückgekehrt. Die islamisch-konservative AKP-Regierung hat nach dem für sie erfolgreichen Verfassungsreferendum vom 12. September eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Arbeiterpartei Kurdistans PKK zu einem langfristigen Waffenstillstand zu bewegen. Dabei setzt die AKP wie bereits bei ihrer »kurdischen Öffnung« im vergangenen Jahr, die sich schließlich als Luftnummer erwiesen hat, auf Zuckerbrot und Peitsche. So traf sich die Regierung nicht nur mit Abgeordneten der prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie BDP, sondern gab erstmals auch zu, einen Dialog mit dem inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan zu führen. Als Resultat dieser Gespräche erklärte Öcalan Anfang Oktober gegenüber seinen Anwälten, die AKP werde nach der Parlamentswahl Protokolle zur Gewährung demokratischer Rechte der Kurden einbringen, eine Kommission für eine neue Verfassung einsetzen und die Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit untersuchen lassen.

Neben solchen unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegenüber dem PKK-Führer getätigten Versprechungen setzt die AKP weiterhin auf die repressive Karte. So beantragte die Regierung vergangene Woche im Parlament eine Verlängerung des Mandats für grenzüberschreitende Militäroperationen. Der türkische Innenminister Besir Atalay einigte sich Ende September in Ankara mit seinem deutschen Amtskollegen Thomas de Maizière auf die Bildung einer gemeinsamen Antiterrorkommission insbesondere gegen PKK-Finanzquellen in Deutschland. Schließlich hat die dänische Generalstaatsanwaltschaft, wie schon lange von türkischer Seite gefordert, vergangene Woche ein Verbot des in Dänemark lizensierten kurdischen Satellitensenders Roj TV beantragt.

Weiterhin bemüht sich die AKP-Regierung analog zu den gegen die PKK aufgestellten Dorfschützermilizen um die Schaffung »politischer Dorfschützer«. Der türkische Innenminister Besir Atalay suchte hierzu den Präsidenten der kurdischen Autonomieregion im Nordirak, Masud Barsani, auf, dessen Aufgabe darin bestehen soll, prominente kurdische Politiker zu einer Einflußkommission gegenüber der PKK zu formieren. Diese Bemühungen der Regierung um die Einbindung ihr genehmer konservativer Kurden zielen auch auf die ostanatolischen Unternehmerverbände, die sich für ein Ja beim Verfassungsreferendum ausgesprochen hatten.

Beobachter wie das Aspen-Institut für Außenpolitik in Colorado gehen davon aus, daß die treibende Kraft in diesem Prozeß die USA sind. So stand am Anfang der jetzigen Manöver der Erdogan-Regierung Mitte September ein Besuch des türkischen Geheimdienstchefs Hakan Fidan in den USA. Die US-Regierung sicherte Fidan zwar zu, weiterhin auf die europäischen Partner einzuwirken, damit diese gegen Medien und Geldquellen der PKK vorgehen. Doch diese Maßnahmen würden von den Europäern nur gebilligt, wenn zugleich politische Schritte zur Lösung des Kurdenproblems erkennbar seien.

Der US-Regierung geht es darum, die von ihr aufgrund ihres neoliberalen Kurses favorisierte AKP an der Regierung zu halten und nach dem Teilrückzug ihrer Kampftruppen aus dem Irak die regionale Stabilität zu sichern. In Washington hat sich dabei die Erkenntnis durchgesetzt, daß eine einseitig repressive Strategie zur Aufstandsbekämpfung nicht ausreicht. So hatte die PKK während einer Guerillaoffensive im Sommer ihre militärischen Fähigkeiten trotz fortgesetzter Bombardierungen ihrer Stellungen unter Beweis gestellt. Ebenso hat die zivile kurdische Bewegung trotz der Verhaftungen von über 1700 Kommunalpolitikern während der letzten anderthalb Jahre ihre Stärke beim massiv befolgten Boykott des Verfassungsreferendums und einem nachfolgenden Schulstreik gezeigt.

(jW, 11.10., ISKU)

Europäischen Parlaments (Die Linke. – GUE/NGL) sagte den Demonstrierenden seine Unterstützung zu. Konkret bot er ihnen an, die drohende Schließung von Roj-TV in der kurdischen Freundschaftsgruppe im Europäischen Parlament zum Thema zu machen. „Angesichts der gegenwärtigen Situation in der Türkei wäre es ein gänzlich falsches politisches Signal, wenn die dänische Regierung dem Druck der Türkei nachgäbe und Roj-TV zum Schweigen brächte!", kommentierte Klute die Lage.

(scharf-links.de, 12.10., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
ÖP	Yeni Özgür Politika
jW	junge Welt

Termine:

Verteidigt die Meinungsfreiheit für ROJ TV!
40 Millionen Kurden in der ganzen Welt sehen und nutzen die Sendungen von ROJ TV. Das versucht die dänische Regierung auf Druck von der Türkei zu stoppen!
ROJ TV ist das größte kurdische Medium und eines der größten Medien im Nahen Osten. Die Türkei drängt die dänische Regierung, ROJ TVs Sendelizenz einzuziehen, mit dem Kampf gegen den Terrorismus als Vorwand. Den Kurden geht es um Meinungsfreiheit, um Nachrichten und Kultur in einer Sprache zu verbreiten, die die türkische Regierung seit vielen Jahrzehnten unterdrückt.

Deshalb: Finger weg von ROJ TV!

Protest-Kundgebungen sind am 15.10.2010, um 12.00 Uhr vor der dänischen Botschaft, Rauchstr. 1, in **Berlin**.

Am Dienstag, dem 19.10. in **Kopenhagen** vor dem Gericht, in dem das Urteil zu Roj TV gesprochen wird. Aus mehreren Städten fahren Busse nach Dänemark. Kontakt über die kurdischen Vereine in den Städten.

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 487
22. Oktober 2010

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Prozessbeginn gegen 151 KurdInnen in Amed

Der Oberbürgermeister der Millionenstadt Diyarbakir, Osman Baydemir, setzte sich am Dienstag erst mit einigen Minuten Verspätung auf die Anklagebank des 6. türkischen Strafgerichtshofs. Regierungsgeschäfte hatten den bekanntesten Angeklagten in dem seit Montag laufenden Mammutprozeß gegen 151 kurdische Politiker im benachbarten Rathaus aufgehalten. Neben Baydemir sind elf weitere Bürgermeister, Vorstandsmitglieder der mittlerweile verbotenen Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP), der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins von Diyarbakir, Muharrem Erbey, Aktivistinnen der Frauenbewegung, Journalisten, Anwälte und Gewerkschafter angeklagt. Sie sollen mit ihren legalen kommunalpolitischen und Menschenrechtsaktivitäten die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) unterstützt haben. Im Falle einer Verurteilung drohen den Angeklagten, von denen viele bereits seit 18 Monaten im Gefängnis sitzen, Haftstrafen zwischen 15 Jahren und lebenslänglich. Vertreten werden sie von rund 300 Rechtsanwälten, Dutzende im Gerichtssaal aufmarschierte bewaffnete Militärpolizisten wecken Erinnerungen an die Massenprozesse gegen kurdische und linke Oppositionelle, die nach dem Militärputsch von 1980 am selben Ort stattgefunden hatten.

Vor dem Gerichtsgebäude versammelten sich auch am zweiten Prozeßtag Tausende Menschen. Trotz eines Großaufgebots der mit Wasserwerfern und Räumpanzern aufgefahrenen Polizei wurden Straßenschilder mit PKK-Symbolen überklebt, Jugendliche sangen Guerillalieder. »Wenn die Europäer nicht hier wären, würde die Polizei schießen«, meinte ein Verkäufer dazu. Über 100 Parlamentarier und Menschenrechtsaktivisten aus dem Ausland, unter anderem von der deutschen Linkspartei, waren als Beobachter zum Prozeßauftakt am Montag angereist.

»Die Angeklagten repräsentieren das Volk«, erklärte der ehemalige Parlamentsabgeordnete Hatip Dicle in einer kurzen Prozeßerklärung am Montag. Im Mittelpunkt dieses Verfahrens stehe die kurdische Frage: »Zu einem Zeitpunkt, an dem über eine Niederlegung der Waffen [der PKK] diskutiert und intensiv nach einer demokratischen Lösung dieses Problems gesucht wird, dürfte ein solcher Prozeß nie stattfinden.« In diesem Zusammenhang kündigte er auch an, daß sich die Angeklagten gemeinsam in kurdischer Sprache verteidigen würden. Dieses Ansinnen wies die Kammer am Dienstag jedoch zurück. »Der soziale und Bildungsstand der Angeklagten zeigt, daß sie Türkisch beherrschen«, begründete das Gericht diese Entscheidung. Die Angeklagten gaben ihre Personalien dennoch in kurdischer Sprache an. Dabei wurden sie bereits nach den ersten zwei Worten »name min« – »ich heiße« – unterbrochen, und der Richter verlass die Daten anschließend in türkischer Sprache.

Während Übersetzer in den Augen des Gerichts die Verhandlungsdauer unnötig verlängern würden, soll der Prozeß nun mit der Verlesung der 7578 Seiten umfassenden Anklageschrift fortgesetzt werden. Vorgesehen sind vorerst 20 Verhandlungstage bis zum 12. November.

Justizkomplott gescheitert
Der Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, ist am Dienstag Nachmittag vom Vorwurf freigesprochen worden, einen Jugendlichen zur PKK-Guerilla in die Berge geschickt und ihm dafür Geld gegeben zu haben. Offenbar handelte es sich um ein Justizkomplott, um den populären Politiker zu belasten. Er habe Baydemir nie zuvor gesehen, erklärte der Jugendliche, der tatsächlich kurze Zeit bei der Guerilla war, im Zeugenstand. Bei seiner Rückkehr in die Türkei sei ihm von der Justiz Straffreiheit zugesichert worden, wenn er den Bürgermeister beschuldige, dennoch sei er weiterhin in Haft. Nachdem Baydemir in diesem Prozess einen Sieg erringen konnte, musste er in den nächsten Gerichtssaal zurückkehren, in dem zur Zeit gegen ihn und 150 weitere kurdische Politiker wegen angeblicher PKK-Unterstützung verhandelt wird. In unzähligen Verfahren wegen Unterstützung der PKK oder Separatismus drohen Baydemir bereits jetzt über 200 Jahre Haft

Verhaftungswelle reisst nicht ab
Während in Diyarbakir der KCK-Prozess begonnen hat, wurde Lezgin Bingöl, der Bürgermeister von Kolludere in der Provinz Bitlis festgenommen. Der Bürgermeister des Landkreises Kozluk in der Provinz Batman, Mehmet Reşit Haşimi (BDP) wurde am 21.10. vom 5. Strafgerichts von Diyarbakir wegen „Propaganda für eine verbotene Organisation zu 7,6 Jahren Haft verurteilt und erneut gab es in vielen kurdischen Städten Festnameoperationen gegen kurdische AktivistInnen.

(jW, ANF, 20./21.10., ISKU)

Erfolg für Roj TV vor dänischem Gericht

Am 19.10. hat ein Gericht in Kopenhagen die Beschlagnahme der Gelder von Roj TV aufgehoben. Die dänische Polizei hatte mehrere Konten gesperrt, nachdem die Staatsanwaltschaft in Kopenhagen Anklage gegen den Sender wegen Unterstützung terroristischer Aktivitäten erhoben hatte.
Der dänische Gerichtshof wird über den Zeitpunkt der Verhandlung gegen Roj TV im November entscheiden. Nach Informationen der Anwälte von Roj TV wird im Sommer 2011 der Prozess beginnen.
Roj TV sendet mit einer dänischen Lizenz sein Programm aus. Seit seiner Gründung am 1. März 2004 verlangt die türkische Regierung von Dänemark eine Aufhebung der Lizenz.

(ANF, 19.10., ISKU)

Meldungen:

Veröffentlichen Sie ihre Bücher in kurdischer Sprache!
Unter dem Motto: „Veröffentlichen Sie ihre Bücher in kurdischer Sprache", beginnt am 1. November eine von dem Schriftsteller Cezmi Ersöz mit weiteren Schriftstellern initiierte Kampagne. Das Ziel der Kampagne soll Bereitstellung von genügend Lehrmaterial für die Schulbildung in der Muttersprache in der Türkei sein. Unterstützung findet dieser Initiative u. a. durch den PEN, die Lehrer Gewerkschaft Eğitim Sen, die Gewerkschaft für Jugendliche (Genç-Sen), die sozialistische Jugend-Plattform, Gemeindezentren und vielen bekannten Schriftstellern wie Yelda Karataş, Sezai Sarıoğlu, Erdoğan Aydın, Tevfik Tas, Ragip Zarakolu, Enver Ercan, Ümit Kıvanç, Tarik Günersel, Bilgesu Erenus.

(DIHA, 21.10., ISKU)

Demonstration gegen militärische Operationen in Dersim
Politische Parteien und NGOs in Dersim protestierten mit einer Demonstration gegen die anhaltenden militärischen Operationen des türkischen Militärs in der Region.
Trotz der Waffenruhe der Guerilla halten die Operationen durch das türkische Militär weiter an. Deswegen organisierten mehr als 10 Organisationen, darunter auch Gewerkschaften und politische Parteien wie BDP, ESP, EMEP, DHF, EÖC, PARTİZAN, KESK, TÜRK-İŞ und DİSK den Protestmarsch. Zuletzt sind bei Zusammenstößen zwischen Militär und Guerilla am 12.10. zwei Soldaten und vier Mitglieder der Guerilla HPG getötet worden.

(DIHA, 20.10., ISKU)

Zwei kurdische Gefangene im Iran hingerichtet
Im Iran wurden zwei kurdische Gefangene hingerichtet, die erst kürzlich verurteilt wurden. Die Anwälte von Lawand Yusuf Mirza (32) und Syamend Yusuf Mirza (31) wussten nichts von dem Urteil und nennen die Hinrichtung rechtswidrig.
Syamend wurde vor ungefähr einem Monat von dem Gericht in Zanjan zu lebenslanger Haft verurteilt, Lawand zu 8 Jahren. Verurteilt wurden sie aufgrund von Drogendelikten.
Die Familie von Yusuf und Syamend, die nach Soran, in die Nähe von Erbil gezogen sind, erklärten, dass sie kurz nach der Festnahme und etwa einen

Proteste gegen Staudammbau

„Rettet Hasankeyf" forderten Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten aus der Türkei und Europa mit einem am Sonntag zu Ende gegangenen einwöchigen Protestcamp in der von Überflutung bedrohten Stadt im kurdischen Osten der Türkei. Durch den Bau des Ilisu-Großstaudamms würden rund 200 Dörfer und die 11.000 Jahre alte Kleinstadt Hasankeyf mit ihren historischen Monumenten in den Fluten des Tigris versinken und 65.000 Menschen vertrieben. Offiziell dient das Staudammprojekt der Energiegewinnung. „Jeder weiß, dass das Tigris-Tal überflutet werden soll, weil das hier PKK-Gebiet ist", meint ein Lehrer aus einem nahegelegenen Dorf. So sehen das auch Jura-Studenten auf einer Spontandemonstration durch den Ort am Samstag. „Unser Leben für Hasankeyf – Kurdistan wird das Grab des Kapitalismus werden", skandieren sie.
Bewohner umliegender Dörfer unterstützten das Camp ebenso, wie die linke, von der Partei für Frieden und Demokatie BDP gestellte Stadtverwaltung von Batman und Staudammgegner aus anderen Teilen der Türkei. Auf Veranstaltungen wird über die Gefahren des Ilisu-Dammes und den Widerstand dagegen informiert. Anwälte geben den von Vertreibung bedrohten Menschen Auskunft über ihre Rechte. Einige Anwohner haben sich bereits mit Geldbeträgen vom Staat kaufen lassen, mit denen sie ihre Familien allerdings kaum längere Zeit ernähren könnten, wenn sie ihre Äcker gegen eine Wohnung in den Elendsvierteln von Batman oder Diyarbakir eingetauscht haben. Seit Juni ist der Burgberg der Stadt für Besucher gesperrt worden. Aus Sicherheitsgründen, erläutert einer der Polizisten, die einen Eisenzaum um die Altstadt errichtet haben. Doch die Bewohner von Hasankeyf, für die der Tourismus die einzige Einnahmequelle ist, sehen darin nur einen weiteren Versuch, sie zu vertreiben. Um dagegen zu protestieren, kettete sich der bekannte Menschenrechtsaktivist Oktay Konyar am Samstag an dem Tor. „Hier ist die freie Republik Kurdistan. Hier darf sich niemand einmischen", erklärt der selber aus dem westtürkischen Bergama stammende Aktivist, der nicht nur wegen seines großen Schnautzbartes den Spitznamen „Asterix" trägt.
Etwas Hoffnung gibt es wieder für Hasankeyf. Eine Studiengruppe der Technischen Universität Ankara, eigentlich die Kaderschmiede der konventionellen Staudammbauer, fand nämlich heraus, dass der Bau von fünf kleineren Staustufen besser geeignet ist als das jetzige Ilisu-Projekt. Dann könnten Teile des Tigris-Tales und vor allem Hasankeyf gerettet werden. Menschenrechtsaktivist Konyar ist skeptisch: „Um Hasankeyf zu retten, ist Frieden in der Region die Grundvoraussetzung."

Erklärung einer deutschen Prozessbeobachterdelegation in Diyarbakir, 20.10.2010

Todesurteil im Iran bestätigt

Die wegen „Mitgliedschaft in der PJAK" und „Feindschaft gegen Allah", in einer 7-minütigen Verhandlungsdauer gefällte Todesstrafe gegen den 28-jährigen Huseyin Xizri wurde nun von dem iranischen Kassationsgericht bestätigt.
Huseyin Xizri wurde im August 2008 im Busbahnhof von Kırmaşan verhaftet und in einen Militärstützpunkt verbracht. Gründe für seine Verhaftung wurden ihm dort nicht genannt. In dem Folterzentrum verblieb er 49 Tage. Hier wurde er unter anderem auch an Händen und Füßen gefesselt an der Decke aufgehängt. Dabei wurde ihm der Mund mit Klebeband und die Nase mit einem Tuch verschlossen. Wenn er sprechen wolle, so sagte man ihm, solle er mit den Beinen wackeln. Auf diese Art wurde er unzählige Male schwerst gefoltert. Nachdem er monatelang unter Folter in einer Zelle verbracht hatte wurde er am 9. Juli 2009 vor Gericht gestellt. Dies war das erste und einzige Mal, dass er vor den Richter trat. Nach der Verhandlung wurde er ins Gefängnis von Urmiye verlegt. Bei der Gerichtsverhandlung war nach Angaben seiner Angehörigen auch sein Anwalt zugegen. Sowohl seinem Anwalt als auch Huseyin Xizri wurde allerdings jegliche Möglichkeit einer Verteidigung verwehrt. In nur 7 bis 8 Minuten stand das Urteil fest. Verhängt wurde die Todesstrafe.
Die Sehfähigkeit von Huseyin Xizri, der auch mit Elektroschokks gefoltert wurde, hat sich aufgrund der Folter um ca. 30 Prozent verschlechtert. Er hatte während der Zeit innere Blutungen erlitten und leidet auf Grund der schlechten Haftbedingungen an einer Infektion der Leber, die immer noch andauert, deren Therapie jedoch verweigert wird.
Mit der Bestätigung des Todesurteils durch ein iranisches Kassationsgericht besteht höchste Gefahr für Leib und Leben von Huseyin Xizri, da nun das Urteil jederzeit vollstreckt werden kann.

(ANF, 20.10., ISKU)

Es gibt keinen Grund warum wir zur Armee gehen sollten

Aktivisten der kurdischen Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen riefen alle Jugendlichen der Türkei auf, um das Töten zu beenden, den Militärdienst zu verweigern.
Der Kriegsdienstverweigerer Savaş Hîndîoglu rief die Jugendlichen auf, sich nicht an dem Töten von Jugendlichen und den Schmerzen die dadurch den Müttern zugefügt werden zu beteiligen. Hîndîoglu erklärte, es gebe keinen Grund zum Militärdienst zu gehen.
Die kurdische Bewegung der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen richtete eine Presseerklärung im Gebäude der BDP der Gemeinde Akdeniz in Mersin aus.
Im Namen der Organisation sprach Savaş Hîndîoglu: „Im Krieg werden Jugendliche getötet und den Herzen der Mütter Schmerzen zugefügt. In der Türkei ist der Krieg Schauplatz von Profiteuren geworden. Die Regierung sollte endlich von dem Verständnis eine Sprache, eine Kultur und eine Nation abweichen.
Der Staat sollte den Militärdienst abschaffen. Diejenigen, die uns gesagt haben, dass sie zum Militärdienst gehen, haben unsere Dörfer niedergebrannt. Wir werden vertrieben. Unsere Kinder bleiben ohne Haus und Hof und werden traumatisiert. Es gibt so viele Gründe nicht zum Militärdienst zu gehen, dafür hinzugehen, gibt es keinen erkenntlichen Grund."
Hîndîoglu rief alle Jugendlichen, ob kurdisch oder türkisch auf, nicht das Blut ihrer Geschwister zu vergießen und den Kriegsdienst zu verweigern, und sich nicht am Töten zu beteiligen.

(Roj TV, 20.10.; ISKU)

Monat vor der Hinrichtung darüber informiert wurden, dass ihr Fall erneut verhandelt werde. Aber keiner der 9 Anwälte, denen sie die Fälle übergeben hatten, bekamen Einsicht in die Prozessakten.
An dem Tag, an dem Syamend und Lawand gehängt wurden, wurde ihr Vater ohne weitere Angabe von Gründen gebeten, nach Zanjan zu kommen. Er hoffte, dass er seine Söhne diesmal mit nach Hause bringen und ein neues Leben beginnen könnte. Der Vater überlebte diesen Tag nicht. Nachdem ihm gesagt wurde, dass seine Söhne hingerichtet worden sind, erlitt er einen Herzinfarkt.
Fünf Arbeitskollegen von Syamend wurden freigelassen.

(ANF, 20.10., ISKU)

Europäische Juristinnen und Juristen fordern: Streichung der PKK von EU-Terrorliste
Seit 2002 wird die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) auf Wunsch der türkischen Regierung in der vom Rat der Europäischen Union regelmäßig aktualisierten Terrorliste geführt. Als wesentliche Begründung wurden Gewalttaten der PKK in der Türkei und im Ausland genannt. Im Dezember 2009 wurde die Partei der Demokratischen Gesellschaft (DTP) vom türkischen Verfassungsgericht verboten. Die DTP hatte sich für eine nationale Anerkennung der Kurden und eine friedliche Lösung der Kurdenfrage eingesetzt. Damit wurde den etwa 20 Millionen Kurden in der Türkei die Möglichkeit genommen, sich für ihre Rechte und Interessen auf friedlichem Weg einzusetzen.
Vollständige Erklärung unter: www.eldh.eu/

PYD-Funktionär festgenommen
Der Staatssicherheitsdienst in al Qamischli hat am 16. Oktober 2010 Isa Ibrahim Hisu festgenommen. Zuvor war er vom Staatssicherheitsdienst vorgeladen worden. Hisu ist Funktionär der Partei der Demokratischen Union.

(kurdwatch, 20.10., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Haber Ajansi
jW	junge Welt

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 488
29. Oktober 2010

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Schmutzige Praktiken des türkischen Staates an der Tagesordnung

Die Zeichen stehen auf Krieg

Amed, 25.10.10: Zwischen dem 21. und 23. Oktober besuchte eine Delegation aus Berlin, Celle und Hamburg die Provinz Colemêrg (Hakkari). Hier hielten wir uns in den Städten Şemzînan (Şemdinli), Gever (Yüksekova) und Colemêrg auf. Während die türkische Regierung der AKP von einer Neuauflage einer „demokratischen Öffnung" spricht und von ihrem Interesse an einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage, zeigen die Zeichen nicht nur in der Provinz Colemêrg auf Eskalation.

Nachdem in der Provinz Colemêrg der durch die kurdische Bewegung ausgerufene Boykott des Verfassungsänderungsreferendums mit sehr großem Erfolg von oft über 90% bestritten worden war, verschärfte sich die Gangart der AKP-Administration gegen diese Region. Sie wurde u. a. vom Ministerpräsident offiziell als feindliches Gebiet bezeichnet, das „befreit" werden müsse. Die Region erlebt eine Militarisierung neuer Dimension und auch die schmutzigen Praktiken des Terrors parastaatlicher und staatlicher Kräfte sind an der Tagesordnung. Der türkische Staat nutzt die Waffenruhe der kurdischen Guerilla aus, um den Versuch zu unternehmen die kurdische Freiheitsbewegung zu vernichten. Entlang der Grenze werden 141 neue Militärstützpunkte errichtet. Große Soldatenkontingente werden zu den, sich vor Einbruch des Winters weiter verschärfenden, Militäroperation hinzugezogen. Die Anzahl der Kontrollpunkte, sowie des schikanösen Handelns der Soldaten gegenüber der Bevölkerung haben ebenso zugenommen wie oft tödliche Übergriffe durch Sicherheitskräfte.

Besonders hoch ist hier die Anzahl der inhaftierten und gefolterten Kinder und Jugendlichen. So soll ein Klima der Einschüchterung und Repression über die Region verhängt werden und die Menschen dazu gezwungen werden, das Gebiet zu verlassen oder sich bedingungslos unterzuordnen. Allein die Stadt Colemêrg verließen in den letzten zwei Monaten mehr als 87 Familien aufgrund dieser Lage.

Gever (Yüksekova)

Die Stadt Gever, mit ihren etwa 200.000 EinwohnerInnen, liegt auf einer etwa 2000 m hoch gelegenen Ebene. Die Stadt stellt traditionell eine Hochburg der kurdischen Bewegung dar, in der die Konzepte des demokratischen Konföderalismus, die Viertelräte und Basiskomitees umgesetzt werden. Die kurdische Bewegung hat hier eine derartige Stärke erreicht, dass die Polizei sich nachts nur in großen Kontingenten auf den Straßen bewegt. Bei Polizeiaktionen kommt es fast wöchentlich zu schweren Straßenkämpfen mit der gut organisierten kurdischen Jugend. Die linke prokurdische und mittlerweile verbotene Demokratische Gesellschaftspartei, DTP, bekam hier bei den Regionalwahlen 2009 eine Ergebnis von über 90% und auch die Beteiligung am Boykott des Verfassungsreferendums lag hier bei 96%. Fast jede Familie hat gefallene Guerillas in ihren Reihen zu beklagen und kann von schwersten Übergriffen der Staatsgewalt berichten.

In der Umgebung von Gever finden permanent Militäroperationen statt, Kobra- und Skorsky-Hubschrauber starten und landen aus Kasernen innerhalb der Stadt. An vielen Wänden sind Parolen für die PKK, ihren Vorsitzenden und für den kurdischen Befreiungskampf zu finden.

Wir besuchten unter anderem das Büro der Friedens und Demokratiepartei BDP, der Nachfolgepartei der DTP. Dort berichteten die Menschen über die Menschenrechtsverletzungen und Folter die sie erlitten hatten. Sie kritisierten die Rolle der europäischen Regierungen und zeigten von jung bis alt ein sehr ausgeprägtes politisches Bewusstsein. Auch die Veränderung der Gesellschaft durch den Kampf der kurdischen Frauenbewegung wird gerade in einer traditionell konservativen Stadt wie Gever sichtbar. Innerhalb der BDP-Zentrale ist unter anderem ebenfalls eine Schule eingerichtet, in der politische Bildung nach neuen Konzepten betrieben wird. Dabei wird besonders auf eine linke, feministische Geschichtsbetrachtung aus Perspektive der Unterdrückten heraus, Wert gelegt. (...)

Şemzînan (Şemdinli)

Von Gever aus reiste unsere Delegation weiter in die Kleinstadt Şemzinan mit etwa 12.000 EinwohnerInnen. Şemzînan wird im Osten von der iranischen und im Süden von der irakischen Grenze eingefasst und ist Ausgangspunkt für Grenzüberschreitende Operationen der türkischen Armee gegen die kurdische Guerilla. (...) Unsere Delegation konnte u. a. hier massive Truppenbewegungen in Richtung Grenze beobachten. Hierbei fiel vor allem die große Zahl deutscher Waffen, von Unimogs, Mercedes Benz Lastwagen bis hin zum BTR-60 Radpanzer, auf.

Die Kleinstadt ist vom staatlichen Terror gezeichnet. So wurde sie bekannt, als 2005 Angehörige des türkischen Militärs bei einem Anschlag auf eine linke kurdische Bücherei „Umut Kitabevi" von der Bevölkerung gestellt wurden und bei ihnen Todeslisten und Waffen gefunden worden waren. Obwohl bei dem Angriff ein Mensch ums Leben kam und die Personen schon vier Tage zuvor eine Moschee in die Luft gesprengt hatten, wurden die Täter nach Verfahrensverschleppung und Drohungen des Militärs wieder freigelassen. (...)

Doch der staatliche Terror war damit nicht vorbei. Neben etlichen extralegalen Hinrichtungen und anderen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen kam es zu mehreren besorgniserregenden aktuellen Ereignissen. So umstellten am 15.9.10 Spezialeinheiten das Haus des BDP-Bürgermeisters Sedat Töre und eröffneten das Feuer, dies diente als Vergeltung der Sicherheitskräfte für einen vorherigen Angriff der Guerilla. Ein Verwandter von ihm wurde ebenfalls wie viele Andere verhaftet und gefoltert. Die Soldaten verhöhnten ihn: „Du hast Sedat Töre unterstützt, jetzt soll er kommen und dir helfen." (...)

Dass solche Praktiken Alltag sind und einen ausgeweiteten Angriff auf die Zivilbevölkerung darstellen wurde uns in der folgenden Nacht deutlich vor Augen geführt. Militäreinheiten beschossen bei einer Razzia im Dorf Besosin (Ortaklar) nahe von Şemzinan aus Skorpion-Panzern Dorfbewohner und verletzten dabei den 16-jährigen Izzet Demir schwer. (...).

Colemêrg (Hakkari)

Die Hauptstadt der Provinz ist Colemerg (Hakkari). Dort leben etwa 60.000 Menschen, viele kommen aus der Zwangsmigration durch die Zerstörung der Dörfer. In der Stadt herrscht ein

Meldungen:

Berüchtigtes Diyarbakir-Gefängnis soll Museum werden

Mehr und mehr Menschen fordern in einer Unterschriftenkampagne, dass das ehemalige Gefängnis von Diyarbakir, das Militärgefängnis Nummer 5, das bekannt wurde wegen seiner grausamen Folter an den Häftlingen, in ein Museum umgewandelt werden soll. Ehemalige Häftlinge, die während des Militärputsches dort inhaftiert waren, starteten die Kampagne am 18.10. In kürzester Zeit unterschrieben allein in Amed (Diyarbakir) 20.000 Menschen. Die Initiative wird mit verschiedenen Aktivitäten die Kampagne in andere Regionen und Städte der Türkei ausweiten. Außerdem wurde eine Kommission eingerichtet, die die Geschichte des Gefängnisses und die Bedingungen für die Gefangenen untersucht. Ein Sprecher der Initiative erklärte, dass das Gefängnis eine Schande für die Türkei sei. Die Initiative habe den Kampf gegen die Zerstörung des Militärgefängnisses Nummer 5 aufgenommen und werden alles in ihrer Macht stehende tun, damit das ehemalige Gefängnis in ein Museum umgewandelt werde.

(DIHA, 27.10., ISKU)

Tuğluk beantragt erneuten Besuch bei Öcalan

Aysel Tuğluk beantragte erneut einen Besuch bei Abdullah Öcalan, damit er sich für eine Verlängerung der derzeitigen Waffenruhe, die am 31. Oktober enden soll, einsetzt. Tuğluk will Öcalan bitten, sich nicht aus der Verantwortung zu ziehen. Öcalan hatte bei dem ersten Besuch mit Frau Tuğluk gewarnt, dass, wenn es keine Veränderungen bis zum 31. Oktober geben werde, er sich von einer weiteren Verantwortung zurückziehen wird.

Die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan KCK hatte die Waffenruhe in einer Erklärung vom 30.9. bis zum 31.10. verlängert. Ziel soll ein beidseitiger Waffenstillstand sein, den die KCK jedoch von der Praxis der Türkei abhängig macht.

(DIHA, 27.10., ISKU)

HPG: Immer wieder Angriffe auf Guerilla

Die HPG haben für die am 14. Oktober in Dersim gefallenen vier Guerillas bei einer Vergeltungsaktion vier Mitglieder von Spezialeinheiten getötet. In der Kleinstadt Dersim griffen die HPG die Polizeidirektion an.

Erster BDP-Frauenkongress in Amed

Am 31. Oktober wird der erste Frauenkongress der BDP in Amed unter dem Motto „Verstärkter Kampf gegen die Regelungen, die Frauen in der Politik behindern" stattfinden.
Ziel ist die Steigerung des Engagements von Frauen in der Politik und die Hebung des Frauenanteils in den Gremien.
Im Zuge der Vorbereitungen für den Kongress wurden innerhalb der letzten eineinhalb Monate 950 Delegierte auf breit angelegten Frauenversammlungen in 45 Städten gewählt. Außer diesen werden noch weitere 10.000 Frauen erwartet, unter anderen Unterstützerinnen aus der Türkei, der Autonomen Region Kurdistans und Europa.
Die BDP-Frauen bereiten sich auf dieses Zusammentreffen mit einer Konferenz vor, die vom 28.-29. Oktober in Êlîh (Batman) stattfinden soll. Hier werden etwa 250–300 Delegierte erwartet.
Der Kongress, auf dem der 25-köpfige Frauenrat der BDP gewählt wird, gilt als organisatorische Vorbereitung der Wahlen in 2011. Aynur Çoşkun, Mitglied des bestehenden BDP-Frauenrates, betonte, dass der Kongress ein starkes Signal geben werde, um die Beteiligung der Frauen an der Politik graduell zu steigern. Schon jetzt bezeichnet sie die BDP als „Frauenpartei" – mit einer 40% „Gender Quote" hat sie den höchsten Frauenanteil im türkischen Parlament.
Zum Konzept sagt sie: „Wir haben die Delegiertenwahlen abgeschlossen. Als letzte Etappe organisieren wir überall öffentliche Sitzungen. Der Schwerpunkt unserer Arbeit lag vor allem in Amed (Diyarbakir): wir führten Trainings durch, machten Treffen in allen Vierteln von Amed." So soll die Frauenpolitik ausgehend von der lokalen Ebene hin zur zentralen Ebene organisatorisch gesteigert werden.
Die Sprecherin des BDP-Frauenrats, Şükran Dikmen, wies darauf hin, dass die kurdische Frauenbewegung ein wichtiges Beispiel für die weltweite Frauenbewegung darstelle, die kurdischen Frauen die Politik anführten und der Kongress ein wichtiger Schritt zur Verdeutlichung der Willenskraft und Organisationsfähigkeit der Frauen sei.
So werden die Kongressteilnehmerinnen auch gemeinsam den Prozess gegen die kurdischen PolitikerInnen begleiten, um die kurdischen Frauen zu unterstützen, die seit 14. April in Haft sind.

(ANF, 23.10., ISKU)

Fortsetzung: Die Zeichen stehen auf Krieg

Klima von Repression und Widerstand. Demonstrationen und Polizeiangriffe sind an der Tagesordnung.
Der Landkreis um Colemêrg wurde zum Schauplatz der schwersten Kriegsverbrechen der vergangenen Wochen.
So explodierte am Morgen des 16.9. um 9.00 Antipanzermine eine ferngezündete aus deutscher Produktion in der Nähe des Dorfes Peyanis (Geçitli) unter einem Reisebus und riss neun DorfbewohnerInnen in den Tod. Der Staat begann sofort damit, zu betonen, die kurdische Guerilla habe hier ein Massaker begangen. Eine Analyse und Recherche der Fakten durch MenschenrechtlerInnen aus der Region wirft jedoch ein ganz anderes Licht auf die Tat:
In den türkischen Medien wurde das Dorf als zur Türkei loyales Dorfschützerdorf dargestellt und damit das angebliche Massaker der PKK begründet. Zwei entscheidende Gründe sprechen hiergegen. Einerseits ist dieses Dorf schon vor einiger Zeit zur BDP übergetreten, unterstützt die kurdische Freiheitsbewegung und hatte eine Boykottquote von 99%, andererseits zählt weder der verwendete Sprengsatz, noch die Art, ein Massaker an der Zivilbevölkerung zu begehen, zu den Mitteln der PKK.
Weiterhin wurden am Tatort zurückgelassene Rucksäcke von Spezialeinheiten der Region gefunden, welche Sprengsätze, Kabel und Anleitungen aus Militärbesitz enthielten. Darüber hinaus befindet sich der Tatort auf einer übersichtlichen Ebene, die an allen möglichen Fluchtwegen von Militärstützpunkten abgesperrt ist. In der Entfernung von 100 bzw. 200 m befinden sich Dorfschützerstationen, die direkten Blick auf den Tatort haben. Der Tatablauf stellt sich in diesem Zusammenhang folgendermaßen dar:
Nachdem die Täter den Sprengsatz gelegt hatten, zogen sie sich zurück, um ihn zu zünden. Dabei wurden mehrere Taschen zurückgelassen. Nach der Detonation funkten die Täter, dass ihre Ausrüstung dort zurückgeblieben sei und geholt werden müsse. Die Bevölkerung war jedoch schon an den Tatort geströmt und hatte die Beweise in Besitz genommen. Erst nach 40 min kam das Militär zum Tatort und feuerte mehrfach in die Luft, um Zugriff auf die Taschen zu bekommen. Die Bevölkerung übergab sie jedoch erst später nach eingehender Dokumentation direkt der Staatsanwaltschaft.
Schon vor der Tat ging eine Order an die Dorfschützer der Region heraus, eine Gruppe die herumzieht, nicht zu behelligen. Obwohl der Ort in drei Minuten per Hubschrauber aus Colemêrg erreichbar ist und bei jeder Sichtbarkeit von KämpferInnen der PKK das türkische Militär eine Operation mit Luftunterstützung startet, blieben Maßnahmen dieser Art an diesem Tag aus. Selbst der Gouverneur erklärte „Er verstehe auch nicht warum das so war.“ (...)
Trotz des andauernden Waffenstillstands der kurdischen Guerilla reißen die Militäroperationen nicht ab. Auch während wir anwesend waren, hörten wir den Lärm startender Hubschrauber und Schüsse aus Maschinengewehren von den Bergen widerhallen. So wurden am 8.9.10 erneut neun Guerillas, die sich in Defensivposition befanden durch das türkische Militär getötet. Aufgrund dieses Angriffs breiteten sich Proteste über ganz Kurdistan aus. (...) Bei den Protesten an diesem Tag schoss ein Offizier des türkischen Militärs dem 15-jährigen kurdischen Jugendlichen Enver Turan gezielt in den Kopf. Er verstarb wenige Wochen später. (...) In Colemêrg wurden auch in den letzten Monaten zahlreiche PolitikerInnen, GewerkschafterInnen und JournalistInnen festgenommen. Darunter der ehemalige stellvertretende Bürgermeister, Bülent Armut und die engagierte Menschenrechtsjournalistin Hamdiye Ciftci. Im Fall Bülent Armut wurde ebenfalls eine Geheimhaltungsverfügung verhängt, die beinhaltet, dass ihm nicht einmal der Grund seiner Inhaftierung mitgeteilt wird.

Als **Fazit** müssen wir leider feststellen, dass das Vorgehen staatlicher türkischer Kräfte in der Provinz Colemêrg zeigt, dass die türkische Regierung entgegen anderer Bekundungen kein Interesse an einem Frieden hat. Im Gegenteil, wie dargestellt, werden sowohl Methoden des offenen Kriegs als auch schmutzige Praxen der 90er Jahre wie Bombenanschläge auf ZivilistInnen und Parteibüros und militärische Angriffe auf die Zivilbevölkerung mit systematischer Regelmäßigkeit durchgeführt. Die Defensivposition der Guerilla soll ausgenutzt werden um möglichst viele KämpferInnen mit allen Mitteln zu töten. Durch die Verbreitung der Anwendung sog. Geheimhaltungsverfügungen, verschärft sich das Klima der Rechtlosigkeit. Weder der Grund des Verfahrens oder Inhaftierung, noch die Dauer sind den Opfern dieser Praxis bekannt. (...)
Die Herstellung internationaler Öffentlichkeit wird in der gesamten Provinz Colemêrg mit Sanktionen von Repression bis hin zu lebensbedrohenden Vorgehensweisen quittiert. Das ist nicht hinnehmbar.

Menschenrechtsdelegation aus Hamburg, Berlin und Celle

Bei dem Gefecht kamen vier Mitglieder von Spezialeinheiten und ein Guerilla ums Leben.
Nach Angaben des Pressezentrums der HPG war die Aktion am 23.10. um 22.00 Uhr durchgeführt worden. Bei den darauffolgenden Gefechten wurde der Guerilla Bahoz Cudi (Bawer Kotik) verletzt und sprengte sich selbst, um einer Festnahme zu entgehen, in die Luft.
Nach der Aktion nahm das türkische Militär das Stadtzentrum von Dersim unter Blockade und eröffnete willkürlich das Feuer, eine großangelegte Militäroperation wurde eingeleitet.

(ANF, 25.10., ISKU)

Prozess gegen 58 Umweltschützer wegen Anti-Atom-Protesten

Vor einem Gericht in Ankara hat ein Prozess gegen 58 Umweltschützer begonnen, denen wegen einer Demonstration gegen das erste türkische Atomkraftwerk mehrjährige Haftstrafen drohen. Aus Verfahrensgründen wurde der Prozess am Donnerstag auf den 12. Januar vertagt, wie die Umweltorganisation Greenpeace mitteilte. Den Angeklagten drohten wegen Teilnahme an einer nicht angemeldeten Demonstration und Widerstands gegen die Staatsgewalt Haftstrafen von bis zu drei Jahren, sagte Deniz Sözüdogru von Greenpeace Türkei. Die Hälfte von ihnen sind demnach Greenpeace-Mitglieder. *(AFP, 28.10., ISKU)*

Mörder von Hrant Dink vor Jugendgericht

Der Hauptangeklagte im Verfahren wegen des Mordes an dem armenisch-türkischen Journalisten Hrant Dink wird an ein Jugendgericht überstellt. Die Anwälte des Angeklagten hatten argumentiert, ihr Mandant sei zum Tatzeitpunkt noch minderjährig gewesen. Bei der Verhandlung vor einem Jugendgericht kann er mit einer niedrigeren Strafe rechnen.

(jW, 26.10., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Haber Ajansi
jW	junge Welt

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 489
5. November 2010

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KCK verlängert Waffenruhe bis zum Sommer 2011

Der Exekutivrat der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan KCK hat am 1.11. die seit zwei Monaten dauernde Waffenruhe bis zu den Parlamentswahlen zum Sommer 2011 verlängert.
Die Erklärung der KCK dokumentieren wir in Auszügen:
Seit mehr als 18 Jahren wird an einer friedlichen und demokratischen Lösung der kurdischen Frage gearbeitet. Der Repräsentant der KurdInnen Abdullah Öcalan arbeitet seither ernsthaft an einer Lösung. Auf der Gefängnisinsel Imrali konkretisierte er seine Bemühungen. Besonders weil der türkische Staat und Öcalan intensive Gespräche in jüngster Vergangenheit führten, entschloss sich unsere Bewegung ab dem 13. August 2010 eine einseitige Waffenruhe auszurufen.
Mit der Erklärung unseres Waffenstillstandes haben wir auf notwendige Schritte aufmerksam gemacht, die der türkische Staat für eine wirkliche Lösung der kurdischen Frage gehen muss:

• das Ende militärischer und politischer Operationen.
• Freilassung aller zu Unrecht verhafteten kurdischen PolitikerInnen
• Die Einbindung Abdullah Öcalans in den laufenden Prozess, und die Fortdauer der geführten Gespräche
• Die Gründung einer Wahrheitsfindungskommission und einer Kommission zur Erarbeitung einer neuen Verfassung
• Die Senkung der 10-Prozent-Wahlhürde

Unsere Bewegung hat nach vielen Diskussionen die Ansicht und Perspektive unseres Vorsitzenden Öcalans für richtig empfunden. Trotz der undemokratischen Einstellung der AKP-Regierung sehen wir uns aus unserer Verantwortung zu unseren Völkern verpflichtet, unseren Waffenstillstand bis zu den Wahlen 2011 zu verlängern, um eine ruhige Wahlphase zu ermöglichen. Ein wichtiger Punkt hierbei ist die positive Beantwortung des Waffenstillstandes durch den türkischen Staat. Um aus dem Waffenstillstand einen Frieden zu machen ist es notwendig, dass keine weiteren Operationen durchgeführt werden! Auch müssen Gespräche in Imrali vertieft und die zu Unrecht verhafteten PolitikerInnen des kurdischen Volkes frei gelassen werden.
Binnen dieses Zeitraumes werden unsere Guerilla-Einheiten keine Angriffe durchführen. Allerdings nehmen wir uns das Recht gegenüber Angriffen in Verteidigungsstellung zu gehen.
Mit diesem Beschluss sind wir als kurdische Bewegung unsere Aufgabe zur Vertiefung des Friedensprozesses, mit der Perspektive einer demokratischen Türkei – ein autonomes Kurdistan, gerecht geworden. Nun ist der türkische Staat und die AKP-Regierung an der Reihe, ihrer Verantwortung, unter Berücksichtigung des oben von uns gezeichneten Rahmens, vertrauenswürdige Schritte einzuleiten, gerecht zu werden.
(ANF, 1.11., ISKU)

Kritische Stunden auf Imrali

Der Hintergrund, auf dem die Verlängerung der Waffenruhe von Seiten der KCK zustande gekommen ist, gewinnt an Klarheit. Die Verlängerung der einseitigen Waffenruhe gründet sich demnach auf zwei Treffen zwischen Öcalan und einer Delegation des türkischen Staates.
Es gab wohl schon länger Gespräche auf Imrali. Zum Abbruch der Gespräche kam es, nachdem am 16. September neun Personen durch eine Mine in Colemêrg (Hakkari) ermordet worden waren. Bei der Konsultation mit seinen Anwälten hatte Öcalan daraufhin sowohl der Organisation als auch dem türkischen Staat einen Brief gesandt. Noch am 13. Oktober hatte Öcalan gegenüber seinen Anwälten erklärt, bis zum 31. Oktober warten zu wollen. Sollte bis dahin keine Antwort vorliegen, werde er sich zurück ziehen und man müsse dann das Gespräch mit der KCK suchen. Daraufhin sei es am 25. Oktober zu einem ersten Treffen mit einer Delegation des türkischen Staates gekommen. Dieses Gespräch habe drei Stunden und 15 Minuten gedauert und befasste sich hauptsächlich mit der Waffenruhe. Diese Delegation überbrachte Öcalan auch die Antwort auf seinen Brief an die KCK in Kandil. Das zweite Treffen fand am 1. November statt. Dieser Delegation übergab Öcalan einen Brief an Kandil, welcher noch am selbigen Tage seinen Zielort erreichte. Auf den Brief hin gab die KCK bekannt, die Waffenruhe bis zu den Parlamentswahlen im kommenden Jahr verlängern zu wollen
(ANF, 2.11., ISKU)

Tuğluk: Vom Dialog zu Verhandlungen

Die Co-Vorsitzende des Demokratischen Gesellschaftskongresses DTK, Aysel Tuğluk, erklärte nach ihrem letzten Besuch auf Imrali, dass die Gespräche zwischen Öcalan und dem Staat fortgeführt werden. Tuğluk erklärte zu ihrem Gespräch: „Die Staatsbediensteten hatten ein wichtiges und ernstzunehmendes Gespräch [mit Öcalan]. Man ist von einer Dialogphase in eine Art Verhandlungsphase übergegangen.“ Demzufolge sei der Staat an einer friedlichen Lösung interessiert. Die Politik jedoch stelle ein Hindernis hierfür dar. Die Parteien AKP, CHP und MHP werden ihrer Verantwortung für eine friedliche Phase nicht gerecht, so Öcalan. Die politischen Parteien seien hinter kurzfristigen Zielen her und vertreten nur ihre eigenen Interessen, was der Türkei großen Schaden zufüge. Öcalan machte nochmals deutlich, dass sein Lösungsmodell keinerlei eigenen Staat vorsehe. Zum Anschlag auf dem Taksim-Platz erneuerte Öcalan seinen Vorschlag, eine Wahrheitsfindungskommission ins Leben zu rufen. Dies sei Aufgabe des Parlaments. Öcalan erklärte, dass man den Anschlag im Kontext mit der Mienenanschlag auf die Zivilbevölkerung in Colemêrg (Hakkari) und der Tötung der neun Guerilleros ebenfalls in Colemêrg betrachten müsse. Es sei lebensnotwendig, die Drahtzieher dieser Angriffe ausfindig zu machen. In diesem Sinne müsse eine Wahrheitsfindungskommission unmittelbar ins Leben gerufen werden. *(ANF, 1.11., ISKU)*

Meldungen:

Guerilla im Meder-Verteidigungsgebiet gefallen
Am 2.11 wurden die Meder Verteidigungsgebiete bei den Dörfern Herguş und Govend im Zagros Gebiet durch die türkische Armee mit Mörsergranaten bombardiert.
Am 1.11. wurden in der Region Xakurkê die Gebiete Sîro, Geliyê Reş und Berçeman von der türkischen Armee bombardiert. Dabei kam der Guerilla Dilşad (Xalid Süleyman) ums Leben. *(hpg, 3.11., ISKU)*

Syrien: Zwei Jahre Haft für PYD-Mitglied
Das Militärstrafgericht in Aleppo hat am 26. Oktober 2010 Manal Ibrahim Ibrahim gemäß Artikel 278 Strafgesetzbuch zu zwei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Ibrahim, Mitglied von Yekîtiya Star, der Frauenorganisation der Partei der Demokratischen Union (PYD), war am 15. Oktober 2009 in Aleppo verhaftet worden.
(KW, 3.11., ISKU)

Gericht: Kurdisch ist „unbekannte Sprache“
Im Prozess gegen 152 kurdische PolitikerInnen vor dem sechsten Hohen Strafgericht in Diyarbakir – dem so genannten KCK-Prozess – sollte der Angeklagte Bayram Altun am Donnerstag seine Verteidigungsrede halten. Als er seine Rede in kurdischer Sprache begann, wurde ihm vom Richter das Mikrophon abgestellt, da der Angeklagte „in einer unbekannten Sprache“ spräche. Ein weiterer Angeklagter, der dagegen protestierte, wurde von der Verhandlung ausgeschlossen, woraufhin sich alle anderen Angeklagten erhoben und ihm folgten.
(ANF, 4.11., ISKU)

EU: Türkei kommt bei Grundrechten nicht voran
Im EU-Fortschrittsbericht kritisiert die EU, dass die Türkei zu wenig für Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und Frauenrechte tut. Der Report beurteilt jährlich die Arbeit der Beitrittskandidaten.
Trotz einiger Fortschritte komme die Türkei nach Ansicht der Europäischen Union in Sachen Grundrechte nicht voran. "Meinungsfreiheit und die Freiheit der Medien müssen sowohl per Gesetz als auch in der Praxis gestärkt werden. Defizite bleiben bei der Ausübung der Religionsfreiheit. Fortschritt ist auch bei Frauen-

Ilisu: „Schlüsselübergabe“ markiert den Beginn der Vertreibungen

Mit schönen Parolen und den glänzenden Häuserfassaden von Neu-Ilisu versucht die Türkei zu vertuschen, dass sie für ihre Wirtschaftspolitik das Leben von 75‘000 Menschen in der Ilisu-Region sowie einzigartige Kulturgüter und einzigartige Flora und Fauna opfert. Nach den internationalen Umwelt- und Sozialstandards missachtet die Regierung Erdogan nun die Menschenrechte der Zwangsumgesiedelten.
Mit einer symbolischen Schlüsselübergabe zelebrierte der türkische Premierminister Erdogan Ende Oktober die Einweihung der ersten Umsiedlungshäuser von Ilisu. Er signalisierte damit aller Welt, dass die Türkei das 1.5 Milliarden Euro Staudammprojekt am Tigris allein stemmen kann. Auf zivilgesellschaftlichen Druck waren im Juli 2009 die schweizerischen, deutschen und österreichischen Regierungen und Finanzgeber aus dem Projekt ausgestiegen, weil internationale Umsiedlung- und Umweltstandards nicht eingehalten wurden.
Was Erdogan bei seinem Blitzbesuch im kurdischen Anatolien verschwiegen hat: Die Zwangsumgesiedelten werden in den Häusern kaum lange bleiben, da keine adäquaten neuen Einkommensquellen geplant sind. Zudem gibt es im steinigen Umsiedlungsgebiet kein fruchtbares Land für die Nahrungssicherung der heutigen Bauern und Fischer und seit Monaten sind die Felder, auf denen ihre Kühe und Kleintiere weiden, durch die Bautätigkeiten nicht mehr nutzbar „Selbst wenn wir Luxushäusern bekämen, wie sollen wir ohne Felder zum Säen und Wiesen für unsere Tiere leben?" fragt daher der Bürgermeister von Ilisu, Mehmet Celik. Außerdem seien die neuen Häuser nur fünf Jahre kostenlos. Danach müssten sie für den doppelten Preis gekauft werden, den die Familien als Entschädigung erhalten haben.
„Internationale Richtlinien verurteilen ein solches Vorgehen als Vorleistung zur Vertreibung“ kommentiert Christine Eberlein von der Erklärung von Bern. Die türkische Regierung verletze die Menschenrechte, weil sie den Umsiedlungsprozess falsch herum aufgleist: Denn zuerst muss das Einkommen und Überleben der Betroffenen gesichert werden, erst dann darf mit dem Bau des Damms begonnen werden. „Doch so wie sich die türkische Regierung um internationale Standards foutiert, ignoriert sie nun auch alle Bedenken von Betroffenen.
Auch in Hasankeyf, der antiken Stadt am Tigris, an deren drohender Überflutung sich der internationale Widerstand gegen den Ilisu-Staudamm entzündet, sind die Bewohner existenziell bedroht. Nach einem Felssturz im Juli 2010 sperrte die Regierung die historisch und touristisch bedeutsamsten Teile der Stadt. Sicherungsmaßnahmen, die eine Wiedereröffnung der Attraktionen ermöglichen würden, sind bezeichnenderweise nicht geplant. Damit steht der Ort vor dem Ruin. Die schleichende Enteignung und Verarmung der Staudammbetroffenen findet hier bereits statt, lange bevor ihr Land überflutet wird. *(Christine Eberlein, EvB, 2.11., ISKU)*

649 NGOs zur Diskussion nach Amed eingeladen

Der Demokratische Gesellschafts Kongress (DTK) hat 649 NGOs aus kurdischen Städten zu einem Treffen in Amed (Diyarbakır) für die nächste Woche eingeladen. Die VertreterInnen treffen sich, um die möglichen Entwicklungen nach der KCK-Erklärung zur Verlängerung der Waffenruhe zu diskutieren. Der Prozess, der im Rahmen der „KCK-Operationen“ zurzeit gegen 151 kurdische PolitikerInnen in Amed geführt wird, soll ebenfalls auf der Tagesordnung stehen.
Die NGOs hatten im vergangenen Juli die Gemeinschaften der Gesellschaften Kurdistan KCK aufgefordert, eine einseitige Waffenruhe auszurufen. Daraufhin wurde die Waffenruhe zum 13. August erklärt.
Jetzt, nach einer Verlängerung der Waffenruhe für weitere acht Monate – bis zu den allgemeinen Wahlen im Juni 2011 – sind die NGOs aufgerufen, über weitere Schritte zu einem dauerhaften Frieden in der Region zu diskutieren. In der letzten Woche rief die Türkei Versammlung für den Frieden (TBM) alle politischen Parteien und NGOs auf, die Anstrengungen für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage zu intensivieren. Auch die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) formulierte einen ähnlichen Anruf. *(ANF, 3.11., ISKU)*

352 tote Gefangene in zehn Jahren

Nach einem Bericht des Dokumentationszentrums der türkischen Menschenrechtsstiftung (TIHV) zu Rechtsverstößen in den ersten sechs Monaten diesen Jahres warten derzeit 97 schwer erkrankte Gefangene auf eine Behandlung. Trotz zahlreicher Intervention dutzender Institutionen und politischer Organisationen wie IHD, Mazlum-Der, Tuhad-Fed, DTO, BDP und Blue Libra Jurists bei der Regierung wurden bislang keinerlei Schritte unternommen.
Laut Untersuchungen sind in den letzten zehn Jahren 352 Gefangene in den Knästen verstorben. Während die Untätigkeit der Behörden die Gefangenen jeden Tag dem Tod näher bringt, wächst die Sorge der Angehörigen zu einem Aufstand heran. In dem die bisherigen Todesfälle als „Altersschwäche“ deklariert werden, schaffen die Behörden einen legalen Rahmen für weitere Todesfälle wie den von Abdullah Akçay, der vor seinem achtzehnten Lebensjahr an Krebs erkrankt war und im Gefängnis verstarb.
Die Situation einiger erkrankter Gefangener hat sich in den letzten Wochen besorgniseregend entwickelt. Nurettin Soysal, der an sein Bett gebunden ist und keine Chance zum Überleben hat, wartet im D-Typ-Gefängnis von Diyarbakir auf seinen Tod. Versorgt wird er ausschließlich von seinen Mitgefangenen. Auf eine Entscheidung der forensischen Abteilung, zu der Soysal bereits drei mal gebracht wurde, wird weiter gewartet.
Bei Ismet Azay im E-Typ-Gefängnis von Adıyaman hat sich der Schilddrüsenkrebs mittlerweile zu einem Kehlkopfkrebs entwickelt. Der Versuch seiner Familie, einen Ambulanzwagen für den Transport zur medizinischen Untersuchung zu mieten, da der Zustand des Gefangenen einen regulären Gefangenentransport nicht zulässt, wurde bislang von der Gefängnisleitung blockiert. *(ANF, 3.11., ISKU)*

rechten, Geschlechtergleichheit und den Rechten der Gewerkschaften notwendig", zitiert die Tageszeitung "Die Welt" aus dem diesjährigen Fortschrittsbericht, der dem Blatt vorliegt. Der Report, der kommenden Dienstag präsentiert wird, zieht ein jährliches Resümee über die Arbeit der EU-Beitrittskandidaten. Kritisch beurteilt Brüssel darin auch das Verhältnis zwischen der Türkei und Zypern: "Es gab keinen Fortschritt in Richtung einer Normalisierung der bilateralen Beziehungen", resümiert der Bericht. Zudem habe die von Premierminister Recep Tayyip Erdogan Ende 2009 begonnene demokratische Öffnung, welche die Rechte der Kurden und anderer Minderheiten stärken soll, "vor allem in Bezug auf die Kurden-Frage bisher nur begrenzte Ergebnisse gezeigt." *(DP, 2.11., ISKU)*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Haber Ajansi
KW	Kurdwatch
DP	Die Presse
EvB	Erklärung von Bern
hpg	hpg-online.com

Termine:

Demonstration:
Samstag, 20.11., 13:00 Uhr
Hauptbahnhof Heilbronn
Frieden und Freiheit für Kurdistan
Keine Waffenlieferungen an das türkische Militär!
Stoppen wir die Kriegstreiber und ihre Verbündeten!
Internationale Klassensolidarität aufbauen!

Film:
Auf dem Schulweg / Du Ziman, Baholek
Kino Die Pumpe Kiel
Do 18. 11., 20:30
Kultur- und Kommunikationszentrum
Haßstr. 22
24103 Kiel
Orhan Eskiköy, Özgür Dogan. Türkei, NL 2008. 91 Min. Kurdisch, Türkisch mit englischen Untertiteln

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 490
19. November 2010

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kurdische Nationalkonferenz vermutlich im Frühling

Auf dem Kongress der Sozialistischen Internationale kamen eine Delegation der BDP um deren Co-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş auf Einladung des irakischen Staatspräsidenten Celal Talabani zusammen. Demirtaş fasste die Gesprächsinhalte für ANF zusammen. Unter anderem wurde über die Entwicklung der Türkei und des Irak diskutiert. Des Weiteren kamen es zum Meinungsaustausch bezüglich der geplanten kurdischen Nationalkonferenz.
Neben der Gratulation zu der Wiederwahl als irakischer Staatspräsident, kam es zur konkreteren Aussagen zur kurdischen Nationalkonferenz. Talabani setzte den kommenden Frühling als möglichen Zeitpunkt für die Konferenz an, an der sich neben Talabani auch der Präsident der Kurdischen Autonomie Region des Nordirak mit größerer Intensität einbringen sollten.
Demirtaş erklärte, dass, „Herr Talabani ihm mitteilte, dass ein Erfolg der BDP bei den anstehenden Parlamentswahlen im kommenden Sommer einen wichtigen Beitrag zur Lösung der kurdischen Fragen leisten kann.“ Ebenso betont Talabani, dass die Aktionspause der Guerilla bezüglich einer friedlichen Lösung von allen Seiten richtig bewertet werden müsse. Demirtaş brachte zum Ausdruck, dass auf der Sozialistischen Internationale die Kommission der KurdInnen erneut wieder belebt werden müsse, und dass die BDP zusammen mit Talabani an diesem Punkte mehr Anstrengungen unternehmen werden. Demirtaş fügte hinzu, dass „die Aussage der AKP, die die BDP als rechtmäßigen Ansprechpartner bezeichnete, eine wichtige Entwicklung kennzeichnet. Jedoch wäre es verfrüht, um vom Beginn eines Lösungsprozesses zu sprechen.“
Nach Worten von Demirtaş handelt es sich bei der BDP sowieso um einen rechtmäßigen Verhandlungspartner: „Falls die Regierung uns als Ansprechpartner wahrnimmt, dann müsse sie in den kommenden Tagen an den Arbeiten einer neuen Verfassung mit Einbezug der BDP beginnen und somit den Dialogprozess eröffnen.“ Demirtaş ergänzte, dass nur die Aussage, die BDP sei Verhandlungspartner, ohne die dazugehörigen praktischen Schritte einzuleiten, nicht mehr als Taktiererei sei.
Es fand zudem ein Treffen der BDP-Delegation mit dem Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale Georges Papandreou statt. Der BDP-Delegierte Eyüp Doru erklärte die Forderungen der BDP-Delegation:
Die Aktionspause der Guerilla müsse Unterstützung erhalten.
Für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage müssen mehr Bemühungen der Sozialistischen Internationale unternommen werden.
Eine Delegation müsse den KCK-Prozess in Amed beobachten.
Die Kurdische Arbeitsgruppe müsse wieder belebt werden.
(ANF, 16.11., ISKU)

Kurdistan-Konferenz in Brüssel

Die Eröffnungsrede der 7. Internationalen Konferenz über „Die EU, die Türkei und die KurdInnen- der Weg zum Frieden, die Herausforderung annehmen“ hielt der Deutsche MEP Jürgen Klute, der im Namen der GUE/NGL und im Namen der Europäischen Parlamentarischen Freundesgruppe, die dieses Jahr gegründet worden war und Mitglieder aus allen parlamentarischen Gruppen hat, die TeilnehmerInnen begrüßte. „Freiheit und Gerechtigkeit für das kurdische Volk ist in unserem Herzen, quer durch das politische Spektrum dieses Parlaments“, so MEP Klute.
Er sagte, dass die Konferenz eine Möglichkeit sei, die letzen Entwicklungen zu diskutieren, so wie die Publikation des Kommissionsberichtes über die Entwicklungen der Türkei bezüglich des Beitritts und um die Inhalte dieses Berichts zu „verifizieren, widersprechen oder zu unterstreichen“.
Er begrüßte das letzte konstitutionelle Referendum in der Türkei als einen „bedeutenden Prozess“ aber bedauerte, dass Erwartungen und Forderungen der kurdischen Seite nicht in Betracht gezogen worden waren. Jedoch fügte er hinzu, dass 70 %, die sich für das Referendum ausgesprochen hatten einen „starken Wunsch“ der türkischen Gesellschaft für einen Wandel in Richtung Demokratie zum Ausdruck bringe. Dies sollte von der Türkei als ein Baustein genutzt werden, diesen Prozess vorwärts zu bringen.“
Die Veranstaltung wurde von Kariane Westrheim, Vertreterin der EU Türkei Civic Commission (EUTCC), eingeleitet, die sagte, dass die Möglichkeit, die Türkei in eine Demokratie umzuwandeln noch immer bestünden „aber nur, wenn alle Parteien involviert sind.“.
Die Konferenz wurde von Erzbischof Desmond Tutu via Videobotschaft gehört, der seine andauernde Unterstützung für die EUTCC erklärte, „bis wir die Etablierung des kurdischen Themas in der Türkei und den Abbau der Hindernisse für den Beitritt der Türkei zur EU erreicht haben“.
Schriftliche Botschaften kamen von der Nobelpreisträgerin Dr Shirin Ebadi , die ihre Unterstützung für „ die friedvollen Aktivitäten der MenschenrechtsaktivistInnen in der Türkei“ zum Ausdruck brachte und die türkische Regierung aufrief, EU Forderungen umzusetzen, indem sie „ ihre Politik reformiert und alle Arten von Diskriminierung gegenüber den KurdInnen und anderen ethnischen Minderheiten eliminiert.“ Auch die Sacharow Preisträgerin Leyla Zana begrüßte die jüngsten „Bemühungen für einen friedlichen und demokratischen Willen unter allen Parteien auf der Suche der KurdInnen für ihre Rechte, für Gerechtigkeit und Freiheit.”
Den Einführungsteil zusammenfassend sagte MEP Jürgen Klute, die Tatsache, dass die PKK ihren Waffenstillstand bis zu den Wahlen nächstes Jahr ausgedehnt habe, sei ein „klares Signal für eine friedliche und gerechte Lösung. Es ist höchste Zeit, das die türkische Regierung mit einem eigenen Waffenstillstand antwortet und mit ihrem politischen Willen eine friedliche Lösung um Gerechtigkeit, Menschenrechte und menschliche Würde für alle zu erreichen, anstrebt.“
ANF, 16.11., ISKU

Meldungen:

Mord an der Grenze zum Iran
Um 14:00 Uhr Ortszeit wurde der 18-jährige Murat Eskinyar auf dem Rückweg aus dem Iran in sein Dorf Axurka Jorî (Yukarı Turgalı) von der iranischen Armee erschossen.
Der Leichnam von Eskinyer wurde von den DorfbewohnerInnen, die sich nachdem sie Schüsse gehört hatten zum Ort des Geschehens begaben, in das Staatskrankenhaus gebracht.
Vor dem Krankenhaus protestierten die DorfbewohnerInnen gegen die Ermordung und forderten ein Ende der Hinrichtungen an der iranischen Grenze. *(ANF, 16.11., ISKU)*

Aktionsplan des Ministeriums für Religionsangelegenheiten für kurdische Ortschaften
Der türkische Minister für Religionsangelegenheiten (türk.: Diyanet Bakanligi) hat das Projekt „Haus der Imame“ vorgelegt, durch welches die Ausbildung von Imamen in den kurdischen Ortschaften gefördert werden soll. Das Ministerium hat für das kommende Jahr für dieses Projekt ein Budget von 100 Millionen TL verlangt und will in den kurdischen Regionen 1362 Moscheen errichten.
Nachdem die AKP-Regierung erklärte, dass sie in der Region die Anzahl von Imam-Hatip-Schulen, [staatliche Berufsfachgymnasien für die Ausbildung zum Imam (Vorbeter) und Prediger in der Türkei und Koran Kursen], erhöhen möchte, hat das Ministerium für Religionsangelegenheiten seinen dringenden Aktionsplan vorgelegt.
Der türkische Innenminister Besir Atalay hatte im vergangenen Monat erklärt, dass das Ministerium für Religionsangelegenheiten Möglichkeiten von Predigten gegen die PKK prüfe. Atalay verwies auf die Arbeiten bezüglich einer möglichen Erhöhung der Anzahl von Imam-Hatip-Schulen und Koran Kursen in den kurdischen Gebieten und unterstrich, dass man in der Region „geistliche Vorkehrungen“ steigern wolle.
(ANF, 16.11., ISKU)

Ermittlungen gegen Özgür Politika auf türkischen Wunsch
Aufgrund einer Anzeige der Botschaft der Republik Türkei läuft momentan ein Ermittlungsverfahren gegen die pro-

Karayilan: Wir ziehen uns nicht aus Nordkurdistan zurück

Laut dem amtierende Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans, Murat Karayilan, ist ein Rückzug der Guerilla aus Nordkurdistan nicht möglich.
In der türkischen Presse wurde darüber spekuliert, dass die PKK den Forderungen der türkischen Regierung nach einem begrenzten Rückzug nach Südkurdistan (Irak) nachkommen würde.
Nach einem Aufruf Abdullah Öcalans zu einem andauernden Waffenstillstand im Jahr 1999 gab es einen Rückzug aus Nordkurdistan, der jedoch von der türkischen Armee mit Angriffen auf die sich zurückziehenden Guerillaeinheiten beantwortet wurde. Zwischen dem 1. August 1999 und dem 1. August 2000 starben mehr als 200 Guerillas bei türkischen Militäroperationen.
Karayilan schloss für die jetzige Phase einen Rückzug der Guerilla kategorisch aus.
„Wenn die Chance zum Frieden gibt, werden sich unsere Kräfte in Dersim an diesem Prozess beteiligen. Aber sie bleiben, wo sie jetzt sind.“, so Karayilan.
Er wies entsprechende Aufrufe von türkischer Seite zurück und sagte, dass ein Rückzug nicht bei der Lösung der Kurdischen Frage helfen werde.
Er wies ebenso Spekulationen zurück, die Freiheitsfalken Kurdistans (TAK) hätten Verbindungen zu PKK oder KCK. Die TAK seien eine eigenständige Organisation, die vor sieben Jahren gegründet wurde. Niemand könne die PKK oder die KCK für die Altionen der TAK verantwortlich machen.

(ANF, 9.11., ISKU)

Kinder kommen immer noch in die Gefängnisse

Am 25. Juli trat die Erweiterung des Antiterrorgesetztes (TMK) in Kraft, auch als „Steine-werfende-Kinder“-Gesetz bekannt, dennoch treten Sicherheitsbehörden auf Kinderrechten herum. Nach dem revidierten TMM dürfen Kinder keine Gefängnisstrafen für die Teilnahme an politischen Demonstrationen oder Protesten erhalten, es sei denn sie setzen Schusswaffen bei der Aktion ein.
In den letzen 25 Tagen verhaftete die Polizei allein in Mersin 15 Kinder. Eyüp Sabri Öncel Mitglied des Menschenrechtsvereines (IHD), Zentralexekutivausschusses erklärte, dass die Gesetzesänderung nichts an der Situation der Kinder geändert habe, bzw. die staatliche Verfolgung der Kinder, die sich an Demonstrationen beteiligten abgeschwächt habe.
Nach Informationen von der DIHA Nachrichtenagentur wurden in den letzten Tagen 20 Kinder mit der Beschuldigung „Mitglied einer illegalen Organisation“ zu sein oder „im Auftrag einer Organisation zu handeln“ oder „öffentliches Eigentum zu beschädigen“, „explosives Material zu verwenden“ bzw. „das Demonstrationsrecht zu verletzen“ in Gewahrsam genommen. Die Kinder sind alle 14 bis 15 Jahre alt.
Weiterhin behaupten die Eltern einiger Kinder, dass die Kinder in Gewahrsam gezwungen wurden, Arbeiten für die Polizei zu verrichten und andere falsche Aussagen zu unterschreiben, bzw. ihre Unterschrift unter ein leeres Blatt Papier zu setzen, mit denen die Polizei vorgefertigte Aussagen schieb.
Tuncel glaubt, dass das geänderte Antiterrorgesetz nicht mehr ist als ein Blatt Papier. „Die Änderung wurde gemacht, um Leute zu beruhigen, nicht als eine permanente Lösung. Noch immer können kurdische Kinder angeklagt werden, Mitglieder illegaler Organisationen zu sein, oder Propaganda zu machen.
Dies verletzt internationale und nationale Kinderrechtsgesetze, genauso wie die Konvention über Kinderrechte der Vereinten Nationen. Die Regierung muss einen anderen Umgang mit diesen Themen finden anstatt Kinder zu verhaften“, so Tuncel.

(ANF 17.11., ISKU)

NGOs: Restriktionen gegen Öcalan lockern

683 Nichtregierungsorganisationen haben nach einem Treffen in Amed (Diyarbakir) die türkische Regierung aufgerufen, die Restriktionen gegenüber Abdullah Öcalan zu lockern.
Die kurdischen NGOs hoben die Bedeutung Öcalans für den Friedensprozess in der Türkei hervor und forderten von der Regierung, ihn an diesem Prozess teilhaben zu lassen.
Die VertreterInnen der NGOs erklärten auch ihre Unterstützung für die angeklagten kurdischen PolitikerInnen und forderten die Einrichtung einer Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission, um die extralegalen Tötungen im Konflikt zwischen PKK und Türkei zu untersuchen.
In der Erklärung wird auch ein beidseitiger Waffenstillstand gefordert sowie die Einstellung der Militäroperationen gegen die kurdische Guerilla.

In ihrer Erklärung definieren die NGOs acht Bedingungen:

- Die türkische Regierung sollte das Recht der kurdischen PolitikerInnen, die derzeit in Amed vor Gericht stehen, auf Verteidigung in ihrer Muttersprache anerkennen. Für eine friedliche Lösung der Kurdischen Frage sollten die Einschränkungen der kurdischen Sprache unverzüglich aufgehoben werden.
- Die Militäroperationen müssen aufhören. Das Anti-Terror-Gesetz sollte aufgehoben und andere anti-demokratische Gesetze reformiert werden.
- Die Verhandlungen mit Abdullah Öcalan, der nach unserer Auffassung eine positive Rolle bei der Suche nach einer Lösung der Kurdischen Frage spielen kann, und mit anderen politischen Kräften sollten fortgesetzt werden. Die Regierung muss den Weg für deren Beteiligung am Friedensprozess ebnen.
- Die 10-Prozent-Hürde für Wahlen muss gesenkt werden.
- Eine Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission zur Untersuchung von extralegalen Tötungen in der Vergangenheit sollte eingerichtet werden.
- Die Vorbereitungen für eine neue demokratische Verfassung sollten unverzüglich beginnen.
- Alle politischen Kräfte sollten die Bedeutung des Waffenstillstands der PKK anerkennen.
- Die historische Chance für eine Lösung der kurdischen Frage darf nicht vergeben werden.

Dies sind gerechte Forderungen, die die Hoffnungen der KurdInnen der Region wiedergeben.

(ANF, 10.11., ISKU)

kurdische Tageszeitung Yeni Özgür Politika mit Sitz in Neu-Isenburg/Hessen. Gegenstand des Verfahrens ist eine Presseberichterstattung. Diesem Sachverhalt entsprechend wurde über das Hessische Ministerium für Justiz für Integration in Europa über die Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt der Leitende Oberstaatsanwalt in Darmstadt angeschrieben. Dieses Schreiben enthält im Betreff folgenden Inhalt: "Rechtshilfeverkehr in strafrechtlichen Angelegenheiten mit der Türkei". Die zuständige Staatsanwaltschaft Darmstadt hat signalisiert, dass in dieser Sache Anklage gegen die europaweit einzige kurdische Tageszeitung erhoben werden wird.

(YÖP, 11.11., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika
GS	GegenStrömung

Termine:

Der kurdische Knoten
Diskussionsveranstaltung mit Brigitte Kiechle, Rechtsanwältin und Autorin, Interventionistische Linke Karlsruhe (in Gründung).

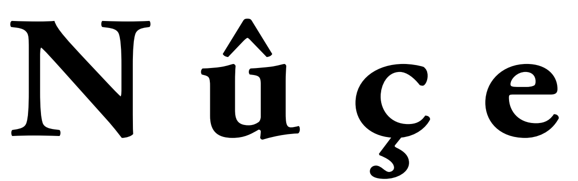
Freitag, 19.November
19.30 Uhr
Naturfreundehaus Köln-Kalk
Kapellenstraße 9a (U-Bahn Kalk Kapelle, Linien 1 und 9)

Demonstration
Frieden und Freiheit für Kurdistan
Keine Waffenlieferungen an das türkische Militär!
Stoppen wir die Kriegstreiber und ihre Verbündeten!
Internationale Klassensolidarität aufbauen!

Demonstration am Samstag, 20.11. um 13:00 Uhr
Treffpunkt Hauptbahnhof Heilbron
kurdistandemoheilbronn.jimdo.com

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 491
26. November 2010





Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Urgent Action Kampagne von Amnesty International

Keine Hinrichtung von Zenynep Celaliyan und Hossein Khezri

Hossein Khezri steht unmittelbar die Hinrichtung bevor. Sein Todesurteil wurde etwa am 17. November zur Vollstreckung weitergeleitet. Zuvor war ein Brief veröffentlicht worden, den Hossein Khezri im Gefängnis geschrieben hatte und in dem er Foltervorwürfe erhob.
Hossein Khezri ist 28 oder 29 Jahre alt. Er wurde auf der Grundlage seiner Mitgliedschaft in der Partei für ein Freies Leben in Kurdistan wegen „Feindschaft zu Gott" (moharebeh) zum Tode verurteilt. Hossein Khezri gibt jedoch an, dass seine Aktivitäten rein politisch waren. Er hat Ende Oktober aus dem Gefängnis von Oromieh (Abteilung 12) einen Brief geschrieben, der am 6. November auf der Webseite einer Oppositionspartei veröffentlicht wurde. In diesem Brief beschrieb er, dass er sowohl in den Hafteinrichtungen der Revolutionsgarden in Kermanshah und Oromieh als auch in einer Haftanstalt des Geheimdienstministeriums gefoltert wurde. In seinem Brief schrieb Hossein Khezri weiter: "Man hat mir den Zeitpunkt meiner Hinrichtung nicht mitgeteilt. Ich weiß nicht, ob sie morgen, übermorgen oder heute Nacht sein wird, ich darf auch keine Besuche erhalten und kann noch nicht einmal mitteilen, dass ich noch am Leben bin".
Hossein Khezri wurde 2008 in Kermanschah festgenommen und in einem Gerichtsverfahren im Mai 2009 zum Tode verurteilt. Ein Rechtsmittelverfahren im August 2009 führte zur Bestätigung des Todesurteils. Seinen Angaben zufolge hat man Hossein Khezri in der Haft gefoltert. Er bat daraufhin um eine Untersuchung der Foltervorwürfe, die aber im März 2010 abgelehnt wurde. Am 11. April wurde er vom Zentralgefängnis in Oromieh an einen unbekannten Haftort verlegt. Schon damals stand deshalb zu befürchten, dass seine Hinrichtung unmittelbar bevorstand.
Im Iran sitzen derzeit etwa 17 KurdInnen in der Todeszelle, nachdem sie aus politischen Gründen zum Tode verurteilt worden sind, darunter die 28-jährige Zeynab Celalian. Ihr Rechtsanwalt sprach im Juli 2010 mit dem Teheraner Staatsanwalt und hoffte, dass ihr Todesurteil aufgehoben würde. Bis Anfang November hat er jedoch noch keine schriftliche Bestätigung der Aufhebung des Todesurteils erhalten. Zudem hatte ihm Zeynab Celalian in einem Telefongespräch am 2. Oktober mitgeteilt, dass ihr immer noch die Hinrichtung drohe.

Gesundheitszustand von Celaliyan verschlechtert sich
Der Gesundheitszustand der im Iran zum Tode verurteilten kurdischen Frauenaktivistin Celaliyan soll sich verschlechtert haben. Die in Kermanshah inhaftierte Zeynep Celaliyan habe als Folge der monatelang erlittenen Folter große gesundheitliche Probleme. Trotz ihrer großen Schmerzen, habe die Gefängnisleitung bisher keinerlei Anstände gemacht, der Inhaftierten zu helfen.
Zeynep Celaliyan, 1982 in Mako geboren, wurde im Jahr 2008 in Kermanshah mit dem Vorwurf PJAK-Mitglied zu sein verhaftet. Am 14. Januar 2009 wurde sie in einem insgesamt siebenminütigen Gerichtsverfahren zum Tode verurteilt.
Zuvor hatte man monatelang keine Nachricht von Celaliyan bekommen, bis herauskam, dass sie nach monatelanger Folter ins berüchtigte Evin Gefängnis von Teheran gebracht wurde. Nachdem sie noch einige weitere Male in verschiedene Gefängnisse verlegt wurde, ist sie nun seit September im Gefängnis von Kermanshah.

Amnesty international ruft zu Email-, Fax- und Briefaktionen auf: *http://www.amnesty.de/urgent-action/ua-088-2010-1/hinrichtung-verhindern/*
(ANF, ai, 19./24.11., ISKU)

Neue Repression: Spezialeinheiten führen Razzien in Şemzînan durch

Trotz der Verlängerung der Waffenruhe der kurdische Guerilla bis nach den türkischen Parlamentswahlen im nächsten Sommer geht die Kriegspolitik des türkischen Staates weiter. Neben Bombardierungen, Bodenoperationen und staatsterroristischen Angriffen, werden immer wieder kurdische AktivistInnen und Mitglieder von Stadtverwaltungen nach dem Antiterrorgesetz festgenommen. In der Nacht zum 24.11.10 fanden in Izmir und Şemzînan (Şemdinli) Razzien statt, bei denen mehrere Personen festgenommen wurden.
Spezialeinheiten der Jandarma und der Polizei führten in der Nacht und am Morgen zum 24.11. Razzien in vielen Wohnungen in verschiedenen Stadtteilen der kurdischen Kleinstadt Şemzînan durch. Dabei wurden MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung und mindestens fünf Jugendliche im Alter zwischen 15 und 17 Jahren festgenommen.

Proteste gegen Festnahmewelle
Die Partei für Frieden und Demokratie BDP, der Menschenrechtsverein IHD und der Verein für die Hinterbliebenen „Verschwundener“ MEYA-DER verurteilten die Festnahmen scharf und bewertet dies als eine Provokation während der Diskussion um eine Lösung der kurdischen Frage: „Während einerseits ein einseitiger Waffenstillstand herrscht, ist es besonders bedauerlich, dass die Repression gegen die kurdische Bevölkerung und ihre legalen Institutionen zunimmt. Zuletzt wurden 11 Personen, unter ihnen Menschen aus der BDP-Leitung, MitarbeiterInnen der Stadtverwaltungen und andere ohne einen Grund zu nennen festgenommen. Die Razzien, die auf der Basis von Behauptungen geheimer Zeugen mitten in der Nacht durchgeführt wurden, haben eine große Besorgnis und Unruhe erzeugt. *(YH, SH, ANF, 24.11.2010, ISKU)*

Meldungen

Türkische Armee bombardiert weiter Südkurdistan
Trotz der einseitigen Waffenruhe der HPG, die am 13. August ausgerufen und bis zu den Parlamentswahlen im Sommer 2011 verlängert wurde, halten die Angriffe der türkischen Armee auf Gebiete in Südkurdistan weiter an. Bisher sind seit Beginn der Waffenruhe 20 Guerillas von der Armee getötet worden.
Die Pressestelle der Volksverteidigungskräfte HPG berichtet, dass die Angriffe der türkischen Armee auf die Gebiete Haftanin, Xakurke und die Mediya-Verteidigungsgebiete in Südkurdistan (Nordirak) weiter anhalten. Auch am 22. November nahm die Türkei die Gebiete mit schwerer Artillerie unter Beschuss. Am 3.11. verlor das Mitglied der HPG-Guerilla Khalit Suleyman bei einem dieser Angriffe der türkischen Armee sein Leben.
Die türkische Armee startete eine militärische Operation gegen die HPG in Pîran (Dicle) in der Provinz Amed (Diyarbakir). Bisher kam es jedoch noch nicht zu Auseinandersetzungen zwischen der kurdischen Guerilla und der türkischen Armee.
(ANF, 23.11., ISKU)

Soldatenkugel trifft vierzehnjährigen Jungen in Şirnex
In Şirnex (Şirnak) wurde ein vierzehnjähriger Junge durch die Kugel eines Soldaten getroffen. Der schwerverletzte Junge wurde in das Krankenhaus von Amed (Diyarbakir) verlegt.
Der vierzehnjährige Ahmet A. und sein fünfzehnjähriger Bruder Emin sollen beim Spielen vor der Haustür von zwei Wache haltenden Soldaten von der gegenüberliegenden Kaserne zu sich gerufen worden sein. Ahmet folgte der Aufforderung lief zu den Soldaten. Kurz darauf seien Schüsse gehört worden und Emin fand seinen Bruder blutüberströmt am Boden liegen.
Laut Angaben des Krankenhauses befinde sich am Ahmet A. weiterhin in Lebensgefahr. Die Kugel eines G3 Infanteriegewehrs habe seine Leber getroffen. Genauere Informationen wie es zu der Schussverletzung von Ahmet A. gekommen ist, liegen noch nicht vor.
(ANF, 21.11., ISKU)

Polizei nimmt fünfjähriges Kind in Nisêbîn fest
In Nisêbîn (Nusaybin) kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen BewohnerInnen und der Polizei, als diese versucht hatte, ein fünf Jahre altes Kind

Trotz 17 Jahren Kriminalisierung – Die kurdische Bewegung lebt und die Forderung bleibt:

Aufhebung des PKK-Betätigungsverbots

1993, nachdem die kurdische Guerilla im Frühjahr einen einseitigen Waffenstillstand als Angebot zur politischen Lösungssuche ausgerufen hatte und im Mai in Deutschland das Recht auf Asyl faktisch abgeschafft worden war, verfügte der damalige CDU-Innenminister Manfred Kanther am 26. November das Betätigungsverbot gegen die PKK.

Begonnen hatte die Repression bereits Mitte der 1980er Jahre, nachdem der Befreiungskampf der PKK zunehmend auch von der in Europa – insbesondere in Deutschland – lebenden kurdischen Bevölkerung unterstützt wurde. Zahlreiche politische Aktivistinnen und Aktivisten wurden in der Folge verhaftet und der Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung" (§ 129a StGB) beschuldigt. Der 1989 begonnene und berüchtigte „Düsseldorfer Prozess" gegen 20 Kurden endete im März 1994 mit vier verbliebenen Angeklagten. Dieser Prozess ist als der größte in die Geschichte der deutschen Strafjustiz eingegangen. Auf fruchtbaren Boden fielen fortan die systematischen Kampagnen gegen die PKK und ihre Anhänger, die zu den „gefährlichsten Terroristen Europas" erklärt wurden. Das Verbot 1993 war das Ergebnis dieser von der Politik und den Medien fortgesetzten antikurdischen Hetze. Maßgeblich hierfür aber war und ist bis zum heutigen Tage die politische, ökonomische und militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Türkei.

Mit Hilfe des Straf-, Polizei- und Verwaltungsrechts setzte eine flächendeckende tiefgreifende Repression gegen die kurdische Bewegung, ihre Institutionen und ihre AnhängerInnen ein. Nahezu jede politische oder kulturelle Aktivität wurde verboten, hunderte von Kurden wurden seitdem verhaftet, Vereine und Wohnungen durchsucht, Zehntausende Ermittlungsverfahren wegen des Rufens von Parolen oder Zeigens von inkriminierten Fahnen, Symbolen oder Plakaten eingeleitet. Mit allen geheimdienstlichen Methoden wurden und werden Kurdinnen und Kurden eingeschüchtert und daran gehindert, sich politisch für ihre Anliegen zu engagieren.

Auch im 17. Jahr wird das Betätigungsverbots ungeachtet tatsächlicher politischer Veränderungen innerhalb der kurdischen Bewegung weiter durchgesetzt, wobei alle Behörden – ob ausländer- oder steuerrechtlich – sowie Verwaltungs- und Strafgerichte nach dem von der Politik vorgegebenen Motto „PKK = KADEK = KONGRA GEL = KCK = PKK" handeln.

Durch diese Vorgehensweise sollen alle Wege zu einem politischen Dialog versperrt, die Gesellschaft gespalten und die Solidarität mit der kurdischen Bewegung diskreditiert werden. Dass die PKK seit 2002 auf der EU-Terrorliste indiziert ist, erleichtert die Arbeit der deutschen Strafverfolgungs- und Ausländerbehörden: in jeder Anklageschrift, jedem Asylwiderrufsbescheid oder jeder Einbürgerungsablehnung wird mit dieser Listung argumentiert.

Und dennoch: Trotz der jahrelangen Zermürbungsstrategie ist es bis heute keiner deutschen Regierung gelungen, die kurdische Bewegung zu marginalisieren. Solange die Probleme, deren Ursachen in einem seit Jahrzehnten schwelenden politischen Konflikt liegen, nicht gelöst sind, werden die Menschen gegen Unfreiheit, Verleugnung und Unterdrückung kämpfen. Wenn deutsche Politiker die Beseitigung von Fluchtgründen in den Herkunftsländern fordern und gleichzeitig Waffen und Kriegsgerät dorthin liefern – wie im Falle der Türkei – spielen sie ein schmutziges Spiel. Wenn die deutsche Politik die Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden aufrecht erhält, ist sie mitverantwortlich zu machen für die Verfolgung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei.

Deshalb: für eine Lösung der kurdischen Frage ist Aufhebung desPKK-Verbots unverzichtbar.

AZADÎ e.V., Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

Erklärung des KCK zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen

Das kurdische Volk und die Frauen aus Kurdistan begrüßen den 25.November, den internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, indem sie den Freiheitskampf erhöhen.

Es steht außer Frage, dass es die Frau ist, die heute am meisten unter den Klauen der kapitalistischen Moderne unterdrückt und der Gewalt ausgesetzt wird. Die Menschheit wird nicht die Tugend der Menschlichkeit erreichen, ohne sich vom Phänomen der Gewalt an Frauen, welche von der patriarchalen Herrschaftsmentalität herrührt, zu lösen, um die wirkliche Freiheit der Frauen zu erreichen. Die am Boden liegende Menschheit kann ausschließlich auf diesem Wege auf die Beine gebracht werden und eine freie demokratische und stolze Lebensweise entwickeln. Aus dieser Perspektive betrachtet, kann es also keine Freiheit des Menschen ohne die Freiheit der Frau geben.

Unser Vorsitzender Apo (Abdullah Öcalan) hat ein revolutionäres Verständnis in unserer Freiheitsbewegung verankert, die die Revolution der Frauen in ihren Mittelpunkt setzt. Indem sich die kurdische Frau auf diese Realität stützt, nimmt sie heute stärker denn je die vorderste Front im Kampf gegen jegliche Gewalt und Herrschaftsdenken ein.

Wir möchten als Bewegung betonen, dass wir angefangen bei den Frauen Kurdistans allen Frauen der Welt im Kampf gegen die patriarchale (Staats-) Mentalität unsere Unterstützung zusagen. Das geschlechterbefreiende, demokratisch-ökologische Paradigma unserer Bewegung schließt die Linie der freien Frau ein. Mit dieser Perspektive gehen wir davon aus, dass der 25. November ein Vorstoß des Widerstandes gegen jegliche Gewalt an der Frau und dem Herrschaftsverständnis sein wird. In diesem Sinne begrüßen wir den Freiheitskampf und den Widerstand der Frauen.

Wenn die Gewalt- und Vergewaltigungspolitik gegenüber dem kurdischen Volk und den Frauen Kurdistans kein Ende findet, wird es nicht zur Freiheit der kurdischen Frauen und des kurdischen Volkes kommen. In Kurdistan wird eine Kolonialpolitik betrieben. Kolonialpolitik bedeutet nichts anderes, als dass ein Volk und sein Land vergewaltigt werden. Daher ist es von großer Bedeutung, dass die freie kurdische Frau eine Kampagne zur Überwindung der Vergewaltigungskultur ins Leben gerufen hat. Nicht allein gegen die kurdische Frau, sondern auch gegen kurdische Kinder und Jugendliche wird eine unmenschliche Politik des gesellschaftlichen und kulturellen Genozids gefahren. Die AKP-Regierung, die keinerlei Anstalten macht, die Mörder der Kinder wie Uğur Kaymaz, Ceylan oder Enes zur Rechenschaft zu ziehen, ist auch dafür verantwortlich, dass zuletzt der junge Mehmet Acar schwer verletzt wurde. Wir verurteilen mit Nachdruck diese Gewalt, die an kurdischen Kindern und Frauen ausgeübt wird, und rufen unser Volk zu einem entschlossenen Widerstand dagegen auf.

(ANF, 24.11., ISKU)

festzunehmen. Bei dem Vorfall wurde neben einem fünfjährigen Kind auch eine 18-jährige Person festgenommen.

Nach Angaben von Augenzeugen soll die Polizei, in einem Panzerfahrzeug sitzend, Kinder, die in Nisêbîn am Spielen waren, beim Vorbeifahren mit Beleidigungen attackiert haben. Daraufhin beschmissen die Kinder das Fahrzeug mit Steinen. Als die Polizei dann versuchte, ein fünfjähriges Kind festzunehmen, kam es zu Auseinandersetzungen mit den BewohnerInnen, die schließlich in einer Straßenschlacht mündeten. Die BewohnerInnen wurden von einem anrückenden Sonderkommando unter immensem Einsatz von Tränengasgranaten angegriffen.

(ANF, 18.11., ISKU)

2 Dorfbewohner an der Grenze zu Südkurdistan erschossen

Mitglieder der iranischen Revolutionären Garden haben im Grenzort Kanires in der Provinz Kelares das Feuer auf Zivilisten eröffnet. Die Dorfbewohner Lokman T. und Nadir M. wurden getötet, Musa T. wurde schwer verletzt.

(ANF, 24.11., ISKU)

Lebenslange Haft für in Deutschland lebende türkische Soziologin

Eine in Deutschland lebende Soziologin aus der Türkei ist in ihrem Heimatland in einem umstrittenen Prozess höchstinstanzlich zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Die Entscheidung gegen Pinar Selek wurde von der Großen Kammer des Berufungsgerichts in Ankara gefällt, wie die türkische Presse am Dienstag berichtete. Selek war zuvor in jahrelangen Verfahren von Istanbuler Gerichten mehrmals freigesprochen worden. Derzeit lebt sie mit einem Stipendium des PEN-Zentrums in Deutschland.

(AFP, 23.11., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
YH	Yüksekovahaber
SH	Semdinlihaber
ai	amnesty international

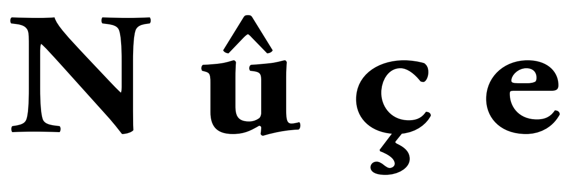
Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 492
3. Dezember 2010



.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Hunderttausende feiern den 32. Jahrestag der Gründung der PKK

Allein in Kurdistan und der Türkei gingen Hunderttausende zum 32. Jahrestag der Gründung der kurdischen ArbeiterInnenpartei PKK auf die Straße. Obwohl der türkische Staat dies vielerorts zu verhindern versuchte, ließen sich die Menschen davon nicht abhalten. Mancherorts kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, in Gever (Yüksekova) halten diese Straßenkämpfe seit drei Tagen an. In Istanbul gab es in 17 verschiedenen Stadtteilen Feiern und auch in Silopi, Cizîr (Cizre), Amed (Diyarbakır), Nisêbîn (Nusaybin), Şirnex (Şırnak), Riha (Urfa), Mersin, Êlîh (Batman), Wêranşar (Viranşehir), Colemêrg (Hakkari), Gever, Licê und vielen anderen Orten fanden Veranstaltungen statt an denen teilweise mehr als 40.000 Menschen teilnahmen. Viele Menschen machten immer wieder deutlich, dass die PKK für sie nicht nur eine Guerillaorganisation ist, sondern eine Garantie, die sie vor der völligen Vernichtung bewahrt. Die massive Teilnahme der Bevölkerung an den Feierlichkeiten macht die Verankerung dieser linken revolutionären Bewegung deutlich. Die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan KCK erklärte zum Jahrestag, wenn bis März trotz eines einseitigen Waffenstillstandes keine Schritte von Seiten des türkischen Staates zu einer Lösung der kurdischen Frage unternommen würden, ein „revolutionärer Widerstand der Bevölkerung“ beginnen würde. In diesem Sinne rief sie alle Kräfte auf, sich für eine friedliche Lösung zu engagieren. Am 27. und 28.11. bombardierte das türkische Militär das Zagrosgebiet und setzte Wälder in Brand.

Licê: Tausende demonstrieren zum Gründungsort der PKK

Im Bezirk Licê, dort wo die PKK ihren Gründungskongress veranstaltet hatte, versammelten sich etwa zehntausend Menschen auf einer von der Stadtverwaltung organisierten Feier. Aus Mêrdîn (Mardin), Amed (Diyarbakır) und anderen Orten reisten BesucherInnen zu diesem Festival an. Es wurden viele Fahnen der PKK, der HPG und Bilder der Gründungsmitglieder der PKK gezeigt. Es gab Feuerwerk und viele Personen aus der Führung der BDP und vom demokratischen Gesellschaftskongress DTK nahmen an der Veranstaltung teil. Die Bürgermeisterin von Licê, Fikriye Aydin, erklärte auf der Veranstaltung: „Das kurdische Volk stand immer wieder der Vernichtungs- und Verleugnungspolitik des Staates gegenüber. Wir antworten auf diese Angriffe mit diesem Festival, voll von historischem Widerstandsgeist.“

Şirnex: Große Feiern und Polizeiangriffe

Mehrere Tage lang fanden in der Provinzhauptstadt Şirnex, einer Region die gezeichnet ist vom Krieg und den Übergriffen des türkischen Militärs, Feiern zum Gründungsjubiläum der PKK statt, an denen sich Tausende aktiv beteiligten. Am Abend des 27.11. kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und der Polizei, die Tränengas und Wasserwerfer einsetzte, während die Jugendlichen Molotowcocktails und Steine benutzten.

Silopi: 50.000 Menschen auf der Straße

Auch in Silopi im Kreis Şirnex nahmen Tausende an den Feierlichkeiten teil. Es wurde viel getanzt und Feuerwerk zur Feier des Tages abgebrannt. Die Menschen trugen Fahnen der PKK und des demokratischen Konföderalismus. Hunderte vermummter Jugendlicher führten eine Demonstration mit Fackeln durch. Der Demonstration schlossen sich schließlich viele Tausende unter Parolen für Abdullah Öcalan und die PKK an. Auch hier griff die Polizei die Menschenmenge mit Tränengas und Wasserwerfern an. Die Jugendlichen antworteten mit Feuerwerkskörpern und Steinen. Insbesondere Kinder und Alte waren schwer betroffen von dem Tränengaseinsatz.

Cizîre: 50.000 Menschen auf der Straße

Hier versammelten sich zum 27.11. mehr als 40.000 Menschen. Sie feierten bis in die späten Nachtstunden mit Feuerwerk, sangen Lieder und riefen Parolen. Auch hier griff die Polizei mit Wasserwerfern und Gasgranaten an und verletzte dabei u.a. einen 10-jährigen Jungen.

Gever:Reden von Abdullah Öcalan über Moscheelautsprecher

Nachdem die Polizei am 26.11. die Feiern zum 27.11. angegriffen hatte, kam es zu heftigen Straßenkämpfen zwischen Jugendlichen und der Polizei, die drei Tage andauerten. Die Polizei verletzte bei ihrem Angriff einen 14-jährigen Jungen schwer. Er befindet sich im Krankenhaus von Wan in Behandlung. Neben Wasserwerfern und Tränengas setzte die Polizei teilweise auch scharfe Munition ein.
Die Jugendlichen traten hier mit einem sehr hohen Organisierungsgrad auf. Viele waren unter anderem mit Schilden aus Holz zur Verteidigung ausgerüstet, auf denen in Anlehnung an die Polizeischilder „KCK-Ordnungskräfte“ stand. U.a. über die Moscheelautsprecher wurden in der ganzen Stadt hörbar Reden des Repräsentanten der kurdischen Bewegung Abdullah Öcalan verbreitet.
Der massive Tränengaseinsatz führte zu Schäden an Wohnungen und Geschäften, da eine große Zahl von Scheiben durch die Granaten durchschlagen worden sind. So wurde ein 1-jähriges Kind verletzt, als die Polizei mit einer Gasgranate in eine Wohnung schoss.

Êlîh: Straßenkämpfe nach Polizeiangriff

In Êlîh (Batman) griff die Polizei demonstrierende Jugendliche an. Sie setzten Wasserwerfer und Tränengastgranaten ein.

Sêrt: Dezentrale Feiern trotz Repression

Obwohl die ganze Stadt Sêrt (Siirt) von der Polizei unter Blokkade genommen worden war, wurde auch hier in den verschiedenen Stadtvierteln der 27.11. mit Feuer, Feuerwerk und Parolen gefeiert.

Çewlî: Tausende auf den Feiern – auch hier Polizeiangriffe

Viele Tausend Menschen nahmen an den von der BDP, der Frauenbewegung und der Jugendbewegung organisierten Feier in Çewlîg (Bingöl) teil. Obwohl die Polizei die Feier eingekesselt hatte, strömten die Menschen weiterhin dorthin. Es wurden Parolen gerufen wie „Die PKK ist das Volk und das Volk ist hier.“ Es spielten regionale KünstlerInnen und es gab Feuerwerk. Nachdem Festival feierten die Jugendlichen in den Stadtvierteln weiter. Diese Feiern wurden von der Polizei mit Wasserwerfern und Gasgranaten angegriffen – die Jugendlichen antworteten *(Fortsetung auf S. 2)*

Meldungen

Massengrab mit 33 getöteten Guerillas geöffnet

Im Bezirk Tetwan (Tatvan), Provinz Bedlis (Bitlis), wurde ein Massengrab von 33 Guerillas, die 1999 bei einem Gefecht mit dem türkischen Militär getötet worden sind, ausfindig gemacht. Zwei Familien haben beim Menschenrechtsverein (IHD) in Amed (Diyarbakır) um rechtliche Unterstützung gebeten, damit sie die Leichname ihrer Kinder aus dem Massengrab entgegennehmen können. Der Antrag wurde von der IHD an die Staatsanwaltschaft von Tetwan und Wan weitergeleitet.
In den 90er Jahren wurden die Leichname von PKKlern, die bei Gefechten umkamen, nicht ihren Familien weitergegeben, sondern in Massengräbern verscharrt. Diese Massengräber werden überall in Kurdistan entdekkt. In der Provinz Bedlis soll es bis zu 30 Massengräber geben. *(ANF, 27.11., ISKU)*

Türkei plant Wahrheitskommission

Die Türkei plant einem Zeitungsbericht zufolge die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission nach dem Vorbild Südafrikas. Das Gremium zur Untersuchung von ungeklärten Verbrechen im Kurdengebiet solle im Parlament von Ankara gegründet werden, berichtete die unabhängige Zeitung Taraf am Mittwoch unter Berufung auf Gespräche zwischen der Regierungpartei AKP von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan und der Kurdenpartei BDP. Die Kommission soll laut Taraf sicherstellen, daß die derzeitige Waffenruhe der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) im kommenden Frühjahr in einen dauerhaften Waffenstillstand mündet. *(jW, 2.12., ISKU)*

HPG: Türkische Armee soll Angriffe gegen kurdische Guerilla stoppen

Die Volksverteidigungskräfte HPG fordern die türkische Armee auf, die Angriffe gegen die kurdische Guerilla sofort zu stoppen. Die von der Guerilla kontrollierten Gebiete seien im November 23 Mal bombardiert worden, dabei sei ein Guerilla ums Leben gekommen.
Die Bomben haben auch einige Dörfer, die nahe der Türkei-Irak-Grenze liegen, getroffen. Dabei wurden jedoch keine Dorfbewohner getötet oder verletzt.
Bisher sind seit Beginn des einseitigen Waffenstillstands im August 2010 mehr als 20 kurdi-

NATO-Chef Rasmussen versprach Vorgehen gegen ROJ-TV

Anders Fogh Rasmussen soll als Gegenleistung für die Unterstützung seiner Wahl zum NATO-Generealsekretär der Türkei Zusicherungen gegeben haben, die mit Verspätung eingehalten wurden. Laut den von der Enthüllungsportal Wikileaks (*cablegate.wikileaks.org*) am Sonntag veröffentlichten Dokumenten, stellte Rasmussen noch als dänischer Regierungschef Ankara für dessen Unterstützung in Aussicht, einen Türken als einen der NATO-Vizechefs zu installieren. Außerdem versprach er demnach, nach Möglichkeit den kurdischen Exilsender Roj TV in Dänemark aus dem Äther zu schaffen.
Mitte Oktober dieses Jahr wurde der Türke Hüseyin Diriöz zum NATO-Vizegeneralsekretär für Verteidigungspolitik und Planung ernannt. Dies allerdings erst, nachdem sich die Türkei im Februar dieses Jahres auf diplomatischem Weg beschwert hatte, dass die ihr gemachten Zusagen Rasmussens nicht eingehalten worden seien.
Gleiches gilt für das zweite Versprechen des dänischen Ex-Premiers, jenes im Hinblick auf den Kurden-Sender. Ende August erhob die dänische Staatsanwaltschaft Anklage gegen Roj TV unter Anwendung des so genannten Terrorparagrafen.
Die dänische Nachrichtenagentur Ritzau verwies darauf, dass die Anklage just an einem Tag erfolgte, als sich Fogh Rasmussen als NATO-Chef in Kopenhagen aufhielt.
Roj TV wehrte sich gegen die daraufhin verfügte Einfrierung ihrer Bankkonten vor Gericht. Im Oktober erkannte das Berufungsgericht in Kopenhagen, dass die von der Staatsanwaltschaft gegen den Sender vorgelegten Beweise unzureichend waren. Außerdem stellte das Gericht formelle Verfahrensfehler fest. *(DS, 29.11., ISKU)*

40 Jugendliche machen von Ihrem Recht auf Gewissensfreiheit Gebrauch

40 kurdische Jugendliche nehmen an der Kampagne „Gewissensfreiheit bedeutet Recht auf Wehrdienstverweigerung" teil. Unter dem Motto: Wir boykottieren den Militärdienst, weil wir nicht getötet und auch selbst nicht töten wollen – werden sie Anträge bei den zuständigen Militärverwaltungen einreichen.
Den 40 Teilnehmern der Kampagne wurde Unterstützung von 10 weiteren Jugendlichen aus der Stadt Riha (Urfa) zugesagt, welche ebenfalls entsprechende Anträge einreichen werden.
Die kurdischen Jugendlichen erklärten in einer Presseerklärung im Gebäude des Menschenrechtsvereins IHD-Urfa, dass sie nicht den Militärdienst antreten und damit von ihrem legitimen Recht auf Gewissensfreiheit in Verbindung mit Wehrdienstverweigerung Gebrauch machen werden.
Der Wehrdienstverweigerer Irfan S. begründete seine Entscheidung damit, dass er nicht ein Mitglied der Militäreinheiten werden will, die seit Jahren ununterbrochen Krieg in der Region führen. Dieser müsse deshalb beendet werden, damit das Blutvergießen nicht ewig weiter gehe.
Irfan Solmaz erklärte, dass seiner Meinung nach jeder kurdische Jugendliche, der den Militärdienst in der Türkei antrete, einen Beitrag der Feindschaft gegenüber der eigenen Bevölkerung leiste. Dies sei beschämend und unehrenhaft. Um nicht Teil an dieser 30 Jahre andauernden dreckigen Kurden-Politik zu sein, um nicht Teil zu sein an dem Blutvergießen unter den Geschwistervölkern der Türkei, um weder zu töten, noch getötet zu werden, werden sie nicht zum Militärdienst gehen. Außerdem wollen sie der vorherrschenden militaristischen Gesinnung ein Ende bereiten und einer freiheitlichen Gesinnung den Weg ebnen. Der gegenwärtigen Ordnung von wirtschaftlichen Profiten der Waffenhändler wollen sie einen Riegel vorschieben. Das sind die Gründe, weswegen sie nicht den Militärdienst antreten werden. *(ANF, 28.11., ISKU)*

KCK: Warnung vor revolutionärem Widerstand der Bevölkerung

Sollte die türkische Regierung nicht auf die Forderungen der KurdInnen eingehen, droht nach Einschätzung der KCK mit dem Ende des einseitigen Waffenstillstands ab März 2011 ein Aufflammen des revolutionären Widerstandes der Bevölkerung in Kurdistan. „Wenn bis März keine konkreten Schritte unternommen werden, kann niemand, keine Kraft, das Aufflammen eines revolutionären Widerstandes verhindern", heißt es in der KCK-Erklärung zum 32. Jahrestag der Gründung der ArbeiterInnpartei Kurdistans.
Die KCK erklärte, die kurdischen Guerillas seien Verteidigungskräfte und gut darauf vorbereitet die Bedrohungen gegen die kurdische Bevölkerung auszubremsen. Dabei warf sie der türkischen Regierung vor, den Friedensprozess für ihre eigenen Interessen auszunutzen, und forderte die regierende AKP auf, konkrete Schritte zur Lösung der kurdischen Frage zu unternehmen. Gleichzeitig appellierte sie an die türkische und kurdische Bevölkerung sich aktiv für den Friedensprozess zu engagieren.
Abdullah Öcalan erklärte am vergangenen Mittwoch den 1. März zum Stichtag für eine Entscheidung über die Verlängerung des einseitigen Waffenstillstandes.
(ANF, 27.11., ISKU)

Hunderttausende feiern (Fortsetzung)

mit Feuerwerk, Molotowcocktails und Steinen. Dann zerstreuten sie sich und feierten an anderer Stelle bis zum nächsten Angriff weiter.

Hatay: Autobahnauffahrt blockiert
In Hatay blockierten Jugendliche eine Autobahnauffahrt und entzündeten Feuer.

Istanbul: Feiern in 17 Stadteilen
Der 32. Geburtstag der PKK wurde in Istanbul in 17 verschiedenen Stadtteilen mit Feuer, Feuerwerk und Spontankundgebungen und Demonstrationen gefeiert. In den Stadtteilen Bağcılar, Arnavutköy, Tuzla, Kâğıthane, Bayrampaşa, Başakşehir, Kartal, Fatih, Küçükçekmece, Çekmeköy, Ümraniye, Eyüp, Esenyurt, Sarıyer, Maltepe, Kadıköy, Şişli nahmen Tausende an den Veranstaltungen teil. Jugendliche entzündeten Feuer und tanzten. Nach Polizeiangriffen kam es auch hier zu heftigen Straßenkämpfen.
(ANF, YH, 28.11., ISKU)

sche Guerillas in Folge der türkischen Militäroperationen getötet worden. *(ANF, 1.12., ISKU)*

Militäroperation in Gabar
Während der vom KCK einseitig ausgerufene Waffenstillstand weiterhin Bestand hat, hat die türkische Armee im Gabar-Gebirge in der Provinz Şirnex (Şırnak) eine Militäroperation mit Helikopterunterstützung begonnen. Die Operation wird von Spezialeinheiten der Gendarmerie gemeinsam mit örtlichen Dorfschützern geführt.
(ANF, 1.12., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
YH	Yüksekovahaber
jW	junge Welt
DS	Der Standard

Termine:

Veranstaltung
6. Dezember:
Anti-Terrorgesetze gegen kurdische Jugendliche
Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe der RISIKOZONE zum Thema „Jugendliche im Spannungsfeld zwischen Aufbegehren, Widerstand und generalpräventiver Sicherheitspolitik" wird am 6. Dezember eine Veranstaltung mit dem Schwerpunkt „Ein permanenter Kriegszustand – Anti-Terrorgesetze gegen kurdische Jugendliche" stattfinden.
Ein Rechtsanwalt aus Amed wird über die türkische Anti-Terror-Gesetzgebung und seine Anwendung insbesondere gegen Kinder und Jugendliche sowie eine Berliner Anwältin über die politische Verfolgung kurdischer Jugendlicher in der BRD referieren.
6.12., 19.00 Uhr im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, Berlin.
www.risikozone.wordpress.com

Neuerscheinung:

Der aktuelle **AZADî – infodienst nr. 95 |** November 2010 ist soeben erschienen:

www.nadir.org/azadi

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 493
10. Dezember 2010

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Ermittlungen gegen pro-kurdische Zeitung auf türkischen Wunsch

Zensur aus politischen Motiven

Aufgrund einer Anzeige der Botschaft der Republik Türkei läuft momentan ein Verfahren gegen die pro-kurdische Tageszeitung Yeni Özgür Politika mit Sitz in Neu-Isenburg/Hessen. Gegenstand des Verfahrens ist eine Presseberichterstattung. Diesem Sachverhalt entsprechend wurde über das Hessische Ministerium für Justiz für Integration in Europa über die Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt der Leitende Oberstaatsanwalt in Darmstadt angeschrieben. Dieses Schreiben enthält im Betreff folgenden Inhalt: „Rechtshilfeverkehr in strafrechtlichen Angelegenheiten mit der Türkei". Die zuständige Staatsanwaltschaft Darmstadt hat in dieser Sache beim Amtsgericht Offenbach am Main Anklage gegen die europaweit einzige kurdische Tageszeitung erhoben.
Bereits diese Verfahrensgeschichte kann nur als problematisch bewertet werden. Die EU-Kommission hat in ihrem Fortschrittsbericht 2010 über die Türkei hinsichtlich der Verhandlungen mit der EU – erneut – vor allem Defizite bei Menschenrechten und bei der Meinungsfreiheit angemerkt. Größtes Hindernis – so der Fortschrittsbericht – auf dem Weg der Türkei in die EU sei immer noch die Verletzung von Bürgerrechten – hierbei wurde ausdrücklich auf die Defizite bei der Pressefreiheit hingewiesen. Auch in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10.02.2010 wurde die Regierung der Türkei insbesondere mit Nachdruck aufgefordert, die Rechtsvorschriften in Bezug auf Meinungs- und Redefreiheit auszuweiten.
Dass nun die Botschaft einer Regierung, der von der EU als Beitrittshindernis u.a. mangelnde Pressefreiheit attestiert wird, in einem EU-Mitgliedsstaat versucht, ein Vorgehen gegen Presseorgane zu initiieren, ist ungeheuerlich. Kurdische JournalistInnen erinnern sich nur zu gut an den 3. Dezember 1994, an dem das Redaktionsgebäude der pro-kurdischen Zeitung ‚Özgür Gündem' auf Befehl der damaligen Premierministerin der Türkei, Tansu Çiller, bombardiert wurde. Seitdem hat die türkische Regierung 29 pro-kurdische Zeitungen schließen lassen und unzählige Male vorübergehende Erscheinungsverbote erlassen. Zuletzt wurde die einzige kurdischsprachige Tageszeitung in der Türkei, Azadiya Welat, im August für einen Monat geschlossen. Der verantwortliche Redakteur der Zeitung, Vedat Kurşun, wurde zu einer Gefängnisstrafe von 166,5 Jahren (!) verurteilt. Eine hohe Zahl an weiteren JournalistInnen befindet sich in der Türkei in Haft.
Nun versucht die türkische Regierung außerhalb ihrer eigenen Grenzen eine kritische Presseberichterstattung zum Schweigen zu bringen. Besorgniserregend ist in dieser Sache die Rolle der deutschen Justiz. In einer Zeit, in der Rechte und Freiheiten einem neuen Menschenrechtsparadigma und „Sicherheitskonzept" zu Opfer fallen, ist es Pflicht, diese zu verteidigen. Zensur richtet sich immer gegen die Wahrheit. Deshalb rufen wir dazu auf, gegen Zensur und Mundtotmachung die Freiheit der Presse zu verteidigen. Wir UnterzeichnerInnen erklären uns solidarisch mit der Tageszeitung Yeni Özgür Politika und rufen die deutsche Justiz dazu auf, von Beihilfe für das Abschalten einer kritischen Presseberichterstattung abzusehen.

Die Unterschriftenliste ist online: http://www.stop-censorship.org/

ROJ-TV erhält Geld zurück

Die dänische Polizei muss 327.000 Kronen an den kurdischen TV-Sender in Dänemark, "ROJ TV", zurückbezahlen. Das entschied das östliche Landgericht und bestätigte somit das Urteil des Stadtgerichtes. Die Ordnungshüter hatten einige Konten des Senders im August beschlagnahmt, deren Guthaben inzwischen auf die 327.000 Kronen angestiegen ist.
Mit dem Geld sollten die entstehenden Kosten für eventuelle Strafforderungen gedeckt werden.
Der Verteidiger des Senders vertrat die Ansicht, dass das Vorgehen der Polizei zum Ziel gehabt habe, den Sendebetrieb zu stören und dass dieses gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoße.Das Vorgehen der Polizei habe dem Sender geschadet, weil die Banken, solange Geld des Senders beschlagnahmt sei, mit dem Unternehmen nichts zu tun haben wollen.

(n.dk, 6.12., ISKU)

43 weitere Jugendliche verweigern den Militärdienst

In Istanbul und Çanakkale haben 43 Jugendliche den Militärdienst verweigert, um sich nicht am Geschwistermord zu beteiligen, bzw. nicht selbst getötet zu werden.
In Istanbul sind erneut 30 Jugendliche beim Menschenrechtsverein IHD der kurdischen Vereinigung zur Militärdienstverweigerung beigetreten.
Der Vertreter der Organisation, Bişar Çoban, erklärte, dass kein weiteres Blut unter Geschwistern vergoßen werden soll. Um das Menschenrecht zu verteidigen, werde nach der Philosophie des Lebens Widerstand geleistet.
In Çanakkale sind 13 kurdische Jugendliche zum BDP-Gebäude gegangen, um eine Presseerklärung abzugeben. Man werde nicht zulassen, dass weiter das Blut von Geschwistern vergossen werde. Daher werde man nicht zum Militärdienst gehen.

(AW, 7.12., ISKU)

Meldungen

Ehemalige Chefredakteurin von Frauen-Magazin festgenommen
Laut Informationen der website bianet wurde die ehemalige Chefredakteurin des kurdisch-türkischen Frauen-Magazins ‚Rengê Hêvîya Jinê', Berivan E., wegen ihrer Veröffentlichungen am 5. Dezember festgenommen. Die Ermittlungen gegen die Journalistin wegen angeblicher „Propaganda für eine illegale Organisation" und „Verbrechen im Namen einer illegalen Organisation", beziehen sich auf Texte von ihr von Juni und Juli 2010. Rengê Hêvîya Jinê (Die Farbe der Hoffnung der Frau) ist das einzige Frauen-Magazin der Türkei, das zweisprachig in Kurdisch wie auch in Türkisch erscheint.
(ANF, 7.12., ISKU)

Luftangriffe dauern an
Am 5.12. wurden erneut die Medya-Verteidigungsgebiete durch die türkische Armee bombardiert. Die türkische Armee setzte im Gebiet Zap bei Sikefte Birindar Mörser und Haubitzen ein.
Auch bei Girê Havanê, Girê Şehit Colemerg, Keleya Mêrganiş, den Dörfern Şifreza und Petrot im Gebiet Zap wurde schwere Artillerie eingesetzt.
Ebenso in der Region Şehîd Berîtan und Girê Telefon bei Xakurkê.
Bereits am 4.12 wurde die Region Xakurke an den Girên Şehîd Kurtay, Koordîne und am Şehîd Berîan durch die türkische Armee bombardiert.
(hpg-online,7.11., ISKU)

Militäroperation in Dersim
In Dersim wurde die am 4.12. begonnene Militäroperation bei den Flüssen Kutu, Laç und Roj und in der Region Dokuzkayaliklara zwischen Pilûr, Xozat und Pilemoriyê und im gesamten Mûnzûrtal noch ausgeweitet. Militärhubschrauber bombardierten die Gegend. Bei den Dörfern Halbori und im Munzurtal brachen nach der Bombardierung Brände aus.
(ANF, 9.12., ISKU)

Unterstützung für Kampagne für die kurdische Sprache
Die Kampagne für die kurdische Sprache, die von AutorInnen und LehrerInnen in der Region Xaneqine in der Föderalen Region Kurdistan begonnen worden ist, wurde noch ausgeweitet. Die Kampagne hat das Ziel, in den Ländern Irak, Türkei, Iran und Syrien das Recht auf Ausbildung in kurdischer Sprache durchzusetzen. In die-

29. - 30. Januar 2011, Amed (Diyarbakir):

Aufruf zum Ökologie-Forum

Unsere Beziehung zur Natur ist von Beginn unserer Existenz an ein unvermeidbares Phänomen gewesen. Wir bedienen uns der Natur auch weiterhin so lebensnotwendiger Dinge wie Ernährung, Unterkunft, Kleidung und der Luft, die wir atmen.
Diese Natur, die so großzügig alle ihre Vorzüge mit uns geteilt hat, ist heutzutage dabei wegen grenzenloser Wünsche der Menschheit aufzugeben.
Das bis jetzt vorherrschende ökonomische und politische System hat die Erde in einen unbewohnbaren Ort verwandelt.
Die Bestrebungen, Leidenschaften und Wünsche von Kapitalist_innen degradierten Mensch und Natur zu wegwerfbaren Waren.
In den Kriegen der Herrschenden um Hegemonie sind Mensch und Natur immer die Ersten, die ausgeschaltet werden.
Die wichtigsten Gründe für die seit Jahren anhaltenden Kriege im Nahen Osten sind die Kämpfe um Macht und die Forderungen der Bevölkerung nach Anerkennung ihrer Vielfalt und daraus folgend ihrer Kontrolle über Ausbeutung der natürlichen Ressourcen.
Besonders häufig werden im Nahen Osten die Menschen für Wasser, Öl oder Mineralienvorkommen vertrieben,wodurch sie in Abhängigkeit zum modernen globalen kapitalistischen System geraten.
Zudem wird die vielfältige landwirtschaftliche Produktion durch Mono- und transgene Kulturen im Namen von „Effizienz“ ausgelöscht, und diese Zerstörung zeigt sich dann in sozialen sowie ökologischen, ökonomischen und kulturellen Aspekten.
Das Ökosystem hat bereits seine Grenzen die Zerstörungen zu verdauen erreicht. Die globale Erwärmung ist einer der Indikatoren dieser Ermüdung und macht nun den reichen Herren Angst, die sagen: „Die Welt gehört mir!“. Die Menschheit steht am Scheideweg.
Um die Tore für neue Wahrnehmungen zu öffen und ein Netz für diesen Kampf zu weben, rufen wir an dieser Weggabelung alle Öko-Aktivist_innen, -Gruppen und -Formationen und Basisorganisationen, frei von Diskriminierung durch Religion, Hautfarbe, Rasse oder Geschlecht, zum Ökologie-Forum in Amed(Diyarbakir) vom 29.-30. Januar 2011 auf.
Außerdem grüßen wir und laden alle Bewegungen gegen das zerstörerische System und die Globalisierung von Cochabamba bis zu den Alternativen Wasserforen und von den Bewegungen gegen Staudämme bis zu Organisationen für Autonomie ein am Ökologie-Forum teilzunehmen.

Themen:
Verwaltung der natürlichen Ressourcen und deren Verbrauch im Nahen Osten.
Suche nach einem Sozialen System auf ökologischer und politischer Ebene: Erfahrungen und Widerstände.
Nebenwirkungen und Alternativen zu einer gentechnisch modifizierten Welt: Ernährungssouveränität und transgene Organismen in Mesopotamien.
Ökologische Diverität: Diversiät der Menschen und der Natur (Biodiversität).
Ursachen der ökologischen Krise und Ansätze für Auswege hieraus.
Nachhaltige Städte (Öko-Städte) und Alternative Technologien.

MSF Koordinationsgruppe
Kontakt: msfamed@gmail.com

Sechs Kurden in Marseille in Polizeigewahrsam

Bei einer Razzia im kurdischen Volkshaus in Marseille wurden am Dienstag sechs Kurden in Polizeigewahrsam genommen. Den in Gewahrsam genommenen Kurden wird Mitgliedschaft in der PKK vorgeworfen. Bereits am 30. November hatte die französische Polizei Razzien in kurdischen Wohnungen durchgeführt und zahlreiche Menschen in Polizeigewahrsam genommen.
Interessant ist, dass diese Razzien im Anschluss an den zunehmenden diplomatischen Verkehr zwischen Frankreich und der Türkei durchgeführt wurden. Der französische Außenminister Bernard Kouchner hatte bei seinem Besuch am 11. Oktober bei seinem türkischen Amtskollegen Ahmet Davutoğlu versprochen, im Kampf gegen die PKK die Zusammenarbeit zu stärken. Kouchner erklärte auf der anschließenden Pressekonferenz, dass der türkische geheimdienstliche Staatssekretär Hakan Fidan einen Besuch in Paris abgestattet hatte. Zurzeit seien 28 PKKler in Frankreich in Haft. Man kämpfe mit der Türkei auf derselben Seite.
Bereits im Februar hatten französische und italienische Polizisten in einer gemeinsamen Operation in den Städten Marseille, Grenoble, Montpellier, Draguignan über 30 Kurden bei Razzien in Gewahrsam genommen.

(ANF 7.12., ISKU)

Insgesamt 71 Jahre Haft für BDPler

Zehn Mitglieder der Partei für Frieden und Demokratie BDP aus dem Landkreis Siverek wurden zu insgesamt 71 Jahren Haft wegen „Mitgliedschaft in der Organisation (gemeint PKK) und Täterschaft im Namen der Organisation“ und „Verstoß gegen das Versammlung- und Demonstrationsrecht“ verurteilt.
Das Gerichtsverfahren, das vor dem 4. Strafgericht von Amed (Diyarbakir) stattfand, wurde aufgrund einer Pressekonferenz anlässlich des Jahrestages der Entführung von Abdullah Öcalan in die Türkei aufgenommen. Die Anwälte der Angeklagten hatten für einen Freispruch plädiert.
Das Gericht hatte hingegen die zehn Angeklagten Kenan A., Cuma İ., Halit K., Ahmet Ç., Ali S., Tacittin K., Hüseyin Ş., Sinan S., Şemsettin İ. und Aysel A. für schuldig befunden und jeweils zu sieben Jahren und einem Monat Haft verurteilt.

(ANF, 8.12., ISKU)

sem Rahmen unterstützten LehrerInnen unter dem Motto: „Lesen in kurdischer Sprache“ die Kampagne. Sie fordern, dass Kinder in der Türkei, Syrien, Iran und Irak in ihrer Muttersprache lesen und schreiben lernen können. *(ANF, 9.12., ISKU)*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
AW	Azadiya Welat
n.dk	nordschleswiger.dk

Termine:

12. Dezember, Berlin:
Kurdistan-Veranstaltung

Staatsterror gegen kurdische Rätebewegung
Die Gruppe „Zusammen Kämpfen Berlin“ und das „Kurdistan Solidaritätskomitee Berlin“ laden am nächsten Sonntag zu Infoveranstaltung & kurdischem Abend in den Neuköllner Stadteilladen „Lunte“. Neben dem aktuellen Prozess gegen vermeintliche Mitglieder der KCK in den kurdischen Gebieten der Türkei wird es auch Informationen zu den Repressionsfälle gegen kurdische Antifas im Raum Stuttgart geben.
Seit Mitte Oktober stehen 152 kurdische PolitikerInnen, Frauen- und Menschenrechtsaktivistinnen in Diyarbakir im Südosten der Türkei vor Gericht. Aufgrund ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit wird ihnen eine Unterstützung der aus der Arbeiterpartei Kurdistans PKK hervorgegangenen Räteorganisation „Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans“ KCK vorgeworfen. Zum Auftakt des KCK-Prozesses waren AktivistInnen des Kurdistan-Solidaritätskomitees Berlin in Kurdistan. Auf unserer Veranstaltung werden sie vom Prozess, vom Staatsterror gegen die Rätebewegung in Hakkari, aber auch vom Volkswiderstand gegen strategische Staudammprojekte in Dersim und Hasankeyf berichten. Dazu gibt es kurdische Volksküche, nette Musik, Tee und andere Getränke.

12. Dezember 2010 | 18 Uhr | Lunte | Weisestraße 53 | Berlin

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 494
17. Dezember 2010

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Mordversuch an kurdischem Aktivisten in Gever

Auf der Straße zwischen Gever (Yüksekover) und Wan (Van) stoppten nach ZeugInnenaussagen Soldaten zwei Fahrzeuge, in denen sich BDP-Mitglieder befanden, ließen die Insassen aussteigen, sich mit dem Gesicht nach unten auf den Boden legen und schossen dem Sprecher der kurdischen patriotischen Jugend (DYG) Sedat Karabağ in den Kopf. Die, die sich mit dem Gesicht zum Boden legen mussten, konnten nicht genau sehen, was passierte, sondern hörten nur den Schuss. Sedat Karabağs Zustand ist auch am 12.10. immer noch kritisch. Die neun weiteren jugendlichen AktivistInnen wurden festgenommen. Die Staatsanwaltschaft verhängte eine Geheimhaltungsverfügung über den Fall. Das bedeutete, dass vor Prozessbeginn weder AnwältInnen noch Angeklagte Einsicht in die Akten erhalten. Der Gouverneur der Provinz Colemêrg (Hakkari) behauptete, ersten Erkenntnissen nach habe er sich selbst angeschossen.
Verwandte des schwer Verletzten bewerteten die Aktion als eine versuchte Hinrichtung. Der Onkel des Verletzten, Habib Önen, erklärte: „Als Sedat mit seinen Freunden nach Hause fahren wollte, wurde auf ihn geschossen. Bei ihm gab es weder eine Waffe, noch irgendetwas anderes, mit dem er sich hätte Schaden zufügen können. Die Behauptung von staatlichen Stellen, er habe sich selbst angeschossen, ist nicht richtig. Wir vermuten, dass Sedat hingerichtet werden sollte. Im Moment befindet er sich immer noch in Lebensgefahr."
Schon vor dem Krankenhaus von Gever, in das Sedat Karabağ gebracht worden war, provozierten Bereitschaftspolizisten und Soldaten die wartenden Menschen.

Proteste und Straßenschlachten am folgenden Tag
An einer von der linken, prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie BDP organisierten Protestkundgebung nahmen am 11.12.10 in Gever viele tausend Menschen teil. Erol Aydın aus der BDP-Leitung erklärte: „Die Bevölkerung von Gever (Yüksekova) erlebt seit dem Referendum (Verfassungsreferendum der Regierungspartei AKP, welches in Gever zu fast 100% boykottiert wurde) eine offene Feindschaft (des Staates). In den letzten Tagen legten Jandarma und Polizei Hinterhalte in den Stadtvierteln, um Provokationen zu schaffen. Das neueste Beispiel dieser Politik ist das, was gestern unserem Jugendmitarbeiter passiert ist. Von unseren im Stadtzentrum angehaltenen Freunden, sollte Sedat Karabağ offen hingerichtet werden."
Nach der Kundgebung wollte die Menschenmenge vor das Gebäude der Staatsanwaltschaft ziehen. Die Polizei griff die Menschenmenge mit Wasserwerfern und Tränengasgranaten an. Eine Straßenschlacht entbrannte, die bis in die Abendstunden andauerte. Durch den massiven Einsatz von Tränengasgranaten entstanden an Häusern und Läden Sachschäden von teilweise mehreren zehntausend Euro, ein Laden brannte aus. Der Besitzer des ausgebrannten Ladens Tayyip Omaç erklärte: „Der Staat ist nicht im Frieden mit der Bevölkerung. Er greift öffentliche Ereignisse mit äußerster Heftigkeit an. Er macht die Bürger zu seinen Opfern. Aufgrund von Gasgranaten ist ein Brand in meinem Laden ausgebrochen."
Besonders im Stadtzentrum mussten viele Menschen aufgrund des Gaseinsatzes ihre Häuser fluchtartig verlassen. Im Stadtviertel Esentepe wurde ein Haus durch Gasgranaten in Brand gesetzt, die EinwohnerInnen konnten aufgrund des Gases nicht löschen. Es entstand ein großer Schaden.

Breite Beteiligung am Aufstand
Auffällig war eine mindestens 40-köpfige Frauengruppe, die den DemonstrantInnen Steine, Essen und Wasser brachte, weiterhin sorgte diese Gruppe dafür, dass unvermummte TeilnehmerInnen sich vermummten.
Die Auseinandersetzungen dauerten bis in die Abendstunden und die AktivistInnen erklärten, dass sie ihre Aktionen fortsetzen würden, bis die Gesundheitssituation von Sedat Karabağ geklärt, die Gefangenen freigelassen und gegen die Täter die notwendigen Schritte eingeleitet würden. Seit dem 11.12. streiken ebenfalls die LadenbesitzerInnen aus Protest gegen den Übergriff. *(YH/YG/ANF/DIHA/HN, 12.12., ISKU)*

270 Anklagen in 5 Jahren

In den vergangenen 5 Jahren haben Richter 270 Mal Anklage gegen Anwältinnen und Anwälte erhoben, die den inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan vertreten.
Beobachter werten die Masse an Anklagen als Versuch, Öcalan indirekt zu bestrafen und zu behindern. Vier von Öcalans Anwälten wurden bereits zu insgesamt 35 Jahren Haft verurteilt, nun wurde ein weiterer, Ibrahim Bilmez, zu sechs Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er „als Kurier für eine illegale Organisation" tätig gewesen sein soll. Die Richter gründeten ihre Urteile auf der Tatsache, dass sich die AnwältInnen im Rahmen ihrer Tätigkeit persönlich mit Öcalan getroffen haben. Die Treffen wurden, obwohl sie nach dem internationalem Prinzip als vertrauliche Anwalt-Mandanten-Beziehung gelten, als Beweis herangezogen.
In ihrer Verteidigung betonten die Anwälte, dass die Anklagen nach internationalem und nationalem Recht sowie auf Grund von Verträgen, die auch die Türkei unterzeichnet hat, substanzlos sind. Das juristische System agiere parteiisch, obwohl die Judikative unabhängig von jeglicher Ideologie oder Beeinflussung sein sollte.
Sechzehn AnwältInnen werden aktuell der „internationalen Unterstützung der Organisation, ohne Teil ihrer Hierarchie zu sein" und der „Mitgliedschaft in der Organisation" beschuldigt. Zusätzlich werden zwölf weiteren AnwältInnen Treffen mit Abdullah Öcalan untersagt und sieben dürfen überhaupt nicht mit ihm kommunizieren.
(DIHA, 11.12., ISKU)

Meldungen

Bulanık-Muş: Neun Personen im Zuge angekündigter Proteste verhaftet
Bei Hausdurchsuchungen am Morgen des 16.12. wurden in Bulanık-Muş neun Personen verhaftet, nachdem es am Vortag zu Schließungen der Läden zur Erinnerung an die vor einem Jahr Ermordeten gekommen war. Weitere Aktionen wie eine Erinnerungs-Demonstration waren für den 16.12. angekündigt. Die öffentlichen Veranstaltungen zur Erinnerung beziehen sich auf die Ereignisse vor einem Jahr in Bulanık-Muş. Bei einer Protestdemonstration am 15.12.2009 gegen das Verbot der DTP war von einem Dorfschützer auf die Demonstration geschossen und dabei zwei Personen getötet worden. *(DIHA, 16.12., ISKU)*

17 Festnahmen in Sêrt
Antiterroreinheiten der Polizei der Stadt Sêrt (Siirt) haben in verschiedenen Wohnungen in den Morgenstunden Razzien durchgeführt. Insgesamt wurden 17 Menschen, darunter auch Mitarbeiter des Mezopotamya Kultur und Kunstzentrums, in Polizeigewahrsam genommen.
Den Festgenommenen wird vorgeworfen, Propaganda für die PKK zu betreiben.
(ANF, 15.12., ISKU)

Trotz Aktionspause: Mitglied der HPG durch türkisches Militär getötet
Bei Kercews (Gercüs) in der Provinz Êlîh (Batman) ist ein Mitglied der Volksverteidigungskräfte HPG bei einem Schusswechsel zwischen HPG und dem türkischen Militär getötet worden. Bei dem getöteten Guerillero handelt es sich um Bedran Gabar (Ali Abdo H.), der 1976 in Afrin geboren wurde und sich 1994 der PKK anschloss.
Während sich die Kräfte der HPG seit August in einer Phase der Aktionspause befinden, werden die Militäroperationen des türkischen Militärs pausenlos fortgesetzt. Seit der einseitig ausgerufenen Waffenruhe der HPG am 13. August 2010 sind nunmehr 32 Guerilleros bei Militäroperationen des Militärs ums Leben gekommen.
(ANF, 14.12., ISKU)

Wildwest bei UPS
Zur Unterstützung eines seit April andauernden Arbeitskampfes beim Logistikunternehmen UPS in der Türkei ruft die internationale Transportarbeiterföderation (ITF) ihre Mitgliedsgewerkschaften zu einem weltwei-

Gibt Abdullah Gül den Befehl zur Schließung der BDP?

Auf die Aussage des Staatspräsidenten Abdullah Gül, dass die Benutzung der kurdischen Sprache Grund für die Schließung einer Partei sei, entgegnete der Co-Vorsitzende der BDP Selahattin Demirtas: „Selbst wenn sie hundert unserer Parteien schließen, werden wir nicht auf unsere Muttersprache verzichten."
Auch die Bewertung des Parlamentspräsidenten Mehmet Ali Sahin, der erklärte, dass ja auch in den deutschen Parlamenten die türkischen Abgeordneten nicht auf Türkisch sprächen, wurde scharf kritisiert. Demirtas erklärte: „Der vom Parlamentspräsidenten angeführte Vergleich ist eine vorsätzliche Täuschung. In Deutschland ist die türkische Sprache nicht verboten. Auch handelt es sich bei Deutschland nicht um das Heimatland der Türken. Demgegenüber wollen die Kurden in ihrem eigenen Land frei sein. Wir drängen keineswegs darauf, dass wir im Parlament jede unserer Reden in kurdischer Sprache halten. Aber eine Staatsmentalität, die keine zwei Sätze in kurdischer Sprache duldet, können wir nicht dulden. Das Problem ist nicht, ob wir im Parlament kurdisch sprechen können oder nicht. Das eigentliche Problem ist, ob das kurdische Volk seine Muttersprache frei verwenden darf, ob diese Sprache als Lehrsprache in den Schulen verwendet werden kann, ob diese Sprache auf kommunaler Ebene in den Institutionen gesprochen werden kann."
Die Aussage von Abdullah Gül verstehe die BDP als Befehl an die Staatsanwaltschaft, ihre Partei zu schließen. Demirtas erklärte hierzu: „ Selbst wenn sie aus diesem Grund unsere Partei verbieten, selbst wenn sie hundert weitere Parteien aus diesem Grund verbieten, werden wir und das gesamte kurdische Volk weiter daran festhalten, unsere eigene Muttersprache zu verwenden."
Die BDP kritisierte die Bewertungen des Staatspräsidenten Abdullah Gül und des Parlamentspräsidenten Mehmet Ali Şahin bezüglich der Nutzung der kurdischen Sprache im türkischen Parlament in einem sehr scharfen Ton.
Abdullah Gül hatte am Rande einer Preisverleihung gegenüber Medienvertretern gesagt, dass die Nutzung der kurdischen Sprache im Parlament Grund genug dafür sei, eine Partei zu verbieten. Gül erklärte: „Die 550 Parlamentarier haben einen Schwur geleistet, diese Gegebenheit ist Grund genug, um eine Partei zu verbieten. Solange Artikel 2 unserer Verfassung und Artikel 81 des Parteigesetzes nicht verändert werden, ist die Nutzung der kurdischen Sprache verboten."
Parlamentspräsident Şahin hatte auch zu der Thematik Stellung genommen und folgendes ausgesagt: „In Deutschland gibt es 6–7 türkische Parlamentarier. Keiner von diesen spricht im Parlament türkisch. Ich bitte deshalb jeden, Gebrauch von seinem Verstand zu machen. Wenn sie weiter an dieser Haltung festhalten, kann dies Grund für die Schließung ihrer Partei sein."

(ANF, 15.12., ISKU)

Verbot der HADEP war illegal

Das Verbot der linksgerichteten prokurdischen Partei der Demokratie des Volkes HADEP durch das türkische Verfassungsgericht am 13. März 2003 war nicht gerechtfertigt. Das stellte der Europäische Menschenrechtsgerichtshof in einem am Dienstag bekanntgewordenen Urteil fest. Die 1994 gegründete Partei war wegen »separatistischer Bestrebungen« und angeblicher Unterstützung der illegalen Arbeiterpartei Kurdistans PKK verboten worden. Das Verbot der Partei sei eine Verletzung der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Die Begründung des Parteiverbots mit dem Schutz der nationalen Sicherheit und territorialen Integrität sah das Gericht als nicht gerechtfertigt an, da die HADEP trotz scharfer Kritik der Regierungspolitik weder zum Aufstand noch zu bewaffnetem Widerstand aufgerufen habe. Die Türkei muß nach dem Urteil 24000 Euro Wiedergutmachung für den nicht-finanziellen Schaden zahlen.

(jW, 15.12., ISKU)

ten Aktionstag am kommenden Donnerstag auf. UPS-Komitees in mehreren europäischen Städten haben Mahnwachen und Proteste vor Niederlassungen des Konzerns angekündigt. Der belgische Gewerkschaftsbund FNV plant eine Blockade des UPS-Hauptquartiers in Brüssel.
Hintergrund ist die Entlassung von 162 UPS-Beschäftigten aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Nach türkischen Gesetzen wird eine Gewerkschaft erst als tariffähig anerkannt, wenn sie sowohl zehn Prozent aller Beschäftigten einer Branche landesweit als auch über 50 Prozent der Angestellten eines Betriebes als Mitglieder vorweisen kann. Dazu muß die Gewerkschaft den Eintritt jedes einzelnen notariell beglaubigen lassen. Nachdem die Transportarbeitergewerkschaft Tümtis im April erklärte, innerhalb eines halben Jahres allein in der Istanbuler UPS-Vertretung 700 von 2500 Beschäftigten organisiert zu haben, reagierte das Unternehmen sofort mit Kündigungen wegen angeblicher »Arbeitsverweigerung«. In Izmir zwang das UPS-Subunternehmen ER-KA seine Mitarbeiter unter Entlassungsdrohungen zum Notar, damit diese dort ihren Gewerkschaftsaustritt erklärten. Als Tümtis-Aktivisten das Gespräch mit den Kollegen suchen wollten, wurden sie von Managern des Unternehmens bedroht – und der Besitzer Erhan Kahraman schoß mit einer Pistole in die Luft. Als UPS-Angestellte in Istanbul und Izmir Ende April in einen Streik gegen die Entlassungen und für bessere Arbeitsbedingungen traten, prügelte die Polizei Streikbrechern den Weg frei. Letztere versuchten dabei auch, Posten der Ausständigen mit einem Pkw zu überfahren.

(jW, 14.12., ISKU)

Bewohner von Hasankeyf werden öffentlich betrogen

Der Siedlungsort „Neu-Hasankeyf", geplant für die Bewohner von Hasankeyf und drei weiteren in der Nähe liegenden Dörfern, stellt sich immer mehr als Betrug und Schuldenfalle für die betroffenen Menschen heraus. Wie mehrmals berichtet, hat die staatliche Wohbaugesellschaft TOKI im Juni 2010 mit den Bauarbeiten für Neu-Hasankeyf begonnen, zwei Kilometer nördlich vom jetzigen Ort Hasankeyf, der vom Ilisu Staudamm bedroht ist.
Nach Information der Initiative zur Rettung von Hasankeyf wurde den Dorfbewohnern Anfang Dezember 2010 ein verbindliches Dokument zur Unterschrift vorgelegt, in dem die Kosten für die neuen Wohnungen nicht festgelegt sind. Bei einer Unterschrift für die geplanten 1000 TOKI Häuser, die vom Ministerpräsidenten Erdogan immer wieder gelobt werden, wären die Dorfbewohner einer bis dahin noch nie dagewesenen Willkür ausgesetzt. Denn sie müßten damit jeden von TOKI vorgeschlagenen Preis akzeptieren. Die neuen Häuser stehen ohnehin in der Kritik der Betroffenen, denn ihnen wurde inoffiziell mündlich ein Preis von 75.000 TL genannt. Dabei würden die Betroffenen für die jetzigen Wohnungen wahrscheinlich eine Entschädigung von 20.000-30.000 TL erhalten. Durch den neuen Betrugsversuch könnte die Verschuldung willkürlich noch höher ausfallen.
In den an die drei Dorfvorsteher ausgehändigten Dokumenten werden auch nicht die Eigenschaften – zum Beispiel die Fläche – der neuen Wohnungen genannt. In diesen Dokumenten steht weiterhin, dass die Betroffenen umfangreich informiert wurden, was Cengiz Yildiz vom Dorf Kesmeköprü 2 als eine Lüge bezeichnet. Nach Aussagen von Cengiz Yildiz bedeutet die Unterzeichnung dieses Dokuments, dass sie extrem verschuldet, landlos und wohnungslos werden würden.
Die Initiative zur Rettung von Hasankeyf hat gleich zu Beginn alle Bewohner der drei Dörfer informiert und aufgefordert, dieses Dokument nicht zu unterschreiben, was diese auch erst einmal unterliessen. Es wird geprüft, welche juristischen Schritte gegen dieses Verhalten von TOKI unternommen werden können.

(IRH, 16.12., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
YH	Yuksekovahaber
YG	Yuksekovaguncel
HN	Hakkarinews
IRH	Initiative zur Rettung von Hasankeyf
jW	junge Welt

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 495
23. Dezember 2010

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Organisation gegen Minen und Kindersoldaten besucht HPG-Guerilla im Kandil

Vertreterinnen der internationalen Anti-Minen-Organisation Geneva Call (Genfer Appell) besuchten die Guerilla-Gebiete im Kandil und sprachen mit KommandeurInnen der Volksverteidigungskräfte HPG.

In den Gesprächen drückte die Organisation ihre Anerkennung gegenüber den HPG aus für die Beachtung internationaler Abkommen bei Kampfhandlungen.

Dem Treffen in den Medya-Verteidigungs-Gebieten wohnte auf Seiten der Organisation ihre Vorsitzende Elisabeth Decrey Warner und die Programmdirektorin Katherin Kramer bei, auf Seiten der HPG der Kommandant des Hauptquartieres Nurettin Sofi, Narin Engizek, Mitglied des Selbstverteidigungs-Komitees und YJA-Star Kommandantin Gulan Batman.

Viele Themen wurden während des Treffens besprochen, so auch die Ermittlungen der HPG und deren Konsequenzen nach dem Tod von vier ZivilistInnen in Êlîh (Batman) durch eine Anti-Fahrzeugmine, der Ausschluss von Jugendlichen unter 18 Jahren von Kampfhandlungen und die Beseitigung von Anti-Personenminen aus dem Iran-Irak-Krieg. HPG-Kommandeur Nurettin Sofi bekräftigte die Verpflichtung, auch keine anderen Minen und Sprengsätze zu benutzen, die nicht über Befehl gezündet werden. Ein weiteres Thema waren die Schulungen für Menschenrechte, an denen die Kommandeurinnen und Kommandeure Anfang des Jahres teilgenommen hatten sowie ihre Auswirkungen auf die Praxis der Guerilla.

Die internationale Organisation Geneva Call mit Sitz in der Schweiz beschäftigt sich mit den Themen Minen, Kindersoldaten und Genderaspekten in Kriegsgebieten. Sie ist Mitglied der Internationalen Kampagne zur Ächtung von Landminen (ICBL).

ANF, 21.12., ISKU
Weitere Quellen: NEW DESK, www.genevacall.org/

Verhaftungswelle geht weiter: Festnahmen auch in Êlîh und Adana

Fast täglich häufen sich die Nachrichten über Festnahmen und Inhaftierungen von kurdischen Jugendlichen, AktivistInnen, PolitikerInnen bis hin zu amtierenden BürgermeisterInnen. Erst am 10.12.10 hatten Spezialeinheiten der Jandarma versucht den Vorsitzenden der Jugendbewegung von Gever ‚Sedat Karabağ, hinzurichten, er überlebte nur knapp, 9 weitere Mitreisende wurden inhaftiert. Darauf folgten am 19.12. etliche Festnahmen von KurdInnen in Trabzon und Tetwan (Tatvan). Am 20.12. wurden nun in Adana und Êlîh (Batman) 13 kurdische AktivistInnen im Rahmen einer neuen Polizeioperation festgenommen.

Nach einer Demonstration in Êlîh (Batman), die sich gegen die Angriffe auf die Demonstration am 19.12. in Amed (Diyarbakır) richtete, führte die Polizei eine Vielzahl von Hausdurchsuchungen durch. Zuvor war es nach einem Polizeiangriff auf die Demonstration zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, in deren Rahmen sich die Polizei aus dem Stadtviertel zurückziehen musste. Bei den folgenden nächtlichen Razzien wurden acht Personen festgenommen.

Polizeiangriff auf Demonstration in Nisêbîn

Aus Protest gegen den Angriff auf die Demonstration am 19.12.10 in Amed (Diyarbakır), bei dem 7 Personen zum Teil schwer verletzt worden waren, fand am 20.12.10 eine Protestveranstaltung in Nisêbîn (Nusaybin) statt, die ebenfalls von der Polizei angegriffen wurde. Die Polizei griff die kurdischen Jugendlichen u. a. mit Gasgranaten an. Die Jugendlichen antworteten mit Molotowcocktails, Feuerwerkskörpern und Steinen. Dabei gelang es ihnen ein Panzerfahrzeug vom Typ Skorpion in Brand zu setzen.

Schon am 16.12.10 war es in Nisêbîn (Nusaybin) zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, nachdem die Polizei den Begräbniszug eines getöteten Guerillas, an dem mehrere 10.000 Menschen teilnahmen, angegriffen hatte.

Demonstration auch in Adana angegriffen

Auch in Adana kam es zu einem Polizeiangriff auf eine Demonstration für 12 Guerillas, die bei unterschiedlichen Kämpfen der letzten Zeit ums Leben gekommen waren, weiterhin wurde auch hier Bezug auf die Ereignisse in Amed (Diyarbakır) vom 19.12. genommen. Die Polizei griff die Demonstration mit Panzerfahrzeugen und Wasserwerfern an. Daraufhin kam es zu Auseinandersetzungen, bei denen auch Molotowcocktails eingesetzt wurden. Spezialeinheiten setzten das Stadtviertel unter Blockade und schossen mit Schnellfeuergewehren in die Luft. Nach dem Ende der Demonstration durchsuchten Spezialeinheiten das Stadtviertel. Mindestens 5 Personen wurden von den Einheiten verprügelt und festgenommen.

ANF, 21.12., ISKU

Meldungen

Hohe Haftstrafen für Parolen

Aufgrund des Rufens der Parole „Es lebe der Vorsitzende Öcalan“ („Biji Serok Apo“) auf einer Kundgebung am 15.02. in Elkê (Beytüşşebap) in der Region Şirnex (Şırnak) wurden 11 Personen zu Haftstrafen zwischen zehn Monaten und fünf Jahren und drei Monaten verurteilt. Das Rufen der Parolen wurde vom 4. Schwurgerichtshof in Amed (Diyarbakır) als „Begehen einer Straftat im Namen einer (verbotenen) Organisation ohne deren Mitglied zu sein“, „Propaganda für eine (verbotene) Organisation“ und „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz“ bewertet. Der Kreisvorsitzende der BDP von Elkê (Beytüşşebap) Halit Erdem bewertete dieses Urteil als „Justizterror“ und verurteilte scharf, dass wenn KurdInnen sich ausdrücken, dies als Inhaftierungsgrund gesehen wird.

ANF, 21.12., ISKU

Isolationshaft für 15-Jährigen

Während in Europa die angeblichen Reformen der türkischen Regierungspartei AKP im Bezug auf das Jugendstrafrecht gelobt werden, reißen die Verhaftungen Minderjähriger nach dem Antiterrorgesetz nicht ab. Erst vor drei Tagen wurde der 15-jährige A. K. inhaftiert und in eine Isolationszelle im Gefängnis von Mersin gebracht. Er war drei 3 Tage zuvor wegen „Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation“, ein Paragraf vergleichbar mit dem §129a StgB festgenommen und inhaftiert worden. Die Schwester des 15-Jährigen besuchte gestern ihren gefangenen Bruder und äußerte sich sehr besorgt über seinen Zustand. Der eigentlich lebhafte und sehr gesprächige Junge war kaum in der Lage sich zu artikulieren. Weiterhin erklärte sie, dass ihr Bruder immer wieder von den Wächtern auf unterschiedliche Weise belästigt und bedroht wird. Die Schwester wandte sich an den Menschenrechtsverein IHD und betonte, dass die Rechtsverletzungen an ihrem Bruder ein Ende finden müssen. *ANF, 21.12., ISKU*

Vergeltungsaktion der HPG

Die kurdische Guerilla HPG erklärte, sie habe in Gedenken an zwei vor kurzem gefallene Guerillas eine Vergeltungsaktion am 16.12.10 gegen den Unteroffizier Kenan Erdem, der dabei getötet wurde, in Kerbo-

Berlin: Erneut kurdisches Konzert verboten

Der Rot-Rote Berliner Senat und seine Polizei machen sich erneut zum Erfüllungsgehilfen türkischen Staatsterrors. Während in Amed (türkisch: Diyarbakır) und vielen anderen Städten kurdische Demonstration von der türkischen Polizei und dem Militär mit Schusswaffen, Granaten, Spreng- und Gasgranaten und Wasserwerfern angegriffen und viele dabei schwer verletzt wurden, lässt die Berliner Polizei nun schon zum zweiten Mal in den letzten 30 Tagen ein kurdisches Konzert verbieten.
Das für den 19.12. geplante Konzert der Künstler_innen Hozan Aydın und Şerîbana Kurdî wurde gerichtlich mit der Begründung, dass damit „die Gründung der PKK gefeiert würde", verboten. Damit nicht genug, die Veranstalterin des Konzertes Medya Deniz wurde von der Berliner Polizei bedroht. Sie beschrieb ihr Gespräch mit der Polizei folgendermaßen: „Die Polizei rief mich an und erklärte `Das Konzert ist verboten worden. Deswegen könnt ihr es nicht machen. ´ Ich sagte `ich habe keine Verfügung bekommen, deswegen nehme ich das was sie gesagt haben nicht zur Kenntnis. ´ Nach diesen Worten fingen sie an zu drohen, sie sagten `dafür gibt es ein Jahr Gefängnis und alle Rechte, insbesondere das auf Staatsbürgerschaft nehmen wir zurück. ´ Am nächsten Tag kamen sie zu mir nach Hause und machten die Verbotsverfügung bekannt. Dort wiederholten sie die gleichen Dinge. Weiter sagten sie, `Warst du nicht schon im Vorstand des kurdischen Vereins gewesen? Du hast an politischen Aktivitäten teilgenommen und hast Verbindungen zur PKK […]"
Medya Deniz erklärte weiter, „Deutschland bricht hier seine eigenen Gesetze. Es wird gesagt, es gäbe hier Menschenrechte. Aber nicht einmal die kleinste kurdische Kulturnacht wird genehmigt."

Der Vorsitzende des Berliner Volksrates Ismail Parmaksiz erklärte zur Situation in Berlin: „Alles was Kurden und Kurdinnen organisieren wollen, wird verhindert. Entweder wird es verboten oder es wird direkter Druck angewendet.Hier wird versucht die kurdische Bevölkerung zu kriminalisieren. Sie sagen uns, von November bis Dezember dürft ihr keine Konzerte machen. Das ist eine Willkürbehandlung. Sogar eine Hochzeit oder Beschneidungsfeier ist uns verboten."

Wir als Kurdistan Solidaritätskomitee Berlin können uns der Betrachtung durch Herrn Parmaksiz nur anschließen. Wir sehen in der Repression gegen Kurd_innen in Berlin und der BRD eine Kontinuität und Systematik. Immer wieder finden schwere Polizeiangriffe auf kurdische Demonstrationen statt. Die Menschen, die vor dem Terror des türkischen Staates geflohen sind, sind hier erneut Einschüchterungs- und Kriminalisierungspolitik ausgesetzt. Die kurdische Bewegung kämpft für einen basisdemokratischen Mittleren Osten und stellt weltweit eine der stärksten linken Bewegungen dar. Eine so starke emanzipatorische Bewegung ist den westlichen Staaten ein Dorn im Auge, da sie ihren politischen und v. a. ökonomischen Interessen zuwiderläuft. Sicherlich könnte man den deutschen Staat auffordern, sich an die eigenen Gesetze zu halten, doch müssen wir weiter gehen, wir müssen als linke, emanzipatorische Kräfte, als Menschenrechtler_innen zusammenstehen, denn der Angriff auf die kurdische Bewegung ist ein Angriff auf uns alle.

Solidarität ist eine Waffe – Lasst und gemeinsam gegen diese Kriminalisierung kämpfen!

Kurdistan Solidaritätskomitee
Berlin, 20.12.2010

Luftangriffe der türkischen Armee fordern erneut zivile Opfer in Südkurdistan

Das türkische Militär griff regionalen Quellen zu Folge am Abend des 15.12.2010 Dörfer in der südkurdischen Region Haftanin in Zaxo mit Mörsern und Artillerie an. Dabei starb der 40-jährige Bewohner des Dorfes Kerkiko Yasin Isa und eine weitere Person wurde verletzt. Im Dorf Sineht entstand Sachschaden.
Das Hauptquartier der Volksverteidigungskräfte (HPG) forderte die kurdische Bevölkerung und die internationale Öffentlichkeit auf, gegen diese Angriffe zu protestieren. Sie erklärten, dass das pausenlose Bombardement das Ziel hat, die Region zu entvölkern. Diese Angriffe widersprechen jeglichem Recht. Trotz des Waffenstillstands der Guerilla nimmt der Artilleriebeschuss nicht ab, jeden Tag werden Regionen in Südkurdistan bombardiert. Dieses Jahr wurden schon etliche Dörfer bombardiert und mindestens 4 DorfbewohnerInnen sind dieses Jahr aufgrund des Bombardements getötet worden, Dutzende wurden verletzt.

ANF, 17.12., ISKU

Tekel-Arbeiter sind zurück in Ankara

Arbeiter des staatlichen türkischen Tabakmonopols Tekel wollen zum ersten Jahrestag ihrer Proteste am Samstag in Ankara demonstrieren. Am Freitag starteten Busse aus Istanbul, dem westtürkischen Izmir und dem kurdischen Diyarbakir. Die Arbeiter wollen sich im Abdi-Ipekci-Park in Ankara versammeln, wo vor einem Jahr ihr Streikcamp von der Polizei mit Wasserwerfern und Tränengasgranaten überfallen wurde. Außerdem wollen sie die Laden- und Restaurantbesitzer in der Innenstadt besuchen, die sie während ihres 80-tägigen Protestcamps vor der Zentrale des Gewerkschaftsdachverbandes Türk-Is im letzten Winter mit Lebensmitteln, Strom und Kleindung unterstützt hatten.
Über 10000 Tekel-Arbeiter hatten im Dezember letzten Jahres ihre Kündigung erhalten, nachdem die neoliberal ausgerichtete islamische AKP-Regierung nach dem Verkauf der Produktionsstätten an ausländische Firmen die Tekel-Lager im ganzen Land schließen ließen. Zwar konnten die Tekel-Arbeiter in ihrem von der Bevölkerung und linken Parteien im ganzen Land unterstützten Protest einen Teilerfolg verbuchen, als ihnen vor Gericht eine mehrmonatige Lohnfortzahlung zugestanden wurde. Doch ihre letztendliche Überführung in den rechtlosen Niedriglohnstatus C/4 konnten sie nicht verhindern. Viele Tekel-Arbeiter kritisieren, dass sie von ihrer eigenen Gewerkschaftsführung im Stich gelassen wurden. Insbesondere der Türk-Is-Vorsitzende Mustafa Kumlu, ein Anhänger der Regierungspartei, hatte immer wieder eine Ausweitung des Streiks auf andere Branchen verhindert.

jW, 18.12., ISKU

ran (Dargeçit) in der Region Mêrdîn (Mardin) durchgeführt. Am 7.12. wurde in Basa (Güçlükonak) und am 10.12. in Êlîh (Batman) die beiden Guerillas Kerim Karatay (Fikri) und Ali Abdo Hambeşo (Bedran) getötet. Die Volksverteidigungskräfte HPG hatte bereits am 14.12. erklärt, dass sich die Angriffe auf die Guerilla, trotz dem sie sich seit August dieses Jahres in der Waffenstillstandsposition befinden, häufen, und dass diese tödlichen Angriffe nicht ohne Antwort bleiben würden.

ÖP, 18.12., ISKU

65 kurdische Schmuggler 2010 im Grenzgebiet zum Iran getötet

Laut den Aufzeichnungen von ANF wurden 2010 mindestens 65 kurdische Schmuggler in der Grenzregion zum Iran getötet.
Zwei weitere Kurden, Othman Muhammedi und Mahmoud Minehzaded, wurden an der iranisch-irakischen Grenze in der letzten Woche getötet.
Im Jahr 2009 wurden cirka 90 Schmuggler von der iranischen Armee getötet.

ANF, 18.12., ISKU

Neue Festnahmewelle: 13 Leute in Polizeigewahrsam

Bei zeitgleichen Polizeioperationen in Trabzon und in Bidlîs wurden 13 Leute mit dem Vorwurf „Unterstützung für die Jugend der PKK/Kongra-Gel", in Polizeigewahrsam genommen.
Laut dem Gouverneur von Trabzon galt die Polizeioperation Mitgliedern der DYG (Demokratisch Patriotische Jugend), die als Jugendarm der PKK/Konga-Gel bewertet wird. Dabei wurden zwölf Leute in Trabzon und einer in Bidlîs festgenommen.
Nach Angaben des Gouverneurs, sei die Operation auf Befehl der Staatsanwaltschaft von Erzirom (Erzurum) durchgeführt worden. Die Polizei werde die Angelegenheit weiter verfolgen. *ANF, 18.12., ISKU*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
ÖP	Yeni Özgür Politika Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 496
31. Dezember 2010

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Politische und militärische Führung der Türkei hetzen zum Krieg

Eine weitere Eskalation des Krieges vor den Parlamentswahlen wird auf allen Ebenen vorbereitet. Sowohl der Ministerpräsident Erdoğan, wie auch der Nationale Sicherheitsrat, der sich aus Regierung und Militär zusammensetzt, setzen auf eine Fortsetzung der Kriegs- und Vernichtungspolitik der letzten Jahrzehnte. Währenddessen nehmen militärische Angriffe auf die in Verteidigungsposition befindliche Guerilla, aber auch gegen die Zivilbevölkerung, zu. Engagement für eine politische Lösung wird von der Staatsspitze her massiv bedroht. Sowohl militärische Operationen als auch neue Massenfestnahmen werden auf diese Weise propagandistisch vorbereitet.

Politische Statements des Nationalen Sicherheitsrats
Auf dem Treffen des Nationalen Sicherheitsrates am 29.12.2010 wurden massive Drohungen gegen legale kurdische Organisationen und Parteien wie den Demokratischen Gesellschaftskongress (DTK) und die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) ausgesprochen. Insbesondere gegen alle, die der Forderung nach einer zweiten Amtssprache oder einer demokratischen Autonomie positiv gegenüber stehen, wurden mit einer neuen Repressionswelle bedroht. Auf einer Presseerklärung wurde deutlich gemacht, dass „Das Motto, eine Fahne, ein Volk, ein Vaterland, ein Staat‘ einen gemeinsamen Nenner auf dem Treffen darstellt, und dass kein Versuch die Realität, dass die offizielle Sprache der Türkischen Republik Türkisch ist, zu ändern, zugelassen werden dürfe.“ Die Forderungen nach einer zweiten Amtssprache und demokratischer Autonomie wurden als „Angriff auf die Unteilbarkeit der Gesamtheit unseres Staates und unseres Volkes und auf den gesellschaftlichen Frieden“ bewertet.
Ebenso wurde eine neue Repressionswelle, vergleichbar mit den KCK-Operationen, die in den letzten eineinhalb Jahren mehr als 1600 kurdische PolitikerInnen, JournalistInnen und MenschenrechtsaktivistInnen ins Gefängnis brachte, angekündigt: „Diesbezüglich wird unser Staat in der vor uns liegenden Phase wie immer einen breit angelegten und vielschichtigen Kampf zur Vernichtung des Terrors und des ihn unterstützenden Umfelds führen. Mit der Kraft, die wir aus dem Verstand und der Unterstützung ziehen, werden wir keine Konzessionen eingehen und versichern mit gleicher Entschlossenheit und Einigkeit vorzugehen.“

Erdoğan demaskiert sich
Die Parteien CHP, wie auch MHP hatten die Forderungen nach demokratischer Autonomie und einer zweiten Amtssprache schon zuvor mit Drohungen überzogen. Am 26.12.2010 zog Premierminister Erdoğan in einer Rede nach und äußerte massive Drohungen gegen jene, die solche Forderungen aufstellen. Er sagte ebenfalls: „Ein Volk, ein Vaterland, eine Sprache“ und bezichtigte die Forderung nach einer zweiten Amtssprache als „Verrat“. Weiter sagte er: „Die Sprache meines Volkes ist eine, Türkisch. Wenn ihr das bis jetzt nicht begriffen habt, dann werdet ihr es auch nicht begreifen.“ Er bezeichnete die kurdische Partei BDP als „Ausläufer des Terrors, betrügerisch, von fremden Kräften gesteuert, hinterhältig und provokatorisch“ und bedrohte sie damit indirekt mit einem Verbot. Auch die 10%-Hürde verteidigte er entschlossen und wies damit eine weitere Forderung der kurdischen Bewegung heftig zurück.

KCK bewertet Erdoğans Äußerungen
Der Exekutivratsvorstand der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK erklärte zu der Rede Erdoğans, dass er wieder einmal gezeigt habe, dass er kein Lösungsprojekt für die kurdische Frage habe. Er habe die Maske fallengelassen und gezeigt, „dass die AKP ihre Hoffnungen auf ein grünes Ergenekon setzt.“ Weiter erklärten sie als Antwort auf Erdoğans Äußerung, die Forderung nach demokratischer Autonomie sei ein „gefährlicher und scheußlicher Handel“: „Ein so scheußlich gewordener türkischer Premierminister, dass er sogar die natürlichsten Forderungen eines Volkes und sein Lösungsprojekt als Scheußlichkeit bewerten kann und der alle kurdischen Kräfte bedroht, hat erneut seine aggressive Haltung gezeigt.“

ANF, 29.12., ISKU

Stoppt die Hinrichtung von Habibollah Latifi!

Die Europäische Konföderation der kurdischen Vereine KON-KURD verurteilt die Ankündigung Irans, den kurdischen Gefangenen Habibollah Latifi hinzurichten aufs Äußerste und fordert die internationale Öffentlichkeit auf, dringend zu handeln.
Habibollah Latifi war am 23. Oktober 2007 verurteilt und nach vier Monaten Verhör und Folter am 30. Juni 2008 in einer nur wenige Minuten dauernden Gerichtsverhandlung zum Tode verurteilt worden. Die Verhandlung, die in Abwesenheit seiner Familie beim Revolutionsgericht stattfand, wurde von Richter Hasan Babaei geleitet. Latifi wurde wegen Vergehen gegen die nationale Sicherheit und Feindschaft gegen Gott (Moharebeh) angeklagt und verurteilt. Ein Berufungsgericht hatte das Urteil später bestätigt.
Die Hinrichtung des Studenten Habibollah Latifi, gegen die viele MenschenrechtsaktivistInnen in Iran und im Ausland protestiert hatten, ist am Sonntagmorgen nach einer Demonstration vor dem Gefängnis vorerst gestoppt worden. Es besteht dennoch dringend Handlungsbedarf, da der iranische Staat die Aussetzung einer Hinrichtung leider oft als eine Taktik zur Beruhigung der Proteste benutzt hat. Es ist nicht gewährleistet, dass Habibollah Latifi nun zumindest einen neuen Prozess und damit die Chance bekommt, dass sein Urteil geändert wird. Darum ist es wichtig, auch weiterhin Briefe zu schreiben und sich für ihn einzusetzen.
Anstatt die legitimen demokratischen Rechte der Kurdinnen und Kurden anzuerkennen setzt der Iran mit seinen Verbündeten Türkei und Syrien erneut auf Verleugnung und Vernichtung. Die in diesem Zusammenhang

→

Meldungen

Erneut Anwaltskonsultation mit Öcalan verhindert
Während die Anwälte von Abdullah Öcalan in der letzten Woche mit der Begründung es gebe einen Defekt am Boot an der Konsultation mit ihrem Mandanten verhindert worden waren, wurde diese Woche als Begründung das schlechte Wetter vorgehalten, um das Anwaltsgespräch zu verhindern.
Die Anwälte hatten in der letzten Woche gleich zweimal versucht, bei der Staatsanwaltschaft von Bursa eine Genehmigung für die wöchentliche Konsultation einzuholen, doch beide Male wurde dies verweigert.
Gestern wurde den Anwälten schließlich mitgeteilt, dass auch die Konsultation diese Woche aufgrund schlechter Wetterbedingungen nicht stattfinden kann.

ANF, 29.12., ISKU

Drohungen des Nationalen Sicherheitsrates (MGK)
Auf der Tagesordnung der Versammlung des Nationalen Sicherheitsrates (MGK) standen Themen wie Demokratische Autonomie und das Diskussionen um Zweisprachigkeit.
Aus der Abschlusserklärung des Sicherheitsrates gingen gegenüber Befürwortern der oben genannten Punkte, wie beispielsweise dem Demokratischen Gesellschaftskongress (DTK), deutliche Drohungen aus.
So heißt es in der Abschlusserklärung der Versammlung: „Es werden keinerlei Aktionsformen geduldet, die unserem Verständnis von ‚einem Volk, einer Nation und einem Staat‘ zuwider gesetzt sind und die versuchen, unsere Amtssprache Türkisch verändern wollen.
Die Diskussionen um die Demokratische Autonomie und die Zweisprachigkeit bewertete der MGK als Versuch „die Einheit unseres Vaterlandes und den gesellschaftlichen Frieden zu beschädigen."
Ebenfalls wurde in der Versammlung die aktuelle Situation im Irak bewertet. Der MGK werde auch die Ergebnisse des Anti-PKK-Bündnisses zwischen der Türkei, dem Irak und der USA unter die Lupe nehmen.
Zuvor hatte Erdoğan auch bei den Haushaltsdebatten im tür-

Colemêrg und Wan setzen bilinguales Leben um

In Colemêrg (Hakkari) wird unter der Initiative von Kurdi-Der und BDP das bilinguale Leben umgesetzt. In Supermärkten und Einkaufszentren soll fortan die Beschilderung in kurdischer und türkischer Sprache erfolgen. Die Beschilderung wurde unter breiter zivilgesellschaftlicher Beteiligung dem Einzelhandel übergeben.

Vor der BDP-Regionalverwaltung in Colemêrg (Hakkari) machte der BDP Abgeordnete Hamit Geylani eine kurze Erklärung zu der Kampagne. Geylani erklärte, dass die Nutzung der kurdischen Sprache das Recht des kurdischen Volkes sei und keine Kraft dazu im Stande sei, dieses Recht ihnen vorzuenthalten. Die Kurden werden fortan im sozialen, politischen und kulturellem Leben ihre Muttersprache benutzen. Die Muttersprache sei die Identität eines Menschen und genau deshalb haben die herrschenden Systeme, allen voran der türkische Staat, mit aller Gewalt versucht, diese Sprache auszulöschen. Aber das kurdische Volk habe dieser Politik getrotzt und ihre Sprache weiter am Leben erhalten können. Geylani machte gleichzeitig auch klar, dass man die türkische Sprache als Amtssprache der Türkei akzeptiere und niemand hiergegen etwas einwenden würde. Aber gleichzeitig müsse auch der kurdischen Sprache in allen Lebensbereichen die Tür aufgemacht werden und ebenfalls Kurdisch als Lehrsprache an den Schulen verwendet werden.
Die Verwaltung von Wan (Van) hat auch einen symbolischen Schritt in Richtung bilinguales Leben getätigt. In allen Institutionen der Kommunalverwaltung von Wan wurden in bilingualer Sprache angefertigte Schilder aufgehängt.
Auch der Bekir Kaya, Bürgermeister von Wan (Van), erklärte, dass niemand bezwecke, die türkische Amtssprache des Landes in Frage zu stellen. Allerdings vertrete man die Auffassung, dass gleichzeitig auch jedes Volk das Recht habe, ihre Muttersprache verwenden zu dürfen.

Kaya erläuterte weiter, dass ihre Kommunalverwaltung sich zum Ziel gesetzt habe, mit jedem ihrer Bürger in deren jeweiligen Muttersprache zu kommunizieren. Fortan werde man auch alle Dokumente, alle Versammlungen und jegliche Pressearbeit unter der Berücksichtigung der Bilingualität der Region angehen.

ANF, 29.12., ISKU

Öcalans Roadmap beim EGMR

Der türkische Justizminister sah sich gezwungen, die „Roadmap" von Abdullah Öcalan an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) auszuhändigen. Zudem erklärte Irfan Dündar, einer der Anwälte von Öcalan, dass sobald die Roadmap in die Fallakte aufgenommen wird, sie auch dem Verteidigungsteam übergeben werden müsste.

Durch seine Anwälte gab Öcalan im vergangenen August bekannt, dass er eine 156 Seiten umfassende Roadmap vorbereitet hat. Die Veröffentlichung der Roadmap wurde seitens des Disziplinarausschuss des Gefängnisses, aufgrund der „Inkompatibilität der staatlichen Interessen“ und wegen angeblicher „Propaganda für eine terroristische Vereinigung“ unterbunden. Daraufhin reichten die AnwältInnen von Öcalan eine Beschwerde beim richterlichen Vollzugsamt ein. Als jedoch die Beschwerde abgewiesen wurde, führte Öcalan das 156 Seiten lange Schriftstück als Ergänzung zur seiner 550 Seiten langen Verteidigungsschrift als Eingabe für den EGMR.

Der türkische Staat, der die Veröffentlichung der Roadmap unterband, ließ die Roadmap dem EGMR zukommen. Nach dem Antrag der Anwälte von Öcalan, verlangte der EGMR das 156 Seiten umfassende Schriftstück vom türkischen Staat mit der Erklärung, es handele sich um ein Teil der Verteidigungseingabe. Daraufhin teilte das Außenministerium dem Justizministerium mit, dass das Schriftstück weitergegeben werden müsse. Beide Ministerien einigten sich darauf, die Roadmap an das EGMR weiterzuleiten. Jedoch forderte die Türkei den EGMR dazu auf, eine Kommission zu gründen, in der sich auch türkische Anwälte befinden, die diejenigen Abschnitte der Roadmap, welche nichts mit der Verteidigung zu tun haben filtert, und nicht den AnwältInnen übergibt. Dann wurde das Schriftstück, dem EGMR übergeben. Irfan Dündar vom Asrin Anwaltsbüro deutete diesen Schritt als höchstwahrschein an: „Der EGMR setzte der Türkei eine Frist bis zum 5. Januar 2011. Bis zu dieser Frist müsste die Roadmap ausgehändigt worden seien. 550 Seiten der 706 Seiten langen Verteidigungsschrift wurden Seitens der Türkei weitergeleitet. Jedoch wurde das am 20. August 2009 ausgehändigte Schriftstück ohne den 156 Seiten langen Teil der Verteidigungsschrift, der sich mit der Lösung der kurdischen Frage beschäftigt, übergeben. Nach unserem Antrag, forderte der EGMR die Ausgabe mit der Begründung, dass es sich bei Bewertung der Verteidigung um ihre Angelegenheit handeln würde.“

Der Frage, ob die Roadmap den Anwältinnen übergeben würde, entgegnete Dündar: „Die Regierung muss alle Verlautbarungen rausrücken. Jedoch haben wir bis heute noch nichts erhalten. Wahrscheinlich wurde es erst vor kurzem übergeben. Es handelte sich dabei bis jetzt um einen Handel der Türkei mit dem EGMR. Laut Gesetzesvorgabe müssten wir die Roadmap erhalten.“

ANF, 29.12., ISKU

Fortsetzung: Stoppt die Hinrichtung von Habibollah Latifi!

jüngste Verurteilung von Habibollah Latifi ist ein weiteres Beispiel dieser unmenschlichen Politik. Es ist bemerkenswert, dass die Ankündigung an die Familie Habibollahs zu einem Zeitpunkt erfolgte, als sich der iranische Präsident Ahmadinedschad gerade bei einem Treffen mit der türkischen Regierung befand.
Wir fordern den iranischen Staat auf, seine Entscheidung zur Verurteilung sofort komplett zurückzuziehen, Exekutionen zu stoppen und die Rechte der Kurden auf einer demokratischen Basis anzuerkennen. Der Iran muss eingestehen, dass die Friedensbestrebungen eines Volkes, weder durch Gewalt noch Zerstörung aufgehalten werden können.
Wir rufen alle demokratischen Kräfte auf, gegen diese Barbarei zu protestieren. Lassen Sie uns gemeinsam unsere Humanität bewahren und diese unmenschliche Politik stoppen! Es ist unsere menschliche Pflicht, uns für den Frieden in Kurdistan einzusetzen. Die Internationale Öffentlichkeit ist aufgefordert, Solidarität mit den betroffenen Menschen zu zeigen und gegen diesen staatlichen Terror vorzugehen. Die EU, die Vereinigten Staaten, alle Menschenrechtsorganisationen und Persönlichkeiten müssen sich auf staatlicher Ebene für die Freilassung von Habibollah Latifi einsetzen.

- Stoppt die Exekutionen im Iran
- Die Hinrichtung Habibollah Latifi muss verhindert werden!
- Freiheit für alle politischen Gefangenen
- Freiheit statt Mord!

KON-KURD Brüssel, 27.12.

kischen Parlament die Diskussionen um die Demokratische Autonomie und die Zweisprachigkeit als schmutzige Kampagne gegen die Demokratie bewertet und die BDP beschuldigt, Propaganda für Terrorismus zu betreiben.

ANF, 29.12., ISKU

Die Samstag-Mütter
Am 26. Dezember 2010 schrieb der Journalist Yildirim Türker einen Kommentar mit dem Titel "Wo seid ihr?". Er machte darin auf die Samstag-Mütter aufmerksam, die sich am Vortage zum 300. Mal auf dem Galatasaray Platz in Beyoglu (Istanbul) getroffen hatten, um auf das Schicksal von "Verschwundenen" aufmerksam zu machen.
Lange Zeit hatte auch Ramazan Doğan an den Treffen teilgenommen, bis er im August dieses Jahres an Herzversagen starb. Noch im Juli hatte er eine an den Ministerpräsidenten gerichtete Rede gehalten: "Mein Sohn Seyhan Doğan (13) wurde 1995 zusammen mit seinem Bruder Hazni (9) in Mardin festgenommen. Meine Frau Asiye Doğan ist gleich zum Bataillon in Dargeçit gegangen und hat nach ihnen gefragt. Ein paar Tage darauf wurde Hazni freigelassen. Er hat uns alles erzählt. Die Kinder waren gefoltert worden, am Palästinenser Haken aufgehängt worden... Nur von Seyhan hörten wir nichts mehr. Da seine Mutter ständig nach ihm fragte, wurde auch sie festgenommen. 11 Tage hörten wir nichts von ihr. Sie wurde schwer gefoltert und war danach krank. Sie starb auf der Suche nach Seyhan. Früher kam sie auch nach Galatasaray. Nun komme ich an ihrer Stelle. Der Ministerpräsident soll herausfinden, wer meinen Sohn für tot erklärt hat. Ich will ihm gerne sagen, was ich hier mache: ich suche die Gebeine meines Sohnes. Er war doch noch ein Kind."

tuerkeiforum.net, 26.12., ISKU

Quellen:

ANF Fırat Nachrichtenagentur

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org